

Das Ende des "Pekinger Frühlings" S. 58

Arbeiterkampf

Jg. 9 Nr. 152 30.4.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Stammheim-Prozeß eingestellt!

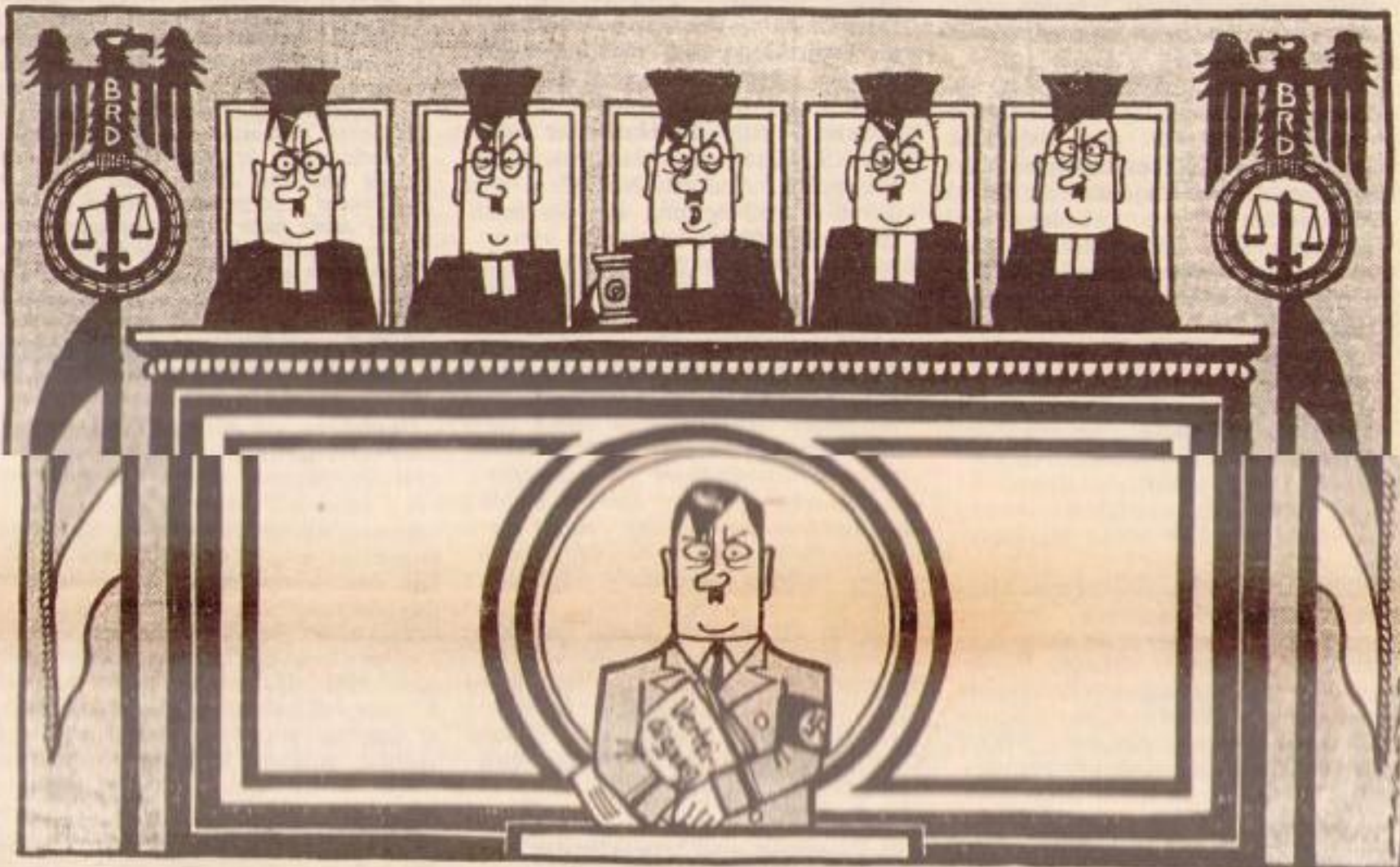
Neue Nahrung für Zweifel
an der "Selbstmord"-Version

Kaum begonnen, ist der Prozeß gegen die angeblich staatsverleumderischen Zweifel an den „Selbstmorden“ von Stammheim und Stadelheim bereits wieder beendet. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft selbst wurde der Prozeß vorläufig eingestellt. Die Einstellung ist eine Bankrotterklärung der Anklagebehörde. Für die demokratische Öffentlichkeit dagegen ist sie eine Ermutigung, jetzt umso unversöhnlicher die weitere Aufklärung der tatsächlichen Vorgänge in Stammheim/Stadelheim zu betreiben.

Zur Begründung ihres Einstellungsantrages zog die StA den § 154, Absatz 2 der Strafprozeßordnung heran: „unwesentliche Nebenstraftat“. Danach kann die vorläufige Einstellung einer Klage erfolgen, wenn die daraus zu erwartende Strafe gegenüber der Strafe aus einem anderen Verfahren „nicht ins Gewicht fällt“. In diesem Fall bedeutet das konkret: „Staatsverleumdung“ der BRD durch die Zweifel an den Stammheimer/Stadelheimer „Selbstmorden“ soll nach Meinung der Staatsanwaltschaft eine „unwesentliche Nebenstraftat“ gegenüber

Forts. Seite 4

Majdanek-Prozeß: 4 Nazi-Mörder freigesprochen!



„...Freispruch mangels Beweise...“

Am 20.4.79 endete das Verfahren im Majdanek-Prozeß gegen vier der 13 Angeklagten mit Freispruch. Bei dem Prozeß geht es um die Ermordung von 250.000 Menschen. Die Staatsanwaltschaft selbst hatte für die vier Angeklagten nach Abtrennung ihrer Verfahren auf Freispruch plädiert, da „trotz Ausschöpfens aller verfügbaren Beweismittel nach 328 Verhandlungstagen sich die ihnen zur Last gelegten Taten nicht mit zweifelsfreier Sicherheit hatten nachweisen lassen“.

Frei sind nunmehr:

- **Heinrich Schmidt**: SS-Hauptsturmführer, vom Mai 1942 bis Ende Mai 1943 SS-Truppenarzt in Majdanek; u.a. angeklagt wegen Teilnahme an den Selektionen für die Gaskammern. Mindestens acht Menschenleben, so die Anklage, habe er direkt auf dem Gewissen. Der Freispruch ist Ergebnis der Prozeß-Verschleppung: Der Hauptbelastungszeuge, von dem nur unvollkommene Vernehmungsprotokolle vorliegen, ist inzwischen verstorben. Eine jüdische Zeugin, die erklärt hatte, daß Schmidt in Majdanek persönlich und eigenhändig an der Auswahl von Kindern für die Gaskammern beteiligt war, ist vor der richterlichen Vernehmung in Düsseldorf gestorben. Auch wichtige polnische Zeugen sind inzwischen tot.
- **Charlotte Meyer**: KZ-Aufseherin, angeklagt wegen Beteiligung an Selektionen („Auswahl“ für die Gaskammern). Das Ergebnis der Prozeßverschleppung hier: Eine jüdische Zeugin die vor Jahren zu Protokoll gab, daß die Angeklagte in zwei Fällen jüdische Häftlinge in die Gaskammern geschickt habe, soll bei ihrer Vernehmung im September 78 „ohne konkrete Erinnerung“ gewesen sein.
- **Hermine Böttcher**: KZ-Aufseherin, angeklagt wegen der Beteiligung an Kinder-Selektionen. Das Ergebnis der Prozeßverschleppung hier: Die wichtigste Zeugin ist vernehmungsunfähig geworden.
- **Rosa Saß**: KZ-Aufseherin, u.a. angeklagt, am Transport jüdischer Kinder in die Gaskammern beteiligt gewesen zu sein. Das Ergebnis der Prozeßverschleppung hier: Die entscheidende Belastungszeugin ist in Polen inzwischen verstorben. Nur sie hätte in der Verhandlung die Anklagepunkte der Voruntersuchungen aus den Jahren 1968-1972 bezeugen können.

Proteste gegen das Urteil

Unmittelbar nach der Verkündung der Freisprüche gaben die Zuhörer ihrer

Empörung Ausdruck. »Nazi-Mörder hinter Gitter«, riefen sie. Etwa 200 Menschen stürmten in den Gerichtssaal, als sie vor dem Gebäude über das Urteil informiert wurden. Demonstranten legten später einen Kranz für die Opfer des Faschismus an der Synagoge nieder.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Westberlin bezeichnete die Freisprüche als eine Verhöhnung der vom NS-Regime Ermordeten und eine Beleidigung aller noch lebenden Verfolgten.

„Mehr als dieser Freispruch selbst der die Zugehörigkeit zur Bewachungsmannschaft eines Vernichtungslagers nicht als Tatbestand der Mordbeihilfe gelten läßt, empört uns und auch die übrigen Verfolgten des NS-Regimes die Tatsache, daß überhaupt eine Beweisnot eintreten konnte“.

Scharf kritisiert wird das Urteil auch in Polen, auf dessen Boden das KZ Majdanek lag: Die Freisprüche seien »ein Symptom für die strafrechtliche Behandlung von NS-Verbrechern in der Bundesrepublik überhaupt, die auf einen weitgehenden faktischen Schutz der Schuldigen vor Strafe hinauslaufe« (nach „FAZ“, 21.4.79). Das System der (Nicht-)Verfolgung von Nazi-Verbrechern in der BRD habe zu diesen Freisprüchen geführt:

Forts. S. 2

So ein Mist - Stoltenberg bleibt dran

0,1% fehlten der SPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, um der CDU das eine Mandat abzunehmen, das Stoltenberg weiterhin zum Regieren verhilft.

Monatelanger heftiger Wahlkampf zwischen der „linken“ SPD, die keine weiteren AKWs in Schleswig-Holstein zulassen wollte und in der die Wiederinbetriebnahme des AKW Brunsbüttel heftig umstritten ist, und einer CDU, die für Atomprogramm,

Berufsverbote und eine äußerst reaktionäre Medien- und Schulpolitik steht, endete wie das Schießen in Horneberg. Alles blieb beim Alten, wenn man von der nicht gerade weltbewegenden Tatsache absieht, daß die SPD ihrem total farblosen Koalitionspartner FDP einen Sitz abnahm.

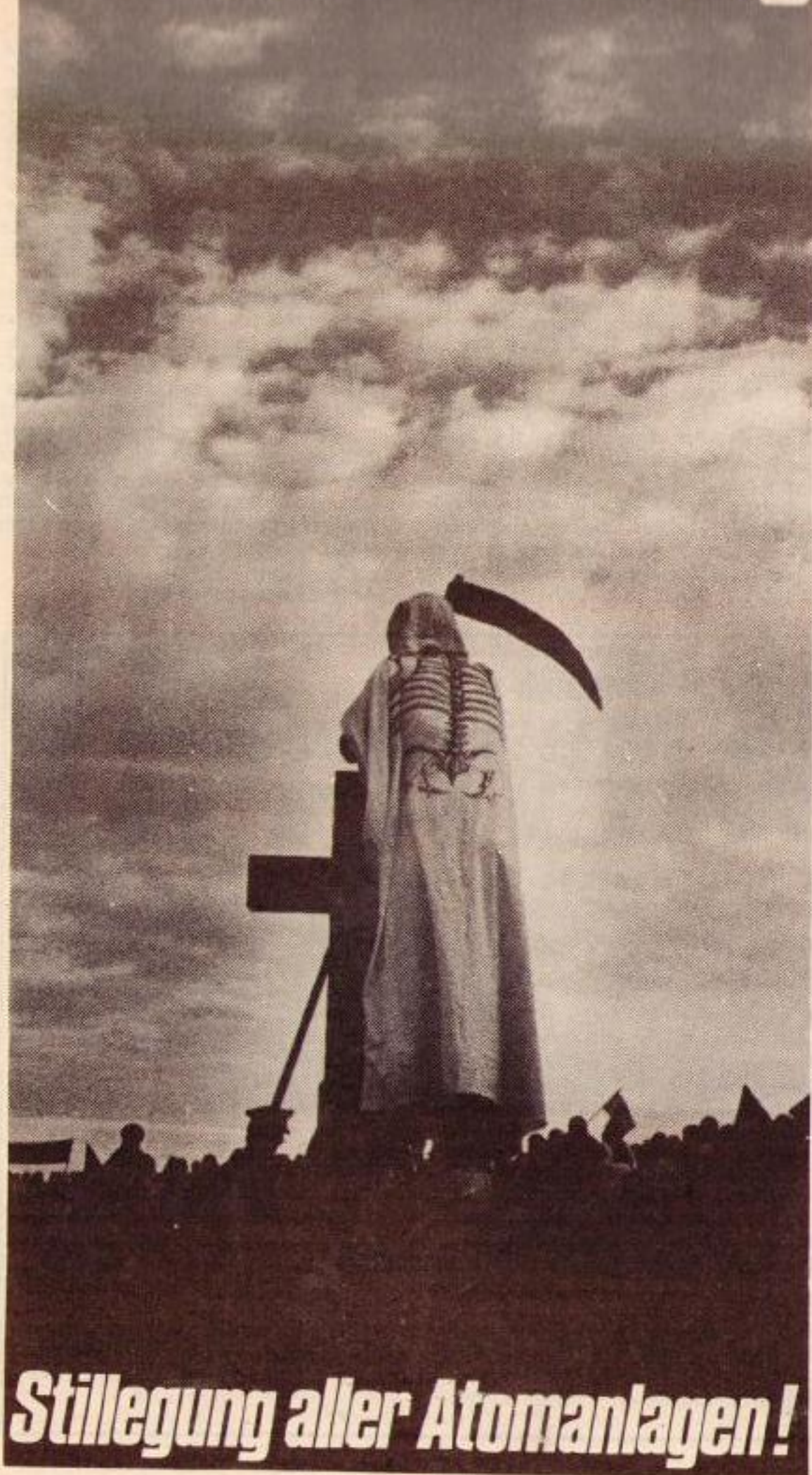
Die schleswig-holsteinischen Grünen, die auf dem rechten Flügel der

Forts. S. 7

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Nach Harrisburg



Stillegung aller Atomanlagen!

Majdanek-Prozeß: 4 Nazi-Mörder freigesprochen!

Fortsetzung von Seite 1

zu später Beginn der Verfolgung; überlange Dauer der Ermittlungen und Prozesse; eine Verfahrensweise, die NS-Täter gleich behandelt wie „gewöhnliche“ Täter, was bei der Natur ihrer Taten, dem Mitwirken in einer routinemäßig arbeitenden Mordmaschinerie faktisch zu ihrem Schutz ausschlägt, weil der Einzelbeweis oft schwer zu führen sei.

Proteste kommen auch aus Israel: Der israelische Justizminister bezeichnete das Urteil als „neuen Fehlschlag“ der westdeutschen Gerichte bei der Behandlung von Naziverbrechern; ohne Rücksicht auf die Schwere der Verbrechen werde „außerordentlich großzügig verfahren“ (nach „SZ“, 21./22.4.79).

Justiz schützt NS-Verbrecher

Nach der Urteilsverkündung sah sich Staatsminister Wischnewski bemüht, in einem Gespräch mit der „Rheinischen Post“ zu erklären: »Wir haben eine unabhängige Justiz. Die Regierung muß mit dem außenpolitischen Schaden fertigwerden, d.h. sie muß durch ein Höchstmaß an Aufklärung dafür sorgen, daß der Schaden gemildert wird. Ohne Schaden wird es nicht abgehen« (20.4.79).

Was diese Justiz getan hat, um Mörder straffrei ausgehen zu lassen, verdeutlicht gerade der Majdanek-Prozeß: Von 1300 beschuldigten Nazi-Mördern des KZ Majdanek im damals okkupierten Polen wurden nach dreißigjährigen »Ermittlungen« der Justiz gegen 387 Personen im November 1975 ganze 15 vor Gericht gestellt. Hinter diesen Zahlen steht nicht Unvermögen, sondern System: Die systematische Vernachlässigung der Verfolgung von NS-Verbrechern, die Prozeßverschleppung, die praktische Amnestierung Tausender von NS-Verbrechern durch juristische Konstruktionen, die ihnen »Befehlsnotstand« und »Beihilfe« statt Mord zuerkennen.

Die vier ersten Freisprüche im Majdanek-Prozeß begründete Richter Bogen mit »Beweisnot«, da die gehörten Zeugen »widersprüchliche Angaben über die Beteiligung der Angeklagten an den ihnen zur Last gelegten Verbrechen gemacht hätten« („FAZ“, 20.4.79). Die sogenannte »Beweisnot« in NS-Verfahren ist darin begründet, daß die Justiz die Anforderung an die Beweisführung absurd erhöht hat. Dies geht aus vielen Berichten von daß die Justiz die Anforderung an die Beweisführung absurd erhöht hat. Dies geht aus vielen Berichten von

Selbst Adalbert Rückerl, Leiter der Zentralstelle in Ludwigsburg für die Verfolgung von NS-Verbrechern, muß feststellen, »daß gelegentlich die Zeugen von den Verteidigern der Angeklagten mit unnötiger Schärfe, in einzelnen Fällen sogar in höchst unfairer Weise bedrängt werden, um dann aus Unstimmigkeiten in einzelnen, für den Prozeß meist bedeutungslosen Details, die sich aus dem Vergleich mit früher gemachten Aussagen ergeben, insgesamt eine Unglaubwürdigkeit des betreffenden Zeugen herleiten zu können.« (ebenda)

In einigen Fällen habe sich herausgestellt, daß »scheinbare Widersprüche zwischen den von einem Zeugen zunächst im Ermittlungsverfahren und den später in der Hauptverhandlung gemachten Aussagen darauf zurückzuführen sind, daß sich der Zeuge bei seiner Vernehmung im Ermittlungsverfahren einer Sprache bediente, die entweder er selbst oder der vernehmende Beamte nur mangelhaft beherrschte« (ebenda).

Die Freisprüche der SS-Aufseherinnen haben diese auch Zeugen zu verdanken, die selbst aus den Reihen der ehemaligen KZ-Aufseherinnen kamen. Diese »Kolleginnen« der Angeklagten gaben an, nichts Unrechtes gesehen, gehört oder erlebt zu haben.

Ohne nennenswerten Widerstand des Gerichts wurde der Majdanek-Prozeß zu einem Zummelplatz für Nazi-Anwälte: Drei neonazistische Anwälte, Ludwig Bock, Dr. Hermann Stolling und Hans Murdorf stellten z.B. einen Befangenheitsantrag gegen

einen Gutachter mit der Begründung, er habe einen jüdischen Doktorvater gehabt, beruflichen und privaten Umgang mit Juden gepflegt; er sei viel zu jung und zudem von der »alliierten Siegerpropaganda« beeinflusst. Dieser Befangenheitsantrag wurde zwar damals von der Kammer abgelehnt, doch die Begründung ist heute noch einmal hörensenswert: Sie wies die Provokation keineswegs zurück, sondern argumentierte lediglich, daß Dr. Schefflers Kontakte zu Juden bei seiner Arbeit notwendig seien; außerdem seien zwei seiner jüdischen Kollegen schon gestorben, zu einem dritten bestehe seit 10 Jahren kein Kontakt mehr und ein vierter sei gar kein Jude.

Andere ständige Anträge der Verteidiger auf Prüfung der Verhandlungsfähigkeit der Angeklagten verzögern systematisch den Prozeß.

Im Windschatten des Majdanek-Prozesses

Weniger beachtet von der Öffentlichkeit geschieht in den 14 NS-Prozessen, die außer dem Majdanek-Prozeß in der BRD gegenwärtig stattfinden, nicht weniger Empörendes: Im Bochumer NS-Prozeß, in dem es um die Ermordung von 7000 Juden geht, wurden bereits vor Ostern zwei Freisprüche gefällt: für Josef Leng und Johann Förster. In Hannover endete der NS-Prozeß gegen Heinemeyer mit Freispruch. Anderen NS-Tätern wird durch Verschleppung ein beschaulicher Lebensabend bereitet:

- Seit Frühjahr 1977 mußten Ernst Boje Ehlers, Konstantin Kanaris und Kurt Asche vor Gericht stehen. »Sie sind dringend verdächtig, die Verschleppung von Juden aus Nordfrankreich und Belgien in die Vernichtungslager organisiert zu haben. Aber sie haben gegen den Prozeß Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht erhoben. Dort konnten die Beschwerden jedoch „wegen der starken Belastung“ des Gerichts „noch nicht erledigt werden“ („Tat“, 20.4.79).

- Auch der Prozeß gegen Lischka, Herbert Hagen und Ernst Heinrichsohn von der Gestapo-Zentrale in Paris ist überfällig. Es steht aber noch nicht einmal fest, ob es überhaupt zum Prozeß kommen wird („Vorwärts“, April 79).

NS-Prozesse und Verjährung

NS-Prozesse und Verjährung

Angesichts von solchen Freisprüchen und fortgesetzten Verschleppungen von NS-Prozessen kommentierte der „Vorwärts“ (April 79): »Wenn hier nicht ganz andere Prioritäten gesetzt werden, garantiert eine Verjährung ganz anderer Art NS-Tätern einen bescheidenen Lebensabend«. Und der jüdische Journalist Henryk M. Broder stellte richtig fest: »Die gegenwärtige Diskussion um die Frage der Verjährung geht gezielt am Kern der Sache vorbei: Es war keine Frage der fehlenden Zeit, daß die Ermittlungen so geführt worden sind wie sie geführt wurden. Eine Aufhebung der Verjährung würde das Mißverständnis provozieren, als habe es die Justiz trotz eifrigen Bemühens nicht geschafft, zum Stichtag fertig zu werden. Auch das ehrenwerte Argument, es könnten nach dem 31.12.79 unbekannte Täter auftauchen und mit ihren Taten prahlen, steht auf schwachen Beinen. Es gibt schon heute eine Unzahl von Tätern, die bekannt sind und dennoch frei herumlaufen. Die Aufhebung der Verjährung, bei der es sich immerhin um ein wichtiges Rechtsgut handelt, wäre eine symbolische Geste fürs Ausland und eine Fortsetzung der Als-ob-Technik; sie würde an der Praxis der Behandlung von NS-Verbrechern nichts ändern« („TAZ“, 23.4.79).

Die Freisprüche im Majdanek-Prozeß machen noch einmal die Berechtigung der Forderungen deutlich:

- NS-Verbrecher in den Knast!
- Schluß mit der Verschleppung von NS-Prozessen; Entlassung der dafür verantwortlichen Richter; Ausschuß neonazistischer Rechtsanwälte aus NS-Prozessen!
- Unterzeichnung der UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Bundesregierung — Gegen die Aufhebung der Verjährung für Mord generell!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das gibt's nur in der BRD: Nazi-Mörderin kandidiert zum Europarat!

Mit einem offiziellen „Formblatt für eine Unterstützungsunterschrift“ wurde die von Erwin Schönborn geleitete faschistische „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“ (ANE) vom Bundeswahlleiter dazu autorisiert, Unterschriften für die Zulassung ihrer Liste zur Europawahl zu sammeln. Auf der ANE-Liste kandidiert auch die im „Majdanek-Prozeß“ angeklagte KZ-Mörderin Hildegard Lächert! Erst unlängst hatte eine Zeugin, deren Mutter, Schwestern und weitere Verwandte im KZ umkamen, Hildegard Lächert (die „blutige Brigitte“) als diejenige Majda-

nek-Aufseherin identifiziert, die einen speziell abgerichteten Schäferhund auf ein schwangeres Mädchen gehetzt hatte. Das Mädchen war von einem SS-Mann vergewaltigt worden, der Hund riß ihr den Bauch auf. (Nach „Spiegel“ Nr. 12/79).

Schönborn wirbt derzeit im rechtsradikalen Lager für die Unterstützung seiner Liste. In einem von ihm verfaßten Schreiben heißt es u.a.: „Mit Hildegard Lächert wollen wir, gleichsam als Symbol, unsere Solidarität mit allen unschuldigen Opfern der Sieger-Rache-Justiz zum Ausdruck bringen. Wenn

wir den Wahlvorschlag ordnungsgemäß einreichen, dann muß Frau Lächert für den Wahlkampf freigegeben werden mit Konsequenzen, die Sie wohl ermessen können...“.

Es bleibt abzuwarten, ob die Bundesregierung dem sich hier abzeichnenden Skandal noch ein Ende macht (durch Nichtzulassung der NS-Mörderin oder der ANE zur Wahl) oder ob man die Ungeheuerlichkeit auf die Spitze treiben will.

Antifa-Kommission NRW

„De Volkskrant“ [Niederlande] zu den Majdanek-Freisprüchen

Am Tag nach dem skandalösen Freispruch im Majdanek-Prozeß am 24. brachte die „Volkskrant“ einen umfangreichen und minutiösen Bericht ihres BRD-Korrespondenten J.L. von der Demonstration im Gerichtssaal.

Am 21.4. schrieb J.L. in einem Kommentar zu den Freisprüchen u.a.: „Die ersten Urteile im Majdanek-Prozeß, der nun fast dreieinhalb Jahre dauert, sind formell korrekt und doch bilden sie einen Skandal. Dieses Paradoxon liegt im Verhalten der deutschen Justiz. Richter Bogen hat formell korrekt gehandelt, indem er das alte Rechtsprinzip anwandte, daß im Zweifelsfall zugunsten des Angeklagten zu entscheiden ist. Der Skandal ist, daß die deutsche Justiz selbst für diesen Zweifel gesorgt hat. Daß es nun fast 35 Jahre nach dem Krieg immer öfter vorkommt, daß es keine klaren Beweise mehr gibt und deshalb freigespro-

chen wird, ist die Schuld der deutschen Justiz, die zu spät und zu träge die Nazi-Verbrechen aufgegriffen hat...“

Es wird immer wieder deutlich, daß das deutsche Rechtssystem versagt, wenn es über den Holocaust urteilen soll, die Judenverfolgungen im Dritten Reich und die anderen Verbrechen der Nazis. Dies Versagen ist nicht nur eine Folge der zu späten und zu trägen Verfolgung der Nazi-Verbrechen, wodurch die deutsche Justiz selbst den Mangel an Beweisen geschaffen hat, der nun zu Freisprüchen führt. Es besteht auch darin, daß Völkermord strafrechtlich behandelt wird, als ob es hier um individuellen Mord geht. Hitlers verbrecherisches System wird reduziert auf einzelne Verbrechen, die in einem Prozeß bewiesen werden müssen.

Dies ist eine Folge des Umstandes, daß Völkermord erst später in das westdeutsche Strafrecht aufgenommen

wurde, so daß Naziverbrecher nach dem Prinzip „keine Strafe ohne Gesetz“ nicht für Völkermord verurteilt werden können. Dies führt zu Prozessen, die an der grausamen Wirklichkeit der Konzentrations- und Vernichtungslager vorbeigehen. Der Anklage zufolge wurden in Majdanek mindestens 250.000 Menschen, meist Juden, ermordet. Nach anderen Quellen wurden mehr als eine Million Menschen getötet. Hier ist Völkermord geschehen. In Düsseldorf ging es jedoch um die Frage, ob dieser bestimmte Lagerarzt an bestimmten Selektionen für die Gaskammer teilgenommen hat und ob jene SS-Bewacherin ein Kind und eine Frau erschossen hat. Nach dem Massenmord in Majdanek soll nun die individuelle Schuld bewiesen werden...“.

(Übersetzung:
Niederlande-Kommission)

Weitere Freisprüche für Nazi-Mörder

Hannover Mit einem Freispruch endete in Hannover der Prozeß gegen den NS-Mörder Kurt Heinemeyer (71). In dem Prozeß, der am 23.9.77 begann, waren zunächst 3 SS-Leute angeklagt wegen Beihilfe zum Mord bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung des Distrikts Krakau/Polen in der Zeit 1942 bis 1945.

Der Angeklagte Max Olde starb 1977. Der dritte Angeklagte Rudolf Körner befindet sich auf freiem Fuß; er erschien am ersten Prozeßtag nicht einmal, sondern ließ ein Attest vorlegen, in dem ihm „Verhandlungsunfähigkeit“ bestätigt wird. Sein Verfahren wurde abgetrennt und liegt auf Eis.

Der Angeklagte Kurt Heinemeyer wurde abgetrennt und liegt auf Eis.

Dem ehemaligen SS-Obersturmführer Kurt Heinemeyer wurde Mord in 8 Fällen und Beihilfe zum Mord in 7 Fällen zur Last gelegt. Außerdem soll er bei den Massakern zur „Endlösung der Judenfrage“ im Distrikt Krakau mitgewirkt haben, denen 19 500 Juden zum Opfer fielen. Unter anderem wird in der Anklageschrift folgender Fall geschildert: „Vor dem Abtransport hatten mehrere Eltern ihre Kleinkinder in Gepäckstücken versteckt, um sie bei sich zu behalten und vor dem Tode zu bewahren; gemeinsam mit Heinemeyer habe Körner mindestens acht Kinder durch Schüsse in die Gepäckstücke getötet“.

Heinemeyer bestreitet alle seine Ta-

ten; er gab aber zu, an der Räumung des Krakauer Ghettos beteiligt gewesen zu sein. Der Staatsanwalt forderte 8 Jahre Freiheitsentzug wegen Beihilfe zum Mord, die Verteidigung forderte Freispruch.

„Nach 90 Verhandlungstagen und der Anhörung von 60 Zeugen meinte das Gericht, es sei nicht auszuschließen, daß Heinemeyer von den Greuelen gewußt und sie vielleicht auch vorgenommen habe. Die Zeugenaussagen seien jedoch zu widersprüchlich, die Indizien nicht ausreichend“ („SZ“, 3.4.79).

Antifa-Kommission Hamburg

Antifa-Kommission Hamburg

Bochum. Mit einem Freispruch für den Hauptangeklagten Johann Förster aus Duisburg endete am 11.4. ein Prozeß gegen SS-Leute, die 1942 in mehreren Orten Weißrutheniens (UdSSR) an Massenerschießungen von Juden beteiligt waren. Ein zweiter Angeklagter, Josef Lengl aus Füssen, wurde zwar wegen Beihilfe zum Mord (und damit am Tod von 1600 Juden) für mitschuldig gesprochen, erhielt aber ebenfalls keine Strafe, da das Gericht hiervon wegen „geringer Schuld“ abgesehen hatte. Vier Jahre Gefängnis wurden lediglich gegen Georg Hasenkamp verhängt, „nach Meinung der Strafverteidigung der „dümste Angeklagte““ („WAZ“, 12.4.79). Hasenkamps

„Dummheit“ hatte u.a. darin bestanden, daß er als einziger der Angeklagten in Vernehmungen und auch im Gericht zugegeben hatte, Juden durch Genickschüsse getötet zu haben. Aber auch er wird vermutlich niemals ins Gefängnis müssen: „Eine sofortige Inhaftierung, wie vom Ankläger beantragt, lehnte das Schwurgericht ab. Die Verteidiger von Hasenkamp ... wollen ... Revision einlegen“ („WAZ“ Bochum, 12.4.79).

Der Bochumer NS-Prozeß hatte am 28.9.78 nach 18(!) jähriger „Ermittlungstätigkeit“ gegen ursprünglich 6 angeklagte Nazi-Mörder begonnen. Drei weitere NS-Verbrecher hatten gar nicht erst vor Gericht erscheinen müssen - wegen „Verhandlungsunfähigkeit“ in zwei Fällen und „geringer Schuld“ in einem Fall hatte der Ankläger das Verfahren gegen sie eingestellt.

Nach diesem Muster war man dann auch im Prozeß verfahren, so daß bereits im Oktober letzten Jahres drei der sechs Angeklagten straffrei (abermals wegen „Verhandlungsunfähigkeit“) nach Hause geschickt wurden. Daß nun auch der Hauptangeklagte strafflos ausging, rechtfertigt das Gericht damit, daß es in den belastenden Aussagen der jüdischen Zeugen „Widersprüche“ gegeben habe.

Antifa-Kommission NRW



Rund 20 000 Menschen aus 20 europäischen Staaten nahmen an einer antifaschistischen Massenkundgebung in Straßburg teil. Die Internationale Initiative der Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus hatte dazu aufgerufen. Angeführt wurde der Zug von Widerstandskämpfern, vor allem aus Frankreich, mit ihren Traditionsfahnen und zum Teil in KZ-Kleidung. Die Demonstranten forderten:

- Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit!
- Auflösung der SS-Verbände!
- Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda!

Aktuell forderten die Teilnehmer von der Bundesregierung und von der hessischen Landesregierung, das am 27.4.79 in Arolsen geplante Treffen von ehemaligen SS'ern der Division „Totenkopf“ zu verbieten. Die vier Freisprüche im Majdanek-Prozeß von zwei Tagen zuvor lösten große Empörung auf der Kundgebung aus. Mit einem Schweigemarsch durch die Innenstadt endete das Treffen.

Krieg gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon

Noch bevor am 25.3. in Om-Khosheiba (Sinai) die Ratifikationsdokumente des zwischen der israelischen und der ägyptischen Regierung geschlossenen Friedensvertrages ausgetauscht wurden, eskalierten die Zionisten und die mit ihnen verbündeten Faschisten den Konflikt im Libanon. Der Kommandeur der faschistischen Milizen, Major Saad Haddad, der engsten mit den Zionisten zusammenarbeitet, rief im Grenzstreifen zu Israel einen „unabhängigen“ „Freien Libanon“ aus. Damit wurde das Signal für einen erneuten Versuch der Zionisten gegeben, die verbündeten fortschrittlichen libanesisch-palästinensischen Kräfte endgültig zu liquidieren.

Mit dieser Provokation haben die Zionisten gleichzeitig deutlich gemacht, daß sie und die mit ihnen verbündeten libanesischen Faschisten den syrischen Einfluß im Libanon völlig ausschalten wollen, um einen reaktionären Libanon unter zionistischer Kontrolle zu schaffen. Dies ist das Ziel der Provokationen – und so wird die „patriotische“ Tat Haddads von den Faschistenführern auch gesehen. Mit einer Spaltung des Libanons würden sich diese Kräfte erst zufrieden geben, wenn dieser Plan scheitert.

Die Entwicklung im Libanon hat erneut bestätigt, daß die imperialistisch-zionistische Lösung im Nahen Osten alle fortschrittlichen Kräfte und Staaten mit weiteren Kriegen bedroht.



Faschistenführer und Zionistenknecht Saad Haddad

Die Provokation

Die Provokation

Anlaß für die „Gründung“ des „Freien Libanon“ war der Versuch der libanesischen Regierung unter dem äußerst rechten und für seine Sympathien zu den Faschisten bekannten Präsidenten Sarkis, erste Schritte zur Ablösung der UN-Truppen im Libanon (UNIFIL) durch die libanesischen Armee zu machen. Nach einem Beschluß des UN-Sicherheitsrates (Resolution 444) sollte bis zum 19.4.79 mit der Ersetzung der UN-Truppen durch die libanesischen Armee begonnen werden, bis zum 19. Juni sollen dann die UN-Truppen endgültig abgezogen worden sein („Le Monde“, 18.4.79). 500 Mann der libanesischen Armee rückten deshalb am 17.4. in den Süden vor, wobei sie unter sehr schweren Beschuß faschistischer Milizen und israelischer Einheiten gerieten. Nachdem die libanesischen Einheiten ihre Einsatzorte Tibnin, Maaraka und Chehadiyeh erreicht hatten, rief Haddad den „Freien Libanon“ in dem bis zu 10 km breiten, insgesamt lächerliche 750 km² umfassenden Grenzstreifen zu Israel aus. Selbstverständlich war diese Provokation mit den Zionisten abgesprochen.

Haddad behauptet, in diesem Grenzstreifen würden noch 100.000 Menschen leben, Beobachter schätzen die Zahl auf höchstens die Hälfte. Viele Menschen sind aus diesem Gebiet geflüchtet. Nach der israelischen Intervention im März 78 hatten besonders die Milizen Haddads einen beispiellosen Terror gegen die Bevölkerung verübt. In der folgenden Zeit wurden außerdem alle von den Milizen Haddads und israelischen Einheiten besetzten Orte von mißliebigen Bewohnern gesäubert. Wer nicht mit den Faschisten und Zionisten zusammenarbeiten wollte, mußte gehen („ND“, 24./25.3.79).

Wie groß die Verfilzung zwischen den faschistischen Milizen und den zionistischen Truppen ist, wird an folgendem deutlich:

– Haddad behauptet selbst, etwa 800 Mann in seinen Milizen zu haben, in Wirklichkeit sollen es nur 200 sein. Es ist völlig klar, daß damit die Grenze zu Israel nicht kontrolliert werden kann („International

Herald Tribune“, 19.4.).

– Aufgestockt werden Haddads „Milizen“ durch israelische Einheiten, wie selbst westliche Beobachter berichten. Die israelischen Truppen bewegen sich völlig frei in diesem Gebiet und tragen selbstverständlich den größten Teil der ständigen Terroraktionen und Bombardierungen südlibanesischer Dörfer, palästinensischer Flüchtlingslager und der Stellungen der UN-Einheiten.

– Die faschistischen Milizen werden von den Zionisten ausgerüstet, bewaffnet und bezahlt. Praktischerweise tragen sie von vornherein israelische Uniformen mit hebräischen Schriftzeichen. Schon nach ihrem angeblichen Rückzug aus dem Südlibanon am 13. Juni 1978 hatten sich die Zionisten – entgegen der UN-Resolution 425 – geweigert, ihre Stellungen im Grenzstreifen den UN-Truppen zu übergeben. Stattdessen übergaben sie 20 Stellungen im Grenzstreifen den „zahlreichen“ Truppen Haddads. Die von ihnen zur Kontrolle des Südlibanons im Laufe der Jahre angelegten Straßen durften die UN-Truppen nicht benutzen. („LM“, 19.4., „FR“, 20.4.).

Die ständigen Überfälle auf UN-Stellungen wurden nach dem Vorrück der libanesischen Armee enorm verstärkt. Tagelang wurde u.a. das Hauptquartier der UN-Truppen in Nakura (nur von Israel her erreichbar) bombardiert und alle Zufahrtsweg blockiert. Selbst Offiziere der UNIFIL-Truppen behaupten, daß israelische Einheiten an den Kämpfen gegen UN-Stellungen beteiligt sind („ZZ“, 22./23.5.79).

Haddad hatte seine bzw. die Ziele der Zionisten bei der „Unabhängigkeitserklärung“ des „Freien Libanon“ in Marjayoun mit folgenden Worten deutlich gemacht: „Der größte Teil des Libanon ist noch immer unter der Besatzung Syriens, der PLO und einiger fremder Kräfte. Unsere Absicht ist, Libanon von allen Invasoren und allen fremden Mächten zu befreien.“ („IHT“, 19.4.79).

Eine deutliche Anspielung auch auf die UN-Truppen, die den Faschisten und Zionisten derzeit im Wege sind.

Selbstverständlich beteiligte sich auch der israelische Ministerpräsident an den mit Waffengewalt vorgetragenen Erpressungsmanövern. Er an den mit Waffengewalt vorgetragenen Erpressungsmanövern. Er schrieb, „beunruhigt“ über die Folgen des Konflikts über die 1.200 norwegischen UN-Soldaten, an den norwegischen Ministerpräsident Nordli: „Israel widersetzt sich nicht dem Aufmarsch einer regulären libanesischen Truppe im Südlibanon, unter der Bedingung jedoch, daß die Existenz des Sicherheitsgürtels, der von den christlichen Enklaven gebildet wird, nicht in Frage gestellt wird.“ und daß sich die Aktionen der Fedayin gegen Nordisrael nicht verstärken. („LM“, 19.4., „ZZ“, 20.4.).

In diesem Schreiben kommt noch einmal die ganze Unverfrorenheit der Zionisten zum Ausdruck, die ganz selbstverständlich die Verfügungsgewalt über einen anderen Staat für sich in Anspruch nehmen. Obwohl sich, wie an den Geschossen bewiesen, die israelische Armee an der Bombardierung der UN-Stellungen beteiligt bzw. diese hauptsächlich durchgeführt hat, empörte sich Begin in einem Brief an Waldheim, überhaupt in den Zusammenhang von Aktionen Haddads gebracht zu werden. „Israels Regierung hat zu keiner Zeit Bedrohungen von Major Haddad unterstützt. Ich wünsche absolut klar zu machen, daß wir, obwohl wir Einfluß besitzen, nicht in der Lage sind, Befehle an Major Haddad zu geben. Es gibt deshalb keinerlei Grundlage für die Annahme, daß Israel verantwortlich gemacht werden kann für die Entscheidungen oder Handlungen der Milizen oder ihrer Führer“ („TG“, 20.4.79). Haddad ist für die Zionisten nichts weiter als eine bequeme Marionette, mit deren Hilfe sie ihre Aggressionspolitik gegen die fortschrittlichen Kräfte umso besser durchführen können.

Hauptstoß gegen die Palästinenser

Die in der Presse ständig als „Terroraktionen“ der palästinensischen „Terroristen“ hochgespielt und breitgetretenen bewaffneten Aktionen gegen den zionistischen Staat sollen die Weltöffentlichkeit vergessen lassen, welchen systematischen Terror die Zionisten seit Jahren gegen die Zivilbevölkerung in Libanon, besonders im Süden, anwenden.

Verstärkt haben sich die Überfälle und Bombardierungen auf südlibanesischen Ortschaften und Flüchtlingslager seit der israelischen Invasion im März 1978. In den letzten Monaten wurde die gespannte Situation bewußt angeheizt. Immer wieder werden Ortschaften und Flüchtlingslager mit israelischer Artillerie beschossen. Verschiedentlich versuchten die faschistischen Milizen durch Angriffe auf südlibanesischen Dörfer ihr Einflußgebiet zu erweitern. Mit Frachtern transportierter Nachschub für die fortschrittlichen Kräfte wurde durch israelische Schnellboote in libanesischen Hoheitsgewässern gestoppt. Anfang April blockierten israelische Schiffe den Hafen Tyrus (Sur) und kreuzten vor Saida (Sidon) und Damour („ND“, 3.4.79). Flugzeuge dringen immer wieder in den libanesischen Luftraum ein und bombardieren Ortschaften und Flüchtlingslager („ND“, 11.4.79). Mitte April versuchten vier israelische Schnellboote in der Nähe von Tyrus ein Landemanöver, wurden aber von den fortschrittlichen Kräften zurückgeschlagen, ein Schiff wurde versenkt („Neue“, 11.4.).

Die Aktion eines Kommandos der PLF (Palästinensische Befreiungsfront, 1978 aus größeren Teilen der PFLP-Generalkommando gegründet) in Nahariya (Küste Nordisraels) wurde von der israelischen Armee als willkommener Anlaß genommen, sämtliche palästinensischen Einrichtungen an der gesamten libanesischen Küste von der See her zu bombardieren. Der Terrorist Begin ergriff die Gelegenheit, die Durchführung der Todesstrafe für palästinensische „Terroristen“ zu fordern (bislang wird auf Weisung der israelischen Regierung die – nach dem Gesetz mögliche – Todesstrafe nicht verhängt, mit Rücksicht auf die innere Situation). Dayan erklärte, der letzte „Terroristen-Überfall“ rechtfertige, daß Israel den Dialog mit der PLO zurückweist. Im Februar hatte Dayan noch erklärt: „Die PLO ist nicht nur eine Terroristenorganisation, sondern außerdem ein politischer Faktor, der Bedeutung besitzt und nicht mehr ignoriert werden kann.“ („LM“, 24.4.79).

Der wochenlange Terror, mit dem die Zionisten den gesamten Südlibanon, über den Litani- und Zahrani-Fluß hinweg überziehen, hat immerhin die Norweger schon zu der „Drohung“ veranlaßt, sich zurückzuziehen („LM“, 26.4.79). Der UN-Generalsekretär Waldheim hat erklärt, daß Israel die entscheidende Rolle dabei spiele, ob die UN-Truppen ihre Aufgabe erfüllen können und ob die jetzige libanesischen Regierung ihre Autorität wiederherstellen kann („ZZ“, 22./23.4.79).

Aber das gerade will der zionistische Staat nicht. Den Zionisten erscheint nach dem Friedensvertrag mit Ägypten die Gelegenheit günstig, weitere Schläge gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon zu führen und auf die Errichtung eines reaktionären Libanon unter israelischer Kontrolle verstärkt hinzuwirken. Die Zionisten scheinen die Situation richtig eingeschätzt zu haben. Die Gründung des „Freien Libanons“ hat die Pläne der Syrer und der rechten Kräfte im Libanon durcheinandergebracht, die Politik der „nationalen Erneuerung“ ist vorerst gescheitert. Die fortschrittliche Beirutzeitung „As Safir“ bemerkt richtig: „Ein großes arabisches und inter-



Palästinensische Kinder im zerstörten Nabatiyeh – eines der Zentren zionistischer Artillerie- und Luftwaffenüberfälle

nationales Schweigen begleitet die israelische Aggression, das nur durch einige Zeitungsartikel durchbrochen wird.“ („LM“, 26.4.79).

Die Politik der „nationalen Erneuerung“

Wie erklärt sich dieses Schweigen? Einen Monat nach der zionistischen Invasion (März 78) starteten die faschistischen Milizen in Beirut im April die ersten Provokationen gegen die syrischen Besatzertruppen, mit denen sie im Bürgerkrieg bestens zusammengearbeitet hatten. Damals kämpften die Syrer zusammen mit den Faschisten gegen die fortschrittlichen libanesisch-palästinensischen Kräfte, die 82% des Libanon kontrollierten, um die Errichtung eines fortschrittlichen Libanon zu verhindern. Damals fanden die Syrer den Beifall der Zionisten und der gesamten arabischen Reaktion, während der Verräter Sadat sich kritische Töne erlaubte. Der syrische Präsident Assad hatte außerdem das Ziel, die eigene Machtposition im Nahen Osten zu stärken (was die Differenzen oder besser die Konkurrenz zum Irak noch erhöhte) und sich bessere Voraussetzungen für eine Verhandlungslösung mit dem zionistischen Staat zu schaffen.

Der Alleingang Sadats nach Jerusalem brachte Assad auf die Seite der Staaten der Front der Ablehnung und Konfrontation. Diese Verhandlungslösung wollte Assad nicht. Wieder benutzte er die palästinensische Karte, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Ließ er im Bürgerkrieg die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kämpfer massenhaft hinschlachten, um von seiner Kontrollfunktion über die fortschrittlichen Kräfte zu profitieren, so ließ er ihnen jetzt einen gewissen Spielraum – wenn er sie auch nie direkt unterstützte – er ihnen jetzt einen gewissen Spielraum – wenn er sie auch nie direkt unterstützte – , um sie als Machtfaktor gegen die faschistischen Kräfte einzusetzen und so ein gewisses Kräftegleichgewicht aufrecht zu erhalten. Das verschaffte den fortschrittlichen Kräften eine gewisse Atempause.

Die Intervention der Zionisten im März 78, nur ein paar Monate nach dem Jerusalem-Besuch Sadats, bildete den Auftakt für den Versuch, nun mit freiem Rücken die fortschrittlichen Kräfte im Libanon zu liquidieren und eine Lösung ohne die Syrer durchzusetzen. Die Zerschlagung der fortschrittlichen Kräfte gelang nicht, im Gegenteil, die Zionisten mußten empfindliche Schläge hinnehmen. Nur einen knappen Monat später starteten dann die faschistischen Milizen – ganz im Einklang mit den zionistischen Absichten – bewaffnete Provokationen gegen die nun zu „Besatzern“ gewordenen syrischen Truppen. Neue Höhepunkte erreichten die Kämpfe zwischen Syrer und den inzwischen mit Duldung der Syrer massiv aufgerüsteten faschistischen Milizen im Juli und Oktober, unmittelbar nach den Abkommen von Camp David.

So unter Druck gesetzt und um das Risiko einer bewaffneten Kon-

frontation mit der israelischen Armee zu vermeiden (die Zionisten hatten offen mit Intervention zum „Schutz“ der libanesischen „Christen“ vor „Ausrottung“ durch die Syrer gedroht), kamen der syrische Präsident Assad und der libanesischer Präsident Sarkis im Oktober 78 überein, die Politik der „nationalen Erneuerung“ einzuschlagen. Die Politik der „nationalen Erneuerung“ zielte auf die Errichtung eines reaktionären Libanons, der allerdings nicht in die völlige Abhängigkeit Israels gelangen sollte.

Hintergrund dafür waren erhebliche Differenzen im Lager der Faschisten und rechten libanesischen Politiker. Nachdem zunächst der Nationale Block (Raymond Edde, im libanesischen Bürgerkrieg von den fortschrittlichen Kräften unterstützter Gegenkandidat von Sarkis bei der Präsidentenwahl), die Chehabisten (Sarkis) und der Chef der Maroniten im Norden (Gegend um Zghorta), der Faschistenführer Frangieh, aus der Libanesischen Front ausgeschert waren, erklärten sich auch verschiedene Kirchenführer gegen die beiden in der Libanesischen Front verbliebenen Faschistenführer Pierre Gemayel (Falangisten) und Camille Chamoun (National-Liberale Partei), die zur Durchsetzung und Ausweitung ihres Machtbereichs den Libanon vollständig an die Zionisten ausliefern wollten. Praktisch alle „unabhängigen“ ehemaligen „christlichen“, d.h. rechten Ex-Minister und Parlamentarier unterstützten diesen von Syrer und Irakern unterstützten Kurs des Präsidenten Sarkis. Folgende Schritte sollten gleichzeitig eingeleitet werden:

- Wiederaufbau der Armee,
- Ausweitung der Autorität des Staates (die Milizen Gemayels und Chamouns kontrollieren etwa ein Zehntel des Libanon und höchstens die Hälfte der christlichen Bevölkerung),
- Zehntel des Libanon und höchstens die Hälfte der christlichen Bevölkerung),
- Verhandlungen mit Assad im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Rahmenabkommens, das die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach einem Rückzug der Syrer regelt (d.h. die Syrer wollten hierüber selbstverständlich ihren Einfluß im Libanon behalten, etwa in Form eines Beistandspaktes),
- Verhandlungen mit den verschiedenen libanesischen Fraktionen im Hinblick auf die nationale Einheit.

Selbstverständlich sollten die palästinensisch-libanesischen Kräfte von der syrisch-libanesischen Übereinkunft nicht profitieren. Der Unterschied zur zionistischen Lösung besteht darin, daß sie nicht gleich vernichtet, sondern langsam ausgehungert werden sollten.

Ziel dieses Plans war es nämlich, im Sommer, nach der Wahl in fünf Bezirken, eine Regierung der „nationalen Einheit“ zu bilden, der außer den Delegierten der beiden Baath-Parteien (irakische und syrische Richtung) die Repräsentanten der „traditionellen Familien“ (d.h. der libanesischen Feudalistenclique) angehören sollen, und in dieser Funktion sollte ihr auch Walid Jumblatt, Sohn des von Faschisten ermordeten fortschrittlichen Drusenführers Kamal Jumblatt und Präsident der fortschrittlichen nationalen Bewegung, angehören dürfen. („LM“, 25.4.79)

Zur Politik Syriens

Mit ihrem geplanten Rückzug wollten die Syrer nicht nur einer Konfrontation mit der israelischen Armee aus dem Weg gehen. Ganz offensichtlich wurden sie auch von den übrigen arabischen Staaten unter Druck gesetzt. Zwar verlängerte die Arabische Liga im April ein letztes Mal das Mandat der „arabischen Friedensarmee“ um drei Monate, alle arabischen Länder zogen aber inzwischen ihre kleinen Kontingente aus dem Libanon ab. Nach Saudi-Arabien (im Oktober hatte Saudi-Arabien seine Truppen noch aufgestockt, um die syrischen Truppen im Zentrum Beiruts zu ersetzen und die

Fortsetzung von Seite 3

Kämpfe zwischen syrischen Truppen und Faschisten vorerst zu beenden) zogen Kuweit und jetzt auch die Vereinigten arabischen Emirate ihre Einheiten aus Libanon ab. Das ist ein deutliches Zeichen, daß diese Länder in die folgenden Auseinandersetzungen nicht verwickelt werden wollen.

Syrien — und auch der inzwischen mit Syrien ausgesöhnte Irak — setzen inzwischen alles daran, ihre Kontakte mit den Führern der rechten und faschistischen Kräfte zu intensivieren, um sie für den Plan der „nationalen Erneuerung“ zu gewinnen. Gleichzeitig wurden die fortschrittlichen Kräfte massiv unter Druck gesetzt. Syrien läßt seit einem Monat, wie schon im Bürgerkrieg, keinen Nachschub mehr für die fortschrittlichen Kräfte durch, während es vor dem reichlichen militärischen Material, das laufend für die faschistischen Milizen Gemayels und Chamouns in dem nordlibanesischen Hafen Jounieh an Land gebracht wird (u.a. Centurion- und Sherman-Panzer, Panzerabwehrraketen), die Augen schließt. Einer Delegation palästinensischer Führer wurde im letzten Monat in Bagdad von dem stellvertretenden irakischen Präsidenten Saddam Hussein die irakische Politik erklärt. Wenn die syrische Armee im Libanon Opfer einer israelischen Provokation werden würde, würde die Katastrophe, die folgen würde, auch auf Irak Auswirkungen haben. Der Irak müsse folglich eine Politik der nationalen Erneuerung im Libanon zum Preis substantieller Konzessionen von Seiten der palästinensischen und fortschrittlichen Kräfte unterstützen.

Im Rahmen dieser Politik stellten die Iraker ihren Kontakt zu Camille Chamoun wieder her, den sie während ihrer Differenzen mit Syrien unterstützt hatten, und sie kürzten — ohne jede Erklärung — ihre monatliche Hilfe von 2 Mio. Lib. Pfund auf die fortschrittlichen Kräfte um die Hälfte.

Außerdem starteten sie den Versuch, Walid Jumblatt als Präsident der nationalen Bewegung durch den Chef der libanesischen Baath-Partei (irakischer Zweig) zu ersetzen. Der zynische Rat des Faschistenführers Camille Chamoun an die Palästinenser hat hier eine Grundlage: Chamoun „empfahl“ den Palästinensern: „Ich, der ich immer die Sache der Palästinenser unterstützt habe, rate ihnen, mit Jerusalem (!) zu verhandeln, wie es Sadat mutig getan hat und aufzuhören, Kanonenfutter für ihre arabischen Pseudo-Freunde zu sein.“ („LM“, 25.4.79)

Libanesishe Faschisten auf Seiten der Zionisten

Nach Chamoun hat nun auch Gemayel die Gründung des „Freien Libanon“ durch den Faschistenführer Haddad begrüßt. Der Faschistenführer

Haddad begrüßt. Der Faschistenführer Chamoun legte in seiner „Begründung“ die Karten auf den Tisch. Demagogisch erklärte er: „Ich werde mich Israel nicht annähern. Mein Land ist nicht durch jüdische Truppen besetzt, sondern durch die palästinensischen Fedayin und durch die syrische Armee. Damaskus versucht uns einen Sicherheitspakt aufzuzwingen, bevor es seine Truppen zurückzieht. Ich sage nein zu diesem unwürdigen Handel! Ich werde nicht über das Ende der Besetzung v e r h a n d e l n ! Ich schachere nicht mit der Souveränität und der Unabhängigkeit des Libanon! Die Syrer müssen zunächst gehen. Dann können wir exakte Beziehungen der guten Nachbarschaft herstellen, und nicht mehr. Wenn sie diesen Prozeß zurückweisen, werden wir ihnen Widerstand leisten, wie die Europäer den Nazis Widerstand geleistet haben.“ („LM“, 25.4.79)

Und auf Haddad bezogen erklärte Chamoun: „Haddad ist kein Verräter.“ Das Ausrufen des „Freien Libanon“ durch Haddad stelle keine Teilung des Libanon dar, sondern sei eine Form der Erhebung mit dem Ziel, „den ganzen Libanon von Armeeeinheiten zu befreien, die ihn besetzt halten“. Der Libanon habe „eine ähnliche Armee nötig, wie die des Kommandanten Haddad, um den ganzen Libanon zu befreien.“ („LM“, 22./23.4.79)

Mit der Kampfansage der Zionisten und der libanesischen Faschisten ist der Plan der „nationalen Erneuerung“ erst einmal geplatzt. Faschisten und Zionisten fühlen sich stark genug, mit Aussicht auf Erfolg einen neuen Bürgerkrieg anzuzetteln und gegebenenfalls auch die syrische Armee anzugreifen.

Der drohende Bürgerkrieg im ganzen Libanon sollte nicht vergessen lassen, daß gegen die fortschrittlichen Kräfte in Südlibanon von der israelischen Armee schon Krieg geführt wird.

Nahost-Kommission

KB-Prozesse

Stammheim-Prozeß eingestellt!

Fortsetzung von Seite 1

der „Beleidigung“ von Franz Josef Strauß durch Schreibweise: „Strauß“ sein (in diesem Verfahren wurden gegen Kai Ehlers, presserechtlich verantwortlich in beiden Verfahren, drei Monate Haft auf Bewährung von der StA gefordert, und zwar formal wegen fahrlässiger Verletzung der presserechtlichen Aufsichtspflicht. Es wurde dann eine Strafe von ca. 3.000,— DM ausgesprochen. Dagegen läuft jetzt ein von Kai Ehlers eingeleitetes Berufungsverfahren). Nachdem die StA anderthalb Jahre an dieser Anklage gebastelt hat, um alle Voraussetzungen für eine maximale Verurteilung zusammenzutragen — ist diese Begründung der armselige Trick, sich möglichst unauffällig aus dem Verfahren zu schleichen, nachdem durch den Angeklagten und durch die Verteidigung klargestellt war, daß die StA in dem Verfahren Punkt für Punkt die Glaubwürdigkeit der von ihr behaupteten staatlichen Version des „unzweifelhaften Selbstmordes“ an Hand von T a t s a c h e n beweisen müßten.

Kai Ehlers wies in seiner Einlassung zur Sache zunächst nach, daß bereits die Anklage-Konstruktion ohne Berücksichtigung der Tatsachen abgeblasen ist. Er sagte, die Anklage sei ein „zusammenhangloses Sammelsurium polizeilicher Zitate“, mit denen dem ARBEITERKAMPF unterstellt werde, daß er mit den von ihm vorgebrachten Zweifeln „letztlich unterlag“ hätte, die „Exekutivorgane der BRD hätten die Gefangenen getötet“. Offenbar habe die StA nicht einmal den inkriminierten Artikel gelesen, denn schon daraus gehe hervor, daß keine „Mord“-Behauptung aufgestellt worden sei, dagegen sämtliche Ungeheimheiten und Vertuschungsversuche der offiziellen Darstellung zusammengetragen worden seien, die den Verdacht nahelegten, daß in Stammheim und Stadelheim „jemand nachgeholfen“ hat.

Darüber hinaus fragte er die StA, wie solche Zweifel an der „Selbstmord“-These eine Staatsverleumdung sein könnten, wenn die öffentliche Erörterung der möglichen Ermordung der Gefangenen weder damals noch seitdem von der BRD oder ihren Organen als unmöglich oder gar schimpflich zurückgewiesen oder strafrechtlich verfolgt worden sei, sondern im Gegenteil z. B. der Krisenstab selber die Liquidation der Gefangenen in einer Planungsgruppe habe „durchspielen“ lassen. Kai Ehlers fragte die StA, ob sie denn gegen diese Mord-

hetze und Liquidationsplanung wegen „Beschimpfung“ und „Verächtlichmachung“ der BRD oder ihrer „verfassungsmäßigen Ordnung“ (§ 90a) ermittelt habe?

Schließlich zeigte er auf, daß die von der StA statt eigener Tatsachenermittlungen vorgelegten Beweismittel „völlig untauglich sind zu beweisen, was sie beweisen sollen, nämlich die Unbezweifelbarkeit der ‚Selbstmorde‘, daß sie vielmehr nur eines beweisen, nämlich, daß die StA nicht in der Lage ist, diesen Beweis anzutreten“. Zu Ingrid Schubert habe die StA überhaupt nichts vorgelegt. Das vorgelegte „Überführungsstück“, die Einstellungsverfügung des Stammheimer Todesermittlungsverfahrens, sei erstens ungeeignet, rückwirkend die Berechtigung der Zweifel vom Oktober/November zu kriminalisieren, zweitens enthalte es keineswegs eindeutig Beweise über die Todesumstände der Gefangenen, sondern sei vielmehr eine „bereinigtes und verfälschtes Exzerpt aus den Ermittlungsakten, das durch seinen Vertuschungscharakter eher neue Zweifel aufwirft als alte Zweifel bereinigt“.

Er charakterisierte den gesamten Prozeß als schweren Angriff auf die Pressefreiheit und als „Versuch, die Nachrichtensperre mit gerichtlichen Mitteln fortzusetzen“, und forderte namens aller, die aktiv gegen diesen und den „Russell 5“-Prozeß protestiert haben, und in seinem eigenen Namen die Einstellung des Verfahrens mit den Worten: „Wir haben kein Interesse daran, die politische Auseinandersetzung um die immer noch ungeklärten Vorfälle von Stammheim/Stadelheim aus der Öffentlichkeit in den Gerichtssaal zu verlagern. Wir fordern stattdessen nach wie vor die restlose Offenlegung der Vorgänge vor den Augen der nationalen und internationalen Öffentlichkeit. Wir können den Wahrheitsbeweis für die Berechtigung unserer Zweifel an der ‚Selbstmord‘-These antreten — ob die StA allerdings dasselbe für die Berechtigung ihrer Anklage und die Richtigkeit der ‚Selbstmord‘-Version kann, möchte ich bezweifeln“.

Im Anschluß hieran stellte RA Heldmann Antrag auf Beizichtigung der Stammheimer und Stadelheimer Todesermittlungsakten mit der Begründung, die vorliegende Einstellungsverfügung sei ein „untaugliches Beweismittel“, da ihre Aussage des „unzweifelhaften Selbstmordes“ nicht mit dem Inhalt der Ermittlungsakten übereinstimme. RA Heldmann trug

zur Begründung seines Antrages einige Beispiele dafür vor:

— Kriminaltechnische und medizinische Gutachter hätten unterschiedliche Erklärungen gegeben, wie Andreas Baader die Waffe gehalten haben soll: Die einen behaupten, mit dem Griff nach unten, die anderen, mit dem Griff nach oben. Daraus ergebe sich, daß die Schußhand jeweils eine andere war, unterschiedliche Spuren auf der Hand sein müßten u.a.m. Diese widersprechenden Gutachten seien im Einstellungsbescheid nicht erwähnt oder auch nur in Übereinstimmung miteinander gebracht worden.

— Aus der sogenannten „Spur 6“ solle sich einem Gutachten nach ergeben, daß die Kugel, die A. Baaders Kopf durchschlug, vor ihm in ballistischer Krümmung zu Boden gefallen sei. Der Spurensicherungsbericht aber behaupte, dieselbe Kugel sei an der Wand gegenüber aufgeschlagen und habe dort eine Einkerbung sowie Blut- und Gewebespuren hinterlassen.

— Im Einstellungsbescheid tauche das nicht auf.

— Keiner der ersten Zeugenaussagen enthält Berichte über einen Stuhl in Gudrun Ensslins Zelle. Erst in späteren Zeugenaussagen vom Nachmittag des 18.10. tauche dieser Stuhl auf. Sollte dieser Stuhl aber am Morgen nicht in Gudrun Ensslins Zelle gewesen sein, dann könne sie sich nicht selbst erhängt haben.

— Es werde behauptet, die Experten seien einer Meinung. Am Beispiel des Stuhls zeige sich das Gegenteil: Prof. Holcabeck, einer der internationalen Gerichtsmediziner mit Beobachterstatus, wollte, daß der Stuhl stehen bleibt. Der Anstaltsarzt Dr. Mallach befahl gegen seinen Protest das Austauschen des Stuhls gegen einen normalen Anstaltsstuhl ...

— Der Befund des Gehirnobduzenten habe für alle drei Toten gleichermaßen eine Veränderung des Gehirns, ähnlich einer Enzephalitis, ergeben. Enzephalitis sei eine bakteriologische Erkrankung des Gehirns, die durch Mangel an Vitamin B entstehe. Sie führt zu Bewußtlosigkeit und Schwachsinn. Der Vitamin-B-Mangel könne auch künstlich akut durch Drogen hergestellt werden. Die medizinische Forschung der CIA kenne nachweislich diese Methode.

— Laut Abschlußbericht soll Andreas Baader durch einen „aufgesetzten Nackenschuß“ getötet worden sein. Das kriminaltechnische Gutachten des BKA zum Schuß-Verlauf komme aber zu dem Schluß, daß der Schuß aus 30 bis 40 Zentimetern Entfernung abgegeben worden sein muß. Weiter: Schmauch- und Sengspuren an Andreas Baaders Hinterkopf, sowie Verbrennungen der Haare entsprechen nicht dem üblichen Erscheinungsbild bei „aufgesetzten Nahschüssen“. Daraus sind zwei Schlußfolgerungen zu ziehen: Entweder Baader erschoss sich aus 30 bis 40 Zentimeter Entfernung, oder er benutzte einen Schalldämpfer, bei dessen Gebrauch exakt die Spuren auftreten, wie sie bei Andreas Baader gefunden wurden. — Nach dem Schuß muß Andreas Baader den Schalldämpfer allerdings noch beseitigt haben ...

— Der Sand an Baaders Schuhen sei zwar asserviert, aber bis heute nicht kriminaltechnisch untersucht worden — im Abschlußbericht tauche er nicht auf.

— Verschiedene Gutachten, kriminaltechnische Untersuchungen u.a.m. seien erst im Laufe des Jahres 1978 zu den Ermittlungsakten gekommen — als die Ermittlungen bereits lange abgeschlossen waren; für die Gerichtsmedizinischen Untersuchungen fehlten die Schlußberichte ganz.

— Über den „Schmauch“ an Baaders Hand gebe es in den Gutachten unterschiedliche Aussagen. Der Ermittlungsbericht behaupte, es handle sich bei den schwärzlichen Ablagerungen „wahrscheinlich“ um Schmauchspuren — laut Akten handelt es sich mit ziemlicher Sicherheit nicht um Schmauchspuren. Offen bleibe, ob die Schwärzung künstlich herbeigeführt worden sei.

RA Heldmann schloß die Reihe seiner Beispiele mit der Bemerkung, er habe das nur unvollständig und auswahlweise vorgetragen. Er wisse aber, daß die Familie Ensslin aufgrund dieser und weiterer neuer Tatsachen demnächst ein Wiederaufnahmeverfahren zu den Stammheimer Vorfällen beantragen werde.

Wenn die Staatsanwaltschaft glaubt, die öffentliche Debatte nunmehr durch die Einstellung des Verfahrens statt durch Aburteilung zu erreichen, dann wird sie sich getäuscht sehen. Der Prozeß hat deutlich gemacht, daß es Grund genug gibt, an den „Selbstmorden“ zu zweifeln. Diese Fragen werden gestellt — ob mit oder ohne Prozeß.

(Die Erklärung zur Sache von Kai Ehlers und die Antragsbegründung RA Heldmanns sind von uns abgeschrieben worden und können beim Verlag für einen Solidaritätsbeitrag von 5 DM bestellt werden.)

Russell-5-Prozeß: Da dürfte noch einiges ans Licht kommen!

Nach dem Bankrott der 90a-Anklage im Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“ (die Staatsanwaltschaft hält freilich aber an dieser Anklage fest) beginnt die Verhandlung der „Beleidigungs“-Anklagen nun handfeste Skandale ans Tageslicht zu fördern. Es geht hierbei zunächst um die polizeiliche Erschießung des Bankräubers Gonzales am 18.4.1974 in Hamburg, über die es in dem inkriminierten Buch heißt: Gonzales wurde „durch einen ‚MEK‘-Mann gezielt aus einem Meter Entfernung von hinten getötet: 3 Schüsse in den Kopf, dazu weitere 5 Schüsse, als er bereits leblos am Boden lag. Diese öffentliche Exekution wurde nicht nur von staatlichen Organen und von der Presse voll gerechtfertigt, sondern der Einsatz wurde als besondere Heldentat der MEKs und insbesondere des Todeschützen hingestellt.“ (S. 164)

Was dem Hamburger Polizeipräsidenten, der in diesem Fall den Strafantrag stellte, daran mißfällt, ist offenbar die Bezeichnung „öffentliche Exekution“.

Die Verteidigung hatte dazu nun die Zeugenvernehmung des Todeschützen, des MEK-Beamten Rainer Fasig, beantragt, und das Gericht beschloß seine Vorladung. Gleichzeitig wurde die Herbeiziehung der Ermittlungsakte gegen den Todeschützen beantragt und beschlossen. Indes:

- Der MEK-Beamte Fasig bekommt von der Polizei keine Aussagegenehmigung, da im Falle seiner Aussage „Nachteile für das Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg“ zu erwarten seien!
- Eine Ermittlungsakte gegen den Todeschützen, zu der eine gesetzliche Pflicht besteht, existiert nicht!
- Stattdessen wurde eine Ermittlungsakte gegen den erschossenen Gonzales angelegt. Und darin findet

sich als Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen die Bemerkung: „Es ist die Möglichkeit nicht ausgeräumt, daß POM (=Polizeiobermeister) Faden nicht von Martin Gonzales, sondern von PM (=Polizeimeister) Bockhacker erschossen worden ist.“ Zum Verständnis: Bei dem damaligen Bankraub war über Notruf die Polizei alarmiert worden. Eine Streifenwagenbesatzung, zwei Mann, stürmte daraufhin die Bank, und es entwickelte sich eine Schießerei, bei der eine Polizeibeamte getötet wurde. Der Tod dieses Polizisten wurde bislang in der Öffentlichkeit immer ohne Nennung des geringsten Zweifels dem Bankräuber Gonzales angelastet und als Rechtfertigung für seine „Exekution“ beim Herausretren aus der Bank herangezogen, weil die Polizei die von Gonzales mitgeführte Geisel vor einem vor nichts zurückschreckenden, kaltblütigen „Mörder“ habe retten müssen.

Wir beharren auf Vernehmung des Todeschützen!

Der Gerichtsbeschuß zur Vorladung des MEK-Beamten Fasig erging am 29.3. (12. Prozeßtag). An einem darauf folgenden Tage führt Fasig ein Telefongespräch mit der Geschäftsstelle des Amtsgerichts und teilt mit, daß er „voraussichtlich“ keine Aussagegenehmigung erhalten werde. Am 4.4. teilt die Polizeibehörde dem Gericht mit, sie habe über die Erteilung einer Aussagegenehmigung noch nicht abschließend entschieden. Am 5.4., dem 13. Prozeßtag, teilte Richter Betz mit, ihm sei morgens die schriftliche Nachricht zugegangen, daß Fasig am Vortag „erkrankt“ sei. Am 12.4., dem 14. Prozeßtag, gab

das Gericht dann das Schreiben der Polizeibehörde bekannt, daß Fasig keine Aussagegenehmigung erteilt bekomme. Richter Betz verkündete daraufhin die Aufhebung des Vorladungs-Beschlusses, weil der Zeuge Fasig „ein unerreichbares Beweismittel“ sei.

Gleichzeitig verfügte das Gericht, daß anstelle von Fasig der Polizeirektor und Hamburger MEK-Chef Hans Zühlsdorf vernommen werden solle. Zühlsdorf leitete zeitweise den damaligen Polizeieinsatz, der mit der Erschießung von Gonzales endete. Und: er hatte eine Aussagegenehmigung und wartete am 12.4. bereits vor den Türen des Gerichtssaales auf seine Vernehmung.

Dieser „Ersatz“ wurde von der Verteidigung abgelehnt. Trotz umfangreicher Begründungen dafür in Form eines langen Streitgesprächs während der Verhandlung (in dessen Verlauf Staatsanwalt Reumann wieder zu ignoranten Pöbeleien Zuflucht nahm: „Mir ist heute morgen deutlich als jemals zuvor geworden, daß die Verteidigung redet, nur um zu reden.“) hielt Richter Betz hartnäckig daran fest, Zühlsdorf vernehmen zu wollen. Da es letztlich doch nicht mehr dazu kam, liegt ausschließlich daran, daß die Verteidigung einen neuen Ablehnungsantrag gegen Betz wegen Besorgnis der Befangenheit stellte und die Verhandlung im Anschluß daran ausgesetzt wurde. Vor dem Verwaltungsgericht Hamburg haben wir jetzt einen Antrag gestellt, die Stadt Hamburg zur Erteilung einer Aussagegenehmigung für Fasig zu verpflichten (darüber liegt noch keine Entscheidung vor). In diesem Antrag wird deutlich gemacht, warum eine „ersatzweise“ Vernehmung von Zühlsdorf nicht akzeptiert werden kann:

„Der unmittelbare Geschehenszeuge kann nicht durch einen beliebigen mittelbaren Zeugen ersetzt werden. Der Zeuge Zühlsdorf hat nicht selbst geschossen, er hatte nach eigenem Bekunden in einem anderen Strafprozeß nicht den Vorgang der Schußabgabe beobachtet und er hatte die Einsatzleitung am Hamburger Steindamm bereits Stunden vor der Schußabgabe an einen anderen Führungsbeamten abgegeben. ... Die Polizeibehörde kann aber nicht Zeugen eines Geschehens beliebig gegen geeigneter erscheinende Polizeizeugen offensichtlich auch mit höherem Dienstgrad austauschen. In der Tendenz verschafft sich daher die Exekutive mit Hilfe des Beamtenrechts die Möglichkeit, an die Stelle eines Tatzeugen einen „Aussagebeamten“ zu setzen ... Die Identität des polizeilichen Todeschützen steht fest und ist Teilen der Öffentlichkeit spätestens durch das Strafverfahren bekannt geworden. Daher kann die Aussagegenehmigung für den Polizeibeamten Fasig nicht mit der Begründung versagt werden, die Erfüllung öffentlicher Aufgaben sei beeinträchtigt, wenn der Beamte Fasig in einem Strafprozeß als Zeuge aussage. Zum vorgesehenen Beweisthema hat die Antragsgegnerin Aussagegenehmigung einem anderen Polizeibeamten erteilt. Daher kann die Antragsgegnerin auch kein rechtliches Interesse daran begründen, daß der Inhalt des Beweisthemas nicht zum Gegenstand von Aussagen und Erörterungen in einem öffentlichen Strafprozeß gemacht werde. Gründe, die die Antragsgegnerin vorbringen könnte, sind also gar nicht ersichtlich. Unter den gegebenen Umständen können sich daher auf die lapidare Versagung der Aussagegenehmigung für den Beam-

Fortsetzung auf Seite 5

ten Fasig nur Spekulationen gründen. Diese Spekulationen müssen zwangsläufig in die Richtung gehen, daß sich die Antragsgegnerin das Recht nehmen wolle, den Zeugen für einen Strafprozeß beliebig nach Eignung auszuwählen, solange es sich um einen Polizeibeamten handelt. Diese Spekulationen werden dadurch genährt, daß im Bereich der Antragsgegnerin seit einiger Zeit ein Konzept erarbeitet worden ist, durch die Betreuung von Polizeibeamten, Einfluß auf den Ausgang von Strafverfahren nehmen zu wollen.

Seit Anfang 1978 versieht der Polizeikommissar Stöhlmacher das Amt des „Zeugenbetreuers“ für Hamburger Polizeibeamte. Nach der Aussage des Leiters der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei in einem Strafprozeß ist diese Institution aus den Erfahrungen mit dem Zeugenauftreten von Polizeibeamten in früheren Jahren geschaffen worden. Der Leiter der Rechtsabteilung erklärte, man sei in der Vergangenheit unzufrieden mit dem Auftreten von Polizeizeugen vor Gericht gewesen. Wären aber die Umstände dieses Falles und die Verweigerung der Aussagegenehmigung für den Polizeibeamten Fasig solche Spekulationen, so bewirkt die Antragsgegnerin durch die Versagung der Aussagegenehmigung in der Öffentlichkeit das Gegenteil dessen, was sie vorgibt, durch die Versagung der Aussagegenehmigung verhindern zu wollen. Nicht durch die Erteilung der Aussagegenehmigung für den Polizeibeamten Fasig scheint daher die Antragsgegnerin dem Land Hamburg Nachteile zu bereiten, sondern zunächst einmal durch die Versagung der Aussagegenehmigung.

Was den Polizeidirektor Zühlsdorf betrifft, so ist eines hinzuzufügen: im angeklagten „Russell-Buch 5“ ist ein von ihm verfaßter Text abgedruckt, in dem er Anweisungen und Ratschläge für die „Untergrundarbeit“ von MEK-Beamten gibt (Seite 84/85). Darin propagiert er den Einsatz von polizeilichen V-Leuten, und daß „eine Beteiligung des V-Mannes an einer Straftat nicht zu vermeiden ist“. Eine „Verstrickung in strafbares Tun“ schaffe vielfach „überhaupt die Möglichkeit, Aufklärungsarbeit zu leisten“. Seine Untergebenen beruhigt er: „Bei der Staatsanwaltschaft besteht – entgegen mitunter bei der Polizei vorherrschender Auffassung – durchaus Verständnis für die über den Einzelfall hinausgehenden Bedürfnissen polizeilicher Verbrechensbekämpfung.“ Wohl möglich, daß es solches Gedankengut ist, das einen Zühlsdorf zu einem im Sinne der Polizeiführung „geeigneten“ (sprich: mit allen Wassern und Abwassem gewaschenen) Zeugen vor Gericht macht...

Aber man muß natürlich auch die Frage stellen, welches „Wohl der Freien und Hansestadt Hamburg“ es denn ist, daß durch ein Verhör des Todesschützen „Nachteile“ erleiden könnte. Was fürchtet die Polizei, daß durch eine Aussage des „Todesschützen“ die Öffentlichkeit kommen könnte? Die Aufklärung darüber – fünf Jahre nach dem Vorfall – daß Fasig in strikter Ausführung eines Befehls den Bankräuber Gonzales „exekutiert“ hat? Oder die Aufklärung darüber, daß er diese „Exekution“ eigenmächtig durchgeführt hat? Die Aufklärung darüber, daß ohne jede gesetzliche Grundlage der Todesschuß praktiziert wurde? Die Aufklärung darüber, daß dafür weder eine „Notwehr“ noch eine „Nothilfe“-Situation vorgelegen hat („Nothilfe“ wäre sowieso nur bei Einverständnis der Geisel möglich gewesen; bereits in einem früheren Prozeß hat Zühlsdorf aber schon bestätigt, daß die Geisel die Polizei per Telefon sogar ausdrücklich gebeten hatte, die Forderungen von Gonzales nach ungehindertem Abzug usw. zu erfüllen)? Fürchtet die Polizeiführung eine Aufklärung über die „Exekutions“-Mentalität des Todesschützen, der noch auf den bereits am Boden liegenden Gonzales fünf Schüsse abgab und danach, wie Bild-dokumente bezeugen, geradezu mit dem Ausdruck sichtlicher Befriedigung über seine „heldenhafte“ Tat, über den gelungenen „Abschuß“, durch die Gegend rannte?

Eines kann man sagen: bereits jetzt, nach dem Bekanntwerden der Nichtexistenz einer Ermittlungsakte gegen den Todesschützen (Zühlsdorf hatte in einem früheren Prozeß mal ausgesagt, daß ein Ermittlungsverfahren gegen den Todesschützen eingeleitet, aber wieder eingestellt worden sei), und nach dem Bekanntwerden, daß nicht einmal von der Staatsanwaltschaft damals sicher nachgewiesen werden konnte, daß der Polizist in der Bank von Gonzales erschossen worden ist, ist diese „Exekution“ vom Hamburger Steindamm noch mehr als zuvor schon mit dem Makel blanker Ungesetzlichkeit und Vertuschung derselben behaftet.

Dieser Prozeß bleibt brisant!

Es bleibt jetzt abzuwarten, ob das Verwaltungsgericht eine einstweilige Anordnung auf Erteilung einer Aussagegenehmigung für Fasig erläßt. Vernommen wird möglicherweise auch noch die Geisel, die Gonzales beim Raustreten aus der Bank vor sich herführte.

Bezüglich der Erschießung von Thomas Weisbecker am 2.3.1972 in Augsburg, die im „Russell-Buch 5“ als „Liquidierung“ bezeichnet wird, liegt bereits ein Gerichtsbeschuß vor, daß die Todesermittlungsakte herbeigezogen wird (in AK 151 ist uns in Sachen Weisbecker übrigens ein Mißverständnis unterlaufen: nicht nur die Staatsanwaltschaft, sondern auch das Gericht hatte im Zusammenhang mit einem anderen Beweis-antrag als w a h r unterstellt, daß Thomas Weisbecker „gezielt in eine Polizeifalle gelockt“ wurde). Dieser Beschluß erfolgte auf Antrag der Verteidigung, um zu beweisen, daß

1. laut Obduktionsbericht der Schußkanal durch das Herz von Thomas Weisbecker von schräg oben nach schräg unten verläuft; und 2. laut Aussage des Todesschützen dieser „aus der Hüfte“ geschossen haben will, während er sich „gleichzeitig aus der Schußrichtung fallen“ ließ (was also allenfalls einen waagerechten, wenn nicht von unten nach oben gerichteten Schuß nahelegt). Staatsanwalt Reumann hat darüber hinaus am 14. Prozeßtag (12.4.) selbst beantragt, die Akten zu Weisbecker und von Rauch herbeizuziehen. Man kann dies wohl nur so verstehen, daß die Staatsanwaltschaft offensichtlich durch den bisherigen Prozeßverlauf ihre Felle davonschwimmen sieht und nun die Flucht nach vorn anzutreten versucht. Jedenfalls ist die darin zum Ausdruck kommende Bankrotterklärung nicht übersehbar, wenn die Staatsanwaltschaft jetzt in m Prozeß die Ermittlungen „nachzuholen“ versucht, die sie v o r Prozeßbeginn aus arroganter Selbstsicherheit heraus offenbar gar nicht für nötig hielt. Und daß dies im Zusammenhang damit geschieht, daß der Prozeß nach dem 14. Verhandlungstag für 30 Tage ausgesetzt wurde, bestätigt den Eindruck, daß die Justiz wohl mehr Zeit zum Überlegen braucht, um den Prozeß wieder in ihrem Sinne besser in den Griff zu bekommen.

Weiter geht's am
Donnerstag, dem 10. Mai,
9,30 Uhr
Strafjustizgebäude Raum 297
Sievekingplatz 3

Spenden

Solidaritätsspenden für die „Staatsverunglimpfung“-Prozesse gegen Kai Ehlers und Jürgen Reents sind inzwischen weiter eingegangen von:

Bezirk Wandsbek, KB Hamburg (mehrere Einzelspenden)	153,70
Bezirk Steilshoop, KB Hamburg (aus Bezirksfond)	800,00
(mehrere Einzelspenden)	153,70
Bezirk Steilshoop, KB Hamburg (aus Bezirksfond)	800,00
Bezirk Steilshoop, KB Hamburg	266,00
ÖTV-Bereich, KB Hamburg	25,00
Antifaschistischer Arbeitskreis Mümmelmannsb., Hamburg	23,00
Zelle Gesundheit, KB Hamburg	84,50
KB-Gruppe Butzbach (Hessen)	25,00
Bezirk Wandsbek, KB Hamburg	18,50
Antirepressionskreis Wandsbek U.J., Frankfurt	110,00
KB-Studententreff Helmstedt M.S., „Eulenspiegel“	40,00
Stadtzeitung für Baden-Baden	65,00
M.K., Göttingen	65,00
R.M., Westberlin	50,00
S.B., Westberlin	100,00
U.R., Göttingen	100,00
S., Hannover	200,00
anonym, Hamburg	250,00
anonym, Hamburg	50,00
Chaoten-Mau-Mau, HH	43,00
P.L., Braunschweig	50,00
Mitglieder der GEW-Westberlin	700,00
T.P., Hamburg	40,00
R.H., Hamburg	60,00
	3418,70

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozeßunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

19721,75
Ausgaben
Für die prozeßbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und die Anwaltstätigkeit wurden bislang ausgegeben:
Druck- und Fotokopierkosten (Prozeßinfos, Pressemappen usw.)
Versandkosten (Porto, Briefpapier usw.)
Abschlagszahlungen für Anwälte
Sonstiges (Reisekosten usw.)
1270,00
5000,00
245,50
10486,30

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der Arbeiterhilfe e.V. Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg Kto.-Nr. 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

Solidarität mit Jürgen Reents und Kai Ehlers

Fotogruppe „Blende auf“, Göttingen

Einen sehr lieben und engagierten Brief zu den beiden 90a-Prozessen bekamen wir von der Göttinger Fotogruppe „Blende auf“. Die Genoss(innen) schreiben u.a.: „Als endgültig letzte Bestätigung der auch in unserer Tonbildschau vom „Modell Deutschland – Modell für Europa?“ aufgestellten Behauptung von staatlicher Zensur in der BRD werten wir Anklagen und Staatschutzprozeß gegen Euch wegen des Russell-Buches 5 und der AK-Berichterstattung über die „Wunder“ von Stammheim und Stadelheim. Wir haben in unserer Tonbildschau in einem Abriß der Geschichte der BRD (wenn auch lange nicht so detailliert wie Ihr in der Russell-Reihe) im Kern dieselben Entwicklungen in diesem Land bemerkt, deren Tatsachenfeststellung und dokumentarisches Inden-Zusammenhang-Stellen mit der Anklage gegen Jürgen Reents kriminalisiert wird; auch die stammheimliche Version der „Nacht von Mogadischu“ und den Abend von Stadelheim haben wir als arg wundersam vermerkt: eine Anklage deshalb ist uns (bisher) noch nicht zugegangen. Aber durch die Verfahren gegen Euch sollen heute die Präzedenzfälle geschaffen werden, auf deren Grundlage morgen j e d e den Herrschenden unliebsame Publikation der Linken verfolgt/zensiert/beschlagnahmt und verboten werden soll: Maulkorb total!“

Die Genoss(innen) weisen dann auf ein Westberliner Urteil hin, mit dem ein Plakat als „staatsverunglimpfend“ bestraft wurde, dessen Inhalt das Gericht selbst ausdrücklich als w a h r unterstellt hatte und fahren fort:

„Wahrheit heute heißt dann Lüge, wenn sie dem ‚freiheitlichsten Staat der je...‘ pipapo‘ schadet; Lügen werden dann zur Wahrheit, wenn sie diesem Staat nutzen und die freiwillig gleichgeschaltete bürgerliche Presse sie nachbetet. Wer die Lügen nicht glaubt, gehört in den Knast: FdGO 77–79. ... Wir lassen uns weder das Denken, noch das Reden, noch das Schreiben/Zeichnen/Fotografieren verbieten. Wir werden uns genauso wenig selbst zensieren, wie wir uns zensieren lassen. Und wir wehren uns – mit Kai Ehlers – dagegen, an Wunder zu glauben, egal, ob sie im sichersten „Reform-Stromlinien-KZ“ (P.P.Zahl) oder sonstwo inszeniert werden: Wir glauben nicht an „Wunder“. Wir glauben nicht an „Selbstmord“. ... Einstellung oder Freispruch in den Zensurverfahren gegen den KB – die Bonzen auf die Anklagebank! Unsere Solidarität habt Ihr.“

klagebank! ...
Unsere Solidarität habt Ihr.“

Die erwähnte Tonbildschau „Modell Deutschland – Modell für Europa?“, ca. 120 Dias mit Kassette und Piloton, hat eine Aufführungsdauer von 40 Minuten. Wer sie auf Veranstaltungen vorführen möchte, wende sich bitte an die

Fotogruppe „Blende auf“
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

„Blatt“, München

Eine Seite widmete die Münchener Stadtzeitung „Blatt“ in ihrer Ausgabe 144 dem beginnenden Prozeß gegen Kai Ehlers. Darin heißt es: „Dieser, unser allerliebster Staat reagiert, wie es wohl nur deutsche Bürokraten gründlichkeit so perfekt beherrscht. Gegenüber der staatlichen Version (der Stammheimer „Selbstmorde“; AK Red.) hegen viele Menschen Zweifel. Die Angehörigen und Rechtsanwälte der Toten stellen eine Internationale Untersuchungskommission zusammen, deren Arbeit von staatlichen Stellen permanent behindert wird. Der Staatsapparat hingegen setzt seinen eigenen Untersuchungsausschuß ein und dieser kommt – man lese und staune – nach zügiger Ermittlungsarbeit zu dem Schluß, daß „Fremdeinwirkung ausgeschlossen“ sei und es „nicht zweifelhaft ist, daß sich die Gefangenen selbst getötet bzw. verletzt haben“. (Daß die Internationale Untersuchungskommission kürzlich zu ganz anderen Ergebnissen kam – s. „BLATT“ 142 –, beweist hingegen doch nur deren unwissenschaftliche Voreingenommenheit.) Aufgrund des Ergebnisses dieser staatlich

eingesetzten Kommission kann dann die zuständige Staatsanwaltschaft aufatmend die Ermittlungen wegen der Todesursache einstellen. Und eben dieser Ermittlungseinstellungsbescheid wird nun von der Hamburger Staatsanwaltschaft im Prozeß gegen Ehlers als „Beweis“ dafür eingeführt, daß die damalige Berichterstattung „staatsverleumdend“ war. Kompliment, meine Herren!“

LDU, Kreisverband Schleswig Flensburg

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg der „Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (LDU) schickte uns im Auftrag seiner Mitgliederversammlung folgenden Brief:

„Lieber Jürgen, lieber Verlag J. Reents! Wir haben heute abend über den Fall der Beschlagnahme Eures Buches „Nach Schleyer...“ gesprochen. Im Prozeß längerer Meinungsbildung sind wir zu nachfolgender Solidaritätserklärung übereingekommen: Wir erklären uns – unabhängig davon, wie wir zu Eurer These des Ausbaus der „neuen GeStaPo“ stehen – voll und ganz mit Euch, also Dir und Deinem Verlag solidarisch! Wir fordern vom Gericht die sofortige Einstellung des Prozesses und ungehinderte Freigabe des Buches für den Verkauf! Wir vertreten die Meinung, daß die von Euch dargelegten Erscheinungen in dieser Gesellschaft auch uns mit Sorge erfüllen, auch wenn wir vielleicht andere Schlußfolgerungen daraus ziehen. Wir treten dafür ein, daß diese Fragen und Probleme offen diskutiert werden müssen, anders kann keine Veränderung stattfinden.“

Solidarische Grüße
LDU – SL/FL“

Schülerzeitung „Schwamm“, Hamburg

Die Hamburger Schülerzeitung „Schwamm“ (erscheint an einer kaufmännischen Berufs- und Höheren Handelsschule) druckte in ihrer Nullnummer die Unterschriften-Erklärung gegen die beiden 90a-Prozesse ab. In einem Vorwort, der von 5 Mitgliedern der Redaktion unterzeichnet ist, heißt es u.a.: „Was geht das eine Schülerzeitung an? Erstens: Die zunehmende Zensur von Schülerzeitungen (im Sommer wurde z.B. eine Ausgabe der „Zange“ an der G 10/16 verboten) wird durch das rechtlich abgesicherte Zensurwut“ z.B. „erlebe“ Ausgabe“ uer „Zänge“ an der G 10/16 verboten) wird durch das rechtlich abgesicherte Zensurrecht für Schulleiter zu einer Gefahr für die Existenz kritischer Schülerzeitungen überhaupt. Und zweitens: Wenn wir als Schülerzeitungsredaktion bei antifaschistischen Artikeln – beispielsweise im Rahmen einer Antifa-Woche – überlegen müssen, ob wir sie risikolos abdrucken können, dann entsteht ein Klima der Einschüchterung und der Selbstzensur, was die antifaschistische Aufklärung erschwert und tendenziell verunmöglicht.“

„plärrer“, Nürnberg

In ihrer Nr. 4/79 informierte die Nürnberger Alternativzeitung „plärrer“ über den Prozeß gegen den J. Reents-Verlag. Der „plärrer“ zitiert dazu die Kommentierungen von „konkret“ und „Vrij Nederland“ und weist darauf hin, daß heute auch besonders Schülerzeitungen von Zensurmaßnahmen betroffen sind.

Umschau am Abend, NDR II

In der NDR-Sendung „Umschau am Abend“ vom 5.4. berichtete Rainer Brüggemann über den Stand im „Russell-5“-Prozeß. Er schloß seine Berichterstattung mit der Anmerkung, „daß die Staatsanwaltschaft hier möglicherweise etwas zu schnell gegen ein kritisches Buch vorgegangen ist. Dabei ist völlig gleichgültig, ob man mit den Bewertungen und Aussagen in der „Russell-Reihe 5“ einverstanden ist. Es bleibt aber die Frage, ob die Anklagebehörde hier nicht vorschnell und unüberlegt gehandelt hat. Denn nach 13 Verhandlungsta-

gen ist der Schuldvorwurf, diesen Eindruck darf man haben, erheblich zusammengeschrunpft.“

„Frankfurter Rundschau“

Einen ausführlichen Artikel über den Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“ brachte die „Frankfurter Rundschau“ am 7.4. unter der Überschrift „Da meinte der Staatsanwalt nur: na und?“. Dieser „politisch brisante Prozeß“, schreibt Karsten Plog in dem Artikel, wird „mehr und mehr zu einer Farce ... denn inzwischen scheint es, als ob zum Schluß kaum etwas übrig bliebe“ (von der Anklage).

OCT, Frankreich

Der 3. Kongreß der französischen OCT (Organisation Communiste des Travailleurs = Kommunistische Arbeiterorganisation) hat eine Solidaritätsresolution verabschiedet, in der es nach kurzer Darstellung der Anklage gegen Kai Ehlers heißt: „Der 3. Kongreß der OCT sichert dem KB, insbesondere Kai Ehlers, dem ehemaligen presserechtlich Verantwortlichen des „Arbeiterkampf“, seine volle Unterstützung zu. Die gegen diesen Genossen erhobene Anklage ist bezeichnend für die Zuspitzung der Repression gegen die revolutionäre Bewegung in der BRD und in anderen westeuropäischen Ländern. Die internationale Zusammenarbeit der Polizei wird im Rahmen der europäischen Institutionen noch verstärkt werden. Das Beispiel der Repression gegen den KB zeigt uns die Dringlichkeit, gegen diese Zusammenarbeit zu kämpfen und die internationale Solidarität zwischen den Revolutionären Europas zu entwickeln. 24.4.79“

Sozialistische Aktion, Österreich

Die österreichische „Sozialistische Aktion“ (SOAK) berichtete in ihrer März-Zeitung über den Prozeß gegen den J. Reents-Verlag. Darin heißt es: „Aus der ganzen Prozeßführung geht eindeutig hervor, daß es sich die Herrschenden in Zukunft überhaupt nicht mehr gefallen lassen werden, ihre Aktivitäten kontrollieren zu lassen, nicht einmal von der Warte der bürgerlich-demokratischen Verfassung aus. ... und Bundeskanzler Schmidt wird „den deutschen Juristen“ wieder einmal danken können, wie in so ziemlich allen anderen Prozessen der letzten Zeit auch.“

1. Mai-Buchladen, Schottland

Mit 17 Unterschriften erhielten wir eine Erklärung vom „First of May Bookshop“ aus Edinburgh (Schottland). Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die Unterzeichner sind äußerst besorgt über die staatliche Willkür der westdeutschen Regierung bei der Verfolgung des Buches „Nach Schleyer...“. Wir möchten unsere Solidarität mit den Angeklagten in diesem Prozeß ausdrücken, und hoffen zuversichtlich, daß alle Anklagen zunichte gemacht werden können.“

Kürzliche „Amtsgeheimnis“-Prozesse in unserem eigenen Land zeigen deutlich das wachsende Bestreben der Staatsmacht, Presseorgane wegen „Bedrohung der nationalen Sicherheit“ anzuklagen. Die Dringlichkeit internationaler Solidarität gegenüber derartigen Repressionsmaßnahmen ist offensichtlich. Wir unterstützen eure Verteidigungskampagne.“

Leserbrief im „Sonntagsblatt“

Das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ vom 4. März druckte einen 50-zeiligen Leserbrief von Wolfgang Bock, Hamburg, in dem anläßlich einer vorausgegangenen Berichterstattung im „DAS“ über neonazistische Umtriebe und das demgegenüber „gleichgültige“ Verhalten von Polizei und Verfassungsschutz auf den Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“ hingewiesen wurde. Der Leserbriefschreiber informiert darin kurz, was hier zensiert werden soll, und bemerkt, daß dieser Prozeß „von der demokratischen Öffentlichkeit fast mehr beachtet wird, als bei uns selbst.“

Treffen alternativer Listen

Am 22. April fand in Göttingen das erste bundesweite Treffen bunter und alternativer Wahllisten statt, zu dem gemeinsam von der Bunten Liste Hamburg und der Alternativen Liste Westberlin eingeladen worden war. Gekommen waren darüber hinaus Vertreter/innen und Mitglieder der GLH (Hessen), LDU (Schleswig-Holstein), des Initiativkreises für eine grüne/bunte Liste in Bremen und Bremerhaven, von Listeninitiativen aus Bielefeld, Münster, Essen (alle Nordrhein-Westfalen) und Freiburg (Baden-Württemberg) sowie von der Opposition in der GLU Niedersachsen.

Die Berichte aus den verschiedenen Regionen und Orten ergaben folgenden Überblick:

Nach dem hessischen Wahlergebnis erfolgte überall dort, wo sich radikal-demokratische Wahllisten formierten, eine rückläufige Tendenz. Dieser Abschwung konnte aufgefangen werden. Heute ist die Situation, insbesondere unter dem Eindruck des erfolgreichen Abschneidens der Alternativen Liste, insgesamt günstiger geworden. Es hat sich gezeigt, daß die Wahlergebnisse der Bunten und der Alternativen Liste keine Eintagsfliegen sind, sondern Ausdruck eines ständig wachsenden Protestpotentials. Dies kam auch aus Berichten über anstehende Mitgliederzahlen der in Göttingen versammelten Wahllisten zum Ausdruck.

Demgegenüber wurde von den anwesenden Mitgliedern der Opposition in der GLU erklärt, daß innerhalb der GLU eine starke Tendenz zur Bürokratisierung besteht, die zur Unzufriedenheit vieler Mitglieder geführt hat. So hat die Einigung zwischen GAZ, GLU, AUD und GL-SH eindeutig zu einer Stärkung des konservativen Flügels innerhalb der GLU geführt. Das gemeinsame Programm zu den Europa-Wahlen ist auf großen Widerstand innerhalb dieser Organisation gestoßen. Sowohl die Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse als auch das Verhältnis zur Mitarbeit von Faschisten bilden nach wie vor Streitpunkte in der GLU.

Über die Konsequenzen aus dieser

Einschätzung gab es Widersprüche zwischen den anwesenden GLU-Vertretern. Während ein Teil für eine weitere Mitarbeit in dieser Partei votierte, wurde von anderen der Austritt aus der GLU angekündigt, mit dem Ziel, sich für eine alternative Liste in Niedersachsen einzusetzen (vgl. Austrittserklärung in diesem AK).

Eine Diskussion um programmatische Gemeinsamkeiten der bunten und alternativen Listen hat deutlich gemacht: Unverzichtbar im Rahmen eines radikal-demokratischen Programms sind alle Forderungen gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen die drohende Zerstörung der Umwelt durch Regierung und Konzerne, gegen die Diskriminierung und für die Gleichberechtigung der Frauen. Übereinstimmung wurde ebenfalls erzielt, alle Forderungen

der Werktätigen und Angestellten zu unterstützen, die ihre materielle und soziale Lage verbessern. Die Resolution soll nach Überarbeitung auf dem nächsten Treffen verabschiedet werden.

Von Vertretern der Bunten Liste Hamburg und der LDU wurde ein Aufruf vorgelegt, mit dem die Diskussion um eine mögliche alternative Liste zur Bundestagswahl 1980 eingeleitet werden soll. Die Konferenz befürwortete die Einleitung dieser Diskussion; der Aufruf soll dazu als Vorschlag an alle interessierten Listen, Initiativen usw. verschickt werden (siehe nebenstehenden Abdruck). Gleichfalls soll nun in den verschiedenen Listen beraten werden ein Appell zur Bildung einer einheitlichen alternativen Wahlliste in Bremen und Bremerhaven.

Verabschiedet wurde schließlich noch eine kurze Resolution zur "Grünen Liste Schleswig-Holstein", in der es u.a. heißt: "Wir stellen fest, daß die Grüne Liste Schleswig-Holstein, die nach der Wahl mit der GAZ zusammengehen will, nicht das Vertrauen der radikal-demokratischen alternativen Listen besitzt. Wir weisen daraufhin, daß das Programm der GL-SH keine fortschrittliche Position darstellt."

Insgesamt ist zu sagen, daß dieses Treffen erst den Anfang einer mehr koordinierten Diskussion zwischen den radikal-demokratischen Wahllisten darstellt. Alle Anwesenden waren sich einig, diese Diskussion fortzuführen. Ein nächstes Treffen ist im Juni vorgesehen.

Anzumerken ist noch, daß zwei Vertreter der GLH heftig kritisierten, daß die "Bremer Grüne Liste" nicht zu diesem Treffen eingeladen worden war (die BGL hat sich aus dem Bremer und Bremerhavener Initiativkreis für eine grüne/bunte Liste abgespalten, praktiziert Unvereinbarkeitsbeschlüsse und hat aus ihrem Programm wesentliche radikal-demokratische Positionen der Bürgerinitiativen und Basisbewegung rausgekippt). Demgegenüber wurde klargestellt, daß die alternativen radikal-

gestellte, daß die alternativen radikal-demokratischen Listen selbstverständlich das Recht zu eigenen Treffen haben, um gerade auch mal unter sich die Erfahrungen auszutauschen, die in der Auseinandersetzung mit denjenigen bestehen, die die Listenbewegung auf einen rechten Kurs trimmen wollen und bereits gespalten haben. Falsch wäre es, daraus zu schlußfolgern, daß nun keine Anstrengungen mehr gemacht würden, mit der BGL und ähnlichen Kräften wieder zu größerer Gemeinsamkeit zu kommen. Im Gegenteil: die bessere Koordinierung der radikal-demokratischen Listen und die Stärkung ihres Gewichts in der Auseinandersetzung mit der BGL usw. wird den bereits angerichteten Schaden eher verringern als vergrößern. Der Appell für eine einheitliche Liste in Bremen und Bremerhaven ist ein deutliches Dokument dafür.

Für eine alternative Kandidatur zur Bundestagswahl!

Das erfolgreiche Abschneiden der alternativen Liste in Westberlin zeigt: Immer mehr Menschen werden unzufrieden mit den vorherrschenden politischen Verhältnissen und stellen die Frage nach einer grundsätzlichen Alternative zur Politik der etablierten Parteien. Die erfolgreichen Wahlergebnisse der Bunten- und Alternativen Liste waren keine „Eintagsfliegen“, sondern sind Ausdruck eines ständig wachsenden Protestpotentials.

Berufsverbote und Gesinnungsschnüffelei, die bedrohliche Realität eines Atomstaates, die Diskriminierung der Frauen, fehlende Gesamtschulen, eine zunehmend lebensfeindliche Städteplanung, wachsende Zerstörung der Umwelt und die damit verbundenen Gefahren für die Menschen und nicht zuletzt ständig wachsende Arbeitslosigkeit bedingt durch Rationalisierungen – all dies trifft auf zunehmenden Widerstand vieler Menschen, die diese Bedrohungen erkennen. So hat der Protest gegen die Berufsverbote an Resonanz gewonnen. Der Kampf vieler Eltern und Schüler für Gesamtschulen hat ein bisher nicht gekanntes Ausmaß erreicht. In vielen Betrieben haben fortschrittliche Kollegengruppen bei den Be-

triebsrätewahlen gute Ergebnisse erzielt. 1978 war das stärkste Jahr in der Geschichte der BRD.

Unter dem Eindruck der Atomkatastrophe von Harrisburg fand in Hannover die größte Demonstration der Nachkriegsgeschichte statt – über 100.000 Menschen protestierten gegen den geplanten Bau der WAA und gegen das Atomprogramm des westdeutschen Staates. Es kann heute davon ausgegangen werden, daß sich die Mehrheit der Bundesbürger gegen das Atomprogramm und für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen aussprechen würde.

All dies zeigt: Alternative Listen haben reale Chancen für Wahlerfolge. Die Fünf-Prozent-Hürde kann genommen werden, wenn ein grundlegend demokratisches Programm und eine konsequente Interessenvertretung zum Maßstab des Handelns gemacht werden.

Vor diesem Hintergrund sollte schon heute die Diskussion im Hinblick auf die kommende Bundestagswahl 1980 in der gesamten demokratischen Bewegung begonnen werden.

Wir fordern alle demokratischen Organisationen, Initiativen und Menschen auf, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

Austritte aus der GLU Hannover

In Hannover haben am Freitag, dem 27.4., 19 Mitglieder die GLU verlassen. Weitere können in den nächsten Tagen folgen. Bei nicht mehr als 50 „echten“ Mitgliedern, davon längst nicht alle wirklich aktiv, sind die Austritte für die GLU in Hannover ein wirklicher Aderlaß.

Die Ausgetretenen, unter ihnen ist auch die Ortsvorsitzende der GLU Hannover, bildeten in der GLU schon lange den linken Flügel. Mit Herrmann Bergengruen tritt einer der wesentlichen Repräsentanten der GLU-Linken in ganz Niedersachsen aus. Mit der Frauengruppe verliert die GLU eine der wenigen Kräfte, die sich in den letzten Monaten um eine aktive, basisnahe Politik bemüht haben, und mit ihren Forderungen auch wirklich auf die Straße gegangen sind.

Die Austritte in Hannover können auch für andere Kreisverbände Konsequenzen haben. Viele fortschrittliche GLU-Mitglieder hoffen allerdings noch, daß die nächste Landesdelegiertenkonferenz (wohl im Juni) eine Wende in Richtung einer wirklich bürgerlichen und fortschrittlich geprägten Partei bringen könnte. Von Seiten des heutigen Vorstands und auch großer Teile der Mitgliedschaft ist eine solche Veränderung aber nicht zu erwarten.

Die Hannoveraner treten darum

schon heute aus. Sie wollen aber in Kontakt mit anderen fortschrittlichen Kräften in der GLU bleiben. In einer Austrittserklärung stellen sie fest:

„Wir treten aus der GLU aus, weil sie sich seit der Wahl am 4. Juni 1978 Schritt für Schritt von ihren Wahlversprechen entfernt hat ... Heute hat sich der Landesvorstand praktisch isoliert von den Kreisverbänden. Er verfolgte Ziele, die zu selten aus der organisierten GLU-Basis kamen, aus Kreisverbänden, Frauenarbeit, BLS, aus alternativen pädagogischen, sozialen Versuchen, Arbeit und Leben zu vereinigen ... Die Initiativen der Parteiliste wurden abgewiesen, wenn sie darauf zielten, die GLU basisdemokratisch aufzubauen ... Der Landesvorstand machte die Basis nachträglich mit Absprachen und Entscheidungen bekannt und degradierte sie zur Akklamationskulisse ...“

Für die grüne Liste Umweltschutz soll ausschließlich die Sache im Vordergrund stehen und nicht die Frage, wer sie vertritt (Wahlplattform). Aber nicht Gorleben wurde nach der Wahl das zentrale Thema, an dem alle GLU-Mitglieder ihr Interesse an der Weiterarbeit der GLU konzentrieren konnten, sondern der Ausschluß einiger Kommunisten mußte betrieben werden, als ob deren Mitarbeit dem

Wahlerfolg geschadet hätte! Nun war die Bahn frei für nicht endende Erklärungen des Landesvorstandes, der mit einem Trick zum Bundesvorstand emporkam, die GLU Niedersachsen sei im Gegensatz zu den Grünen anderer Bundesländer die Partei, welche die Mitglieder der unterschiedlichsten Herkunft integriert. Wir erklären, dies ist der GLU nicht gelungen. Die GLU hat im Gegenteil ihr Verhältnis zur gesamten ökologischen Bewegung in zu enge Bahnen gelenkt. Ihr Bündniswille mit anderen parlamentarischen Ansätzen, der GAZ/AUD u. a. dominiert auf Kosten der Zusammenarbeit mit BLS und vor allem deren Vorstellungen von alternativem Verkehr im Aufbau der Partei selbst.“

Eine Absage erteilt die Erklärung allen Versuchen, aus dem Austritt linker GLU'ler Argumente für eine Absage an den Gedanken alternativer Wahlbeteiligung zu machen. „Wir treten nicht deshalb aus, weil wir der Meinung wären, „Grüne“ dürften auf parlamentarische Arbeit verzichten.“

Gegenwärtig halten wir es für politisch sinnvoller, alternative Listen zu unterstützen und zu gründen. Sie können die Gelegenheit freier politischer Entscheidung zu Aktionen – auch mit der GLU – wahrnehmen.“

Unabhängige Liste in Bad Schussenried

Wahlaktivitäten gegen die etablierten Parteien auch im tiefsten Süden Baden-Württembergs. Wenn man von Ulm Richtung Bodensee fährt, kommt man auf ziemlich der Hälfte der Strecke nach Bad Schussenried. Die Stadt hat nach Straßenkarte weniger als 10.000 Einwohner, aber für die Kommunalwahlen am 28.10. eine „Unabhängige Liste“. „Zehn Kandidaten stehen mittlerweile bereits fest, weitere potentielle Kandidaten sind angesprochen, die sonstige Unterstützung ist beachtlich“, heißt es selbstbewußt im „Motzer“, einer Alternativzeitung aus der Region.

Auch über erste Auswirkungen kann berichtet werden: „Die lokale SPD ist stinksauer, weil sie Angst um

ihren Besitzstand hat (zwei Gemeinderäte) und auf der „Unabhängigen Liste“ Leute kandidieren, die noch SPD-Mitglieder sind“ („Motzer“, 22.3.). Eine Aufforderung zum Parteiaustritt durch lokale SPD-Größen folgte postwendend. „Wie zu hören ist, werden die betreffenden SPD-Leute von der Unabhängigen Liste in den nächsten Tagen ihr Parteibuch gemeinsam zurückgeben“, heißt es dazu im „Motzer“.

Auch die bürgerliche Lokalpresse brachte eine kurze Notiz. Von einer Gründungsversammlung, „... an der 25 überwiegend junge Bürger teilnahmen“ war die Rede. Programmatisch wurde die Liste so vorgestellt: „Die Unabhängige Liste verfolgt mit ihrer

Kandidatur das Ziel, „verkrustete Strukturen“ in der Schussenrieder Gemeindepolitik aufzubrechen, die Bürger ungeschminkt und rechtzeitig zu informieren und konsequente Opposition zu praktizieren, weil diese Rolle im derzeitigen Gemeinderat nicht existiert“ („SZ Biberach“, 14.3.79). Wir können dazu nur uneingeschränkt sagen, BRAVO!!!

Bravo auch für die angekündigte Öffentlichkeitsarbeit. „In dieser Woche werden deutsche Beamte (Briefträger) an alle Haushaltungen der Stadt und der drei Teillorte ein versetztes „Schussen-Blättle“ verteilen, das von der Unabhängigen Liste monatlich unter's Volk gebracht werden wird“ („Motzer“).

„Alternative Liste“ jetzt auch in Luxemburg

Eine Alternative Liste „Wiert lech“ gibt es jetzt auch in Luxemburg. Die Liste wurde von Unabhängigen und Mitgliedern des SOAK und des KBL („Kommunistische Bonde Letzebuerg“, mit der westdeutschen „KPD“ verbunden) gegründet. Die „Wiert lech“-Liste tritt bereits zu den Europawahlen am 10. Juni mit 6 Kandidaten an und hat eine Kandidatur bei den nächsten Parlamentswahlen angekündigt. In Anlehnung an die Bewegung der bunten und alternativen Listen in der BRD will die „Wiert lech“-Liste der Protest-

bewegung gegen den Bau des Atommeilers in Remerschen, gegen die Zerstörung der Natur, gegen menschenunwürdige Wohnungen, für die ausländischen Arbeiter und gegen die Unterdrückung der Frau auch im Parlament Gehör verschaffen.

„Wir maßen uns nicht an, im Namen der Betroffenen Politik zu machen. Wir propagieren Kämpfe, die bereits geführt werden und Forderungen, die aus Bewegungen hervorgegangen sind. Wir schlagen Alternativen vor, selbständige Organisati-

onsformen der Bevölkerung. Wir wollen Denkanstöße geben, ein Bewußtsein schaffen, daß es darauf ankommt, selbst etwas zu tun, sich zusammenzuschließen und sich zu wehren“ (zit. aus „Roude Fädel“, Zeitung des KBL, April 79).

Bedenkt man, daß die revisionistische KP bei den letzten Parlamentswahlen in Luxemburg ca. 10% der Wählerstimmen bekam, so hat die Alternative Liste „Wiert lech“ gute Chancen auf ein respektables Wahlergebnis.

Was aus einem antifaschistischen Antrag der Bunten Liste wurde

Hamburg. Mit den Stimmen von SPD, Bunter Liste und FDP (gegen die Stimmen der CDU) forderte die Bezirksversammlung Eimsbüttel am 22.2. das Bezirksamt auf, „neonazistische Parteien und Vereinigungen für öffentliche und nicht-öffentliche Veranstaltungen keine Räume mehr zur Verfügung zu stellen“. Dieser Antrag war von der Bunten Liste formuliert und eingebracht worden.

Also ein Erfolg in der Nutzung des Bezirksparlaments für den antifaschistischen Kampf? Leider nein! Abgelehnt wurden nämlich fast einhellig (mit Ausnahme einiger weniger SPD'ler) von SPD, FDP und CDU die Punkte 2 und 3 des Antrags der Bunten Liste. Punkt 2 bezog sich ausdrücklich auf die Nicht-Vergabe von Räumen an die NPD. Punkt 3 enthielt eine Aufforderung an das Bezirksamt, eine verbindliche Erklärung im Sinne der Punkte 1 und 2 abzugeben.

Diskussionspunkt in der Bezirksversammlung war vor allem die Einbeziehung der NPD, die vom Bezirksamt schon mehrmals Räume im Eimsbüttler „Hamburg-Haus“ zur Verfügung gestellt bekommen hat. Das könne man, behauptete der Bezirksamtsleiter, schon aus rechtlichen Gründen gar nicht ändern. Daß die NPD Anspruch auf Meinungs- und Organisationsfreiheit habe, bestätigten auch die Redner von FDP und SPD. Der SPD-Redner meinte zwar sogar von sich aus, daß die NPD „im Besitz von Waffen“ sei und deshalb keine Räume

erhalten sollte – gab dann aber doch bekannt, daß die SPD-Fraktion den Punkten 2 und 3 des BuLi-Antrags nicht zustimmen werde. Abgelehnt wurde ebenso ein Zusatzantrag der Bunten Liste, in den Punkt 1 eine Erwähnung der NPD aufzunehmen.

Der verbliebene, schließlich mit Mehrheit angenommene Rumpfantrag, d.h. der ursprüngliche Punkt 1, ist noch nicht einmal als kleiner Teilerfolg zu werten. Denn durch ihre Erläuterungen gaben SPD und FDP eindeutig zu verstehen, daß dieser Beschluß absolut wertlos und ohne Konsequenzen bleiben soll: „neonazistische Parteien und Vereinigungen“, von denen in dem Beschluß die Rede ist, seien nach geltendem Recht ohnehin nicht zulässig, meinte der FDP-Sprecher. Neonazistische Organisationen seien hierzulande verboten, meinte auch der SPD-Sprecher.

Also entweder ist eine Organisation verboten, dann stellt sich die Frage der Vergabe öffentlicher Räume wohl sowieso nicht. Oder sie ist nicht verboten, dann kann sie eben nicht neonazistisch sein, denn sonst wäre sie ja verboten. Ist sie aber nicht verboten, dann hat sie auch Anspruch auf die Vergabe öffentlicher Räume. So ernst nehmen SPD und FDP die Eindämmung des Neonazismus.

Die Abgeordneten von SPD und FDP in der Eimsbüttler Bezirksversammlung wären wahrscheinlich überfordert, wenn sie sich in-

haltlich mit der Argumentation der Bunten Liste hätten befassen sollen, wonach die NPD gerade in Hamburg besonders eng mit der terroristischen Neonazi-Szene verfilzt ist. Es ist im Übrigen daran zu erinnern, daß derzeit keine der aktivsten neonazistischen Gruppierungen verboten ist: Weder die Nürnberger Hoffmann-Bande noch Schönborns „Kampfband Deutscher Soldaten“, in Hamburg reichten jahrelang nicht einmal klassische Organisationsnamen wie „Faschistische Front“ oder „Freundeskreis der NSDAP“ für ein Verbot aus; die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), legaler Tarnverband der terroristischen Hansa-Bande, ist bis heute nicht verboten, obwohl mittlerweile schon die Mehrheit ihrer Aktivisten wegen Überfällen, Waffendiebstahl usw. hinter Gittern sind; 1978 hatte die ANS sogar die Frechheit, ihre Kandidatur zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen anzumelden – und wäre wahrscheinlich sogar zugelassen worden, wenn sie nicht vorher selbst zurückgezogen hätte! ...

Außer Reden zum Fenster hinaus wollen die etablierten Parteien nichts zur Eindämmung des Neonazismus tun. Das gilt offensichtlich auch in einem als „links“ geltenden Bezirk wie Hamburg-Eimsbüttel. Es ist gut, wenn Abgeordnete alternativer Listen die etablierten Parteien zwingen, Farbe zu bekennen. In so fern kann auch die Diskussion um den BuLi-Antrag als politischer Erfolg gewertet werden.

Wahl-Nachrichten Das AKW Brunsbüttel muß endgültig stillgelegt werden!

Die AUD in Stuttgart ruft zur Gründung einer alternativen Liste zur Kommunalwahl auf

Anläßlich der Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 24. Oktober schlägt die AUD in der Alternativzeitung "s'blättle" (4/79) vor, "daß Mitglieder aus Bürgerinitiativen und anderen Basisgruppen, die sich für Umweltschutz, gesellschaftlichen Fortschritt und Selbsthilfe einsetzen, sich an der Organisation, Programmgestaltung und Kandidatenaufstellung gleichberechtigt beteiligen etwa nach dem Muster der Hamburger Bunten Liste."

Als Gründe geben sie an: "täglich wird unsere Stadt lebensfeindlicher", "Zerstörung zentral gelegener preiswerter Wohnungen", und die Energiepolitik und weiter: "Die etablierten Rathausparteien sind den Konzernen hörig, durch Vetternwirtschaft dem Bürger entfremdet." Sie stellen fest, daß lokale BI's dagegen allein noch nicht viel erreichen können, sondern daß dafür eine umfassende übergreifende Zusammenarbeit nötig ist. „Auch wenn wir bei der Wahl kein Mandat erreichen, so gilt eine solche gemeinsame Liste doch als nicht zu übersehende Demonstration, und diese „bunte Liste“ - wie immer sie genannt werden soll - sollte als übergreifende Aktionsgemeinschaft erhalten bleiben.“ Als Kontakt geben sie an: **Hans-Jürgen Kremer (AUD)** Fuchswaldstr. 52, 7 S - 80 Tel.: 684917

Alternative Liste Trier gegründet!

Aus Anlaß der Kommunalwahlen am 10.6.79 wurde Mitte April eine alternative Wahlliste gegründet. Auf der konstituierenden Versammlung, mit über 100 Leuten gut besucht, wurden folgende konkrete Punkte für Aktivitäten besprochen:

- + Der Umweltschutz, insbesondere gegen das geplante Atomenergiezentrum an der Obermosel.
 - + Maßnahmen gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen Polizei-, Justiz- und Behördenwillkür, Berufsverbote, staatliche Bevormundung, Einschüchterung und Schnüffelei.
 - + Gegen menschenfeindliche Auswüchse in der Trierer Kommunalpolitik wie z.B. den weiteren Ausbau von Straßen und Parkplätzen auf Kosten von Wohnungen und Grünanlagen, gegen die ständige Erhöhung städtischer Gebühren usw.
- Vertreterinnen der Frauengruppe schlugen vor, auch Probleme der Frauen aufzunehmen, z.B., daß legale Schwangerschaftsabbrüche wegen des Einflusses der Kirche und ihr nahestehender Gruppierungen in Trier nicht möglich sind.
- Zum Vorhaben der "ALT" heißt es in einem Flugblatt: "Das Hauptziel liegt jedoch nicht im Erringen von möglichst viel Stadtratssitzen. In dieser Hinsicht darf man sich in Trier keine Illusionen machen. Vielmehr wollen wir im Wahlkampf über konkrete Mißstände informieren und möglichst große Teile der Bevölkerung und besonders der betroffenen Menschen zum Widerstand anregen."

Treffen für eine alternative Liste in Bonn

Zu einem Treffen am 24.4. hatte die Bonner Wahlinitiative eingeladen, sie wollte eine Gründungserklärung verabschieden, die in kurzer, agitatorischer Form zu verschiedensten Problemen in Bonn Stellung nimmt. Gekommen waren 60 Leute, wovon ein Teil gegen eine Wahlbeteiligung und Gründung einer Liste eingestellt war. Während Teile der Wahlinitiative dafür eintraten, bei den Kommunalwahlen zu kandidieren, war dies einigen „zu früh“. Anderen wiederum sind zu wenig Initiativen in der Wahlliste, ja es wurde sogar die Meinung vertreten, die Wahlinitiative solle erst einmal Initiativen aufbauen und für eine solide Basisarbeit sorgen. Besser wäre ein halbes Prozent Stimmen, aber dafür ein solides Programm, als fünf Prozent beim jetzigen Entwurf. Man könne es ja auch in 4 Jahren wenn die Initiativen wieder flott seien, nochmal versuchen. Von Seiten der Wahlinitiative wurde dem entgegengehalten, daß die Kandidatur und das konkrete Anpacken von Problemen am Ort seinen Beitrag zur Stärkung der Initiativen ebenfalls leiste.

Anderen Anwesenden war das Programm nicht akzeptabel. Die Forderungen unterschieden sich nicht von denen der etablierten Partei-

en. Vielmehr erwarten sie grundsätzlich Aussagen gegen die derzeitigen gesellschaftlichen Zustände, und nicht die Aufzählung verschiedener Mißstände, um ein breites Protestpotential anzusprechen. Daß eine ganze Reihe der Anwesenden, ja sogar Teile der Wahlinitiative gegen eine Alternative Liste derzeit mehr oder weniger große Bedenken haben, steht einem gemeinsamen Start erheblich im Wege. Andererseits will die Wahlinitiative noch eine Reihe Anregungen (z.B. mehr zur Situation der Arbeiter sagen) in den Gründungsaufbau hineinarbeiten. Dieses soll auf einem weiteren Treffen am 7. Mai vorgelegt werden. Dort sollen auch verschiedene Projektgruppen gebildet werden, in denen die 50 Interessierten, die sich bisher beteiligen wollen, mitarbeiten können.

Nach einem Bericht eines Bonner Genossen

"Initiative für eine Bunte/Alternative Liste Münster" gegründet

In Münster hat sich eine Initiative gegründet, die sich für die Kandidatur eines alternativen Wahlbündnisses bei den Kommunalwahlen im September einsetzen will. In der Gründungserklärung werden die Bunte Liste Hamburg und die Alternative Liste Westberlin als Vorbilder genannt, auf deren Erfahrungen man aufbauen will. Dies ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil in der Initiative auch einige "Grüne" (GLU u. AUD) mitarbeiten, die sich damit auf ein basisnahes und radikaldemokratisches Konzept festgelegt haben.

Bei den Münsteraner Sozialdemokraten löste dieser neue Ansatz für eine mögliche Bunte oder alternative Liste einige Hektik aus. Auf dem ersten öffentlichen Treffen erschienen sie (ebenso wie die DKP), um sich selbst als Alternative zur regierenden CDU und quasi als parlamentarischen Arm der Bürgerinitiativen anzupreisen. Daß die SPD die Buntten durchaus als größeren Faktor erkennt, zeigt ein Antrag an die Juso-Unterbezirkskonferenz, in dem noch einmal ausdrücklich die Ablehnung einer Buntten Liste und die Unterstützung der SPD beschlossen werden soll.

Die Münsteraner Buntten stehen vor der Schwierigkeit, sich gegenüber einer in Münster kommunal sehr links und "alternativ" auftretenden SPD zu profilieren. Dies und die bisher nicht ausreichende Resonanz in den Münsteraner Bürgerinitiativen lassen eine Kandidatur bei den Kommunalwahlen im September noch offen. Zur Landtagswahl im Mai nächsten Jahres wird sich aber erweisen, wie ernstzunehmen die oppositionelle Stellung der Münsteraner Sozialdemokraten in der SPD tatsächlich ist. Das Einschwenken der Münsteraner "Dissidenten" auf SPD-Regierungskurs wird sie reichlich an Glaubwürdigkeit verlieren lassen. Und spätestens dann schlägt auch in Münster die sie Stunde der Buntten und Alternativen.

KB-Sympathisanten Münster

Bremen: "Was wollen alternative Listen im Parlament?"

Nach dem Wahlerfolg der Westberliner alternativen Liste hatte der Bremer "Initiativkreis für eine grüne/bunte Liste" zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema: "Was wollen alternative Listen im Parlament?" eingeladen, mit Vertretern der Alternativen Liste Westberlin und Abgeordneten der Buntten Liste Hamburg. Mit ca. 240 Leuten war die Veranstaltung recht gut besucht. Die Berichte der Westberliner und Hamburger und die anschließende Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Erfahrungen in der Parlamentsarbeit, die bisher im Hamburger Bezirk Eimsbüttel gemacht wurden und um die Lehren aus dem Westberliner Wahlergebnis. Von den Westberlinern wurde die Notwendigkeit der Einheit, aber auch der scharfen inhaltlichen Auseinandersetzung innerhalb der alternativen Liste betont. Das war gerade insofern für die Bremer Diskussion wichtig, als in Westberlin die Mitarbeit von Kommunisten nie ein Hinderungsgrund war, die Spaltung in der Bremer Wahldiskussion aber wesentlich dadurch ausgelöst wurde. Gerade von den Westberlinern und Hamburgern wurde an die Bremer Grüne Liste appelliert, wieder zu einer gemeinsamen Diskussion zurückzukehren, um die einmalige Chance in Bremen, über die 5%-Hürde zu kommen, nicht zu verschenken. Denn anders als in Hamburg (dort spaltete sich die GLU an der Frage

Unter dem Motto „Harrisburg ist überall“ demonstrierten am 21. April 9.000 AKW-Gegner aus Schleswig-Holstein und Hamburg für die endgültige Stilllegung des Pann-Reaktors Brunsbüttel. Das AKW mußte in seiner nur dreijährigen Geschichte ca. 120 mal abgeschaltet werden. Am 18. Juni letzten Jahres, als über hundert Tonnen radioaktiver Dampf ins Freie strömten, war ein „Unfall“ wie in Harrisburg in Brunsbüttel greifbar nahe.

Trotzdem: wenn es nach HEW und CDU-Landesregierung ginge, würde das AKW noch in diesem Frühjahr oder Sommer wieder in Betrieb gehen. Die „Reparatur“arbeiten laufen auf Hochtouren.

Der 21. April begann mit einer Kundgebung auf dem Brunsbütteler Marktplatz. Hier sprach u.a. der Landtagsabgeordnete des SSW (dänische Minderheit) Karl-Otto Meyer, der die Stilllegung aller AKWs forderte und besonders auf die immer breiter werdende Protestbewegung in den skandinavischen Ländern hinwies.

Auf dem Weg zum AKW mußten die Demonstranten über den Nord-Ostsee-Kanal setzen. Der Zug führte vorbei an der Brunsbütteler Industriezone zum AKW. Auf der Abschlussschließung war ein Vertreter der Dithmarscher Ärzte, die ihre Kollegen in Schleswig-Holstein zur Teilnahme an dieser Demonstration aufgerufen hatten, auf die Schäden hin, die bereits bei „Normal“betrieb eines AKW entstehen. Gefordert wurde auch von den Ärzten: sofortige endgültige Stilllegung des AKW Brunsbüttel — Stilllegung aller AKWs auf der ganzen Welt!

Auf der Abschlussschließung ereignete sich aber auch ein für AKW-Gegner peinlicher „Zwischenfall“. Als am AKW-Informationszentrum ein paar Scheiben zu Bruch gingen, fühlte sich ein Mitglied der BUU Brunsbüttel dazu berufen, zur Verhinderung solcher „Gewalttaten“ aufzurufen. Leider spielten dann auch eine Reihe Demonstranten Ordnungshüter.

Keine Demonstranten-Ordnungshüter. Zu der Demonstration waren Menschen aus allen Ecken und Enden Schleswig-Holsteins gekommen, insbesondere auch aus den ländlichen Gegenden Nordfriesland und Dithmarschen. Viele von ihnen demonstrierten zum ersten Mal gegen ein AKW. In den beiden Wochen zuvor hatte es in vielen Städten und Dörfern Demonstrationen und Veranstaltungen anläßlich der Katastrophe in Harrisburg gegeben. So fand im Kreis Stormarn zu Ostern ein gemeinsames Jugendfest von LDU, Jusos, Judos und SDAJ u.a. zum Thema „Stilllegung aller AKWs“ mit 1.000 Teilnehmern statt, in Niebüll eine Veranstaltung mit 700 Teilnehmern, Demonstrationen in Flensburg, Kiel, Lübeck und Kappeln, Kirchenbesetzungen in Lübeck und Ahrensburg und überall Veranstaltungen auf dem platten Land. Von den Jusos wurde vielfach auf ihren Wahlkampfveranstaltungen nach Brunsbüttel aufgerufen.

Für die Mobilisierung zum 21. April spielte neben den nach der Katastrophe in Harrisburg verstärkten

Protesten eine Rolle, daß in Schleswig-Holstein ein Bündnis von bisher einmaliger Breite zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen hatte. Neben wahrscheinlich allen schleswig-holsteinischen BIs riefen alle politischen Verbände links von der SPD auf — außer der DKP, die bis zum Tage der Demo auf verschiedenste Anschreiben nicht einmal reagiert hatte. Auseinandersetzungen hatte es im Rahmen der Bündnisverhandlungen gegeben, da einige BI-Vertreter die Teilnahme von politischen Verbänden (Jusos) offensichtlich nicht wünschten.

Eine Reihe von schleswig-holsteinischen Frauengruppen, der Landesvorstand der ASF und die SPD-Landtagsabgeordnete Gisela Böhrk riefen die Frauen unter dem Motto „Wir wollen leben“ zur Teilnahme auf.

Die 30 Dithmarscher Ärzte, die bereits nach dem „Unfall“ am 18.6.78 in einer Erklärung die endgültige Stilllegung des Schrott-AKW's gefordert hatten, traten am 21. April mit einer neuen Erklärung an die Öffentlichkeit:

„Wir sind erschüttert und empört angesichts der bisher schwersten Katastrophe in der Geschichte der Atomkraftwerke. Hatten die Behörden anfangs die ausgetretene Radioaktivität noch als gering und ungefährlich bezeichnet, so klingt es wie blanker Hohn, wenn die Verantwortlichen betonen, es habe keine Verletzten gegeben. Als Ärzte wissen wir, daß die bisher ausgetretene Radioaktivität die Rate der Leukämien in den kommenden 10 Jahren und die der anderen Krebserkrankungen in den nächsten 20 — 40 Jahren beträchtlich erhöhen wird. Die zukünftigen Generationen werden vermehrt durch Mutationen und Erbschäden belastet. Unser Mitgefühl gehört der betroffenen Bevölkerung. Die zu erwartenden Opfer sind für uns Verpflichtung, nochmals eindringlich darauf hinzuweisen, daß aus jedem AKW schon im Normalbetrieb Niedrig-Radioaktivität austritt,

deren Langzeitschäden für die Gesundheit der Menschen in wissenschaftlichen Untersuchungen nachgewiesen sind. Der Atomreaktor Brunsbüttel hat in der Vergangenheit seine erhöhte Störanfälligkeit häufig bewiesen ... Aus Sorge um die Gesundheit der uns anvertrauten Menschen erheben wir folgende Forderungen und bitten Bevölkerung und Ärzteschaft um Unterstützung: 1. Keine Wiederinbetriebnahme des AKW Brunsbüttel, 2. Kein AKW in Brokdorf, 3. Keine Atommülldeponie in Gorleben, 4. Endgültige Stilllegung aller Atomanlagen der Welt!“

Dieser Aufruf der Dithmarscher Ärzte wurde von Ärztegruppen aus Kiel, Lübeck und Hamburg unterstützt.

Außerdem hatten folgende Verbände nach Brunsbüttel aufgerufen: die Liste für Demokratie und Umweltschutz, die die Aktion auf ihrem Kongreß Ende letzten Jahres vorgeschlagen hatte; der Landesvorstand der ASF; der Juso-Landesverband, der in seinem Demo-Aufruf forderte: „Die SPD in Schleswig-Holstein muß ihre Denkpause in Sachen Kernenergie beenden und sich für ein klares ‚Nein‘ entscheiden. Wir werden uns dafür einzusetzen haben, daß auch die Bundespartei und die Bundesregierung ihre verantwortungslose Position in dieser Frage aufgeben.“

Weiterhin wurde aufgerufen von AUD, der Grünen Liste, die jedoch bis auf Ausnahmen (Kiel) nicht wirklich mobilisiert hatte, Landesverband Umweltschutz Schleswig-Holstein (BBU), der SSW-Jugend (der SSW hatte zwei Wochen zuvor die Stilllegung aller AKWs und die Einstellung des Atomprogramms gefordert), der Buntten Liste, BUU/Hamburg und den Autonomen. Unterzeichner des Aufrufs waren ferner der KB, die (in Schleswig-Holstein fast nicht vertretene) KPD, KPD/ML und der KBW.



Das Wahlergebnis scheint zu bezeugen, daß dort, wo eine radikaldemokratische Alternative noch nicht die Kraft zur wirkungsvollen Kandidatur hat, kaum Bewegung in die Parteienlandschaft kommt.

Die SPD Schleswig-Holstein nimmt im Rahmen der Bundespartei eine gewisse Sonderrolle ein. Ihre punktuellen Widersprüche zur SPD-„Baracke“ wurden von der CDU und ihrer Presse im Wahlkampf so überspitzt dargestellt, daß der SPD das Image der „linkssozialistischen Marxisten“ verliehen wurde. Auf diese Weise versuchte die CDU, Anhänger der Schmidt-SPD von einer SPD-Wahl in Schleswig-Holstein abzubringen. Tatsächlich lag das SPD-Wahlergebnis (41,69%) unter dem Resultat bei den Bundestagswahlen 1976 (48%).

Sicher hängt dies auch damit zusammen, daß die SPD Stimmen an die Grünen abgeben mußte und zusätzlich konservative AKW-Gegner nicht zu den Sozial-Liberalen überwechselten.

Es ist schon erschreckend, daß die Reaktion mit Law und Order und offener Befürwortung der Atomenergie immer noch solche Mehrheiten finden kann. Aus linker Sicht ist auch bedauerlich, daß die SPD nunmehr nicht in der Regierungsverantwortung unter Beweis stellen muß, inwieweit ihre Politik tatsächlich ihrem Image entspricht. Damit scheint eine Zerreißprobe der SPD Schleswig-Holstein vorerst erspart zu bleiben.

Am 24. und 25. März führte die vor zwei Jahren gegründete Naturpolitische Volkspartei (NPV) im niedersächsischen Verden ihren 1. Bundesparteitag durch. Diese den Solidaristen zuzurechnende neonazistische Organisation versucht seit geraumer Zeit in die Anti-AKW und Ökologie-Bewegung einzudringen (s. PDI-Taschenbuch 1/Neonazistische Aktivitäten 1978, S.73).

In ihrem jetzt verabschiedeten „Verdener Manifest“ fordert die NPV die Bundesregierung auf, aus EG und NATO auszutreten, weil „nur durch eine völlige Neutralisierung Deutschlands“ eine deutsche Wiedervereinigung möglich sei („Nord-West-Zeitung v. 13. u. 26.3.79).

Antifa-Kom. Göttingen 9.4.79

Wahlaußschuß KB Bremen

Leserbrief Was'n nu los?

Die Demo „Für sofortige Stilllegung des AKW Brunsbüttel am 21. April stand nicht unter dem Vorzeichen einer AKW-Besetzung oder ähnlichen „gewalttätigen“ Aktionen. Allerdings trugen einige Begebenheiten dazu bei, uns nochmal über „Gewaltfreiheit“, die „Breite der Anti-AKW-Bewegung“ und unser „Bild in der Öffentlichkeit“ Gedanken zu machen.

Erstmal zur Demo selber: Transparente, die zur Klage gegen AKW-Genehmigungsbeschlüsse aufriefen („Hartmut Gründer mahnt...“), KB-Fahnen, KBW-Parolen-Leierer neben den üblichen, teilweise auch phantasievollen Parolen und Transparenten. Abschlußkundgebung: Die meisten müde und schlapp auf dem herrlich grünen, sauberen Rasen vor dem AKW, viele um's „Informationszentrum“. Ein Arzt nochmal zur Gefährlichkeit von AKW's. „Da hinten prügeln sich Anarchos mit Gewaltfreien!“ Aus dem Lautsprecher: So geht's ja nicht, Steinwerfen war nicht beschlossen, das ist undemokratisch! Geht hin und haltet sie davon ab!

Am Verdummungszentrum: einige Scheiben eingeworfen. Gewaltfreie sind offensichtlich nicht so gewaltfrei, wenn's darum geht, die Täter von weiteren schlimmen Taten abzuhalten. Während Gewaltfreie und Steinwerfer anfangen, sich zu prügeln, spricht ein Redner gerade von Polizeiterrör. Einer fängt an, uns aus dem Herzen zu singen: „Vorwärts und nicht vergessen, worin unsre Stärke besteht...“. Solidarität aber doch nicht mit Leuten, die was kaputt machen! „Die können das ja ruhig machen, aber doch nicht heute, das ist hier 'ne friedliche Demo...“

Ähnlich, als einer anfang, unterm Straßenpflaster zum AKW den Strand zu suchen (als wir zurückgingen, lagen die Steine wieder sauber da, wo sie vorher waren). „Hört doch auf, hinter euch steht doch sowieso keiner!“ Also, mit denen wollen wir nichts zu tun haben! Wie ist das nun mit der Breite der Bewegung, den vielfältigen Widerstandsformen? Am Schluß der Demo die Aufforderung an uns als Umweltschützer, doch unseren Müll mitzunehmen, und das mitten im Industriegebiet, damit das AKW weiterhin so schön anzusehen bleibt.

Haben wir was falsch gemacht?

Diese Ereignisse machen folgendes **rauben wir was falsch gemacht?**

Diese Ereignisse machen folgendes deutlich: Die Gewaltfreiheit ist zum Dogma geworden, und zwar bedeutet hier „Gewaltfreiheit“, sogar von Gewalt gegen Sachen und seien es auch nur Fensterscheiben, ganz und gar abzusehen. Das treibt solche Blüten, daß, wie in der „Albrecht - wir kommen“-Broschüre zu lesen ist, einige Demonstranten, die in Gorleben den Bohrbeginn verhindern wollten, ernsthaft überlegten, den Reifen eines Bohrfahrzeuges wieder aufzupumpen, bei dem zuvor die Luft herausgelassen wurde (=Gewalt), oder daß eine Demonstrantin einem Bullen seine chemische Keule wiedergab, die er verloren hatte (war ja seine). Stellte in der Broschüre „100.000 in Hannover“ der Verfasser angesichts der Zurückhaltung der Polizei die Frage, ob wir etwas falsch gemacht hätten, so kann man jetzt wohl sagen: Ja, wir haben! Wenn die Polizei es sich erlauben kann, den Haupteingang des AKW Brunsbüttel mit nur zwei Bullen „abzusichern“ und die Bullen zusehen können, wie „gewaltfreie“ Demonstranten ihnen ihre Arbeit abnehmen, während die Verstärkung wieder einrückt (Morgenpost, 23.4.: „Die Polizei hielt sich zurück“), dann kann das nur bedeuten, daß die Anti-AKW-Bewegung momentan zu keiner militäntanten Aktion in der Lage ist. Die Spaltungsversuche in der letzten Zeit haben bewirkt, daß sich die Anti-AKW-Bewegung faktisch auf einen total gewaltfreien Kurs festgelegt hat und daß, sobald irgendwer davon abweicht, die Spaltung sofort da ist.

Um vielleicht aufkommenden Mißverständnissen vorzubeugen: Wir sind nicht der Meinung, daß es zum jetzigen Zeitpunkt unbedingt sinnvoll ist, militant vorzugehen, daß aber da, wo Demonstrationsteilnehmer ihre Wut zum Ausdruck bringen, es uns gerade in der jetzigen Situation (Harrisburg) nicht schadet. Das beweist auch die Berichtserstattung über diese Vorfälle: So hat z.B. die „Morgenpost“ einen recht neutralen Artikel gebracht, „Bild“ und Tagesschau haben gar nicht darüber berichtet.

Was uns schadet, ist allerdings, daß faktisch nur noch Mittel des Widerstandes möglich sind, die vorher von der Bundes- und Landesregierung erlaubt worden sind (Illegalität = Gewalt). In der Vergangenheit wurde z.B. von einer Platzbesetzung nur deshalb abgesehen, weil das auf eine sinnlose Schlacht hinausgelaufen wäre und nicht, weil dabei ein Zaun kaputtgegangen wäre. Man muß sich die Frage stellen, ob nicht für ein möglichst breites Bündnis (in Hannover war z.B. eine Gruppe „JU'ler gegen AKW's“ mit „Deutschland“-Fahne) zu viel auf der Strecke geblieben ist. Und ob wir alle, die den total friedlichen Kurs nicht mitmachen, aus dem Bündnis ausschließen wollen.

petra & ralf aus hamburg

Philippsburg-Demo in Speyer

Etwa 1.100 AKW-Gegner/innen aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz demonstrierten am 21.4. in Speyer für die sofortige Stilllegung von Block I des AKW Philippsburg, das z.Zt. mit 30 % Leistung anläuft und den Baustopp für Block II.

Der Demozug wurde von 11 Traktoren angeführt, die Parolen mit sich führten wie: „Ihr Politiker gebt gut acht, damit ihr aus uns Pflälzern keine Radikalen macht“, „Wir sind keine Wellensittiche, wir wollen keine Jod-S-I2-Körnchen“, (in der Umgebung des AKW Philippsburg ist die Verteilung von Jod-Tabletten geplant). Neben der Aktionsgemeinschaft Umweltschutz Südpfalz (AGU) und etlichen anderen Bürgerinitiativen aus dem badischen und pfälzischen Raum, sowie

der Initiative Frauen und Mütter gegen AKWs hatten noch die Jusos (Bezirk Pfalz und Unterbezirk Speyer), der SPD-Ortverein Speyer-Erlach, die Judos/Speyer und die DKP (Speyer Südpfalz) mit 4 weiteren „Untergruppen“ zu dieser Demo aufgerufen.

Auf der abschließenden Kundgebung wies eine Vertreterin der Initiative „Frauen und Mütter gegen AKWs“ auf die spezielle Betroffenheit der Frauen durch AKWs und die Unterdrückung der Frau im naturwissenschaftlichen Bereich hin.

Schuhmacher (BBU-Vorstandsmitglied) kündigte den verstärkten Widerstand gegen das Atomprogramm an und meinte, daß wir erst am Anfang unserer Bewegung ständen.

AKW-Nein-Kommission



Harrisburg-Aktionen

In zahlreichen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin kam es anlässlich der Katastrophe von Harrisburg zu Aktionen (Demonstrationen, Kundgebungen usw.). Vor allem das Wochenende nach der Gorleben-Demonstration in Hannover erlebte in dieser Hinsicht Hochkonjunktur. So manche Kirchengemeinde geriet in helle Aufregung, als ihr „Gotteshaus“ dazu benutzt wurde, das AKW-Übel schon hier auf Erden zu beseitigen und nicht erst darauf zu warten, daß man/frau von demselben ins Himmelreich befördert werde.

In kleineren Städten wurde oft zum ersten Mal überhaupt (gegen AKWs) demonstriert, in den größeren übertrafen die Teilnehmerzahlen zumeist alles bisher dagewesene.

Eine hier und da bei der „Brokdorf-Generation“ anzutreffende Skepsis über die aktuellen Möglichkeiten wurde damit glatt überrollt. Die Vielzahl der aufrufenden politischen Strömungen entsprach der der hannoveraner Gorleben-Demonstration.

der der hannoveraner Gorleben-Demonstration.

So gut wie alle Aktionen fanden wohlwollende Beachtung in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Westberlin

Am Walter-Schreiber-Platz wurde eine „Teaterkundgebung“ durchgeführt: Wie im Ernstfall ertönte eine Alarmsirene. Daraufhin legten sich die 200 Kundgebungsteilnehmer/innen auf die Fahrbahn. Mit dem Hinweis, daß sich ein atomarer Unfall in der Umgebung von Berlin ereignet habe, wurden über Lautsprecher Verhaltensmaßregeln für die Berliner Bevölkerung durchgegeben, wie sie in den Katastrophenplänen vorgesehen sind.

Hamburg

Außer der Besetzung der Petrikirche (siehe dazu den Extra-Artikel) gab es am 7.4. noch eine Fahrraddemo mit 600 Teilnehmern von den Eimsbüttlern und Eppendorfer Bls und eine Demo mit 1500 Leuten durch die

Hamburger Innenstadt, zu der die BUU/Hamburg aufgerufen hatte. Neu und erfreulich war, daß ganz viele Passanten stehen blieben, mit den AKW-Gegnern redeten und teilweise sogar Beifall klatschten.

Emden

Am 7.4.1979 fand in Emden eine Demonstration zu den Ereignissen in Harrisburg und gegen das Atomenergieprogramm der Bundesregierung statt, unter dem Motto: Heute Harrisburg — Morgen wir.

Aufgerufen hatten das Projekt Umweltschutz der Fachhochschule Ostfriesland und die Bürgeraktion gegen radioaktive Verseuchung und Umweltschäden Emden.

Es war die erste Demonstration dieser Art in Emden und mit rund 500 Teilnehmern ein guter Erfolg und der Anfang eines Aufschwungs der Anti-AKW-Bewegung in Emden und Ostfriesland.

Eine KB-Sympathisantin aus Emden

Bielefeld

Bielefeld

Auf dem Hintergrund des Atomunfalls in Harrisburg besetzten am Mittwoch, den 4. April, ca. 30 Atomkraftgegner die Altstadt Nicolaikirche in der Bielefelder Innenstadt. Die Kirchenleitung erklärte sich schließlich sogar bereit, am späten Freitagmittag, eine Veranstaltung der Atomkraftgegner in der Kirche zuzulassen, an deren Leitung sich auch ein Pfarrer beteiligte. Auf der Veranstaltung, die von 150 — 200 Leuten besucht wurde, wurde vor allem auf die Grohnde- und den Atomunfall von Harrisburg eingegangen.

Am Samstag Mittag beteiligten sich über 1200 Menschen an einer Demonstration durch die Bielefelder Innenstadt. Gefordert wurde die Stilllegung aller Atomanlagen, der Rückzug der Stadtwerke Bielefeld aus den Projekten Grohnde und Hamm-Uentrop sowie die Rücknahme aller Urteile gegen Atomkraftgegner. Aufgerufen hatte das Umweltzentrum Bielefeld. Unerstet wurde die Demo von einem recht breiten Spektrum von Gruppen und Initiativen, das bis zu



Bremen

Etwa 1500 Atomkraftgegner demonstrierten am 7. April in Bremen. Mit Parolen und Transparenten wurde anlässlich des schweren Atomunfalls in Harrisburg die sofortige Stilllegung von Esenshamm und aller Atomkraftwerke gefordert, z.B.: „Harrisburg ist Esenshamm, weg mit dem Atompro-

gramm!“ Ein leibhaftiger „Atomtod“ mit Totenkopf und mehrere „Atomleichen“ machten die tödliche Bedrohung durch die Radioaktivität deutlich.

In der Stadt hingen an vielen Häusern Transparente zu Harrisburg, z.B. mit der Aufschrift: „Wo würden Sie hingehen, wenn Esenshamm Harrisburg wird?“



Dortmund

Dortmund

In Dortmund haben sich 3-400 Menschen am 7.4. an einer Kundgebung und einer anschließenden spontanen Demonstration durch die Einkaufsstraße beteiligt.



Radldemo in Landshut

Wie in der Tagesschau vom 7.4. zu hören und sehen war, regte sich auch in Ohu einmal wieder der Widerstand. Was war geschehen?

Vom „Bund Naturschutz“, „AKW-Nein-Gruppe München/Landshut“, „Niederaichbachern AKW-Gegnern“ und der „Initiative gegen AKWs/La.(BI)“ wurde gemeinsam eine Radldemo von Landshut nach Ohu durchgeführt.

Trotz Frost, Wolkenbrüchen und scharfem Wind ließen sich über 200 AKW-Gegner nicht davon abhalten, die 40 km (!!) lange Tour durchzuführen. Begleitet von ein paar hübsch geschmückten Treckern ging es dann bis nach Ohu/Ahrain, wo den Radlern von der Bevölkerung ein herzlicher Empfang bereitet wurde. Unter anderem warteten dort über 15 Trecker, die die „Tour against AKWs“ dann bis Niederaichbach begleiteten, wo in der Nähe der Atomruine Niederaichbach und des Störfall-AKW's Ohu ein Gorleben-Baum gepflanzt und von Niederaichbacher AKW-Gegnern ein Gedenkstein niedergelegt

Nach der Abschlußkundgebung

Nach der Abschlußkundgebung wurde von ca. 100 AKW-Gegnern die Reinoldikirche für 2 Stunden besetzt — Ausdruck der Solidarität mit den Grohnde-Angeklagten und den Hamburger Petri-Kirche-Besetzern.

wurde. Während der gesamten Zeremonie ließ ein Trompeter das „Lied vom Tod“ erklingen, was erst den richtigen Rahmen gab. Anschließend ging es auf einem anderen Weg zurück nach Landshut. Vor ca. 600 durchnähten Zuhörern sprachen dann noch Josef Hofmeier vom Bund Naturschutz Landshut, ein Vertreter der Münchener Stromboykottler, sowie Carl Amery (Schriftsteller und Ökologe) und Josef Weinzierl (Physiker, BN-Funktionär). Es zeigte sich dann, daß es sogar im tiefschwarz-religiösen Bayern auch Kirchenvertreter gibt, die sich öffentlich auf einer Anti-AKW-Kundgebung aufzutreten getrauen: Je ein Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche hielten zum Abschluß noch ein Gebet.

Trotz aller Strapazen der Tour war die einhellige Meinung aller Teilnehmer: „Wir kommen bald wieder und werden immer mehr!“ bzw. „Wir wollen säen, ernten, eggen — nicht in Reaktorstrahlen verrecken!“, wie ein Bauer auf seinen Traktor schrieb.

Nach dem Bericht eines Genossen aus Landshut

den Falken und Jungdemokraten reichte. Die Kirchenbesetzer beendeten mit der Demonstration am Samstag ihre Mahnwache. Nach dem Bericht eines Bielefelder Sympathisanten

Essen

Ca. 1000 Menschen kamen zu einer Demonstration am 7.4. mitten durch Essens Einkaufszone. Die größte Demo in Essen seit Jahren (wenn man vom 1. Mai und regionalen Demos absieht). Aufgerufen hatten die Essener Initiative gegen Atomenergie, einige Essener Gemeindefarmer, die ESG, Irangruppe und Perukomitee in der ESG, Sozialistische Jugend — Die Falken, Arbeitskreis Energie der Landesaktion Umweltschutz NRW e.V. — Gemeinnützige Organisation für Umweltschutz, Klartext-Stadtzeitung für Essen, 2 Buchhandlungen und eine Kneipe, SB und KB, Schülerzeitung Leben, Fachschaft Medizin (Klinik), Basisdemokratische Fraktion im Studentenparlament der Uni Essen, Druckerei Gegendruck. Bei diesem breiten Bündnis ist es unverständlich, warum sich die Jusos dermaßen zierten — aus Bedenken wegen der Teilnahme von K-Gruppen (genau genommen war es ja nur eine K-Gruppe, nämlich wir) — daß sie nicht zur Demo aufrufen wollten.

Herne

130 Menschen nahmen am 7.4. an der ersten Anti-AKW-Demonstration in Herne teil, zu der die örtliche Bürgerinitiative, die Judos und die Falken aufgerufen hatten. Die Skepsis, die in Teilen der BI über das Gelingen einer solchen Demo bestand, dürfte damit reichlich verfliegen sein. Nach einem Bericht der KB-Genossen aus Herne

Bochum

Zu einer Demonstration am 4.4. hatten u.a. das Büro für Atomenergieprobleme, die Evangelische Studentengemeinde, Jungdemokraten, Jungsozialisten, SJD — Die Falken, Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter bei Opel, KB u.v.a. mehr aufgerufen. Mit 1500 Teilnehmern fand dann eine mit Abstand größten Demonstration der letzten Jahre statt. Auch eine Neuschöpfung war zu hören: Nach der Melodie der „Kreuzberger Nächte“ wurde „Atomkatastrophen sind lang — erst fang se' ganz langsam an — aber dann — aber dann —“ gesungen.

Als die Demonstration beendet war, besetzten 500 AKW-Gegner für eine halbe Stunde eine katholische Kirche.

Nach einem Bericht der Bochumer Ortsgruppe des KB

Stuttgart

Stuttgart

Am Samstag, dem 7.4. waren in der Stuttgarter Innenstadt etwa 2.500 auf den Beinen. Sie demonstrierten unter der Hauptparole: „Albrecht, Schmidt und Stoltenberg müssen tief ins Salzbergwerk!“ Außerdem liefen viele Sandwich-Männer herum — seit der Hannoveraner Gorleben-Demonstration heißen sie: „Mac Albrechts Harrisburger“. Für die sofortige Stilllegung von Neckarwestheim und Obrigheim haben Atomkraftgegner seit dem Unfall in Harrisburg etwa 3.500 Unterschriften gesammelt. Auf der Kundgebung wurden die Demonstrationen von Stadtrat Eugen Eberle (Parteiloses Bündnis) zu einer Aussprache am 3. Mai in den Stuttgarter Gemeinderat eingeladen. Hier soll eine Diskussion stattfinden über die Auswirkungen des Reaktorunfalls in Harrisburg für die beiden von Stuttgart betriebenen Kraftwerke. Eberle hatte sofort nach dem Unfall von Harrisburg einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, die beiden Atomkraftwerke sofort abzuschalten. Der Antrag war von Oberbürgermeister Rommel mit der Begründung „unzulässig“ abgewiesen worden.

Ein Genosse aus Stuttgart

Fackelzug in Münster

Etwa 2000 Menschen (in zwei Zügen mit je etwa 1000) beteiligten sich am 6.4. zur Abendzeit an einem Fackelzug/Schweigemarsch mit der Hauptforderung „Sofortige Stilllegung aller AKWs in der ganzen Welt“.

Aufgerufen hatte der Arbeitskreis Umwelt Münster (AKU). Ebenso riefen MSB/DKP und (mehr intern) der SPD-Unterbezirk auf.

Neben dem „normalen“ Umfeld des AKU nahmen diesmal alle Fraktionen der Linken an der Demo teil. Zum Beispiel auffallend viele Revis, denn in Münster fand gleichzeitig die VDS-MV statt. Mit seinen vielen Fackeln gab der Zug ein eindrucksvolles Bild ab, einige Anwohner der Route waren sogar der Bitte des AKU nachgekommen und hatten Kerzen ins Fenster gestellt. Die Abschlußkundgebung spiegelte das gesamte Spektrum der heute möglichen AKW-Gegner wider:

— SPD-Stadtrat Catenhausen (um den es im Vorfeld der Vorbereitung dieser Kundgebung noch einige Auseinandersetzungen im AKU gegeben hatte) forderte dazu auf, die Kritiker des weiteren Ausbaus des Atomprogramms in der SPD zu stärken. Er verwies dabei auf die Beschlüsse des Juso-Bundeskongresses.

— Prof. Huster (2. Vorsitzender der GAZ) dagegen warnte vor der Illusion, daß die „Grünen Sprossen“, die die SPD jetzt ansetzen würde, dauerhaft seien. Die einzige Organisation, die die Sache der Atomenergiegegner vertreten könne, sei eine „Grüne Partei“. Im gleichen Atemzug forderte er dann dazu auf, bei den Europa-Wahlen die „Grünen“ zu wählen.

— Der AKU erklärte dann in seinem Redebeitrag, daß gerade die Reaktionen auf den Unfall in Harrisburg der verantwortlichen Politiker in den USA und auch hier bei uns allen Anlaß bieten würden, auch in Zukunft den „für das Durchpeitschen des Atomprogramms verantwortlichen Politikern kein Vertrauen“ zu schenken.

Es wurde begrüßt, daß sich nunmehr auch in SPD und FDP immer mehr Widerstand regt. Diese Kräfte wurden aufgefordert, sich an der Anti-AKW-Bewegung zu beteiligen. Gleichzeitig wurde betont, daß wir uns auf kompromißlose Moratoriums-Forderungen usw. in dieser Frage nicht einlassen werden und weiterhin im Vertrauen auf die eigenen Kräfte mit allen möglichen Mitteln Widerstand leisten werden. Den Abschluß bildete eine Forderung, die einer ganzen Reihe von Teilnehmern noch einige Bauchschmerzen bereitete: Kein AKW in Harrisburg, in Magdeburg und Sinsiang!

Nach einem Bericht eines Münsteraner KB-Genossen

Göttingen

Am 4.4. fand eine Demonstration von etwa 1000 Menschen statt, zu der Asta und KB aufgerufen hatten.

„Bringt das Atomprogramm zu Fall, Harrisburg ist überall!“ „Jetzt wissen wir es ganz genau, es droht auch hier der Super-GAU!“ und „Ohne wenn und aber — Schluß mit dem Gelaber — Stilllegung aller Atomkraftwerke!“ waren nur einige der gerufenen und getragenen Parolen.

Besonders erfolgreich war eine Aktion von einer Gruppe aus den Kliniken, die am Rande der Demonstration mehrere hundert Tabletten „Anti-Strahl“ zusammen mit einem Handzettel an die Bevölkerung verteilten.

Braunschweig

Am 7.4. fand in Braunschweig eine Demonstration mit ca. 900 AKW-Gegnern statt.

Ähnlich wie in Hannover waren

Ähnlich wie in Hannover waren auch hier die Reaktionen einiger Passanten. Sehr häufig ein zustimmendes Lächeln, manche schlossen sich spontan dem Zug an und ein älterer Herr drückte einem Demonstranten 20 DM in die Hand, mit der Aufforderung weiterzumachen.

Zu der Demo aufgerufen hatte der Arbeitskreis gegen Atomenergie, AstA der TU und die Stadtzeitung. Unterstützt wurde die Demo von GIM, GLU, AUD, Jusos, Falken, KB, Basisgruppen, MSB und SHB. KB/Gruppe Braunschweig

Freiburg

Auf Initiative der Buren Liste-Umweltgruppe hatte sich ein breites Bündnis aus BI, GAF, KKW - Nein, Umwelt-Infobüro und sogar dem renommierten Öko-Institut gebildet, das zu einer Demonstration am 7.4. aufrief. Die ca. 1.500 Menschen, die dann dem Aufruf schließlich folgten, stellten die größte Freiburger Demonstration in den letzten drei Jahren dar! Auf der Abschlußkundgebung betonte Jo Leinen vom BBU-Vorstand die Notwendigkeit weiterer Aktionen (u. a. auch eine Großaktion in Gorleben selber) und des Bündnisses mit der Arbeiterbewegung. Professor Kinchan vom Öko-Institut veranschaulichte die Folgen der Katastrophe von Harrisburg und Rechtsanwalt Beeretz stellte den aktuellen Stand im Wyhl-Prozess dar: Die Rechtsanwälte haben einen Aufschub für den Wyhl-Prozess gefordert, da der Hauptverhandlungsgegenstand, die Reaktorsicherheit, durch Harrisburg ganz neue Fakten geliefert bekommen habe.

Während der Abschlußkundgebung besetzten bis zum Abend einige Mitglieder der BL und der BI die Freiburger Johannes-Kirche.

Pforzheim

Auf Initiative der BI, die kurzfristig mit einem Handzettel aufgerufen hatte, versammelten sich in der Innenstadt am 7.4. ca. 70 AKW-Gegner. Viele Demonstranten waren bunt bemalt, als Atomleichen geschminkt, einer verteilte Jod-Tabletten.



„Harrisburg droht überall - auch in Biblis“

Über 5000 AKW-Gegner demonstrierten am 7.4. in Frankfurt, um als Reaktion auf die Katastrophe von Harrisburg die Stilllegung aller Atomanlagen zu fordern und insbesondere die Bevölkerung auf die Gefährdung durch das AKW Biblis (ca. 50 km entfernt von Frankfurt) aufmerksam zu machen. In sechs Sternmärschen wurde zum Römer demonstriert, um nach einer Kundgebung noch einmal gemeinsam durch die Innenstadt zu marschieren. Nicht nur die Bevölkerung reagierte diesmal sehr viel positiver als üblicherweise, sondern bei den Demonstranten spürte man auch das Selbstbewußtsein, das die Bewegung nach der Hannoveraner Demonstration wieder gewonnen hat. Dies kam in den Transparenten und Parolen zum Ausdruck, ob da „Warme Brüder gegen Schnelle Brüder“ demonstrierten, oder Frauen meinten „Wir haben genug Ausstrahlung; wir brauchen kein Plutonium“, oder die Jusos erklärten, „Börner ist nicht die SPD“. Börner war übrigens Ziel der meisten Angriffe; auf Transparenten wurde er als „Super-GAU-Leiter“ bezeichnet, man bot ihm eine Reise

nach Harrisburg an oder wünschte ihn gleich „mitten in den Reaktorkern“. Im Hessenwahlkampf hatte dieser Mann, der sich durch das Fehlen auch nur der geringsten Moral auszeichnet, noch scheinheilig Kritik an der Atomenergie vorgetäuscht, um jetzt am deutlichsten von allen SPD-Politikern der Atomindustrie zur Seite zu springen.

Die eindrucksvollste Rede auf der Kundgebung hielt Heinz Brandt. Brandt griff nicht nur Börner, sondern auch Loderer und andere Gewerkschaftsführer scharf an. Er verglich die Menschenfeindlichkeit der AKW-Betreiber mit dem „Holocaust“ der Nazis und schlug eine „Aktion H“ vor („H wie Holocaust, H wie Hiroshima und H wie Harrisburg. Dieses H muß sich jedem einprägen“). In Harrisburg würden die AKW-Betreiber mit dem Leben von tausenden von Menschen experimentieren, schlimmer als die Nazis mit ihren rassistischen Experimenten. Es gelte, dieser „internationalen kriminellen Vereinigung“ das Handwerk zu legen. Vielleicht seien wir heute nicht so weit, um den Sozialismus zu erkämpfen; aber wir hätten die Chance, dem rabiatesten Teil des Finanzkapitals den Weg zum Plutonium zu

versperren, ebenso wie die Arbeiterbewegung 1933 die Möglichkeit gehabt hätte, den Nationalsozialismus zu verhindern. Fehler von damals dürften nicht wiederholt werden.

Zu der Aktion hatte das seit langem breiteste Bündnis in Frankfurt aufgerufen. Zahlreiche Bürgerinitiativen, der Aktionskreis Leben, GLH, GLU und die gesamte Linke mit Ausnahme von DKP, KBW und „KPD“ bildeten den Trägerkreis. Auf einer anschließenden Pressekonferenz erklärten die Veranstalter, daß sie weiter gegen das Atomprogramm zusammenarbeiten wollten. Unter den teilnehmenden sozialdemokratischen Gruppierungen war die Erklärung der Falken bemerkenswert, daß sie künftig jedem SPDler, der das Atomprogramm unterstützt, die Unterstützung in Wahlkämpfen verweigern würden. Zu einer ähnlichen Erklärung konnten sich die Jusos, die sich leider etwas penetrant in Szene zu setzen versuchten, bisher noch nicht durchringen. Alle Gruppen waren sich aber einig darin, vom DGB zu fordern, daß der Protest gegen AKWs einen Schwerpunkt der Aktivitäten zum 1. Mai bilden müsse, und daß kein AKW-Befürworter am 1. Mai als Redner auftreten dürfe.

Duisburg

Ebenfalls am 4.4. fand in Duisburg eine Kundgebung mit anschließender spontaner Demonstration statt. Die 170 Teilnehmer sind für Duisburg ein gutes Ergebnis.

Tübingen

Vom 1. bis 7.4. hielten Mitglieder des BfU Tübingen in der Innenstadt vor einer Kirche eine Mahnwache ab.

Castrop-Rauxel

100 Teilnehmer hatte am 2.4. eine Kundgebung in Castrop-Rauxel, die größte seit Jahren.

Aahaus

Ebenfalls am Abend des 6.4. fand in Aahaus (dort soll eins der Zwischenlager errichtet werden) ein Fackelzug mit 300 Menschen statt.

Lörrach

Die beiden Lörracher Initiativgruppen hatten für den 7.4. zu einer Demonstration aufgerufen, an der sich — trotz der zeitgleichen Freiburger Aktion — immerhin 200 Menschen beteiligten. Zum Abschluß sang die Hannoveraner Gruppe „Hammer und Harfe“. Nach dem Bericht eines Freiburger Genossen

Reutlingen

Am 3.4. fand an der Fachhochschule eine Veranstaltung mit 30 bis 35 Studenten, vor allem Erstsemestern, statt. Die BI wiederholte die Veranstaltung am 6.4. mit etwa 25 Teilnehmern. Beide Male wurden wissenschaftlich-technische Erklärungen zum Atomunfall in den USA gegeben.

Überlingen

An einer Demonstration der örtlichen BI am 7.4. beteiligten sich 150 AKW-Gegner. Auch sechs Traktoren mit Parolenschildern waren mit von der Partie. Auf der Abschlußkundgebung sprach u. a. ein Vertreter des Tutorium Umweltschutz Heidelberg.



Bamberg

An einer Fackeldemonstration, zu der die Bamberger Anti-AKW-Initiative aufgerufen hatte, beteiligten sich ca. 300 AKW-Gegner. Erfreulich war die starke Beteiligung des Bund Naturschutz sowie der örtlichen DKP und DFL, die sogar mit einem eigenen Flugblatt zu der Demo mobilisiert hatten.

2. Anti-AKW-Bundeskonferenz am 5./6. Mai in Göttingen

Die 1. Bundeskonferenz dieses Jahres im Februar in Braunschweig hatte bei 1.300 Teilnehmern aus allen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung den gemeinsamen Erfolg der Demonstration in Hannover eingeleitet. In Braunschweig war ohne Gegenstimmen beschlossen worden, daß in Göttingen über eine Großdemonstration und deren Durchführung in Göttingen beraten werden soll.

Die Göttinger Organisatoren schreiben in ihrer Einladung zu Recht, daß sich die Bedingungen für das Treffen in Göttingen inzwischen verändert haben, sie haben deshalb das Treffen auch für zwei Tage organisiert. Das hat verschiedene Gründe:

Inzwischen wird im Landkreis unter den Bauern der Vorschlag eines Trecks nach Bonn als nächster Schritt diskutiert. Eine solche Aktion kann, wenn von den verschiedensten Standorten diese Treck-Idee unterstützt wird und breit national und international (vor allem in Holland, Belgien und Frankreich) dafür mobilisiert wird, den Erfolg in Hannover noch bei weitem übertreffen. Schon in Hannover, der bisher größten Demonstration der Anti-AKW-Bewegung der BRD überhaupt, war das Bild von vielen Demonstrationen geprägt, die überhaupt zum ersten Male zu einer solchen Demonstration gekommen waren.

Alle Aktionen nach Hannover zeigen, daß der Protest nach Harrisburg und Hannover noch erheblich an Breite gewonnen hat, trotz der Beruhigungspillen, die die Regierenden z.T. in Form von Jodtabletten bzw. Ankündigungen neuer Sicherheitsüberprüfungen „mit Konsequenzen“ zu verteilen suchten. Heute werden sogar in den bürgerlichen Parteien zunehmend Stimmen für die Stilllegung der Atomanlagen laut.

Eine Demonstration in Bonn würde gerade sich gegen die Verantwortlichen in Regierung und Parteien richten und könnte erheblich zur weiteren Verbreiterung und Festigung des Protestes gegen Atomanlagen beitragen. Dies betonen wir deshalb, weil eine Reihe von Kräften befürchtet, daß solche Aktionen kaum etwas fruchten, der praktische Widerstand darüber in Vergessenheit geraten könnte. Tatsache ist aber, daß heute ganz neue Teile sich aktiv gegen die Atomanlagen engagieren, während viele, die bei Gröndede, Brokdorf und anderen Besetzungsversuchen dabei waren, heute gar nicht mehr aktiv in der Bewegung arbeiten. Deshalb meinen wir, kann man solche Aktionen nicht als Rückschritt von bestimmten Widerstandsaktionen bzw. alternativ sehen, genauso wenig, wie solche Großaktionen den dezentralen Aktionen entgegenlaufen, wie manche fürchten.

In einer Reihe von Stellungnahmen für die Göttinger Konferenz wird auch befürchtet, daß eine Demonstration in Bonn, alternativ zu einer Großaktion in Göttingen selbst stehen könnte. Dazu hat bedauerlicherweise das Verhalten der BI Lühchow-Dannenberg erheblich beigetragen. Beim letzten Treffen wurde von ihr darauf gedrungen, noch keine Aktion in Göttingen mit Rücksicht auf die Entwicklung des örtlichen Widerstands festzulegen. Die BI hatte allerdings zugestimmt, zu einer gemeinsamen Festlegung auf der jetzt anstehenden Bundeskonferenz in Göttingen zu kommen. Leider hat sie sich bislang dazu nicht weiter geäußert, obwohl die Bereitschaft innerhalb der BI für eine solche Aktion erheblich zugenommen hat. Selbst wenn in Göttingen erst einmal eine Demonstration in Bonn geplant werden sollte, ist damit die Großdemonstration in Göttingen überhaupt nicht vom Tisch. Neben den Vorschlägen für einzelne Aktionen (an verschiedenen Standorten, zur Behinderung der Bohrungen), neben dem gemeinsamen Protest gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern liegen auch verschiedene Vorschläge für breitere Unterschriftensammlungen in der Bewegung vor. Die Unterschriftensammlung, die wir hier im ARBEITER-KAMPF abdrucken, wird bereits von einem sehr breiten politischen Spektrum getragen. Sie tritt für die Stilllegung aller Atomanlagen ein. Daneben liegt ein Vorschlag der „Courage“ vor. Mit einer Petition an den Bundestag soll der Stop für weitere Genehmigungen, die Rücknahme von Betriebsgenehmigungen und die Einrichtung der Möglichkeit eines allgemeinen Volksentscheides vom Bundestag verlangt werden.

Heinz Brandt, der diese Petition unterstützt, tritt (in der avanti-Mai-Nummer) für ein Moratorium als „Mindestforderung“ ein. Dazu haben wir zu bedauern, daß der Bundestag verlangt werden.

Heinz Brandt, der diese Petition unterstützt, tritt (in der avanti-Mai-Nummer) für ein Moratorium als „Mindestforderung“ ein. Dazu geben wir zu bedenken, daß die Forderung nach einem Volksentscheid u.ä. gerade von der Dokumentation der Stärke der Bewegung her entwickelt wird. Den bürgerlichen Parteien, den Gewerkschaftsführungen, dem Bundestag, wo die Atombefürworter jeweils in absoluter Mehrheit sitzen, muß vor allem deutlich gemacht werden, wie breit die Ablehnung des Atomprogramms und die Forderung nach Stilllegung sämtlicher Atomanlagen ist. Gerade die Atombetreiber in den Parteien diskutieren doch heute, ob sie mit einer vorübergehenden Ruhepause im Atomprogramm verhindern können, daß ihnen nicht der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Es wäre zu begrüßen, wenn in Göttingen auch über diese Fragen diskutiert werden könnte, die sich durch die Breite der Bewegung heute neu stellen.

Zum organisatorischen Ablauf:

„Die Bundeskonferenz beginnt am Samstag, dem 5.5., um 12 Uhr, und endet gegen 14 Uhr am Sonntag. Wir bemühen uns, geeignete Räume für Arbeitsgruppen zur Verfügung zu stellen“, schreiben die Göttinger in ihrem Einladungsschreiben. Tagungsort ist das Zentrale Hörsaalgebäude der Universität. Ansonsten bitten die Göttinger, „gute Laune, viel Optimismus und vielleicht ein wenig Geduld“ mitzubringen, damit das Treffen „in einem ähnlich guten Klima stattfindet, wie das in Braunschweig“.

AKW-Nein-Kommission

Stellungnahmen

Der Arbeitskreis Umweltschutz Münster schickte 2 Stellungnahmen, die eine plädiert u.a. für eine Großdemo in Bonn. Als Begründung wird angegeben: „Die vorgeschlagene Demo in Bonn könnte bei vielen wie ein ‚Abklatsch‘ von Hannover wirken (würde für Demo in Göttingen aber auch gelten!). Was aber dafür spricht: Nach Harrisburg steht in der öffentlichen Diskussion erstmals ernsthaft die Frage an, das gesamte Atomprogramm zu stoppen – nicht wie bisher das eine oder andere AKW.“

Der andere Teil des AKU Münster schreibt u.a. folgendes: „Diesen schändlich wachsenden Protest zum Ausdruck zu bringen, halten wir eine internationale Großdemonstration in Göttingen als weiteren Höhepunkt nach Hannover für notwendig! ... Die ‚Großdemo‘ sollte mehrere Tage dauern ... Wir schlagen deshalb vor, mehrere Aktions-

tage mit Veranstaltungen, Information, Diskussion zu machen, die mit einer Großdemonstration abgeschlossen werden sollen.“

Der Göttinger Arbeitskreis ist sich auch nicht einig in der Frage der Großdemonstration: Die einen schreiben: „Die Bundesregierung, an deren Spitze Schmidt, ist der entscheidende Vorantreiber des Atomprogramms ... Eine zentrale Demonstration gegen die Bundesregierung, insbesondere gegen Schmidt gerichtet, zwingt die vielen Beschwichtigter und Mächtigen-AKW-Gegner in den Parteien und Verbänden, Farbe zu bekennen und stellt in der Öffentlichkeit klar, daß die Anti-AKW-Bewegung ihren derzeitigen Hauptgegner in der Bundesregierung und personifiziert in Schmidt, Hauff und Lambsdorff erkannt hat.“

Die anderen wollen hauptsächlich einzelne „praktische“ Schritte festle-



Hamburg: Nach 17tägiger Besetzung der St. Petri-Kirche marschierten die AKW-Gegner zum holländischen Konsulat, um politisches Asyl für die nach Holland geflohenen Eso Oldefest und Karl Winter (Grohnde-Verurteilte) zu fordern

Unterschriftensammlung: Für den Stop aller Atomanlagen!

Wovor Atomkraftgegner immer wieder gewarnt haben, das ist durch den schweren Atomunfall in Harrisburg drastisch bestätigt worden: Atomanlagen sind nicht sicher! Ein Unfall führt zu weitgehender radioaktiver Verseuchung, im äußersten Fall sind Leben und Gesundheit von Millionen Menschen bedroht.

Unfälle und Katastrophen drohen nicht nur in den USA. Die Unfallserien in westdeutschen Atomkraftwerken zeigen, wie wenig sicher alle Atomanlagen sind, und daß sich auch bei uns die große Katastrophe täglich ereignen kann.

Wiederaufbereitungsanlagen und Schnelle Brüter werden diese Gefahren noch beträchtlich steigern. Ein Unfall in einer Wiederaufbereitungsanlage kann ganz Mitteleuropa auf Jahrzehnte unbewohnbar machen.

Wirtschaft und Politik versuchen immer noch wider besseres Wissen uns einzureden, daß bei einem Verzicht auf Kernenergie die Lichter ausgehen, obwohl andere Energiequellen vorhanden sind und erschlossen werden können. Mit der Angst vor Arbeitslosigkeit wird ein zynisches Spiel getrieben. Mit dem Energieprogramm wird der Tod und die Krankheit von Millionen Menschen einkalkuliert.

In Wirklichkeit geht es um die gewissenlose Profitmacherei der Atomkonzerne.

Wir glauben, daß in der Bundesrepublik nach den Erfahrungen von Harrisburg und der großen Demonstration in Hannover sich schon heute die Mehrheit der Bevölkerung gegen das Atomprogramm und für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen aussprechen würde.

Wir fordern den sofortigen Betriebs-, Bau- und Planungsstop aller Atomanlagen!

Wir fordern den sofortigen Betriebs-, Bau- und Planungsstop aller Atomanlagen!

Erstunterzeichner:

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)-Vorstand
Bundesvorstand der Jungsozialisten
Arbeitskreis Brokdorf
Landeskonferenz der Bürgerinitiativen NRW
Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) Hamburg
Bunte Liste Hamburg
Alternative Liste Westberlin
Grüne Liste Umweltschutz (GLU) Niedersachsen
Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU)-Schleswig-Holstein
Juso-Unterbezirk Hannover-Stadt
AStA Uni Göttingen
AStA Uni Hannover
Heide v. Bernsdorff – Kreisabgeordnete
Peter Willers (Mitglied der Bürgeraktion Küste)
Gerda Degen (Bürgeraktion Stop Kalkar)
Lars Hennings
Bettina Hoeltje (BR beim TÜV-Nord-deutschland)

Günter Wöckner (BR-Vors. Reynolds Aluminium, Hamburg)
Alexander Piltz (Vorstand Kinderhaus Heinrichstr. Hamburg)

Weitere Unterzeichner:

Schmetterlinge, Wien (Musikgruppe)
Bürgerinitiative Umweltschutz Dortmund
Gewaltfreie Aktion Dortmund
Falken Unterbezirk Dortmund
Falken Bezirk westliches Westfalen
Frauen Aktion Dortmund (FAD)
Aktion Stompreßboykott Dortmund
AStA PH Dortmund
ESG Dortmund
Prof. Hans Müller PH Dortmund
Pfarrer Dr. Breidenstein ESG Dortmund
Pfarrer Peter Anders-Hoepgen ESG Dortmund
Initiativkreis für eine grüne/bunte Liste in Bremen/Bremerhaven

Bremer Grüne Liste
Folgende Hochschullehrer und Professoren der Universität Bremen:
Martin Franzbach
Ulrich Boehm
Hans Drake
Klaus Bätjer
Ermittlungsausschuß der BBA
Info Bug Bremen
Initiative der Tageszeitung (TAZ) Bremen
Milan Horacek Frankfurt
Rechtsanwälte: Jürgen Arnold München
Dr. W. Bretschneider München
Heinz Jacobi Malsstrassenpresse
Friedel Jacobi Malsstrassenpresse
Bezirksvorstand Mittelfranken der SJD-die Falken
Verband progressiver Pazifisten (PPK), Gruppe Nürnberg
Konferenz niedersächsischer Studentenschaften
AStA TU Braunschweig
AStA Musikhochschule Hannover
AStA PH Göttingen
AStA Fachhochschule Sozialwesen Hildesheim
All Schmellner, Mitglied des VDS-Vorstand (Basis-Gruppen Fraktion)
Juso-Ortsverein Hannover
Stadtpostdirektion Hannover
Kommunistischer Bund KB
stand (Basis-Gruppen Fraktion)
Juso-Ortsverein Hannover
Stadtpostdirektion Hannover
Kommunistischer Bund KB
107 Vertrauensleute und Delegierte der Landesvertreterversammlung der GEW Hamburg
Dieter Brumm, stellvertr. Bundesvorsitzender der dju/IG-Druck
81 Delegierte auf der Delegiertenversammlung Druck und Papier Hamburg
Rainer Trampert, BR Texaco Hamburg
Jakob Moneta, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung Metall
Grüne Liste Hessen (GLH), Gruppe Frankfurt

gen: „Mit dem Beginn der Tiefbohrungen müssen massive Blockadeaktionen gegen Firmen, Bohrfahrzeuge usw. aufgenommen werden. Wir müssen versuchen, Landkreis bzw. Baugebiete soweit wie möglich abzuriegeln, um einen Bohrbeginn zumindest entscheidend zu erschweren.“

Die BI Hoheluft (Hamburg) schreibt: „Wenn wir uns für eine Großdemonstration in Göttingen einsetzen, dann, so meinen wir, sollte diese Demonstration über die Demonstration des Willens und der Bereitschaft, Atomanlagen zu verhindern hinausgehen. Sie sollte eines der vielen Mittel sein, den Bau der WAA praktisch d.h. konkret zu behindern. Wenn aber das Ziel Behinderung von Baumaßnahmen ist, so ergibt sich daraus die Nichtfestsetzung eines konkreten Termins dieser Großdemonstration. Wir können nur dann etwas behindern, wenn es etwas zu behindern gibt.“

Scharf wendet sich die Bürgeraktion Umweltschutz Bonn gegen eine Großdemo in Bonn: „Es hat sich gezeigt, daß das Atomprogramm nur dort wirksam bekämpft werden kann, wo atomare Anlagen geplant, im Bau oder im Betrieb sind ... Wir

nehmen uns durch ein solches Vorgehen selber das Recht zur Demonstration am Bauplatz, ein Recht, das wir noch in Kalkar trotz massiver Polizeischikanen durchgesetzt haben ... In einer Demo in Bonn könnten wir allenfalls unseren Protest ausdrücken, nicht aber unseren Willen zum aktiven Widerstand.“ Daher spricht sich die BUB für eine Großaktion – möglichst im Sommer – in Göttingen aus.

Für eine Großdemonstration auf jeden Fall in Göttingen sprechen sich auch einige Initiativen aus, meist mit sehr „prinzipiellen“ Begründungen, z.B. die Anti-AKW-Gruppe Steglitz (Westberlin): „Nach unserem Widerstandsverständnis gegen den Bau und Betrieb aller Atomanlagen sind wir ausdrücklich für eine internationale Großdemonstration im Landkreis Lühchow-Dannenberg und auch direkt auf dem Bauplatz der geplanten WAA in Göttingen!! ... Wir lassen uns nicht von den Betreibern (...usw.) vorschreiben, wann und wo wir unseren Willen gegen Atomanlagen zum Ausdruck bringen.“

Grundsätzlich gegen eine zentrale Großaktion sprechen sich kaum irgendwelche Initiativen aus, allerdings

haben einige Bedenken, ob der Erfolg von Hannover in der nächsten Zeit wieder zu erreichen oder sogar zu übertreffen sein wird. Als Argumente werden gebracht:

- es gibt derzeit keinen geeigneten Anlaß,
- eine zentrale Demo kurzfristig auf die Beine zu stellen kostet zuviel Aufwand und verhindert so die Diskussionen über andere Widerstandsformen.



Anmeldung bei:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 45
3400 Göttingen
Tel.: 0551/7700158 täglich 18-21 h

Aus dem Landkreis

Treck-Bauern mit Geldstrafe bedroht!

Die Lüneburger Bezirksregierung hat Landwirte im Kreis Lüneburg-Dannenberg aufgefordert, ihren Treibstoffverbrauch von verbilligten Diesel zu melden, der auf der Trecker-Demo nach Hannover verfahren wurde. Diesel wird nach dem Gasölverwendungsgesetz für landwirtschaftliche Aufgaben verbilligt, wozu die Bezirksregierung die Treckerdemo natürlich nicht rechnet.

Der niedersächsische SPD-Landtagsabgeordnete Bruns protestierte gegen diese Maßnahme als „kleinkarierten Behördenakt“ und als unangemessene Reaktion auf die friedliche Demonstration der um die Zukunft ihrer Heimat besorgten Bauern. In einer parlamentarischen Anfrage forderte er die Landesregierung zum Verzicht auf diese Nachbesteuerung auf, da sie den Eindruck vermeiden müsse, daß demonstrierende Bauern registriert und bestraft werden sollen.

Solche Einschüchterungsversuche waren ausgerechnet von Inseraten der Pro-AKW-BI am Ort initiiert worden, die unter dem Motto: Keine Treckerdemo mit unseren Steuergeldern, gegen die Bauern schoß.

Inzwischen hat jedoch Niedersachsens Finanzminister Kiep verfügt, daß der bei der Demo verbrauchte Kraftstoff nicht nachversteuert werden muß. Das hört sich aber nur gut an, denn als Grund wird genannt, daß die Bauern unterwegs normal getankt hätten, was von kompetenter Stelle bezeugt wird: Der oberste Steuereinschleimer habe keinen Traktor mit subventioniertem Diesel auf Demonstrationsfahrt gesehen. Woher dieser „Demonstrationsteilnehmer“ das wohl weiß?

AKW-Nein-Kommission



Kreistagssondersitzung zu Gorleben durchgesetzt!

Insgesamt fünfmal waren WAA-Gegner des Landkreises Lüneburg vor das Kreishaus gezogen, um ihrer Forderung nach einer Sondersitzung mit offiziellem Dialog mit der politischen Führung zum Thema „Gorleben“ Nachdruck zu verleihen. Man wollte wissen, was die Kreispolitiker dazu zu sagen hätten.

Das letzte Mal war am 12.4. Daraufhin wurde die Kreisverwaltung geschlossen, und zwar die zwei Tage vor Karfreitag und die gesamte Woche nach Ostern. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß bei vorherigen Besuchen die Abwicklung des Sprechtagverkehrs erheblich gestört worden sei. Und da man mit neuen Besuchen rechnete, wurde die Schließung für den genannten Zeitraum notwendig. Man vertrat die WAA-Gegner mit einer Sitzung nach Ostern, in der über eine solche Anhörung beraten werden würde.

In Stellungnahmen und einer halbseitigen Zeitungsanzeige („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 18.4.79) verwahrten sich die „Gorleben-Trecker“ gegen den Vorwurf, Störungen verursacht zu haben und wiesen auf ihr Recht hin, zu den offiziellen Sprechzeiten ins Kreishaus zu gehen und mit Oberkreisdirektor und Landrat im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Dienstzeit ihr Anliegen zu besprechen. Die Anzeige war gleichzeitig verbunden mit einer Unterschriftensammlung für eine Bürgeraussprache mit dem Kreistag und der Gorleben-Kommission. Schon zuvor hatte sich das Landvolk (eine Vereinigung von Landwirten des Kreises) mit Mehrheit gegen den Bau der WAA ausgesprochen. Sie veröffentlichten dazu folgende Erklärung (im Wortlaut):

„Zu der Vorstandssitzung am 12. April waren zur besseren Meinungsbildung eine Anzahl junger Landwirte geladen. Nach einer eingehenden Erörterung der Probleme um Gorleben wurde beschlossen, einen Gorleben-Ausschuß im Kreisverband zu bilden, der dem Vorstand gegenüber eine Beratungsfunktion hat. In der gemeinsamen Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Mehrheit der Landbevölkerung das NEZ Gorleben ablehnt. Die Ergebnisse des Symposiums und die Katastrophe in Harrisburg fordern den nachdrücklichen Protest. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, das Bauvorhaben einzustellen und die Probeborungen nicht zu betreiben.“

Die Begründung zu dem Verhalten des Kreislandvolkes liegt in der Angst um unser Leben und unsere Existenz. Unsere Sorgen und Befürchtungen werden von der Regierung nicht ausreichend beantwortet. Für die Vertretung der Landwirte ist unser Kreislandvolkverband zuständig und bevollmächtigt. Das Landvolk ist auch enttäuscht über die Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten Albrecht bei der Anhörung der Lüneburg-Dannenberg Demonstrationsteilnehmer, daß nach seiner Ansicht die Sorgen der Landbevölkerung als übertrieben hingestellt werden.

Wir müssen daher mit allem Nachdruck für das Wohl unserer Landbevölkerung eintreten und sagen „Nein“ zu dem Vorhaben“ („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 18.4.79).

Aufgrund dieses öffentlichen Drucks fand dann in derselben Woche eine Kreisausschußsitzung statt, die genau das tat, was bei fünf Besuchen gefordert worden war, nämlich über eine eventuelle Bürgeraussprache mit den verantwortlichen Kommunalpolitikern zu beraten.

Am 20. April war es dann soweit. Der Kreisausschuß hatte sich zu einer Aussprache durchgerungen und lud öffentlich dazu ein. Am folgenden Tag begrüßten die „Gorleben-Trecker“ in einer weiteren Anzeige diesen Beschluß:

„1. Der Kreis lädt die Bevölkerung Lüneburg-Dannenburgs ein zu einer „Gorleben“-Aussprache mit dem Kreistag, den Samtgemeinde- und Gemeinde-Hauptausschüssen und der Gorleben-Kommission. Diese „Anhörung“ genannte Veranstaltung (auf der die Politiker Rede und Antwort stehen werden), findet statt am Freitag, 11. Mai 1979, 20.00 Uhr im Kurhaus Hitzacker. Geladen werden etwa 400 Bürger (dann ist der Saal voll, und einen größeren gibt es nicht im Landkreis), die von den rund 40 gesellschaftspolitisch bedeutsamen Verbänden und Vereinigungen im Landkreis entsprechend ihrer Stärke benannt werden sollen. Presse, Funk und

Fernsehen werden in großem Rahmen dabei sein.

2. Die politische Führung des Landkreises hat Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Albrecht aufgefordert, „unverzüglich vor Ort“ mit den Kommunalpolitikern über „Gorleben“ zu reden, da man sonst mit Hannover und Bonn in Sachen „Gorleben“ nicht mehr sachlich zusammenarbeiten könne. Um die Brisanz dieser Aufforderung zu erfassen, muß man sich vor Augen halten, daß die Planungshoheit für Industrieanlagen immer noch bei den betroffenen Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreisen liegt, und daß unsere Kreisverwaltung schon heute teilweise mehr als zur Hälfte für „Gorleben“ arbeitet“ („Elbe-Jeetzel-Zeitung“, 21.4.79).

Ob es den WAA-Betreibern auch in diesem „Bürgerdialog“ gelingen wird, mit leeren Phrasen die Gemüter zu beschwichtigen, bleibt abzuwarten. Bisher jedenfalls machten die Bürger dieses Landkreises nicht den Eindruck, sich mit irgendwelchen Döntjes zufrieden zu geben. Die Aussprache am 11. Mai könnte sehr interessant werden.

AKW-Nein-Kommission

Tiefbohrungen genehmigt!

Das Bergbauamt Celle hat die ersten sieben Tiefbohrungen (bis 250 Meter) genehmigt. Zuvor will die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), die für die Vorerkundungen und den späteren Betrieb des Entsorgungszentrums verantwortlich sein soll, die 25 Auflagen — wie Koordination mit der Polizei — erfüllt wissen. Die Bohrungen werden sich dann insgesamt über zwei Jahre hinziehen.

Unter den Parolen „Bohrt hundert Löcher in den Sand, ihr findet nichts als Widerstand“ und „Lügen haben lange Bohrer“ hatten sich am 12.4. 200 AKW-Gegner am Lüneburger Güterbahnhof versammelt, um den Bohrfahrzeugen, die dort abgestellt werden sollten, einen gebührenden Empfang zu bereiten.

Nach neun Stunden rückten die Besetzer wieder ab, die Bohrfahrzeuge waren nicht gekommen.

Meßfahrzeug behindert!

Zwei Stunden lang blockierten 70 AKW-Gegner durch eine Sitzblockade in der Nacht vom 19.4. ein Meßfahrzeug. Das Fahrzeug sollte eine Sonde für elektromagnetische Schichtmessungen zum Bohrloch bringen.

Polizei und Bundesgrenzschutz räumte schließlich die Sitzblockade. Ein AKW-Gegner wurde festgenommen, weil er sich zu heftig gewehrt hätte. Ein Polizeisprecher behauptete allerdings, Anzeige würde nicht erstattet.

Bürgerinitiativen total überwacht?

In 42 der 118 niedersächsischen BI's gegen Atomanlagen seien Extremisten aktiv, das erklärte Anfang April Innenminister Möcklinghoff bei der Vorlage des „Lageberichtes über politischen Extremismus und die Spionage-Abwehr“.

Aus dieser Stellungnahme geht eindeutig hervor, daß es keineswegs eine „Entgleisung“ war, als Bullen-spitzel in mehrere BI's geschickt wurden, die dort versuchten, die BI's für Sabotageakte zu gewinnen. Es ist offensichtlich, daß Bürgerinitiativen im Normalfall von den Behörden ausgespitzelt werden, ein Stück Atomstaat ist hier verwirklicht!

Eine mehr als zwiespältige Stellungnahme gab dazu der BBU ab. Er protestierte auf der einen Seite gegen die „Diffamierung und Kriminalisierung“ von AKW-Gegnern, auf der anderen Seite forderte er die niedersächsische Regierung auf „Roß und Reiter sogenannter Extremisten“ in den BI's zu benennen.

Bei der gängigen Praxis kann dies nur der Aufforderung zu einer öffentlichen Diffamierungskampagne seitens der Behörden dienen, der BBU dürfte sich wundern, was für die Behörden alles unter Extremismus fällt.

Angebracht wäre es doch wohl gewesen, die Aufdeckung der Spitzelpraktiken und deren Beendigung zu fordern - oder?



40 Anti-AKW-Gegner werden bei ihrem Sitzstreik gegen die Bohrungen in Gorleben vor dem Borloch „Berthold“ von Polizeikräften behindert.

Strafverfahren gegen Gorleben-Demonstranten eingestellt!

Die Strafverfahren gegen die 72 festgenommenen Teilnehmer des Sitzstreiks zur Be(Ver)hinderung der Probebohrungen am 19.3. in Gorleben sind zu Ostern eingestellt worden. Bekanntlich war die Blockade der Bohrfahrzeuge friedlich seitens der Demonstranten verlaufen, obwohl ein LKW brutal in die Sitzenden hineinfuhr, wobei nur durch Zufall niemand verletzt wurde. Die 72 Betroffenen gaben zur Einstellung folgende Presseerklärung ab: „Die Strafverfahren wurden von der Staatsanwaltschaft mit der Begründung eingestellt, die Demonstranten wären einem Rechtsirrtum unterlegen und hätten angenommen, daß sie bei ihrer Aktion die Grenzen der Strafbarkeit noch nicht überschritten haben.“

Wir als Betroffene erklären dazu: Die Begründung der Staatsanwaltschaft ist nur vorgeschoben. Die

Staatsanwaltschaft scheint die Durchführung des Prozesses zu scheuen, weil die Blockade zum großen Teil von der Bevölkerung unterstützt wurde. Die Behinderung der Baugrunduntersuchungen durch Sitzblockaden stellen ein legitimes Mittel unseres Widerstandes gegen die Wiederaufbereitungsanlage dar. Wir sind der Aufforderung, die Straße zu räumen, nicht nachgekommen, trotz Androhung einer vorläufigen Festnahme. Wir haben die Festnahme bewußt in Kauf genommen, da sie im Vergleich zum atomaren Risiko unbedeutend ist. Wir haben trotz der Einschüchterungsversuche seitens der Polizei unser Recht auf Demonstration ausgeübt. Dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen. Wir werden noch weiterhin davon Gebrauch machen. Gorleben soll leben!“

AKW-Nein-Kommission

Landfrauen wollen mit Albrecht sprechen

Der Kreisverband der Lüneburg-Dannenberg Landfrauenvereine hat in einem Brief Ministerpräsident Albrecht aufgefordert, das Projekt Gorleben nochmals zu überprüfen. Albrecht hat inzwischen dem Wunsch nach einem persönlichen Gespräch entsprochen und will sie am 3.5. in Hannover empfangen. Im Brief der Landfrauen heißt es u.a.: „Sehr geehrter Herr Doktor Albrecht! Der Kreisverband der Landfrauenvereine im Landkreis Lüneburg-Dannenberg wendet sich an Sie als den verantwortlichen Regierungschef in Niedersachsen mit der dringenden Bitte, nochmals die Notwendigkeit des Projektes „Gorleben“ zu überprüfen. Wir bitten weiter darum, bei Ihren Entscheidungen den menschlichen Belangen Vorrang vor ständigem Wirtschaftswachstum und vor privatwirtschaftlichen Interessen einzuräumen. Wir haben uns im Rahmen des Möglichen um Informationen bemüht, fühlen uns trotzdem sehr allein gelassen mit unseren Zweifeln und Sorgen. In unserem Landkreis werden Dorfgemeinschaften, Vereinszugehörigkeit, Schulen und Familienfrieden einer Zerreißprobe

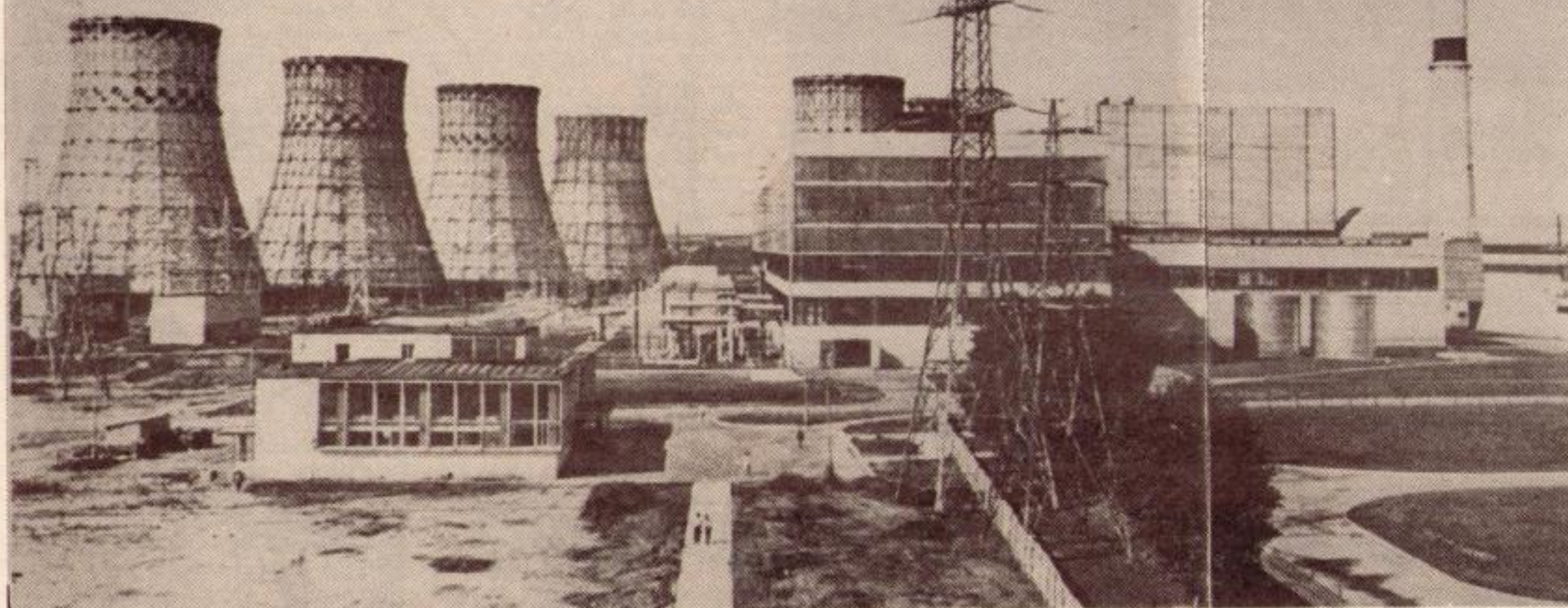
unterzogen. Übereinstimmend sind die rd. 1200 Mitglieder des Landfrauenverbandes im Landkreis Lüneburg-Dannenberg, von denen rd. 60% in der Landwirtschaft tätig sind, beunruhigt, auch über die eingesetzten Machtmittel des Staates, die das Vertrauen der Bürger in ihrem Staat gefährden. Es ist doch deutlich erkennbar geworden, daß nicht nur sogenannte Chaoten und Staatsfeinde, sondern weit darüber hinaus Bürger aller Gruppen, Altersstufen und Berufe im Widerstand stehen gegen eine politische Entscheidung für eine Anlage, deren wirtschaftlicher Nutzen nicht überschätzt, deren unwägbarer Gefahren nicht unterschätzt werden dürfen...“

Gemeinderat lehnt WAA ab!

Am 23.4. sprach sich der 9-köpfige Gemeinderat Küsten einstimmig mit den Stimmen der CDU, SPD- und Freien Wählergemeinschaft Wendland-Abgeordneten gegen die WAA aus.

AKW-Nein-Kommission

DKP nach Harrisburg: „Eiertänze um die Kernenergie“



SU-AKW Nowoworonesch

Der Unfall in Harrisburg bot der DKP erneuten Anlaß zu betonen, wie sehr sie für die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ eintritt. „Da es eine unwiderlegbare Tatsache ist, daß der Weltenergiebedarf sprunghaft ansteigt, ist für seine Deckung über die herkömmlichen Energiearten hinaus die Erschließung und Nutzung neuer Energiearten erforderlich. Dazu gehört auch die friedliche Nutzung der Kernenergie“ (UZ, 6.4.79). Mit einer Unverfrorenheit, wie sie in diesen Tagen nur in der Rechtsprelle anzutreffen war, wird Bilanz gezogen: „Der Verlauf der bisherigen Entwicklung der Kernenergienutzung hat gezeigt, daß diese Technik ohne unzumutbare Sicherheitsrisiken für Mensch und Umwelt beherrschbar ist ...“ (UZ, 6.4.79).

Besonders durchsichtig werden vor dem Hintergrund dieser Bekenntnisse Äußerungen, wie sie Ewald Stiefvater, Bezirksvorsitzender und Spitzenkandidat der DKP in Schleswig-Holstein 2 Tage vor der Wahl zum Besten gab: „Die deutsche Kommunistische Partei, die deutsche Kommunistische Partei hat immer wieder betont: Das Kernenergieprogramm der Bundes- und Landesregierung muß zu Fall gebracht werden. ... Nur die DKP ist ohne wenn und aber gegen das Bonner und Kieler Atomprogramm und für die Verstaatlichung der Energiewirtschaft bei demokratischer Kontrolle“ (UZ, 27.4.79).

In außergewöhnlicher Breite (für AKW-Themen) berichtete die UZ (Zeitung der DKP) über Harrisburg. 14 Tage lang ist Harrisburg auf den ersten Seiten zu finden. Doch alle Artikel haben vor allem die Aufgabe darzulegen, daß Harrisburg nur aufgrund des kapitalistischen Profitstrebens geschehen konnte und damit die positive Haltung der DKP zur „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ durch Harrisburg überhaupt nicht angekratzt werden konnte.

Den Startschuß für diese Argumentationskette gab das Präsidium des DKP-Parteivorstandes in seiner Stellungnahme „Harrisburg mahnt!“ (UZ, 4.4.79): „Die Ursachen für die gefährlichen Unfälle in Kernkraftwerken in den USA und der Bundesrepublik sind in erster Linie darin zu suchen, daß Bau und Betrieb kern-technischer Anlagen dem Prinzip des Profits unterliegen. ... Die DKP ist dafür, alle Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu nutzen, um die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes zu verbessern. Deshalb ist sie auch für die friedliche Nutzung der Kernenergie. ...“ Dies wird nun tagelang, mitunter mit einigen Fakten angereichert, wiederholt: — Unter der Überschrift „Reaktorunfall in den USA, Folge der Profitwirtschaft“ zählt die UZ vom 5.4. u.a. auf: „Seit Monaten funktionierten Ventile und Pumpen des Kühlsystems nicht richtig. Trotzdem ließ der Energiekonzern das Kernkraftwerk nicht abschalten. ... Die Kernkraftwerksmanager fühlten sich in erster Linie den Aktionären der Gesellschaft verantwortlich und nicht der Bevölkerung.“

— Am 6.4. dann mal wieder grundsätzlicher und prinzipieller: Die Kernenergie sei beherrschbar, „vorausgesetzt, daß die gesellschaftlichen Bedingungen so gestaltet sind, daß die Anwendung und Einhaltung der heute bereits bekannten Sicherheitstechnologien, den absoluten Vorrang haben und nicht durch kapitalistische Rentabilitäts- und Profitkalkulationen unterlaufen werden.“

— Der Nachweis für „Profitkalkulationen“ auch in der BRD fällt der UZ natürlich nicht schwer. Dazu wurden in der UZ vom 6.4.79 die Unfälle von Würgassen am 12.4.72 und Brunsbüttel am 18.6.1978 noch einmal in Erinnerung gerufen.

DKP-Vorsitzender Mies stellte im Zusammenhang mit Harrisburg sogar ausdrücklich fest: „Die Ursachen der vielen Dutzend Havarien, die sich bisher in der Bundesrepublik ereignet haben, lagen nicht darin, daß keine technischen Lösungen zu ihrer Verhinderung existieren. Die eigentlichen Sicherheitsprobleme sind auch hier politisch-gesellschaftlicher Natur“ (nach UZ, 9.4.79). Die Kerntechnik ist für Mies nach wie vor in Ordnung.

Eine ähnliche Methode benutzt die bürgerliche Presse nach Harrisburg. Da es für sie keine Profitwirtschaft gibt, auf die man die Ursache für Unfälle abschieben könnte, wird hier aktuell gern das Wort vom „menschlichen Versagen“ benutzt: Zwei Techniker schalteten das Notkühlsystem aus unerklärlichen Gründen für einige Minuten wieder ab. So versucht halt jeder Atomfan auf seine Art zu retten, was noch zu retten ist. Wenn es da das Profitstreben nicht mehr gäbe — so die Logik der DKP — ja dann ... ja dann könnte man auch für die friedliche Nutzung der Kernenergie sein, z.B. in der Sowjetunion: „Wie steht es mit der Sicherheit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Sozialismus, wo nicht mehr Manager entscheiden, die Aktionäre verantwortlich sind?“, fragt die UZ.

So eine Frage beantwortet natürlich am besten ein ranghoher Atomfachmann des „realen Sozialismus“: „Professor Dr. Dr. e.h. Max Steenbeck, Physiker und Vorsitzender des Forschungsrates der DDR: Ich weiß aus eigener Mitarbeit an unserem Rheinsberger Kernkraftwerk genau, gegen wie viele nur irgend denkbare Betriebsunfälle, die aber mit größter Wahrscheinlichkeit niemals vorkommen werden, sehr kostspielige Schutzmaßnahmen vorgenommen werden. Wie weit soll oder muß man damit gehen? Soll die Errichtung solcher Werke dem Erbauer und der Absatz des Stromes dem Betreiber vorrangig finanziellen Gewinn bringen wie irgendein anderes privatwirtschaftliches Unternehmen? Dann liegt es nahe, zuerst an Schutzmaßnahmen gegen solche Havarien zu sparen, die, obwohl an sich denkbar, dennoch niemals auftreten. Ist aber die Stromerzeugung aus Kernenergie eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit für das gesamtgesellschaftliche Wohl, dann wird, um eben dieses Gesamtwohl zu wollen, mehr an Schutzmaßnahmen aufgewandt werden als im ersten Fall ... Der Weg zur friedlichen Nutzung der Kernenergie muß also im privatwirtschaftlichen Gesellschaftssystem notwendig anders aussehen als im Sozialismus. Mir wäre wohl, wenn nirgends in der Welt Kernanlagen privatwirtschaftlich betrieben werden dürften.“ (Aus einem Vortrag in Radio DDR/Urania im Funk 6.4.79, nach UZ vom 12.4.79).

Klingt logisch — nicht wahr? Nur hätte gerade aus so berufenem Munde man doch gern einige konkrete Fakten zur Situation der Atomkraftwerke in der DDR und im übrigen RGW gehört.

Die DKP dürfte außerordentliche Mühe haben, überhaupt einen Wis-

senschaftler des RGW zu finden, der sie nicht total blamiert.

Das zeigen schon die wenigen folgenden Beispiele: Zuerst einmal fällt auf, daß die höchstzulässigen Strahlendosen in der DDR weitaus höher liegen als etwa in der BRD oder den USA. Etwa beträgt die zugelassene Strahlenbelastung des ganzen Körpers für Anwohner in der DDR 500 der Einheit „Millirem“, in der BRD 60 (wenn auch in Ausnahmefällen höhere Werte zugelassen werden können), in den USA nur 8 Einheiten (vergl. „Strahlenschutzpraxis in der DDR“ S. 78 hier zitiert nach „Atomenergie International“ S. 193). Der Schilddrüse eines DDR-Bürgers werden laut Bestimmungen gar max. 3000 mrem zugemutet. Zum Vergleich in der BRD sind es max. 90 mrem, in den USA 15 mrem. (Vergl. FAZ, 10.3.77 nach „KKW in Osteuropa“, S. 23. In „Atomenergie International“ wird lt. „Strahlenschutzpraxis in der DDR“ für die USA ein Wert von 10 mrem angegeben. Ansonsten decken sich die Werte.)

Derartige Werte werden von den

Verantwortlichen in der DDR vor allem mit Argumenten der Wirtschaftlichkeit begründet. „Die Herabsetzung der Strahlenbelastung zur Verringerung des Risikos ist u.a. mit einem ökonomischen Aufwand verbunden, der in Relation zu dem zu verringernden Risiko zu betrachten ist“ (nach „Kernenergie“ 1/75, DDR-Fachzeitschrift, S. 30).

Nach der oben zitierten Logik des DDR-Professors Steenbeck ist ein in der BRD produziertes AKW reichlich unsicher (was es ja auch ist). Trotz dieser Warnung hatte die Sowjetunion 1973/74 keine Skrupel, mit der BRD Verhandlungen über den Bau eines (unter privatwirtschaftlichen Zuständen konstruierten) AKW vom Typ Biblis in der SU zu führen. Die Bezahlung sollte durch die Lieferung des erzeugten Stroms an die Bundesrepublik erfolgen (nach SZ, 19./20. 1.74 und FR, 16.1.74, zit. nach „KKW in Osteuropa“, S. 20). Vielleicht sollte ja das BRD-AKW in der SU „sicher“ gemacht werden. Daß davon aber auf keinen Fall ausgegangen werden kann, zeigt folgender Fall:

In Finnland schlug 1967/68 die sowjetische Reaktorindustrie die versammelte internationale Konkurrenz aus dem Felde und bekam den Auftrag für das AKW Loviisa. (Die SU ist im RGW Monopolist in der Gesamterstellung und im Export von AKWs). Es war ein AKW vom Typ Nowoworonesch (Standard-Druckwasserreaktor mit 440 MW Leistung) vorgesehen. Nun kennen aber sowjetische AKWs unter 1000 MW kein Containment (kugel- oder zylinderförmiger gasdichter Berstschutz aus Stahl und Beton um die Reaktoranlage). Ebenfalls ist bei diesem Typ kein separates Notkühlsystem vorhanden. Da Finnland darauf bestand, daß Containment und Notkühlsystem vorhanden sein müßten, die sowjetischen Konstrukteure aber über „keine einschlägigen Erfahrungen“ verfügten, wurden Druckschalen nach Lizenzen des US-Konzerns Westinghouse und das Notkühlsystem nach Vorlagen der US-Firma Babcock & Wilcox (von dieser Firma stammt bekanntlich auch das Notkühlsystem des Harrisburg-Reaktors!) gefertigt.

(Nach BNES-Journal of the British Nuclear Energy Society 1974, zit. in „Atomenergie International“, S. 183 und „Finnland und die UdSSR. Moskauer Pressenversuche. Beispiel 1: Sowjetische Atomkraftwerke in Osteuropa“ 6/1975, S. 429 f. zit. nach

„KKW in Osteuropa“, S. 21).

Das Fehlen eines Containments wird z.B. in der DDR mit „relativ hohen Kosten, die u.a. darauf zurückzuführen sind, daß neue Bautechnologien erforderlich sind“ (nach „Lehrbuch für Kernenergetik“ von Frätscher und Felke, Lehrbuch für die Technischen Hochschulen in der DDR, S. 337, zit. in „Atomenergie International“, S. 192) begründet.

Im gleichen Lehrbuch wird diese Argumentation auch noch grundsätzlich gefaßt (S. 388): „Die Dimensionierung des Umschließungsbauwerks aufgrund des GAU bedeutet hohe wirtschaftliche Belastung, so daß dies einer wachsenden Kritik unterliegt“ und „Das Postulat des GAU ermöglicht keine im ökonomischen Sinn optimale Behandlung sicherheitstechnischer Probleme.“ Daß solche Überlegungen in Äußerungen gipfeln können, wie sie Professor Steenbeck lt. UZ eigentlich nur privatwirtschaftlichen Betreibern von AKWs zutraut, macht folgende Überlegung in der DDR-Fachpresse deutlich: „Bei

Bränden nicht näher bezeichneten Ausmaßes gekommen sein soll (FAZ, 23.4.79, SZ, 24.4.79).

Wenn hier die Politiker nach Harrisburg noch so tun, als bemühten sie sich um größere Sicherheitsvorkehrungen, so kehren die Politiker des „realen Sozialismus“ ihren Zynismus offen nach außen. Die „Izvestija“ vom 11.4. meldete, der Unfall im Atomreaktor von Harrisburg sei nach Auffassung von Anatolij Alexandrov, Präsident der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, von der westlichen Presse stark übertrieben (!!) worden. Eigentlich, so Alexandrov, laufe das Unglück auf „geringfügige, unangenehme Konsequenzen“ hinaus. Die Erzeugung von Strom durch Kernkraftwerke sei umweltfreundlicher als der Einsatz von Kohlekraftwerken. Und schließlich seien die Übertreibungen in der westlichen Presse hinsichtlich Harrisburg auch Teil einer Kampagne gegen die Atomkraftindustrie, hervorgerufen durch rivalisierende Treibstoff-Monopole (SZ, 12.4.79). Realer Sozialismus, nein danke!

Neben der Verteidigung der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ hatte die UZ in den Tagen nach Harrisburg besonders noch die Forderung nach „Verstaatlichung der Atom- und Energiewirtschaft bei Gewährleistung einer wirksamen demokratischen Kontrolle“ (aus der Stellungnahme des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP) zu propagieren. „Besondere Aktualität gewinnen angesichts der jüngsten Ereignisse erneut die Forderungen nach Verstaatlichung der Energiekonzerne, wie sie von der DKP auf ihrem Parteitag in Mannheim verlangt wurden“ (UZ, 3.4.79).

Was versteht die DKP unter „demokratischer Kontrolle“? Traditionell meint die DKP damit das Vertreten der Gewerkschaften und „der Parteien und Organisationen der Arbeiterklasse“ (worunter man die SPD und sich selber, also die DKP, begreift). Aktuell wird das noch ergänzt durch „die Bürgerinitiativen“ oder auch „die demokratischen Bürgerinitiativen“. „Die Energiekonzerne gehören unter demokratischer Kontrolle verstaatlicht. Hierbei müssen die Gewerkschaften und die Bürgerinitiativen eine bedeutende Rolle spielen“ (UZ, 10.4.79). Oder wenn aktuell gefordert wird: „Sofortige Überprüfung der Sicherheitssysteme aller Kernkraftwerke, unter Beteiligung von Vertretern der Gewerkschaften und demokratischen Bürgerinitiativen“ (aus „Stellungnahme des Präsidiums“). Wen die DKP da demokratisch „kontrollieren“ lassen will, wurde anlässlich der Anti-AKW-Demonstration am 7.4.79 in Frankfurt deutlich. Auf dieser Demonstration fand ein



modernen Druckwasser-Kernkraftwerken beträgt der Kostenanteil der Sicherheitstechnik bis zu 15 %. Es steht außer Zweifel, daß hier große Reserven zur Steigerung der Effektivität von Kernenergieanlagen liegen. Der kommerzielle Einsatz der Kernenergie in der Energiewirtschaft fordert die Nutzung dieser Reserven“ (Kernenergie 15/1 (1972), S. 1, zit. nach „Atomenergie International“, S. 193).

Welche Folgen dieserart „ökonomische“ Sichtweise auch für die Staaten des RGW hat, wurde kürzlich bekannt:

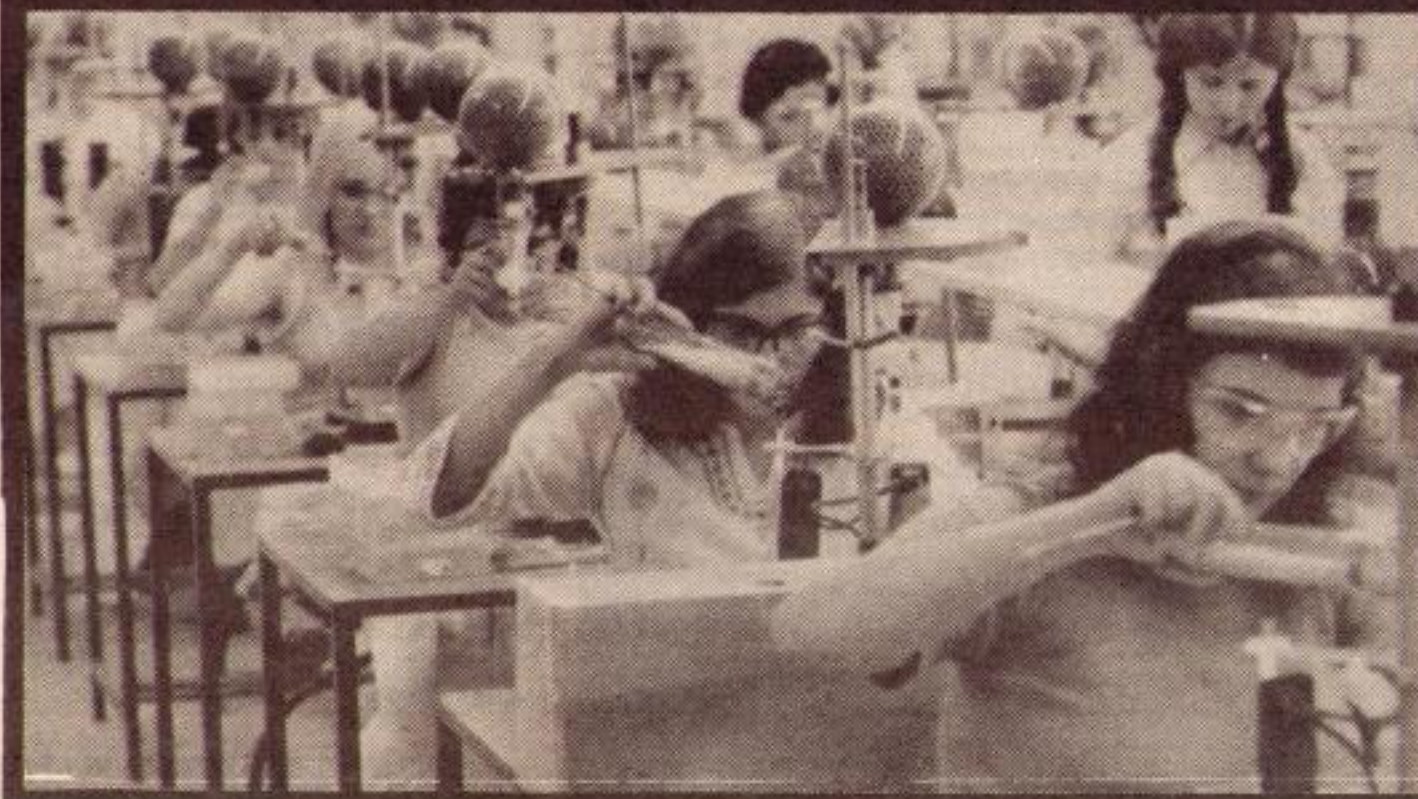
Am 23. April gab der sowjetische Elektrifizierungsminister Neporoshnyj in einem Gespräch mit einer Delegation des amerikanischen Repräsentantenhauses zu, daß es, entgegen früheren offiziellen sowjetischen Behauptungen, auch in AKWs der UdSSR schon zu Unfällen gekommen sei — zu „kleineren Unfällen“, versteht sich, bei denen die „getroffenen Schutzmaßnahmen in allen Fällen ernste Folgen verhindert“ hätten. Ministerpräsident Kossygin soll im selben Gespräch geäußert haben: „Kein System ist narrensicher“ — Zynismus genug, wenn man bedenkt, daß es in einem AKW zu einer Explosion, in einem weiteren zum Austritt radioaktiver Strahlung und in anderen zu

Transparent relativ große Beachtung, nämlich „Vetter, Loderer, Hauen-schild — Atomfilme nehmen euern Hut“ und H. Brandt griff u.a. auch die DGB-Spitze wegen ihrer Pro-AKW-Haltung scharf an.

Das veranlaßte die DKP, am 10.4.79 (UZ) zu schreiben: „Den Mißbrauch des demokratischen Protestes gegen das Bonner Atomprogramm zu antigewerkschaftlichen Zwecken hat am Wochenende der Kreisvorstand der DKP in Frankfurt zurückgewiesen. ... Die DKP erklärte dazu: „Wirklich bedroht ist die arbeitende Bevölkerung durch die gewissenlosen Pläne der Energiekonzerne und der Bundesregierung, die unser Land mit einem dichten Netz von Kernkraftwerken überziehen wollen. Wer in dieser Lage antigewerkschaftliche Positionen einnimmt, schadet der Bewegung und orientiert, anstatt auf einen Gegner, auf die wichtigsten Kräfte im Kampf gegen die Konzerne, die Gewerkschaften.“

Wie soll man das anders verstehen, als daß sich die DKP eine Kritik an der Pro-AKW-Haltung der DGB-Spitze verbittet, andererseits die AKWs aber unter die (Mit-)Kontrolle gerade dieser Atomfilme stellen will. „Kontrolle“ der AKWs durch Atomfilme — Nein danke! Ein Genosse des KB Hannover

Betrieb und Gewerkschaft



IG Chemie-Satzung geändert - Patschkowski bleibt!

Die heftigen Auseinandersetzungen in der IG Chemie um die Änderung der Satzung haben ein vorläufiges Ende gefunden. Der Beirat der Gewerkschaft, das höchste beschlussfassende Organ zwischen den Gewerkschaftstagen, verabschiedete am 5.4. einen geänderten Paragraphen 35 der Satzung, in dem die Berufung von Vertrauensleuten durch den Gewerkschaftsvorstand geregelt ist.

Der im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Satzung vom Vorstand gekündigte Leiter der IG Chemie-Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden, Ferdinand Patschkowski, wird weiterbeschäftigt.

In beiden Fällen hat die Opposition gegen die Vorstandswillkür in der Gewerkschaft einen Teil-Erfolg errungen (zum Hintergrund der Auseinandersetzung siehe AK 150 und 151).

Satzungsänderung: eine Verschlechterung

Praktisch an den Mitgliedern vorbei wollte der Vorstand die Satzung so ändern, daß in Zukunft gleichberechtigt gewerkschaftliche Vertrauensleute in den Betrieben von den Mitgliedern gewählt oder vom Vorstand berufen werden können. Es ist dem Aufdecken dieses Vorgehens durch die Opposition und der Pressearbeit der „Frankfurter Rundschau“ zu verdanken, daß dieses Vorhaben gestört wurde. Unter dem Druck verstärkter Proteste der IG Chemie-Funktionäre haben die Satzungskommission und der Vorstand mehrmals diesen Satzungsparagraphen 35 geändert. Dennoch konnte nicht verhindert werden, daß die vom Beirat verabschiedete Fassung eine Verschlechterung darstellt, wenn gleich das ursprüngliche Vorstands-vorhaben eingeschränkt wurde. In der neuen Satzung heißt es nun: „In allen Betrieben sind gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen oder durch den Verwaltungsstellenvorstand zu berufen“, soweit entspricht die Formulierung der ursprünglichen des Vorstands. Sie wird aber eingeschränkt: „Die Berufung ist als Ausnahme vorgesehen.“ Bei der Aufzählung der „Ausnahmefälle“ hat sich der Vorstand jedoch zum Teil wieder durchgesetzt. Neben der Feststellung, daß sie für Fälle gilt, wo die Wahl nicht im Betrieb durchgeführt werden kann, heißt es jetzt, daß auch dort berufen werden kann, „wo eine ordnungsgemäße Wahl innerhalb des Betriebes unzumutbare organisatorische Schwierigkeiten bereitet“ (alle Zitate aus: „Gewerkschaftspost“, 4/79). Mit dieser schwammigen Formulierung ist durch die Hintertür die Möglichkeit zur Vorstandswillkür wieder eingeführt. Ein weiteres Zugeständnis in der Satzung ist die Möglichkeit einer Briefwahl, „wenn mehr als 5 der von einem (berufenen) Vertrauensmann vertretenen Mitglieder“ Widerspruch einlegen. Doch auch hier offenbart sich das schiefe Demokratieverständnis der IG Chemie-Führer: statt bei „unzumutbaren organisatorischen Schwierigkeiten“ gleich eine Briefwahl anzusetzen, wird diese erst auf Protest hin durchgeführt!

Die Undemokratie in der IG Chemie

Mit 78 gegen 23 Stimmen hat der Beirat diese Satzungsänderung beschlossen, mit der gleichen Stimmzahl war vorher beschlossen worden, dieses Thema nicht auf einem außerordentlichen Gewerkschaftstag zu behandeln.

Der Beirat besteht aus 110 Mitgliedern, ein Drittel davon sind hauptamtliche Funktionäre, Angestellte des Vorstands. Diese 110 Leute haben jetzt also bindend für 650.000 Mitglieder eine gravierende Änderung beschlossen, die kaum in der Mitgliedschaft diskutiert wurde. Wäre nicht die Opposition gewesen, die Mitgliedschaft hätte erst über eine Notiz in der Gewerkschaftszeitung über die Änderung erfahren.

Obwohl die Opposition nichts weiter gemacht hat, als das Vorstands-vorhaben bekannt zu machen, antwortete der Vorstand mit einer heftigen Hetzkampagne und massiven Repressionen:

- Ferdinand Patschkowski wurde entlassen, weil er Materialien zur Satzungsänderung an Kollegen verschickt hatte
- die Kündigung wurde aufrechterhalten, obwohl der Betriebsrat und der Beschwerdeausschuß der Gewerkschaft widersprachen und der

den können, wenn ihr die Kommunikation zum Werben Gleichgesinnter untersagt wird?“ (Frankfurter Rundschau, 7.4.).

Doch was schert dies einen selbstherrlichen Gewerkschaftsvorstand? Es handele sich um eine „Miniopposition“, die Unterstützung bei den „Chaoten“ habe (Welt der Arbeit, 12.4.), um „Bauernfängerei“ (Hauenschild in der „Gewerkschaftspost“ 4/79). Untersagen will er die Diskussion, untersagen will er die Wahrnehmung satzungsmäßiger Rechte (Forderung nach einem außerordentlichen Gewerkschaftstag). Ein Gewerkschaftsvorstand, der sämtliche Machtmittel in der Gewerkschaft in der Hand hat, mobilisiert seine ergebnis Chargin, die untüchtigsten Ergebnisse der „Basis“ signalisieren. Ein nordrhein-westfälischer hauptamtlicher Funktionär verpaßt allen Funktionären einen Maulkorb: diskutiert werden darf per Erlaß nur die Vor-

stellungen, die der Meinungs- und Willensbildung des Hauptvorstandes nicht entsprechen und nimmt außerdem in beleidigender Form Abwertungen von Kollegen vor: auch im Interesse der Organisation haben wir den Abdruck abgelehnt.“ Nachdem diese Herren willkürlich Zensuren verteilt haben, Plumeyers Beitrag mit Gänsefüßchen versehen als Leserbrief bezeichnen, werden diese Vorstands-götter, ohne rot zu werden, weinerlich: „Es ist übrigens das erstmal in den vielen Jahren, seit wir bei der IG Chemie tätig sind, daß wir einer solchen Pression (Forderung nach Abdruck!, Anm.) ausgesetzt worden sind und von einem Vorstandsmitglied ... einer derartigen beleidigenden Beurteilung unserer Qualifikation ausgesetzt wurden.“

Höhepunkt dieser verlogenen Masche des Appells an Solidarität (=Unterordnung) ist die Beirats-sitzung gewesen. Vor dem Hintergrund

kussion um innergewerkschaftliche Demokratie neu entfacht. Sie hat erreicht, daß die Satzungsänderung abgeschwächt wurde.

Sie erreichte nicht die Erfüllung ihrer Forderung nach einem außerordentlichen Gewerkschaftstag, dabei scheiterte sie aber vor allem gerade an der fehlenden Demokratie: die Satzung schreibt nämlich vor, daß ein Drittel aller Mitglieder innerhalb von sechs Wochen einen solchen Gewerkschaftstag fordern muß. Bedenkt man dabei, daß die Opposition keine Möglichkeit hatte, offiziell innerhalb der Gewerkschaft über die Presse und andere Wege für ihr Anliegen zu werben, so ist das Ergebnis beachtlich:

In 10 Chemie-Verwaltungsstellen mit etwa 120.000 Mitgliedern wurde die Forderung nach einem außerordentlichen Gewerkschaftstag unterstützt, das heißt von knapp 20% der Mitglieder.

Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Kerami

DOKUMENT 30

Einschreiben / Eilboten

Herrn
Ferdinand Patschkowski
An Entenbusch 74

3510 Hann.-Münden 1



Hauptvorstand

220,264

22. März 1979

Personal - Kündigung

Werter Kollege Patschkowski,

hiermit sprechen wir Dir gegenüber eine außerordentliche, hilfsweise eine ordentliche Kündigung zum 31. 12. 1979 aus. Die Kündigungsgründe sind Dir bekannt. Du hast auf der Grundlage von anonym zugegangenen Material Postsendungen an hauptamtliche Funktionäre unserer Organisation verschickt. Du bist nicht bereit, den Empfängerkreis dieser Sendungen nanhaft zu machen. Die von Dir angefertigten und versandten „Bemerkungen“ sind zumindest in einem Punkt nachweislich falsch. Die „Bemerkungen“ sollen den Eindruck erwecken, als plane der Hauptvorstand der IG Chemie eine unkorrekte Satzungsänderung. Weiterhin hast Du einen Brief von E. Heillon verschickt, was in Gesamtzusammenhang des versandten Materials den Eindruck erwecken konnte, als habe sich der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Kerami in der Vertrauensleutefrage die Arbeitgeber-Position zu eigen gemacht.

Der Betriebsrat ist um Zustimmung zu Deiner Kündigung gebeten worden. Er hat die Zustimmung nicht gegeben. Die Stellungnahme des Betriebsrates fügen wir diesem Schreiben als Kopie bei.

Die Kündigung wird wirksam, wenn die Einigungsstelle die mangelnde Zustimmung des Betriebsrates ersetzt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Industriegewerkschaft
Chemie-Papier-Kerami

(H. Vosschenrich)

DGB

Patschkowski's Kündigungsschreiben

zuständige Verwaltungsstellenvorstand Hannoversch-Münden ablehnte - IG Chemie-Hauptvorstandsmitglied Plumeyer durfte einen kritischen Artikel nicht in der Gewerkschaftszeitung veröffentlichen - kritische IG-Chemie-Funktionäre wurden bespitzelt (siehe AK 151).

Die Diffamierungen gegen die Opposition liefen vor allem über die Gewerkschaftspresse, die mit keinem einzigen Wort das Anliegen der Opposition inhaltlich darstellte. Vollkommen berechtigt fragte der Gesamtbetriebsrat der IG Chemie in einem Brief an den Hauptvorstand: „Wie soll aber eine Minderheit, die eine bestimmte Entscheidung für falsch hält, jemals zur Mehrheit wer-

standsmeinung. Hessische hauptamtliche Angestellte verabschieden eine Resolution, die die vollständige Unterordnung unter die Vorstandsmeinung verlangt (FR, 2.4.).

Und der Vorstand beschwört die Einheit: „Angesichts von Tabukatalog und Aussparungspraktiken der Arbeitgeber (ist die) gewerkschaftliche Geschlossenheit mehr denn je ein Gebot der Zeit“ (Hauenschild in gp, 4/79), alles um Diskussionen zu unterdrücken.

Am deutlichsten wird die Methode bei der Zensur des Leserbriefs von Hauptvorstandsmitglied Plumeyer. Die beleidigten Redakteure der „Gewerkschaftspost“ antworten: „Dieser ... Leserbrief“ enthält Dar-

Abstimmung über den a.o. Gewerkschaftstag

Verwaltungsstelle	Ja	Nein	Zahl der Mitglieder
Mainz	Mehrheit		13.323
Neustadt	Mehrheit		6.407
Hannover	42	81	
Köln	75	27	31.600
Hann. Münden	einstimmig		6.200
Ludwigshafen	33	55	
Saarbrücken	80	2	10.350
Wuppertal	69	1	
Neuwied	Mehrheit		7.500
Nienburg	Mehrheit		3.200
Siershahn	Mehrheit		8.700
Aachen	23	20	

dieser Stimmungsmache läßt Hauenschild sich das Vertrauen aussprechen: mit 95 gegen 6 Stimmen in offener Abstimmung. Wer da noch dagegen zu stimmen wagte, mußte schon eine gehörige Portion Mut aufbringen. Noch kurioser wurde das Ergebnissansinnen des Vorstands, als mit 89 gegen 10 Stimmen „Form und Inhalt der Berichterstattung durch Redakteure der 'Frankfurter Rundschau' mißbilligt“ wurde (FR, 6.4.).

Die FR hatte wiederholt über den Konflikt in der IG Chemie berichtet und das getan, was heute in der Gewerkschaft nicht möglich ist: sie hatte sehr ausführlich, zum Teil in Dokumenten den Streit um die Satzung berichtet. Für die IG Chemie-Führer war diese selbstverständliche Demokratie ein Kardinalverbrechen. Vollkommen zu recht schreibt die FR dazu: „statt sich mit unserer Kritik inhaltlich auseinanderzusetzen, wurde sofort mit der juristischen Keule gedroht.“ Obwohl, wie die FR feststellt, der Vorstand letztendlich sogar Rücksicht nehmen mußte auf die Kritiken, weiß er mit nichts anderem als Meinungsunterdrückung zu antworten (FR, 19.4.). Der FR ist zuzustimmen, wenn sie schreibt: „Zu glauben, es genüge, Kritiker zu diffamieren und sie in die Ecke von Feinden unserer Gesellschaftsordnung zu drängen, ist unerträglich und zudem töricht. Solche Versuche kamen bisher jedenfalls aus anderen politischen Ecken“ (ebenda). Traurige Wirklichkeit in der BRD: dies muß eine Gewerkschaft sich von einer bürgerlichen Zeitung sagen lassen!

Der Erfolg der Opposition

Die fortschrittliche Opposition in der IG Chemie kann einige Erfolge für sich verbuchen: sie hat die Dis-

Ein Erfolg ist auch, daß der Hauptvorstand die Kündigung Ferdinand Patschkowskis zurücknehmen mußte. Patschkowski hatte privat Materialien über die Satzungsänderung verschickt. Der Vorstand entließ ihn daraufhin wegen „Aufbau und Unterhaltung verdeckter Informationskanäle zwischen Gruppierungen von Hauptamtlichen“. Doch die Solidarität war groß. Mehrere tausend Protestunterschriften wurden in Betrieben gesammelt, 12 Verwaltungsstellen forderten seine Wiedereinstellung. Seine eigene Verwaltungsstelle, Hannoversch-Münden, stand bis zum Schluß geschlossen hinter ihm. Selbst die Einleitung eines Arbeitsgerichtsverfahrens gegen den eigenen Gewerkschaftsvorstand wurde gebilligt. Am 12. April wurde Patschkowski wieder eingestellt. Zwar verpflichtete sich Patschkowski dabei, anzuerkennen, daß „verdeckte Informationskanäle“ nicht aufgebaut und unterhalten werden können, jedoch gab er in seiner Position zur Satzung und seiner weiteren Frontstellung nicht nach.

Es wäre sicherlich eine Illusion, anzunehmen, daß es derzeit möglich ist, die Allmacht des Vorstands zu brechen. Dennoch ist diese empfindlich angeknackst. Die Opposition sollte vor allem darauf achten, wie jetzt weiter mit der neuen Satzung vom Vorstand gearbeitet wird. Spätestens auf dem Gewerkschaftstag 1980 steht dann wieder die Vertrauensleutefrage auf der Tagesordnung.

Vor allem müssen die hergestellten Verbindungen beibehalten werden, damit endlich eine innergewerkschaftliche Gegenöffentlichkeit zum Vorstandsmonopol hergestellt wird.

Verhindern wir, daß die IG Chemie vollends zur gelben Gewerkschaft wird!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Karl Hauenschild - „von dem könnten Arbeitgeber noch lernen“

„Eine Partei, die das Europa der Arbeitnehmer propagiert, mit einem Gewerkschaftsvorsitzenden, von dem Arbeitgeber noch lernen könnten, sei für die niedersächsischen Mitglieder der IG Chemie nicht wählbar“ („Göttinger Tageblatt“, 9.4.), so kommentierte ein Hannoversch-Mündener Chemiarbeiter die Kandidatur des IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild zu den Europawahlen für die SPD.

Hauenschild hat jüngst wieder zwei Beispiele seiner reaktionären Politik geliefert.

Als er in totaler unternehmerischer Willkür selbst gegen bestehende Gesetze und die IG Chemie-Satzung die Kündigung Patschkowskis verfügte, erhob der Betriebsrat Einspruch und benannte für die Einigungsstelle als Schlichter die beiden Gewerkschaftsführer Mahlein (Vorsitzender der IG Druck) und Benz (Vorstand der IG Metall).

Für Hauenschild war das die Höhe, so daß er äußerte: das sei ein „merkwürdiger Vorgang“, er wisse, wo Mahlein und Benz politisch stehen (beide gelten als „SPD-Linke“), Hauenschild witterte gleich wieder die kommunistische Unterwanderung und Springer's „Welt“ vom 8.4. war ihm für diese Verdächtigungen als Sprachrohr gerade recht genug.

Der gleiche Hauenschild: „Europa der Arbeitnehmer heißt nicht Europa des Klassenkampfes“ („Welt der Arbeit“, 12.4.); mit dieser Formel kün-

digte Hauenschild den Widerstand des DGB gegen die Aufnahme der französischen (revisionistischen) Gewerkschaft CGT in den „Europäischen Gewerkschaftsbund“ (EGB) an. Der DGB, mächtigstes und finanzstärkstes EGB-Mitglied, werde den Kongreß verlassen, denn „mit an die Weisungen Moskaus gebundenen Kommunisten kann es aus dem Selbstverständnis der freien europäischen Gewerkschaften heraus keine Zusammenarbeit und keine gemeinsame Zielrichtung geben“ („WDA“, 12.4.).

Wen wundert's, daß die SPD diesen Mann zu einem ihrer Spitzenkandidaten für die bevorstehenden Europaparlamentswahlen nominiert hat?...

Während Hauenschild zunehmend Kritik in der Gewerkschaft erntet, bekommt er immer stärker Lob von bürgerlicher Seite. Hauenschild sei ein „wegen seiner gemäßigten Linie angesehener Gewerkschafter“ („FAZ“, 10.4.) und die gleiche Zeitung lobend: „Im Kreis des europäischen Gewerkschaftsbunds zählt Hauenschild den DGB zu den Gewerkschaften, die sich am energischsten einem Teufelskreis mit den Kommunisten widersetzen“, seine harte Haltung gegenüber der CGT sei „ein bemerkenswertes Wort, das im innergewerkschaftlichen Bereich, gegenüber der DKP, so deutlich leider nicht ausgesprochen wird“ („FAZ“, 3.4.).

„Patschkowski und Demokratie zurück in die IG Chemie“

Dies war eine der Parolen, mit denen fast 200 Chemie-Gewerkschafter vor der Sitzung des Gewerkschaftsbeirats am 5.4. in Essen gegen die geplante Satzungsänderung protestierten. „Beirat mach doch keinen Mist, laß die Satzung wie sie ist“, „Die Mitgliedschaft, die wird entmündigt, und Patschkowski wird gekündigt“, hieß es in Sprechchören. Solche Aktionen waren in den letzten Wochen keine Seltenheit in der IG Chemie.

Als am 8.4. die Hannoversch-Mündener Delegiertenversammlung öffentlich in Anwesenheit von 280 Vertrauensleuten tagte, wurde die Verwaltungsstellen-vorsitzende Schneemann immer wieder von minutenlangem Beifall unterbrochen, wenn sie über die Solidarität für den entlassenen Funktionär Patschkowski berichtete. Großen Beifall erhielt ein Kollege, als er solche Vertrauensleute ablehnte, die bereit seien, „die Sänfte des Kalifen Hauenschild zu tragen“.



Sitzung der Verwaltungsstelle Hannoversch-Münden am 8.4.: „Ferdi (Patschkowski) bleibt!“



Fast 200 Gewerkschafter demonstrierten am 5.4. in Essen vor der Sitzung des IG Chemie-Beirats

des IG Chemie-Beirats

IG Chemie-Vorstandsmitglied entlassen

Die IG Chemie-Zeitung „Gewerkschaftspost“ (gp) berichtete in ihrer vierten Ausgabe 1979, daß ein Jugendvertreter der Fa. Agfa-Gevaert, München, und Mitglied der Vertrauensleuteleitung von der Geschäftsführung fristlos entlassen worden ist.

Dieser Vorgang erregte insofern besonderes Aufsehen, als der Kollege Mitglied des Bundesjugendausschusses der IG Chemie und seit 1976 Vertreter der Jugend im IG Chemie-Hauptvorstand ist. Die Firma wirft dem Jugendvertreter vor, daß er angeblich Belegschaftsmitglieder vom Besuch einer Abteilungsversammlung abgehalten und dadurch diese Versammlung verhindert habe. Der Bundesjugendausschuß sieht allerdings einen anderen Grund: daß sich der Kollege R. „als Gewerkschaftscolleague konsequent für die Interessen seiner Arbeitskollegen eingesetzt hat.“ Weiter heißt es in der einstimmig verabschiedeten Resolution des Bundesjugendausschusses, daß der „Hauptvorstand und alle beteiligten Organisationsstellen aufgefordert [werden], sämtliche Möglichkeiten zu nutzen, damit Kollege R. im Betrieb weiterbeschäftigt wird“. Allerdings findet man auch einen Passus in der Resolution, „daß das Verhalten des Betriebsrates, der die Kündigung widerspruchslos hingenommen hat, scharf kritisiert und mißbilligt werden muß“.

Was die gp „vergessen“ hat zu berichten, enthüllt der „Expreß“ (3/79): „... der Vorsitzende des Betriebsrates ist Vorsitzender der Verwaltungsstellenvorstandes.“ Sieh einer an. Hier wurde in der gp wohl nach der Devise verfahren: „... das macht doch nix, das merkt ja keiner ...“

Chemiekommission

Chemiekommission

Europawahl ja
SPD ja
Hauenschild nein

Aufkleber, der in Niedersachsens IG Chemie kursiert

Daimler-Benz:

Bremer Senat macht Millionengeschenke

Die Daimler-Benz AG will von etwa 1983 an den geplanten sogenannten „kleinen Mercedes“ in Bremen produzieren. Dafür soll ihr Betriebsgelände, auf dem gegenwärtig Transporter und Kombis hergestellt werden, kräftig erweitert werden. Die bisherige Fertigung wird schrittweise nach Düsseldorf verlegt.

Im einzelnen plant Daimler-Benz den Bau eines PKW-Montagewerks, eines Preßwerks, eine Lackiererei und eine erweiterte Montage. Die Jahresproduktion 1983/84 soll nach den Vorstellungen des Werks bei etwa 100 000 PKWs liegen. Angeblich handelt es sich hierbei um die größte gegenwärtig in der BRD betriebene Industrieanlage.

Bremens regierende SPD preist diese Pläne als das Größte und Segenreichste überhaupt. Seit über einem Jahr versichert sie in der Öffentlichkeit, daß durch ihr beharrliches Streben den überdurchschnittlich vielen Arbeitslosen in Bremen (5,2%) nach zunehmender Hoffnungslosigkeit endlich ein sonniger Morgen leuchtet. Ob die SPD die Daimler-Erweiterung aber tatsächlich wie geplant als das Wundermittel gegen ihr reichlich ladiertes Image im Wahlkampf einsetzen können, scheint inzwischen fraglich, nachdem die Einzelheiten des Grundstücksvertrages zwischen der Stadt Bremen und Daimler-Benz bekannt geworden sind:

— Die Kapitalisten verpflichten sich zu einer nur geringen Steigerung der Beschäftigtenzahl — und auch das nur halb;

— die SPD-Regierung hat die nötigen Erweiterungsgrundstücke praktisch verschenkt,

— und ein ganzer Stadtteil wird dafür kaputt gemacht.

428 Mio DM als Geschenk an Daimler-Benz....

Ihre Bereitschaft, das Bremer Werk zu erweitern, haben sich die Daimler-Kapitalisten dick vergolden lassen. Sie bekommen über 600 000 qm Grün-

fläche hinzu und besitzen damit in Bremen eine Gewerbefläche von 1 Million qm. „Als Kaufpreis wird für 300 000 qm 15,- DM/qm ... für diese Zahl übersteigenden Quadratmeter 25,- DM/qm ... vereinbart. Diese Preise verstehen sich frei von Erschließungs- und Kanalbaukosten-Beiträgen gemäß Bundesbaugesetz, d.h. der Käuferin entstehen hierfür keine Kosten“ (Grundstücksvertrag). Bevor der Senat das Gelände zu diesem Spottpreis verkaufen konnte, hat er wenigstens 150,- DM/qm — insgesamt über 100 Millionen DM für den Grunderwerb und die Umsiedlung von 300 Kleingärten, städtischen Werkhöfen, einer Baumschule, Tennisanlagen und einigen Wohnhäusern ausgeben müssen.

Darüber hinaus wird im Vertrag festgehalten, daß die Daimler-Kapitalisten „stets angemessene (d.h. besonders billige, d.Red.) Energiepreise“ bekommen werden, daß ein ganzer Straßenzug im Bereich des Werksgebietes „hochgelegt“ wird, damit eine ebenerdige Verbindung des Geländes geschaffen wird, und daß für die Verkehrsanbindung des Geländes und die notwendigen Lärmschutz- und sonstigen Umweltschutzmaßnahmen gesorgt wird — alles 100 %ig auf dem Rücken der Steuerzahler.

Um den Daimler-Kapitalisten auch

in fernerer Zukunft von vornherein keine Schwierigkeiten machen zu können, ist in dem Grundstücksvertrag weiter festgehalten, daß die Stadt bei weiteren Geländekäufen zwecks Erweiterung des Werksgebietes behilflich sein „und gegebenenfalls hierbei auch ihre rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen“ wird.

... für ca. 1.500 neue Arbeitsplätze!

Kernpunkt der SPD-(Selbst)Werbekampagne mit der Daimler-Benz-Erweiterung war von Anfang an das neue Arbeitsplatzangebot. Start war im April 1978 eine Extraausgabe der SPD-Hauswurfsendung „Bremer Bürger Zeitung“ mit der Balkenüberschrift: „Arbeit für 15.000 — Wir holen Mercedes nach Bremen“. Bei gegenwärtig ca. 6.100 Beschäftigten im Bremer Daimler-Werk wären das zusätzliche 9.000 Arbeitsplätze gewesen. Die Tatsache, daß es in Bremen über 15.000 Arbeitslose gibt bei andauernder Werftkrise und ständigem Rationalisieren in anderen Branchen, ließ denn auch die SPD und schließlich sämtliche Bremer Medien von „dem Rettungsanker“ für die Zukunft der Stadt sprechen.

Mit diesem „Rettungsanker“ versuchten die bürgerlichen Politiker



schon frühzeitig um Verständnis zu werben, daß man da schon einige Zugeständnisse finanzieller Art gegenüber dem Daimler-Konzern machen müsse.

Gleichzeitig versicherte der Finanzsenator und SPD-„Linke“ Scherf vor der Bürgerschaft, daß der sichere Zuwachs von Arbeitsplätzen bei allen Verhandlungen mit Daimler-Benz absoluten Vorrang habe: „Wir können nur verhandeln auf der Basis unseres Muster-Grundstücksvertrages... Und der... sieht vor, daß festgelegt wird, ...welche Zahl von Arbeitsplätzen, und zwar besonders für Behinderte, Schwerbeschädigte, für ältere Arbeitnehmer, für Frauen und welche Zahl von Ausbildungsplätzen vertraglich übernommen werden müssen von der Firma, damit die Grundstücksunterstützung wirksam wird“ (21.11.78, nach „Bremer Rundschau“, März 79).

Auch die unmittelbar betroffene Bevölkerung des Stadtteils wurde auf mehreren Einwohnerversammlungen aufgefordert, im Dienste des allgemeinen Wohles auf mehr „Lebensqualität“ zu verzichten. „Es wird kein Osterspaziergang werden“, erklärte der Bausenator Seifriz den Anwohnern kalt lächelnd, angesichts der Aussicht der weitgehenden Zerstörung der Stadtteilstruktur (BN, 10.3.79).

In dem vom Senat unterzeichneten Grundstücksvertrag ist von alledem nicht mehr die Rede. Weder von auch nur annähernd 9.000 neuen Arbeitsplätzen, noch von allen Bedingungen, die der Finanzsenator aufgestellt hatte.

In Verbindung mit einer weiteren Geschenkzusage an die Daimler-Kapi-

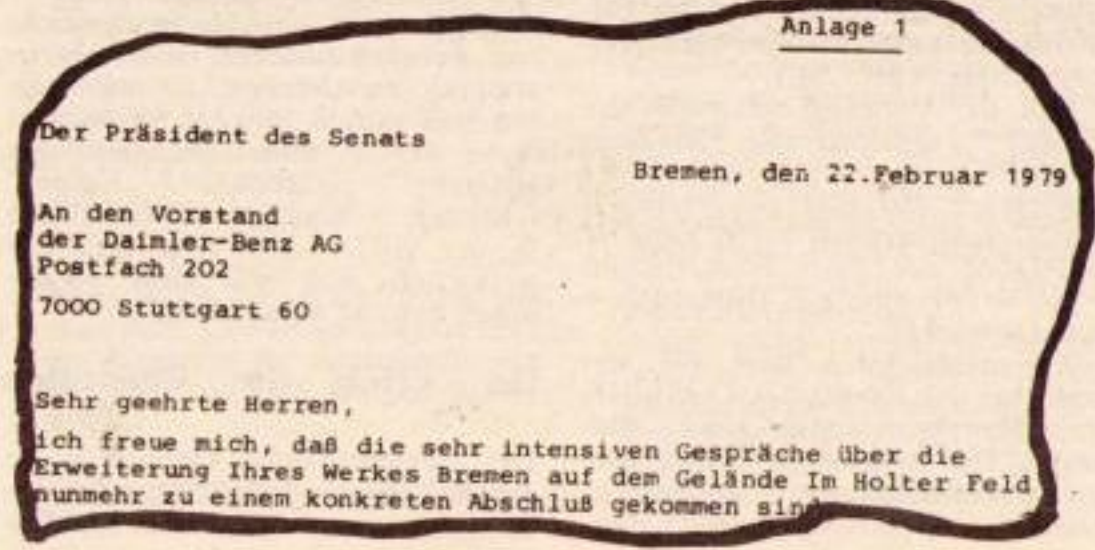
talisten heißt es im Vertrag lediglich: Zusätzlich übernimmt der Senat noch die Kosten für „Baureifmachungsmassnahmen“ des Geländes in Höhe von 30 Millionen DM, wenn die Belegschaft bis zum ersten Quartal 1984 von über 6.000 auf 8.000 gestiegen ist!!

Das bedeutet, falls nicht die Daimler-Kapitalisten die „Baureifmachungsmassnahmen“ selber bezahlen wollen, einen garantierten Zuwachs von ganzen 1.500 Arbeitsplätzen!!

Dieser von der SPD ausgeworfene „Rettungsanker“ für Bremens schlechten Arbeitsmarkt dürfte etwas mickrig sein.

Von daher ist es verständlich, daß der Senat den Grundstücksvertrag gerne geheim gehalten hätte. Als die DKP ihn über eine „undichte Stelle“ in die Hände bekam und prompt veröffentlichte, war die Betroffenheit in der SPD groß. Als Wahlkampfschlager für die SPD eignet sich die Daimler-Benz-Erweiterung nicht mehr recht. Inzwischen wird von den verantwortlichen Politikern so getan, als habe es die lauthals herausposaunten Versprechen nie gegeben. Koschnick-Vertreter Franke verteidigte sich gegenüber den betroffenen Einwohnern: Es sei „vollkommen begreiflich, daß Daimler-Benz keine Zusagen über fünf Jahre hinaus geben könnte, denn die Lage jeder Wirtschaftsbranche sei vom Weltmarkt abhängig“ (BN, 10.3.79). Auf deutsch: Die Gewinne macht Daimler mit SPD-Senats-Unterstützung — das Risiko trägt der Steuerzahler.

KB/Gruppe Bremen



Verleger Meyer will die „Bremer Nachrichten“ endgültig liquidieren

Der Bremer Monopolverleger Meyer, Besitzer der beiden Abonnementszeitungen „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ hat zu einem neuen Schlag gegen die Pressefreiheit und die Belegschaft der Zeitungen ausgeholt: Er will weitere Maßnahmen zur vollständigen Zusammenlegung von „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ durchdrücken. Zwar hatte Meyer die verschuldeten „Bremer Nachrichten“ 1974 nur unter der festen Zusage kaufen können, das Blatt mit selbständiger Redaktion zu erhalten, doch bereits heute sind zahlreiche Bereiche der Zeitung mit der „Weser-Kurier“-Herstellung identisch: — im Redaktionsbereich der Wirtschaftsteil, die Wochenendbeilagen und das Archiv; — in der Verwaltung der Finanz-, Personal- und Anzeigenabteilung; — in der Technik der Akzidenz- und Anzeigenbereich.

Im März nun hat der Verleger der Belegschaft mitgeteilt, daß — die „Bremer Nachrichten“ insgesamt zum Jahresende in das Gebäude des „Weser-Kurier“ übersiedeln sollen; — daß die Sportredaktionen beider Blätter zusammengelegt werden — und daß die nordbremische Lokalseite der „Nachrichten“ künftig gemeinsam mit der des „Weser-Kuriers“ erscheinen wird.

Sofort hagelte es von der Belegschaft und dem Betriebsrat Proteste. Meyer antwortete mit massiver Hetze:

Im Betrieb würden „ideologische Aktivisten“ und „irregale Minderheiten“ ihr Unwesen treiben. Außerdem — bezugnehmend auf seine Versprechungen beim Kauf der „Bremer Nachrichten“ — habe die Geschäftsleitung „niemand gegenüber Zusagen oder Garantien für die Gesamterhaltung aller zum Zeitpunkt des Erwerbs der „Bremer Nachrichten“ dort vorhandenen Betriebsteile oder Arbeitsplätze abgegeben“ (FR, 6.4.79).

Trotz dieser Drohungen wurde auf einer außerordentlich einberufenen Betriebsversammlung von der Belegschaft beider Zeitungen folgender 4-Punkte Katalog aufgestellt:

1. Auch nach dem Umzug der „Bremer Nachrichten“ in das Gebäude des „Weser-Kuriers“ sollen die Produktionsbereiche beider Zeitungen getrennt bleiben...
2. eine weitere Zusammenlegung von Redaktions- und Angestelltenbereichen beider Zeitungen ist auszuschließen.
3. Die Erhaltung der Arbeitsplätze ist verbindlich zu sichern.
4. Die öffentlichen Diffamierungen von Betriebsrat und Belegschaft sollen zurückgenommen werden“ (nach „Bremer Blatt“ 4/79).

Außerdem erwirkte der Betriebsrat gerichtlich eine einstweilige Verfügung, die es Meyer verbietet, dem Betriebsrat Störaktionen und ideologische Unterwanderung zu unterstellen.

Bislang hat Meyer nicht zurückgesteckt. Er hat zwar die für Ende März vorgesehene Zusammenlegung der Sportredaktionen noch nicht gewagt durchzuführen, im übrigen aber setzt er auf seine Meinung, daß Betriebsrat und Belegschaft dumme Kinder seien, die überhaupt nichts zu sagen hätten. In der Antwort auf den 4-Punkte Katalog heißt es: „Die Redaktionsarbeit und die Zeitungsgestaltung sind durch § 118 BVG (der sog. Tendenzschutz-Paragraf) jeglicher Einflußnahme durch Betriebsrat und Belegschaft entzogen.“ Außerdem: „Über die Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von betrieblichen Räumen sowie bei der Planung von technischen Anlagen, Arbeitsverfahren, Arbeitsabläufen und Arbeitsplätzen hat der Betriebsrat laut § 90 BVG zwar ein Informations-, Anhörungs- und Beratungsrecht, aber kein Mitbestimmungsrecht.“ Und schließlich: Er sähe sich durch den Forderungskatalog der Belegschaft „einem Ultimatum gegenüber, das unweigerlich zur Rechtsmißachtung, zu eklatanter Störung des Betriebsfriedens und zu erheblicher Geschäftsschädigung führt, falls es die Belegschaft durchsetzen will“ (nach FR, 6.4.79).

Die Belegschaft weiß aus jahrelanger Erfahrung mit Meyer, daß sie hart bleiben muß, wenn sie sich nicht um die minimalsten Rechte bringen lassen will. In mehreren Streiks hat sie dem Kapitalisten-Fossil Meyer gezeigt, daß



ihre Waffe gegen ihn die Solidarität ist.

1976 versuchte Meyer, die im Druckerstreik erkämpfte Lohnerhöhung auf die übertariflichen Zulagen der Techniker bei den „Bremer Nachrichten“ anzurechnen. Im gemeinsamen Streik der Techniker beider Zeitungen gelang es nach wenigen Tagen, Meyers Plan zu vereiteln.

1977 versuchte Meyer schon wieder dasselbe bei Angestellten und Redakteuren, diesmal in der Hoffnung auf Spaltung der Belegschaft, indem die übertariflichen Zulagen der einen mehr, der anderen weniger gekürzt werden sollten. Als die Gesamtbelegschaft die Kürzungen nicht akzeptierte

und stattdessen eine allgemeine Erhöhung der Zulagen forderte, sperrte Meyer aus. Der sich daraus entwickelnde Arbeitskampf endete nach 3 Wochen mit einem Sieg der Belegschaft. In diesem Streik, der von der Gewerkschaft nicht unterstützt wurde, machte die Belegschaft beider Zeitungen wichtige Erfahrungen im gemeinsamen Vorgehen, die bis heute fortwirken.

Über diesen Streik gibt es einen Film mit dem Titel: „Unser Gesetz heißt Solidarität“. Er kann bei der „Kölner Film- und Videogruppe, c/o P. Kleinert, Palmstr. 19, 5000 Köln 1 bestellt werden. Tel.: 0221/21 79 53.

BuM-Pleite — und 6 000 Arbeitslose

Anfang April mußte einer der sechs größten Bauriesen der BRD, die Beton- und Monierbau, kurz BuM genannt, Konkurs anmelden. Zurück bleiben ca. 5.700 inländische Arbeiter, deren weitere Beschäftigung äußerst unklar ist. Besonders die 1.300 Arbeiter über 45 Jahre haben nahezu keine Aussicht, in ihrem Beruf weiterbeschäftigt zu werden. „Betroffen sind auch mehrere tausend Subunternehmer. Es sind dies meist kleinere Betriebe, die von BuM Teilaufträge bei einem Bauvorhaben erhielten“ („FR“, 6.4.). Und zurück bleiben auch über eine Milliarde Schulden, nicht zurückzahlbare Kredite, Lohnschulden usw.

Damit ist die BuM-Pleite eine der größten in der Geschichte der BRD. Dieser Firmenzusammenbruch ist das Ergebnis einer sehr spekulativen Baupolitik. Während der Krise in der Bauindustrie Anfang der 70er Jahre verlagerten viele der großen Bauunternehmen ihre Aktivitäten ins Ausland. Besonders im Nahen Osten, aber auch in Afrika wurden viele Großaufträge durch bundesrepublikanische Firmen übernommen; 1977 lag die Höhe des durchschnittlichen Bauauftrags aus den OPEC-Ländern bei 28 Millionen DM („FR“, 7.4.). Die BuM lag an der Spitze der Baufirmen, die im Ausland produzierten, mit einem Anteil von über 60 % an der Gesamtproduktion der BuM. Dem stand aber nur ein verhältnismäßig geringer Teil an Eigenkapital gegenüber, so daß die Risiken, die bei einem solchen Aus-

landsgeschäft zwangsweise bestehen, nur durch Kreditaufnahmen oder Bürgschaften abgedeckt werden konnten. So hat allein der Kursverfall des Dollars einige Millionen Verluste für die BuM gebracht, da die Aufträge Jahre zuvor auf der Währungsbasis des Dollars abgeschlossen worden waren. So konnten viele der Kosten, die hier in der BRD in DM anfielen, nicht abgedeckt werden.

Der Aprilgang zum Konkursrichter ist nicht das Ergebnis einer plötzlichen „Verkettung unglücklicher Umstände“, sondern eben das Resultat sehr spekulativen Vorgehens und dem Ausbleiben einiger Aufträge z.B. aus Saudi-Arabien, Algerien und Nigeria. Die führenden Kreditgeber, neben einigen anderen Banken die Westdeutsche Landesbank (WestLB), waren denn auch nicht mehr bereit, das Risiko weiterer Kredite zu übernehmen. Was die privaten Kapitalgeber nicht mehr eingehen wollten, dazu durfte denn der Steuerzahler zur Kasse gebeten werden. „Da wurden im vergangenen Jahr 150 Mill. DM von der öffentlichen Hand als Bürgschaften gestellt; sie sind praktisch spurlos im Verlustloch verschwunden“ („FR“, 6.4.). Dazu wird noch der Betrag einer Bundesbürgschaft über weitere 50 Mill. DM kommen, die wohl auch weg sind, ohne daß ein einziger Arbeitsplatz besser gesichert, die Lohnfortzahlung eines einzigen Arbeiters abgesichert wäre.

Wirtschaftskommission

Demonstration gegen Mc Kinsey

Gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der MAN demonstrierten Anfang April 60 Beschäftigte vor dem Verwaltungsgebäude in Augsburg.

Sie wandten sich auf einem Transparent gegen den Konzern Mc Kinsey, der seit einiger Zeit das Augsburger Werk auf Rationalisierungsmöglichkeiten überprüft.

Wer ist Mc Kinsey?

Mc Kinsey ist eine amerikanische Unternehmensberatungsfirma, die sich auf Rationalisierungen spezialisiert hat. Besonders leistungsfähig ist sie im Bereich der Einsparungen von Gemeinkosten (das sind alle Kosten, die nicht unmittelbar mit der Produktion zusammenhängen — also Verwaltungskosten, aber auch Kosten für Sozialleistungen).

In den VDI Nachrichten vom 15.4.77 heißt es: „Vom Frühjahr bis Herbst 1977 wurden in einem großen Unternehmen in Köln 13.000 Stellen mit dieser Methode untersucht. Das war die Ge-

samtheit der Angestellten und Gemeinkostenlöhnerstellen. Von diesen 13 000 Stellen wurden rund 2000 Stellen = 15% in A-Maßnahmen (A = Arbeit kann wegfallen) eingestuft. Davon wurden 1980 Kollegen namentlich zur Einsparung benannt. Die „Freisetzung“ der betroffenen Beschäftigten erfolgte zu:

- 34% durch interne Umsetzungen,
- 6% durch regulären Altersabgang,
- 13% durch die Regelung der flexiblen Altersgrenze,
- 14% durch die 59er Regelung (vorzeitige Pensionierung),
- 27% durch Kündigung seitens der Arbeitnehmer,
- 6% durch Kündigung durch den Arbeitgeber.“

(aus „METALL Nürnberg“ Nr. 1/4.4. 1979)

Bei der MAN in Augsburg wurde die Belegschaft von 1970 - 79 von 10 000 auf 7 000 reduziert!!

KB/Gruppe Nürnberg

Kurzmeldungen

Freundliche Grüße vom DGB-Berlin!

DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Berlin

An DIE TAGESZEITUNG Wetzlar, 11 - 12 1000 Berlin 65

Sehr geehrte Damen und Herren,

hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Berlin, Sie nicht in seinen Presseverteilern aufnehmen wird.

Mit freundlichen Grüßen
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
Landesbezirk Berlin
Presse - Funk - Film

Harald von Gottlieb

Schwarz auf Weiß: der Westberliner DGB verweigert der neuen „Tageszeitung“ den Bezug von Pressemitteilungen. Springer hatte diese Schwierigkeiten nie — offensichtlich stützt die DGB-Führung die Pressemonopole (aus: „TAZ“, 18.4.79).

IGM-Führung nährt hartnäckig Fälschungsverdacht

Offensichtlich großes Interesse am Weiterbestehen des Verdachts auf Fälschung der Stahlurabstimmung im Januar dieses Jahres hat die Führung der IG Metall. Durch ihren Sprecher Barczynski ließ sie erneut mitteilen: „Unsere Zahlen stimmen - wir veröffentlichen keine Einzelergebnisse“ (Zeit, 6.4.).

Saudumme Begründung: Dann wüßten die Unternehmer genau Bescheid, wo die Gewerkschaft ihre Stärken und Schwächen habe.

Dazu die Unternehmer: Was sie interessiere, sei eine möglichst hohe Ja-Quote in der Urabstimmung. „Alles andere schwäche nur die Position der IG Metall und ihres Vorsitzenden Eugen Loderer. Daran aber hätten die Arbeitgeber kein Interesse“ (Zeit, 6.4.).

Es bleibt dabei: Es besteht begründeter Verdacht, daß das Ergebnis der Urabstimmung gefälscht wurde. Die Einzelergebnisse müssen veröffentlicht werden!

Fast 8 % IGM-Mitglieder bei VW ausgetreten

Das rigorose Beitragseinzugsverfahren der IG Metall hat Folgen. Aus Protest gegen das Lohnabbuchungsverfahren der Gewerkschaftsbeiträge sind 3500 der 46.000 IGM-Mitglieder bei VW aus der Gewerkschaft ausge-

treten, ein Teil davon ist zur DAG und dem christlichen CMV übergetreten. Grund: das IGM-Verfahren bedeutet durch Einbehaltung von 1 % des Lohns für viele eine Beitragserhöhung, DAG und CMV liegen darunter. Man sieht: Die zunehmende Bürokratisierung im DGB trägt Früchte, eine Unterscheidung in der Politik der Gewerkschaften scheint den Übergetretenen nicht so wichtig. Traurige Gewerkschaft!

1.000.000 Flugblätter für Aussperrung

Der baden-württembergische Verband der Metallindustrie propagiert massiv in der Öffentlichkeit das Recht der Kapitalisten auf Aussperrung. Eine Million Flugblätter als Beilage zu den Tageszeitungen werden unter dem Titel „Ohne Aussperrung werden die Gewerkschaften zu mächtig“ in Umlauf gebracht. Geld genug haben sie ja, diese „ohnmächtigen“ Kapitalisten.

Der Spruch des Monats ...

„Vernünftige Unternehmer haben längst erkannt, daß ein vernünftiger Betriebsrat eine Angelegenheit ist, die von den modernen Management-Wissenschaftlern erfunden werden müßte, wäre der weise Gesetzgeber diesen Wissenschaftlern nicht zuvorgekommen...“ (aus einem Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 10.4.79).

Kurzmeldungen

Solidarität mit gekündigtem Kollegen

Franco Valdes und Uli Kühn — beide Betriebsräte, der eine bei Adler und der andere bei VDO in Frankfurt — führen mittlerweile in 2. Instanz ihre Kündigungsprozesse. Beide sind trotz positiver Urteile in erster Instanz noch nicht wieder im Betrieb.

Beide haben Schwierigkeiten mit der IGM. Zum einen läuft gegen sie ein Ausschlußverfahren, da sie auf oppositionellen Listen kandidiert haben, zum anderen fühlen sie sich vom gewerkschaftlichen Rechtsschutz nicht vertreten.

Uli wollte, als er für die Dauer der Kündigungsfrist Hausverbot erhielt, mit einer einstweiligen Verfügung dagegen vorgehen. Dafür erhielt er keinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz. Uli prozessierte daraufhin privat und erreichte, daß er für die Dauer der Frist wieder in den Betrieb konnte. Nachdem die weitere gewerkschaftliche Prozeßführung so angelegt war, daß eine Niederlage in erster Instanz deutlich wurde, entzog Uli der IGM das Mandat. Franco verzichtete aufgrund früherer Erfahrungen gleich auf den Rechtsschutz und nahm sich einen eigenen Anwalt.

Für die Prozesse werden 3000 bis 4000 DM benötigt. Solidaritätsspenden werden gewünscht auf das Konto:

Manfred Neuhaus
Kontonummer 38177 — 602
Postscheckamt Frankfurt/Main

Das überschüssige Geld wird für ähnliche Fälle benutzt.

Initiative für die 35-Stundenwoche

Kollegen verschiedener Gewerkschaften haben sich in Hannover zu einer Initiative für die Durchsetzung der 35-Stundenwoche zusammengeschlossen. In kurzer Zeit wurden 15.000 Plaketten und 25.000 Aufkleber verkauft. Die Initiative will auch nach den diesjährigen Tarifabschlüssen kein Gras über die 35-Stundenwoche wachsen lassen. Bestellungen für Aufkleber und Plaketten können gerichtet werden an:

Helmut Walch
Seidelstr. 6
3000 Hannover 1

Preis pro Plakette: 50 Pfennig.



Tarfnachrichten Tarfnachrichten

Keine Arbeitszeitverkürzungen in der Druckindustrie

Auch in der Drucktarifrunde nichts Neues: 4,5 % mehr Lohn, mehr Urlaub sowie gestaffelte Erhöhung von Freischichten sind das Ergebnis der Verhandlungen. Die 35-Stundenwoche, die im Herbst dieses Jahres Schwerpunkt der Manteltarifverhandlungen sein sollte, ist gleich mitverhandelt worden. Ergebnis: die 40-Stundenwoche bleibt weitere 5 Jahre erhalten, über Arbeitszeitverkürzung wird nicht geredet.

Dieses Ergebnis ist deshalb bemerkenswert, weil die Drupa noch bis zuletzt öffentlich verkündet hat, man halte an der Arbeitszeitverkürzung fest. Nach nur vier Verhandlungstagen wird dann ohne Diskussion in der Mitgliedschaft abgeschlossen. Allerdings soll es hierüber Meinungsverschiedenheiten im Gewerkschaftsvorstand geben.

Nachdem auch bei Druck die 35-Stundenwoche erstmalig vom Tisch ist, jubeln die Kapitalisten: „Die direkte Verkürzung der Wochenarbeitszeit ist damit auf Jahre hinaus kein tarfpolitisch Thema mehr“ (FAZ, 14.4.). Gerade der Druckabschluß ist für den Kampf um kürzere Arbeitszeit ein schwerer Rückschlag. Hier war die Forderung — wenn auch nicht unumstritten — innerhalb der Mitgliedschaft am weitesten verankert. Nach der Niederlage der Stahlarbeiter, dem Bekanntwerden des „Tabu-Katalogs“ der Unternehmer (ein Haupt-Tabu: die 40-Stundenwoche bleibt unangetastet) jetzt also Kapitulation der Druckergewerkschaft. Die Gewerkschaftsbewegung hat in diesem Jahr eine schwere tarfpolitische Niederlage einstecken müssen, die klar auf das Konto der Gewerkschaftsführungen geht.

Proteste in der Drupa

In mehreren Druckbetrieben hat es Proteste gegen den Abschluß gegeben. So in Hamburg, Stuttgart und Hannover. Nachstehend die Protestresolution der Grafischen Jugend Hamburg:

Hamburg, Ostern 1979

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Verhandlungs- und Tarifkommission der IG Druck und Papier haben in einer Nacht- und Nebelaktion entgegen unseren Grundsatzbeschlüssen zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem die 40-Stunden-Woche bis 1983 festgeschrieben wird.

Dieser skandalöse Abschluß war für die Mitgliedschaft ein Schlag ins Gesicht.

Wenn man sich die Stellungnahmen der IG Druck und Papier der letzten Monate zu dieser Tarifrunde ansieht, muß man zu dem Schluß kommen, daß die Mitgliedschaft und die betrieblichen Funktionäre von unserer Gewerkschaftsführung hinters Licht geführt wurde.

Die Verhandlungen um die 35-Stunden-Woche sollten nach offiziellen Angaben erst im Herbst geführt werden. Noch am 9. April erschien ein Zentralorgan der IG Druck und Papier, in dem das Unternehmerangebot als völlig unzureichend zurückgewiesen wurde.

Es geht nicht an, daß zwei Tage später ein genau entgegengesetzter Abschluß getätigt wird.

Dieser Abschluß entspricht den Unternehmerforderungen und ist kein Schritt die Arbeitsplatzvernichtung zu verhindern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Wir protestieren entschieden gegen dieses undemokratische Vorgehen und fordern:

- Zurücknahme des Abschlusses innerhalb der Erklärungsfrist. Offenlegung der Verhandlungsführung, Diskussion in der Mitgliedschaft mit der Zielrichtung einer Urabstimmung über dieses und jedes andere Ergebnis
- Die für den Abschluß verantwortlichen Funktionäre und Tarifkommissionsmitglieder haben unser Vertrauen verspielt. Wir fordern sie auf

— insgesamt traten „mehr als 6000 Beschäftigte bei Banken in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und im Saarland in den ... Warnstreik“ (FR vom 11.4.79).

— In Hannover machten mehr als 800 Beschäftigte von drei Bankhäusern einen Warnstreik und demonstrierten auf der Straße.

— In Hamburg streikten Angestellte im Rechenzentrum der Deutschen Bank (im „Büroarbeiterparadies“ City-Nord).

— Mit ca. 120 PKWs beteiligten sich Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg an einem Autokorso durch die Hamburger Innenstadt.

— Mit Infostand und Flugblattaktion



Hamburger Bankangestellte sammeln für „notleidende“ Bankchefs

die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

— Die verantwortlichen IG-Druck- und Papier-Funktionäre haben eindeutig gegen die Beschlüsse des elften ordentlichen Gewerkschaftstages verstoßen. Wir müssen feststellen, daß innerhalb der Funktionärsschaft große Uneinigkeit besteht und halten einen außerordentlichen Gewerkschaftstag für unabdingbar, auf dem auch personelle Konsequenzen gezogen werden müssen!

— Zur Vorbereitung des außerordentlichen Gewerkschaftstages wird der Hauptjugendausschuß aufgefordert, unverzüglich eine Bundesjugendkonferenz einzuberufen. Wir fordern alle Mitglieder der IG Druck und Papier auf, die Diskussion zu führen und sich unseren Forderungen anzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen
Grafische Jugend Hamburg
i.A. Kai von Appen.

6.000 Bankangestellte streiken

Einen „Hauch von besseren Zeiten“ hinterließ die Tarifrunde in Bereich Banken. Nicht, was das Tarifergebnis angeht: Mit 4,5 % Gehaltserhöhung und ein bis zwei Tage mehr Urlaub kann sich auch die Gewerkschaft Handel Banken und Versicherung ein „gutes Zeugnis für maßvolle Lohnpolitik“ beim Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Guth, abholen.

„Bessere Zeiten“ deuten sich in Phantasie und Bereitschaft von Angestellten an, die ihre Forderungen öffentlich kundtun:

hatte die HBV auf die Tarifsituation und Arbeitsbedingungen der Bankangestellten aufmerksam gemacht.

Auch die DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) sorgte für Aufmerksamkeit: Verkleidet als Bankkapitalisten — mit schwarzem Mantel und Melone „sammelten“ Kollegen „für notleidende Banken“. Sie verteilten Flugblätter in denen es hieß: „Auch im Jahre 1978 haben die Banken so wenig verdient, daß sie nicht in der Lage sind, ihren Mitarbeitern in diesem Jahr eine angemessene Erhöhung ihrer Gehälter zu ermöglichen. Deshalb haben wir uns spontan entschlossen, heute diese Sammelaktion für das notleidende deutsche Bankwesen durchzuführen. Spendenlisten liegen an unserem Informationsstand aus.“

Die DAG spielt damit auf die ausgezeichneten Geschäftsjahre der Banken an:

Die Dresdner Bank erhöhte 1978 ihren Jahresüberschuß gegenüber dem Vorjahr um 20 % und konnte gleichzeitig das Eigenkapital um 11 % erhöhen. Die Dresdner Bank konnte ihre Bilanzsumme um 14 % die Deutsche Bank um 18 % erweitern. Auch Vorstandssprecher Guth von der Deutschen Bank hält es nicht für ein Geheimnis, daß die Konjunktur für die Kapitalisten „dieses Jahr läuft“ (FR, 11.4.79). Dennoch reicht den Bankkapitalisten der Profit nicht — sie wollen die Zinsspanne (also den Unterschied von ausgezahlten Sparzinsen und einbehaltenen Kreditzinsen) erweitern, um sich vom Verbraucher

noch einen Nachschlag zu holen.

Viele Bankangestellte sind sich über diese Tatsachen durchaus bewußt. Festzuhalten bleibt, daß Streikaktivitäten im Bankbereich in vielen Fällen von den Kollegen der Rechenzentren ausgingen — Kollegen also, die die Möglichkeiten der Rationalisierung und Mechanisierung der Arbeit der Bankangestellten konkreter erleben und vielleicht auch aus diesem Grund eher bereit sind, sich von der klassischen Angestelltenideologie des individuellen Aufstiegs zu lösen.

HBV-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Bautarife: Bei 4,5 % abgeschlossen

„... warum die Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft mehr bekommen müssen als andere: nicht weil die mehr

wollen, sondern weil sie einen Rückstand aufholen müssen.“ So verlautbart „Der Grundstein“, Organ der IG Bau-Steine-Erde (IG BSE) im März 79. Allein auf dieser Argumentation baute die IG BSE ihre diesjährige Tarifpolitik auf.

Aber selbst das haben die Gewerkschaftsführer nur mit Mühe und Not erreicht: 7,4 % waren gefordert, bei 4,5 % wurde am 29.3. abgeschlossen. Damit liegen sowohl Forderungen als auch Abschluß nur um wenige Stellen hinter dem Komma über anderen Tarifabschlüssen.

Der Abschluß liegt weit niedriger als in den Vorjahren: 6,4 % 1977, 5,6 % 1978. Während in den Vorjahren zusätzlich wenigstens über Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld mit verhandelt wurden, fehlten derartige Forderungen in diesem Jahr völlig. Keine Rede war von der 35-Stunden-Woche,

Kein DAG-Streik bei der Lufthansa

Die von der DAG am 4. April begonnene Urabstimmung über einen unbefristeten Streik des liegenden Personals ist am 12.4. abgebrochen worden. Aufgrund der beiden Warnstreiks der Piloten, die mehrheitlich in der DAG und der Vereinigung Cockpit organisiert sind, nahm die DLH neue Verhandlungen mit der DAG auf. Am 11.4., nach zwanzigstündigem Verhandeln, wurde eine Einigung zum Thema „Förderungsaufstieg“ und „Crew-Austausch“ erzielt. Es geht dabei um den finanziellen Ausgleich

für Nachteile im Aufstiegsschema der Lufthansa im Vergleich zur Condor. Der Austausch der Crews zwischen den Gesellschaften wurde begrenzt. Mehrbelastungen, die durch den Crew-Austausch entstehen, sollen durch Freizeit ausgeglichen werden — das sind weitere Forderungen der DAG, die in den Manteltarifverhandlungen am 26.4. behandelt werden sollen.

ÖTV-Kommission

Erfolgreicher Seeleute-Streik

Um nach dem Tarif der Internationalen Tarifföderation bezahlt zu werden, sind 16 afrikanische und asiatische Seeleute in einen Streik getreten. Das Schiff, die „Schanlal“, gehört zur Setia-Liners in London, aber fuhr unter der „Billigflagge“ von Singapur. ITF und ÖTV unterstützten den Streik, der nach 20 Stunden für die Seeleute erfolgreich beendet wurde. Heuernachzahlungen in Höhe von 180000 DM sowie verbesserte Bestimmungen über Sicherheit, Arbeitsschutz und Besatzung konnten erreicht werden. Die Sicherheitseinrichtungen waren auf dem Schiff so miserabel, daß die Wasserschutzpolizei das Auslaufen des Schiffes vorerst verboten.

ÖTV-Kommission

Nachtrag zur Chemietarifrunde

Die neue Einigkeit zwischen IG Chemie und Kapitalistenverbänden, die erst jüngst in dem Abschluß der Chemietarifrunde zum Ausdruck kam, wurde jetzt auch von den Kapitalisten selbst bestätigt. In der Zeitschrift „Europa Chemie“ (Nr. 10/79), einem Organ des Kapitalistenverbandes, beschreibt Molitor, Hauptgeschäftsführer des „Arbeitsringes der Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie“, seine Sicht wie die Tarifrunde abgelaufen ist: „Mit der Paketvereinbarung über den Lohn- und Manteltarifvertrag ist es gelungen, die Gesamtkostenbelastung für die Chemie-Unternehmen in einem vertretbaren Rahmen zu halten.“ Besonders das erfreuliche Verhandlungsklima hat Molitor gefallen. Und er begrüßt es, „daß die allgemeinen Arbeitsbedingungen — insbesondere Urlaub und Arbeitszeit einschließlich der Beibehaltung der 40-Stunden-Woche — nunmehr für einen Zeitraum von sechs Jahren fest geregelt sind“.

Tja, da ist kein Wort mehr von schwierigen Verhandlungen übriggeblieben oder gar, daß die IG Chemie einen Durchbruch erzielt hätte. Molitors Einschätzung ist nichts hinzuzufügen.

Chemiekommission

Betriebsratsvorsitzende nach Protest wiedereingestellt

Weil sie auf einer Betriebsversammlung nach dem Tarifabschluß für den Großhandel die Forderung nach 50 DM Betriebszulage unterstützt hat, ist am 12.4. die Betriebsratsvorsitzende Brigitte Tannert von der Firma O. Stumpf in Westberlin fristlos gekündigt worden. Begründung: dieser mit Mehrheit verabschiedete Vorschlag sei „Aufruf zum wilden Streik“.

Am 24.4. führten die Kollegen eine erneute Betriebsversammlung durch und forderten die sofortige Zurücknahme dieser Kündigung. Einen Tag später war Brigitte Tannert wieder eingestellt.

Berichtigung zu AK 151:

Agenten am Werk?

Sieben Arbeiter bei Staubexplosion getötet

Sieben Arbeiter wurden bei einer schweren Staubexplosion in einer Metallschleiferei in Velbert getötet, ein weiterer schwebt nach wie vor in Lebensgefahr. Ursache: Unzureichende Sicherheit am Arbeitsplatz. Der beim Schleifen entstehende heiße Staub soll normalerweise naß gekühlt werden. Jedoch ergab eine Untersuchung des Unglücks, daß das dafür vorgesehene Ventil durch Ablagerung von Aluminiumstaub dermaßen verkrustet war, daß der Entstauber trocken lief, was zur Folge hatte, daß große Teile Staub mit der Luft wieder in den Arbeitsraum gewirbelt wurden und sich dort ablagerten. Unklar bleibt allerdings bisher, wo die Zündquelle für die Explosion gelegen hat.

Arbeitssicherheit verbessert?

Im geschilderten Fall liegt eindeutige Mißachtung der Sicherheitsbe-

stimmungen am Arbeitsplatz vor. Es handelte sich hierbei um das vierte schwere Unglück in Betrieben mit mehrfachem tödlichen Ausgang, das in den letzten zwei Monaten bekannt wurde. 32 Arbeiter verloren dabei ihr Leben:

— Im Februar starben vier Kollegen auf der Zecke „Haus Aden“ in Bergkamen;

— ebenfalls im Februar starben 14 Arbeiter bei einer Mehlstäubexplosion auf der Bremer Roland-Mühle;

— im März starben 7 Bergleute bei einer Schachtexplosion auf der Dortmunder Zecke „Hansa“;

— und jüngst im April 7 Kollegen in der Velberter Metallschleiferei.

Alle diese Fälle zeugen davon, wie wenig nach wie vor die Sicherheit der Beschäftigten in den Betrieben von den Unternehmern beachtet wird.



Die Velberter Metallschleiferei nach der Explosion

Hessisches Gericht: Aussperrung verboten!

Als erstes Gericht zweiter Instanz hat das hessische Landesarbeitsgericht am 17.4. die Anwendung der Aussperrung durch die Unternehmer für illegal nach der hessischen Landesverfassung erklärt.

In der hessischen Landesverfassung ist die Aussperrung ausdrücklich verboten, in den übrigen Landesverfassungen gibt es dieses Aussperrungsverbot nicht, ebenso wenig wie im Grundgesetz. Demgegenüber steht die Praxis der Anwendung der Aussperrung durch die Unternehmer: Allein dreimal wurde im letzten Jahr ausgesperrt, fast 200.000 Beschäftigte der Druck-, Metall- und Stahlindustrie waren betroffen. Während die Gewerkschaften auf dem Standpunkt stehen, daß die Aussperrung gegen die Verfassung verstößt, können sich die Unternehmer auf mehrere positive Bundesarbeitsgerichtsurteile stützen, die ihre Praxis legitimieren. Verläßt man sich allerdings auf die Gerichte, deutet sich ganz klar an, daß demnächst die Aussperrung in der Bundesrepublik — übrigens als einzigem Land Westeuropas — nicht nur immer

gelder aus, zusätzlich aber 12 Millionen DM für ausgesperrte Drucker.

Da die Gewerkschaftsfinanzen aber nur zum geringsten Teil auf das Führen von Arbeitskämpfen ausgerichtet sind, fürchten die Gewerkschaftsführer ein Ausbluten ihrer Streikkassen. Zur Abwehr der Aussperrung gibt es aber angesichts der scharfen Gangart der Unternehmer nur ein Mittel: Abkehr von der gewerkschaftlichen Taktik der Schwerpunktstreiks hin zum Vollstreik, Solidaritätsstreiks anderer, nicht ausgesperrter Branchen. Doch genau hiervor schrecken die DGB-Führer zurück:

- politisch, weil sie eine unkontrollierte Radikalisierung der Arbeiterklasse („der Basis“) fürchten,
- finanziell, weil damit größere Summen des Gewerkschaftsvermögens für den Streik aufgewendet werden müßten.

So konzentrieren sie den Kampf auf den juristischen Weg, auf Gerichte, die zunehmend reaktionär „Recht sprechen“.

Besonders deutlich wurde diese Orientierung in die Sackgasse, als IG

argumentieren... aber noch verbessert werden“. Und weiter: „Darüber hinaus werden wir noch einmal mit den Abgeordneten vor den nächsten Wahlen in einen Dialog über das Thema Aussperrung eintreten“ (WdA, 12.4.).

Bleichers lächerliche Feststellung, die „reduzierte Anwendung der Aussperrung im Stahlarbeiterstreik“ sei ein „Erfolg“ (ebenda), ist der krampfhafteste Versuch, die Probleme, die mit der Unternehmer-Praxis der Aussperrung für einen erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampf heute aufzutreten, zu verniedlichen. Angesichts von noch nie dagewesenem Ausmaß der Aussperrung von „Erfolg“ zu reden, wenn mal etwas weniger ausgesperrt wird, ist unverantwortlich. Das Bewußtsein, das heute geschaffen werden muß, muß gerade die besondere Schärfe der Unternehmerangriffe erkennen. Dann wird auch klar, daß nicht Gerichte und Dialoge mit Politikern, sondern die Mobilisierung der Betroffenen und solidarische Aktionen der Gewerkschaftsmitglieder im Mittelpunkt stehen müssen für das Verbot der Aussperrung.

Skandal: Abwahl eines Personalrats „verfassungswidrig“

Durch einen Spruch des Bundesverfassungsgerichts vom 23.3.79 ist festgestellt worden, daß eine wesentliche demokratische Regelung des Bremer Personalvertretungsgesetzes „verfassungswidrig“ ist. Es ging um den § 25/1, der die Möglichkeit der Abwahl von Personalräten durch die Mehrheit der Personalversammlung zuließ.

Hintergrund dieses Rechtsstreites war die Abwahl eines Personalrats im Justizdienst, der in seiner Funktion als „Interessenvertreter“ seine eigenen Kollegen überwachte. Auf einer Personalversammlung wurde er nach dreivierteljähriger Amtszeit mit 306 gegen 77 Stimmen abgewählt.

Diese selbstverständliche demokratische Regelung akzeptierte der Herr Personalrat indessen nicht, nach der Abweisung durch das Bremer Obergerverwaltungsgericht rief er das Bundesverfassungsgericht an. In der Begründung der Verfassungsbeschwerde wird die Bremer Landesregierung als gesetzgebende Kraft in die Nähe von Verfassungsfeinden gerückt: „Die Abschaffung von Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie auf dem Gebiet des bremischen Personalvertretungsrechts und ihre Ersetzung

durch eine die östlichen Volksdemokratien kennzeichnendes Abwahlsystem mit der damit verbundenen Einführung des Rátesystems in einem wichtigen Teilbereich des Öffentlichen Dienstes stellt einen so offensichtlich schwerwiegenden Verstoß gegen unsere demokratische Grundordnung dar, daß sie nicht ...hingenommen werden kann“ (nach TAZ, 18.4.). Das Bundesverfassungsgericht schloß sich im wesentlichen dieser Auffassung an. Die Möglichkeit der Abwahl von Personalräten durch die Mehrheit der Kollegen „ist Ausdruck des Rátegedankens und rückt das Mandat des Personalrats in die Nähe des imperativen Mandats“.

Man faßt sich wirklich an den Kopf, durch höchst richterlichen Spruch wird bestätigt, daß Demokratie verfassungswidrig ist.

Bleibt abzuwarten, wann der Personalrat, nunmehr wieder in Amt und Würden, Verfassungsbeschwerde gegen den Namen PersonalRAT erhebt. Wie wär's mit PersonalREPRÄSENTANT ODER NOCH BESSER PERSÖNLICHER Repräsentant?

KB/Gruppe Bremen



Arbeitsgericht bestätigt Kündigung der Michelin-BRs

„Eines schwerwiegenden Verstoßes gegen ihre betriebsverfassungsrechtlichen Pflichten“ sollen sich — so das Arbeitsgericht Karlsruhe — die Betriebsräte Grether und Christ schuldig gemacht haben. Ihre fristlose Kündigung durch die Michelin-Kapitalisten hält das Gericht für richtig, da „nach Auffassung der Kammer mit Bestimmtheit von einer rechtswidrigen Arbeitsniederlegung und schließlich auch von einem wilden Streik gesprochen werden“ kann.

Es hatte bei Michelin einen Streik für die sofortige Wiedereinstellung von zwei fristlos gekündigten Vertrauensleuten und drei Betriebsräten gegeben. Einen Streik also, der für die Kapitalisten gefährlicher ist als ein „normaler“ Tarifstreik, weil sich die Kollegen darin stärker über den vorhandenen Interessensgegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten bewußt werden können und über die Wichtigkeit von organisierenden Gremien wie Vertrauensleutekörpern.

Das Arbeitsgericht schloß sich damit

der Auffassung des Rechtsverdrehers des Arbeitgeberverbandes, Frey, an, der in seinem Plädoyer sagte:

„Eine typischere Erscheinungsform eines rechtswidrigen wilden Streiks, als die Arbeitsniederlegung bei Michelin im August des Vorjahres ist überhaupt nicht denkbar. Diese Feststellung kann eindeutig getroffen werden und wird untermauert durch eine jahrzehntelange gefestigte Rechtsprechung.“

Mit diesem Urteil wird erneut deutlich gemacht, welche Funktion das Betriebsverfassungsgesetz den Betriebsräten gibt. Der Betriebsratsvorsitzende H. Christ von Michelin charakterisiert das so:

„Was kann ein Betriebsrat in einer solchen Situation (also einem Streik, Anm. Red.) mehr tun, als vermitteln und die Kollegen auffordern, an die Arbeit zu gehen? Oder verlangt man von ihm, daß er die Kollegen an die Arbeit treibt?“

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

häufiger angewandt, sondern auch für legal erklärt wird:

- dafür sprechen mehrere ältere Bundesarbeitsgerichtsurteile;
- dafür spricht, daß mit Ausnahme des hessischen Urteils 7 weitere Urteile in 2. Instanz die Aussperrung für legal erklärten;
- dafür spricht, daß eine Revision des hessischen Urteils vor dem Bundesarbeitsgericht Erfolg haben wird; zum einen, weil das Bundesarbeitsgericht zunehmend reaktionär und unternehmerfreundlich Recht spricht (wir haben regelmäßig darüber im AK berichtet), zum anderen das hessische Urteil sich allein auf die hessische Landesverfassung stützt, während die Gegenargumentation nach dem Muster „Bundesrecht bricht Landesrecht“ verfährt;
- schließlich erwägen die Unternehmer eine Verfassungsklage, bei der sie sich auf die bisherige unternehmerfreundliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (zuletzt bei der Mitbestimmung) stützen wollen.

Metall-Vorsitzender Eugen Loderer am 7.4. in Stuttgart vor 6.000 Gewerkschaftsfunktionären ausdrücklich betonte, man wolle kein Verbot der Aussperrung über den politischen Weg erzwingen, weil „wir konservativen Politikern keine Vorwände liefern wollen für Spielereien mit einem Verbändegesetz“ (FR, 9.4.). Wenn Loderer dann gleichzeitig betont, „das Bundesarbeitsgericht habe das Aussperrungsproblem geschaffen und das Bundesarbeitsgericht müsse dieses Problem wieder aus der Welt schaffen“, so kann jetzt bereits festgestellt werden, daß hier die nächste große Niederlage für die Gewerkschaftsbewegung organisiert wird.

Allerdings mehren sich die kritischen Stimmen in den Gewerkschaften. So beschloß Mitte März eine hessische DGB-Funktionärsversammlung einen Aufruf, daß bei erneuter Aussperrung ein allgemeiner Streik aller Gewerkschaften vom DGB als Antwort ausgerufen werden soll.

Sehr stark ist der Druck für Aktionen insbesondere in Nordrhein-Westfalen nach dem Stahlarbeiterstreik. Bereits während des Streiks hatten sich 140.000 Beschäftigte an Warnstreiks und Demonstrationen gegen die Aussperrung beteiligt. Jetzt hat die DGB-Führung NRW „eine neue Offensive“ angekündigt. Im Gegensatz zu Loderer stellte DGB-Chef Bleicher fest, daß die Aussperrung „sicherlich auch nicht von den Gerichten“ beseitigt werden kann, sondern es müsse durch einen „gesellschaftlichen Prozeß von Diskussion und Aktion zu einer Überwindung der Aussperrung kommen“ (Bleicher in „Welt der Arbeit“, 12.4.).

Doch wer glaubt, daß dabei wirklich auf Aktionen gesetzt wird, irrt. Bleicher: „Dabei wird der Schwerpunkt nicht bei Kundgebungen, sondern in Seminararbeit liegen“. Bleicher weiß nämlich, daß alle Arbeiter zwar gegen die Aussperrung sind, nur müssen „die Fähigkeiten gegen sie zu

Ein Betriebsratsmitglied kann im Rahmen eines Strafprozesses gezwungen werden, den Inhalt auch vertraulicher Gespräche zu offenbaren, die er im Rahmen seiner Betriebsratsstätigkeit mit Kollegen führt. Diese skandalöse Entscheidung traf kürzlich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

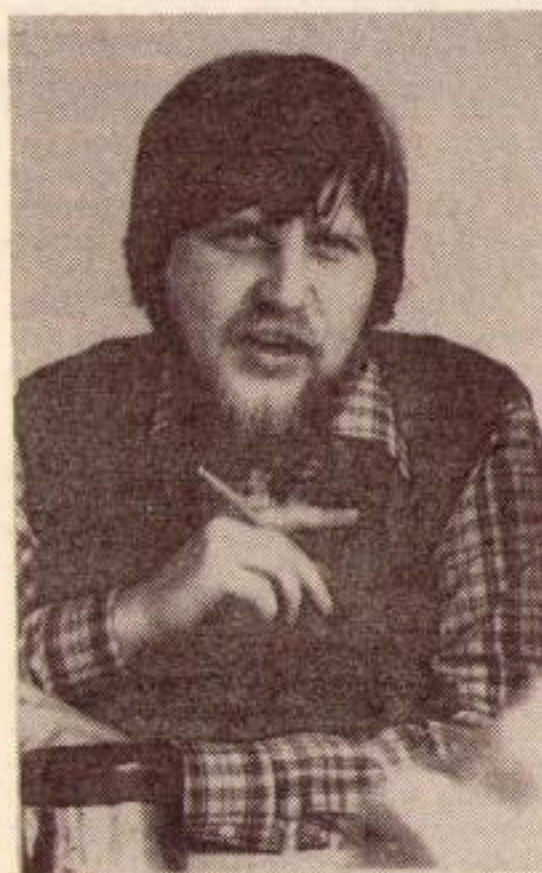
Dem betroffenen Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats der „Volvo Deutschland GmbH“ mit Sitz in Dietzenbach, Hans Harald Gabbe, droht nunmehr ein Verfahren sowie Beugehaft wegen „Strafvereitelung“.

Gabbe war während eines Ermittlungsverfahrens gegen einen Volvo-Kollegen von Kripo-Beamten hinzugezogen worden. „Ich sollte auf den Mann einwirken, damit er eine Aussage macht“. Kurz darauf verlangte die Kripo, daß Gabbe über sein Gespräch mit dem beschuldigten Volvo-Kollegen aussagt. Doch der Betriebsratsvorsitzende, völlig überrascht von diesem Ansinnen, berief sich auf sein Zeugnisverweigerungsrecht und schwieg. Daraufhin drohte ihm der Ermittlungsrichter ein Ordnungsgeld an. Auch das Landgericht und das Oberlandesgericht wollten ihm kein Zeugnisverweigerungsrecht aufgrund seiner Betriebsratsfunktion zugestehen. Das Karlsruher Bundesverfassungsgericht hielt seine Verfassungsbeschwerde zwar für grundsätzlich zulässig, nahm sie aber „mangels Erfolgsaussicht“ nicht an. In der Begründung für ihre Entscheidung spre-

Betriebsrat von Beugehaft bedroht Betriebsratsrechte weiter eingeschränkt

chen die Verfassungsrichter einem Betriebsratsmitglied grundsätzlich eine besondere Vertrauensbeziehung zu den von ihm vertretenen Arbeitnehmern ab: „Das Betriebsratsmitglied ist nach seiner Aufgabenstellung nicht mit den in der Strafprozeßordnung genannten Berufsständen vergleichbar, deren Berufsbild durch die Begrün-

dung höchstpersönlicher, grundsätzlich keine Offenbarung duldender Vertrauensverhältnisse gekennzeichnet ist“. Zu diesen Berufsgruppen zählen beispielsweise Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Priester, Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker und Hebammen. Ihnen billigt der § 53 der Strafprozeßordnung ein Zeugnisverweigerungsrecht zu.



Volvo Betriebsratsvorsitzender Gabbe

Betriebsrat Gabbe zieht aus dieser Entscheidung die Konsequenz, daß „auf diese Weise die Betriebsräte zu Hilfskräften der Staatsanwaltschaft gemacht werden können“. Auch nach dem Spruch der Verfassungsrichter will Gabbe sich so verhalten, daß das in ihn gesetzte Vertrauen seiner Kollegen gerechtfertigt bleibt. Angesichts der Drohung mit dem Haftbefehl gab er zwar bei einer neuerlichen Vernehmung bei der Staatsanwaltschaft einiges zu Protokoll, jedoch „nichts Belastendes, die Aussagen waren verschieden auslegbar“ (Spiegel, 16.4.). Denn der Betriebsrat muß befürchten, daß — sollte er in Beugehaft genommen werden — er wegen Abwesenheit fristlos entlassen wird.

Offen ist bisher noch, ob der Ermittlungsrichter sich mit Gabbes bisherigen Aussagen zufrieden geben wird. Nach wie vor ist der Kollege von Knast bedroht, weil er seine Aufgabe als Vertreter seiner Kollegen ernst nimmt.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Gewerkschaften in der Sackgasse

Die Gewerkschaften stehen unter scharfem Druck der unternehmerischen Aussperrungspraxis. Als „Sozialpartner“ sind sie darauf eingerichtet, den Arbeitskampf als Ausnahme bzw. „letztes Mittel“ anzuwenden; die Aussperrung bedeutet aber nicht nur politischen, sondern auch finanziellen Druck. So errechneten die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ 3/79:

- Im nordwürttembergischen Metallarbeiterstreik wurden aus den Gewerkschaftskassen für 80.000 Streikende 48 Millionen DM Streikgelder gezahlt, zusätzlich aber mußten für 120.000 von den Unternehmern Aussperrte 82 Millionen DM gezahlt werden;
- im Druckerstreik 1978 zahlte die IG Druck 3 Millionen DM Streik-

GEW

Na Bitte! Auch Lehrer dürfen „Atomkraft? Nein Danke!“-Plakette tragen

Westberlin: Westberliner Lehrerinnen und Lehrer dürfen die Plakette „Atomkraft? Nein Danke!“ auch im Dienst tragen. So entschied am 20.4. die 5. Kammer des Verwaltungsgerichts aufgrund einer Klage von 3 Lehrerinnen gegen die Westberliner Schulbehörde.

Der Plakettenstreit begann im November 1977: Per „innerdienstlicher Weisung“ verbot der Neuköllner Stadtrat Böhm einer Lehrerin, im Dienst die Anti-Atomkraft-Plakette zu tragen. Als Rechtsgrundlage wurde ein Magistratsbeschluss von 1948 herausgekratzt, der Beamten das Tragen außerdienstlicher Abzeichen „jeder Art und Form“ verbietet. Die Schulräte der Bezirke Steglitz und Tempelhof zogen mit ähnlichen „Initiativen“ nach. Der Widerspruch der betroffenen Lehrerinnen und Lehrer wurde von der Senatsschulverwaltung mit Hinweis auf das Beamtengesetz als „unzulässig“ zurückgewiesen. Daraufhin reichten über ein Dutzend Lehrerinnen und Lehrer Klage ein.

Als am 20.4. die ersten drei Klagen verhandelt wurden, war der Gerichtssaal gerammelt voll. Ca. 70 Kolleg/innen - meist mit Plakette am Pullover - bekundeten ihre Solidarität.

Zunächst begründete ein Vertreter der Senatsschulverwaltung noch einmal das Plakettenverbot mit der „Pflicht zur politischen Mäßigung und Zurückhaltung“ aus dem Beamtengesetz, dem er den Vorrang gegenüber dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung einräumte. Zwar könne der Lehrer seine Meinung zur Atomkraft auch im Unterricht äußern, aber nur nach einer „pluralistischen Ausbreitung“ der unterschiedlichen Standpunkte. Das Tragen von Plaketten sei jedoch „einseitig“ und „pädagogisch unsachgemäß“.

Von den betroffenen Lehrerinnen wurde der Vorwurf der „Indoktrination“ zurückgewiesen. Zwei von

ihnen legten dar, daß die Plakette häufig ein Anstoß für eine Diskussion über das Für und Wider der Atomkraft sei. Unterrichtsmaterialien, mit denen sie zu tun hätten, rechtfertigten hingegen einseitig die Kernkraft als unverzichtbar. Sie wollten ihre Meinung nur offen zur Diskussion stellen. Eine Lehrerin: „Es gibt kein neutrales Handeln in der Schule. Auch Schweigen ist eine Meinungsäußerung. Im Schulgesetz steht, wir sollen den Schülern Achtung beibringen vor politischen Überzeugungen. Wir bekommen gerade bei Jugendlichen eine große politische Lethargie. Wenn wir jetzt zurückweichen und die Plakette abnehmen, wie sollen wir ihnen dann Achtung vor politischer Überzeugung beibringen? Wir haben unsere Eltern doch auch gefragt: was habt ihr damals dagegen getan? Was soll ich denn jetzt meinen Kindern erzählen, was ich getan hab?“

Das Gericht entschied zugunsten der Klägerinnen: Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung als eines der „wertvollsten Güter der Menschheit“ habe im Falle einer Plakette, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu vereinbaren sei, Vorrang vor dem Beamtenrecht. Eine offizielle mündliche Begründung der Entscheidung wurde jedoch nicht gegeben, „um bei der schwierigen rechtlichen Lage keinen Raum für Fehlinterpretationen vor dem schriftlichen Urteil zu lassen“.

Dennoch: Das Tragen von Anti-Atomkraft-Plaketten in der Schule ist sowohl verbeamteten als auch nicht-verbeamteten Lehrern erlaubt. Aber auch in Westberlin ist noch nicht alles entschieden: Die Senatsschulverwaltung will die schriftliche Urteilsbegründung abwarten und dann entscheiden, ob sie vor dem Oberverwaltungsgericht Berufung einlegen wird.

(Informationen lt. Tsp., 21.4.79 und Taz, 23.4.79)

KB/Gruppe Westberlin

Erfolge im Kampf gegen das Plakettenverbot

Erfolge im Kampf gegen das Plakettenverbot

Gegenwärtig können die Lehrer in Westberlin und Hamburg wieder die Anti-Atomkraft-Plakette im Unterricht tragen, ohne dienstliche Konsequenzen fürchten zu müssen. Das ist das wesentliche Ergebnis von drei neuen Gerichtsurteilen, die jetzt gefällt wurden. Die Auseinandersetzung ist damit aber noch keineswegs abgeschlossen.

In Hamburg wurden zwei sich total widersprechende Gerichtsurteile gefällt. Während das Verwaltungsgericht eine Klage der GEW abwies und damit die Rechtmäßigkeit der Verbotsverfügung der Behörde ausdrücklich bestätigte, erklärte das Landesarbeitsgericht, das für angestellte Lehrer zuständig ist, in einer Berufungsverhandlung das Tragen der Plakette für rechtmäßig.

Das Verwaltungsgericht erklärte: „Die Verpflichtung zur maßvollen und zurückhaltenden politischen Betätigung fordert von der Klägerin, das Tragen der Plakette zu unterlassen“ und bescheinigte dem Tragen der Plakette „einen politischen Charakter“. Die Unterrichts- und Erziehungsziele der Schule würden durch die Plakette erheblich beeinträchtigt. Aber es kommt noch toller. Plakettenträger Lehrer werden in die Nähe militanter Gruppen gerückt: „So wird die Plakette nicht nur von den Angehörigen der Bürgerinitiativen für Umweltschutz getragen, sondern auch von radikalen und militanten Atomkraftgegnern. Dadurch, daß gerade diese zuletzt genannten Gruppen wegen ihrer Aktionen auf den Baustellen von Kernkraftanlagen ins Rampenlicht der Öffentlichkeit geraten sind, besteht für die übrigen Plakettenträger immer eine gewisse Gefahr, zu diesen gerechnet zu werden.“ Und so sind die Erziehungsziele deshalb beeinträchtigt, „weil jederzeit die Möglichkeit besteht, daß der Schüler den Plakettenträger — möglicherweise unbewußt — mit militanten oder radikalen Kernkraftgegnern in Verbindung bringt und auf diese Weise erhebliche und gefährliche Vorurteile in sich aufbaut“.

Ähnlich schräg ist auch die Auffassung des Gerichts, wenn es zwar unzulässige Beeinflussung der Schüler wittert, sich aber nicht festlegen will, „ob die Schüler hierdurch zugunsten einer Gegnerschaft gegen Atomkraft beeinflusst werden oder im gegenteiligen Sinne“.

Noch konfuser wird das Ganze durch das am 4.4. ergangene Urteil des Landesarbeitsgerichts, das genau entgegengesetzte Auffassungen vertrat: Das Tragen der Plakette verstößt nicht gegen das Zurückhaltungsgebot bei politischer Betätigung oder gegen die Amtsstellung der Lehrer nach dem Schulgesetz.

Wer jetzt zu dem Schluß kommt, daß angestellte Lehrer weitergehende Rechte haben, der wird durch einen Beschluß des Westberliner Verwaltungsgerichtes vollends verwirrt: Es beschloß am 20.4., daß es bei der Plakette einen Vorrang der Meinungsfreiheit gegenüber beamtenrechtlichen Einschränkungen gäbe.

Angesichts dieser Rechtslage wollen jetzt die Schulsensoren in Westberlin und Hamburg das Tragen der Plakette im Unterricht zunächst dulden. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg der demokratischen Lehrer, war es den Senaten doch gelungen, mit ihren Plakettenverboten die Anti-AKW-Abzeichen im Großen und Ganzen aus den Schulen zu verdrängen.

Witzigerweise schlägt der Hamburger Schulsensor Grolle jetzt vor, den Konflikt doch pädagogisch und nicht juristisch auszutragen. Er appelliert „ausdrücklich und eindringlich an die Lehrer, dieses als eine Frage ihrer pädagogischen Verantwortung zu sehen und jetzt nicht auf dem Rücken der Schüler diesen Rechtsstreit in der Schule auszutragen.“

Während die Behörde jetzt an die „pädagogische Einsicht aller Beteiligten“ appelliert, bereitet sie die nächsten juristischen Schritte schon vor: Notfalls wolle man bis zum Bundesarbeitsgericht gehen, erklärte Senator Grolle bereits (NDR II, 23.4.)

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Frister übernimmt Regierungspropaganda Beamtenstreik nicht zulässig

Viel Staub hatte Frister vor wenigen Wochen mit der Ankündigung aufgewirbelt, die GEW werde ihre Mitglieder zu Kampfmaßnahmen für eine Verkürzung der Arbeitszeit aufrufen. Doch die Geister, die er damals rief, mag er heute gar nicht mehr. Denn in den Landesverbänden Hamburg und Hessen hatte man seinen Aufruf ernst genommen, aber eben ernster als es Frister als sozialdemokratischem Funktionär lieb ist. Fristers Vorstellungen beschränkten sich darauf, Umfragen unter Mitgliedern durchzuführen und die Mitglieder zu individuellem Boykott der Schulverwaltungsarbeit aufzurufen. Es war nicht einmal geplant, aus der Verweigerung der Arbeitskorrektur bzw. Zeugnisgebung eine kollektive gewerkschaftliche Kampfkraft mit Verpflichtungen für jedes GEW-Mitglied zu machen. Jedes Mitglied sollte individuell entscheiden, ob es sich den Maßnahmen anschließt. Diese von vornherein eingeplante Spaltung schließt den Mißerfolg schon in der Berechnung mit ein. Definitiv verzichten wollte der Hauptvorstand auf das Mittel der Urabstimmung und des Streiks. Hier zogen die Landesverbände Hessen und Hamburg nicht mehr mit. Mit großer Mehrheit beschloß die Hamburger Vertrauensleuteversammlung: „Grundsätzlich muß sich eine Gewerkschaft das gesamte Spektrum möglicher Gegenwehr offenhalten. Mit Entschiedenheit weist die VV der GEW Hamburg jeden Versuch gewerkschaftlicher Selbstdisziplinierung zurück“. Mit der gleichen Zielrichtung hatte noch vor der Landesvertreterversammlung in Limburg der hessische Landesvorsitzende Harnischfeger einen offenen Brief an Frister gerichtet, in dem er betonte, daß der „Landesvorstand der GEW Hessen keinerlei Verständnis dafür (habe), daß sich der Bundesvorsitzende der GEW öffentlich und ohne Rücksprache mit den Gremien der GEW bereits jetzt auf die Vermeidung eines Arbeitskampfes in Sachen Arbeitszeit der Lehrer festgelegt hat“. Die vorgelegten Maßnahmen zur individuellen Dienstverweigerung seien nicht dazu geeignet, „eine gemeinsame Front zur Durchsetzung unserer Forderungen zu erreichen“. In dem zitierten Brief wurde schließlich Skepsis angemeldet, ob Frister den Streik als gewerkschaftliches Arbeitskämpfmittel überhaupt „als zur Zeit verfügbar“ ansehe.

Wie berechtigt die Skepsis war, zeigte sich dann auf der hessischen Landesvertreterversammlung, an der Frister persönlich teilnahm. Es kam zum vorausgesehenen Eklat, als er versuchte, den hessischen Delegierten den Streik auszureden. In oberlehrerhafter Manier bezeichnete er die Streikabsichten als „voreilig und vorlaut“ und „hielt den Delegierten ein ausführliches Kolleg“ („FAZ“, 5.4.) über den Entscheidungsprozeß zur Arbeitszeit auf Regierungsseite und darüber, daß ein Streikbeschuß vom Thema Arbeitszeit ablenke, da er in der Öffentlichkeit eine Debatte über die Zulässigkeit des Beamtenstreiks auslösen würde. Fazit: Streiküberlegungen können in der GEW ganz aufgegeben werden, da sie diese Problematik immer aufwerfen.

Daß Frister jedoch viel grundsätzlicher den Lehrertreik in Frage stellt, zeigt sich nicht zuletzt an seinem Hinweis auf das Urteil des Bundesdisziplinargerichtes gegen den Vorsitzenden der Fluglotsenvereinigung, Kassebohm, der nach seinem Streikauftritt aus dem Beamtenverhältnis entlassen wurde („FAZ“, a.a.O.). Dieses Urteil dürfe man nicht bagatelisieren. „Wenn ihr glaubt, wir können außerhalb des rechtlichen und verfassungsrechtlichen Rahmens der Bundesrepublik handeln, seid ihr auf dem Holzweg“ („FAZ“, a.a.O.). Damit verläßt Frister die von der GEW vertretene Position, daß der Beamtenstreik rechtlich keineswegs unzulässig ist. Dabei hatte sich die GEW auf die auch vom Deutschen Bundestag ratifizierte Europäische Sozialcharta gestützt und darauf, daß bisherige Urteile vor deutschen Gerichten die Frage des Beamtenstreiks nie endgültig geklärt haben. D.h. selbst bei legalistischer Betrachtungsweise ist bisher ein Beamtenstreik nicht ausgeschlossen. In besonderem Licht erscheinen Fristers Ausführungen, wenn man bedenkt, daß er noch auf der Protestversammlung anlässlich der Hamburger Urabstimmung im Juni 77 selbst erklärte: „Es ist reine Arbeitgeberpropaganda, wenn gesagt wird, es sei unrecht wenn Beamte streiken“ („HLZ“ 9, 25.6.77, S.15).

Bei den hessischen Delegierten kam Frister jedoch nicht gut an. Mit Buh-Rufen, Pfiffen und Gejohle wur-

de seine Rede quittiert. Verabschiedet wurde sowohl der oben zitierte Brief von Harnischfeger als auch der Antrag des Landesvorstandes, der eine Stunde weniger Unterricht für alle Lehrer und eine Höchststundenzahl von 25 fordert und Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik umfaßt. Sollten bis Ende Oktober/Anfang November die Verhandlungen mit der Regierung negativ verlaufen, soll der Landesvorstand kurzfristig eine Hauptausschuß-Sitzung einberufen, „die über Beantragung von Urabstimmung und Warnstreik beim Hauptvorstand entscheidet“.

Auch auf der Hamburger Vertrauensleuteversammlung wurde eine Entschließung verabschiedet, noch vor den Sommerferien eine erneute Versammlung einzuberufen, die über Kampfmaßnahmen (bis hin zum Streik) beschließen soll.

Angesichts der deutlichen Abfuhr, die Frister erfahren hatte, richtete er sich am 12.4. in einem Brief an Harnischfeger, in dem er sich dümmlich gegen den Eindruck verwahrte, „es gäbe einen streikbereiten und streikfähigen Landesverband Hessen auf der einen Seite und auf der anderen Seite einen streikunwilligen bzw. unentschiedenen Hauptvorstand“. Kleinlaut stellte der fest, daß die „Frage, ob der Landesverband Hessen oder Teile des Landesverbandes Hessen als Urabstimmungsbereich einen Antrag an den Hauptvorstand wegen eines Streiks richten, ... ausschließlich in die Zuständigkeit der Organe des Landesverbandes Hessen (falle). Der Hauptvorstand wird sich, wie in vorhergehenden Fällen, einem solchen Antrag nicht verschließen, wenn das Streikziel im Rahmen der Gewerkschaftspolitik der GEW liegt und wenn die Streikbereitschaft und Streikfähigkeit im Urabstimmungsbereich glaubwürdig dargestellt werden können“. Er vergab hinzuzufügen, daß alle diesbezüglichen Anträge bisher vom HV abgelehnt wurden. Soll es diesmal anders sein, gehört schon mehr dazu, als ein VV-Beschluß. Dazu gehört eine rebellierende Mitgliedschaft mit der Unterstützung anderer am Schulkampf beteiligten.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Neuer Trick zur Abschaffung der Mitgliederversammlungen

Zu einer höchst bemerkenswerten Entscheidung ist die Bundesschiedskommission der GEW in ihrer Sitzung am 21. Februar gekommen: Mitgliederversammlungen, die in vielen Bezirks- und Kreisverbänden der GEW die obersten beschlußfassenden Organe sind, sind nun dann beschlußfähig, wenn mindestens 50% der Stimmberechtigten an der Versammlung teilnehmen. Diese Entscheidung wurde mit Kenntnis der Tatsache gefaßt, daß es heute kaum möglich ist, mehr als die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder zur MV zu mobilisieren. Daran gemessen kommt dies einer Abschaffung der MVs gleich.

Um diesem Beschluß seine offensichtliche Kuriosität zu nehmen und um die Entscheidung der Bundesschiedskommission abzusichern, tritt am 28.4. der Hauptausschuß der GEW-Bund zusammen, der nach dem Vorschlag der Bundesschiedskommission ein kleineres Quorum beschließen soll. Auch wenn die Anwesenheit von 20% oder 30% der Stimmberechtigten auf Mitgliederversammlungen verlangt werden sollte, bedeutet dies das Ende von beschlußfassenden Mitgliederversammlungen in der GEW — es klingt bloß nicht so offenkundig grotesk.

Die Bundesschiedskommission begründet ihre Satzungslegung mit der Geschäftsordnung der Vertreterversammlung der GEW (Gewerkschaftstag), für die ein 50%-Quorum gilt. Weil es am Schluß dieser Geschäftsordnung für dieses alle drei Jahre tagende Gremium heißt: „Diese Geschäftsordnung gilt sinngemäß auch für alle sonstigen Sitzungen und Tagungen der GEW“, schlußfolgert die Bundesschiedskommission messerscharf, daß alle Sitzungen und Tagungen der GEW nur beschlußfähig sind, wenn 50% der Stimmberechtigten anwesend sind.

Die Vorgänge, die zu diesem Spruch der Bundesschiedskommission

geführt haben, sind mindestens ebenso bedeutsam wie der Beschluß selbst und belegen eindrucksvoll das Demokratieverständnis dieser Leute.

Die Auseinandersetzung begann im Kreisverband Hanau der GEW-Hessen. Bei den letzten Kreisvorstandswahlen standen sich zwei Kollektive gegenüber, eines aus passiven GEW-Funktionären und eines, in dem auch linke Kollegen der dortigen Gesamtschulen vertreten waren. Gewählt wurde nach dem undemokratischen Briefwahlverfahren (siehe letzter AK), wobei sich die Rechten knapp durchsetzten. Dann geschah erst einmal gar nichts. Schulgruppen stellten Anträge auf Durchführungen einer Mitgliederversammlung, die das höchste Organ des Kreisverbandes ist, der Vorstand rührte sich nicht. Die CDU hetzte gegen den Unterricht an den dortigen Gesamtschulen, Berufsverbote wurden verhängt — der Vorstand blieb stumm.

Erst neun Monate nach der Wahl, am 27.9.78 fand die erste Mitgliederversammlung statt, auf der es hoch herging. Die Untätigkeit des Vorstandes wurde aufgezeigt, der Vorstand wurde aufgefordert zurückzutreten. Immerhin 130 von 800 stimmberechtigten Mitgliedern waren zu dieser Versammlung erschienen. Der Kreisvorstand legte einen neuen Satzungsentwurf vor, nach dem die Mitgliederversammlung durch ein Delegiertensystem ersetzt werden sollte, was in der Versammlung auf wenig Gegenliebe stieß. Es wurden Beschlüsse zur weiteren Arbeit des Kreisverbandes gefaßt, die aber vom Vorstand allesamt ignoriert wurden.

Zwei weitere Mitgliederversammlungen verliefen nicht anders. Als nach einer Aufführung des Theaterstückes „Darüber spricht man nicht“ durch das Theater am Turm an einer Gesamtschule Lehrer diffamiert wurden, blieb der Vorstand untätig, ob-

wohl er durch Beschlüsse zum Handeln aufgefordert worden war. Das Votum der Mitgliederversammlung, die GEW-Liste zu den Personalwahlen demokratisch aufzustellen, wurde von ihm ignoriert.

Derart von der Mitgliedschaft unter Druck gesetzt, wollte sich der Kreisvorstand dann der Kritik auf andere Weise entziehen. Er ließ per schriftlicher Urabstimmung unter allen Mitgliedern über seinen Satzungsentwurf zur Einführung eines Delegiertensystems abstimmen. Dagegen klagten fortschrittliche Kollegen vor der hessischen Landesschiedskommission, die die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen für rechtmäßig erklärte und feststellte, daß der Kreisvorstand verpflichtet ist, die Beschlüsse der Mitgliederversammlung durchzuführen. Die Schiedskommission kassierte auch gleich die Wahlen ein und versiegelte sie.

Daraufhin gingen die Rechten vor die Bundesschiedskommission, die den Beschluß der Landesschiedskommission aufhob und den Rechten in allen Punkten Recht gab. Ihr wesentliches Argument: Die Mitgliederversammlung sei nicht beschlußfähig gewesen, da nicht 50% der stimmberechtigten Mitglieder anwesend waren. Der Beschluß des Kreisvorstandes, eine Urabstimmung durchzuführen war zweckmäßig „weil nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen im Kreis Hanau eine beschlußfähige Mitgliederversammlung nicht zu erwarten ist“.

Die Landesvertreterversammlung der Hessischen GEW fordert den Hauptausschuß auf, das Urteil der Bundesschiedskommission zurückzunehmen, der Landesvorsitzende Harnischfeger legte gegen die Entscheidung der Bundesschiedskommission Einspruch ein.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Acht Jahre linke Betriebsratsarbeit

Betriebsratspolitik aus der Sicht oppositioneller Texaco-Betriebsräte

Der heutige Kreis oppositioneller Betriebsräte der Texaco-Hauptverwaltung in Hamburg ging hervor aus denjenigen Kollegen, die erstmals 1972 – damals noch als Liste der IG Chemie – auf Anhieb die Mehrheit im fünfzehnköpfigen Betriebsrat erreichten. Wir stellten sowohl den Vorsitzenden als auch die weiteren Freigestellten. Gleichzeitig bauten wir in der Hauptverwaltung einen IG-Chemie-Vertrauenskörper auf, gewannen in einem Jahr etwa 150 Angestellte für die Gewerkschaft, wurden in die Tarifkommission gewählt. Wir gaben eigene IG-Chemie-Veröffentlichungen heraus, in die uns niemand hineinredete. Doch diese schwungvolle Gewerkschaftsarbeit stieß bald auf Schwierigkeiten. Anlässlich der Aufsichtswahlen gaben der BR-Vorsitzende und ein Freigestellter mehrere Flugblätter heraus, in denen der Mitbestimmungsschwindel entlarvt wurde. Beide wurden aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Als die beiden von den Vertrauensleuten trotzdem zu den Sitzungen eingeladen wurden, drohten die Hamburger IG-Chemie-Führer, den Saal polizeilich räumen zu lassen.

Es gelang ihnen schließlich, einige der Betriebsräte auf ihre Seite zu ziehen. Der Betriebsrat wurde funktionsunfähig und löste sich auf. Bei den vorgezogenen Neuwahlen kämpfte die Bürokratie mit harten Bandagen. Der Betriebsratsvorsitzende wurde in Flugblättern als geisteskrank verleumdet, eine Broschüre mit dem Titel „Was wollen die Chaoten?“ wurden von den Gewerkschaftsführern in Massenaufgabe verbreitet. Bei der vorgezogenen

Neuwahl kandidierten die meisten IG Chemie-Vertrauensleute gemeinsam mit den Ausgeschlossenen auf einer Liste und wurden prompt auch ausgeschlossen. Trotzdem erreichten wir 35 Prozent. Die DAG, die sich aus dem Konflikt herausgehalten hatte, bekam 50 Prozent, während die offizielle IG Chemie-Liste bei 15 Prozent hängenblieb. 1978 war ein Zustand erreicht, der wieder eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den ausgeschlossenen oppositionellen Betriebsräten und den Betriebsräten und Vertrauensleuten der IG Chemie zuließ. Alle Gruppen, inklusive DAG, einigten sich auf eine Persönlichkeitswahl. Dabei erreichte der ehemalige (ausgeschlossene) Betriebsratsvorsitzende mit 60 Prozent die meisten Stimmen, der seinerzeit mit ihm ausgeschlossene wurde mit 53 Prozent Zweiter, und auch der Fünfte war ein ausgeschlossener Oppositioneller. Wir arbeiten im Betrieb als Betriebsgruppe, die sowohl aus Ausgeschlossenen wie aus organisierten Gewerkschaftlern gleichermaßen besteht, und geben seit sechs Jahren ziemlich kontinuierlich eine Betriebszeitung heraus, die „Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft“.

Die geschilderten Stationen gewerkschaftspolitischer Auseinandersetzungen haben uns zwar mit unterschiedlicher Intensität in Atem gehalten, führten aber eigentlich nie dazu, daß wir die gemeinsam mit Kollegen entwickelten betriebspolitischen Ziele vernachlässigten. Das ist eher feststellbar in unseren gewerkschaftspolitischen Zielen.

Die Opposition im Betriebsrat

Oppositionelle Betriebsräte stehen in der Regel vor der Frage: Wie können wir Entscheidungen beeinflussen gegen eine Übermacht? Wie z.B. die Bayer-Kollegen schreiben, wird ihre Mitarbeit sowohl bei den Freistellungen als auch in den Betriebsratsausschüssen verhindert. Häufig werden aber gerade Entscheidungen der Betriebsratskörper von undemokratischen Betriebsratsmehrheiten in die Ausschüsse delegiert. Dort sitzt dann häufig kein Oppositioneller mehr. Im Betriebsrat konnte die Anwesenheit der oppositionellen Betriebsräte nicht verhindert werden, weil in die Wahl der Kollegen nicht eingegriffen werden konnte. Also verlegt man das Ausschalten der Opposition auf die Betriebsratsentscheidungen und in die Wahl der Ausschüsse. Dort hat man die Mehrheit.

Die Betriebsratsopposition ist dann mehr denn je gezwungen, einen Weg zu gehen, der ihrer Grundorientierung entspricht, nämlich gemeinsam mit den Kollegen aus den Abteilungen oder der gesamten Kollegenschaft Forderungen und Anträge zu entwickeln und diese durch eine eigene Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Die Kollegen von Bayer schreiben, die Betriebsratsmehrheit wolle nicht nur die Arbeit der oppositionellen Betriebsräte erschweren, wenn sie diese aus den wichtigsten Ausschüssen fernhalte, sondern sie auch von den wichtigen Entscheidungen fernhalten, die in den verschiedenen Ausschüssen getroffen werden.

Unseres Erachtens geschieht das noch nicht einmal so sehr, um die Kollegen zu schrecken, die in den verschiedenen Ausschüssen getroffen werden.

Unseres Erachtens geschieht das noch nicht einmal so sehr, um die Entscheidungen zu treffen, die die partnerschaftlich ausgerichtete Mehrheit treffen will. Dafür hätte es gelangt, nur jeweils eine Minderheit der Opposition in den Ausschüssen zuzulassen. Die Entscheidungen wären dann auch gesichert. Sie könnten in den Ausschüssen das gleiche Prinzip verfolgen, wie im Betriebsrat selbst. Man überläßt der Opposition zwei bis drei Wortmeldungen, würgt dann die Debatte ab und entscheidet, was schon abgesprochen war.

Die Politik der Bürokraten ist darauf aufgebaut und existiert u.a. dadurch fort, daß ihre Entscheidungen der Betriebsöffentlichkeit nicht bekannt werden. Die Orientierung der Oppositionsgruppe bei Bayer, alle eingebrachten Anträge im Betrieb bekannt zu machen und die Kollegen über die Betriebsratsbeschlüsse zu informieren, zwingt also die Sozialpartner, die Opposition von Informationsquellen fernzuhalten.

Wer kennt nicht den Betriebsratskörper, der reibungslos jeder vom Kapitalisten vorgelegten Kündigung eines Kollegen zustimmt und diese Tatsache auf der Betriebsversammlung verschweigt – sollte überhaupt eine stattfinden – sich aber stattdessen damit brüstet, daß die Kettel der Handwerker in Zukunft alle drei Tage gewaschen werden?

Die Gewerkschaftsopposition in der Texaco steht schwerpunktmäßig vor anderen Problemen. Unsere Betriebsratszusammensetzung (6 DAG, 5 IG Chemie und 4 Gewerkschaftsopposition) hat das Ergebnis der Persönlichkeitswahl von 1978 auch in den Entscheidungsbahnen gewürdigt. Die meisten Stimmen erhielten zwei ausgeschlossene Gewerkschafter. Dem im Stimmenergebnis deutlich gewordenen Belegschaftswillen folgend sind beide freigestellt, einer von ihnen ist BR-Vorsitzender. Die Ausschüsse werden entsprechend dem Wahlergebnis von allen besetzt.

Nur wenn Fristen zwischen Betriebsratsitzungen einzuhalten sind, trifft nicht der Betriebsratskörper insgesamt die Entscheidungen. Wenn der geschäftsführende Ausschuß der Fristen wegen Entscheidungen zu treffen hat, muß er diese dem Gesamtgremium gegenüber verantworten. Alle Betriebsratsmitglieder erhalten vor Sitzungen die Beschlüsse schriftlich.

Da diese Prinzipien auch in den Tagesentscheidungen des Betriebsrates zum Ausdruck kommen, stehen wir beileibe nicht in der oppositionellen Minderheitenrolle fernab von Entscheidungen. Bei uns ist es umgekehrt: Wir bestimmen wesentlich mit, welche Politik der Betriebsrat macht. Das ist der Kollegenschaft bekannt. Hierin liegt ein wesentlicher Unterschied. Normalerweise trifft die Betriebsratsmehrheit Entscheidungen gegen Forderungen der Kollegenschaft, den Oppositionellen bleibt es überlassen, zu sagen wie die Entscheidungen eigentlich auszusehen hätten, ohne daß sie diese gegen den Kapitalisten als Betriebsräte umsetzen müssen. Bei Texaco stehen wir immer vor der Frage, wie können wir die richtigen Beschlüsse im Sinne der Kollegen auch gegen die Geschäftsleitung durchsetzen. Wir treffen uns allerdings in dem entscheidenden Punkt mit allen oppositionellen Betriebsräten, die von Entscheidungen triebstraten, die von Entscheidungen und Informationsquellen entfernt werden sollen: Wie gelingt uns die Entwicklung einer Kampfkraft unter den Kollegen, die allein Forderungen durchsetzen kann, gleichgültig ob vorher noch eine sozialpartnerschaftliche Betriebsratsmehrheit überwunden werden muß oder ob der Betriebsrat die Forderungen der Kollegen trägt. Es soll nicht verschwiegen werden, daß letztere Situation manches erleichtert. Denn für die Betriebsratsopposition ist es normalerweise schwer, sich mit den Forderungen der Kollegen gegen eine Betriebsratsmehrheit durchzusetzen, die in der Regel volle Unterstützung des Gewerkschaftsapparates erhält und bis hin zu Gerichtsverfahren alles unternimmt, die Opposition zum Schweigen zu bringen.

Für uns tritt dafür aber als Problem die wesentlich höher geschaubten Ansprüche der Kollegen in den Vordergrund. Das heißt, sie erwarten von uns, daß wir die „besseren Stellvertreter“ sind. Wir müssen aus unserer Praxis zumindest exemplarisch belegen, wie wir uns mit diesem Problem auseinandergesetzt haben, mit welcher Politik wir erfolgreich waren und mit welcher wir gescheitert sind.

Die analytische Arbeitsplatzbewertung

Die Texaco-Geschäftsleitung plante, ein Mitarbeiterbeurteilungssystem einzuführen, daß auf Grundlage einer analytischen Arbeitsplatz- und Charakterbewertung ein Auslese- und Arbeitsanreizinstrument werden sollte.

Wir brachten eine ausführliche Analyse dieses Systems in unserer Zeitung. Wir sagten, daß dieses System dazu geeignet sei, den Konkurrenzkampf der Kollegen untereinander zu schüren, weil der individuelle Kampf um eine bessere Punktzahl für den Kollegen zunächst einmal Vorteile verspricht. Wir sagten, daß der Unternehmer ein analytisches Auswahlverfahren von Menschen für künftige Rationalisierungen schaffen wolle. Wir sagten, der Unternehmer schaffe sich ein Instrument der Aus-

lese aller derer, die vom Produktionsprozeß ausgelagt werden, der Schwerbehinderten und derjenigen, die ihren Mund aufmachen und deshalb schlechter beurteilt werden.

Der Kollege selbst sollte nach dem Plan seine Beurteilung unterschreiben. Wir sagten, daß er damit eine Vorentscheidung treffe für seine Ausgliederung oder Versetzung. Denn der Unternehmer würde bei jeder Maßnahme darauf verweisen, daß schließlich der Arbeitnehmer selbst mit seiner niedrigen Punktzahl einverstanden gewesen war. Und wir kämpften öffentlich gegen eine Einführung von Prämien in Verbindung mit der Punktbewertung, weil ein Tarifkampf dadurch unterhöhlt wird zugunsten einer individuellen Punktreiterei.

Die Geschäftsleitung schrieb an die künftigen Beurteiler, meist leitende Angestellte, wie sie sich die Beurteilungserfolge vorstellte. Sie schrieb: „Wenn der Nikolaus kommt, werden die Kinder brav“, und meinte damit, daß die Arbeitnehmer allein durch das Wissen, wegen der Beurteilung ständig beobachtet zu werden, mehr arbeiten würden als gewöhnlich. Die Geschäftsleitung schrieb an die Beurteiler: „Deshalb genügt es nicht, nur vor Beurteilungen zu beobachten, sondern übere längere Zeiträume“. Das Papier kam in unsere Hände und wir veröffentlichten es. Wir forderten die Streichung eines Beurteilungswesens.



Der Betriebsrat lehnte ebenfalls mehrheitlich ab. Auf Betriebsversammlungen diskutierten wir mit Kollegen und wurden in unserer Haltung bestätigt. Der Beifall auf Betriebsversammlungen war eindeutig.

Dennoch wurde das Beurteilungswesen per Beschluß der Gesamt- und Konzernbetriebsräte für alle Texaco-Werke eingeführt, auch in der Hauptverwaltung. Außer unseren Delegierten gibt es in diesen Betriebsratskörpern keine Opposition. Sie werden gelenkt von den Gewerkschaftszentralen der IG Chemie, der IG Bergbau und Energie und der HBV. Unsere Delegierten stimmten wacker dagegen, nur die Stimmzahl reichte nicht. Allein das Prämien-System konnten wir verhindern. Geld gab es also nicht für gute Punkte.

Es fiel uns auf, wie begrenzt unser Einfluß ist. Wir können mit den Kollegen in unserem Betrieb sehr viel diskutieren und die Betriebsratswahlen

zeigten seit über sechs Jahren eine ständige Anerkennung unserer Positionen. Nur im gewerkschaftlichen Gesamtrahmen war der Einfluß nicht ausreichend.

Wir haben dann auf betrieblicher Ebene das Beurteilungswesen mit untergraben, soweit es sich nicht selbst untergrub. Vielfach erklärten sich Kollegen nicht einverstanden mit ihrer Beurteilung, verweigerten die Unterschrift oder riefen die Einigungs-kommission an, die zusammenzutreten sollte, falls Beurteilungsgrundsätze verletzt worden waren. Die Beurteiler waren verunsichert und wagten nicht mehr, schlecht zu beurteilen. Fast alle Kollegen im Haus waren „gute Mitarbeiter“. Die Geschäftsleitung forderte die Beurteiler schriftlich auf, schlechter zu beurteilen. Das Schreiben wurde von uns veröffentlicht. Wir forderten die Kollegen auf, ihre alte Beurteilung zu verteidigen.

Auch Kollegen in anderen Betrieben sammelten ihre Erfahrungen. Von dem angepriesenen Ziel der Beurteilung, Mitarbeiter zu fördern, war nichts wahr geworden. Selbst die dazu vorgesehenen Ausbildungsstellen bei der Texaco wurden aus Gründen der Kostenersparnis halbiert.

Der Druck wuchs und vor einem Monat entschied der Gesamtbetriebsrat der Texaco-Aktiengesellschaft, die Betriebsvereinbarung über das Beurteilungswesen wieder zu kündigen. Vier Jahre hatte es gedauert.

Die Betriebsordnung

Die Texaco legte allen Betriebsratskörpern den neuen Entwurf einer Betriebsordnung vor. Wir mußten gegen eine häufig anzutreffende Meinung ankämpfen, Ordnung müsse sein. Wer will auch schon gern bestohlen werden, ohne die Folgen rückgängig machen zu können. In dieser Weise werden Disziplinierungs- und Strafinstrumente der Kapitalisten gegen die Arbeiter und Angestellten angeboten.

Wir mußten deutlich machen, daß diese Ordnung nur ein einseitiges Repressionsinstrument in den Händen der Kapitalisten ist, dem Arbeitnehmer aber nichts anderes zu bieten hat als die Disziplinierung.

Der Betriebsrat in der Hauptverwaltung lehnte mehrheitlich eine neue Betriebsordnung ab und begründete seine Ablehnung auf einer Betriebsversammlung.

nur mit Einwilligung des Betriebsrates auszuüben.

§ 15: Die Arbeit ist pünktlich aufzunehmen. Wer aus dem Vorstand verspätet erscheint, hat sich unverzüglich beim Betriebsrat zu melden.

§ 15 Abs. 8: Bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit des Vorstandes unter Beachtung des Betriebsverfassungsgesetzes sowie des Arbeitsförderungs-gesetzes durch den Betriebsrat unter entsprechender Entgeltkürzung herabgesetzt werden (Kurzarbeit).

§ 24: Verstöße des Vorstandes gegen Bestimmungen der Betriebsordnung können vom Betriebsrat je nach ihrer Schwere mit mündlicher Verwarnung oder schriftlichem Verweis geahndet werden.

Eine Folge war, daß 9 der 15 Betriebsratsmitglieder gegen den presse-rechtlich verantwortlichen Betriebsrat einen Aushang in allen Betriebs-teilen beschloß, in dem ihm „Störung des Betriebsfriedens“ vorgeworfen wurde. Jeder mit dem Betriebsverfassungsgesetz Vertraute weiß, daß so ein Vorwurf für eine fristlose Kündigung ausreicht. Als Zeugen hätte der Kapitalist nur die 9 Betriebsratsmitglieder benennen brauchen. Unser Kollege verklagte die 9. Die 9 setzten sich zusammen aus IG Chemie und DAG. Sie wurden vertreten von zwei Anwälten, einer von der DAG, einer von der IG Chemie. Noch während des Prozesses tat es einigen von ihnen leid, als sie auf die Konsequenzen hingewiesen wurden. Schließlich betrachtete der Arbeitsrichter – wir hatten Glück – unsere Betriebsordnung als gelungene Satire und schlug vor, den Aushang sofort wieder abzu-hängen. Alle stimmten dem Vergleich zu. Am nächsten Tag hing an allen Stellen des Hauses ein Papier, dem zu entnehmen war, daß das Papier, das gestern noch hier hing, gemäß einem richterlichen Vergleich abgenommen werden mußte.

Offensichtlich hatten die Gewerkschaftsfunktionäre versucht, nach dem Gewerkschaftsausschluß eine Kündigung durch den Kapitalisten einzuleiten. Andererseits blieb der Betriebsrat bei seiner Ablehnung der Betriebsordnung. In der Hauptverwaltung der Texaco wurde die vorgesehene repressive Ordnung bis heute nicht eingeführt. Alle anderen Texaco-Betriebsräte haben die neue Betriebsordnung (ohne große Gegenwehr aus den Reihen der Kollegen) abgeschlossen.

Der Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – Beschallung

Der Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen – Beschallung

Die Texaco plante ein neues Bürogebäude in Hamburgs City Nord. Inzwischen sind wir eingezogen. Die City Nord ist eine reine Verwaltungs-Stadt, die etwa 30.000 Angestellte beherbergt. In dieser Nordstadt wurde das Grün mit Beton übergraben. Sie besteht nur aus Bürosilos, sicheren Betonumgrenzungen und asphaltierten Straßen. Im Texaco-Gebäude war vorgesehen, 300 Angestellte in die Großräume eines Stockwerks zu setzen. 300 Leute halten sich jedoch gegenseitig von der Arbeit ab, wenn alle telefonieren, rechnen, aufstehen und durch die Schreibtischlandschaft spazieren. Um eben die Räume gut zu nutzen und die Beobachtung eines jeden einzelnen durch den Chef zu garantieren und gleichzeitig akustische Störungen zu vermeiden, dachte sich die Geschäftsleitung aus, jeden auf eine andere Art und Weise akustisch zu isolieren. Über jeden Schreibtisch wurden zwei Lautsprecher installiert, die ein ständiges Rauschen von sich geben sollten. Musik wurde verworfen, weil die Geschmäcker zu unterschiedlich waren. Die Kollegen sollten mit dem Ton eines Wasserfalles 8 Stunden am Tag bereselt werden.

Die Kollegen wehrten sich gegen den Psychoterror. Wir ließen auf einer Betriebsversammlung darüber abstimmen. Alle, bis auf die leitenden Angestellten und die engere Crew der Personalabteilung waren dagegen. Die oppositionelle Gruppe verlangte öffentlich, daß die Kollegen pro Stockwerk darüber abstimmen sollten, ob sie beschallt werden wollten oder nicht. Die Geschäftsleitung wollte durchsetzen, daß die Beschallungsanlage erst einmal eingesetzt werden sollte. Danach könne man weitersehen. Eine Propagandaflut der Unternehmer setzte ein. Die gesamte bürgerliche Wissenschaft wurde bemüht. Der Betriebsrat beschloß, den Arbeitgeber zu verklagen. Vor Gericht konnte ein Vergleich erreicht werden. Der

Wir machten in unserer Betriebszeitung einen eigenen Vorschlag einer Betriebsordnung, über den wir mit der Geschäftsleitung verhandeln wollten. Unser „Entwurf“ übernahm die Paragraphen der Texaco-Ordnung im Wortlaut. Wir wechselten nur einige Begriffe aus. Unser Angebot hatte dann folgenden Wortlaut:

„Zur Regelung der Ordnung des Betriebes und des Verhaltens der Vorstandsmitglieder im Betrieb vereinbaren die Vertragsparteien die nachfolgende Betriebsordnung:

„§ 5: Nach Beratung mit der Belegschaft ist der Betriebsrat berechtigt, aus besonderen Gründen unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes auf die Dienstleistung des Vorstandes befristet zu verzichten.“

§ 12: Jedes Vorstandsmitglied ist verpflichtet, seine Arbeitskraft in den Dienst der Kollegen zu stellen und eine weitere Tätigkeit, die das Interesse der Kollegen beeinträchtigen kann,

Richter, der selbst keine Ahnung von solchen Dingen hatte, empfahl der Gegenseite unsere Empfehlung: Die Arbeitnehmer entscheiden zu lassen. Die Gegenseite nahm angesichts des Drucks aus der Kollegenschaft und des Gerichtsverfahrens an. Die Kollegen entschieden in einer geheimen Abstimmung. 73% waren dagegen. Die Beschallungsanlage, eine Investition von 300.000 DM, schweigt seitdem.

Wo sind unsere Grenzen?

Wir haben drei Fälle exemplarisch genannt, in denen wir Erfolge erzielen konnten. Die Grundlage dieser Erfolge waren in der Hauptsache unsere Öffentlichkeitsarbeit durch eine seit über 6 Jahren erscheinende Zeitung, die von den Kollegen akzeptiert wird, die Betriebs- und Abteilungsversammlungen, in denen wir mit den Kollegen die Forderungen diskutierten und verankerten, die Gesamtscheidungen des Betriebsrates und auf dieser Grundlage auch der juristische Weg. Gerade bei der Beschallungsanlage spielte die Abstimmung der Kollegenschaft auf der Betriebsversammlung auch vor Gericht eine nicht unerhebliche Rolle.

In all diesen Fällen zeigte sich der Gewerkschaftsapparat als unfähig, im Sinne der Kollegen einzugreifen. Zu sehr ist er auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kapital eingeschwenkt. Um so bedeutender waren die Gespräche mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, die im Betriebsrat bereit waren, gemeinsam mit den ausgeschlossenen Gewerkschaftern abzustimmen. Auch diese Abstimmungen kommen nicht bei jedem aus eigenem Verantwortungsbewusstsein. Sie werden häufig erzwungen durch die hergestellte Öffentlichkeit der Klassenprobleme und der Betriebsratsentscheidungen oder dem Wissen darum, daß veröffentlicht wird.

Andererseits wird aus unserer Praxis deutlich, daß wir auf bestimmte Dinge kaum oder gar keinen Einfluß haben, aufgrund der Gewerkschaftsausschlüsse oder unserer eigenen politischen Orientierung.

Tarif- und Gewerkschaftspolitik

Ein wesentlicher Aspekt muß vorausgeschickt werden: Die Kollegen der Mineralölwirtschaft verdienen Spitzenlöhne und -gehälter. Die Kapitalisten erkaufen sich mit relativ hohen Löhnen und Gehältern eine gewisse Ruhe in dem Wirtschaftszweig, ohne den alle anderen Branchen nicht leben könnten, der Energie.

Lohnrunden spielen deshalb zur Zeit keine große Rolle im Bewußtsein der Kollegen. Dennoch muß von uns klar erkannt werden, daß sie allein von den Gewerkschaftsfunktionären getragen werden. Wir stehen seit unserem Gewerkschaftsausschluß daneben.

Eine besondere Bedeutung erhält dieser mangelnde Einfluß auch deshalb, weil ein Wandel der tarifpolitischen Forderungen feststellbar ist. Die 35-Stunden-Woche z.B. hängt zum Teil noch unmittelbar mit unserem Kampf als Betriebsräte gegen Rationalisierung zusammen als Lohnforderungen. Obwohl wir mit dieser Feststellung keine Rangfolge nennen wollen.

Aber viel unmittelbarer zeigt sich unsere Isoliertheit an den oben genannten Beispielen unserer Politik. Unser Einfluß reicht nicht über die Tore des Betriebes, in dem wir arbeiten, hinaus, geschweige denn ist es uns gelungen, mit Gewerkschaftern anderer Mineralölbetriebe in Kontakt zu kommen, mit ihnen eine gemeinsame Politik abzusprechen.

Das liegt zum Teil an den Gewerkschaftsausschlüssen, durch die uns die Gewerkschaftsführer von innergewerkschaftlichen Debatten fernhalten. Das liegt zum anderen Teil aber auch an subjektiven Fehlern. Nach unseren Ausschlüssen wurde von einigen sehr kraß vertreten, ohne Gewerkschaftsapparat gehe alles viel besser, man könne unzensuriert schreiben, was man wolle. Dabei wurde übersehen, wie fest der Gewerkschaftsapparat die Entwicklung insgesamt immer noch in der Hand hat. Es wurde übersehen, wie wichtig gerade der Einfluß der Gewerkschaftsopposition im organisierten Gewerkschaftsapparat ist, und das umso mehr, wenn die Loderers und Hauenschildts an Vertrauen verlieren. Gemessen an dem notwendigen Einfluß der Gewerkschaftsopposition auf die Entscheidungsprozesse der Gewerkschaftsorganisation ist festzustellen, daß die relevante Gewerkschaftsopposition bedauerlicherweise in der Bundesrepublik nur zeitweise und sehr begrenzt zusammengearbeitet hat.

Das Recht, das unser Tun zu Unrecht stempelt

Im Oktober 1978 wurden die Verteiler unserer Betriebszeitung von der

Personaldirektion angeschrieben. Vor- geworfen wurde ihnen „Rufschädigung“ und damit ein Verstoß gegen die arbeitsvertragliche Treupflicht. Einen ähnlichen Brief erhielt der Betriebsrat: „Im Schriftsatz... vermitteln Sie die Meinung, die Deutsche Texaco AG könnte in 5 - 6 Jahren ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik aufgeben.“ Sollten sich derartige Äußerungen künftig wiederholen, wurden „persönliche Konsequenzen“ in Aussicht gestellt. Diesen jüngsten Briefen waren viele vorausgegangen: Ein Betriebsratsmitglied habe Personalüberlegungen öffentlich bekanntgegeben. Ein derartiges Verbreiten stelle eine vom Betriebsverfassungsgesetz nicht vorgesehene Form des Ausdrucks von Interessenkonflikten dar und verstoße deshalb gegen den Paragraphen 2 des Betriebsverfassungsgesetzes (vertrauensvolle Zusammenarbeit).

Der Betriebsrat habe der Geschäftsleitung in Zusammenhang mit einer Kündigung Willkür und sittenwidriges Verhalten vorgeworfen. Das verletze die Vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Der Betriebsrat habe eine Resolution gegen die Aussprüche des Bundestagsabgeordneten Franz Joseph Strauss in Chile veröffentlicht. Das verstoße gegen das Verbot der parteipolitischen Betätigung im Betrieb.

Die Aufzählung der Verbotsdrohungen wird von mir an dieser Stelle willkürlich beendet. Dem Betriebsrat wurde mitgeteilt, nach der neuesten Rechtsprechung reichten die Betriebsversammlungen zur Information der Belegschaft aus. Alle anderen Informationen, insbesondere schriftliche, würde dem Arbeitgeber nicht die Möglichkeit einer gleichzeitigen Stellungnahme geben. Das müsse aber nach der Rechtsprechung ermöglicht werden.

Wir sagten dazu im Auftrag des Betriebsrats auf einer Betriebsversammlung zum Schluß einer Rede: „Der Betriebsrat soll unter Berufung auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit zu einem Anhängsel der Geschäftsleitung gemacht werden. Die praktische und politische Legitimation beziehen wir aus unserem Verhältnis zur Kollegenschaft. Der Betriebsrat ist aufgefordert, in Konflikten Position für die Kollegen zu beziehen. Dazu wurde er gewählt. Wenn nicht alles zur Betrügerei ausarten soll, dann beansprucht jeder Kollege mit Recht, vom Betriebsrat unterstützt zu werden. Der Betriebsrat wird - so wie er sich heute zusammensetzt - nicht zu einem Organ der Geschäftsleitung, auch wenn das noch so häufig von den Herren gewünscht wird.“

Wie lange wir noch so sprechen können wissen wir nicht. Den ersten Einbruch hat es in unseren Betriebsrat schon gegeben. Die DAG-Betriebsräte distanzieren sich öffentlich von uns. Unsere verbreiteten Texte stimmten nur selten mit ihrer Auffassung überein. Das muß wohl in vielen Punkten auch so sein. Dennoch hatten selbst die DAG-Betriebsräte alle wesentlichen, auch politischen Entscheidungen im Betriebsrat bisher mitgetragen. Die ständige Verpflichtung auf den legal vorgeschriebenen Rahmen der Betriebsrätearbeit mußte aller Logik folgend standesgemäß zuerst die DAG umhauen.

In dem vorgegebenen legalen Rahmen der Betriebsrätearbeit liegen einerseits Möglichkeiten, wie die Ausnutzung einer Versammlungsfreiheit, der diversen Widerspruchsmöglichkeiten, die Vorgänge hinauszögern helfen, die Möglichkeit eines jeden Kollegen, Betriebsräte seines Vertrauens anzufordern, der Möglichkeit, über den unmittelbaren Arbeitsplatz hinaus mit Kollegen diskutieren zu können etc.

Andererseits lassen die politischen Leitparagrafen dieses Gesetzes nur einen sehr begrenzten Spielraum für eine Politik im Interesse der Kollegen im Betrieb zu. Sie sind natürlich getragen von der unbedingten Einhaltung der kapitalistischen Produktion. Das Gebot der Einhaltung des Betriebsfriedens soll den Wirtschaftsfrieden und die Ausbeutung sichern. Das Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Klassegegner bestimmt die ideologische Ausrichtung: Betriebsgemeinschaft. Das Verbot der parteipolitischen Betätigung im Betrieb soll jede politische Diskussion aus den Produktionshallen verbannen. Die neuere Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts hat bereits jede politische Äußerung unter den Begriff der parteipolitischen Betätigung untergeordnet. Die Geheimhaltungspflichten der Betriebsräte sollen sie schließlich auch in der betrieblichen Praxis von den Kollegen isolieren und sie hilflos an den Verhandlungstisch des Kapitalisten bringen.

Die Rechtsprechung schnürt uns immer mehr ein. Die politischen

Paragrafen stehen. Ihre Anwendung hängt ab von der Entwicklung der Klassenwidersprüche. Für uns, gemeint sind die oppositionellen Betriebsräte, besteht die Gefahr, daß wir uns mit einer Hauptorientierung „nutzen wir den legalen Rahmen extensiv aus“ so langsam mitsamt dem legalen Rahmen einschnüren lassen. Erschwerend kommt die häufig bei Kollegen und bündnisfähigen Betriebsräten anzutreffende Rechtsgläubigkeit hinzu. Wir müssen aber den Rahmen unserer Politik immer mehr auf einen außergesetzlichen Bereich ausdehnen, müssen veröffentlichen, was eigentlich der Geheimhaltung unterliegt, müssen erklären, daß die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Kapitalisten ein Antagonismus ist, obwohl das Gesetz sie vorschreibt. usw. Wir stehen dabei immer mit einem Fuß in der politischen Arbeitslosigkeit.

Unsere Betriebspolitik bei der Texaco war lange Zeit und ist auch heute noch sehr wesentlich von den Bastionen im Betriebsrat aus geprägt worden. Nicht nur unser mangelnder Einfluß auf die überbetriebliche Gewerkschaftspolitik, sondern auch diese Entwicklung macht uns deutlich, wie wichtig eine in der Breite verstandene und getragene Politik ist, und wie wichtig der Kampf um demokratische Strukturen und eine überhaupt demokratische Gewerkschaftspolitik ist.

Der verordnete Mechanismus ist, daß Kollegen zur Durchsetzung ihrer Forderungen auf Instanzen verwiesen werden - die Stellvertreter machen für euch. Die Instanzen (Betriebsrat oder noch entfernter Aufsichtsrat) aber sind an den kapitalistischen Betriebszweck gebunden. Eine Rückkoppelung im Sinne einer Mobilisierung wird juristisch untersagt. Nun wird in Krisen, in Zeiten schärferer Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten das Betriebsverfassungsgesetz Kämpfe nicht aufhalten können, wie tausendfach bewiesen. Immer mehr Arbeiter und Angestellte erkennen, daß es zwischen Kampf und Verhandlung keine Trennung geben kann.

In Phasen schwacher Kämpfe und einer geringen Bereitschaft der Arbeiterklasse den legalen Rahmen zu verlassen, werden sich gerade linke Betriebsräte besonders mit dem Konflikt herumzuschlagen haben, der leider so manchen auch in die Resignation abgleiten lassen hat:

Einerseits sich im Rahmen des Gesetzes zu bewegen, es extensiv auszuheben und auszuschöpfen, andererseits darauf zu orientieren, daß gerade die rechtliche Beschränkung auf die Partnerschaft mit dem Kapital im Betriebsverfassungsgesetz und in anderen Mitbestimmungsgesetzen überwunden werden muß. Und bei alledem muß er darauf achten, keinen überdeutlichen, d.h. rechtlich ver-

wertbaren Ansatz für seine Entlassung zu bieten. Und bei alledem tritt täglich einmal die Geschäfts- oder Personalleitung im Gewande des Partners auf, flüstert ihm täglich ein Gewerkschaftsfunktionär ins Ohr, daß nur die sachliche Partnerschaft den Kollegen etwas bringen werde und sagen viele Kollegen immer noch: Mach was, aber bleibe legal und halte meinen Namen da raus.

Oppositionelle Betriebsräte können sich aber nicht darauf einrichten, in ihrer Politik nur die gegebene Kampfbereitschaft der Arbeiter und Angestellten zu verkörpern. Sie müssen mit ihren Erfahrungen dazu beitragen, eine Kampfbereitschaft zu entwickeln - mit dem Gesetz und notwendigerweise über das Gesetz hinaus. Dazu bedarf es eines organisatorischen Rahmens, in dem sie sich politisch bewegen können: oppositionelle Gruppen, demokratische Kollegen, gewerkschaftliche Vertrauensleute, gewerkschaftlich organisierte und klassenkämpferisch handelnde Teile der Kollegenschaft und über den Betrieb hinausgehende politische Zusammenschlüsse.

Ein Kollege der Betriebsgruppe HV/Wilhelmsburg Texaco Hamburg
Kontakt über:
Bunte Liste
Stichwort: Betrieb
Fruchtallee 9
2 Hamburg 19



Wir haben im Arbeiterkampf Nr. 150 mit dieser Artikelreihe be-

gonnen. Im Teil I berichteten wir über das, was uns auf verschiedenen Gebieten erwartet: Im Büro, in der Fabrik, in den sogenannten Frauenberufen. Und wir äußerten uns über das dieser technologischen Revolution angepaßte Gesicht des Kapitalismus, über die Produktionsbedingungen der Arbeiter und Angestellten.

In diesem zweiten Artikel gehen wir auf die konkrete Situation in den Betrieben ein. Wir wollen erklären, mit welchen Taktiken die Kapitalisten ihre Technologien in die Betriebe einführen, um den Widerstand möglichst gering zu halten, welche Kontroll- und Selbstkontrollmechanismen durch Computer von den Geschäftsleitungen geplant sind oder schon eingerichtet wurden, um schließlich anhand von Beispielen aufzuzeigen, wie und mit welchem Rüstzeug der betriebliche Kampf gegen die technologisch unterstützte Ausbeutung am Arbeitsplatz geführt werden kann.

Im dritten Teil wollen wir uns dann mit den gewerkschaftlichen Positionen und dem überbetrieblichen gewerkschaftlichen Kampf auseinandersetzen.

Wie werden die Technologien eingeführt?

Wir wollen diese Frage am Beispiel von Verwaltungen beantworten, denn das prinzipielle Vorgehen der Kapitalisten ist in allen Bereichen (Verwaltungen, Produktion, Konstruktion) vergleichbar. Unterschiedlich ist lediglich die Argumentation, mit der Kleincomputer und Terminals den Kollegen schmackhaft gemacht werden sollen. Konstrukteuren und technischen Zeichnerinnen werden die Geräte angeboten, indem man an ihr „technisches Verständnis“ appelliert, Angestellte erhalten die Geräte mit Hinweisen auf die „Wirtschaftlichkeit“ und hin und wieder als „Statussymbol“, im Produktionsbereich werden die computergesteuerten Maschinen als „Arbeits erleichterung“ angeboten.

Aber schon lange bevor die Terminals und Roboter kommen, beginnen die Vorarbeiten für die Rationalisierungen. Viele große Verwaltungen arbeiten seit langem mit einem Rechenzentrum ohne Bildschirmanwendungen, indem Arbeiten erledigt werden, die vorher manuell ausgeführt wurden. Dazu zählen betriebliche Abrechnungen aller Art, Buchungen oder zentrale Werbekampagnen etc. Mit dem Plan, Bildschirmtechnik einzuführen, ist meist die Anschaffung neuer oder größerer Zentraleinheiten verbunden. Wenn diese Maschinen kommen, ist es „fünf Minuten vor zwölf“.

Allein die Vorarbeiten zur Einführung von Terminals nehmen bei großen Systemen fünf und mehr Jahre intensiver Arbeit in Anspruch. Diese Arbeiten gedeihen meistens im stillen Kämmerlein. Kollegen und Betriebsräte, die über geplante Ände-

rungen des Betriebsablaufes und der

Arbeitsmethoden zu informieren sind, erfahren entweder überhaupt nichts oder werden mit Redensarten im Unklaren gelassen. Beliebte Floskeln, bei denen jeder Betriebsrat aufhorchen muß, sind: „Wir denken über Veränderungen in der elektronischen Datenverarbeitung nach. Es gibt Pläne über Pläne, die aber alle von den Fachleuten wieder verworfen werden. Nichts ist konkretisierbar. Alles ist reine Zukunftsmusik. Es wird laufend darüber geredet, ohne daß etwas passiert.“

Die Realität sieht anders aus. Die Geschäftsleitungen wissen in solchen Phasen sehr genau, was sie wollen. Unklar ist allenfalls noch, wie das bekannte Ziel erreicht werden soll. Um dahinter zu kommen, werden in solchen Zeiten unauffällige Herren der Organisationsabteilung oder eines Unternehmensberaters durch die Abteilungen laufen und die Kollegen fragen, wozu sie wieviel Zeit benötigen. Sie werden sich jeden Arbeitsgang genau erklären lassen und vielleicht Arbeitszeiten mitstoppen. Die Herren interessieren sich für Formulare, für Kontakte zu anderen Abteilungen oder sie verteilen Bögen, in die jeder Kollege über einen Monat hinweg minutengenau alle Tätigkeiten und Pausen eintragen muß.

Diesen Untersuchungen folgen in der Regel weitere Zerteilungen und Schematisierungen der Arbeitsabläufe - sogenannte Vereinfachungen oder „Arbeits erleichterungen“ - denn schematisierte Arbeiten lassen sich leichter auf Computer übertragen und außerdem heben sie die Produktivität auch ohne elektronische Datenverarbeitung.

Da es schlecht aussehen würde, wenn mit den ersten Terminals auch gleich die ersten Entlassungen erfolgen, werden die ersten Entlassungen meist vorverlegt. Arbeitsplätze von Kollegen, die altersbedingt ausscheiden oder von sich aus kündigen, werden nicht mehr besetzt. Fast unmerklich wird die Anzahl der Kollegen dezimiert und die anfallende Arbeit durch erhöhten Leistungsstress und durch Überstunden aufgefangen. So erreichen die Kapitalisten, daß die dann angelieferten Bildschirme tatsächlich von den Kollegen als Arbeitserleichterung empfunden werden.

Kurz bevor die Bildschirme kommen, wird noch schnell der Betriebsrat benachrichtigt. Die Unterrichtung erfolgt in allen unwesentlichen Dingen sehr präzise, u.a. wird die Technik genau erklärt, und erfolgt in allen wesentlichen Fragen ungenau. Bezogen auf die Personalplanung weiß dann meistens auch die Geschäftsleitung angeblich nicht genau, was man mit der Technologie alles anfangen kann. Man müsse erstmal sehen, wie sich die Bildschirme bewähren. Deshalb solle der Betriebsrat erst einmal allgemein der Abschaffung von Bildschirmen zustimmen. Beliebte ist auch die Version, daß man wegen der noch nicht vorliegenden Erfahrungen keine Betriebsvereinbarungen zum Schutz der Gesundheit etc. abschließen könne. Um diese Informationen zu haben, müßten die Geräte erstmal ein halbes Jahr im Betrieb sein.

Diese Lügen werden scheinbar bestätigt durch ein raffiniertes Einführungssystem. Neben der oben erwähnten Abschaffung von Überstunden werden anfangs nur wenige Bildschirmgeräte in die Bürolandschaft gestellt. Die ersten Geräte stehen als sogenannte Pilotprojekte herum, um die ersten fertigen Programme zu testen.

Bildschirme stehen nur als Auskunftserstatter, können hin und wieder bedient werden und die Arbeit wird im übrigen zunächst noch nach der herkömmlichen Art erledigt. Die Informationen kommen über die Bildschirme tatsächlich schneller und stellen sogar eine Arbeitserleichterung dar. Der Bildschirm wird zum Statusobjekt erhoben. Wer noch keinen Bildschirm hat oder nicht häufig genug an ihn herankommt, weil das eine Gerät dauernd besetzt ist, beschwert sich. Die Geschäftsleitungen zeigen sich kulant und schaffen neue Geräte an.

Mit der Anzahl der Bildschirme wächst das System. Neue Programme werden aufgebaut und nach einiger Zeit ist die letzte der geplanten Stufen erreicht: das Dialogsystem. Andere Informationswege werden abgeschnitten, Daten können nur noch vom Terminal abgefragt werden und die gesamte Bearbeitung von Geschäftsvorfällen ist nur noch über den Bildschirm möglich. Fast alle Arbeitsprozesse laufen jetzt über die Bildschirme und Kollegen werden massenhaft überflüssig. Die Bürogröße ist mit Bildschirmen übersät und Kollegen, die bleiben dürfen, haben längst das anfängliche Interesse an den Wunderdingern verloren. Sie spüren die Monotonie und die Isolation durch den stundenlangen „Dialog“ mit der Maschine.

Kontrolle und Selbstkontrolle durch Computer

Durch die Fähigkeit der Computer in extrem kurzer Zeit riesige Datenmengen zu verarbeiten, erhalten die Kapitalisten die Möglichkeit, eine Vielzahl von Kontrollen über die Kollegen zu errichten und in Sekundenbruchteilen auf diese Daten in jeder gewünschten Form zurückzugreifen.

In der Regel muß sich ein Kollege „anmelden“, bevor er mit dem Rechner arbeiten kann. Dazu dient ein individueller Code. Über diesen Code kann jeder Kollege identifiziert werden, egal an welchem Terminal (Bildschirm) er sich anmeldet.

Zähler im Programm können nun festhalten, was der Kapitalist will: Die Menge der Anschläge, die Fehler, wie lange jemand am Terminal gearbeitet hat oder wieviele Vorgänge er bearbeitet hat. Da im Computer ständig eine Uhr mitläuft, können Kontroll- und Akkordsysteme jeder beliebigen Gemeinheit eingeführt werden, die durch keinen Trick mehr zu beschummeln sind.

Es kann aber auch die Leistungskurve jeder Kollegin und jedes Kollegen über den Tag ermittelt werden, sowie viele weitere Daten, die den Rationalisierern Erkenntnisse für neue Ausbeutungsmethoden liefern – und zwar unbemerkt und ohne je den Betriebsrat auch nur informiert zu haben.

Selbst wenn keine Akkordsysteme eingeführt werden, entwickelt sich eine Selbstkontrolle. Die Vermutung oder das Wissen, daß diese Daten

erfaßt und ausgewertet werden können, reicht oft aus, eine Angst zu erzeugen, die den Frauen und Männern an den Automaten eine Konkurrenz aufzwingt. Sie werden zu einer höheren Leistung getrieben, weil der technologische Stand nie der letzte sein wird und die Arbeitsplätze immer wieder wackeln. Jede(r) weiß, der Kapitalist sucht sich in der nächsten Rationalisierung die Schwächeren heraus. Schlechter Ausgebildete, Frauen und Schwerbehinderte sind statistisch nachweisbar überproportional an der Arbeitslosigkeit beteiligt.

Als Beispiel, wie effektiv die Selbstkontrollmechanismen sind, kann die „automatische Gebührenregistrierung“ an Telefonanlagen gelten. Diese von vielen Kapitalisten gern installierte Einrichtung schreibt mit, von welchem Telefonapparat aus welche Amtsnummer angewählt wurde und wann das Gespräch begann und wieviel Gebühreneinheiten aufgelaufen sind. Diese Geräte dienen auf der einen Seite der maschinellen Zuordnung der Telefonkosten zu den einzelnen Kostenstellen (Bereiche, Abteilungen) und andererseits erzeugen sie die Angst, Vorgesetzte könnten die Daten auswerten und Arbeiter und Angestellte wegen zu vieler Privatgespräche unter Druck setzen. Selbst wenn das nicht direkt geschieht, senkt die Selbstkontrolle die Telefonkosten normalerweise so stark, daß sich die teure Registrieranlage in ein bis zwei Jahren schon amortisiert hat.

Zur Zeit gehen viele Großbetriebe daran, all ihre Kontrollsysteme in sogenannten Personalinformationssystemen zusammenzufassen. Hierbei handelt es sich um die elektronische Speicherung der Personalakten. Da der Computer jetzt diese Daten bearbeitet, wird es möglich, sie auf einen bisher kaum möglichen Umfang aufzublähen. In die Dateien wandern nicht nur die üblichen Informationen über Familienstand, Ausbildung, betriebliche Bestrafungen etc., sondern es gehen auch die Daten der Computer-Leistungserfassung, oder etwa die Daten von elektronischen Stechuhren mit ein. Natürlich werden auch schwarze Listen und die zweite Personalakte für den internen Gebrauch der Personalleitungen mit registriert. Im Personalinformationssystem lauert vor allem die Gefahr, daß die Personaldirektionen sich ein sehr viel genaueres Bild von den Arbeitern und Angestellten machen können und daß die Fülle der Daten in Sekundenschnelle abgerufen und verglichen werden kann. Der Mann in der Personalabteilung sitzt vor einem Bildschirm und erhält per Knopfdruck Antwort auf die Fragen: Wer in der Abteilung X hat die höchste Fehlzeit? Wer ist am produktivsten? Welche zehn kommen am häufigsten zu spät? Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. In der kalten Sprache der Computer-*„Wachstumsrate“* heißt das: „Die Finesse des Systems öffnen den Finessen des Anwenders Tür und Tor.“

Sollen in einer großen Buchhaltung wegen der Einführung eines rechnergesteuerten Bildschirmsystems 20 Kolleginnen/Kollegen herausgerationalisiert werden, kann der Personalleiter sekundenschnell auf seinem Bildschirm die 20 Angestellten ablesen, mit:

- der geringsten Arbeitsintensität,
- dem schlechtesten Ausbildungsstand,
- der höchsten Krankheitsrate,
- der größten Unpünktlichkeit,
- einem antikapitalistischen Engagement usw.

Die betrieblichen Personalinformationssysteme können mühelos mit zentralen Computern des Verfassungsschutzes, des Bundeskriminalamtes und der Gewerkschaften verbunden werden. Damit wäre die Kontrolle eines Menschen auf seine Arbeitszeit und seine Freizeit perfektioniert. Durch ein solches totales Informationssystem der Kapitalisten und ihrer Verfassungsorgane könnten Berufsverbote gegen antikapitalistische und demokratische Arbeiter und Angestellte ohne Schlupfloch durchgesetzt werden. Juristische Verteidigungsmöglichkeiten gibt es kaum, weil der Einzelne die Informationswege nicht kennt. Der Datenschutz des neuen Gesetzes ist ein Scheinschutz, weil alle Informationen gesammelt werden können, nur Dritten nicht zugänglich gemacht werden dürfen. Der speichernde Kapitalist ist nicht „Dritter“ und der Verfassungsschutz steht schon längst außerhalb der bürgerlichen Gesetze.

Die IBM wirbt mit einem zukunftsweisenden Personalinformationssystem, daß sie erstmals und auftragsgemäß bei der Texaco einführen soll. Die IBM erklärt in einer Broschüre über die Systemanwendung den Datenschutz folgendermaßen: „Weshalb Datenschutz? In einem Personalinformationssystem werden Daten gespeichert, die der Mitar-

beiter als zu seiner Privatsphäre gehörig betrachtet, und die er nur einem dazu berechtigten Personenkreis zur Kenntnis gelangen lassen will... Datenschutz heißt: Sicherung der persönlichen Daten der Mitarbeiter vor unberechtigtem Zugriff und unberechtigter Veröffentlichung. Unberechtigter Zugriff auf persönliche Daten und unberechtigte Veröffentlichung dieser Daten liegen dann vor, wenn diese Daten zu anderen Zwecken als den für die Abwicklung des Beschäftigungsverhältnisses verwendet werden.“ Der Datenschutz läßt also gerade die Speicherung aller persönlichen Daten zu, weil sie schließlich nur noch in den Händen der Kapitalisten als Berechtigte liegen und nur für die Abwicklung des Beschäftigungsverhältnisses benutzt werden dürfen.

Betrieblicher Kampf gegen die technologisch unterstützte Ausbeutung am Arbeitsplatz

Wenn wie einmal von den Kämpfen der Drucker in den Betrieben und der verschiedenen Betriebsvereinbarungen in den Druckbetrieben – über die aktuell im ARBEITERKAMPF berichtet wurde – absehen, werden die neuen Technologien in den Verwaltungen fast lautlos eingeführt. Heute arbeiten bereits etwa 90.000 Angestellte an Bildschirmen. Die Zahl soll sich Anfang der achtziger Jahre verzehnfacht haben.

Wenn weiter berücksichtigt wird, daß der Begriff „Humanität am Arbeitsplatz“ von den Gewerkschaftsvorständen in der Regel nur als Leerformel für die Werbung gehandelt wird und trotz aufopferungsvollem Kampf vieler tausender Kollegen die Arbeitszeitverkürzung von den Gewerkschaftsvorständen auf Mitte der achtziger Jahre vertagt wurde, erhält der betrieblich geführte Kampf eine besondere Bedeutung. Einmal, um Druck auf die Gewerkschaftsinstanzen auszuüben, zum anderen, um die schlimmsten Folgen konkret zu verhindern. Viele Kolleginnen und Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte wurden von dem Eifer der Kapitalisten, die Verwaltungen und Produktionen dank der Verbilligung der Mikroprozessoren zu automatisieren, so überrascht, daß betriebliche Gegenkonzepte kaum entwickelt und unter den Kollegen verankert werden konnten.

Die Taktik der Kapitalisten, wie am Anfang dieses Artikels beschrieben, erschwerte die Handlungsfähigkeit. In wenigen Betrieben wurde eine Öffentlichkeit über die Probleme hergestellt. Zu den Ausnahmen zählt eine zwölfseitige Sonderausgabe der Gewerkschaftsopposition in der Texaco-Hauptverwaltung mit dem Titel „Im Büro wird aufgeräumt“.

Hauptprobleme, die auf Arbeiter und Angestellte in den Betrieben zu kommen, sind:

- Rationalisierung und Existenzverlust und Angestellte in den Betrieben zu kommen, sind:
- Rationalisierung und Existenzverlust;
- Gefahren für die Gesundheit;
- Entqualifizierung und Lohnminderung;
- Leistungsdruck;
- Überwachungsdruck.

Rationalisierungen – Sozialpläne

Die Automation ist für die Kapitalisten nicht nur wegen ihrer Präzision und ihrer schnellen Datenverarbeitung so interessant, sondern vor allen Dingen, weil sie Arbeitszeiten der Werktätigen reduziert. Weniger Menschen sind erforderlich, um einen drastisch vergrößerten Maschinenpark zu bedienen und die Masse der Daten werden in Rechnern verarbeitet.

Der Kapitalist benötigt weniger Menschen und entläßt sie in die Arbeitslosigkeit. Solange das Klassenkampfniveau nicht auf dem Stand ist, diese Massenentlassungen zu verhindern, bleibt es Kollegen und Betriebsräten überlassen, im Einzelfall Arbeitsplätze zu erhalten, Umschulungen durchzusetzen und durch Interessenausgleich und Sozialpläne den Beginn der Arbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen finanziell zu lindern.

An diesem Verfahrensmechanismus gab es in der Vergangenheit auch auf kapitalistischer Seite kaum Zweifel. Offensichtlich sind die Kapitalisten angesichts der bevorstehenden Entlassungszahlen zu einer neuen Strategie übergegangen; Grundsätzlich das Recht auf Abschluß von Sozialplänen zu bestreiten.

Ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates bei der Aufstellung von Sozialplänen (die übrigens nicht nur Abfindungssystemen, sondern auch sonstige Regelungen über die Minderung von Nachteilen enthalten) besteht nach dem Betriebsverfassungsgesetz, wenn der Kapitalist grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen oder die Ein-

führung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren plant.

Obwohl es offensichtlich ist, daß Bildschirmtechniken die Arbeitsmethode gewaltig ändern, berief sich z.B. die Texaco-Geschäftsleitung darauf, daß dieser Paragraph nur für Fabriken gelte nicht aber für Verwaltungen. Ein Mitbestimmungsrecht wurde abgelehnt. Argumentiert wurde damit, daß angeblich bisher kein Betriebsrat wegen der Bildschirmtechnik in Verwaltungen eine Veränderung der Arbeitsmethoden moniert habe.

Der Betriebsrat der Texaco in Hamburg hatte in seinem Entwurf einer Betriebsvereinbarung gefordert:

„Der Schutz vor sozialen Schäden: Mit der Einführung der Bildschirmarbeitsplätze und der künftigen Anwendung des Bildschirmarbeitsystems sind keine Entlassungen verbunden. Alle sozialen und personellen Auswirkungen, die sich im Übrigen aus der Einführung und dem Betrieb des Systems ergeben, unterliegen der Mitbestimmung des Betriebsrates.“

Werden durch die Einführung und Anwendung der Bildschirmsysteme Arbeitsplätze wegrationalisiert, so hat der Arbeitgeber den davon betroffenen Arbeitnehmern gleichwertige Arbeitsplätze im selben Betrieb anzubieten. Dabei darf keine Verschlechterung in der tariflichen Einstufung und der übertariflichen Bezahlung für die betroffenen Arbeitnehmer eintreten.

Sollten Arbeitnehmer den physischen oder psychischen Beanspruchungen an Bildschirmarbeitsplätzen nicht gewachsen sein, ist ihnen ein anderer, der Qualifikation und Bezahlung entsprechender Arbeitsplatz anzubieten.“

Der Betriebsrat Texaco-Hamburg hat beschlossen, seine Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz einzuklagen.

Da die Rationalisierungen schon mit Messungen und Befragungen in den einzelnen Abteilungen beginnen, sollte den Geschäftsleitern bereits in dieser Stufe ihr Vorhaben erschwert werden. Die Möglichkeiten liegen auf der Ebene der kollektiven Informationsverweigerung und der Verweigerung von persönlichen Daten.

Betriebsräte können den Kollegen eine rechtliche Absicherung verschaffen. Ein Betriebsrat gewann eine einstweilige Verfügung gegen Zeitmessungen mit Zeitmeßgeräten aller Art. Am 8. November 1977 beschloß das Arbeitsgericht Gelsenkirchen: „Der Firma Thyssen Schalker Verein GmbH wird untersagt, Arbeitsmengenprüfungen mit Zeitmeßgeräten aller Art ohne Zustimmung des Betriebsrates durchzuführen.“

Schutz vor gesundheitlichen Schäden

Schutz vor gesundheitlichen Schäden

Würde der Schutz vor gesundheitlichen Schädigungen im Kapitalismus ernsthaft zum Kriterium für Betriebsgenehmigungen, könnten mindestens zwei Drittel der Betriebe schließen. Um die Produktion unter welchen Bedingungen auch immer nicht anzustehen, hat das Gesetz auf diesem Gebiet die schwammigsten Formulierungen parat. Im Betriebsverfassungsgesetz ist geregelt (§ 91):

„Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs oder der Arbeitsumgebung, die den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich widersprechen, in besonderer Weise belastet, so kann der Betriebsrat angemessene Maßnahmen zur Abwendung, Milderung etc. verlangen.“

Damit etwas passiert, muß der Widerspruch offensichtlich sein, in besonderer Weise belastend (nicht üblich) und den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechen; Hürden, die kaum zu überspringen sind. Gesicherte Erkenntnisse gibt es so gut wie gar nicht, weil es für jede Aussage eines bürgerlichen Wissenschaftlers zugleich eine Gegenangabe gibt. Ein Beispiel:

Die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft gibt als Empfehlung für die Arbeit an Bildschirmgeräten aus: „Bildschirmgeräte sollten nicht in abgedunkelten Räumen aufgestellt werden.“

Damit schlechte Bildröhren lesbar gemacht werden (siehe häufig auch normale Fernsehgeräte), bleibt den Kapitalisten kaum etwas anders übrig. Schon zitiert die Gewerkschaft ÖTV in ihrem ÖTV-Magazin einen Wissenschaftler namens Gary K. Busch, der Folgendes zum besten gibt: „Während Büroarbeiten gewöhnlich in einem hellen und beleuchteten Arbeitsraum am besten gedeihen, werden Sichtanzeigen ideal in einer Halbdämmerkeit gelesen, mit

wenig Licht, ohne Fenster und mit wenig Glanz und Spiegelungen von den Glasflächen der Leuchtschirme.“ Die psychologische Belastung ist unvorstellbar, wenn Menschen, die ein Berufsleben lang an Bildschirmen gefesselt werden, auch noch ins Dunkle gesetzt werden. Dieses Beispiel mag ausreichen, um zu belegen, daß die Wissenschaft, auf die das Gesetz abzielt, in der Regel beiseite geschoben werden muß und die Erfahrungen der Kollegen ihre Stelle einzunehmen haben, will man wirklich gesundheitliche Gefahren abwenden. Dennoch gibt es in der sogenannten Fachliteratur, in berufsgenossenschaftlichen Empfehlungen und Bundesblättern einige Mindestvorschriften, die ein Betriebsrat und die Kollegen kennen sollten, um ihren Kampf damit zu unterstützen, weil Kapitalisten meistens nicht daran denken, diese Mindestvorschriften einzuhalten. Auf betrieblicher Ebene lassen sich Forderungen durch Arbeitsverweigerung, Krankmeldungen, Dienst nach Vorschrift, Fehlerquoten etc. unterstützen. Schwierig werden solche Kämpfe insbesondere dadurch, daß sie einen festen Zusammenhalt der Kollegen einer Abteilung bedingen, weil sonst einzelne herausgegriffen werden. Der Kapitalist bemüht sich, mit den technischen Leistungskontrollen, solchen Solidarisierungen zuvorzukommen.

Zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren hat der Texaco-Betriebsrat Forderungen aufgestellt, wie:

- Begrenzung der Gesamtarbeitszeit;
- Überstundenverbot;
- Begrenzung der Arbeit an Bildschirmen auf drei Stunden am Tag;
- 15 Minuten Pause für 45 Minuten Arbeit an Bildschirmen;
- Frauen, die dem Mutterschutz unterliegen, sind von der Bildschirmarbeit zu befreien.

Kampf gegen die totale Überwachung

Der Ausbau von Fabriken und Verwaltungen zum Überwachungsregime für die Arbeiter und Angestellten hat mit der neuen technologischen Revolution eine neue Qualität erreicht. Alles wird festgehalten, sekundenschnell ausgewertet und durch die technische Ermittlung bis zu Stellen hinter dem Komma unwiderruflich gemacht.

Der Überwachungsmechanismus ist darauf zugeschnitten, die letzten Freiheitsreste während des Arbeitstages durch Kontrolle oder Selbstkontrolle abzuschneiden. Der Kampf dagegen muß auch deshalb besonders hart geführt werden, weil jede eingeführte Kontrolle eine erneute Schwächung der Solidarität bedeuten kann, bis hin zu dem Zustand, daß Gespräche der Arbeiter und Angestellten untereinander fast völlig aufgehoben werden.

Im Rahmen eines politischen Kampfes sollte deshalb jede Form des aufgehoben werden.

Im Rahmen eines politischen Kampfes sollte deshalb jede Form des Akkords oder des Prämiensystems abgelehnt werden. Darüberhinaus forderten z.B. die Betriebsräte in der Texaco-Hauptverwaltung in dem Betriebsvereinbarungsentwurf:

„Die Erfassung arbeits- und personenbezogener Daten zur Leistungsbemessung und Leistungsbeurteilung ist unzulässig. Eine Kontrolle der Mitarbeiter etwa durch Registrierung von Fehlern nach Art, Zeit oder Häufigkeit bezogen auf eine Person, findet nicht statt.“

Nachdem der Betriebsrat der Geschäftsleitung ankündigte, auch um diesen Punkt einen weitgehend öffentlichen Prozeß zu führen, auf Betriebsversammlungen den Standpunkt erläuterte und diskutierte und die oppositionelle Betriebsgruppe in ihrer Zeitung schriftlich darüber informierte, übergab die Geschäftsleitung folgende schriftliche Erklärung:

„Das Financial Reporting System ermöglicht in der vorliegenden Fassung keine Informationsausgabe über Arbeitsumfang, -geschwindigkeit, -dauer, Fehler oder andere leistungskennzeichnende Daten einzelner Mitarbeiter. Von daher ist die Überwachung der Leistung der Arbeitnehmer nicht möglich.“

Sollten in der Zukunft für das FR System Einrichtungen (wie z.B. Programme) eingeführt werden, die solche Angaben speichern und ausdrucken, und damit objektiv mittelbar zur Leistungsüberwachung geeignet sind, wären die Voraussetzungen des Mitbestimmungsrechts nach § 87 (1) 6 erfüllt und wir würden uns mit Ihnen zu einigen haben.

Auch diese Erklärung ist keine Garantie, sie erschwert den Kapitalisten aber die Verwertung von Kontroll-

Daten. Wir wollen mit diesen Beispielen aufzeigen, auf welchen Gebieten konkret im Betrieb gekämpft werden muß, welche Forderungen mit den Kollegen diskutiert und aufgestellt werden können und wo sich eventuell Teilerfolge erringen lassen.

Gewerkschaftskommission



Hexachlorophen — oder „Seveso“ an der Uniklinik Frankfurt

Den folgenden Artikel hat die Autorin Jutta Ditzfurth an die Alternativpresse geschickt. Er wirft ein Schlaglicht auf die Gefährdungen durch die Pharma- und Kosmetikindustrie. Weitere Informationen sind zu erhalten bei Jutta Ditzfurth, Neuhoferstr. 42, 6000 Frankfurt 1.

Was hat Seveso mit Hexachlorophen zu tun?

Was hat Seveso mit Hexachlorophen zu tun?

Das Supergift TCDD, das in Seveso zur Katastrophe führte, begleitet uns auch hier im Alltag: Spuren dieses Giftes sind in dem ebenfalls gefährlichen Hexachlorophen enthalten, einer aus Trichlorphenol zusammengesetzten Chemikalie. Hexachlorophen tötet Bakterien (und nicht nur die) und ist als Desinfektionsmittel in Deodorants, Seifen, Intimsprays und Mundwässern enthalten.

An der breiten uneingeschränkten Verwendung dieser Substanz hat bis heute auch der Tod von 30 Säuglingen an Gehirnentzündung (Enzephalitis) durch die Pflege mit einem Hexachlorophen-haltigen Babypuder in Frankreich nichts geändert. Die Obduktion der Leichen zeigte die gleichen Vergiftungserscheinungen, wie sie vorher in Tierversuchen festgestellt worden waren. Auch für Hirnerkrankungen bei Frühgeborenen, nachdem sie desinfizierenden Bädern mit Hexachlorophen-haltigen Mitteln ausgesetzt waren, ist dieses Gift verantwortlich. Ebenso ungerührt blieben die Hersteller und Gesetzgeber von einer schwedischen Untersuchung. An einer Klinik, die Hexachlorophen-haltige Desinfektionsmittel (pHiso-Hex und Sannital) zur Hand-Desinfektion in Gebrauch hatte, gebaren in 12 von 65 Fällen Krankenschwestern mißgebildete Kinder, wo hingegen Schwestern eines Krankenhauses, die diese Mittel nicht be-

nutzten, nur in einem Fall ein mißgebildetes Neugeborenes bekamen (von 68). Die Mutter dieses Kindes hatte während ihrer Arbeit zudem noch ständigen Kontakt mit Hexachlorophen-haltigen Desinfektionsmitteln (vgl. auch: „Münchener medizinische Wochenschrift“ (MMW) 120, (1978) Nr. 32/33).

Hexachlorophen als Kodan-Spray in der

Hexachlorophen als Kodan-Spray in der Frankfurter Uniklinik

Ich war vor kurzem Patientin auf einer operativen Frauenstation (15/4) der Uniklinik Frankfurt und habe mehr zufällig festgestellt, daß Hexachlorophen in Form von Kodan (R)-Spray, der „modernen und wirtschaftlichen Hautdesinfektion“ (Herstellerzitat) dienend, täglich und überall von Krankenschwestern, Pflegern und Ärzten benutzt wird. Kodan-Spray ist dabei, wenn Spritzen gegeben, Infusionen gelegt oder die Körper Teile von Kranken – z.B. vor Operationen – desinfiziert werden. Es berührt ständig die Hände von ärztlichem und pflegerischem Personal und die Haut von Patienten und enthält 75 mg Hexachlorophen.

Meine Weigerung, mich mit diesem Mittel behandeln zu lassen, und entsprechende Erklärungen stießen bei den Krankenschwestern der Station größtenteils auf Verständnis und eigene Bedenken, und ich wurde künftig verschont. Meine Fragen und Erklärungen während einer Chefarztvisite wurden zwar mit Zurückhaltung aufgenommen, führten aber nach Rücksprache mit dem Hygiene-Institut an der Uniklinik nach 2 Tagen zu einer völligen Beseitigung des Kodan-Sprays aus der Uniklinik. Heute wird dort ein desinfizierendes Spray verwandt, das weder Hexachlorophen noch Treibgas enthält

(Mit fast allen Sprays versprüht man auch die als Treibgas verwendeten Chlor-Fluor-Methane, die die Ozonschicht der Erde bereits in den nächsten Jahren um 7-20% verringern werden, so daß sich die UV-Strahlung um 14-40% erhöht. Eine Verringerung des Ozonanteils der Stratosphäre um 10% bewirkt eine Steigerung der Hautkrebsrate um ca. 20% – und dies ist nur eine der verheerenden Folgen). Leider ist dies das bisher einzige erfreuliche Ergebnis. Überall sonst wird Kodan-Spray weiter benutzt. Nachfragen bei der Uniklinik-Apotheke haben ergeben, daß sich zwar jetzt häufig Krankenschwestern nach der Schädlichkeit von Kodan-Spray erkundigt haben, aber dieses Produkt „selbstverständlich“ wie gewohnt weiter ausgeben wird: „Es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken“. Angeblich wird das Präparat im Hygiene-Institut überprüft, ohne das jedoch klar zu sein scheint, wie lange dies dauern wird und mit welchem Ergebnis. Hexachlorophen gehört also weiterhin zum täglichen Klinik-Brot, selbst bei Kleinkindern. Nur bei Neugeborenen ist das Spray aufgrund klinischer Verordnung verboten (warum, wenn es unbedenklich ist?). Die Herstellerfirma empfiehlt für Säuglinge Kodan-Tinktur, die kein Hexachlorophen enthält und mit einer kleinen (Flakon-ähnlichen) Pumpe auf die Haut gesprüht wird, da angeblich der Kühleffekt des Sprays unangenehm für die Babys sei (aus einem Telefongespräch mit der Forschungsabteilung der Firma Schülke & Mayr).

Wer prüft und wer trägt die Verantwortung

Nach Auskunft der Arzneimittelprüfstelle des Staatlichen Chemischen Untersuchungsamtes in Wiesbaden

sind die Bedenken und die oben genannten französischen und schwedischen Erfahrungen „wohl bekannt“.

Es existieren ältere Gutachten über Hexachlorophen und Kodan-Spray, die jedoch, da sie Firmeninteressen berühren – und das ist vorrangig vor öffentlichem Interesse – nicht veröffentlicht werden dürfen. Da Kodan-Spray bereits vor 1976 im Handel war, gelten die Übergangsregeln des neuen Arzneimittelgesetzes vom 1.1.78. Nur auf der inneren oder äußeren Verpackung müssen die enthaltenen Substanzen aufgeführt werden, nicht jedoch auf der Packungsbeilage, dem „Waschzettel“. Und gerade dieser Waschzettel wird, weil er auch Gebrauchsanweisung ist, am häufigsten gelesen. Kodan-Spray ist den sogenannten fiktiven Arzneimitteln zugeteilt, die dadurch definiert sind, daß sie – angeblich – nur äußere Anwendung finden. Wo ist die Grenze zwischen innerer und äußerer Anwendung bei Spritzen, Infusionen, Operationen und z.B. der Desinfektion von Schnittwunden?

Im übrigen verweist die Arzneimittelprüfstelle auf die vielen Gutachten und Gegengutachten und die unklaren gesetzlichen Grundlagen. Dies alles „mache es ihnen so schwer, Entscheidungen zu treffen“. Aufgabe der Prüfstelle sei es im übrigen nur, arzneimittelrechtliche und inhaltliche Überprüfungen nicht aber medizinische, anzustellen. Bei den Prüfungen von Kodan kann es „noch Jahre dauern, bis man zu einem Ergebnis kommt“.

Freiheit der „Selbstbeschränkung“ von Chemieunternehmen gegen Gesundheit

In der Forschungsabteilung des Herstellers – Firma Schülke & Mayr in Nordstedt/Hamburg – ist man „erfreut über die Untersuchungen, die das Bundesgesundheitsamt und die Arzneimittelkommission anstellen, denn man will ja auch Klarheit“. Ansonsten betont man den „erfreulichen Marktanteil“ und die „breite Verwendung“ in der Mehrheit der Krankenhäuser und die praktische Anwendung. Man betont die Unbedenklichkeit, bzw. die angeblich nicht bewiesene Bedenklichkeit, und schiebt eine Teilschuld auf das neue Arzneimittelgesetz (dem soviel Ehre nicht gebührt). Denn dieses Gesetz erlaubt es nicht, daß ein Medikament oder sonstiges Arzneimittel verändert wird. Das heißt, wenn die Firmen Hexachlorophen austauschen würden, würde Kodan in veränderter Zusammensetzung neu die Zulassungskriterien erfüllen müssen, und das kostet die Herstellerfirma Geld. Wobei die Frage offen bleibt, warum dieses Spray nicht ganz vom Markt genommen wird? Profit vor Gesundheit. Die Firma deutet eine mögliche Verkürzung des Zulassungsverfahrens bei Verbot und Austausch von Hexachlorophen an und zeigt damit ein bisschen, in welche Richtung der Druck auf den Gesetzgeber auch geht.

Nur andeuten möchte ich hier den Wildwuchs des pharmazeutischen und chemischen Außendienstes:

Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte sind Horden immer raffinierter ausgebildeten „Außendienstmitarbeitern“ (Arzneimittelvertreter) unkontrolliert und oft unkritisch ausgesetzt.

Was dagegen getan werden muß

Bisher werden in der Bundesrepublik Chemikalien erst dann in ihrer Verwendung besonders kontrolliert (und das heißt noch lange nicht: aus dem Verkehr gezogen!), wenn ein Geschädigter den Schadenszusammenhang „wissenschaftlich“ einwandfrei und direkt nachweisen kann und sich mit seinem Standpunkt auch noch durchsetzt. Fast unerfüllbare Voraussetzung ist, daß z.B. der Chemearbeiter, die Krankenschwester oder der Patient die objektive Möglichkeit haben, diese Zusammenhänge zu erkennen und nach außen zu tragen. Die Besonderheit der zunehmenden chemischen Umweltverseuchung liegt auch an dem Zusammenwirken von Giften im Menschen, am Arbeitsplatz, in der Luft, im Wasser, im Boden, in der Nahrung usw.

Es hat sich eindeutig gezeigt, daß die von den Chemieunternehmen geforderte „freie Selbstbeschränkung“ in der Herstellung von giftigen Stoffen im Effekt wertlos ist. Die Freiheit, in sauberer Luft zu leben und zu arbeiten, die Freiheit chemischer Verseuchung zu entgehen um sich nicht langfristig Krebs u.ä. einzuhandeln, ist wohl die eigentliche und vorrangige Freiheit.

Minimale Forderungen, die in diesem Zusammenhang zu stellen sind, sind folgende:

1. Die Einführung eines strengen Umweltchemikaliengesetzes. Dies muß von dem Prinzip ausgehen, daß die Unschädlichkeit und Umweltfreundlichkeit eines Produkts von industriunabhängigen Gutachtern bewiesen sein muß, bevor es irgendeine Anwendung findet. Ebenso müssen nicht nur die Produkte, sondern auch die Produktion selbst vollkommen unschädlich sein. Wird die Unschädlichkeit eines Stoffes angezweifelt, darf das entsprechende Produkt nicht verbreitet werden.

2. Hexachlorophen-haltige Produkte müssen sofort verboten und aus dem Handel gezogen werden. Hierzu gehört auch Kodan-Spray.

3. Gutachten über Chemikalien und chemische Produkte sind keine Firmengeheimnisse, sondern müssen im öffentlichen Interesse ständig und verständlich veröffentlicht werden. Dies muß verbunden sein mit einer öffentlichen, breiten Aufklärung über den sogenannten chemischen Fortschritt.

Verbraucher, Patienten und Arbeitnehmer, besonders deren gewerkschaftliche Interessenvertretungen im Bereich des Krankenhauses, der Chemie-Betriebe und der Schulen sind aufgefordert, sich im Interesse ihrer eigenen Gesundheit die Probleme einer zunehmend chemisch verseuchten Umwelt bewußt zu machen und dies auch als einen Bestandteil der „Qualität des Arbeitsplatzes“ zu sehen, ganz abgesehen von der des „Lebens“.

J.D.

Jährlich müssen 4.200 Patienten an „Narkoseunfällen“ sterben

International ist heute mit einem Todesfall auf 1.000 bis 3.000 Narkosen zu rechnen („FAZ“, 21.2.79). In der BRD dürfte dieses Risiko noch wesentlich höher liegen, da nach Angaben des Berufsverbandes Deutscher Anästhesisten 4.000 ausgebildete Narkosefachärzte fehlen. Zur Zeit gibt es in der BRD etwa 2.100 Fachärzte für Anästhesie („FR“, 18.11.78).

Bei den ca. 4,2 Mio. Narkosen, die pro Jahr allein in den Krankenhäusern der BRD durchgeführt werden, sterben mindestens 4.200 Patienten durch Narkoseunfälle! (Für Narkosen, die in den Praxen niedergelassener Ärzte durchgeführt werden, liegen noch nicht einmal Angaben vor).

An größeren Kliniken ist es keine Seltenheit, daß ein Narkosearzt die Patienten auf zwei Operationstischen gleichzeitig versorgen muß. Das ist selbst nach einer höchststrichlichen Entscheidung verboten. An kleinen Krankenhäusern kommt es oft vor, daß der Anästhesist die Narkose nur einleitet und ohne Narkosearzt weiteroperiert wird. An vielen kleinen Krankenhäusern gibt es überhaupt keine Narkose-Fachärzte. Das Narkoserisiko steigt aber ohne Anästhesisten praktisch ins Unermeßliche. Gerade bei einer Narkose führen Unfälle oft unmittelbar zum Tod, denn das Gehirn des Patienten darf höchstens drei Minuten ohne Sauerstoff bleiben.

Die Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin weist immer wieder daraufhin, daß

gerade in der Anästhesie nur bei höchster Sorgfalt befriedigende Ergebnisse zu erzielen sind. Selbst nach ihren Angaben dürften 50% der Todesfälle auf mangelnde ärztliche Sorgfaltspflicht zurückzuführen sein („FAZ“, 21.2.79).

Fazit: Die Sorgfalt ist offensichtlich nicht sehr hoch, und entsprechend sehen auch die Ergebnisse aus: Es gibt eine hohe Rate von Zwischenfällen, d.h. es sterben dabei zu viele Menschen, oder sie bekommen teilweise lebenslange Schäden z.B. am Gehirn. Bemerkenswert ist die Offenheit, mit der diese Mißstände selbst von den Ärzteverbänden zugegeben werden. Doch was wird getan, um die Mißstände zu beheben?

Zum Schluß noch einmal ein Vergleich zwischen den tödlichen Narkosezwischenfällen und anderen Unfällen aus dem täglichen Leben (wobei hier Tote und Verletzte enthalten sind, die Zahlen für die Toten also noch wesentlich niedriger liegen):

Anzahl der Todesfälle pro 1 Mio Narkosen:	ca. 1.000
Anzahl der Unfälle je 1 Mio Personen:	
1 Std. Sportfliegen	260
1 Std. Linienflug	2,5
1 Std. Autofahrt	0,6
1 Std. Eisenbahnfahrt	0,05
1 Pockenschutzimpfung	17
1 Penicillinspritze	11,4
1 Anästhesiespritze beim Zahnarzt	5,7

Gesundheitskommission

Hexachlorophen ist in vielen Kosmetika enthalten. Hier sollen nun nur noch Arzneimittel genannt werden, mit denen Hexachlorophen auf dem bundesdeutschen Markt vertrieben wird (der grünen Stoffliste entnommen).

Clearasil Seife (Doetsch, Schweiz)
Vionell Tüchlein (Metro. Intern.)
Aknefug, -Milch, -simplex (Dr. Wolff)
Aknelan, -Lotion, -Mild, -plus (Desitin-Werk)
Anacal (Luitpold)
Baxadermyl (Helopharm)
Chortestin (Dr. Atzinger)
Corti, -Creme, -Salbe (Kanoldt)
Cortidexon Crinal, -Tinktur, -fortiss, Tinktur (Dorsch)
Delta-Primafucort (Basotherm)
Dexa-Ehrl Haartinktur (Ehrl)
Dianabol Creme (Ciba-Geigy)
Fissan Aknecreme (Lingner & Fischer)
Hydrocortison-Salbe „Ehrl“ (Dorsch)
Liquidin-Öl (Temmler)
Locon Medical Shampoo (Basotherm)
pHiso-Hex; colloidal gelöst (Winthrop)
Proct-Anex (Fink)
Prodermopur, -H (Apotheker Schwandt)
Salvizol Puder (Ravensberg)
Schericur; MV mit Chemizol (Schering)
Scheroson F comp. (Schering)
Suffolac (Dr. Atzinger)
Tecnosalbe (Taco)
Ultraproct (Schering)
Thrombophob (Nordmark)

Stepin Seife (Basotherm)
Aknebersol (Dr. Berlin)
Akne-Kaban (Asche)
Aknereduct (Azupharma)
Aknichthol, Dexta, Soft (Ichthyol-Gesellschaft)
Amykon-Puder (Engelhard)
Ariven Gel (Beiersdorf)
Avena-Block „Cooper“ (Athenstaedt & Redeker, Vertr. Anker-mann)
Corti Haemoriet (Dr. Reiss)
Cutasept, -Lösung, -Spray (Bode)
D.D.D. Antiseptischer Puder, Hautmittel, Hautmittel extra stark, Hautbalsam (D.D.D. Lab.)
Dovaso-Venenspray (Dolorgiet)
Galamika (Galactina; Vertr. Delta-Chemie)
Kodan-Spray (Schülke & Mayr)
Manusept-Emulsion-Gel (Bode)
Mesch-Akne-Lotion (Hey)
Primasept (Schülke & Mayr)
Primarektal (Basotherm)
Procto-Kaban (Asche)
Robusanon Paste (Robugon)
Satinasept (H. Mack)
Scheriproct (Schering)
Septikal (Schülke & Mayr)
Stepin-Paste (Basotherm)
Wisamt (Röhm Pharma)

„Kunstfehler“

Tuch im Bauch vergessen — Patientin tot

Bei einer Operation im August 1976 war bei einer Patientin vergessen worden, ein Bauchtuch herauszunehmen. Die 46jährige Frau wurde 2 Wochen später, als beim Röntgen das Tuch entdeckt wurde, nochmals operiert. Sie starb jedoch am 25. September

an den Folgen einer Bauchfellentzündung.

Ein Berliner Schöffengericht verurteilte jetzt wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht einen Arzt zu 12000 DM und eine OP-Schwester zu 2400 DM Geldstrafe. Als Sachverständiger erklärte Professor Hackethal, daß die Frau hätte gerettet werden können,

wenn spätestens am 5. Tag nach der fehlerhaften Operation Maßnahmen eingeleitet worden wären.

Der Staatsanwalt hatte für die Krankenschwester 750 DM und für den Arzt sogar Freispruch beantragt! Die Verteidigung will in die Berufung gehen (nach „FR“, 4.4.79).

Ärzte vergaßen Scheibe im Knie

Einer 15jährigen Hamburger Turnerin war wegen eines Innenbandrisses am rechten Knie eine Scheibe eingesetzt worden. Als in der Nachoperation in der Uniklinik Eppendorf die Schraube entfernt wurde, ist die Unterscheibe im Knie vergessen worden. Daraufhin mußte eine zweite Nachoperation in Vollnarkose und Blutleere im Bein durchgeführt werden („Bild“, 15.3.79).

Operation durch Medizinalassistenten — Arm gelähmt

Ende 1977 hatte sich ein 25jähriger Sportstudent in der Marburger Uniklinik einer Halsoperation unterzogen. Dabei wurden zwei Lymphknoten entfernt. Danach war ein Arm des Sportstudenten 1/2 Jahr lang gelähmt.

Nachdem ein Schmerzensgeld von der Klinikleitung abgelehnt worden war, zeigte der Student den Vorfall bei der Staatsanwaltschaft an. Erst bei deren Nachforschungen stellte sich heraus, daß der Eingriff von Medizinalassistenten ausgeführt worden war, die gar nicht selbstständig hätten operieren dürfen.

Selbst die Aufsicht eines Arztes fehlte.

Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben.

Die Marburger Klinik hat in solchen Sachen Tradition. Der kommissarische Leiter ist der berühmte Professor Maroske, gegen den mehrere Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung sowie Freiheitsberaubung laufen (nach „FR“, 3.4.79).

Gesundheitskommission

Bundesärztekammer: „Passive Sterbehilfe“ erlaubt

In Vorbereitung auf die nächste Gesundheitsministerkonferenz im Mai, die über dieses Thema beraten wird, hat die Bundesärztekammer „Richtlinien“ zur „Sterbehilfe“ erlassen. „Ärztlich begründet sei Sterbehilfe, wenn ein Hinausschieben des Todes für den Sterbenden eine nicht zumutbare Verlängerung des Leidens bedeute. In diesem Fall sei der Arzt nicht verpflichtet, alle der Lebensverlängerung dienenden therapeutischen Mittel einzusetzen.“

„Bei der Behandlung sei der Wille des urteilsfähigen Patienten zu respektieren, sei er bewußtlos, sei sein mutmaßlicher Wille (!?) zu berücksichtigen. In diesem Fall müßten auch dem Patienten nahestehende Personen angehört werden. Die letzte Entscheidung liegt beim Arzt.“ („Frankfurter Rundschau“, 23.3.79). In der Boulevardpresse ist der Bundesärztekammerbeschuß mit Aufmeinem begrüßt worden. Die „Hamburger Morgenpost“ schrieb: „Ein qualvoller Todeskampf, der mit Maschinen oder Medikamenten künstlich verlängert wird, — diese Angst vorm Sterben braucht in Deutschland seit gestern niemand mehr zu haben.“ (23.3.79). Endlich sei der Albtraum vorbei, „mit künstlicher Ernährung, Beatmung, Bluttransfusionen, herzstärkenden Mitteln“ „unnötig“ gequält zu werden (ebd). Damit haben die Ärzte „das Sterben in Würde“ ermöglicht („Hamburger Abendblatt“, 23.3.79).

Doch selbst liberale Kritiker merken an, daß es „nur in Ausnahmefällen (!) gelingt, das Ableben eines Todkranken mit Hilfe von Apparaten und Arzneimitteln hinauszuschieben. Die Regel also ist auch heute noch der Tod im kargen Klinikbett ...“ („Die Zeit“, 30.3.). Weshalb dann trotzdem der Beschluß der Bundesärztekammer gefaßt wurde, wird mit der Rechtsunsicherheit der Ärzte erklärt. In unseren Krankenhäusern ist es an der Tagesordnung, daß auf herztzählende Mittel verzichtet wird, Kreislaufstützen versagt werden usw., — alles zum „Wohl der Patienten“ versteht sich. Laut Buchstaben des Gesetzes konnten bislang Meidziner, die „passive Sterbehilfe leisteten, deswegen vor Gericht angeklagt werden. Nach Bekanntgabe der neuen Richtlinien wird jetzt allgemein damit gerechnet, daß diese

Ärzte „nicht länger vor Gericht gezerrt werden können“ („Mopo“, 23.3.).

Bemerkenswert ist daran zunächst einmal die Allgewalt der Götter in Weiß, deren Beschlüsse in diesem Staat — und dann noch bei solchen „heißen Eisen“ wie „Sterbehilfe“ — praktisch Gesetzeskraft haben! In der Praxis hat diese sogenannte Rechtsunsicherheit für die Ärzte aber sowieso nicht bestanden. Uns ist kein Fall bekannt, wo ein Arzt in der BRD wegen „passiver Sterbehilfe“ vor Gericht gestellt, geschweige denn verurteilt worden wäre.

Den Patienten bzw. deren Angehörigen ist nach den neuen Richtlinien aber je eine Möglichkeit genommen, gegen den behandelnden Arzt vorzugehen, den:

„Die letzte Entscheidung liegt beim Arzt“ („FR“, 23.3.).

Wir meinen, daß die Richtlinien der Bundesärztekammer zur „Sterbehilfe“ weitreichende Bedeutung haben. Derzeit sterben rund 75 % aller Menschen im Krankenhaus („Welt“, 17.2.). mindestens jeder vierte der heute lebenden Bundesbürger wird an Krebs sterben. Die ganze Diskussion um dieses Thema zeigt, daß es nicht „nur“ um „passive“, sondern auch um „aktive“ Euthanasie geht. Um die Überdosierung starker Schmerzmittel und Herzmedikamente oder um die Manipulation an Beatmungsgeräten. Die Grenze zwischen „passiver“ und „aktiver“ Euthanasie zieht wiederum völlig unkontrolliert der Arzt. Derselbe Arzt, der zunehmend angehalten wird, seine Therapie „nach den Gesichtspunkten der Wirtschaftlichkeit“ auszurichten.

Unter dem Hitler-Faschismus wurden unter ärztlicher Leitung über 100.000 Menschen vergast oder totgespritzt: geistig und körperlich Behinderte, darunter viele Kinder und alte Menschen. Das geschah auch unter dem Gesichtspunkt, „überflüssige“ Esser loszuwerden und Pflegekräfte und Gebäude freizusetzen (vergl. „Medizin ohne Menschlichkeit“, Fischer Taschenbuch, Nr. 2003). Worin besteht der Unterschied, wenn ähnliches heute im Namen der „Kostendämpfung“ geschieht und als „menschwürdiger“ Tod verkauft wird?

Gesundheitskommission

2003). Worin besteht der Unterschied, wenn ähnliches heute im Namen der „Kostendämpfung“ geschieht und als „menschwürdiger“ Tod verkauft wird?

Gesundheitskommission

Die Hessenklinik ist immer noch eine Gefahr für die Patienten

Am 20.3. veranstaltete die „Frankfurter Rundschau“ ein Diskussionsforum zur Hessenklinik in Friedberg, zu dem 700 Menschen aus dem ganzen Landkreis kamen. Das Krankenhaus ist seit Anfang dieses Jahres in die Schublinie geraten, nachdem dort ein 5jähriger Junge nach einer Mandeloperation nicht mehr aus der Narkose erwacht ist und eine 26jährige 5 Tage mit einem abgestorbenen Fötus im Mutterleib in der Klinik lag und nach einem Eingriff starb. Allerdings nahmen jene Ärzte, die am meisten ins Kreuzfeuer der Kritik geraten waren, entgegen früheren Zusagen nicht am Podiumsgespräch teil. Klinikchef Hess und Narkosearzt Haag folgten damit einer Empfehlung der Landesärztekammer, in der ihnen abgeraten wurde, an der öffentlichen Diskussion teilzunehmen („FR“, 27.3.79).

Die Hessenklinik ist immer noch eine Gefahr für die Patienten

Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses (vom Kreistag eingesetzt) argwöhnt eine „Überbetonung der Wirtschaftlichkeit des Hauses“. Die permanente Überbelegung der Klinik und die kurze Verweildauer belasten Personal und Organisation. Die geplante Erweiterung der Klinik von 154 auf 268 Betten bis zum kommenden Jahr soll zum Anlaß genommen werden, „etliche Dinge organisatorisch zu ändern“.

Einen Tag vor dem Podiumsgespräch war ein 14jähriges Mädchen nach einem Verkehrsunfall als unverletzt wieder nach Hause geschickt worden. Dort klagte es aber über starke Schmerzen und wurde von der Mutter ins Frankfurter Unfallkrankenhaus gebracht, wo ein Nierenriß diagnostiziert wurde („FR“, 30.3.79).

Zum Tod des 5jährigen Jungen, der Anfang des Jahres nach einer Mandeloperation in der Friedberger Klinik starb, liegt ein erstes Gutachten vor. Der Landesvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin, Professor Dudziak, schob in seinem Gutachten die Schuld am Tod des Jungen dem Hals-Nasen-Ohren (HNO) — Arzt Bader in die Schuhe, der die

Mißstände in der Klinik an die Öffentlichkeit gebracht hatte. Der Gutachter unterstellte Bader, daß „offensichtlich Hektik und Eile beim Operieren und Unsicherheit bei der Anlegung von Hilfsinstrumenten eine unnötige Gefährdung der Patienten beinhalten“ („FR“, 30.3.79). Dabei war der Gutachter bei keiner einzigen Operation anwesend. Er bezog seine Information offenbar nur vom Chefanästhesisten Haag, gegen den die Staatsanwaltschaft Gießen wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung ermittelt. HNO-Arzt Bader hatte den Narkosearzt für den Tod des Kindes verantwortlich gemacht. Er hat inzwischen eine Verleumdungsklage gegen den Gutachter angekündigt („FR“, 4.4.79).

Überraschend hat sich der Chefanästhesist Dr. Haag Anfang April wieder bereit erklärt, mit Dr. Bader zusammenzuarbeiten. Mit seiner Weigerung hatte der Narkosearzt die ganze HNO-Abteilung lahmgelegt. Die leidtragenden waren die Patienten, die auf weit entfernte Kliniken ausweichen mußten. Inzwischen hat die Assistenzärztin der Anästhesie gekündigt und die Hessenklinik verlassen („FR“, 3.4.79).

Gesundheitskommission

Behinderten-Wochenendseminar in Bremen

Behinderte machen sich selbstständig. Ist denn das die Möglichkeit? Diese Frage diskutierten vor kurzem an einem Wochenendseminar der Bremer Volkshochschule etwa 40 Behinderte. Ernst Klee, Sozialarbeiter, bekannt durch seine Bücher: Behinderten-Report I und II, war neben 6 anderen Nichtbehinderten auf Einladung der VHS auch erschienen. Die Debatte entwickelte sich um das Problem: Sollen in einer Behinderten-Gruppe auch Nichtbehinderte mitarbeiten?

E. Klee befürwortete das mit den Argumenten, daß 1. eine reine Be-

hinderten-Gruppe zur „Jammergruppe“ ausarten würde, 2. Ziehe ein Ausschluß der Nichtbehinderten eine verstärkte Isolation der Behinderten nach sich.

Diese Meinung wurde von der Mehrheit aller Anwesenden geteilt. Etwa 10 Behinderte traten diesem Standpunkt entschieden entgegen. Die erste Begründung für ihre Einstellung ist, daß der Behinderte immer versucht, sich dem „Normalen“ anzupassen, und somit um die Gunst der Nichtbehinderten in der Gruppe buhlt. Weiterhin entsteht durch die Anwesenheit der Nichtbehinderten

ein, bewußt oder unbewußtes, Unterdrückungsverhältnis. Denn der Behinderte kann nie ganz offen und ehrlich den Nichtbehinderten angreifen, da er von dessen Hilfe (füttern, auf den Topf setzen, usw.) abhängig ist. Um sich dieser Bedingung bewußt zu werden, ist es notwendig, sich in reinen Behinderten-Gruppen zusammenzuschließen. Trotz erhitzter Reden fand eine Annäherung der entgegengesetzten Standpunkte nicht statt.

Doch positiv ist, daß das Anreisen dieser Problematik hoffentlich zu weiterem Nachdenken anregen wird. Behinderten-Kommission

Kurzmeldungen

Sind Ferndiagnosen jetzt erlaubt?

Am 26. März veröffentlichte der Bundesgerichtshof eine Grundsatzentscheidung, nach der ein Arzt (der die Behandlung eines Patienten übernommen hat) verpflichtet ist, bei einer offensichtlich schweren Erkrankung einen Hausbesuch zu machen. Laut BGH gehört es zu den Aufgaben eines Arztes, sich vom Zustand des Patienten selbst ein Bild zu machen und dabei die Angaben Dritter nicht ungeprüft zu übernehmen.

Dieses Urteil fällt der BGH zugunsten der Witwe und der kleinen Tochter eines West-Berliner Studenten, der an einem Dezember-Wochenende über Fieber, Schüttelfrost, Schweißausbrüche, Durchfall und Erbrechen geklagt hatte. Als seine Frau den Hausarzt am Montagmorgen um einen Hausbesuch bat, wurde sie vom Arzt unter Hinweis auf sein volles Sprechzimmer mit einem Rezept und Medikamenten gegen eine vermutete Virusinfektion abgespeist.

Auch als der Erkrankte am Nachmittag selbst angerufen und auf seinen schlechten Gesundheitszustand hingewiesen hatte, war der Arzt nicht gekommen, sondern hatte einen Besuch vom Befinden am nächsten Tag abhängig gemacht. Am nächsten Tag fand dann die berufstätige Frau ihren Mann tot im Bett.

Der Mediziner wurde für den Tod des Studenten „mitverantwortlich“ gemacht („FR“, 27.3.79).

Dieses eigentlich selbstverständliche „Grundsatzurteil“ wurde nur wenige Tage später vom Landgericht Memmingen schon wieder durchlöchert. Es sprach einen 35jährigen Arzt in der Berufungsverhandlung frei.

Die Eltern hatten den Hausarzt angerufen, weil ihr Kind plötzlich an hohem Fieber litt. Der Mediziner, der Bereitschaftsdienst hatte, ließ sich unter Hinweis auf sein volles Warte-

zimmer die Krankheitssymptome am Telefon schildern. Einige Stunden später, nachdem der Vater ein verordnetes Medikament in der Praxis abgeholt hatte, starb der Säugling!

In erster Instanz war der Arzt zu 8000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Selbst der Gerichtsmediziner erklärte in beiden Instanzen, das Erscheinen des Arztes sei unbedingt erforderlich gewesen („FR“, 11.4.79). Der Freispruch ist ein Skandal!

Pocken-Viren als biologische Waffe?

Pocken: Seit Jahren sind in den Hauptverbreitungsgebieten Indien und Äthiopien keine neuen Erkrankungen registriert worden. In Westeuropa (einschl. BRD) ist die Impfpflicht für diese Krankheit seit einiger Zeit aufgehoben, da das Risiko einer Impfkomplication inzwischen viel größer ist, als das einer Erkrankung. Wissenschaftler gehen mittlerweile davon aus, daß die letzten Pockenviren-Bestände nur noch in Laboratorien existieren. Nur hier ist es noch zu Erkrankungen gekommen: z.B. 1978 in Birmingham (England). Würde man die Virenbestände vernichten, könnte man die Pocken für immer auslöschen. Doch ausgerechnet hier meldet sich das „Gewissen“ der bürgerlichen Wissenschaftler. Ihr „Argument“: Man könne doch nicht so einfach ein Lebewesen für immer vernichten. Der eigentliche Grund ist eher folgender: Derjenige, der über einen Vorrat an Pocken-Viren verfügt, kann diesen gegen ein Volk, dessen Immunität (Abwehrkraft) aufgrund nicht mehr systematisch durchgeführter Schutzimpfungen herabgesetzt ist, als biologische Waffe einsetzen. Da die Pocken sehr ansteckend sind, wären die Folgen verheerend.

(Nach Aussagen Marburger Mikrobiologen sowie „Ärztliche Praxis“ Nr. 18, S. 801).

Sind die Hexen wieder da?

Durch das Völkerkunde-Museum in Hamburg sieht man zur Zeit merkwürdige Gestalten einhergehen: manche mit Schlapphüten, Anti-AKW-Buttons, Frauen in vorwiegend lila Kleidung, Frauen, die ihre Freundinnen lieb umarmen. Alle haben es auf sich genommen, ins eher staubige und veraltete Museum an der Rothenbaumchaussee zu kommen.

Das Thema der Ausstellung, die alle anschauen wollen, hat etwas mit Vorstellungen zu tun, die z.T. noch aus der Kindheit stammen, z.T. aus aktueller Diskussion: mit „Hexen“ nämlich!

HEXE — ist das nicht die alte Frau mit der Warze auf der Nase und der Katze auf der Schulter? Oder eher die Junge, Hübsche, die Männer „verzaubert“? Neuerdings kommt auch noch die Vorstellung hinzu, die Hexen seien mutige, starke, selbstbewußte Kämpferinnen für Frauen-selbstbestimmung gewesen.

Der folgende Artikel will versuchen, einige Erklärungsansätze über Hexen und Hexenprozesse zu skizzieren — einige, denn es gibt noch mehr.

Maria — die Anti-Hexe?

Die Hexe, so lautet eine Erklärung, sei die von der christlichen Kirche verurteilte Sexualität gewesen.

Die traditionelle Frauenfeindlichkeit des Christentums hatte bewußt den Unterschied MARIA (rein, jungfräulich) und EVA (sündig, „fleschslüster“) konstruiert, um die Sexualität zu reglementieren und zu

Sicher ist ein Motiv bei den Folterungen und Vergewaltigungen von angeblichen „Hexen“ männlicher Sadismus (Henkersknechte) und verdrängte Sexualität (Schreiber, Mönche) gewesen, nur ist damit nicht das gesamte Gefüge der Hexenprozesse genannt, zu dem noch Widersprüche anderer Art hinzuzurechnen sind.

Diana-Priesterinnen und Bauern

So stellt sich z.B. die Frage, ob die Hexen nicht Angehörige eines heidnischen Fruchtbarkeitskultes waren, und deshalb von den kirchlichen Normen abwichen und verfolgt wurden. Es gibt in der Tat einige Anhaltspunkte dafür, daß die „Hexen“ Priesterinnen einer Göttin, der Diana, waren. So existieren mittelalterliche Urkunden, in denen vor Frauen gewarnt wird, die vorgeben, mit Diana durch die Nacht geflogen zu sein und andere „Hexen“ getroffen zu haben (4).

Außerdem könnten die Vorwürfe der Inquisitoren über das, was sich ihrer verqueren Meinung nach auf dem Hexensabbat abspielte, ein Körnchen Wahrheit enthalten haben. Mußten sich nicht die Frauen und Bauern, Bettler, Mägde und Hörige nachts auf Friedhöfen oder sonstigen abgelegenen Orten treffen, um ausgelassen feiern zu können, zu tanzen, zu singen, zu schmusen — all das, was von der Geistlichkeit so streng verurteilt wurde (aber natürlich heuchlerisch im Pfarrhaus oder Kloster selbst getrieben wurde)? Oder waren die „Sabbate“ gar die Treffpunkte

Aradia, ihrer Tochter, die die Hexen lehren soll, den unterdrückten Menschen zu helfen:

„Und du sollst die Erste unter den Hexen sein, Und du sollst sein die Erste von allen auf der Welt, Und du sollst sie lehren die Kunst des Vergiftens, vergiften nämlich alle, die große Herren sind, und du sollst sie sterben lassen in ihren Palästen, und du sollst des Unterdrückers Seele festbannen, und findest du einen Bauern, der so reich ist, dann sollst du deine Schüler, die Hexen, lehren, wie seine Ernte mit Sturm zu verwüsten sei, mit Blitz und Donner, Hagel und Wind“ (5).

Anzumerken ist bei dieser These, daß bei vielen Prozessen nachweisbar ist, daß andere Gründe als die Vernichtung eines heidnischen Kultes vorlagen. So z.B. persönliche Machtgüste, Neid, Ausschaltung politischer Gegner. Es mag etwas Faszinierendes an sich haben, in den „Hexen“ frühe Widerstandskämpferinnen zu sehen. (...).

Ärztin des Volkes?

Eine weitere Erklärung für die „Hexen“ modifiziert das Bild der Widerstandskämpferin: Könnte man in ihr nicht die „einzige Ärztin des Volkes“ (Michelet) (6) sehen, die Hebamme,



Hexenritt: „Langsam Meisterin“! Fr. Goya (1746-1828)

halfen sie bei den Abtreibungen. Das alles war aber gegen die Bibel. Dort heißt es als Strafe für Evas „Sündenfall“: „... unter Mühen sollst du deine Kinder gebären“ (1. Mos. 3,16). So unterliefen die Hebammen vielfach die Gebote der Kirche (...).

Wunschtraum-Geschichte?

Die Hexe als Leitbild der neuen Frauenbewegung? Ich meine, wir sollten nicht mit einem Wunschtraum-Denken an die Hexen herangehen. Nach dem, was ich aus meiner Beschäftigung mit dem Thema weiß, schäftigung mit dem Thema weiß, würde ich sagen, daß viele der angeklagten Frauen passive Opfer waren, die in einen tödlichen Kreislauf hineingeraten sind, aus dem nur der Weg zum Scheiterhaufen hinausführte (...).

Hexen — ich finde, sie sollten uns Frauen ein Symbol sein, wie Kirche, Religion, männliche Überheblichkeit und Sexismus Frauen erniedrigen und demütigen können. Interessieren uns die Hexen etwa nur, wenn sie stark, mutig und selbstbewußt waren, und nicht, wenn sie feige, ängstlich, opportunistisch waren bzw. dazu gemacht wurden?

Mein ganzes Mitleid gehört den als Hexen verbrannten Frauen, seien sie nun als bewußte Kämpferinnen oder als passive Opfer in den Prozeßkreislauf hineingeraten. Ganz besonders denke ich da an eine Frau aus Essen, die 1658 verbrannt wurde, und die ihre Richter um ihren Tod bat: mehr wolle sie nicht auf Erden. Die ihnen dann sogar dafür dankte, daß man sie nur mit dem Schwert hingerichtete (8).

Aber Mitleid sollten wir auch mit einer Frau wie der „Höfmannin“ haben (1609 verbrannt), die alles „gestand“, als man ihr nur die Foltergeräte zeigte, und die durch ihr „Geständnis“ etliche andere Frauen dem Scheiterhaufen auslieferte.

Eine Hamburger Genossin

Anmerkungen

- 1) Wolfgang Ronner: Die Kirchen und der Keuschheitswahn, München 1971, S. 179.
- 2) siehe dazu den „Kelheimer Hexenhammer“, Faksimile-Ausgabe der Original-Handschrift aus dem Kelheimer Stadtarchiv, München 1966 (Reprint).
- 3) Das bezieht sich auf den sog. „Canon Episcopi“ aus dem 9. Jh., abgedruckt in Joseph Hansen: Quellen und Untersuchungen zur Geschichte des Hexenwahns, Bonn 1901.
- 4) Charles Leland: Aradia — The Gospel of the Witches, New York 1974, (Reprint).
- 5) ebd., S. 4.
- 6) Jules Michelet: Die Hexe, Leipzig 1863, Nachdruck Berlin 1977.
- 7) aus dem „Hexenhammer“, deutsche Übersetzung von J.W.R. Schmidt, Berlin 1923, S. 111.
- 8) ebd. Bd. I. S. 367.



kontrollieren. MARIA wurde anerkannt, weil sie „entfaut“ (1) war und daher keine Gefahr für das männliche Seelenleben mehr darstellen konnte. Die „Hexe“ aber verkörperte gerade diese Sexualität und Sinnlichkeit, die nicht gelebt werden durfte — zumindest wurde dies den als „Hexe“ Angeklagten unterstellt. Die meisten Folterprotokolle sind eine Aneinanderreihung übelster geiler Fragen der Inquisitoren. Man/frau muß sich das einmal vorstellen: einer Angeklagten werden während der Folter Daumen und Beine zerquetscht, sie schreit und weint vor Schmerzen, und dann fragt der Hexenrichter sie, ob sie bei der „Buhlschaft“ mit dem Teufel seinen Sargen als kalt oder heiß empfunden habe, ob „es“ ihr angenehm oder unangenehm gewesen sei... (2).

der aufständischen Bauern und ihrer Frauen, die dort vielleicht MARIA anriefen, ihnen zu helfen?

„Vergiften in den Palästen“

Ob Diana, ob Maria — gemeinsam war diesen eine Hinwendung zu den Unterdrückten, gegen Vatergott und Obrigkeit. So ist ein angebliches „Evangelium der Hexen“ überliefert, das im 19. Jahrhundert eine italienische „streghe“ (Hexe) einem Forscher als authentisch übergab. Bei allen Vorbehalten, ob die Quelle „echt“, d.h. wirklich aus dem Mittelalter stammt und so überliefert wurde, ist es doch ein nachdenkenswertes Text (4):

Dort sagt DIANA, die Königin der Hexen („regine dee streghe“), zu

die aktiv den Kampf gegen christlich-patriarchalische Moral- und Wissenschaftsvorstellungen führte?

Dafür spricht z.B. die Angabe im „Hexenhammer“, einem sexistischen Machwerk zweier Dominikanermönche, über die Hebammen: „Niemand schadet dem katholischen Glauben mehr als die Hebammen!“ (7).

Warum gerade dieser weibliche Berufsstand am Ende des Feudalismus so diffamiert und angegriffen wurde, ist einmal aus der natürlichen Beziehung der Hebammen zum Geburtsvorgang zu erklären. Sie machten sich die christliche Scheu und Ablehnung gegenüber körperlichen Dingen nicht zu eigen. Zum anderen halfen sie den Frauen, möglichst ohne große Schmerzen zu gebären, indem sie ihnen bestimmte Kräuter gaben; auch

Keine Verabsolutierung

Genauso wenig wie die Thesen, die die Hexe sei sozusagen durch die verdrängte Sexualität der Inquisitoren entstanden, oder die Hexen seien Angehörige eines Fruchtbarkeitskultes gewesen, verabsolutiert werden können, genauso wenig ist es möglich, die Hexe allein als starke, mutige Kämpferin aufzufassen, die bewußt den Kampf gegen das System führte.

Jede der o.g. Auffassungen deckt einen Teil dessen ab, was die Hexe ist und welche die Gründe ihrer „Existenz“ und Verfolgung waren.

Auch sollte die „Überzeugungskraft“ der Folter bei den Hexenprozessen nicht unterschätzt werden: sie machte jede potentiell zur „Hexe“.

Sind die Hexen wieder da?

Hexen — dazu gibt es viele Fragen, viele Antwortversuche. In der Ausstellung wird versucht, auf mehrere Aspekte des Themas einzugehen.

Es fiel auf, daß viele feministische Frauen mit einem bestimmten Bild der „Hexe“, ihrem Bild, ins Museum kamen. Dort sahen sie dann auch nur das, was sie sehen wollten: den Teil über den Hexenkult, die Kräutervitrine, das Hebammenbuch. Die Hexe also als Symbol für Widerstandswillen auch in „schwärzester Zeit“.

Sicherlich kommt der neuen Frauenbewegung das Verdienst zu, die Erforschung der Hexen um diesen wesentlichen Aspekt erweitert zu haben. Jetzt spüren Frauen den verlorengegangenen Spuren der verbrannten Schwestern nach. Neue Ansätze, neue Interpretationen werden vorgelegt, in denen die Frauen, die angeblich bewußt Hexen waren und sein wollten, im Mittelpunkt stehen.

Für mich stellt sich bei der Betrachtung von Geschichte zuerst die Frage nach den Unterdrückten durch die Jahrtausende hindurch. Dann folgt die Frage nach Steilung, Bewertung und Funktion der Frau allgemein, wobei es besonders die Sklavinnen, Bäuerinnen, Hörigen-Frauen, Mägde und Arbeiterinnen sind, auf die ich den Schwerpunkt lege.

„Rock gegen Rechts“ in Hamburg

Am 14.4.79 wurde unsere erste eigene Veranstaltung trotz Ostersonnabend und sehr guten Wetters von ca. 800 Menschen besucht. Von 20.30 Uhr bis 3.00 Uhr spielten in der Hamburger Markthalle die Gruppen „Octopus“, „Franz K.“, „Fate“, „Rotators“ für „Rock gegen Rechts“.

Das Anliegen unserer Initiative entnehmt bitte dem folgenden Beitrag, den ich in der Markthalle gehalten habe:

Der Titel unserer heutigen Veranstaltung trägt denselben Namen wie unsere Initiative: „Rock gegen Rechts“. Allein dieser Name wird bei den meisten von Euch sicherlich sofort eine Frage aufkommen lassen: „Was hat Rockmusik mit Politik zu tun?“

Unserer Meinung nach haben gerade Rockmusiker und Rock-Freaks allen Grund, sich gegen rechts, d.h. gegen alle aufkommenden reaktionären und faschistischen Tendenzen zu wenden. Der zunehmende Knüttel- und Chemical-Mace-Terror der schon roboterhaft anmutenden Bullen gegen linke Demonstranten, die zunehmenden öffentlichen Erschießungen von Menschen durch aufgekettete oder angesoffene Bullen auf der Straße und deren Legalisierung durch Gerichte und Gesetzgeber, der unglaublich ausgebaute Apparat von Spitzeln und Gesinnungsschnüfflern, die Kriminalisierung oppositioneller Menschen und die zunehmende Konzentration der Medien in den Händen solcher Erzfaschisten wie Axel Springer, die Verfolgung und Rausschmissige gegen Linke aus Beruf und sogar Gewerkschaft und damit die Zerstörung ihrer Existenz, die Hysterie bei der „Terroristenjagd“ einschließlich ihrer gut durchorganisierten „Selbstmorde“ im Knast, das Herunterspielen der Gefährlichkeit der bis an die Zähne bewaffneten Nazi-Banden usw. usw. All diese Dinge legen den Gedanken nahe, daß das System der verschärften Unterdrückung sämtlicher Freiheiten, das hier vorprogrammiert wird, auch vor der Rock-Musik nicht halt machen wird.

So fand z. B. schon in den 20er Jahren, in der Weimarer Republik, ein heftiger Kampf am deutschen Rundfunk statt um die Frage, ob Jazz-Musik gespielt werden sollte oder nicht. Es waren damals die rechten Parteien, vor allem die Deutschnationalen, die für eine Verbannung des Jazz aus der gesamten deutschen Kulturwelt plädiert haben, weil der Jazz „Niggermusik“ und dem „überlegenen deutschen Wesen“ fremd sei. So wurde das erste Jazz-Verbot bereits 1930 in Thüringen ausgesprochen, also noch drei Jahre vor der gesamten deutschen Machtergreifung der Nazis. Das löste damals einen großen Protest aus.

Diese reaktionäre Kampagne gegen die „Niggermusik“ wurde dann von „Rock gegen Rechts“ übernommen und ausgebaut. Die Alternative, die die Rechten anzubieten hatten, war das volkseigene deutsche Liedgut, der Walzer und die Marschmusik. Es wurde der „unterentwickelten Nigger-Combo“ die zünftige deutsche Trachtengruppe entgegengestellt. Das Radio sendete Anti-Jazz-Sendungen mit besonders „abschreckenden“ Beispielen, was al-

lerdings überraschenderweise den Erfolg hatte, daß diese Sendungen absolut Publikumsrenner wurden, weil es die einzigen waren, wo man mal authentischen Jazz zu hören bekam.

Propagandistisch konnten die Nazis gegen die Jazz-Musik im Sinne einer sogenannten „Aufklärung über die vernünftige und verjudete, amerikanische Unkultur“ nicht viel ausrichten. Sie konnten nur die Verbreitung durch Verbote einschränken. So hingen in allen Lokalen Schilder wie „Swing tanzen verboten“. Propagandaminister Goebbels präziserte in einer Verordnung seines Ministeriums: „Verbieten sind: 1. Musik mit verzerrten Rhythmen, 2. Musik mit atonalen Melodienführung, 3. die Verwendung von gestopften Hörnern.“

Ich meine, daß die Erkenntnis der Unterdrückung der Jazz-Musik in der deutschen Geschichte auch uns Rock-Musiker sehr nachdenklich stimmen muß, nicht zuletzt, weil die Rock-Musik aus der Jazz-Musik entstanden ist. Man muß aus dieser Geschichte mehrere Schlüsse ziehen.

Einmal ist die Tatsache, daß nach dem Zusammenbruch des Faschismus 1945 die Jazz-Combos in Deutschland nur so aus dem Boden sprossen, Beweis genug dafür, daß ein breites Bedürfnis nach dieser Musik vorhanden war. Zweitens beweist die Tatsache, daß dieser Vorgang sich fast ausschließlich in den Arbeitervierteln der Großstädte abspielte, eindeutig den proletarischen Charakter des Jazz. Für die moderne Rockmusik wie eben besonders für den Jazz ist das Element der Improvisation, der Individualität und das emotionale, engagierte Spielen die Grundlage. Der Musiker genießt die Möglichkeit, sich in der Musik frei auszudrücken.

Die Geschichte des Jazz und neuerdings auch der Rockmusik ist immer geprägt von den Versuchen der Plattenindustrie, Manager und Konzertveranstalter, die Musik zu vermarkten. So hat z. B. in den 40er Jahren das „salonfähige“ Tanzorchester Glenn Millers aus der ehemals revolutionären Swing-Musik eine unengagierte, schmalzige Tanzmusik für alle Gelegenheiten gemacht, insbesondere für die Partys der höheren Gesellschaft. Die Reaktion der Jazz-Musiker auf diese Entwicklung war die Schaffung einer neuen Ausdrucksform des Jazz, der Bebop.

Ähnliches wie für den Jazz galt auch für die Rockmusik. Der Rock'n Roll revolutionierte in den 50er Jahren die ganze Kulturszene. Dasselbe galt auch für seine Weiterentwicklung durch die Gruppen, die aus der englischen Arbeiterjugend kamen: die Beatles, Stones, Animals, Who, Small Faces usw. Das süßliche Aufweichen und Verschmalzen dieser Musik in der zweiten Hälfte der 60er Jahre hatte zur Folge, daß der wesentlich rauhere Blues-Rock in den 70er Jahren hatte zur Folge, daß der wesentlich rauhere Blues-Rock in den Vordergrund rückte. Der Blues-Rock brachte als neue Errungenschaft die Solo-Gitarre als kunstvoll gespieltes Mittelpunktinstrument mit sich. Hier sind vor allem die Gruppen um Alexis Corner, John Mayall, Graham Bond, und dann Cream, Fleetwood Mac, Ten Years After, Jimi Hendrix und Jeff Beck zu nennen.

Als Beispiel muß noch der Punk-

Rock gelten. Er ist eine Reaktion der englischen Arbeiterjugend auf die total kommerzialisierte Bombasto-Szene um Genesis und Yes etc.

Oder ein aktuelles Beispiel aus dem Jazz-Rock der letzten Jahre: Der Funky-Jazz von Billy Cobham, Stanley Clarke usw., der vor einigen Jahren als echte Weiterentwicklung angesehen werden konnte, liegt heute im Sterben, weil er von der Plattenindustrie völlig überstrapaziert wurde. Als abschreckendes Beispiel erwähne ich Herbie Hancock, der normalerweise einer der fortgeschrittensten Pianisten der Welt ist. Er hat bei seiner letzten Europatournee den Funky-Clown im Disco-Gewand gespielt und sich wie ein abgetakelter US-Schlagersänger aufgeführt. Das Publikum war Hamburgs Schickleria.

Außerdem gibt es heute kaum noch Schlager, die nicht im Funky-Rhythmus gebolt werden. Perverseste Beispiele: Boney M oder Dschingis Khan.

Die Reaktion der Musiker hierauf läßt sich jetzt schon ablesen: Die Jazzler gehen zurück an die akustischen Instrumente und die Rock-Musiker wenden sich wieder geraderen härteren Rhythmen zu.

Man kann aus der gesamten Geschichte der Rockmusik und des Jazz sehen, daß die kulturellen Bedürfnisse der Menschen zwar formal verboten werden können, daß ehemals neue, revolutionäre Musikstile durch Vermarktung totgeritten werden und teilweise sogar die Musiker selbst, wie Jimi Hendrix. Es entwickeln sich aber prompt zwischen Zuhörern und Musikern immer neue, eigene, ehrliche Ausdrucksformen. Diese Tatsache wird in keinem anderen gesellschaftlichen Bereich so deutlich wie in der Musik.

In dieser Individualität liegt die Freiheitliche Wurzel der modernen Musik.

Es ist genau diese Art von Freiheit und Individualität, die den Rechten ein Dorn im Auge ist. Wir scheitern auf das sogenannte deutsche Liedgut mit seinen Trachtengruppen und Jägerchorern genauso wie auf die Schlagerszene, die in keinem Land der Welt so abartig und widerwärtig ist wie bei uns. Was ist es anderes als Klassenkampf von oben, wenn einerseits eine recht breite Szene von Rock- und Jazz-Gruppen in der BRD existiert, aber die kompromittierten Musiker und Gruppen praktisch keine Plattenverträge kriegen, weil die Schallplattenkonzerne dabei ihre Vorstellungen nicht durchsetzen können. Andererseits werden hier Schlagersänger gepusht wie Rex Gildo, Heino, Peter Maffay, Roy Black oder wie diese Aschbacher alle heißen mögen, mit ihren verdammten Texten von einer Welt, die es gar nicht gibt und ihren in echter deutscher Mentalität immer wiederkehrenden Hau-Ruck-Rhythmen.

wiederkehrenden Hau-Ruck-Rhythmen.

Oder uns wird der importierte Disco-Sound vorgeknallt, wie Boney M, Village People, Amanda Lear, wo man vor lauter Plastik den Wald nicht mehr sieht. Das Bekämpfen dieser Einflüsse, dieser Unterdrückung unserer Musik ist bereits ein Kampf gegen Bestehendes, ein Kampf gegen rechts. Die Entscheidung, ob eine Rockgruppe sich auf Kosten der eigenen Kreati-

vität in ein Schema pressen läßt und dann mit solchen schwülstigen, typisch deutschen Produktionen aufwartet, wie z.B. die Gruppe „Novallis“ und die DDR-Gruppe „Puhdys“ und so ganz groß „rauskommt“ oder lieber bei der eigenen Musik bleibt, hinter der sie wirklich steht und sich lieber von einem kleinen schlechtbezahlten Auftritt zum nächsten hangelt aber das mit geradem Rücken — ich finde, daß das schon eine politische Entscheidung ist.

Ich bin der Meinung, daß u.a. die Nazi-Zeit die Deutschen kulturell ziemlich kaputt gemacht hat. So ist z.B. unsere Jugendszene hier lange nicht so eng mit der Rockmusik verbunden wie z.B. in England. Sogar die fortschrittlichen linken Menschen hier scheinen kulturell völlig unterentwickelt zu sein. So konnte man in den letzten Jahren auf diversen linken Veranstaltungen in Hamburg beobachten, daß Politrock-Gruppen ihre Texte zur Musik der Anfang-60er-Jahre bringen, daß Rockgruppen auf linken Veranstaltungen sehr oft nur die musikalischen Handwerker sind, die mit einer schlecht gebrachten Elvis- oder Beatles-Nummer sich weit mehr Applaus sichern können als Gruppen, die mal was eigenes wagen. Es ist einfach ein Unding, wenn ein sonst fortschrittlicher Mensch gegenüber moderner Musik eine Haltung wie ein reaktionärer Spießhaken hat. Es fehlt bei einigen Genossen wirklich nur noch der Spruch, diese oder jene Musikform sei „entartet“. Wir verlangen nicht von allen Linken, daß sie die totalen Rockfreaks werden sollen, wir verlangen lediglich eine aufgeschlossener Haltung Dingen gegenüber, die einem erstmals neu sind, besonders wenn es sich hier um eine hochpolitische Frage handelt.

Ich glaube, es ist besonders für fortschrittliche Gruppen wichtig, daß sie nicht wie in der Disco-Szene in ein Schema gepreßt werden, sondern durch solidarische Kritiken in ihrer Kreativität gefördert werden. Andernfalls werden die linken Veranstaltungen kulturell immer mehr der Fernsehsendung „Zum Blauen Bock“ ähnlicher. Hier muß einiges geändert werden!

Wir müssen uns über diese Dinge, d.h. die Rolle der Rockmusik und der Disco-Szene in der BRD sowie über die kulturelle Beschränktheit vieler fortschrittlicher Menschen im klaren sein, wenn wir unsere schwere Aufgabe, die wir uns langfristig gesetzt haben, ohne Illusionen durchziehen wollen.

Unser wesentliches Ziel ist der Aufbau einer Alternative zum Machtbereich der Schallplattenindustrie und Konzertmanager. Das Musikerpotential hierfür ist groß genug. So haben uns ohne große Anstrengungen unsererseits schon weit über 100 Rock-Gruppen hierfür ist groß genug. So haben uns ohne große Anstrengungen unsererseits schon weit über 100 Rock-Gruppen aus dem Bundesgebiet und West-Berlin ihre Unterstützung zugesagt.

Was uns weiterhin Mut macht, sind die alljährlichen Alternativfestivals „Umsonst und draußen“ der Schnee-Kooperative in Vlotho, das im letzten Jahr von ca. 50.000 Menschen besucht wurde.

Wir wollen durch unsere Aktivitäten Rock-Fans die politische Seite ihres Musikinteresses aufzeigen, sie politisieren und wir wollen die linke Szene der Rock-Musik näher bringen.

Wir wollen durch unsere Kooperative die gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen Musikstile fördern. Punker und Rock'n Roller sind genauso willkommen, wie Musiker des Blues, Jazz, Ragga, Folk-Rock usw.

Gleichzeitig verstehen wir uns als eine Art Agentur für unsere Gruppen, von denen kaum eine einen Manager hat und die sich schwertun, sich selbst andauernd anzupreisen. Gerade aufgrund der schlimmen finanziellen Situation vieler Gruppen, die Anlagen für einige zehntausend Mark mit sich herumschleppen und immer möglichst umsonst spielen sollen, wollen wir endlich eine angemessene Bezahlung durchsetzen. Es muß vor allem das gegenseitige Unterbieten aufhören.

Wir werden „schwarze Listen“ von üblen bürgerlichen Managern und Veranstaltern erstellen und veröffentlichen. Dazu brauchen wir regelmäßige Erfahrungsberichte der Beteiligten.

Wir werden ein Rundschreiben herausgeben an alle möglichen Initiativen und fortschrittlichen Veranstalter, denen wir zur Unterstützung ihrer Aktivitäten die Auftritte unserer Gruppen anbieten.

Wir werden auf unseren eigenen regelmäßigen Veranstaltungen und Festivals direkt von der politischen Unterdrückung Betroffenen die Möglichkeit geben sich zu äußern (wie heute Kai Ehlers) bzw. unsere Veranstaltungen werden unter ein politisches Motto gestellt.

Wir werden ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse arbeiten, d.h. alle Menschen, die sich an unserer Sache beteiligen wollen, sind willkommen. „Rock gegen Rechts“ wird keine politische Programmatik ausarbeiten, sondern eine Initiative der Aktion sein.

Wir werden im europäischen Rahmen sehr eng mit der englischen Bewegung „Rock against Racism“ zusammenarbeiten, über die ich hier jetzt nichts weiter sagen will, da ihr hierüber in letzter Zeit des öfteren lesen konntet. Parallele Komitees sind bereits in Belgien, Holland, Schweden und Dänemark entstanden.

Abschließend möchte ich noch mal alle interessierten Rockmusiker, Rock-Freaks, Jugendzentren, Schülergruppen, Bürgerinitiativen, Antifa-Gruppen und so weiter aufrufen, sich bei uns zu melden und unsere Sache zu unterstützen!

Vielen Dank
14.4.1979

für die Initiative ROCK GEGEN RECHTS: Jan Rieck/ Rockgruppe
für die Initiative ROCK GEGEN RECHTS: Jan Rieck/ Rockgruppe „Alcatraz“

KONTAKTADRESSE:
Initiative Rock gegen Rechts e.V.
c/o Thomas Loeck
Falkenried 57
2000 Hamburg 20

16./17. Juni in Frankfurt



Am 16./17. Juni wird in Frankfurt voraussichtlich eine der größten Antifaschismus-Veranstaltungen der letzten Zeit stattfinden: „Rock gegen Rechts“. Ausgehend von der gleichnamigen Musiker-Initiative (vorgestellt in AK 151) und der Grünen Liste Hessen (GLH) hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, um an diesem Wochenende ein großes antifaschistisches Rockfestival auf die Beine zu bringen. Damit soll das „Deutschlandtreffen“ der NPD verhindert werden, das zu diesem Zeitpunkt alljährlich in Frankfurt stattfindet.

Jahr für Jahr ist dieses „Deutschlandtreffen“ das zentrale Ereignis für die Nazi-Szene innerhalb und außerhalb der NPD. Zwar ist der Widerstand der Antifaschisten gegen diesen Aufmarsch immer größer geworden. Dafür ist die Frankfurter

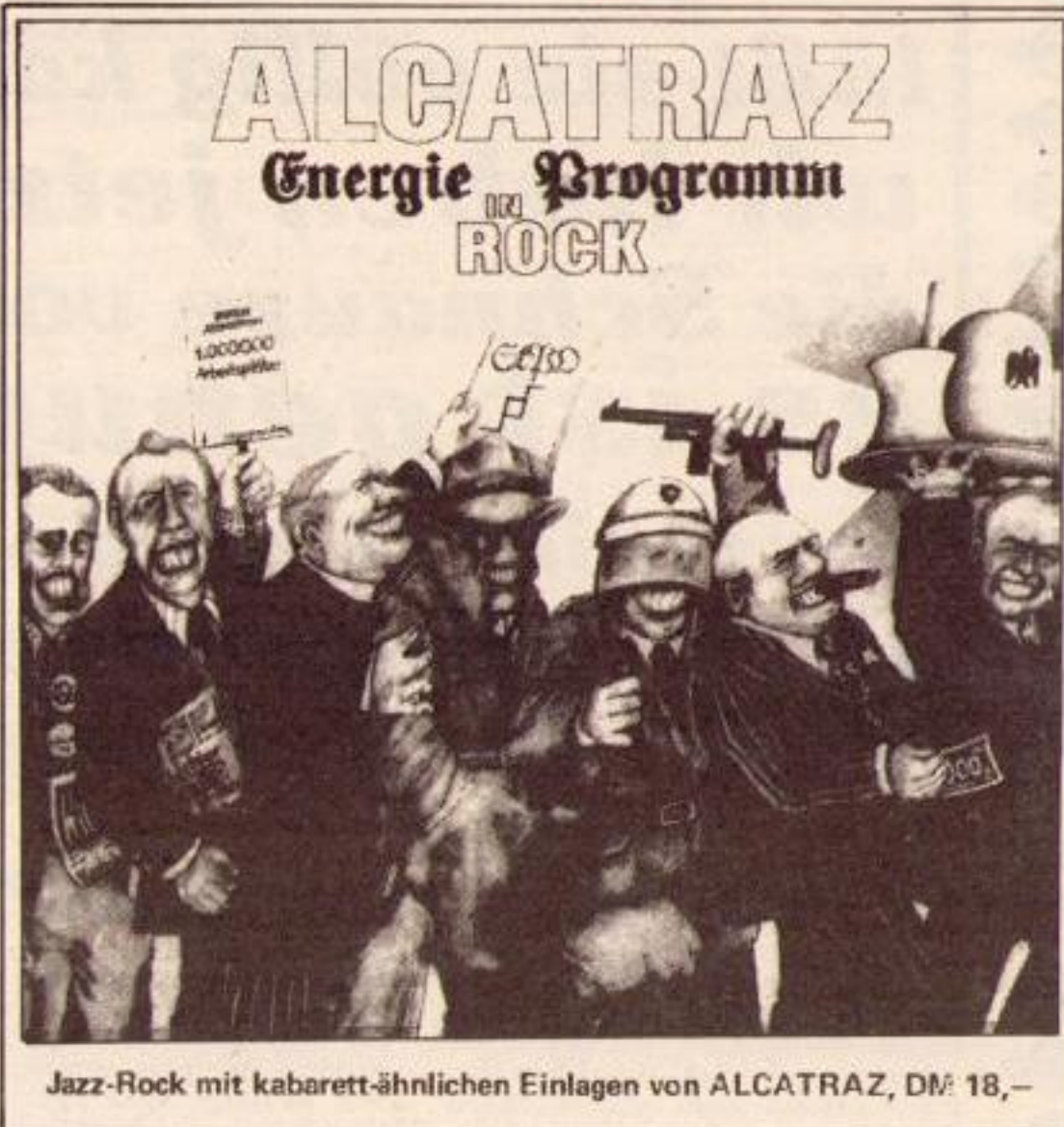
Polizei jedoch jedesmal mit wachsender Brutalität auf die Demonstranten losgegangen. So ist es noch in lebendiger Erinnerung, wie die Polizei im letzten Jahr mit unglaublicher Rücksichtslosigkeit den Römerberg von tausenden von Demonstranten räumte, die diesen Platz besetzt hatten. Immerhin wurde durch diese Aktion erreicht, daß die NPD nicht bis in die Innenstadt vordringen konnte, sondern vorzeitig umkehren mußte. 64 Antifaschisten wurden damals schwer verletzt.

„Rock gegen Rechts“ soll nun in diesem Jahr solche Dimensionen erreichen, daß den Nazi-Aufmärschen — auch für die nächsten Jahre — ein Ende bereitet wird. Die Voraussetzungen dafür sind nicht schlecht: Die Idee hat jetzt schon eine erstaunliche Resonanz gefunden, sowohl in der Rock-

Szene als auch unter den demokratischen Organisationen. So haben z.B. die „bots“ (Niederlande), „Misty“ (England), „Domfruen“ (Dänemark), „Oktober“, „Alcatraz“, „Fate“, „Rotators“, „Checkpoint Charly“, „Brühwarm“, „Missus Beastly“ und „Lerryn“ (alle BRD) bereits ihre Unterstützung erklärt. — Auch unter den politischen Organisationen und Initiativen wird das Bündnis sehr breit werden.

Schwierigkeiten haben allerdings die Jusos, die offenbar wohl gern dabei wären, andererseits von der SPD gehalten sind, eine Kundgebung des DGB am 16. oder 17. Juni zu unterstützen.

KB/Gruppe Frankfurt



Die Sterilisation des Mannes - kein Modethema!

Dem „Augenzeugenbericht“ von Klaus in AK 150, Seite 25, ist – was die medizinische Seite der Sterilisation beim Mann angeht – kaum etwas hinzuzufügen. Darüberhinaus jedoch möchte ich aus eigener Erfahrung einige Erkenntnisse und Gesichtspunkte hinzufügen, die für meine „Nachfolger“ von Nutzen sein könnten.

Eine Verhütungsmethode zum Nulltarif

Seit dem Herbst 1976 müssen die gesetzlichen Krankenkassen (Ersatz-, Orts-, Innungskrankenkassen etc.), die mit der Sterilisation verbundenen Kosten übernehmen. Das heißt, man muß nicht nach Holland fahren und/oder den Betrag von 300 bis 800 DM auf den Tisch legen, um vasektomiert zu werden. So hat auch in meinem Fall die AOK alles bezahlen müssen. Die Vasektomie ist nicht strafbar. Das StGB sagt lediglich aus, daß ein Eingriff nur dann rechtswidrig ist, wenn er trotz Einwilligung „gegen die guten Sitten“ verstößt. Und wer weiß wohl hier am besten, was „gute Sitten“ sind? Der ARZT natürlich. Er hat das letzte Wort und beurteilt, ob der Antragsteller es ehrlich meint oder etwa wankelmütig sein könnte. Jedoch, der Arzt möchte nicht allein zustimmen und sich absichern. Er verlangt in der Regel, daß der Patient vorher eine Beratungsstelle der Pro Familia konsultiert.

Mein „Fall“

Meine Daten: 29 Jahre alt, 1 Kind (unehelich), seit 14 Tagen vasektomiert.

1. Die Anfrage
Mein erster (noch schüchterner) Versuch, meinen Wunsch in die Tat umzusetzen, bestand in einem Anruf bei Pro Familia in Hamburg. Die Dame am anderen Ende erkundigte sich nach meinen persönlichen Daten und beschied, daß Männer-Sterilisationen erst ab 30 unterstützt würden, es sei denn, man ist verheiratet und hat 4 Kinder (dann evtl. sogar früher). Ich zeigte mich wohl informiert und wies auf das Buch von N. Ney hin, nach dem auch jüngere Männer Erfolg hatten. Sie kannte das Buch nicht und berichtete, daß eigentlich im mittel- und süddeutschen Raum die „Sittlichkeits“-Grenze sogar erst bei 35 Jahren läge. Die Beraterin erkundigte sich, ob mir bekannt sei, daß die Sache nicht nach dem „Wasser-

hahn-Prinzip“ funktioniere (= keine Rückgängigmachung), erklärte abschließend eine Beratung in meinem Fall für nutzlos und empfahl mir, auf eigene Faust einen Arzt zu suchen.

2. Die Arztsuche
Über eine fortschrittliche Frauenärztin brachte ich den Namen eines Hamburger Arztes in Erfahrung, der Vasektomie vornehmen würde. Sie empfahl mir jedoch, vorher unbedingt Pro Familia aufzusuchen, um eine entsprechende Empfehlung zu bekommen.

3. Besuch bei Pro Familia
Nach telefonischer Anmeldung und Schilderung meines Falles wurde ich zu den üblichen Sprechzeiten vorgeladen. Das Gespräch mit einer Ärztin dauerte etwa eine Viertel Stunde. Die Ärztin stellte kaum Fragen, so hatte ich Gelegenheit zu einem „umfassenden“ Kurzreferat über die Vorzüge der Vasektomie im Allgemeinen und im Besonderen (in meinem Fall nämlich). Zu meiner Überraschung erteilte ich z.T. lebhaft Zustimmung. Und dies selbst bei einer politischen Kritik über die doppelte Moral der Herrschenden, die die Methode der Sterilisation in Ländern mit Überbevölkerung („3. Welt“) als die Verhütungsart überhaupt propagiert und deren Durchführung z.T. unter Zwang geschieht oder mit kleinen Geschenken belohnt wird (Kofferradio für eine Sterilisation). Die Beraterin schrieb meine persönlichen Angaben mit und gab mir diese Notizen als Empfehlung für den Arzt mit auf den Weg. Sie nannte mir 5 Ärzte im Raum Hamburg, an die ich mich wenden könne und gab mir ein Beratungsblatt über die „technischen“ Einzelheiten der Vasektomie mit.

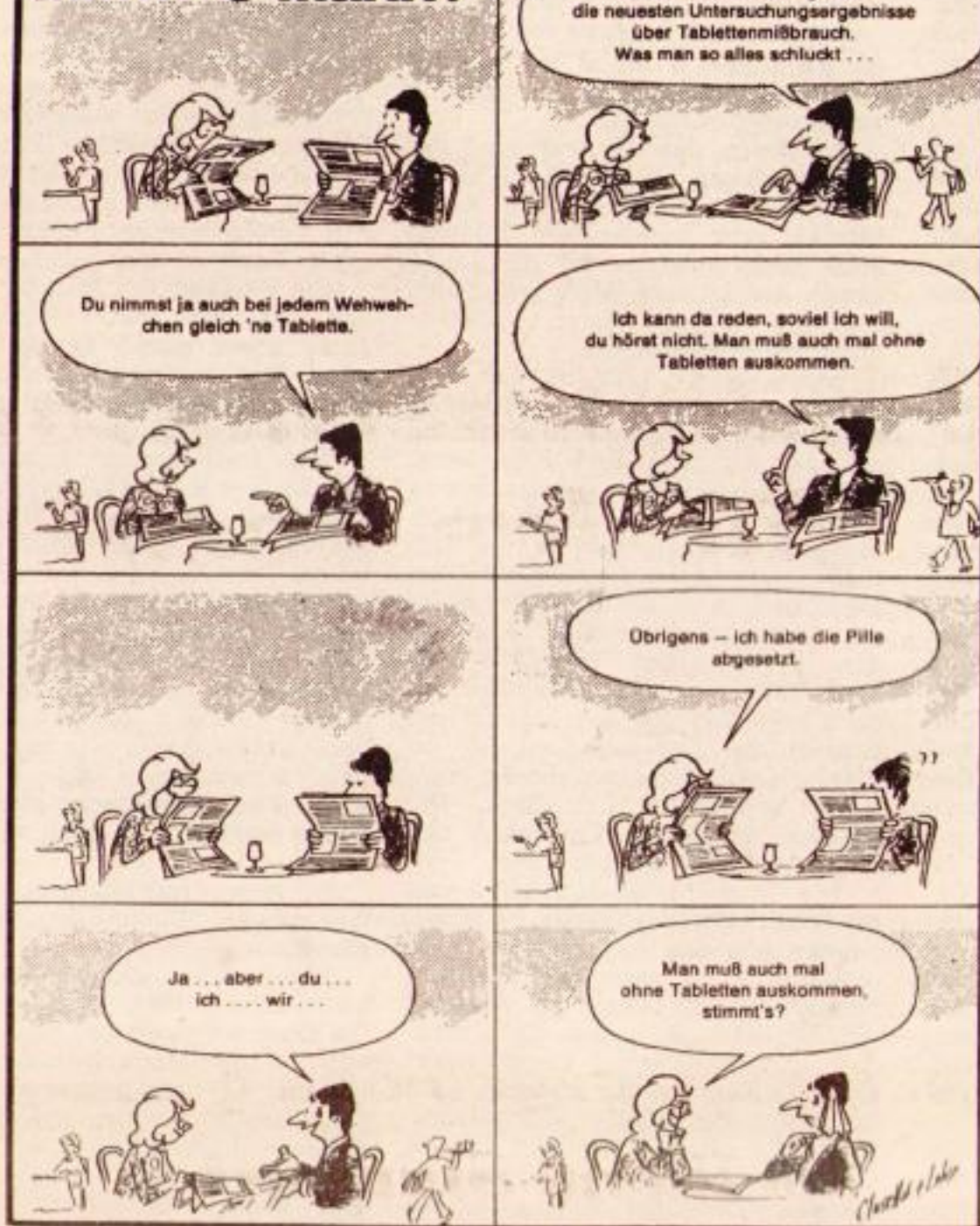
4. Der Arztbesuch
Wiederum nach telefonischer Anmeldung einschließlich Angabe meiner Wünsche suchte ich den von mir „erwählten“ Arzt auf zu einem Beratungstermin. Auch dem Arzt gegenüber trat ich bewußt selbstsicher und bestimmt auf (und möchte behaupten, daß dies ziemlich wichtig ist!). Er erkundigte sich nach ein paar persönlichen Einzelheiten und stellte dann die berühmte „Gretchenfrage“: „... was wäre, wenn plötzlich ihre Traumfrau ...“. Ich mußte lachen, beurteilte jedoch seine Prognose als „wünschenswert“, sprach aber davon, daß die Sterilisation erstmal meine persönliche Entscheidung sei. Das war's denn auch schon. Ein Termin

wurde vereinbart, eine Einverständniserklärung von mir unterschrieben. Eine Erleichterung im Überwinden der Instanzen ist in meinem Fall sicherlich gewesen, daß ich bereits Vater eines Kindes bin. Wenn man sich jedoch auf die „Hürden“ gut vorbereitet, selbstsicher auftritt und sich

verlieh, will ich nicht verhehlen, verstand sich aber für mich von selbst aufgrund der Exponiertheit des betroffenen Körperteils. Wenn ich dagegen allerdings die Tortur aufwiege, die eine Frau bei Abtreibungen, Geburt usw. auszuhalten hätte, dazu gerechnet der nervende Zwang,

Woche lang nach dem Eingriff vor schwerer körperlicher Belastung zu „drücken“ und – wie ich – zwei bis drei Tage im Bett aufzuhalten (weil es doch beim Gehen zu sehr schmerzt), so darf man getrost feststellen, daß eine Vasektomie harmloser und unkomplizierter ist, als die Entfernung der Mandeln.

Mann o Mann!



als wohlinformiert zeigt, müßte es auch jüngeren Männern gelingen, sich durchzusetzen und ihr Ziel erreichen. Das Studium des Buches von Norbert Ney sollte zu den Vorbereitungen auf jeden Fall dazugehören.

5. Die Operation
... Daß es nicht ganz schmerzfrei

Vasektomie – was ganz „Ausgefallenes“?

In der Bundesrepublik wird im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern die Vasektomie als Verhütungsmethode bewußt verschwiegen und boykottiert.

„Bis zum heutigen Tag ist fast nichts so schwer gewesen, wie der Versuch, an Information, Materialien und Hinweise über die Sterilisation des Mannes heranzukommen!“, Norbert Ney in seinem Buch.

Die Vasektomie ist und darf auf keinen Fall nur ein Tages- oder Modethema bleiben. Sie sollte auch nicht als eine Handlungsweise betrachtet werden, die nur „in bestimmten Ausnahmefällen“ gültig ist oder die ein paar „Exoten“ vorbehalten bleibt. Sie ist ein kleiner, aber wichtiger und entscheidender Schritt auf dem Weg zu einer neuen, wesentlich anders zu begreifenden Rolle des Mannes – im Zusammenleben und in der Sexualität zwischen Mann und Frau. Viel mehr Menschen als bisher sollten sich darüber klar werden, daß die Vasektomie verdient, daß ihr bei der Diskussion um Verhütungsmethoden eine Priorität eingeräumt wird.

Die Vasektomie in Betracht ziehen sollten vor allem

- Paare oder Männer, die sich darüber im klaren sind, daß sie selbst keine Kinder (mehr) wollen oder nicht darauf bestehen, bei Kinderwünschen sich selbst reproduzieren zu wollen und dann z.B. eher an die Adoption denken...
- Paare oder Männer, die sich die Last nehmen wollen, 1/4- oder 1/2- oder 3/4- sicheren Verhütungsmitteln zu vertrauen („... hab ich nun die Pille genommen? ...“) und ihre Sexualität freier, druck- und angstloser auskosten wollen...
- Männer, die sich nicht nur verbal darüber aufregen wollen, daß es die „Pille für den Mann“ nicht gibt, sondern einen persönlichen praktischen Beitrag leisten wollen...

g., Hamburg

Die linke Szene hat's noch nicht geschnallt Vergewaltigung läßt sie völlig kalt wir haben jetzt die Schnauze voll es ist genug ihr treibt's zu doll wir machen nicht mehr länger mit!

Die Schnauze voll haben muß frau angesichts des ekelhaft gleichgültigen bis beschönigenden Verhaltens der männlichen „Linken“, die sich in Hannover auf den nicht minder „linken“ Scene-Festen ein Stelldichein geben. Am 16.2. ist bei einem solchen

Fest, veranstaltet von der hannoverschen Tageszeitungsinitiative (TAZ), auf dem Männerklo im Raschplatzpavillon eine Frau vergewaltigt worden. Reaktion eines Teils des tollen alternativen fortschrittlichen Publikums:

- Mußte das gerade hier und jetzt passieren?

- Unser schönes Fest wird kaputtgemacht!

- Warum sollen wir jetzt betroffener sein als sonst?

- Und, Gipfel des Zynismus:

- Das war bestimmt eine Provokation der Frauenbewegung, um unser Fest kaputtzumachen!

Die Berichterstattung in der „Tageszeitung“ über diesen Vorfall war unter aller Sau!

Am 24.3. stieg das nächste TAZ-Fest im Pavillon. Besser gesagt: eine Konsumfete, die die „TAZ“ organisiert hatte, um Geld für ihr totgeborenes Projekt reinzuziehen.

Mitten während des Programms marschierten 15 Frauen aus dem Frauenzentrum – ohne zu bezahlen – in den Saal, sangen ein ebenso trauriges wie treffendes Lied („Die linke Szene...“) und „besetzten“ die Bühne. Es wurde ein Flugblatt verlesen, in dem noch einmal über die Vergewaltigung und die schlimme Reaktion informiert wurde. Aber wie sah diesmal die Reaktion aus!?

Die „Genossen“ von der „TAZ“ waren aufgeschreckt, als hätten die Frauen auf der Bühne verkündet, ihnen solle zur Warnung und als abschreckendes Beispiel der Schwanz abgeschnitten werden – dabei hatten die Frauen kaum Kritik an der „TAZ“ geübt, sondern im Flugblatt lediglich bemängelt, daß auf den Festen der Initiative „wenig dafür getan... (wurde), auf diesen Festen Leute für das Projekt zu interessieren... sondern lediglich darauf erpicht war, Geld für das Projekt reinzubringen.“

Auf eine Kritik an der Berichterstattung der „Tageszeitung“ hatte frau völlig verzichtet. Frau ist noch viel zu sehr mit Skrupeln behaftet, wenn es darum geht, andere Linke zu kritisieren!

Nicht so aber die Herren von der „TAZ“!

Anstatt beschämt den Kopf zu senken, zuzugeben, daß es in der lin-

ken Szene Reaktionen wie die oben beschriebenen gegeben hat, erdreisteten sich diese Chauvis auch noch, die Frauen anzumachen, daß es einem schlecht werden könnte!

Einem Typ, der ans Mikro ging und dem Publikum mitteilte, die Frau sei damals gar nicht vergewaltigt worden, und wenn, dann sei das ihre eigene Schuld, denn sie sei ein „ganz sexgeiles Luder“, wurde nicht widersprochen. Keine Distanzierung, nichts... Stattdessen Kommentare von Männern eines linken Projektes wie:

- Diese Frauen haben eben mit Gewalt die Kasse gestürmt. Das war Gewalt! Wer hier gegen Gewalt auftritt, kann nicht selbst gewaltsam vorgehen. Für mich ist Gewalt Gewalt. Das ist genau dasselbe!

- Warum seid ihr nicht zu einem Gespräch im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung bereit! Ihr wollt doch nur unser Fest kaputtmachen und auf Kosten unserer Veranstaltung euer Süppchen kochen!

- Das ist doch ein Problem Dritter, das kann man nur im Rahmen einer vernünftigen Diskussion klären!

- Hier im Saal sind todsicher viele Frauen, die auch im Ehebett vergewaltigt werden. Sagt doch mal, was ihr dagegen tun wollt!?

Es war so gemein, ekelhaft und erniedrigend, daß es kaum auszudrücken ist!

„Linke“ Männer, die meinen, ein alternatives Projekt aufzuzeichnen, die sonst bei jeder Gelegenheit ihren fortschrittlichen Anspruch kundtun, haben hier ganz deutlich gezeigt, wie wenig – nein, daß sie nichts, aber auch überhaupt nichts vom Kampf der Frauen begriffen haben, daß ihre Solidarität und verbale Unterstützung da aufhört, wo Frauen ihrer Wut und Empörung Ausdruck verleihen und nicht artig und brav erst vorher ihre fünf Mark an der Kasse abliefern. Das ist ja Gewalt! Da kann man ja nur noch eine Kette bilden, um zu versu-

chen, die Frauen zurückzuhalten! Da muß man die Frauen über Mikro so richtig frontal anmachen, damit der Name der „Tageszeitung“ nicht beschmutzt wird!

Die Frauen haben nach ihrer Aktion gemeinsam singend das Fest verlassen, nicht aber ohne zuvor noch klargestellt zu haben, wie reaktionär und dummdreist sie das Verhalten der „TAZ“ler fanden:

„Da stellst du dich hin und sagst, Gewalt ist Gewalt! Das ist genau die Argumentation, mit der die Bullen bei Demos ihr Vorgehen rechtfertigen. Und das von einem linken Projekt!“

Die Reaktionen des Publikums waren sehr gemischt. Nach dem Verlesen des Flugblattes gab es viel Beifall, besonders von den anwesenden Frauen, aber auch von Männern.

Die Theatergruppe des UJZ Kornstraße, deren Auftritt bereits angekündigt worden war, weigerte sich ihr Stück zu spielen: „Nicht bei so einem Publikum und bei solchen Äußerungen!“ Das war sehr solidarisch!

Die gesamte Aktion wurde von vielen Frauen im Publikum sehr positiv bewertet. Oft konnte frau aber auch, insbesondere von Männern, hören, daß es „so ja nicht“ ginge pipapo.

Doch: genau so geht es, genau so können wir uns wehren und klarmachen, was Vergewaltigung für uns bedeutet und wie sehr wir auf ein derartiges Jinkes' Selbstverständnis, wie es hier an den Tag gelegt wurde, pfeifen!

FRAUEN, SEID WACHSAM UND NEHMT NIRGENDWO FRAUENFEINDLICHES VERHALTEN HIN – AUCH NICHT IN DER LINKEN SCENE! FRAUEN, WEHRT EUCH!

P.S.: Mittlerweile haben die Frauen einen Bericht über ihre Aktion geschrieben und der „TAZ“ mit der Aufforderung nach Abdruck in der „Tageszeitung“ übergeben.

**Der Märchen-Onkel
hat das Wort:
Es schreibt
Klaus Rainer Röhl
zum Thema
„Schneewittchen“**

Es ist doch immer wieder erstaunlich, wieviel Dummheit, Ignoranz und chauvinistischer Größenwahn so manchen vermeintlich „linken“ Mann auszeichnet!

Anschauliches Zeugnis derartiger trauriger Größe legt der uns allen wohl bekannte Klaus Rainer Röhl in seinem „Avanti“ vom April 79 ab. Da sendet er nämlich „Liebsgrüße an Schneewittchen“. So jedenfalls die Überschrift eines doppelseitigen Artikels über die gleichnamige Frauenband.

Klaus Rainer ist ein aufrechter Linker, daran läßt er zunächst einmal nicht den geringsten Zweifel. Und daß er sich um die linke Kultur verdient gemacht hat, steht ja, spätestens seit wir sein mit nackten Frauen aufgepepptes Magazin „das da“ kennen, außer Zweifel. Klar auch, daß er sich auf dem Sektor der linken Musikszene bestens auskennt, eben ein Kenner ist. Naja, und „Schneewittchen“ findet er zunächst einmal „einfach gut“. Besonders hervorzuheben ist dabei natürlich, daß die Frauenband auftritt „im roten Schleswig-Holstein während des Wahlkampfes für die SPD“. Recht so, hört Frau ihn förmlich Beifall jubeln; Frauen, bleibt auf dieser Linie, das ist auch die meine!

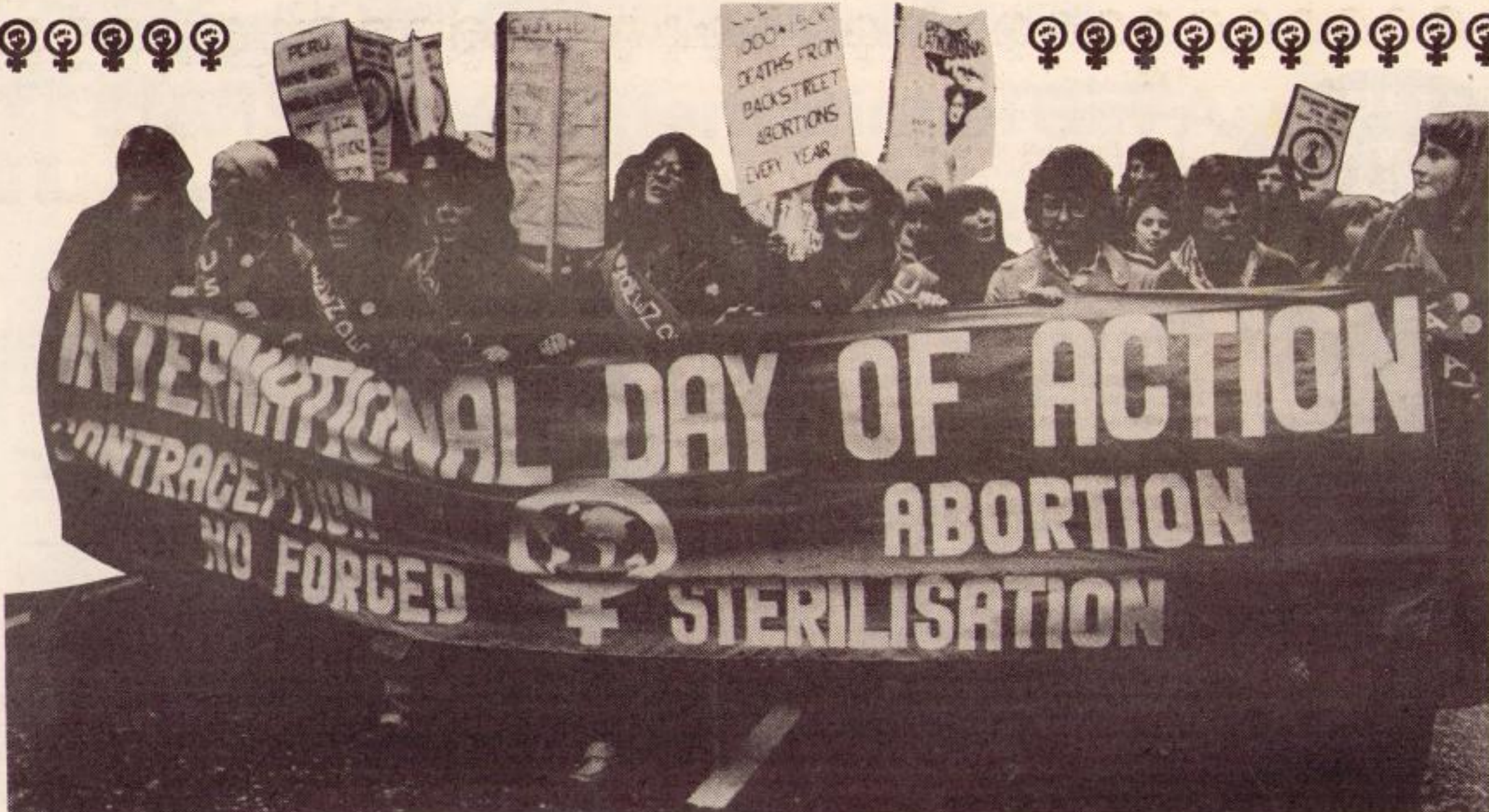
Aber, kann ja ganz ausbleiben, wenn Frauen so ganz alleine und ohne männliche Verstärkung zu den Instrumenten greifen: „Dummerweise müßten sich die vier Frauen der Schneewittchen-Gruppe... als eine Art Emanzenkapelle, als musikalische Begleitmusik zu Alices Lesbenblatt...“. Und das, obwohl die Schneewittchen-Frauen „justig, so gar nicht sauerböfisch“ sind. Für wahr eine Ungereimtheit! Emanzen und freudlose Grauröcke, das hat schließlich schon Klaus Rainers Kollege Henri Nannen festgestellt. Überhaupt kann sich unsere linker Chauvi so einiges nicht erklären – „Schneewittchen“ nennt sich die Band. Halt, top! „Wer hat denn Schneewittchen vergiftet und in den Sarg verbannt? Doch wohl eine Frau, die Stiefmutter“. Wirklich, hier merkt Frau sofort, daß ein Mann mit glasklarer Logik analysiert, der nicht nur in der linken und in der Musikszene beachtet wird, sondern auch das deutsche Volksgut kennt.

K. R. Röhl kommt zur Schlußfolgerung: „Die Gruppe Schneewittchen wird sich sicher bald einmal entscheiden und in der Musikszene entscheiden, sondern auch das deutsche Volksgut kennt.“

K. R. Röhl kommt zur Schlußfolgerung: „Die Gruppe Schneewittchen wird sich sicher bald einmal entscheiden... Emanzenagit-prop oder engagierte? Nehmen Sie's also wirklich wie ein Mann, Madame und pfeifen auf die Emma-zipation und pfeifen uns stattdessen ein neues Liedlein für ein fröhliches alternatives Leben für Frau und Mann.“ ...Und bitte! bitte! immer schön mit der SPD, hätte er noch hinzufügen sollen.

Es ist verblüffend, wie schlecht es um so manchen „linken“ Mann bestellt ist. Ich wünsche Klaus Rainer Röhl jedenfalls einen noch recht beschaulichen Lebensabend. Möge ihm jemand einen Band Grimms Märchen schenken, auf daß er sich weiter auf diesem kulturellen Sektor bilden und uns noch manchen schönen Märchen-Artikel bescheren kann.

Eine Genossin aus Hannover



31.3. -Internationaler Aktionstag für das Recht auf Abtreibung

3.000 auf Demonstration in London

Der seit 1978 zum internationalen Aktionstag zum Thema Abtreibung, Verhütung und Sterilisation erklärte 31. März verlief in London im Vergleich zu früheren Demonstrationen und Aktionen zum selben Thema relativ ruhig.

Etwa 3.000 Leute, darunter Frauen- und Homosexuellengruppen, linke

Organisationen und Gewerkschaften demonstrierten am 31.3. durch die Londoner Innenstadt. Auf Flugblättern und einer Abschlussskandierung wurde die weltweite Bedeutung der Forderung der Frauen nach Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper herausgestellt und die Besonderheit der Lage der britischen Frauen (z.B. können nur etwa 50% aller legalen Abtreibungen auf Krankenschein durchgeführt werden, da die

Klinikbetten – dank Sparpolitik – nicht ausreichen) klargemacht. Der Klassencharakter des Rechts auf freie Entscheidung, das überall für Geld und mit Beziehungen für reiche Frauen erhältlich ist, wurde ebenso angefragt wie die Brutalität, mit der Pharmakonzerne weltweit die Geburtenregelung „übernehmen“. An Hand der Erfahrungen der Frauen der 3. Welt wurde die aktuelle Bedeutung der Forderung gegen jede Art der Zwangssterilisation klargemacht. Soul- und Rockmusik lockten auf der Abschlussskandierung am Trafalgar-square bei schönem Wetter sogar massenhaft Touristen an!

Englandkommission (Augenzeuge)

Demonstration in Brüssel

7.000 Teilnehmer zählte die nationale Demonstration für die Legalisierung der Abtreibung im Rahmen des Internationalen Aktionstages am 31. März in Brüssel.

Neben den verschiedenen Gruppierungen der Frauenbewegung (Abtreibungskomitees, Frauenhäuser, Fem-Soc-Gruppen) beteiligten sich linke Organisationen, Schwulengruppen, Ökologie-Verbände sowie die sozialdemokratische Frauenorganisation.

Die Forderungen der Rednerinnen umschlossen, Frauenhäuser, Fem-Soc-Gruppen) beteiligten sich linke Organisationen, Schwulengruppen, Ökologie-Verbände sowie die sozialdemokratische Frauenorganisation. Die Forderungen der Rednerinnen richteten sich sowohl auf die Verwirklichung der Gesetzesinitiative zur Legalisierung der Abtreibung als auch auf den beschleunigten Ausbau sogenannter Abtreibungszentren. Diese Zentren stehen gegenwärtig – zusammen mit einzelnen Kliniken, die Abtreibungen durchführen – unter verstärktem Druck der Behörden, Hausdurchsuchungen und Gerichtsverfahren häufen sich. Offensichtlich soll der „Wildwuchs“ dieser Zentren eingedämmt werden. Gleichzeitig verstärken die „christlichen“ Parteien und der Klerus wieder ihre Gegenpropaganda.

Belgien-Kommission

Demonstrationen international

Auch in vielen anderen Ländern gingen die Frauen am 31.3. für die Legalisierung der Abtreibung auf die Straßen: in der Schweiz fand in Bern eine Kundgebung mit 300 Teilnehmern vor der Irischen Botschaft statt.

In zahlreichen Städten der USA demonstrierten die Frauen, u.a. in New York, Los Angeles, Pittsburgh, Philadelphia, Buffalo, Chicago und San Francisco.

In Venezuela gab es das erste nationale Frauentreffen aus diesem Anlaß. In Frankreich fanden in Paris, Rouen, Lyon und Le Havre Demonstrationen statt.

In Luxemburg gab es Kundgebungen vor der Spanischen und Irischen Botschaft.

In Holland demonstrierten in Den Haag rund 2.000 Menschen. Eine Demonstration gab es auch in Groningen (zusammen mit westdeutschen Frauengruppen) mit 3.000 Leuten. Schon seit vier Monaten gibt es eine Kampagne für die Legalisierung der Abtreibung in Costa Rica.

(Nach Informationen der ICAR-Zentrale in London)

**Reaktionäre
hungern
für § 218**

Mit breiter Unterstützung der CDU und der katholischen Kirche veranstalteten am 11.4. die „Jugendberatungsgemeinschaft für das Leben“ und die „Aktion Lebensrecht für alle“ einen Hungerstreik gegen die Einrichtung von „Abtreibungsklinken“.

Konkret wandte sich diese Aktion gegen das geplante Schwangerschaftskonfliktzentrum der AWO (Arbeiterwohlfahrt) in Essen. Für Essen als Standort des Instituts entschied sich die AWO aufgrund von Berechnungen, nach denen das westliche Ruhrgebiet ebenso wie die linksrheinische Region unterversorgt sind; es existieren lediglich 10 anerkannte Beratungsstellen und 5 Einrichtungen, in denen Schwangerschaften auch unterbrochen werden können.

Für die Einrichtung des Instituts muß nur die Stadt Essen noch ihre Einwilligung geben, doch CDU und katholische Kirche wollen jetzt aus „grundsätzlich ethischen Erwägungen“ ihren Widerstand gegen das Projekt intensivieren. Die AWO mußte sich bereits mit einer einstweiligen Verfügung gegen den Vorwurf der „Massentötung durch die Abtreibungsklinik Essen“ zur Wehr setzen.

Mit moralischen Argumenten schwersten Kalibers versuchten nun katholische Jugendgruppen während ihres einwöchigen Hungerstreiks die Emotionen der Bevölkerung aufzuheizen. So verteilten sie u.a. „Aufklärungsmaterialien“ mit der provokatorischen Überschrift: „Kinder in den Mülleimer?“ auf denen Embryos – Entwicklungsstand ca. 7. Schwangerschaftsmonat – abgebildet waren. Um eine „humane Gesellschaft“ zu verwirklichen, forderten sie dann: „Straflosigkeit der Abtreibung – NIEMALS!“ Der Gipfel ihrer Aktion „Für das Leben“ war ein Schweigemarsch, zu dem ganz NRW ca. 5000 Leute angekarrt wurden. An der Spitze der Demo marschierte Bischof Hengstbach, der bereits für die Absetzung von zwei Filmen aus dem ARD-Programm sorgte, und welcher anschließend mit seinen Schäfchen in die Kirche zog.

Weniger zahlreich, dafür aber umso lauter versammelten wir uns mit etwa 60 Frauen, Männern und Kindern vor der Kirche und meldeten lauthals Protest an mit Parolen wie: „Ungeborenes wird geschützt – Geborenes wird ausgenutzt“, „Ob Kinder oder keine, bestimmen wir alleine“, „Hätt' Maria abgetrieben, wär uns der Papst erspart geblieben“.

Zwei Essener Genossinnen

Aktionen gegen den § 218 im Raum Stuttgart

Von verschiedenen Frauengruppen aus etwa 19 Ländern war für den 31.3. ein Internationaler Aktionstag für das Recht auf Abtreibung beschlossen worden. In der Woche vor dem 31.3. fanden zu diesem Anlaß in Tübingen und Stuttgart Informationsstände über die Handhabung des § 218 in Baden-Württemberg statt. So verbotenen Kreistagsbeschlüsse in verschiedenen Kreisen die Durchführung der Abtreibung in Tübingen und Stuttgart Informationsstände über die Handhabung des § 218 in Baden-Württemberg statt. So verbotenen Kreistagsbeschlüsse in verschiedenen Kreisen die Durchführung der Abtreibung aufgrund einer sozialen Indikation.

In Tübingen veranstaltete die Frauengruppe der Fachschaft Pädagogik, die Beratungsgruppe im Frauenzentrum und Frauen aus Reutlingen einen Informationsabend über die Situation von Frauen, die abtreiben wollen. An der Veranstaltung beteiligte sich auch eine „Gruppe lateinamerikanischer Frauen“ mit einem Beitrag über Zwangssterilisation. Am 31.3. fand in Stuttgart eine regionale Demonstration statt, zu der das Frauenzentrum Stuttgart, der Frauentreff und Frauenkulturzentrum Sarah aufriefen. Unterstützt wurde die Demonstration von Frauengruppen aus Reutlingen, Tübingen, Esslingen, Ludwigsburg, Mühlacker. Es beteiligten sich etwa 4-500 Frauen daran.

in den Straßen, durch die die Demonstration zog, an alle Autos, welche Pech für sie, daß ein Stück hinter ihnen sämtliche Prospekte von Frauen wieder eingesammelt wurden!

Podiumsdiskussion über den § 218

Eingeladen waren Vertreter/innen von SPD, FDP, CDU, DGB, Pro Familia und Frauenärzte. Außer Frau Ewald von der FDP war niemand erschienen. In dieser Situation bot sich eine Ärztin an, die „ganz zufällig“ anwesend war, in der Diskussion stellte sich schnell heraus, daß sie offensichtlich auch aus Ulm kam und in engem Zusammenhang mit der Europäischen Ärzteaktion stand.

Nach einem Bericht von 2 Genossinnen aus Tübingen

Anmerkung

Von den beiden Genossinnen wird kritisiert, daß sich der KB um den 31.3. zu wenig gekümmert habe, daß es von uns keinerlei Unterstützung oder Mobilisierung gegeben hat.

Sie vermuten, daß die gleichzeitig stattfindende Gorleben-Demonstration in Hannover der Grund gewesen sei, „die Abtreibungskampagne völlig unter den Tisch fallen zu lassen“.

Wir meinen, und das läßt sich am Werk nachprüfen, daß wir sehr viel Wert auf die Berichterstattung zum § 218 gelegt haben. Allerdings ist richtig, daß wir da nicht als zentrales Datum den 31.3. gesetzt haben. Dieses Datum hat sich insgesamt nicht als der entscheidende Kampftag durchgesetzt, vielmehr fanden zu mehreren wichtigen Daten (25.2. – Jahrestag des BVG-Urteils, 8.3. – Internationaler Frauentag) verschiedene Aktionen statt.

Eine Genossin der ZRK

Aktivitäten der Reaktion

Auf der Demonstration und schon vorher an den Infoständen kam es zu massiven Provokationen von Mitgliedern einer sog. „Kampagne zur moralischen Aufrüstung“. 20 Leute mit Transparenten „Abtreibung ist Mord“ stellten sich direkt neben die Frauen. Sie standen offensichtlich in engem Zusammenhang mit der „Europäischen Ärzteaktion“ aus Ulm. Das ist eine Vereinigung, die in Ulm bereits dadurch Aufsehen erregte, daß sie die ÖTV, die sich für ein Modellberatungszentrum der Pro Familia einsetzte, als „embryonales Mordsyndikat“ bezeichnete.

Außerdem verteilte diese „Aktion...“ kostenlose Glanzprospekte mit Abbildungen von abgetriebenen Embryos, mit dem Titel „Leben oder Tod“.

Diese üblen Prospekte hefteten sie



Kein Rechtsanspruch auf Abtreibung

Der hessische Ministerpräsident hat aufgrund einer Forderung der Kirchen in einer öffentlichen Erklärung bekanntgegeben, „daß auf ihre privaten Krankenhäuser, kein wie auch immer gearteter Druck“ ausgeübt werde, um auch dort den Abbruch von Schwangerschaften durchzusetzen. Nur von Krankenhäusern in staatlicher oder kommunaler Trägerschaft können, wie Börner feststellte, die dazu berechtigten Frauen solche Eingriffe verlangen, sofern dort die personellen und sachlichen Voraussetzungen gegeben seien.“ („FAZ“, 7.4.79).

Er betonte in dieser Erklärung, daß niemand einen Rechtsanspruch auf Abtreibung geltend machen könne. Abtreibung sei eine Notlösung und keine Methode der Geburtenregelung, das aufklärende Gespräch mit dem Arzt müsse auf den Schutz des ungeborenen Kindes ausgerichtet sein.

Die Spannungen zwischen Kirchen und den verantwortlichen Politikern lassen sich zu einem Teil daraus erklären, daß die Statistiker wesentlich mehr Abtreibungen in Hessen gezählt haben als vorausberechnet, und daß ein relativ hoher Anteil der Indikationen wegen „sonstiger Notlagen“ ausgestellt wurden. Der hessische Sozialminister Claus befürchtet eine weitere Steigerung der Zahlen (u. a. wegen Zulaufs aus den benachbarten Ländern), die evtl. wegen der Zurückhaltung der kirchlichen Krankenhäuser zur Einrichtung von Abtreibungskliniken zwingen könnte.

Die Einrichtung solcher spezieller Kliniken wurde von einer Sprecherin der Freien Demokraten und der Süd-hessischen Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen gefordert. („FAZ“, 7.4.79).



Gesetzentwurf über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz umstritten

Der Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums, der eine Anpassung des Bürgerlichen Gesetzbuches an eine entsprechende Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft vorsieht, läuft auf ein Diskriminierungsverbot bei der Einstellung eines Arbeitnehmers hinaus.

Das beinhaltet, daß im Streitfall nicht der Arbeitnehmer die Beweise bringen muß, daß er in seinen Rechten verletzt wurde, sondern der Arbeitgeber muß nachweisen, daß sachliche Gründe für eine unterschiedliche Behandlung ausschlaggebend waren. Obwohl dies den Arbeitgebern nur in den wenigsten Fällen echte Schwierigkeiten bereiten wird, sehen die FDP-Politiker in der Umkehrung der Beweislast (der Angeklagte muß seine Unschuld beweisen, nicht der Kläger die Schuld) eine nicht zu vertretende Besserstellung des Arbeitnehmers.

Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) befürchtet für die Unternehmen eine Flut von Prozessen, unter denen vor allem die kleinen Unternehmen leiden müßten. Die FDP-Frauen Ingrid Matthäus und Helga Schuchardt stehen dem Gesetzentwurf ebenso wie die SPD-Fraktion positiv gegenüber. Falls sich die Koalition nicht bald einigt, droht der Bundesregierung eine Klage der Europäischen Kommission wegen Nicht-Beachtung der Brüsseler Richtlinie. Die Frist innerhalb derer die Gleichstellung von Mann und Frau am Arbeitsplatz gesetzlich geregelt werden sollte, ist bereits seit längerer Zeit abgelaufen („FAZ“, 31.3.79).

„Entschädigung“ für mißhandelte Frauen

In England soll die Zahlung von Schmerzensgeld aus der Staatskasse auch auf Familienangehörige ausgedehnt werden. Entsprechend dieser neuen Regelung können dann Frauen, die von ihren Ehemännern mißhandelt wurden, eine Entschädigung erhalten; dasselbe gilt auch für Kinder, die von ihren Eltern mißhandelt wurden.

Die Entschädigung wird allerdings nur dann gezahlt, wenn der Täter bei der Polizei angezeigt wird und die Verletzung die Zahlung eines Schmerzensgeldes von DM 1.900 (bei Nichtverwandten DM 570!) rechtfertigt.

Die Höhe des Schmerzensgeldes wird von einem Ausschuß festgesetzt und ein Mann muß seine Frau schon sehr übel zugerichtet haben, damit sie wenigstens eine Entschädigung bekommt. Für zwei ausgeschlagene Zähne bekommt sie z.B. keinen Pfennig, auch für einen Nasenbeinbruch würde sie noch keine Entschädigung bekommen, für einen Kieferbruch gibt es dagegen DM 2.000 („HA“, 21.3.79) – alles in allem doch wohl eine reichlich makabre Angelegenheit. Womöglich fangen die Männer demnächst an, zur Aufbesserung ihres Taschengeldes Frauen zu verprügeln....



Arbeitsgruppe „Frauen zum Bund“ in Hannover

In Hannover hat sich zum Thema „Frauen in die Bundeswehr?“ eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich alle 14 Tage Montags in der Ferdinand-Wallbrecht-Straße 9, bei K. Falk um 20.30 Uhr trifft.



„Programmierte Geburt“ – Kind schwer behindert

Nach einer problemlosen Schwangerschaft ging eine werdende Mutter zum errechneten Termin in die Städtischen Kliniken Dortmund. Obwohl sie noch keine Wehen hatte, wurde ihr geraten in der Klinik zu bleiben. Das erwartete Kind könne noch am gleichen Tag entbunden werden: die „programmierte Geburt“.

Dieses Verfahren ist umstritten, weil der natürliche Geburtsvorgang mit einem Wehentropf beschleunigt wird. Dieser Tropf wurde der Schwangeren angelegt und die Fruchtblase angestochen.

Die Hebamme erschien nur zeitweilig bei der Schwangeren. Gegen Mittag setzten die ersten Wehen ein. Herzfrequenzschreiber und Wehenschreiber wurden von ihrem Ehemann abgelesen. Beide Instrumente setzten mehrfach aus. Am Nachmittag bekam die Schwangere ein Mittel gegen unerträgliche Schmerzen, die aber nicht wellenförmig verliefen, sondern „stocherten“. Am Nachmittag bekam die Schwangere ein Mittel gegen unerträgliche Schmerzen, die aber nicht wellenförmig verliefen, also wahrscheinlich gar nicht von Wehen ausgingen.

Ohne erkennbares Einsetzen von Wehen ließ ein Assistenzarzt abends Vorbereitungen für den Dammschnitt treffen und versuchte die Sauglocke anzusetzen. Trotz mehrfacher Versuche gelang ihm das nicht, da er offensichtlich mit der Handhabung des Instruments nicht ausreichend vertraut war. Erst dem schließlich aus der Rufbereitschaft gerufenen Oberarzt – bis zu seinem Erscheinen vergingen 20 Minuten, da er nicht im Krankenhaus war – gelang es dann, die Sauglocke anzusetzen und das Kind zur Welt zu bringen.

Seit seiner Geburt ist das Kind spastisch gelähmt und geistig schwer beschädigt. Es ist anzunehmen, daß eine Unterbrechung der Sauerstoffzufuhr während der Geburt zur Zerstörung von wichtigen Teilen des Gehirns geführt hat.

Der Kommentar des behandelnden Arztes lautet: Hier läge ein „Schicksalsschlag“ vor. Ein anderer Arzt aus derselben Klinik gab allerdings offen zu: „Wir bemühen uns, die Geburten in die offiziellen Dienstzeiten zu legen...“

Ursache des „Unfalls“ dürfte die Programmierung und Rationalisierung in den Kliniken als Ergebnis der von den Bundestagsparteien beschlossenen Kostendämpfung im Gesundheitswesen sein.

Die Eltern haben inzwischen Kontakt zu Eltern anderer behinderter Kinder aufgenommen. Dadurch werden sie auch in ihrem Prozeß unterstützt, den sie gegen die Stadt Dortmund wegen Körperverletzung angestrengt haben. Es bleibt abzuwarten, ob in dem Verfahren die Ursachen für den „Unfall“ aufgeklärt werden und ob die Stadt eine Rente für das Kind zahlen muß (aus: „taz“, 17.4.79).

**CHRISTOPHER
GAY LIBERATION DAY**

1970



Erstes Treffen der Lesben im KB

„Kampf der Zwangsheterosexualität“ – regelmäßige Schwulenseiten im AK – ...toll! Aber: Sind schwule Männer die einzigen Opfer jener „Normalität“ – werden lesbische Frauen etwa nicht unterdrückt?! Das ist natürlich Quatsch – und wenn darüber fast nichts im AK steht, liegt das einfach an dem „kleinen“ Unterschied: die schwulen KB-Genossen sind schon ziemlich lange organisiert, die Lesben fangen damit gerade erst an. Außer in Hamburg hängen wir noch vereinzelt in unseren Ortsgruppen – viele trauen sich so überhaupt nicht, dort über ihr Lesbisch-Sein (oder ihr Coming-Out) zu sprechen – andere haben's mal versucht, sind damit (mehr oder weniger) auf dem Bauch gelandet und haben sich (erstmal) wieder zurückgezogen... allein machen sie dich ein!

Das soll sich jetzt ändern: Wir wollen uns mit allen KB-Genossinnen und Sympathisantinnen treffen, die sich mit ihrem (evtl.) Lesbisch-Sein auseinandersetzen.

Zunächst wollen wir uns reichlich Zeit nehmen, um über unsere eigene Situation zu reden:

- Wo wir Schwierigkeiten mit uns

selbst, mit anderen Genoss-innen oder sonstwem haben.

- Wo wir Angst vorm offenen Auftreten haben,

- Beziehungsprobleme –

... oder womit sonst wir noch nicht klarkommen.

Auf jeden Fall sollten wir noch über unsere gemeinsamen Arbeitsmöglichkeiten diskutieren (dieses Treffen ist nur ein Anfang!) – gut wäre es auch, wenn wir uns einigen könnten, ob bzw. wie (inhaltlich und personell) wir uns auf dem 1. KB-Kongress einbringen wollen. Ebenso steht natürlich einer ersten Debatte über AK-Artikel, Arbeit in autonomen Lesbengruppen o.ä. nichts im Weg!

Das Ganze findet statt am Wochenende, 12./13. Mai, Anfang um 14 Uhr in Hamburg.

Ob Du Dich hiervon angesprochen fühlst, kannst Du nur (!) selbst entscheiden (wir wollen natürlich möglichst viele werden...).

„Eintrittskarten“ (etwa: Nachweis über erfolgreich abgeschlossenes „Coming-Out“) werden nicht verlangt!

Genossinnen aus Hamburg und Aachen

Regionales Lesbentreffen in NRW

Vom 31.3. - 1.4. fand das 3. regionale Lesbentreffen Nordrhein-Westfalens in Aachen statt.

Auf dem Anfangsplenum haben sich die einzelnen Gruppen vorgestellt. Es waren Lesben aus Aachen, Bochum, Bonn, Duisburg, Dortmund, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Koblenz, Köln und Münster da.

Die meisten Gruppen arbeiten mit dem Ziel, auch Öffentlichkeitsarbeit zu machen, aber mangelnde Erfahrung und die große Angst einzelner Gruppenmitglieder, nach außen zu gehen, behindern die Öffentlichkeitsarbeit sehr. Die meisten Gruppen waren unzufrieden mit der bisherigen Arbeit.

Die münsteraner Lesben berichteten, daß es ihnen gelungen ist, zum Unterricht in Schulen eingeladen zu werden. Außerdem haben Sie einen Info-Stand in der Stadt gemacht. Lediglich die Bochumer Frauen vertraten die Ansicht: weil ihnen nichts daran liegt, von dieser Scheiß-Gesellschaft anerkannt zu werden, bräuchten sie sich nicht um Öffentlichkeit zu bemühen.

Weil wir ja nun leider nicht in Hannover (Gorleben) demonstrieren konnten, wurde mit großer Zustimmung beschlossen, wenigstens eine Solidaritätserklärung abzugeben.

Danach wurde in Kleingruppen zu folgenden Themen gearbeitet:

- Lesbenautonomie;
- Möglichkeiten von Aktionen;
- Lesben in Uni, Schule und Beruf;
- Hexen;
- Mystifikation von Frauenbeziehungen;
- Lesben ohne Beziehung.

Hier kam es zum Konflikt zwischen den Bochumer Lesben, die „radikal“-lesbische Positionen vertraten („Lesbenstaat“ als Ziel, in dem Männer höchstens noch zur Fortpflanzung benutzt werden) und den übrigen Teilnehmerinnen. Als die Bochumer Frauen merkten, daß sie mit ihren Ansichten nicht durchkamen, standen sie einfach auf und gingen.

Möglichkeiten von Aktionen: Wir stellten fest, daß es wichtig ist, Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu finden, die den einzelnen und der Gruppe das „Coming-Out“ erleichtern, die also zwischen dem individuellen „Aufklären“ von guten Freunden und „großen“ Aktionen,

Selbstdarstellung der AG Lesben

Ursprünglich waren wir drei Genossinnen bzw. Sympathisantinnen, die sich als lesbisch verstehen und sich deswegen erst einmal zusammengetan haben. Innerhalb kurzer Zeit ist unsere Mitgliederanzahl auf 6-8 angestiegen. Einige von uns sind sich ihres Andersseins noch nicht ganz sicher und stecken noch im Coming-out (= Mit dem Lesbischsein an die Öffentlichkeit treten.) Das ist einerseits der Grund für die wechselnde Teilnehmerinnenzahl, andererseits ist es ein Grund für uns, großen Wert auf die Unterstützung jeder einzelnen zu legen. Ein wichtiger Punkt unserer Arbeit ist deshalb die Besprechung persönlicher Probleme und Schwierigkeiten. Wir treffen uns deswegen nicht nur einmal in der Woche zu unserem „offiziellen Termin“, sondern gehen auch mal gemeinsam einen Abend in die Frauenkneipe, auf Feten und in die Sub (= Lesbenlokale). Unsere Treffen verlaufen übrigens meistens sehr gemütlich, mit Kaffee und Kuchen oder Wein und viel Klönen.

Wir wollen zwar innerhalb des KB arbeiten, erheben aber keinen Anspruch auf „die lesbische Politik“ des KB. Unsere Ziele in der Beziehung sind, durch Öffentlichkeitsarbeit möglichst viele Leute, insbesondere natürlich Frauen, anzusprechen. Das wollen wir durch Büchertische, AK-Artikel und evtl. Beteiligung an einer Broschüre der AG Schwule erreichen. Wir sehen dabei durchaus die Schwierigkeit, daß z.B. die Beteiligung an einem Büchertisch auf der Straße für die Berufstätigen nicht in Frage kommt, da sie ja schließlich ihren Arbeitsplatz behalten wollen. Trotzdem sehen einige von uns die Lesbenarbeit als ihr Hauptarbeitsgebiet an. Wir wollen auch in allen gemeinsamen Punkten mit der AG Schwule zusammenarbeiten, da die Repression und Interessen in vielen Fällen gleich sind.

Eins ist uns noch sehr wichtig: Wir wollen möglichst viele Frauen unterstützen, ihre „perverse Neigungen“ öffentlich zu machen. Wir wissen bis jetzt leider nur von zehn Genossinnen, die sich als lesbisch verstehen und das auch öffentlich gemacht haben, allein nach der Statistik müßten wir aber schon mindestens 35 sein!!! Also: Wo bleibt ihr? MACHT EUER LESBISCHSEIN ÖFFENTLICH!! FRAUENLIEBE MACHT UNS STARK!!

Lesben AG



Mit 69 Delegierten fand die erste jährliche Konferenz der „International gay Association“ in Bergen/Niederlande statt. Gekommen waren Vertreter aus fast allen europäischen Staaten, sowie Delegierte aus den USA, Australien und Neuseeland. Wir werden im nächsten AK näheres über den Ablauf und die Ergebnisse dieser wichtigen Konferenz berichten.

AG Schwule



Enzo Francione, International Gay Association Islamisches Gesetz respektiert keine sexuellen Rechte

In Mailand hatten Mitglieder von Lotta Continua und iranische Studenten für den 10. März eine Veranstaltung und Demonstration zur Unterstützung der islamischen Revolution organisiert. FUORI! entschloß sich, eine Protestdemonstration gegen die Diskriminierung von Frauen und die Verfolgung und Hinrichtung von Schwulen im Iran zu machen. Die Veranstaltung organisierende Gruppe von iranischen Studenten gestattete uns nicht, innerhalb des Theaters – hier sollte die Veranstaltung stattfinden – zu demonstrieren, so daß unser Protest außerhalb durchgeführt werden mußte. Die iranischen Studenten zeigten gegenüber unserer Aktion eine gewalttätige Reaktion.

Nachdem die Meldung von weiteren Hinrichtungen von Schwulen aus Teheran gekommen war, hielten wir es am 15. März für notwendig, mehr zu tun, um die iranischen Schwulen zu verteidigen und gegen die neuerlichen Exekutionen zu protestieren. Das beste, was wir machen konnten, schien uns, dem Beispiel von Kate Millet und anderen Feministinnen zu folgen und direkt in den Iran zu fahren. Angesichts der Situation, wie sie sich im Iran entwickelte, beschlossen wir, diese Sache geheim zu halten, und sehr schnell zu reagieren. Die iranischen Grenzen waren zu dieser Zeit noch offen.

Nach Absprache mit FUORI! und der parlamentarischen Gruppe der „Partito Radicale“ in Rom flog ich am Mittwoch, den 21.3. nach Teheran. Dort angekommen setzte ich mich zunächst mit Journalisten und Zeitungsleuten in Verbindung, um präzise Informationen über die Sexualgesetzgebung im allgemeinen und die Gesetze gegen Homosexualität im besonderen zu erhalten. Dies war nicht nur deswegen schwierig, weil die ausländischen Journalisten in einem Klima der Angst lebten, sondern auch aus dem Grund, daß sich niemand um die Lage der Schwulen kümmerte.

Den ersten Kontakt erhielt ich über die Vermittlung einiger irani-

scher Feministinnen, die Schwule kannten. Diese gaben mir exakte Informationen über die derzeitige Situation der Homosexuellen im Iran: In den ersten Tagen der islamischen revolutionären Komitees waren 16 Menschen wegen homosexueller Kontakte erschossen worden. 150 sind z.Z. in Teheraner Gefängnissen. Keine Informationen liegen über die Situation in anderen iranischen Städten vor. Viele Homosexuelle, die es können, verlassen das Land oder wechseln zumindest die Stadt, um von den islamischen Komitees nicht erkannt und verhaftet zu werden. Es gibt keine Organisation, die die Rechte der Homosexuellen verteidigt, es gibt nicht einmal Schwule, die bereit sind, eine entsprechende Gruppe zu bilden. Dies waren die ersten Informationen, die ich erhielt.

Für den Samstagmorgen beschloß ich, eine Pressekonferenz in meinem Hotel abzuhalten. Lediglich Journalisten der Agence France Press waren dazu erschienen. Als ich Presseleute der Associated Press einlud, meinten sie: „You are a bloody fucking boy!“

Im Programm hatte ich für Samstag Nachmittag eine Demonstration vor dem ehemaligen kaiserlichen Palast, wo jetzt die Leitung der Revolutionskomitees untergebracht war. Da außer AFP keine Journalisten zur Pressekonferenz gekommen waren, entschloß ich mich, die Demo zu verschieben.

Die Situation im Iran war sehr vielschichtig. Es existierte keine organisierte Polizei, Regierung und Premierminister hatten absolut keine Kontrolle über die Aktionen der islamischen revolutionären Komitees. Diese wiederum waren keine straff organisierten Truppen, sondern mit Gewehren ausgerüstete Individuen. Die Erschießungen von Schwulen in den ersten Tagen waren spontane Entscheidungen dieser Komitees und entsprangen der religiösen islamischen Haltung gegenüber Homosexuellen. Diese Erschießungen wurden von den religiösen Autoritäten gedeckt.

Nachdem ich am Sonntag, den 25.3., die letzten Kontakte gemacht hatte, begann ich meinen Protest vor dem Gefängnis. Jetzt waren viele Journalisten von ABC-TV (USA), Associated Press, Agence France Press, UPI und Journalisten von zwei englischen iranischen Zeitungen (El Kaian, Teheran Journal – beide haben ihr Erscheinen eingestellt) gekommen. Da ich möglicherweise als offen Schwuler mein eigenes Leben gegen Angriffe verteidigen mußte, hatte ich während der Demo so viel Öffentlichkeit wie möglich mobilisiert, damit – wenn mir etwas passierte – dies überall bekannt würde.

Vor dem Gefängnis waren etwa 50 Bewaffnete der islamischen revolutionären Komitees, Panzer und Lastwagen parkten vor den Eingängen, gleichzeitig wartete eine lange Schlange von Menschen vor dem Gefängnis, wohl um Informationen über inhaftierte Angehörige zu bekommen.

Mein Protest begann um 2 Uhr Teheraner Zeit. Ich trug zwei Plakate: „Homosexualität ist kein Verbrechen!“ und „Islamisches Gesetz respektiert keine sexuellen Rechte!“ Mein Protest dauerte nur einige Minuten. Eine in Zivil gekleidete Person stoppte mich. Gleichzeitig umringten mich viele andere. Mein Blick war auf das Dach des Gefängnisses gerichtet, wo bewaffnete Mitglieder der islamischen revolutionären Komitees meine Aktion beobachteten. Ich wurde verhaftet und etwa 30 Minuten in eine Einzelzelle gesperrt. Nach einer halben Stunde – etwa wurde ich rausgeholt und ins Zimmer der Gefängnisleitung geführt. Ich wurde durchsucht und verhört. Die hauptsächlichsten Fragen, die man mir stellte: 1. „Sind sie ein Homosexueller?“ (Allgemeines Gelächter im Raum) 2. „Kennen sie iranische Homosexuelle?“ 3. „Haben sie Kontakt zu iranischen Homosexuellen?“ (Dies wurde ich immer wieder gefragt) 4. „Sind sie allein gekommen oder stehen sie mit anderen im Kontakt?“

Ich antwortete auf keine der Fragen. Die Protestschilder, die ich trug, wurden ignoriert, es gab keine Reaktion darauf. Das einzige, was mir gesagt wurde, war, daß der Iran islamisch sei. Auf meine Fragen, was sie über Homosexualität und Homosexuelle dächten, wurde mir geantwortet, diese seien krank und gefährlich, sowie gegen Gott und Religion.

Nach 1 1/2 Stunden wurde ich freigelassen. Es wurde mir verboten, weitere Demonstrationen oder Aktionen durchzuführen. Ich kehrte zurück in mein Hotel und wartete, ob man mich aus dem Iran ausweisen würde. (Bis Dienstag geschah nichts weiteres, Enzo versuchte, mit dem Außenministerium Kontakt aufzunehmen, was angesichts der chaotischen Situation in der Stadt nicht gelang – Anm. AG Schwule).

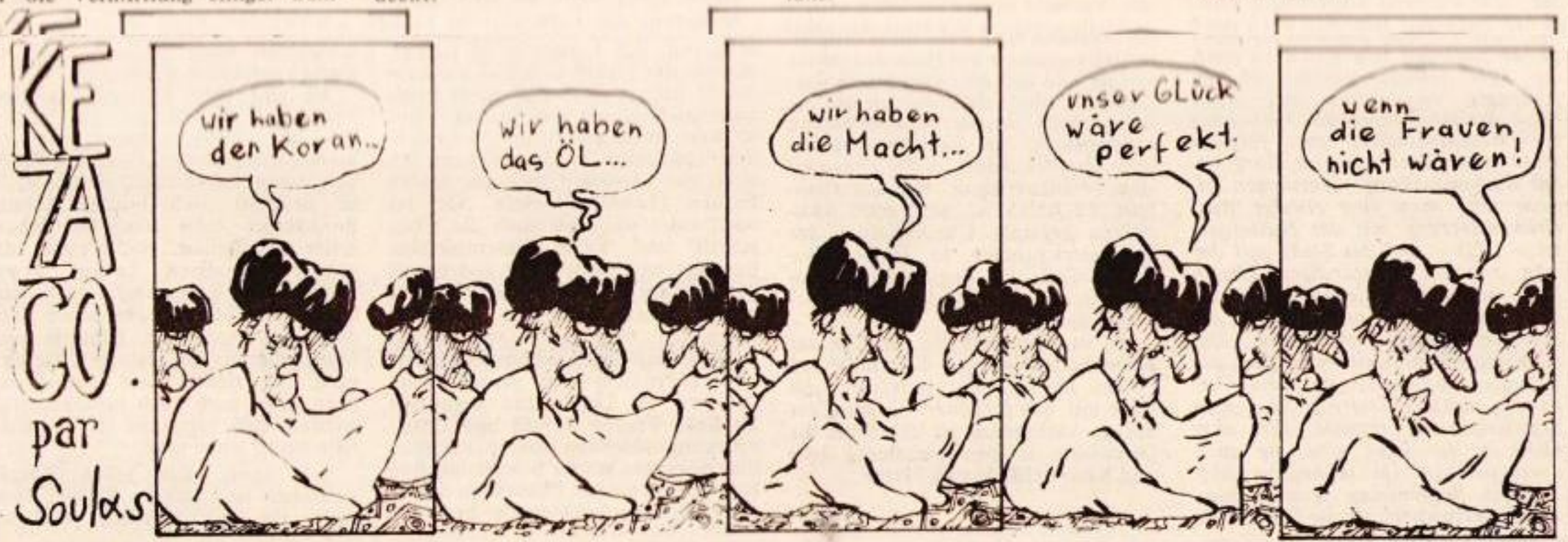
... Am Dienstag, den 27.3., stellte ich fest, daß es unmöglich war, weitere Aktionen durchzuführen und Kontakte zu machen. Besonders die Frauen und die Schwulen hatten große Schwierigkeiten, mit mir in Verbindung zu treten, weil sie fürchteten, daß ich ständig beobachtet würde. Tatsächlich lebten sie in einer Situation großer Angst, und ich stellte fest, daß ich hier nicht mehr viel tun konnte.

Unter dem Druck der parlamentarischen Gruppe der „Partito Radicale“ leitete die italienische Botschaft meine Rückkehr nach Italien ein. Der italienische Botschafter im Iran war keineswegs begeistert von meiner Aktion. Er stellte fest, daß ich die italienische Botschaft mit meiner homosexuellen Aktion beleidigt hätte und meinte, daß nicht alles interessant wäre, was wichtig ist ...

Durch die Intervention der „International Gay Association“ (IGA) wurde diese Aktion auf der ganzen Welt bekannt und bekannt wurde vor allem auch, daß eine internationale schwule Organisation besteht, die aktiv für die Rechte der Homosexuellen eintritt.

Wie in AK 150 berichtet, wurden Anfang März dieses Jahres im Iran mehrere Schwule hingerichtet. Nach uns damals vorliegenden Meldungen aus der Teheraner Zeitung „Kayhan International“ betrug die Zahl der Getöteten zehn. In der folgenden Zeit hat es weitere sechs Hinrichtungen von Schwulen gegeben. Proteste gegen diese Morde gab es in verschiedenen Ländern, darunter auch schwule Demonstrationen in Kopenhagen und Los Angeles, sowie eine „Ein-Mann-Demonstration“ direkt in Teheran. Auf der 1. Jahrestagung der „International Gay Association“ in Bergen/Niederlande gab Enzo Francione von der italienischen schwulen Befreiungsorganisation FUORI! einen Bericht über seine Protestaktion gegen die Hinrichtungen vor dem Teheraner Hauptgefängnis. Diese Aktion fand am 26. März statt und wurde von verschiedenen internationalen Organisationen unterstützt. Enzo Francione repräsentierte bei seiner Protestaktion die „International Gay Association“, die in Zusammenarbeit mit FUORI! und über die IGA-Zentralen in Amsterdam und Dublin/Irland Telefonkontakt mit mehreren IGA-Mitgliedsorganisationen hielt, um im Falle einer Gefahr für Enzo Franciones Leben sofort Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. In einem Rundbrief an alle Mitgliedsorganisationen der IGA heißt es: „Es muß der Weltöffentlichkeit klargemacht werden, daß schwule Rechte im Iran wie überall Teil der Menschenrechte sind und daß die Schwulen im Iran ebenfalls eine Gruppe sind, deren Rechte verletzt werden.“ Und weiter: „Enzo Franciones Mut bei der Durchführung dieser Aktion sollte beispielhaft für uns alle sein!“ Verstärken wir unsere Anstrengungen zur Verteidigung der iranischen Schwulen gegen den fortlaufenden Terror. Für die iranischen Schwulen ist nichts gewonnen, wenn das ehemalige mörderische Schahregime jetzt durch ein für sie ebenso mörderisches islamisches Regime ausgetauscht wird. Die persischen Schwulen haben immer noch nichts zu verlieren als ihre Ketten.

AG Schwule im KB



Rosa v. Praunheims neuester Film: Armee der Liebenden – oder Aufstand der Perversen

Acht Jahre lang drehte Rosa von Praunheim in den USA seinen Film „Armee der Liebenden – oder Aufstand der Perversen“. Über 50 Stunden gefilmtes Material hatte er im Laufe der Zeit dabei zusammengetragen. Das Ergebnis: 107 spannende Minuten Geschichte amerikanischer Schwulenbewegung konnten nun erstmals in der Bundesrepublik am Ostersonntag gesehen werden.

Zuerst gibt der Film einen historischen Abriss der Geschichte bis zum Jahre 1969. Gezeigt werden u.a. Interviews von Mitgliedern der „mattachine society“, die sich 1948 gründete und eine der ersten bedeutenden Organisationen der Homosexuellen in den USA war. In der Mitte der „50er“ traten noch andere Gruppen auf, so z.B. die lesbische Frauenbewegung „daughters of bilitis“. So richtig ins Rollen kam die Schwulenbewegung jedoch erst durch die spektakulären Ereignisse in der Christopher Street 1969, die in diesem Jahr ihre 10jährige Wiederkehr haben. Seitdem ist die Zahl der Schwulengruppen in den USA sprunghaft auf etwa 2000 angestiegen. Quer durch diese ganze Vielzahl der Organisationen berichtet der Film durch zahlreiche Interviews über den Stand der amerikanischen Schwulenbewegung. Interviewt werden u.a.: Mitglie-

der der „national gay task force“, die größte konservative Schwulenorganisation, der „gay community service“, Los Angeles, eine karitative Organisation, „Gay 40 plus“, eine Organisation von Schwulen über 40, „gay youth“, eine Gruppe schwuler Teenager, „tri base collective“, eine Gruppe von schwulen Männern aus der 3. Welt, Tom Reeves, ein Päderast, der offen für das Recht auf Liebe und Sexualität auch mit Kindern und Jugendlichen eintritt.

Die schlechteste und wohl unbegreiflichste Leistung bringt ein schwuler Jungnazi, der mit Koppel und blauen, schwarzen Schaftstiefeln vor der Hakenkreuzfahne stehend auftritt. – Die mit ergreifendster Szene bietet wohl die 80jährige Mutter Sarah Montgomery. Sie redet über die Homosexualität ihres Sohnes: „Mit 35 hat er mir gesagt, daß er homosexuell ist. Ich dachte mir, das kann an sich nichts Schlechtes sein. Ich lernte seinen Freund kennen und ich habe gesehen, was Liebe unter zwei Männern ist. Die beiden sind 1947/48 öffentlich zu ihrem So-Sein gestanden. Beide verloren ihre Berufe, und, in einer Stunde der Verzweiflung haben sie sich beide umgebracht. Seitdem kämpfe ich für die Rechte der

Schwulen.“

Die erbärmlichste Figur gibt die weithin bekannte Schwulenhasserin Anita Bryant ab. Sie konnte wirklich in keiner Szene überzeugen und glänzte nur einmal: mit der Sahnetorte im Gesicht.

Dies kann nur ein kurzer Abriss über den Inhalt des Films sein. Es ist zu hoffen, daß man ihn sicher noch oft an verschiedensten Stellen zu sehen bekommen wird. In der anschließenden Diskussion mit Rosa von Praunheim wurde dann noch einmal über die Aufgabe dieses Films gesprochen. Rosa sagte, daß der Film hauptsächlich für die Information und Motivation auch der westdeutschen Schwulenbewegung eingesetzt werden sollte. Der Film kann beim Münchener Verleih „Filmwelt“ ab sofort bestellt werden. Unter dem gleichen Titel wie der Film erscheint Anfang Mai im Trikont-Verlag ein Buch. Darin sind neben einem Vorwort alle Interviews des Films und noch andere darüber hinaus abgedruckt.

Rosa von Praunheim schreibt in seinem Vorwort zu dem Buch: „Wie soll sich denn bei uns in der Bundesrepublik grundlegend etwas ändern, wenn wir nicht selbst etwas zu unserer Befreiung tun. Wenn wir nur darauf warten, daß sich von oben

jemand unserer erbarmt, uns freundlich auf die Schulter klopft und ermuntert. Wie wär's, wenn Herr Strauß die Macht ergreift, der lieber einen kalten Krieger als einen warmen Bruder um sich sähe.“

Diese Wut gegen die Passivität und Lethargie der Schwulen in Deutschland läßt mich dieses Buch veröffentlichen, hat mich dazu bewegt, einen Film über die Schwulenbewegung in Amerika zu drehen. Ich möchte zeigen, was wir auch hier für Möglichkeiten haben, um unsere Situation als Schwule zu verändern.“

AG Schwule

Kurzmeldungen

Ostern gab es in Hamburg eine Reihe schwuler Veranstaltungen, an denen insgesamt etwa 1.500 Interessierte aus Hamburg und anderen Städten teilnahmen. Zunächst wurde am Gründonnerstag das Cafe „Tuc Tuc“ eröffnet, das „Bewegungsschwulen“ und anderen eine Alternative zu den bestehenden Sub-Kneipen gibt. Rund 150 Leute waren zur Einweihung gekommen und wie wir heute feststellen, hat sich das Tuc Tuc innerhalb der kurzen Zeit seines Bestehens schon zu dem Treffpunkt in Hamburg entwickelt!

Im selben Haus – Ölkersallee 5, Nähe S-Bahn Holstenstraße – hat die Homosexuelle Aktion Hamburg Räume gemietet, in denen ihre Arbeitsgruppen stattfinden werden.

Das Ereignis am Sonntag war die Uraufführung des Praunheimfilms über die Schwulenbewegung in den USA (siehe gesonderte Besprechung). In der anschließenden Diskussion über diesen Film im Tuc Tuc wurde vor allem darüber diskutiert, wie man den Christopher Street Day (schwuler Demo-Tag im Juni) auch in der Bundesrepublik durchführen kann. Bekanntlich plant die Schwule Aktion Bremen am 30. Juni einen „Gay Carnival“ in der Bremer Innenstadt. Am Abend ging's weiter mit dem „3. Ball Brühwarm“: Theater, Sketche, Film und Schwoof! Das Anliegen des „warmen Wochenendes“ in Hamburg war es vor allem, Schwule aus ihrer Isolation zu holen und ihnen die Möglichkeit zu geben, gemeinsam zu feiern und sich näher zu kommen. Dies ist sicher gelungen!

In Roermond/NL fand am Ostersonntag die wohl bisher größte Schwulendemonstration in den Niederlanden statt. Etwa 4.000 demonstrierten gegen schwulenfeindliche Äußerungen zweier Bischöfe, denen der bisherige Kurs der Kirche gegenüber der Homosexualität zu „liberal“ ist. Organisiert war die Demo von der Limburger Gruppe der niederländischen Schwulenorganisation COC. Sie wurde von einer großen Zahl fortschrittlicher Organisationen und Gruppen mitunterstützt.

Kurzmeldungen

Die überregionale Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“ (HuG) hat durchgesetzt, daß sie auf dem bevorstehenden evangelischen Kirchentag in Nürnberg teilnehmen kann. Obwohl die Kirchenfürsten noch bis vor kurzem die Schwulen lieber ausschließen wollten, wird es jetzt eine Podiumsdiskussion zum Thema „Homosexualität und Evangelium“ geben, an dem u.a. der fortschrittliche Pädagoge Prof. Helmut Kentler (Hannover) und der Pfarrer H.G. Wiedemann (Düsseldorf) teilnehmen werden. Einen eigenen Informationsstand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ dürfen die Schwulen aber bisher noch nicht errichten, weil angeblich „der Markt angesichts seiner Struktur nicht in der Lage sei, differenzierten und notwendigerweise ausführlichen Argumentations- und Meinungsbildungsprozessen die dafür erforderlichen Bedingungen einzurichten“ (Originalton Kirche). Jedenfalls muß über die Errichtung dieses Standes erst noch eine Sitzung des gesamten Kirchentagspräsidiums entscheiden! Der Herr möge es erleuchten! Allerdings müßte er schon kräftig strahlen, um Licht in jene Finsternis zu bringen, denn was für Mäusescheiße einige Mitglieder des Gremiums über Homosexualität von sich geben, geht auf keine Kuhhaut. Hier die „Meinung“ des Oberkirchenrats Greifenstein, Beauftragter der Bayerischen Landeskirche für Kirchentagsfragen: „Homosexualität ist zum Teil neurotisch bedingt und somit therapierbar, zum Teil aber auch genetisch festgelegt und daher nicht therapierbar. Dabei hätten Homosexuelle eine Ich-Störung, wobei unklar ist,

ob diese durch die Homosexualität hervorgerufen sei, oder durch die ablehnende Haltung der Gesellschaft hervorgerufen würde. In der Regel sind Homosexuelle in ihrer Intimität gestörte Menschen. Da es aber einwandfreie Feldstudien zu diesem Thema nicht gibt, kann die Frage schwer entschieden werden. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß Homosexuelle ein gebrochenes Verhältnis zu ihrer Umwelt haben. Aus psychiatrisch-psychoanalytischer Sicht wird Homosexualität deshalb als Krankheit gewertet.“ (taz, 24.4./Fr. 24.4.).

Unser Rat: Greifenstein auf die Psycho-Couch, damit festgestellt werden kann, woher dieser Mensch seine Geistesverwirrung hat. Religiöse Zwangsvorstellungen sind heilbar!

Wie in AK 151 berichtet, war ein Mitglied der Homosexuellen Aktion Bonn angeklagt worden, weil die Gruppe unangemeldet Flugblätter gegen die Schwulendiskriminierung in Griechenland vor der Botschaft dieses Landes verteilt hatte. Vorwurf gegen einen von den Bullen herausgepickten Schwulen: Er habe „als Leiter eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel ohne Anmeldung durchgeführt“.

Jetzt erfolgte ein Freispruch, allerdings nicht, weil die Aktion für rechtens befunden wurde, sondern weil dem Angeklagten nicht nachzuweisen war, daß er bei der „Versammlung“ als Leiter in Erscheinung getreten ist. Merke: Im Modell Deutschland ist es einer „Versammlung“ von sechs Personen nicht gestattet, Protestflugblätter vor einer ausländischen Botschaft zu verteilen, wenn dies nicht vorher angemeldet ist!

Falken wollen gegen Schwulendiskriminierung kämpfen

Falken wollen gegen Schwulendiskriminierung kämpfen

Die sozialistische Jugend Deutschlands „Die Falken“ haben angekündigt, „daß sie gegen die Diskriminierung und Verfolgung homosexueller Männer und Frauen kämpfen werden“ (taz, 24.4.79). Dieses statement kam zustande, nachdem Rosa von Braunschweig, schwuler Aktivist, als Bewerber für eine Stelle von den Falken in Braunschweig u.a. mit der Begründung abgelehnt wurde, daß „der Verband kräftemäßig nicht in der Lage sei, sich nun auch noch mit dem Schwulenproblem zu beschäftigen. Außerdem läge noch keine Stellungnahme des Verbandes zur Homosexualität vor, folglich wisse man nicht, ob im Konfliktfall Rückendeckung zu erwarten sei, auch sehe man eine etwaige Auseinandersetzung mit der Mutterpartei – SPD – und der Stadt, mit der man ohnehin in ständigem Clinch liege und man wolle das Verhältnis nun nicht auch noch durch die Schwulenbelange verschärfen. Die Ablehnung habe weiter den Sinn, die Schwulenproblematik aus dem Verband auszuklammern, da man Schwierigkeiten erwarte, sich aber nicht in der Lage sähe, sie auch durchzustehen“ (Mitteilung der ahh).

Diese Begründung mußte umso mehr überraschen, als die Falken den

Anspruch haben, für das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung aller Menschen zu kämpfen.

Erfreulich ist, daß die Falken jetzt von dieser Aussage abgerückt sind und nicht nur Rosa eine Stelle außerhalb Braunschweigs angeboten haben, sondern auch zu erkennen gegeben haben, daß sie gegen die Unterdrückung der Schwulen aktiv werden wollen. Bedauert wird, daß der Verband noch über keine offizielle Stellungnahme zur Homosexualität verfügt und daß dies nachgeholt werden sollte. Besonders werden die bei den Falken tätigen Homosexuellen aufgefordert, hier aktiv zu werden und die Diskussion in der Organisation voranzubringen. Wie aus Hamburg zu hören ist, sind erste Aktivitäten geplant: Überarbeitung der Zeitlagerrichtlinien in punkto Homosexualität und Beginn der Diskussion in der Verbandszeitung „Arbeiterjugend“.

Es ist besonders die Aufgabe der Schwulenbewegung, die schwulen Falken hierbei zu unterstützen und auch mit den örtlichen Gruppen der SJD in Verbindung zu treten, um die Diskussion in den einzelnen Orts- und Kreisverbänden zu führen.

AG Schwule

Wolfgang Krömer, BuLi-Kandidat: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren!

Wie es scheint, stellt sich jetzt bei den Genossen vom Kommunistischen Bund der Kater ein. Wollten sie vor kurzem noch für die Befreiung der Schwulen von der Unterdrückung durch die Gesellschaft eintreten, wird ihnen nun langsam klar, daß sie mit uns den perversen Abschaum am Hals haben. Nicht anders jedenfalls kann ich als Schwuler die zahlreichen besorgten Leserbriefe im Arbeiterkampf deuten. Ich möchte diese Genossen beruhigen, sie haben vollkommen recht.

Wir Schwule sind genau die perversen Schweine, die ihr euch in euren schönsten Phantasien vorstellt. S/M, Klappe, Sauna, Park, Promiskuität, Päderastie, Tunten, Jugend- und Schönheitsfetischismus sind ein und dieselbe Torte. Wer meint, er könne sich davon das Stück rauspicken, das ihm am verträglichsten erscheint, und den unappetitlichen Rest wegwerfen, der irrt. Was nun dabei für gut oder schlecht befunden wird, ist durchaus beliebig, je nach Gusto. Hoch lebe der kerlige Mackerotyp mit der festen Zweierbeziehung – nieder mit der Tunte, die sich durch Gottes freie Natur rauf und runter vorgelbt. Oder: Nieder mit den harten Männern, die das Patriarchat unterstützen – es lebe die Tunte, die die Männerrolle kritische hinterfragt. Auch was für kleinbürgerliche Spießhaken: Schwul? – Ja doch, aber bitte unauffällig! Es lebe der diskrete Schwule, der seine Neigungen an den dafür vorgesehenen Orten auslebt – Nieder mit den Polit-Schwulstern.

Mir scheint, als hätten die besorgten Genossen geglaubt, die Schwulen, die da auf einmal in der linken Politik mitmachen wollen, seien Menschen, wie sie selbst gern sein wollen: sexuelle Idealisten. – Friede, Freude, Zweierkuchen! Eben halt nur gesellschaftlich unterdrückt, und dagegen haben sie natürlich was. Es mag sein, daß die Schwulen an

Schwulen, die da auf einmal in der linken Politik mitmachen wollen, seien Menschen, wie sie selbst gern sein wollen: sexuelle Idealisten. – Friede, Freude, Zweierkuchen! Eben halt nur gesellschaftlich unterdrückt, und dagegen haben sie natürlich was. Es mag sein, daß die Schwulen an

dieser Einschätzung nicht ganz unschuldig sind, indem sie die linke Szene mit den Tränendrüsen geschichten angefüllt haben. Z. B. die Story mit dem 17jährigen, der seinen 40jährigen Freund selbst vorm Staatsanwalt nicht preisgibt, oder der gefeuerte schwule Lehrer, für den sogar Eltern und Schüler demonstrieren.

Doch nun, wo ihnen bewußt wird, was Mann und Mann so alles treiben, schwinden ihnen die Sinne, ein Geschrei hebt an, es tönt: Das ist doch nicht progressiv! Dieses Geschrei kennen wir, früher hieß es: unnormal! Unsere Antwort darauf war: Wir sind schwul und stolz darauf. Man lese genau: schwul – nicht homoerotisch, -sexuell oder -phil. Wir sind handfeste sexuelle Wesen, die sich auch sexuell verhalten. Und jetzt kommt ihr und wollt als Preis eurer Solidarität uns Asexuelle machen, indem ihr euch vorstellt, wir sollten, mit Ausnahme, das wir's gleichgeschlechtlich machen, eure Normalität übernehmen.

Kommunisten orientieren ihr Denken aber an dem, was vorhanden ist und nicht an irgendwelchen Hirngespinnsten. Auch bei einem so herzerregenden, schwererfaßbaren Thema wie Liebe und Sexualität darf das nicht anders sein. Die ganze schwule Sextorte gibt es nun aber nicht, weil es sich die Schwulen so ausgesucht hätten, sondern das ist das Ergebnis der Stigmatisierung. Insofern liegen hier progressive und regressive Qualitäten beieinander. Es verhält sich hier nicht anders, als z.B. beim Bewußtsein der Arbeiterklasse, wo z.B. der Angriff durch die Rationalisierung verstanden wird, aber vielleicht bezüglich der Ausländer ein Defizit herrscht. Deswegen wird aber kein Kommunist sagen, wir müssen die Arbeiterklasse spalten, sondern er wird daran arbeiten, die Kräfte zu sammeln und das Bewußtsein zu

entwickeln. Nicht anders verhält es sich mit den Schwulen. Das Erarbeiten der Gemeinsamkeiten – nicht das Selektieren – ist das Wichtige. In dem Prozeß der politischen Arbeit wird sich auch das Verhältnis der schwulen Individuen zueinander verändern und damit auch die sexuelle Praxis. Was jetzt polymorph beisammen ist, wird sich dialektisch entwickeln.

Meine lieben normalen Genossen, ich will euch keine falschen Hoffnungen machen: Solange ihr eure Normalität nicht wirklich in Frage stellt, werdet ihr auch mit den Ergebnissen eines solchen Prozesses nicht zufrieden sein.

Eine Denksportaufgabe zum Schluß: Eine Genossin der Kulturzeile meint fragend (AK 150), ob wir es wohl auch noch für sie befreiend fänden, wenn sie mit ihrem widerlichen Chef ins Bett ginge; analog der Vorstellung zum S/M-Sex. Im Falle der Genossin haben wir folgende Tatsachen:

– Das traditionelle Verhältnis von Mann und Frau ist geprägt durch die Herrschaft der Männer über die Frauen.

– Hier liegt zudem ein Abhängigkeitsverhältnis vor.

– Die Empfindungen der Genossin kann man mit dem Wort Ekel beschreiben.

Im Falle von S/M-Sex:

– Es handelt sich um zwei Männer, die in einer Männergesellschaft gleich frei voneinander sind:

– Es liegt keine institutionelle Abhängigkeit vor.

– Es handelt sich um Gefühle der sexuellen Lust.

Ist das also wirklich vergleichbar?

Und wenn es das nicht ist, wieso kann dann ein Kommunist hier zu einer falschen Einschätzung kommen? Ich behaupte: Weil er ein Problem nicht wirklich, das heißt an den Tatsachen, studiert. Eure Elke

sexuellen Lust.

Ist das also wirklich vergleichbar?

Und wenn es das nicht ist, wieso kann dann ein Kommunist hier zu einer falschen Einschätzung kommen? Ich behaupte: Weil er ein Problem nicht wirklich, das heißt an den Tatsachen, studiert. Eure Elke

Wir bekämpfen diese Gesellschaft, aber gleichzeitig sind wir ihr noch verhaftet

Die Diskussion über SM ist noch lange nicht abgeschlossen. Ich finde es dabei auch wichtig, den Genossen/innen, auch wenn sie sehr aggressiv reagieren, die Lernprozesse zuzugestehen, die man/frau selber auch gemacht hat, um sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen (und zwar nicht so sehr intellektuell, als hauptsächlich emotional!). Darum kann ich auch gut verstehen, wie die beiden Frauen (Leserinnenbriefe 'SM, Na und?' oder wie hieß noch die Überschrift) und 'Keine Unterdrückung im Bett und auch nicht anderswo' auf die angefangene Diskussion mit großer Angst und Wut reagieren, hätte ich mich doch vor einigen Jahren auch nicht anders verhalten.

Das Problem liegt gerade darin, daß wir als Linke und besonders als linke Frauen Gewalt und Unterdrückung ablehnen und bekämpfen und deswegen solche Schwierigkeiten haben, uns unsere Phantasien einzugestehen. Wir bekämpfen diese Ge-

sellschaft, aber gleichzeitig sind wir ihr noch verhaftet, und einfach aussteigen kann niemand. Das führt zu Widersprüchen, aber diese verschwinden nicht dadurch, daß sie einfach geleugnet werden!

Es gibt viele Formen, Aggressivität und Gewalt gut zu finden, die auch unter Linken weit verbreitet sind. Wieviele Genossen geilen sich daran auf (obwohl sie das nicht so nennen), sich brutale Krimis, Boxkämpfe oder ähnliche Schau-spiele anzusehen, Bedürfnisse, die vom 'alternativen Leben' etwas abgespalten sind, aber doch von vielen als 'Macke' akzeptiert werden! Ich finde die Hinterfragung und Analyse der 'falschen Bedürfnisse' ja richtig und notwendig, aber dabei muß doch berücksichtigt werden, daß man/frau im Zweifels-falle damit leben muß.

Ich kann nicht jeden Morgen aufstehen und mir im Spiegel nicht mehr ins Gesicht sehen, weil ich

sexuelle 'SM-Phantasien' habe, obwohl ich mir über den kaputten Teil sehr wohl im klaren bin. Wenn die erfahrene Unterdrückung, die ich durch solche Dinge verarbeiten muß, nicht da wäre, fände ich das natürlich viel besser, aber ich habe eben diese 30 Jahre Leben hinter mir, mit denen ich fertig werden muß, diese Sozialisation und keine andere. Umtauschen würde ich sie auch gerne!

Sehr gut fand ich die Diskussion, die in der „Emma“ darüber geführt wurde. Wichtig fand „Emma“ eben, daß es diese 'SM-Sachen' gibt, und daß sie deswegen nicht totgeschwiegen werden können. Eine lesbische Frau schreibt da z.B.: „...rein sexuell kann mich (für mich eigentlich unerklärlich) Männlichkeit ungeheuer erregen. Knallharte Pornographie, normal lehne ich sowas unheimlich ab... Ich habe diese – lustvollen – Phantasien für mich manchmal mit einem gewissen Zynismus akzeptiert. Wie: Niemand weiß davon, keinem schadet's usw. Andererseits könnte ich mich selbst deswegen nicht ausstehen, weil sie der totale Gegensatz zu meiner feministischen Einstellung sind.“ Und wie eine andere Frau schreibt: „Bei mir geht es im Grunde nur um ein Thema: Das Verprügeln von Kindern... Später wurde mir klar, daß meine Sexphantasien etwas mit meiner Erziehung und frühen Erlebnissen zu tun haben müssen. Ich dachte mir dann, daß sich diese Erlebnisse auf den sexuellen Bereich ausgewirkt haben und dort verarbeitet und kompensiert werden... Ich nahm also meine Phantasien und die Tatsache, daß sie lustvoll sind, als gegeben und nicht rückgängig zu machen hin...“ (Kleine Bemerkung zum 'Knittel im Haus' – Autor: Hier ist von Sadistinnen die Rede!)

Wirklich abzulehnende Gewalt ist für mich dabei, daß diese Frauen anonym an „Emma“ schreiben müssen, weil sie sich nicht trauen, die selben Teil von sich preiszugeben, und daß es mir mit meinen Genoss(innen) und Frauenbewegungsfrauen nicht anders geht. (Wenn ich anfangs, darüber zu diskutieren, kann ich gleich meine Sachen packen und gehen, und das will ich doch nicht!)

Die Diskussion im AK ist ein Anfang, da dies der Abspaltung von Teilen unserer Person aus dem politischen Leben entgegenwirkt. Und das ist gut so.

Unter dem Pflaster liegt der Strand

Eine lesbische Genossin

Diskussion: Linke und Sadomasochismus

Zum Thema sind zu viele Zuschriften erschienen, als daß sie alle im AK wiedergegeben werden können.

Genossin M. aus Hamburg schreibt: „...Für mich ist eine Beziehung zwischen Menschen, die auf Gewalt und Demut beruht, einfach total kaputt, in der die Herrschaftsverhältnisse unserer Gesellschaft im krassen Maße in einer Liebesbeziehung widerspiegeln. Ihr sagt das zwar auch, aber kommt zu dem Schluß, solange es nicht zu Lasten eines Partners geht, müsse dies toleriert werden, wenn nicht sogar akzeptiert werden...“

Wer entscheidet, ob es zu Lasten eines Partners geht? Die Partner? Es gibt viele Unterdrückte, die sich ihrer Unterdrückung nicht bewußt sind... Ich maße mir nicht an, beurteilen zu können, ob Sadomasochisten schon so kaputt gemacht worden sind (...), daß es ihnen nicht mehr möglich ist, ihre Gefühle in dem Maße zu verändern, in dem sich etwas im Kopf verändert. Niemand wird bestreiten können, daß unsere Gefühle sehr viel damit zu tun haben, was wir auch vom Intellekt her gut oder schlecht finden...“

Ein AK-Leser aus Hamburg nimmt Stellung zu den Leserbriefen der Genossinnen im AK 150: „Bei den Leserbriefen... ist mir sehr stark auf-

gefallen, daß die Frauen ihre eigenen Schwierigkeiten, die sie mit ihren Freunden haben, auf den Fragenkomplex SM projizieren. Ein Mann, der in einer Beziehung versucht, seine traditionelle Vorherrschaft zu erhalten oder durchzusetzen, hat soviel mit einem Sadisten gemeinsam wie ein Fisch mit einem Fahnrad. Insofern gehen alle Leserbriefe mellenweit am Thema vorbei... In allen Leserbriefen wird stark Front gegen den Sadisten gemacht. Zu wissen Schutz eigentlich? Wieso identifizieren sich alle Schreiber mit dem Masochisten, ohne sich auch nur die geringsten Gedanken über dessen Bedürfnisse zu machen? Der Kardinalfehler hierbei ist, daß fein säublich zwischen Sadist und Masochist getrennt wird... Daß die Herrschaft des Sadisten über den Masochisten keine tatsächliche Herrschaft ist, sondern daß hier Rollen übernommen werden, die nach dem Orgasmus wieder abgelegt werden, scheint niemand kapiert zu haben. Echte Vergewaltigung, Unterdrückung oder gar Faschismus mit SM gleichzusetzen, heißt nur, seine Feindbilder auf eine sexuelle Minderheit zu projizieren...“

gayrock, ein schwuler AK-Leser aus Hamburg, kritisiert die bisherige

Form der Auseinandersetzung mit der AG Schwule: „Das heißt aber nicht ein blindes Verteidigen von sexuellen Praktiken, die ich für meine Begriffe als recht begrenzt und fixiert sehe. Aber sich von erhobener Hetero-Zwangsmoral-Hand vorschreiben zu lassen, welche der Sexualpraktiken mehr oder weniger unterdrückend ist, das finde ich nun doch reichlich pervers und unter Niveau... Der schwule Ledermann, der in eine Lederbar geht, weiß in der Regel (und das ist sicher nicht auf die „aufgeklärten linken“ Köpfe der AG Schwule beschränkt), was er will und was er da kriegt. Und ich würde mich dafür einsetzen, daß ihm das möglich ist, solange es keine bessere Möglichkeit gibt, seine Sexualität zu (er)leben... Die Schwulenbewegung – und durch sie erwarte ich Anstöße zur Veränderung – ist erst am Anfang. Aber die Veränderungen werden sicher nicht dadurch in Gang gebracht, daß ich anderen Leuten vorschreibe, wie sie's machen sollen, sondern dadurch, daß wir versuchen, mit ihnen zu diskutieren und etwas von ihnen zu erfahren. Das ist doch der Anfang, und nicht voreiliges Wegdrängen in die Unterdrückungskiste.“

Außer den hier zitierten bzw.

insgesamt wiedergegebenen Leserbriefen liegen noch weitere vor, die entweder nur die Diskussion allgemein begrüßen oder ohne weitergehende inhaltliche Auseinandersetzung über die wiedergegebenen Zuschriften hinaus gegen den Artikel von Kt. polemisieren. Zur gesamten Diskussion ist zu sagen, daß sich nur wenige der Beteiligten bisher die Mühe gemacht haben, ihr eigenes spontan vorhandenes Wissen durch das Studium wissenschaftlicher Literatur zum Thema zu erweitern.

Eine Genossin der KB-Frauenkommission NRW fordert:

„Auftrag an uns Frauen! Die Schwulen haben mich provoziert, mit ihrer offensiven Diskussion im AK. Anjungs habe ich die Artikel interessiert verfolgt, dann ärgerlich. Ärgerlich über mich selber, und daß es mal wieder (?) die Männer sind, die das Thema Sexualität von ihrer Seite aus beleuchten. Haben wir denn keine Frauen im KB, die schon 'weiter' sind als ich, mit meiner kargen Sexualität und den wenigen und fehlenden Worten und dem fehlenden Mut, darüber ehrlich zu berichten?..“ Vielleicht ist die SM-Diskussion ein Anstoß, sich dem Thema Sexualität im AK auf höherem Niveau zu widmen.

A., Hamburg

Zuviel Vorurteile und Unkenntnis

Als SMler, der lange Zeit in der Schwulenbewegung tätig war, weiß ich eigentlich gar nicht, wo ich mit der Kritik anfangen soll, so verwirrend und umfangreich ist der Wust von Vorurteilen und Unkenntnis, der sich da in den Artikeln und Leserbriefen einiger Diskussionsteilnehmer ausspricht.

Vielleicht zunächst ein paar Worte zum Artikel von Kt., Hamburg („Der Knittel im Haus...“). Daß der Titel dieses Artikels einem – kennt man die Vorgeschichte – wie eine böswärtige Schweinerei vorkommt, ist ja wohl verständlich. Oder will der Schreiber den Genossen der AG Schwule ernsthaft unterstellen, sie würden mit ihrem um Aufklärung bemühten Beitrag gutheißen, was jener Frankfurter Typ da an Menschenverachtung ausgekotzt hat?

Kt. wird mir verdächtig: Nicht genug, daß er die Lederszene genau genug kennt, um sie gegen den Artikel der AG Schwule aus der Sicht der „großen Mehrheit“ der „Betroffenen“ neu und endgültig zu definieren – nein, er kennt sich auch aus mit den „Berührungspunkten zwischen S/M-Szene und Nazi-Gruppen“, entsprechenden „Entwicklungstendenzen usw.“ ... Wen kann es da noch verwundern, wenn er mit seinem schlaun Köpfchen auch weiß, was „absolut nichts mit Sexualität im allerweitesten Sinn zu tun“ hat. Er könnte sie erfunden haben, die Lederszene und die Sexualität.

In einem Buch von Jürgen Pomorin und Reinhard Junge mit dem Titel „Die Neonazis“ findet sich eine Textstelle, die Kt. interessieren dürfte. Es erzählt einer der Autoren, der sich bei der ANS eingeschmuggelt hat: „... mit einem älteren Herrn im eng taillierten Motorraddress diskutierte ich über die ‚Minderheitenfrage‘ in einem neu anzustrebenden faschistischen Deutschland. Er zeigt mir stolz ein vergilbtes Foto, das ihn im Kreis seiner SS-Kameraden zeigt. Brennend interessiert ihn die Frage, ob „wir“ Homosexuelle später ins KZ schmeißen würden. Ich weiche aus, kenne den Standpunkt „meiner“ ANS nicht in dieser Frage ... Michael David macht dann allerdings aus „unserem“ Standpunkt kein Hehl, als er mir zuflüstert: Der ist schwul, da mußt du dich in acht nehmen. Der fliegt gleich hier raus!“

Was können wir hieraus lernen? Daß es in der Lederszene auch Motorrad-Opas mit faschistischen Kameradschaftsneigungen gibt? Gewiß. Aber glaube doch nicht einer von euch, auch ein unpolitischer Angehöriger der Lederszene versteht nicht bestens, was hier tatsächlich gemeint ist! Egal, mit wieviel Leder er sich behängt: Kommt der Faschismus wieder, dann

brennt er so gut wie seine Nachbarin, die Tunte, Am Schwulsein entzündet sich das Fünkchen allemal. Es gab keine „Sonderausgabe Tunte“ des Rosa Winkels. Jeder Schwule, mit dem man ernsthaft darüber spricht, ist sich dieser Unterschiedslosigkeit der Schwulenzufassung bewußt, jeder ist von dieser potentiellen Lebensgefahr gleich stark betroffen. Und so wissen letztlich auch alle Schwulen, daß im Ernstfall ihre kleinen Giftigkeiten untereinander nichts als Dekoration werden, daß ihre einzige Chance in der Gemeinsamkeit liegt. Ich kenne keine Lederszene, die Tanten die Existenz- und Glücksberechtigung abspricht, ich kenne keine Ledermission in Tantenkreisen, ich kenne nur die Lederszene, die sich gegen Tanten wehrt, weil ihr auf weibliche Accessoires hin nun mal der Schwanz nicht steht! – Nicht wenig erstaunt hat mich daher die Differenzierungswut des „bearbeitenden AK-Redakteurs“ im AK 141, der seinen Versuch zur Ausgrenzung der Lederszene aus der gemeinsamen Kampffront der Schwulen ausgerechnet an einem Artikel aufhängt, der zeigt, daß es unter den Schwulen endlich Ansätze zur Gemeinschaft über die Unterschiede im Fummel hinaus gibt. Kein Hetero hat das Recht, der Schwulenbewegung vorzuschreiben, wo sie ihre Grenzen zieht. Oder haben Schwule umgekehrt jemals so einen Versuch bei euch gemacht?

Wirklich betroffen gemacht hat mich die hartnäckige Weigerung der SM-Kritiker, schwule Stimmen zur Bedeutung des Sadosomasochismus und Lederfetischismus in ihrem Leben auch nur zu hören. Da wird munter weiter von brutaler Unterdrückung, Unmenschlichkeit etc. gefaselt, obwohl schwule Genossen und andere Schwule immer wieder in ihren Beiträgen betont haben, daß ein sadosomasochistisches Verhältnis auf gegenseitigem Einverständnis und Vertrauen beruhen muß, wenn es auch nur irgend etwas mit Sex und Lust für die Beteiligten zu tun haben soll. Man ist nämlich gern länger und immer wieder sadosomasochistisch tätig, und es ist keinesfalls die Regel, daß man sich in einem schwulen KZ den brutalen Orgasmus zum Tode wünscht! Aber genau da versagt das Differenzierungsvermögen des moralisch behinderten (auch linken) Spielers: Sonst allzeit bereit, z.B. die Nazi-Verbrechen als Ausfluß einer gigantischen, staatlich organisierten Tötungsmaschinerie voll organisatorischer Raffinesse anzuklagen (mit Recht) und z.B. (auch mit Recht) die selektive Unverjährbar-

keit derartiger staatlich institutionalisierter Greuel zu fordern, sieht er in der ängstlich sich abschirmenden Lederszene mit ihren nur zum Teil organisierten SM-Organen den leidhaftigen Faschismus.

Mir ist es noch nicht gelungen, herauszufinden, was die grundlegenden zwischenmenschlichen Bedürfnisse der Lederschwulen von denen anderer Schwuler unterscheidet. Ich sehe die Jagd nach dem schnellen, unverbindlichen Sex hier wie dort, ich sehe die Sehnsucht nach dem Märchenprinzen auf beiden Seiten, ich sehe hier Ledertreff, dort Kaffeekränzchen, ich sehe bumsende Tanten und Lederkerle, die vor Wonne vergehen, wenn sie einen drin haben. Ob es wohl auch Tanten mit sadosomasochistischem Einschlag geben mag? Na, das wäre ja der Skandal! Tatsache ist, daß Lederkerle deshalb unter sich sind und gerne bleiben, weil sie genital, sexuell, emotional auf Typen abfahren, die dem herkömmlichen Mannesbild entsprechen. Das tun auch viele Tanten: aber mit Tanten kann ein Mensch, der nun mal zum sexuellen Wohlbefinden das Bild „Mann“ braucht, eben im Bett nichts anfangen! Traurig, aber wahr. Unsere festgelegte sexuelle Objektwahl aber aufzuweichen, dürfte ein Problem sein, das dank seiner universellen Verbreitung und weitgehenden Unreflektiertheit unter Frauen und Männern unterschiedlichster Perversionsrichtung noch etliche Zeit der Lösung harret. Wenngleich es soviel sinnvoller wäre, dort anzusetzen, statt eine Ausprägung dieser Objektfixierung zu vertiefeln.

Schließlich: Was der Kt. wohl meinen mag, wenn er meint, daß in den aufklärenden Artikeln „zwar von Masochismus viel die Rede ist, jedoch gar nicht vom Sadismus“? Abgesehen davon, daß er einen Abschnitt weiter einen (augenblicklichen) Sadisten von Zärtlichkeit reden läßt, und – wenig weiter – das Arzt-Patient-Verhältnis (wie sexuell!) in den gleichen unausgekohten Eintopf wirft... Hat denn der Mann wirklich noch nie was davon gehört, daß Sadismus und Masochismus zwei Seiten einer Medaille sind? Sollte er bei seiner intimen Kenntnis der Lederszene noch nicht gemerkt haben, wie leicht da mal die Rollen getauscht werden, wenn nur „der Richtige“ kommt? Ganz abgesehen vom Gruppensex, wo man als Festgelegter nur noch das Nachsehen hat und die Polymorph-Perversion die Befriedigung? So wie Danneberg/Reiche (Autoren von „Der gewöhnliche Homosexuelle“, der gründlichsten soziologischen Untersuchung zum Thema, AK) die Relativität der Kennzeichnung „Tunte“ betonen, so ist die Vergabe der Rolle S oder M letztlich situationsbedingt. Ein Triumph

für manchen, wenn es ihm gelungen ist, den eisernen Sadisten in einer schwachen Stunde aufzuweichen. Vorsicht daher, Kt., mit der Konzilianz gegenüber dem Maso! – Ironie der Lederszene (kam in eurer hier ersten Diskussion bis dato nicht vor): Da alle Lederschwulen auf „Männer“ stehen, im tiefsten Innern jedoch (leider?) keine sind..., da andererseits nur selten ein echter Hetero sich haben läßt: spielen die „Betroffenen“ einander das Gewünschte eben vor. Die entlarven sich damit jedenfalls letztlich als humorvoll, ob ihr's glaubt oder nicht.

Ich möchte schließen mit der Bemerkung, daß ich die Arbeit der AG Schwule im KB ungeheuer wichtig finde, daß man sie gar nicht genug würdigen kann und daß es mich als Linken außerordentlich freut, daß im KB von heterosexueller Seite eine derartige Toleranz unseren Problemen gegenüber besteht. Glaubt mir, es ist nicht die Regel! Dies und der Rest der Zeitung ermutigen mich, sie ab sofort zu abonnieren.

Mit solidarischen Grüßen,
Nick (Hamburg)

Es ist schon bemerkenswert, mit welchem Eifer die Schreiber im AK 150 ihre Vorurteile zum Ausdruck bringen.

Als hätte es in den vorangegangenen Beiträgen zum Thema S/M keine ausführliche Information sowie Stellungnahmen von Betroffenen gegeben.

S/M sei „nicht aus der Sicht der großen Mehrheit der Betroffenen definiert“ worden, meint da der eine. Daß die S/M-Beziehungen in der geschilderten Form ablaufen, „dürfte doch wohl die totale Ausnahme sein“, meint eine andere. Die weiß auch noch, daß „in der Realität wohl eher Beziehungen überwiegen, die eben nicht solidarisch und zärtlich sind.“ Da fragt man sich, woher wissen die das alles bloß?

Wen wundert's, daß die Schreiber denn auch fürchterliche Angst davor haben, man versuche ihnen einzureden, daß sie selbst solches Sexualverhalten zu praktizieren hätten. Das hat wohl mehr was mit Paranoia zu tun und läßt sich nicht aus den vorangegangenen Artikeln erklären.

Daß der bearbeitende Redakteur, der schon im AK 141 wegen seiner Unwissenheit aufgefallen war, als er S/M tabuisieren wollte, nun herausgefunden hat, daß die Problematik „des real existierenden S/M schlicht verdrängt“ wurde, „zugunsten eines linken Wunschbildes“, überrascht nicht mehr. Nur, worauf er das bezieht, erklärt er nicht. Kann er auch nicht, weil's nicht stimmt.

In diesen Gekreische paßt auch der für die S/M-Beziehungen völlig unbrauchbare Vergleich mit dem Faschismus hinein. Faschistische Elemente bzw. Ausnutzung und Unterdrückung, Rücksichtslosigkeit gegen-

über dem Partner/in ist in sog. normalen heterosexuellen Beziehungen weitaus häufiger anzutreffen, als in S/M-Beziehungen, in denen sie natürlich auch vorkommen. Jedoch als Ausnahme, nicht als Regel. Dies ist weiter nicht verwunderlich, da das christliche Gedankengut von der sex-losen Frau und der Herrschaft des Mannes über sie immer noch für viele sehr aktuell ist. Beziehungen zwischen Sadisten und Masochisten hingegen beruhen viel stärker auf Absprachen und Solidarität. Hier gibt es keine solchen christlichen Unterdrückungsnormen.

Es wäre schon recht ungewöhnlich, wenn ausgerechnet im sexuellen Bereich Gewalt keine Rolle spielte, wo wir doch ständig unter Gewaltverhältnissen leiden oder selbst welche verursachen oder mitverursachen. Alpträume oder sadistische bzw. masochistische Wunschträume kennt wohl jeder von uns. Das zuzugeben ist wohl mehr eine Frage der Ehrlichkeit. Derartige Wunschvorstellungen dann in der Realität auch auszuleben, natürlich in gleichberechtigter, solidarischer Art und Weise, schadet doch niemandem. Hier wird doch nicht tatsächlich jemand bis zur Verstümmelung gefoltert und ermordet. Was soll also der Vergleich mit KZ's und Gaskammern, in denen ja tatsächlich Menschen ums Leben kamen ...

... Bleibt noch zu erwähnen, daß die Genossen, die „keine Unterdrückung im Bett und auch nicht anderswo“ will, wobei ich ihr uneingeschränkt zustimme, auch nicht viel begriffen hat. Es hätte überhaupt nichts mit Sadosomasochismus zu tun, wenn sie mit ihrem widerlichen Chef ins Bett ginge.

Es geht in den vorangegangenen Beiträgen nirgendwo darum, jemanden zu etwas zu zwingen, was er nicht will. Es geht mir auch nicht darum, S/M zu rechtfertigen. Das ist überhaupt nicht notwendig, da dort gar kein Unrecht geschieht, das es zu rechtfertigen gilt. Das Problem sind nicht die S/M-Leute selbst, sondern diejenigen, die sie nicht akzeptieren. Wahrscheinlich, weil sie sich dann in ihrer Zwangsnormalität bedroht fühlen, weil sie unter Umständen den Schutz der Mehrheit, der Masse verlieren könnten.

Es geht darum, deren tiefsitzende Vorurteile abzubauen, damit wir endlich zu einer gemeinsamen Befreiung unserer Sexualität kommen, wie immer die aussieht. Natürlich nur solidarische Formen. Und das ist zunächst wichtig im homosexuellen Bereich. Solange sich die Schwulen ihre eigenen „Neger“ schaffen, wie das die Heterosexuellen mit ihnen ja auch tun, solange kommen sie nicht zu einer wirklichen Befreiung.

Daß da sehr viele, eben die Masse der sog. Normalen, kein Interesse dran hat, ist nicht verwunderlich.

Mit solidarischen Grüßen, R.F.,
AK-Leser aus Heemstede/Holland

Das gegenteilige Beispiel: Während der psychische Masochist sich gern

Aspekten unserer Wünsche zu bewahren.“ (5) ...

Das gegenteilige Beispiel: Während der psychische Masochist sich gern unterordnet, schlechte Behandlung widerspruchslos hinnimmt usw., beeindruckt dagegen der sexuelle Masochist im nichtsexuellen Leben oft durch besondere Autorität und Stärke, durch Erfolg im gesellschaftlichen und beruflichen Leben (Bornemann).

Für Kt. ist S/M ein brutales Gewaltverhältnis, bei dem die sadistische Komponente den größten Teil ausmacht. Ich würde genau die gegenteilige These aufstellen, nämlich daß bei allen Menschen die masochistische Komponente einen wesentlich stärkeren Teil ausmacht und der Sadismus häufig eine Reaktion auf den vorhandenen Masochismus ist. Sadosomasochismus ist so ein Kapitel für sich, hier von dem Sadisten und der Masochistin zu sprechen ist nicht möglich, da die Rollen häufig getauscht werden, auch während des Bumsens selbst. Bornemann schreibt dazu:

„Die soziale Beurteilung einer sexuellen Handlung gelingt deshalb erst dann, wenn man den Einfluß kennt, den sie auf den gesellschaftlichen Kreislauf ausübt. Und so wird auch die klinische Beurteilung einer sogenannten Perversion erst dann möglich, wenn ihr Effekt auf das nichtsexuelle Leben des Patienten ermittelt ist ... Der sexuelle Sadosomasochismus, der zwischen zwei Liebenden pulsiert, beseitigt die Gefahr, daß sie im Alltagsleben zu Tyrannen werden oder sich dort widerstandslos tyrannisieren lassen. Jede sexuelle Handlung hat in diesem Sinne einen katalytischen Zweck: sie erlaubt uns, im Geschlechtsverkehr die Rollen auszuwechseln, die wir im Alltagsleben gern gespielt hätten“ (4) – oder sonst geliebt hätten, möchte ich hinzufügen. „Beim Sadosomasochismus, wie bei allen sexuellen Neigungen, ist es ja das Kennzeichen der Kompensation, daß sie uns erlaubt, unsere Wünsche mit Hilfe eines sexuellen Partners, der das gleiche will, in verhältnismäßig harmloser Weise auszuleben und so die Umwelt vor den sozialgefährdenden

Aspekten unserer Wünsche zu bewahren.“ (5) ...

Als Frau möchte ich mich bei Kt. noch bedanken, daß er mir das Recht zugesteht, mich in meiner Sexualität total auf meine Objektrolle zu reduzieren, wenn es mir Spaß macht. Vielen Dank! Doch ist es wirklich so einfach, frei nach dem „gesunden Menschenverstand“ mit der Objektrolle des Masochisten bzw. der Masochistin und der aktiven Rolle der Sadistin bzw. des Sadisten? Auch hier scheinen die Dinge halt etwas komplizierter zu sein, als man/frau selbst sie oft erfahren haben mag: „Der Masochist ist jedoch nur zum Schein unterwürfig. Denn er fordert, daß der andere ihn unterwerfen solle. In dem eigentlichen paradoxen Verhältnis zwischen dem Sadisten und dem Masochisten ist es also der Masochist, der Gequälte, der Befehlte, während der Sadist, der Quälende, eigentlich nur den unausgesprochenen Befehl des Masochisten ausführt ...“ (6) (... verrückte Welt im Bett?)

Dadurch, daß ich meine sexuellen Wünsche akzeptiere und nicht tabuisiere, verhindere ich, daß ich wegen meiner „perversen“ Wünsche mit einem schlechten Gewissen durch die Gegend laufen muß, oder große Kraftanstrengungen aufbringen muß, um solche Wünsche zu unterdrücken und mich an die „Norm“ anzupassen. Die Kräfte, die ich dadurch einspare, ermöglichen es mir, sie wesentlich sinnvoller einzusetzen und als verhältnismäßig glücklicher Mensch für die Veränderung der Gesellschaft und damit der Sexualität zu kämpfen.

C., BO Eimsbüttel

- 1) E. Bornemann, Lexikon der Liebe – Materialien zur Sexualwissenschaft, Stichwort: Sexualität des Menschen, Seite 1292
- 2) ebenda
- 3) ebenda, Seite 1305
- 4) ebenda, Stichwort: Perversionen; S. 1069
- 5) ebenda, Stichwort: S/M im alten Hellas, S. 1197
- 6) ebenda, Stichwort: S/M, S. 1191, ebenfalls im AK 149, „S/M – was ist das?“

Keine Tabuisierung von Menschen, deren Sexualität nicht der Norm entspricht

Der Artikel im AK 150 „Der Knittel im Haus erspart den Pflasterstrand“ hat eine falsche Grundvoraussetzung; Sexualität wird für etwas gehalten, das mit dem freien Willen bestimmbar ist. Hier unterliegt der Genosse Kt. einem Irrtum!

Das Sexualverhalten eines Menschen ist nur zu einem sehr kleinen Teil von seiner eigenen Willensbildung, im wesentlichen dagegen von vielen anderen Faktoren abhängig. Bornemann – Sexualforscher – schreibt dazu: „Was die Sexualentwicklung des Individuums letztlich bedingt, ist also nicht seine somatische (körperliche – AK) Geschlechtszugehörigkeit, sondern der gesellschaftliche Einfluß auf seine Psychosexualität“ (1). Dabei ist nicht der Einfluß ausschlaggebend, der momentan erfahren wird, sondern eine wesentliche Rolle spielen hierbei Erfahrungen, die ein Mensch in seiner frühesten Kindheit gemacht hat und daraus resultierende Verdrängungen. Wichtig ist, daß diese Erfahrungen dem Bewußtsein später nicht mehr zugänglich sind!

„Einerlei wie stolz wir auf unsere sexuelle Einzigartigkeit sind, kommen wir also nicht um die bittere Wahrheit herum, daß die Angepaßten, die „Normalen“, genau wie die Unangepaßten, die „Perversen“, weniger ein eigenes, von ihren eigenen Hormonen, ihrer eigenen sexuellen Willenskraft geprägtes, als ein fremdbestimmtes, weitgehend gesellschaftsbedingtes Geschlechtsleben führen.“ (2) Das heißt, daß wir diejenigen, die ihre sexuelle Befriedigung mit S/M-Praktiken erlangen, nicht dafür zur Verantwortung ziehen können.

Kt. schreibt: „Wenn jemand Herrschaftsverhältnisse verinnerlicht hat, zudem noch aus unseren Reihen, ist

das allerdings etwas, gegen das wir ankämpfen sollten ...“

Es gibt keinen Menschen, der im Kapitalismus großgeworden ist, der Herrschaftsverhältnisse nicht verinnerlicht hat. Unterschiedlich ist lediglich die Art und Weise, wie man sie verinnerlicht hat. Ein Ankämpfen gegen die Verinnerlichtung ist unmöglich, da wir sie eben so verinnerlicht haben, daß wir da mit unserem Bewußtsein gar nicht mehr rankommen! Wir können uns die eigene Verinnerlichtung nur bewußt machen, wenn wir uns unsere „perversen“ Wünsche erst mal eingestehen. Die Propagierung des Ankämpfens gegen die „Verinnerlichtung“ würde in letzter Konsequenz bedeuten, daß wir zunächst die Sexualität befreien können, bevor wir die Gesellschaft befreien. Auch hierzu Bornemann: „Das gesellschaftliche Sein bestimmt auch das sexuelle Sein. Das ist einer der unerschütterlichen Grundsätze der kritischen Sexualwissenschaft. Freud und Reich dagegen waren sich, trotz ihrer vielen Meinungsverschiedenheiten, darin einig, daß das sexuelle Sein das gesellschaftliche bestimmt. Das war ihr Fehler, denn jeder Mensch, einerlei mit welcher sexuellen Anlage er auch geboren sei, wächst in eine bereits bestehende Gesellschaft hinein ...“ (3).

Kt. kritisiert, daß von den schwulen Gen. in ihren Artikeln „von der S/M-Szene abstrahiert wurde und Probleme des ‚real existierenden‘ S/M schlicht zugunsten eines linken Wunschbildes“ verdrängt wurden, daß „S/M nicht aus der Sicht der großen Mehrheit der Betroffenen definiert wurde, sondern aus der überhaupt nicht repräsentativen Sicht des Linken oder Radikaldemokraten“.

Zwischen den Zeilen läßt Kt. durch-

blicken, was er für S/M hält: „Mit dem Problem der Ungleichbehandlung, mit der Gewalt in Beziehungen (die vielleicht doch nicht immer in den Grenzen bleiben, die der Partner gerne möchte), braucht man sich definitionsgemäß gar nicht zu befassen: das ist dann eben kein S/M.“ Kt. behauptet, daß die schwulen Gen. eine „eigenwillige Neudefinition des Begriffes S/M“ aufgestellt hätten. Wie kommt er wohl dazu? Er argumentiert vollkommen unwissenschaftlich mit dem eigenen „gesunden Menschenverstand“, voller Vorurteile, ohne sich mit den Forschungsergebnissen der Sexualwissenschaft überhaupt zu befassen. Was ist denn „real existierender S/M“, wer ist denn die „große Mehrheit der Betroffenen“? Genau äußert sich Kt. dazu nicht. Er appelliert an das „gesunde Volksempfinden“, und das besagt hier: Sadismus ist gleich Gewalt, Gewalt ist gleich Unterdrückung, also ist S/M unterdrückerische Sexualität.

Kt. vermengt das sexuelle Verhalten mit dem nichtsexuellen Verhalten, bzw. setzt es sogar gleich. Das ist nicht zulässig. Die Sexualwissenschaft zieht beim Sadismus und Masochismus eine scharfe Grenze zwischen sexuellem und nichtsexuellem Verhalten. Ein nichtsexueller Sadist zeichnet sich dadurch aus, daß er seine Mitmenschen quält und tyrannisiert. Man denke nur an den Prügelpädagogen, der seine Schüler schikanieren und mit Schadenfreude zur Kenntnis nimmt, wenn einer einen Fehler macht. Wenn er aber mit einer Frau ins Bett geht, entpuppt er sich als bürgerlicher Spieler, mit Rosen und so. Im Bett mag er roh und brutal sein, aber er wendet keinerlei sadistische Sexualpraktiken an.



Kinder



Jahr des Kindes — Jahr der Familie?

Eigentlich sollte es einer der Höhepunkte des „Jahr des Kindes“ werden: ein Kongress der „Internationalen Vereinigung für Jugendhilfe“ im Herbst in Hamburg. Aus über 80 Ländern sollten Vertreter kommen, denen die „paradiesischen Zustände“ für Kinder in der BRD hinter Licht geführt werden sollten.

Der Höhepunkt bleibt nun aus. Die Geschäfte der „Internationalen Vereinigung“ sollen nicht so seriös gewesen sein, wie der Name es verspricht. Deshalb trat Ende 1978 die westdeutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (eine Vereinigung der Träger der Jugendhilfe) aus dem Verein aus. So fehlt in der BRD ein nationaler Veranstalter. Und ohne Veranstalter gibt es selbst im Jahr des Kindes keinen Jubiläumskongress.

An etwas Neues, anderes Großes fürs Jahr des Kindes möchte der Hamburger Senat (Hamburg ist westdeutsche „Modellstadt“ für das „Jahr des Kindes“) sich dann nicht mehr so ernsthaft heranwagen. Ohnehin war schon vom Jugendpolitischen Forum, einem Zusammenschluß von Kinder-, Jugend- und Heiminiziativen beschlossen worden, den angesagten Kongress mit einer Gegenveranstaltung zu bedenken, auf der die tatsächlichen Zustände in der BRD angesprochen werden sollen.

Nicht nur unter engagierten Initiativen regt sich Unmut über das Unternehmen „Konfetti statt Kohle“, zu dem das „Jahr des Kindes“ von den bürgerlichen Politikern veranstaltet wird.

Von neuen, interessanteren praktischen Verbesserungen für die Kinder hörte man/frau bislang so gut wie gar nichts. Stattdessen wird hervorgehoben, daß sich die Kinder in der Bonner Beethovenhalle amüsieren dürfen: „Das hatte es in Bonn noch nie gegeben: Einen Tag für die Kinder. In der Bonner Beethovenhalle, wo sonst nur Frack und Smoking den Rahmen für klassische Musik abgeben durften sich Kinder nach Herzenslust amüsieren. Auf dieser Eröffnungsveranstaltung zum Jahr des Kindes“ durfte Bundespräsident Scheel zwar mitmachen, aber die Hauptrolle spielte er nicht. Wie man sieht, wird er von Verkehrsbär „Hörle“ (?) deutlich überragt.“ („Hamburger Abendblatt“, 13.1.79).

Da gibt es drei Broschüren vom Familienministerium, die den Eltern Tipps für die Erziehung geben sollen. Da gibt es Informationsprogramme z.B. zum Weltgesundheitstag, mit denen der „Impfmüdigkeit“ der Eltern begegnet werden soll. An einigen Orten wird mit viel Drumherum ein „Motzbaum“ aufgerichtet, an den

Kinder Zettel mit Beschwerden hängen können.

Nicht fehlen darf natürlich die Sonderbriefmarke zum Jahr des Kindes. Alles Sachen, die nix oder wenig kosten.

Wen wundert's, daß da selbst renommierten Verbänden und Einzelpersonen der Kragen platzt.

So haben die Freien Wohlfahrtsverbände in Hamburg sich an Bürgermeister Klose gewandt. Sie beklagen in einem Brief das schleppende Bewilligungsverfahren für die mickrigen 150.000 DM (da fehlt echt keine 0), die zum Jahr des Kindes gewährt werden sollten.

Die westdeutsche Industrie allerdings versteht aus der Schaumslägerei zum „Jahr des Kindes“ ihren Profit zu ziehen. Eine Versicherung bietet als Beitrag zum Anlaß die Krankheitsvollversicherung für Kinder an (Noch nie so wertvoll wie im Jahr des Kindes! Was die sich wohl für das „Jahr des Baumes“ einfallen lassen?). „In“ ist auf Messen 1979 der Slogan: „Kind als Partner“.

Eine westfälische Sparkasse wirbt gar: „Hol' Dir Dein eigenes Pocket-Sparkassenbuch. Du kannst selbstständig einzahlen und abheben. Ohne viel zu fragen“. Alles ist recht und billig, solange es nur die Kassen füllt, selbst der sonst so verpönte Slogan vom Selbstbestimmungsrecht des

Kindes!

Im Mittelpunkt — die Familie

„Wer im Jahre des Kindes den Kindern helfen wolle, müsse zuerst den Familien helfen“, meint der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel. Und dementsprechend steht bei den bürgerlichen Politikern die Familie im Mittelpunkt.

So beginnt das Programm der „Nationalen Kommission für das Internationale Jahr des Kindes“:

1. Förderung der Erziehungsbedingungen in der Familie.

2. Verbesserung der Familienpflege und der Heimerziehung...

Und da lassen sich die bürgerlichen Parteien einiges einfallen. „Elternurlaub“ nach der Geburt eines Kindes will die FDP. Die SPD will das im Wahlkampf auch, aber als Regierungspartei ist ihr das zu teuer.

Am aufdringlichsten ist wie immer die CDU mit der Familienfreundlichkeit. Angefangen mit einer Abart des „autofreien Sonntags“, dem Vorschlag, „ein Wochenende im Monat ganz frei von Veranstaltungen durch Parteien, Verbände oder Organisationen zu halten“ (fallen dann auch Bundesliga und religiöse Treffen aus?), hat sie sich die feinsten Sachen ausgedacht:

— Anpassung des Kindergeldes an

die Preisentwicklung: — bundesweite Einführung von Darlehen bei Gründung einer Familie, die durch die Geburt von Kindern teilweise abgetragen werden können;

— zusätzliche Hilfen für Mütter, die sich in den ersten Lebensjahren ihrem Kind widmen und dann wieder erwerbstätig werden können. (Das hält natürlich F.J. Strauß nicht ab, vor dem Parteiausschuß der CSU festzustellen, daß einige dieser Pläne „zwar grundsätzlich wünschenswert, aber nicht finanzierbar“ sind („Welt“, 10.4.79). Das ganze wird mit viel Ideologie gebracht: „Ein Volk ohne Kinder verliert seine Zukunft.“

Pädagogische Begleitmusik ist die Predigt vom „Mut zur Erziehung“. „Deshalb fordert die CDU - Mut zur Erziehung durch Erzieher, die den jungen Menschen lehren, Pflichten zu erfüllen und Rechte zu gebrauchen, Toleranz und Mitmenschlichkeit zu üben und den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu bejahen.“ (Entschließung des Bundesausschusses der CDU zum Jahr des Kindes).

Ein Angriffsziel sind dabei die Pläne der SPD/FDP-Regierung zur Neuregelung des elterlichen Sorgerechts und des Jugendhilferechts: „Der Inhalt der Vorlage (zum Jugendhilfegesetz, Anm. AK) zielt, so sagte Strauß, darauf ab, die Erziehungsfunktion der Familie auszuhöh-

len; das Erziehungsrecht der Eltern solle zugunsten von mehr staatlichem Einfluß zurückgedrängt werden. Die Familie würde zu einer „Erziehungsagentur des Staates herabgewürdigt“ („Welt“, 22.12.78).

Nun, um den Untergang der Familie geht es der SPD sicher nicht. Eher darum, Kinder und Jugendliche schneller über Gerichte, Jugendämter, Jugendpolizisten in den Griff zu bekommen, wenn die Familie nicht mehr funktioniert. Konkrete Verantwortung für das Wohl der Kinder will auch die SPD für den Staat nicht übernehmen.

Da heißt es dann auch bei ihr kurz und knapp „Familie wichtiger als Kindergarten“.

Familie als Keimzelle — von Gewalt und menschlichen Elend

Welch ein Zynismus steckt doch in der penetranten Propaganda für die Familie angesichts der Situation, daß die Familie mehr und mehr zerrütet. Jede dritte Ehefrau wird geschlagen, die meisten Morde passieren in der Küche (einer Familienwohnung), eine bis eineinhalb Millionen Kinder werden jährlich (in Familien) mißhandelt. Ursachen allemal bekannt: Zu enge Wohnungsmöglichkeiten, Arbeitslosigkeit, Geldsorgen, Leistungsdruck, Überforderung.

Und dann droht über den Familien wie ein strafender Gott der Leistungsdruck, Überforderung.

Und dann droht über den Familien wie ein strafender Gott der Anspruch, eine „heile“, „intakte“ Familie zu sein. Je härter dieser Anspruch mit der Zerrüttung der Familien durch die Auswirkungen der gesellschaftlichen Widersprüche zusammenstößt, umso schlimmer werden die Familienverhältnisse: Scheidungen und was davor und dabei abläuft, Mißhandlungen, Drogen, Alkohol und Selbstmorde sind Auswirkungen.

Mit dem Anspruch auf Verwirklichung von Glück in der Familie sind die Arbeiterfamilien jahrelang beschäftigt. Erkennen sie eines Tages, daß dieses Ziel nicht erreichbar ist, sind erstens die „schönsten Jahre“ des Lebens vorbei, zweitens die Beteiligten schon gebrochen und in so eingefahrenen „Familien“verhältnissen, daß die Wut darüber den Ehepartner trifft, die Kinder, die den Eltern die Freiheit geraubt haben — aber nicht die Familie an sich, nicht den Staat, die Kirche und all die, die einem die Glückseligkeit eingeredet haben.

Kinderkommission Hamburg

DER GROSSE ABEND FÜR UNSERE KLEINEN
JAHR DES KINDES 1979
GALAEMPFAANG



Schweden:

Gesetz gegen's Kinder-Schlagen

Gewalt gegen Kinder hat Ursachen

Unserer Meinung nach hat so ein Gesetz wenig Sinn und Erfolg, wenn nicht gleichzeitig die Ursachen, die zur Kindesmißhandlung führen, angegangen werden.

Solange 100 000 Kinder kein eigenes Bett haben, solange es tausende von Familien gibt, die mit Kind und Kegel in Lagern leben, solange es kinderfeindliche Neubauwohnungen gibt, solange Eltern unter Arbeitslosigkeit leiden, solange gerade kinderreiche Familien auf engstem Wohnraum zusammenleben, solange kann wohl keiner ernsthaft glauben, daß es nicht immer wieder vorkommen wird, daß Eltern trotz eines solchen Gesetzes genervt sind und ihre Aggressionen an den Kindern abregieren. Solange es solche Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern gibt — egal, ob sie nun Schweden oder BRD heißen — solange wird es immer wieder vorkommen, daß Kinder, als schwächster Teil dieser Gesellschaft, geschlagen werden.

Weder ein Gesetz noch das Eintreten von hohen Steuern hat in Schweden beispielsweise den Alkoholkonsum verringert. Gerade unter Jugendlichen ist der Alkoholverbrauch in den letzten Jahren sogar erheblich gestiegen.

„Erziehung“ zur gesellschaftlichen Aufgabe machen!

Solange die Verantwortung für die Erziehung von Kindern (und damit z.B. auch die Verantwortung für von den Kindern angerichtete Schäden, für ihren Schulbesuch etc.) individuell bei den Eltern liegt und nicht als eine gesellschaftliche Aufgabe begriffen wird, solange wird auch das Problem nicht zu lösen sein, daß Eltern „die Hand ausrutscht“. Wenn es z.B. in einer „Weltstadt“ wie Hamburg nur für 5 % der Schulkinder einen Kindergartenplatz gibt und für nur 30 % der Kleinkinder, wer nimmt da den Eltern die Verantwortung ab, wenn sie berufstätig sind und ihre Kinder auf der Straße spielen?

Wer nimmt Eltern ihre Sorgen und Ängste ab, daß ihr Kind heil durch den Straßenverkehr zur Schule kommt oder auf den trostlosen Kinderspielfeld, der drei Straßen weiter entfernt liegt?

Es ist gerade in Arbeiterfamilien nicht so sehr auf reaktionäre Ideologie zurückzuführen, wenn die Kinder eine Ohrfeige bekommen oder ihnen Prügel angedroht wird, sondern hat materielle Schwierigkeiten als Hintergrund.

Positiv bei dem neuen schwedischen Gesetz scheint nur der Aspekt, daß ein breites öffentliches Bewußtsein über das Problem der Gewalt gegen Kinder geschaffen wird. In Schweden haben Presse, Fernsehen und Rundfunk über dieses Thema und das Gesetz diskutiert. Haben 1965 noch 53 % der schwedischen Eltern die Prügelstrafe als ein geeignetes Erziehungsmittel gesehen (1971 waren es noch 35 %), so haben bei einer Umfrage wenige Tage vor der Abstimmung über dieses Gesetz nur noch 26 % das Schlagen befürwortet.

65 % der Eltern von Kleinkindern behaupteten sogar, daß ihnen niemals „die Hand ausrutscht“. (Nach „Welt“, 30.3.).

Bedenkt man, daß in der BRD 70 % der Eltern das Schlagen von Kindern als ein geeignetes Erziehungsmittel betrachten, so wäre eine breite Diskussion über diese Frage sicherlich wünschenswert. In der BRD will die Humanistische Union ein ähnliches Gesetz vorschlagen.

Kinderkommission Hamburg

Kinderschutzbund fordert Verbot der Prügelstrafe

Ulm (epd) — Ein gesetzliches Verbot der Prügelstrafe fordert der Deutsche Kinderschutzbund. In den 200 Ortsverbänden der Organisation soll dafür eine Unterschriftensammlung veranstaltet werden. Das gab der Präsident des Kinderschutzbundes, Professor Kurt Nitsch (Hannover), beim diesjährigen Kinderschutztag bekannt, der gestern in Ulm zu Ende ging. Erst kürzlich hat der schwedische Reichstag beschlossen, daß vom 1. Juli an Kinder nicht mehr von ihren Eltern geschlagen werden dürfen.

Vom 1. Juli an sollen in Schweden laut Gesetz die Eltern ihre Kinder nicht mehr schlagen oder psychisch mißhandeln dürfen. Beim ersten Lesen dieser Information ging es wohl vielen so, daß man/frau denkt: Eigentlich eine gute Sache für den Schutz von Kindern und für deren Gleichberechtigung!

Es bleibt die Frage, wie dieses Gesetz in der Praxis angewendet werden soll. Darauf antworten die Reformpolitiker: „Eine Züchtigung des eigenen Kindes wird dann zur kriminellen Handlung, wenn sie auch auf eine erwachsene Person angewandt strafbar ist.“ (Nach „Welt“, 20.3.).

Eine Antwort auf die Frage, wie es nun aber konkret mit dem neuen Gesetz laufen soll, gibt es bis heute nicht. Ältere Kinder können sich immerhin an „Bris“ (eine Abkürzung für „Barnens rætt i samhället“ — eine Art Kindernotdienststelle) wenden; wie sieht es aber für jüngere Kinder aus, oder an Orten, wo es solche Stellen nicht gibt?

Können Kinder immerhin noch bei körperlicher Mißhandlung vielleicht ihre blauen Flecken vorweisen, wie sieht es aber bei psychischen Mißhandlungen aus?

Das Märchen von der Kinderkriminalität

Was wir schon vor knapp zwei Jahren im ARBEITERKAMPF festgestellt haben, hat jetzt auch ein Gutachter des Bundesfamilienministeriums herausgekratzt: „Die von den Behörden verbreiteten statistischen Zahlen über eine ständig steigende Kinderkriminalität sind falsch oder unzulässig aufgebauscht“ („Hamburger Abendblatt“, 11.4.79).

Die Studie kommt sogar zu dem Ergebnis, daß es „bis auf geringe Ausnahmereignisse in der Bundesrepublik keine echte Jugendkriminalität“ gebe. Fast 90 % der „Straftaten“ von Jugendlichen und Kindern seien eigentlich gar keine Straftaten: der Schokoladendiebstahl oder das Schwarzfahren mit der U-Bahn bei einem 10jährigen z.B. Im Extremfall, so die Gutachter, taucht sogar eine mit einem Fußball eingeschossene Fensterscheibe unter der Rubrik „Sachbeschädigung“ in der Kriminalstatistik auf.

Der Polizei wird vorgeworfen, sie „verfolge solche Fälle, um einen eigenen Erfolgsnachweis zu erbringen“. Das ist knapp die Hälfte der Wahrheit. Tatsächlich ist es doch so, daß gerade in den letzten Jahren im Zuge des Ausbaus des Polizeistaates Polizisten zunehmend gezielt auf Kinder- und Jugendliche angesetzt werden. (s. die verschiedenen Konzepte von Jugend- und Kinderpolizisten, die in einigen Städten der BRD schon in der Praxis laufen). Tatsache

ist, daß bei mehr und schärferen Fahrkartenkontrollen auch zunehmend Kinder und Jugendliche erwischt werden. Tatsache ist – und das stellt die erwähnte Studie fürs Bundesfamilienministerium sogar fest – daß die Anweisung an Kaufhauspersonal, jeden „Dieb“ anzuzeigen, auch konsequent und mit immer weniger Ausnahmen gegen Kinder angewandt wird. Es geht also bei der „Ergreifung“ von Kindern und Jugendlichen nicht hauptsächlich um den Übereifer einzelner Bullen, sondern darum, daß die Maschen polizeilicher Überwachung enger und breiter ausgelegt werden. Dementsprechend trifft es auch zum übergroßen Teil Kinder aus der Stadt, wo an jeder Ecke ein Polizist zu finden ist. „Eigentumsdelikte von Kindern unter 14 Jahren aus ländlichen Regionen“ werden kaum bekannt.

Das Bundesfamilienministerium hat Konsequenzen aus dem Gutachten angekündigt. Es will sich schwerpunktmäßig den 10% „Rauschgiftvergehen und Bandenkriminalität“ zuwenden. „Diese zehn Prozent müssen wir sehr ernst nehmen. In den anderen 90 Prozent der Fälle genügt es, wenn Schule und Elternhaus das Unrechtsbewußtsein der Kinder stärken“. Dann wäre der Kinder- und Jugendpolizist ja wohl überflüssig. Oder?

Kinderkommission Hamburg



Bundesverfassungsbericht entscheidet: Willkür der Kirche wird nicht angetastet

Die Verfassungsklage von Paul Schulz gegen das Urteil der Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), mit dem ihm sein endgültiges Berufsverbot ausgesprochen ist, hat das BVG in Karlsruhe abgelehnt, weil es sich um eine „rein innerkirchliche Maßnahme“ handele. Aber „Verfassungsbeschwerden könnten nur, wie das Gericht in seiner Begründung erklärt, wegen

Aus Kirche und Gemeinde

Grundrechtsverletzungen durch die „öffentliche Gewalt“ erhoben werden“ („FR“, 14.4.).

Paul Schulz hatte Verfassungsbeschwerde eingelegt, weil das kirchliche Gericht in dem Lehrzuchtverfahren gegen ihn (Spruchkollegium) mit mehreren Vertretern der kirchlichen Behörde besetzt war, die gegen ihn „Anklage erhoben“ hatte. Mit dieser Entscheidung des BVG ist kirchlicher Willkür Tor und Tür geöffnet; die kircheneigene Gerichtsbarkeit braucht jedenfalls nicht der sonst gerühmten Rechtsstaatlichkeit zu entsprechen.

Kurzmeldungen

Hans Otto Wölber – Bischof bei der Jungen Union

Der Hamburger Bischof Wölber – parteipolitisch völlig neutral natürlich – prangte auf Stellschildern in der Hamburger Innenstadt als Starredner für eine Veranstaltung zum Auftakt der Landestagung der Jungen Union am 6.4.79.

Angsichts der Katastrophe in Harburg, der großen Demonstration in Hannover und der Besetzung der Petri-Kirche bezeichnete Wölber „eine gebändigte und kontrollierte Kernenergie“ als „eine der großen Möglichkeiten der Menschheit“ („Hamburger Abendblatt“, 7.4.79).

Er kritisierte an der bisherigen Strategie der Atompolitik, daß zu viel mit Angstmacherei vor ausgehenden Lichtern hantiert und zu wenig „Vertrauensarbeit“ geleistet worden sei. Er empfahl: „In Sachen Sicherheit müssen alle Horizonte ausgeleuchtet und soweit es für Laien möglich ist, alle Karten auf den Tisch gelegt werden“ („HA“, 7.4.), aber nicht weiter. Die Übung, sich ins Vertrauen der Menschen einzuschleichen, um sie desto besser manipulieren zu können, ist für den Klerus an der Tagesordnung – deswegen können die Atompolitiker noch einiges lernen; auf Wölber jedenfalls können sie rechnen.

Auch in der Frage der Schulpolitik war der unpolitische Wölber der JU nahe: Das derzeitige Hamburger Schulsystem sei „indifferent“ und versage, wenn es um „Sinnvermittlung, Lebensversicherung und Wertorientierung“ gehe.

Kirchenkommission

Keine Kinder mehr für „Salem“-Nazis

Westberlin. Die Jugendämter der Stadt schicken ab sofort keine Kinder mehr in die Kinderdörfer der rechtsradikalen „Bruderschaft Salem“. Vier Gründe wurden für diesen Beschluß genannt: In Publikationen der „Bruderschaft“ werde ein rechtsreaktionärer bis faschistischer Ton

angeschlagen; Salem-Gründer Müller habe in den Heimen einen „Arbeitsdienst“ eingerichtet; undurchsichtige Geschäftsführung bei Spendengeldern; zu geringe Ausstattung mit Personal, das zudem häufig wechsele („Tagespiegel“, 2.3.).

Juden und Kirche im 3. Reich

Abendländische Tradition

„Die heiligen Hostien werden in einen Brunnen geworfen, das Wasser vergiftet. Es sterben viele Christen.“ So konnte man noch vor Jahren neben dem Hochaltar einer katholischen

„vollzog“ (Scholder, Die Kirchen und das 3. Reich, S. 146).

Ausdruck der völkischen Religiosität ist das „Deutschgläubige Bekenntnis“ (Confessio Germanica, 1933), daß in seiner Schreibweise von Christus „Le. Christus“ die jüdische Identität

herstellung des Berufsbeamtentums“ (7.4.33) erlassen wurde. Denn es bedrohte kirchliche Amtsträger. Allein dagegen richtete sich der Protest, nicht gegen die Nazi-Gesetzgebung im allgemeinen.

Westberlin. Die Jugendämter der Stadt schicken ab sofort keine Kinder mehr in die Kinderdörfer der rechtsradikalen „Bruderschaft Salem“. Vier Gründe wurden für diesen Beschluß genannt: In Publikationen der „Bruderschaft“ werde ein rechtsreaktionärer bis faschistischer Ton

angeschlagen; Salem-Gründer Müller habe in den Heimen einen „Arbeitsdienst“ eingerichtet; undurchsichtige Geschäftsführung bei Spendengeldern; zu geringe Ausstattung mit Personal, das zudem häufig wechsele („Tagespiegel“, 2.3.).

Juden und Kirche im 3. Reich

Abendländische Tradition

„Die heiligen Hostien werden in einen Brunnen geworfen, das Wasser vergiftet. Es sterben viele Christen.“ So konnte man noch vor Jahren neben dem Hochaltar einer katholischen Grabkirche in Deggendorf/Bayern unter den Gemälden zu einer antisemitischen Hetzlegende aus dem Jahre 1337 lesen. Immer wieder wurden im Mittelalter haltlose Beschuldigungen gegen die Juden erhoben (Einschleppung der Pest, Hostien-schändung, Einschmuggeln von Aussätzigen, Ritualmorde an Kindern), und immer wieder wurde das „christliche“ Kirchenvolk von seinen Priestern zu antijüdischen Pogromen aufgehetzt. „Juden werden vertrieben oder von Christen erschlagen, mit dem Vorsatze, daß fernerhin die Stadt von ihnen befreit soll bleiben.“ So heißt es dann folgerichtig unter dem Gemälde, das farbenprächtig die „Deggendorfsche Endlösung“ von 1337 glorifiziert. („Stern“, 24.2.77). Abgehängt wurden diese Gemälde nicht 1945, sondern nach Protesten erst 1968.

Das nur als kurzer Hinweis auf den tief verwurzelten Antisemitismus in den „christlichen“ Kirchen (weitere kirchengeschichtliche Einzelheiten s. Art. „EKD – Erklärung verschweigt kirchlichen Antisemitismus“ im AK-Extra zum 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht“). Der systematische Antisemitismus im 3. Reich ist letztlich nur der Gipfel des traditionellen Antijudaismus des von den „christlichen“ Kirchen entscheidend mitgeprägten gesamten Abendlandes. Im folgenden soll insbesondere an prominenten Stationen der NS-Politik auf das Verhalten der Kirchen zum nationalsozialistischen Antisemitismus eingegangen werden.

Völkisches Vorspiel in Weimar

Die ideologische Entwicklung der Weimarer Republik ist besonders seit Mitte der 20er Jahre durch den zunehmenden Einfluß der völkischen Weltanschauung in allen gesellschaftlichen Bereichen gekennzeichnet. Diese Ideologie hielt weniger in der katholischen, dafür besonders in der evangelischen Kirche Einzug. Grundidee des völkischen Nationalismus ist die Vorstellung vom deutschen Volk als gottgegebener Ordnung; seine Erhaltung galt als gottgewollte Aufgabe.

Dieser Ansatz, der schon in den Jahren vor 1933 mehrheitlich „evangelische“ Überzeugung war, bestimmte den Ort der Kirche eindeutig innerhalb der antisemitischen Bewegung. Viele Kirchenführer betrachteten es als ihre besondere kirchliche Mitverantwortung, dafür Sorge zu tragen, daß der Antisemitismus sich „nicht in emotionalem Haß, sondern in geordneten rechtlichen Bahnen

„vollzog“ (Scholder, Die Kirchen und das 3. Reich, S. 146).

Ausdruck der völkischen Religiosität ist das „Deutschgläubige Bekenntnis“ (Confessio Germanica, 1933), daß in seiner Schreibweise von Christus als „Kristus“ die jüdische Identität Jesu von Nazareth zu leugnen versuchte: „Ich glaube an den Gott der Deutschreligion, der in der Natur, im hohen Menschengestalt und in der Kraft seines Volkes wirkt. Und an den Nothelfer Krist, der um die Edelkeit der Menschenseele kämpft. Und an Deutschland, das Bildungsland der neuen Menschheit.“

Kirche deckt antisemitische Prognome

Zum 1.4.1933 hatte die NSDAP mit übelster Pogromhetze zum Boykott jüdischer Warenhäuser aufgerufen. Aus den Kirchen regte sich kein Protest.

Umgekehrt: in der Woche vor dem Boykott, also als die öffentliche antisemitische Hetze einen ersten Höhepunkt in Deutschland erklomm, arbeiteten offizielle Vertreter der evangelischen Kirchen an einer Beschwichtigung des ausländischen Protestes. Das Exekutivkomitee des „Federal Council of Churches in America“ hatte am 24.3.33 eine Stellungnahme gegen die Judenhetze in Deutschland verabschiedet. In ihr wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, „daß unsere Brüder in den Kirchen jenes großen Landes den gegenwärtigen Antisemitismus innerhalb ihrer Grenzen zurückweisen und bekämpfen werden.“ Die deutsche Kirchenspitze reagierte prompt und entschieden. In einem Protesttelegramm an den amerikanischen Kirchenbund verwahrte man sich gegen „eine Irreführung der öffentlichen Meinung durch irrtümliche Greuelpropaganda.“ Einen Tag später (26.3.33) folgte ein weiteres Telegramm an drei international wichtige kirchliche Adressen in Amerika: „Wir dringend, übertrieben und erdichteten Berichten über Terror in Deutschland glauben zu schenken.“ Allem Anschein nach waren diese Gegenreaktionen geplant, denn am 26. März fragte Bischof Otto Dibelius in seiner regelmäßigen Sonntagskolumne im Berliner „Tag“, wie komme ein anglikanischer Bischof in Amerika eigentlich dazu, „sich zum Schützer des Judentums in Deutschland aufzuwerfen?“ (s. Scholder, S.333).

Für und gegen den Arierparagraphen in der Kirche

Wurde der Boykott jüdischer Geschäfte bis auf wenige Proteststimmen (Bonhoeffer) wie selbstverständlich hingenommen und offiziell gedeckt, so regte sich doch Widerstand, als das „Gesetz zur Wieder-

herstellung des Berufsbeamtentums“ (7.4.33) erlassen wurde. Denn es bedrohte kirchliche Amtsträger. Allein dagegen richtete sich der Protest, nicht gegen die Nazi-Gesetzgebung im allgemeinen.

Die spontan sich zusammenschließenden Pfarrbruderschaften und Notbünde (Zentrum Kirchengemeinde Berlin-Dahlem mit Pastor Niemöller) verpflichteten sich darauf, „daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“ Der Widerstand war aber keineswegs einheitlich, die Meinungen waren geteilt.

Die preußische Synode z.B. beriet das Gesetz am 4./5. Sept. 1933. Die Gruppe „Evangelium und Kirche“ (Kern der späteren Bekenntnenden Kirche) verließ den Sitzungssaal nach erfolglosem Protest. Danach wurde das Gesetz angenommen. Es gab eine Reihe von öffentlichen Zustimmung, z.B. der sächsische Landesbischof Koch: „Dieses Gesetz schafft eine Atmosphäre des Vertrauens zwischen Kirche und Staat. Zur Rechtsgrundlage des neuen Staatsbeamtenrechts gehört die Zugehörigkeit zur arischen Rasse. Diese Zugehörigkeit zur arischen Rasse muß demzufolge auch in das kirchliche Beamtenrecht aufgenommen werden.“ (in: Der ungekündigte Bund, S.195). Der innerkirchliche Kampf für und gegen die Übernahme des Arierparagraphen spiegelt sich wider in den wiederholten Erlassen (6.9.33/4.1.34) und Außerkraftsetzungen des Gesetzes 16.11.33/13.4.34 bis zu seiner schließlichen Beschlussfassung (13.4.34).

Daß es dazu gekommen war, ist nicht verwunderlich. Denn das von der obersten Berliner Kirchenbehörde eingeholte Gutachten zum Judenproblem (April 33) unterschied zwischen Staat und Kirche und stellte von daher die Forderung an den Staat, zwischen Juden und Judenchristen zu unterscheiden. Die Kirche ihrerseits werde zum Christentum konvertierende Juden einer besonders gewissenhaften Prüfung unterziehen. Solch eine saubere gesetzliche Lösung biete die Gewähr dafür, „daß die Ausschaltung der Juden als Fremdkörper im Volksleben sich nicht in einer dem christlichen Ethos widersprechenden Weise“ vollziehe (Scholder, S.349). Und wohl auch, weil der Antisemitismus geordnete rechtliche Bahnen anzunehmen versprach, wandte sich Bischof Dibelius (26.3.) gegen den Protest der amerikanischen Kirchen mit dem „Argument“, die deutschen Kirchen intervenierten ja auch nicht in der Negerfrage.

(Fortsetzung folgt)
Die Kirchenkommission

Schleswig-Holstein: Geschlossene Heimunterbringung längst erweitert

Was im neuen Jugendhilfegesetz festgeschrieben werden soll, ist im CDU-regierten Schleswig-Holstein längst Praxis: die Weichen zum Ausbau der geschlossenen Heimerziehung sind längst gestellt worden. Entgegen offizieller Meinungsmache, die angeblich beabsichtige Stärkung sogenannter „Vorfeldarbeit“ solle die Heimunterbringung „auf das Notwendigste beschränken“ (1) oder etwa Heimerziehung solle künftig „der letzte Ausweg“ bleiben (2), wird die Daumenschraube der Heimerziehung in Schleswig-Holstein längst kräftig zugedreht.

„SELBST IN ZEITEN HÄRTESTER KRITIK ...“

„Nachdem in der Bundesrepublik Deutschland in den 60er Jahren heftige öffentliche Kritik zur Aufgabe vieler geschlossener Einrichtungen geführt hatte, gewinnt inzwischen die Überzeugung wieder an Boden, daß es notwendig ist, bestimmte (?) Minderjährige in Heimen geschlossen unterzubringen (...): Viele Heime sind ebenfalls von dieser Tendenzwende erfaßt worden und sind nunmehr bereit, wenigstens (!) eine einzelne Gruppe geschlossen oder teilgeschlossen zu führen. So wird auch in Schleswig-Holstein, insbesondere beim Diakonischen Werk, diese Frage zur Zeit intensiv geprüft.“

Die Entwicklung bestätigt die Politik des Landes, das an der geschlossenen Heimerziehung selbst in Zeiten härtester Kritik festgehalten hat. Ihren sichtbaren Ausdruck findet diese Politik u.a. in dem Neubau der „Sonderpädagogischen Abteilung“ im Landesjugendheim Schleswig, die im Jahr 1979 in Betrieb genommen(!) werden soll. Hier werden dann 60 Plätze für geschlossene Unterbringung zur Verfügung stehen, so daß künftig auch die Aufgaben nach §§71, 72 JGG aus dem Justizbereich wahrgenommen werden können.“ (3)

Diese wahrlich offenen Worte stammen ausgerechnet aus dem

Munde des Leiters der schleswig-holsteinischen Heimaufsichtsbehörde, Rolf Gallinat. Das läßt gewiß noch so manches erahnen...

Nicht zuletzt wurde dieses Gesetz geändert, damit sich die Landesjugendheime auch ordentlich rentieren. Gallinat sagt das etwas vornehmer: die Landesjugendheime seien „infolge der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters nicht mehr ausgelastet“ gewesen. (4)

Der Ausbau der geschlossenen Heimunterbringung ist mit einem Propaganda-Angriff auf alle Kritiker der Heimerziehung verbunden. Dazu wieder Gallinat: „Häufig wird mir berichtet, junge Sozialpädagogen, die nach Abschluß ihrer Ausbildung in die Praxis gehen, lehnten die Heimerziehung generell als ungeeignete Hilfsmaßnahme ab. Dies wird damit zusammenhängen, daß viele Hochschullehrer und die Massenmedien immer noch (!) starke Kritik an der Heimerziehung üben und einfach nicht zur Kenntnis genommen haben, welche Erziehungserfolge (?) in vielen Fällen (??) in Heimen erreicht worden sind. Zum Teil beziehen sie sich in ihrer Kritik auf längst überwundene Verhältnisse und sehen darüber hinweg, daß die Heimerziehung in den letzten Jahren erheblich verbessert werden konnte.“ (5)

Wenn das keine glatte Aufsichtspflichtverletzung dieser Behörde ist? Es dürfte doch ein leichtes sein nachzuweisen, daß die Mißstände in den Heimen eher zu als abnehmen.

Ein Kieler Genosse

Quellennachweise:

- (1) CDU-Landesregierung nach „Kieler Nachrichten“, 6.7.78
- (2) CDU-Regierungsbeauftragter Otto Bernhard, nach „Kieler Nachrichten“ vom 30.1.79
- (3) Schriftenreihe der Landesregierung SH: „Vorfeld der Heimerziehung“; Dokumentation über eine Fachtagung in Rendsburg am 3.11.78
- (4) ebenda
- (5) ebenda



Hessen

Nachdem Schönborn-Anhänger am 26.3. in Offenbach auf einer ANE-Veranstaltung mit Gaspistolen auf Antifaschisten geschossen hatten (vgl. AK 151), konnten an den zwei folgenden Tagen ANE-Veranstaltungen in Nachbarorten verhindert werden.

Am 27.3. in Dudenhofen und am 28.3. in Seligenstadt traten jeweils ca. 200 Antifaschisten gegen die Nazis auf. Emil Dilger – Boß der Nazibande in Rodgau/Niederroden – mußte mit wenigen Getreuen den von ihm organisierten Raum in Dudenhofen räumen; in Seligenstadt traute er sich gar nicht erst zu beginnen. Schönborn – als Hauptredner der Abende vorgesehen – wurde mit den anderen Nazis unter die Obhut der Polizei genommen. U.a. war darunter auch Stefan Wagner, der wie Dilger auf der ANE-Europawahlliste kandidiert.

Die Obhut der Polizei genommen. U.a. war darunter auch Stefan Wagner, der wie Dilger auf der ANE-Europawahlliste kandidiert.

Brüggen/Mönchen-Gladbach

300-400 Antifaschisten protestierten am 31.3. in Brüggen gegen den dortigen Landesparteitag der nordrhein-westfälischen NPD. Auf einer Kundgebung sprachen Vertreter der Jungdemokraten, der Gewerkschaft HBV, der VVN und der holländischen PvdA (Sozialdemokraten).

Von der Polizei wurde die NPD-Zusammenrottung massiv – mit Stacheldrahtverhau und mehreren Hundertschaften – abgeriegelt.

Bereits am Vormittag des gleichen Tages waren antifaschistische Demonstranten gegen Kundgebungen der NPD in Viersen und Mönchengladbach aufgetreten. In Viersen, wo der Chef des Kamener JN-Landeszentrums „Gut Barenbräcker“ – Karl-Heinz Harting – mit seiner Bande antrat, protestierten etwa 60 Antifaschisten.

Bad Scharzfeld/Harz

Der „Antifaschistische Arbeitskreis Bad Lauterberg im Harz“ trat mit einer Presseerklärung Ende März an die Öffentlichkeit, da Pfingsten in Scharzfeld/Harz eine Nazi-Versammlung stattfinden soll. Bereits im letzten Jahr versammelten sich (schon das zweite Mal) im Scharzfelder Gemeindehaus Nazis aus dem In- und Ausland, darunter war auch die „Hansa“-Bande. Damals wie heute verharmlost und begünstigt die CDU das Nazi-Meeting, obwohl es 1978 sogar Gegenstand einer Polizeirazzia war.

„Der Antifaschistische Arbeitskreis Bad-Lauterberg fordert das Verbot von Nazi-Veranstaltungen jeder Art. Er fordert insbesondere die Verantwortlichen in Scharzfeld und der Stadt Herzberg auf, alles zu unternehmen, um ein erneutes Pfingsttreffen von Neonazis in Scharzfeld zu verhindern“ (aus der Presseerklärung).

Köln

In Köln stellte sich auf einer Pressekonferenz am 5. April die „Initiative für ein Dokumentationszentrum El-De-Haus“ der Öffentlichkeit vor. Die Initiative hat das Ziel, die im sogenannten El-De-Haus gelegenen ehemaligen GeStaPo-Zellen mitsamt ihren von den Gefangenen stammenden Wandinschriften zu erhalten. In ihrer Presseerklärung betont die Initiative, daß es sich bei den Inschriften um unschätzbare Dokumente über den Nationalsozialismus handelt. Zum

Teil wurden sie bereits durch „Renovierungsarbeiten“ zerstört! Darüber hinaus fordert die Initiative die Errichtung einer Gedenkstätte und eines Dokumentationszentrums über den antifaschistischen Widerstand in Köln.

Die Presseerklärung betont die besondere Bedeutung des GeStaPo-Gefängnisses in Köln: 1940 war Kurt Lischka Chef der GeStaPo Köln. Von dort nach Paris versetzt, war er mitverantwortlich für die Ausrottung der französischen Juden. Obwohl er in Frankreich zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt ist, wurde ihm in der BRD bis heute nicht der Prozeß gemacht.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs der Initiative gehören unter anderem Ulrich Kluge, ehemaliger Justizsenator von Hamburg, und Jens Hagen, Vorsitzender des Verbandes der Schriftsteller (VS).

Österreich

Hagen, Vorsitzender des Verbandes der Schriftsteller (VS).

Österreich

Die „NSDAP/AO“ in den USA hatte alte und neue Nazis in den USA und Europa aufgerufen, „Hitlers 90. Geburtstag“ am 20.4.79 vor dessen Geburtshaus in Braunau am Inn „mit einer machtvollen Demonstration zu feiern“. Die Teilnehmer wurden angewiesen, „unauffällig in Österreich einzutreten und Uniformen, Hakenkreuzfahnen und Armbinden zu verstecken“ („SZ“, 21.4.79).

Etwa 200 Antifaschisten erschienen mit roten Fahnen und Spruchbändern „Nazis raus!“ und „Nie wieder Faschismus!“, um diesen Spuk zu verhindern. Die Neonazis bezogen ihre verdienten Prügel. Die Polizei nahm zehn Mitglieder der neonazistischen österreichischen „Aktion Neue Rechte“ fest; am späten Abend wurden sie – nach „guter“ westdeutscher Manier – wieder auf freien Fuß gesetzt.

Hannover

Aus Anlaß des Jahrestages der Erschießung von 154 sowjetischen Kriegsgefangenen auf dem Seelhorster Friedhof durch die GeStaPo hatte die IGM-Jugend Hannovers zu einem Schweigemarsch aufgerufen. Ca. 700 Kolleg/inn/en zogen durch die Innenstadt mit Transparenten: „Verbot jeglicher Nazi-Propaganda“, „Naziverbrechen dürfen niemals verjähren“, „Nie wieder Faschismus, wehret den Anfängen“, „Gewerkschafter gegen reaktionäre Entwicklungen“. Bei der Gedenkfeier sprach u.a. IGM-Vorstandsmitglied H. Klaus: Die jüngsten Freisprüche in NS-Prozessen seien „unerträglich und eine Verhöhnung Millionen Ermordeter“; außerdem verurteilte er die „offenkundige Zurückhaltung von Polizei und kommunalen Behörden gegenüber Rechtsextremisten sowie die Haltung der Justiz“.



IGM-Jugend demonstriert in Hannover

NPD-Funktionär läuft Amok

„Der als Waffennarr bekannte“ Georg Maier (Abendzeitung/München, 10.4.79), der „überhaupt nicht als gewalttätig bekannt“ war (Münchner Merkur, 10.4.79), lieferte der Polizei am 9.4.79 in Landau an der Isar ein erbittertes Feuergefecht.

Der 24-jährige Maier, Ortsvorsitzender der NPD und Kreisvorsitzender der JN in Niederbayern, wollte seine in Scheidung lebende Frau nicht mehr in die Wohnung lassen. Der alarmierten Polizei trat er mit einem Kleinkalibergewehr und einem 45er Trommelrevolver entgegen und schoß aus allen Rohren – mit der letzten Patrone sich selbst in den Kopf.

Mit einem Wehrmachtshelm auf dem Kopf und Hakenkreuzfahne, Hitlerbild und SS-Ruhnen an den Wänden wurde Maier gefunden. Für einen NPD-Nazi die rechte Stimulanz. Szenerie! Zur Nachahmung empfohlen!

Schönborns Schlägertruppe provoziert weiter

Ca. 10 Anhänger des Altnazi Schönborn (KDS, ANE) und Mitglieder der JN – mit Ketten und Knütteln bewaffnet – drohten am 29.3., eine Fete an der Frankfurter Ernst-Reuter Gesamtschule auseinanderzuschlagen. Nur der Umzug in einen kirchlichen Raum bewahrte die Schüler vor Übergriffen.

Nazis im Knast: Hitler-Bild in der Zelle

Neulich schrieb uns (Darmstädter Genossen - Anm.AK) R.U. aus der Dieburger Strafvollzugsanstalt einen Brief. Beigefügt war dem Brief ein Schreiben von zwei im Knast in-

haftierten Nazis – mit der Überschrift: „Holocaust – eine infame Lüge“.

Ein Auszug aus dem Schreiben: „Am 22. Januar beginnt das Deutsche Fernsehen in allen dritten Programmen mit der Verarbeitung des Hollywood-Horror-Schinkens ‚Holocaust‘. Auch wir haben ab 23. Januar Gelegenheit, dieses abartig-grauenregende Machwerk Gerald Greens über Videoaufzeichnung am Bildschirm zu erleben. Zweck dieses ‚Films‘ kann es nur sein, Deutschland, insbesondere die Bundesrepublik, weltweit in den Schmutz zu ziehen“.

Daraufhin besuchten wir R. im Knast und erfuhren, daß er dieses Schreiben zu Holocaust am Schwarzen Brett im Knast entdeckt hatte. Die beiden Nazis (einer ist JN-Mitglied) aus Darmstadt und Frankfurt können im Dieburger Knast nicht nur ohne weiteres solche Hetzpamphlete öffentlich aufhängen, sondern dürfen ihre Zelle auch mit Bildern von Hitler und Goebbels schmücken!

Nazi-Bandit beim DKEG

Sorgsam pflegt es einen „seriösen“ Anstrich: das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“, seit Jahrzehnten ein „kulturell“ abgetarntes Sammelbecken alter und neuer Nazis. Unterstützt wird es dabei vom bayerischen Staat: Ein „DKEG“-Vorstandsmitglied, Stempel, darf immer noch Richter an einem der höchsten bayerischen Gerichte sein!

Dieser Stempel hatte sich für die am 23.-26. März in Lüneburg stattgefundenen 23. Kulturtage des „DKEG“ was ganz besonderes ausgedacht: Neben ihm und anderen durfte dort ein aktunkundiger Nazi-Terrorist die „deutsche Kultur pflegen“: Ralf Ollmann: Zusammen mit Willi Wegener und einem gewissen

Neumann hatte Ollmann vor Jahren den linken Göttinger Buchladen „polibula“ in Brand gesteckt, den Jüdischen Friedhof in Göttingen geschändet und Maschinenpistolen geklaut, die sie „im Fall eines kommunistischen Aufstandes an Gleichgesinnte abgeben“ wollten. Ollmann und Wegener wurden 1974 gefaßt, Neumann setzte sich als Söldnerführer nach Südafrika ab. Der Prozeß fand erst Ende 1976 statt, weil Wegener seine bald erfolgte Haftverschonung zu einem zweijährigen Untertan in Hamburg benutzte. Ergebnis: Wegener erhielt 39 Monate Gefängnis, Ollmann 21 Monate auf drei Jahre Bewährung. Das Gericht nahm ihm seine Erklärung ab, er sehe das Verwerfliche seines Tuns ein! („FR“, 11.11.76) Wie das bei Ollmann aussieht, konnte man schon in „Konkret“ 4/77 nachlesen: Ollmann hat sofort nach Urteilsverkündung in Westberlin die „NSDAP“ mit aufgebaut.

Ollmann ist in Lüneburg beim DKEG offensichtlich als Vertreter des „Bund Heimattreuer Jugend“ aufgetreten, dessen Heim in Westberlin schon des öfteren für „NSDAP“-Veranstaltungen benutzt wurde.

Interessant dürfte es werden, wie die bayerische Staatsregierung auf die Anfrage des SPD-Abgeordneten Klaus Wernecke antworten will: „Welche Schritte wird die bayerische Staatsregierung in dienstrechtlicher Hinsicht angesichts dieses Zusammenspiels eines der höchsten bayerischen Richter mit einem neonazistischen Kriminellen ergreifen, insbesondere angesichts der Tatsache, daß das DKEG den Friedhofsschänder Ollmann als ersten Redner am ‚Tag der Jugend‘ innerhalb der ‚Kulturtage‘ sprechen ließ?“ („PDI“, 15.4.79)

Demonstration gegen die

Demonstration gegen die Harting-Bande am 12. Mai!

Demonstration gegen die Harting-Bande

am 12.5.
in Kamen

Treffpunkt:
12.5., 11 Uhr
Kundgebung
auf dem
Kamener Marktplatz
Anschließend
Demonstration



ches Spektrum antifaschistischer Kräfte: Neben weiteren Antifa-Arbeitskreisen, die bis dahin noch nicht auf der LK vertreten waren, u.a. auch das Bochumer SB, DKP Bochum sowie Vertreter zweier Falken-Unterbezirke. Die Anwesenden einigten sich darauf, einen vom Vorbereitungsausschuß der LK erarbeiteten Entwurf für einen Demonstrationsaufruf bis zum nächsten Treffen zu diskutieren.

Am 22. April kam man dann zu einem weiteren Treffen in Dortmund zusammen, wo Demo-Aufruf und Termin endgültig verabschiedet wurden. Die Aktion wird nun von ca. 15 Antifa-Arbeitskreisen aus NRW getragen, unterstützt von politischen Organisationen wie den „Falken“, KB u.a. Die VVN hat sich – obwohl bereits mehrfach angesprochen – bislang leider zu keiner offiziellen Stellungnahme durchbringen können. Erwähnt werden muß auch das Verhalten einiger Kamener DGB- und GEW-Funktionäre, die, nachdem sich ihrerseits angekündigte antifaschistische Aktionen immer wieder als Seifenblasen erwiesen, nun mit allen Mitteln versuchen, die Aktion der LK zu diskreditieren. Daß sie damit bei der eigenen Basis auf Widerstand stoßen werden, darf allerdings als sicher gelten.

Die Harting-Bande provoziert weiter

Zwischenzeitlich sind die Neonazis um den Kamener NPD-Bezirksbeauftragten Karl-Heinz Harting wieder in Erscheinung getreten. In offenkundigem und von ihnen selbst bestätigtem Zusammenhang mit „Führers Geburtstag“ meldeten sie für den Zeitraum vom 18.-21. April fünf „Kundgebungen“ im Raum Unna/

Kamen an. Die zuständigen Behörden erteilten den Neonazis diesmal jedoch keine Genehmigungen – sicherlich nicht zuletzt aufgrund der schweren Vorfälle vom 4.11. des vergangenen Jahres, als die Bande vom „Gut Barenbräcker“ unter dem Schutz der Polizei bewaffnete Überfälle auf protestierende Antifaschisten unternahm (die Polizei hatte damals gegen die Antifaschisten kräftig mitgeprügelt – ein Vorgang, der bundesweite Publizität fand).

Trotz der ergangenen Verbote trat die Bande zu einzelnen Provokationen an:

+ Am 18. April tauchten 10 schwarzgekleidete Faschisten mit JN-Fahne und Flugblättern zur „Verjüngung“ in der Kamener Fußgängerzone auf („WAZ“, 19.4.79).

+ Am Nachmittag des gleichen Tages stürten 12 flugblattverteilende Neonazis der Harting-Bande eine SPD-Veranstaltung zum Thema „Faschismus-Neofaschismus“ auf dem Alten Markt in Unna. Dabei wurden u.a. zwei Fotografen von den Neonazis tätlich angegriffen (ebda.).

+ Am folgenden Tag versuchten etwa 20 Bandenmitglieder eine „Demonstration“ in Unna durchzuführen, womit sie sich eine Anzeige der Polizei einhandelten.

+ Am 21. April hielten die Nazis schließlich in Dortmund eine Kundgebung ab, wohin sie wohl aufgrund der Verbote ausgewichen waren.

Auf „Gut Barenbräcker“ waren also wiederum mehrere Tage lang aus ganz NRW zusammengezogene Neonazis untergebracht, was die Bedeutung dieser Einrichtung neuerlich unterstreicht.

Antifa-Kommission NRW

Kein NPD-Parteitag in Tuttlingen!

Am 6. Mai will die NPD ihren baden-württembergischen Landesparteitag in der Tuttlinger Festhalle durchführen. Der Vorsitzende der faschistischen Mörderbande MHP – „Graue Wölfe“ kommt ausgerechnet am 5. Mai aus der Türkei in die BRD – wie türkische Kollegen mitteilten, um möglicherweise auf dem NPD-Parteitag zu sprechen.

Nachdem die NPD schon bei ihren letzten Parteitagen in Villingen, Waseralfingen und Mannheim auf entschlossenen Widerstand gestoßen war, soll sie auch diesmal eine gebührende Antwort auf ihrer Provokation erhalten:

Am 8.4. trafen sich Antifaschistische Arbeitskreise aus Tuttlingen (AFAK), Tübingen, Sindelfingen/Böblingen, Balingen, Aalen, Villingen, Stuttgart, Pforzheim, Freiburg, Gammertingen/Sigmaringen und Schwäbisch Gmünd; außerdem Vertreter von KABD, „KPD“ und KB sowie Vertreter der türkischen Arbeiter bzw. Studenten-Föderation. Es wurde ein Aufruf zur Verhinderung des Parteitages beschlossen. Am 6. Mai soll morgens ab 9 Uhr vor der Festhalle eine antifaschistische Kundgebung stattfinden. Außerdem soll verhindert werden, daß die Nazis ihre im Anschluß an den Parteitag (Ende gegen 16.30 Uhr) geplante Kundgebung und Demonstration durchführen können.

Die aus den anderen Städten anreisenden Antifaschisten sollten möglichst schon am Samstag in Tuttlingen eintreffen. Vormittags wird nochmals Stadttagung gemacht; am Abend findet ein großes antifaschistisches Kulturfest statt. Als Raum dafür wurde die Festhalle beantragt.

Man wird sehen, ob die Stadt den Antifaschisten verweigert, was sie den Nazis gewährt.

Sehr schön ist, daß die türkischen Kollegen von ATÖF/ATIF sich an der Mobilisierung landesweit, bzw. falls der MHP-Führer Türkesch bei der NPD-Provokation auftreten sollte, auch bundesweit beteiligen wollten.

Bürgerliche Parteien, DGB, VVN

Es kann nur als schlechter Witz verstanden werden, daß ausgerechnet die Stadtratsparteien am 6. Mai vormittags eine Kundgebung mit Kranzniederlegung inszenieren wollen, nachdem sie durch die Überlassung der Festhalle der NPD ihre Provokation überhaupt erst ermöglicht haben.

Der DGB hat eine Zusammenarbeit mit den Antifaschistischen Arbeitskreisen (in denen im übrigen auch eine ganze Reihe von aktiven Gewerkschaftern mitarbeiten) strikt abgelehnt und beteiligt sich stattdessen an der Kranzniederlegung der bürgerlichen Parteien. Ausserdem veranstaltet er in der Woche vor dem Parteitag eine antifaschistische Film- und Veranstaltungsreihe.

Die VVN mobilisiert landesweit für die Kranzniederlegung der bürgerlichen Parteien und will im Anschluß daran eine eigene Demonstration durchführen. Der AFAK Tuttlingen will an die VVN herantreten mit der Aufforderung, die Demonstration gemeinsam und gleichberechtigt zu organisieren. Für den Fall, daß die VVN dazu nicht bereit ist, bereitet der AFAK eine eigene Demonstration vor.

Die Diskussion auf dem Vorbereitungstreffen

Bei der Diskussion um eine gemeinsame Plattform der AFAKs gab es eine längere Auseinandersetzung, die damit endete, daß die Forderung: „Verbot der NPD und aller anderen in- und ausländischen Faschisten-Organisationen!“ mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde. In dieser Diskussion taten sich insbesondere Genossen des KABD hervor, mit der zumindest doch sehr sonderbaren Argumentation, die Forderung an den bürgerlichen Staat nach einem Verbot schaffe nur Illusionen. Auch eine zweite (scheinbare...) Selbstverständlichkeit rief längere Diskussionen und leider mehrheitliche Ablehnung hervor: Die türkischen Kollegen hätten sich für Agitations- und Propagandafreiheit während der Aktionen eingesetzt. Auch hier waren es insbesondere Genossen des KABD, die teils sehr scharf gegen dieses – bei anderen antifaschistischen oder sonstigen Aktionseinheiten selbstverständliche – demokratische Recht polemisierten: Wenn bei der Demonstration verschiedene Zeitungen und Flugblätter angeboten würden, wenn auch Parolen oder Sprechchöre auf der Demo getragen oder gerufen würden, die über den vereinheitlichten Konsens hinausgingen, dann würde das „die Tuttlinger Bevölkerung“ nur „verwirren“ oder „abschrecken“. Außerdem widerspreche Agitationsfreiheit „dem Prinzip der Aktionseinheit“!

Antifa-Kommission Baden-Württemberg

„Wehrbericht“ über die Bundeswehr 1978. Über Neonazi-Umtriebe weiß der ganze Bericht nichts Konkretes zu berichten, wohl aber, daß 7 Prozent „rechtsextremistischen“ sage und schreibe 84 Prozent „linksextremistische Umtriebe“ gegenüberstünden!

• Anfang April berichtete der SPD-Staatssekretär im Bundeswehr-

„Wehrbericht“ über die Bundeswehr 1978. Über Neonazi-Umtriebe weiß der ganze Bericht nichts Konkretes zu berichten, wohl aber, daß 7 Prozent „rechtsextremistischen“ sage und schreibe 84 Prozent „linksextremistische Umtriebe“ gegenüberstünden!

• Anfang April berichtete der SPD-

Staatssekretär im Bundeswehr-Ministerium, v. Bülow, daß im letzten Jahr die „National-Zeitung“ des Dr. Frey auf Bundeswehrgelände (Fliegerhorst Kaufbeuren) verkauft wurde und daß „der Verteidigungsminister kein Verkaufsverbot aussprechen“ könne! („SZ“, 11.4.79).

• Am gleichen Tag, an dem Apel

sich durchrang, gegen Lindner „ver-

mitteln“ zu lassen, versicherte er an

der Hamburger Bundeswehrhochschule,

„extreme Einzelercheinungen“

müßten halt hingenommen werden;

überhaupt gebe es höchstens einen

„nachweisbar geringen“ Rechtsextremismus

in der Bundeswehr („FR“, 10.4.79).

Apel: „Wir werden damit fertig.“ Solche Vorfälle wie die Juden-

verbrenn-Spiele von Offizierschülern

an der Bundeswehrhochschule München

waren für Apel nur „Rüpe-

leien“. Das Auftreten von Neonazis

wie dem jetzigen „Hansa“-Banden-

Chef Kühnen an der Bundeswehr-

hochschule Hamburg; die dort erst

vor kurzem festgestellte Sympathie

von nicht weniger als rund 10 Prozent

der Offizierschüler für den Rechtsra-

dikalismus; die Ausbildung von

faschistischen Offizieren, z.B. aus

Chile, durch die Bundeswehr usw.

– all das ließ Apel völlig unter den

Tisch fallen.

Die CDU war unverfroren genug,

den Fall Lindner für sich ausschlat-

ten zu wollen. Die CDU-Kritik an

Apel kam ausgerechnet vom Vor-

sitzenden des innen- und rechtspoli-

tischen Arbeitskreises der CDU,

Benno Erhard, der vor kurzem erst

ein juristisches Gutachten vorgelegt

hat, mit dem die CDU/CSU-Forde-

rung nach Verjährung von

Nazi-Verbrechen begründet wurde.

Dieses Erhard-Papier war offenbar so

passend, daß die „National-Zeitung“

es vollständig abdruckte. Erhard stör-

te sich auch gar nicht so sehr an dem

NPD-Aktivismus Lindner in der Bun-

deswehr, sondern ergriff die Gelegen-

heit, der SPD wieder einmal Zusam-

menarbeit mit Kommunisten vorzu-

werfen und die verstärkte Anwendung

von Berufsverboten gegen Linke zu

fordern. Erhard: Apels Haltung laufe

auf „die direkte und uneingeschränkte

Übernahme des zentralen Arguments

der kommunistisch gelenkten Berufs-

verbots-Kampagne hinaus, daß die

Betätigung für eine nicht verbotene

Partei jedem öffentlichen Bediensteten

erlaubt sein müsse. „Eine Prüfung

vor der Einstellung in den Öffentli-

chen Dienst ist praktisch abgeschafft,

und wer erst einmal drin ist, der kann

so extremistisch sein, wie er will“

(„FAZ“, 11.4.79). Womit der CDU-

Mann zweifellos recht hat – was

Lindner und sonstige Neonazis an-

geht...

Antifa-Kommission Hamburg

Neonazis vor Gericht

Edgar Geiss, Betreuer der „Hansa“-Bande, bekanntgeworden durch seinen „Hitler-Gruß“ am Grab des Kriegsverbrechers Kappler, wurde vom Altonaer Amtsgericht wegen Verleumdung zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt – auf Bewährung. Geiss hatte im August 78 bei einem Prozeß gegen den Nazi Ernst Römer in Hamburg Flugblätter verteilt, in denen die Tagebücher der Anne Frank als Fälschung bezeichnet wurden. Wegen genau dieser Behauptung stand Römer vor Gericht. Wieso Geiss „Bewährung“ bekommen hat, bleibt unerfindlich, da er ja schließlich hinreichend als hartgesottener Nazi bekannt ist – und einschlägig vorbestraft: Wegen des „Hitlergrüßes“ wurde er zu 9.600 Mark Strafe verurteilt.

Inzwischen läuft gegen Geiss eine neue Anklage: Die Lüneburger Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, zwischen Juli 1978 und Januar 1979 neonazistische Publikationen zur Verbreitung „vorhanden gehabt“ zu haben.

Im Dezember 78 wurde in Lübeck ein Hetzblatt des „Deutsch-Völkischen Beobachters“ verteilt für das Werner Braun, Postfach 410 132, 7500 Karlsruhe 41 verantwortlich zeichnete.

Gegen dieses Hetzblatt wurde Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Lübeck erstattet. Im April kam von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe Mitteilung, daß W. Braun vor dem Landesgericht Karlsruhe am 20.10.78 – 1 Kl. 3/78 – wegen Verbreitung von neonazistischen Schriften zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr „mit Bewährung“ verurteilt worden sei. Nach dieser Verurteilung habe Braun die Herausgabe weiterer Schriften eingestellt.

Antifaschisten sollten darauf achten, ob trotzdem wieder Hetzschriften im Namen Brauns auftauchen. Dann ist natürlich eine Anzeige fällig.

Sei nach dieser Verurteilung habe Braun die Herausgabe weiterer Schriften eingestellt.

Antifaschisten sollten darauf achten, ob trotzdem wieder Hetzschriften im Namen Brauns auftauchen. Dann ist natürlich eine Anzeige fällig.

Ein 46-jähriger Anhänger der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ und früheres NPD-Mitglied aus Bremerhaven wurde wegen Besitzes von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu sechs Monaten Haft mit Bewährungsfrist und einer Geldbuße von 1200 DM verurteilt. In der Wohnung des Nazis waren im September 78 mehr als 2000 faschistische Blätter beschlagnahmt worden.

8 Mitglieder der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands (VSBd)“ wurden am 6.4.79 zu Geldstrafen zwischen 1500 und 7200 DM verurteilt, ein weiterer erhielt 4 Monate „auf Bewährung“ und 4000 DM Geldstrafe.

Sie waren wegen einer „Hitler-Geburtsfeier“ angeklagt, die sie am 20.4.77 in Uniform, in einer mit Hitlerbildern, SS-Runen und einer Hakenkreuzfahne „geschmückten“ Kneipe in Düsseldorf veranstaltet hatten.

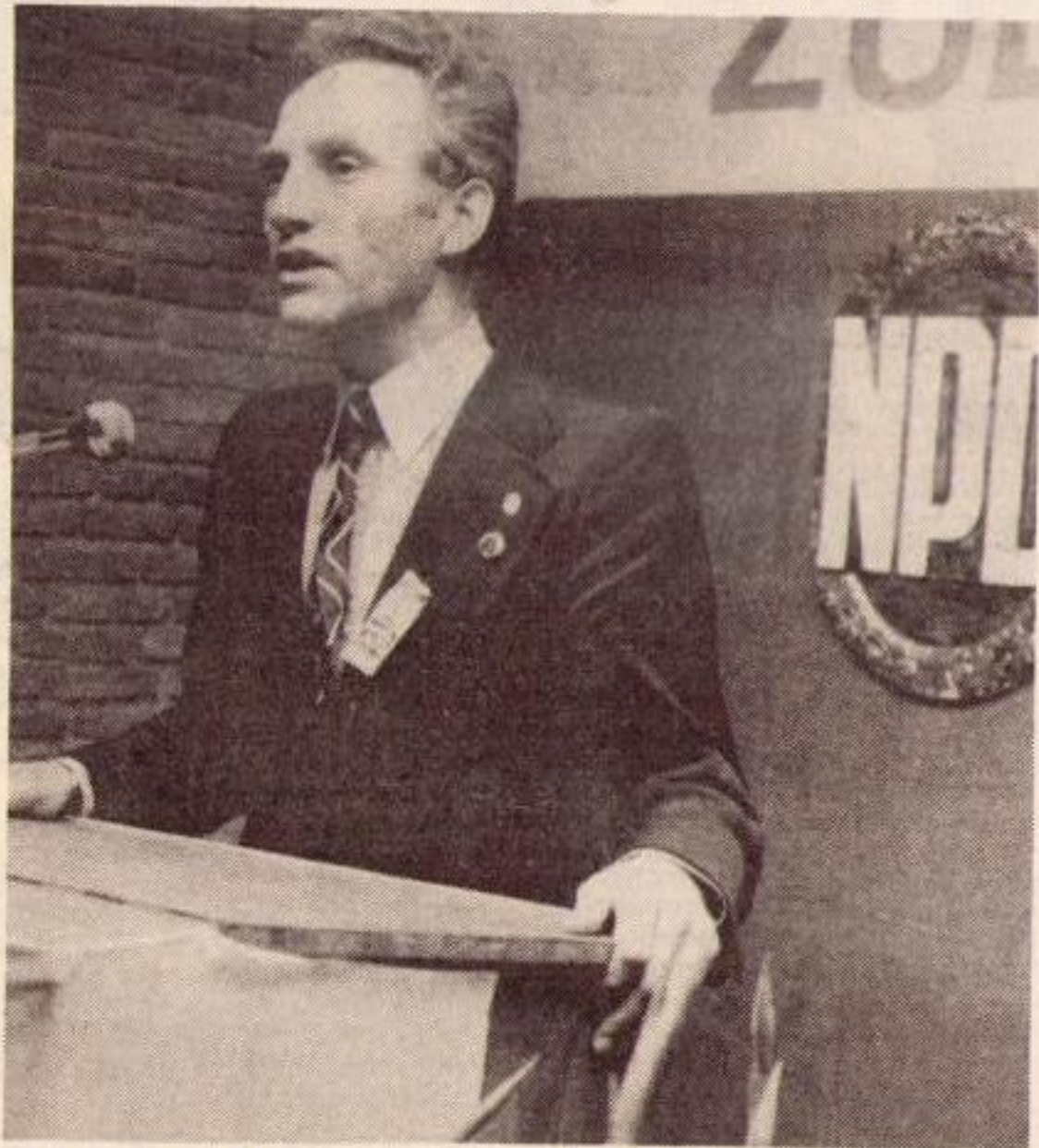
Zwei der Neonazis waren darüber hinaus wegen wiederholten Tragens der Uniform und unerlaubten Waffenbesitzes angeklagt.

Wegen Rassenhetze hatte sich ein elsässischer Arzt (offenbar Marcel Iffrig, ein Freund Schönborns) in Colmar (Frankreich) zu verantworten. Er hatte die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis bestritten und in seiner Zeitung „Elsa“ gehetzt: (die Ärzte), „die aus Algerien oder Indonesien fast täglich ins Elsaß kommen, verbessern ohne Zweifel nicht die Sicherheit der Kranken“. Das Urteil: 6 Monate Gefängnis „auf Bewährung“ und zusätzlich eine Geldbuße von rund 22.000 DM an die Liga für Menschenrechte und an eine Antirassismusbewegung.

donesien fast täglich ins Elsaß kommen, verbessern ohne Zweifel nicht die Sicherheit der Kranken“. Das Urteil: 6 Monate Gefängnis „auf Bewährung“ und zusätzlich eine Geldbuße von rund 22.000 DM an die Liga für Menschenrechte und an eine Antirassismusbewegung.

NPD-Funktionär als Bundeswehr-Offizier

NPD-Funktionär als Bundeswehr-Offizier



Seit Jahren macht der NPD-Funktionär und Bundeswehr-Offizier Karl-Heinz Lindner von sich reden. Nun wurde er am 4. April auch noch NPD-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen.

Das Bundeswehr-Ministerium ließ dazu nur erklären, man würde Lindner „keine Schwierigkeiten machen“. Gegen Lindner könne nichts unternommen werden, weil die NPD „keine verbotene Partei“ sei. Nachdem die „Liberalität“ gegenüber dem Nazi-Offizier von Gewerkschaftskreisen, von der SPD und sogar von der CDU kritisiert wurde, wurden am 9.4. von Bundeswehrminister Apel und dem stellvertretenden Generalinspekteur, General Heinz, doch noch „disziplinäre Vorermittlungen“ eingeleitet. Jetzt hieß es, Lindner könne möglicherweise in „Loyalitätskonflikt“ zur Bundeswehr geraten, weil er seit seiner Wahl zum NPD-Chef in Nordrhein-Westfalen „Funktionär in herausgehobener Position“ sei. Angesichts der bisherigen NPD-Aktivitäten Lindners ist diese plötzliche Erkenntnis allerdings mehr als unglaubwürdig:

• Lindner ist seit 1966 (also kurz nach der Parteigründung) Mitglied der NPD;

• schon 1966 kandidierte er für die NPD bei den Landtagswahlen in Hessen;

• schon 1968 war Lindner (damals Oberleutnant) stellvertretender Landesvorsitzender der NPD-Hessen („stern“, 15.4.79).

Seitdem trat Lindner immer wieder als NPD-Propagandist auf, was von der NPD auch entsprechend ausgeschaltet wurde.

Der SPD/FDP-Regierung reichte das bislang genauso wenig wie der CDU, um gegen Lindner vorzugehen. Ob die jetzigen „Voruntersuchungen“ zu irgendeinem Ziel führen, darf deshalb mit gutem Grund bezweifelt werden. Schließlich ist Lindner nicht der einzige NPD-Mann in der Bundeswehr; und schließlich gibt es zahlreiche NPDler und sonstige Nazis im Staatsdienst, ohne daß ihnen – ganz im Gegensatz zu Linken, sei es in der Bundeswehr oder sonst im Öffentlichen Dienst – irgendetwas passiert wäre. Sollte Lindner aber wider Erwarten jedoch der gewachsenen Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gegenüber Nazi-Umtrieben und ihrer Deckung durch den Staatsapparat geopfert werden, so wäre damit noch nichts an der grundsätzlichen Haltung der politischen Spitze in Bundeswehr und Bundesregierung geändert:

• Kurz vor der Auseinandersetzung um Lindner veröffentlichte der Wehrbeauftragte Berkhan seinen

„Von der NSDAP zur CDU, Politische Karrieren in Schleswig-Holstein“

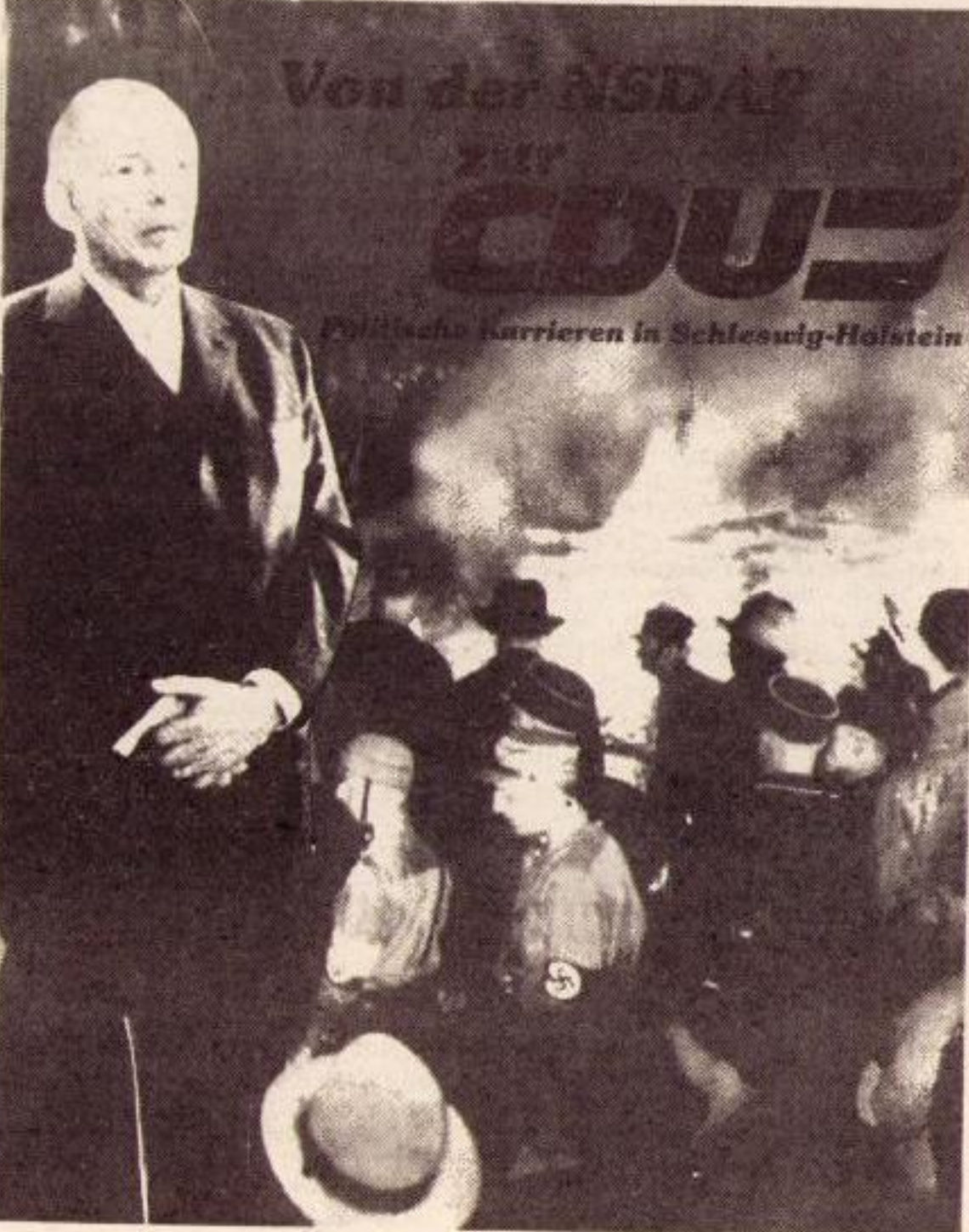
Diesen Titel trägt eine Broschüre, die Anfang April zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein erschien. Herausgeber sind die Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU), Jungdemokraten (Landesverband SH) und Jungsozialisten (Landesverband SH).

In der Broschüre wird sehr anschaulich beschrieben, wie sich Alt-Nazis und damalige Nazi-Sympathisanten in der CDU seit ihrer Gründung an führender Stelle betätigten und Schleswig-Holstein zu einem Hort für Nazi-Verbrecher wurde.

Die Herausgeber schreiben: „Diese Broschüre will auf die gefährliche Personenkontinuität von NS-Regime und

demokratischer Bundesrepublik hinweisen. Ein wirklich demokratischer Staat kann nicht auf dem Fundament von Alt-Nazis bestehen. ... Denn wenn aus überzeugten Nationalsozialisten nach 1945 überzeugte CDU-Demokraten werden konnten, stellt sich doch die Frage, ob nicht aus CDU-Demokraten wieder überzeugte Nationalsozialisten werden könnten.“

Zu beziehen ist die Broschüre bei den Herausgebern und
Henning Nielsen
Kirchenweg 3
2391 Handewitt
Preis: DM 2,—



Prozeß gegen „Hansa“-Bande beginnt

Am 28.5.79 soll er in Celle beginnen: „der erste bundesdeutsche Prozeß gegen eine terroristische Vereinigung von rechts“ („Spiegel“, 26.3.79).

Angeklagt sind Michael Kühnen, Uwe Rohwer, Lutz Wegener, Manfred Börm, Klaus-Peter Puls und Lothar Schulte. Die letzten fünf sitzen seit März 78 in U-Haft, „Hansa“-Chef Kühnen seit August 78.

Die Anklage beruht im wesentlichen auf der Aussage von Lutz Wegener, ehem. „Stellvertreter“ Kühnens. Danach soll Michael Kühnen im November 77 als „Rädelführer“ mit Wegener und Schulte eine Untergrundorganisation gegründet haben. Geplant waren:

- + Beschaffung von Waffen;
- + Sprengstoffanschläge gegen NATO-Streitkräfte;
- + Angriffe auf die Berliner „Mauer“;
- + Störung des Transitverkehrs nach Westberlin durch Bombenanschläge.

Zuvor aber sollten Wegener und Schulte „Mutproben“ ablegen: Auf Geheiß von Kühnen überfielen sie am 22.11.77 die Bismarck-Kaserne in Wentorf (b. Hamburg), schlugen den Wachhabenden nieder und erbeuteten ein G3-Gewehr.

Zehn Tage später, am 1.12.77, scheiterte ein Versuch, den Inhaber einer Kölner Gaststätte zu berauben. Am nächsten Tag drangen Schulte und Wegener in das Haus eines Kölner Kaufmanns ein und raubten Waffen und Gegenstände im Wert von 60.000 DM.

Am 11.12.77 folgte ein Überfall auf ein Munitionsdepot der Bundeswehr in Reinbeck (Holstein). Hierbei sollen auch Michael Pohl und Helge Röhke beteiligt gewesen sein, ihr Verfahren ist allerdings abgetrennt. In Reinbeck wurden etwa 1.000 Schuß Munition erbeutet.

Anschließend sollen sich danach Wegener und Schulte von Kühnen abgewendet und stattdessen dem „Wiking-Jugend“-Funktionär Rohwer angeschlossen haben.

Laut Anklage bildeten nun Wegener, Schulte, Rohwer, Börm und Puls eine neue „terroristische Vereinigung“. Auch diese Bande hatte große Pläne:

- + Anschlag auf einen britischen Soldatensender;
- + Befreiung von Rudolf Heß;
- + „Stoßtrupputernehmen“ an der DDR-Grenze;
- + Gefangennahme von „Besatzern“;
- + Sprengung der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen;
- + Ermordung des Ehepaars Klarsfeld.

Es blieb nicht bei Plänen: Schulte, Wegener, Rohwer und Puls überfielen am 19.12.77 eine Hamburger Sparkasse und raubten 66.000 DM. Am 19.2.78 überfielen die Fünf das Nato-Übungsgelände Bergen-Hohne und raubten vier MP's.

Soweit die Anklage. — Hinzu kommt noch gegen Michael Kühnen das in Hamburg im Februar ausgesetzte Verfahren wegen diverser Schmier- und Klebeaktionen sowie wegen haufenweisem NS-Propaganda-Material, das in seiner Wohnung gefunden worden war.

WER SIND DIE ANGEKLAGTEN?

Die sechs angeklagten Nazis sind allesamt zum Kreis der gefährlichsten Neo-Nazis zu rechnen. An ihnen wird beispielhaft deutlich, wie eng die verschiedenen NS-Gruppen in der BRD zusammenarbeiten, wie dicht ihre Verflechtung mit der NPD ist, und vor allem: Daß sie niemals diesen zahlenmäßigen Stand an Aktivisten und militärisch geschulten Anhängern erreicht hätten, wenn der Staatsapparat nicht so lange wohlwollend zugeschaut hätte.

Michael Kühnen

Kühnen (24) ist einer der wenigen Neonazis, die eine Art „Führerpersönlichkeit“ darstellen. Gut geschult ist er in der Lage, Jugendliche um sich zu sammeln und zu beeinflussen.

In Bonn schloß er sich bereits mit 14 Jahren der NPD an. 1970/71 beteiligte er sich an den Provokationen der „Aktion Widerstand“. Als sich die Auseinandersetzungen innerhalb der NPD zuspitzten, unterstützte er die „radikale“ Abspaltung ANR, die allerdings schnell wieder zerfiel.

Nach dem Abitur wurde Kühnen Berufssoldat. Nach eigenen Angaben stieß er bereits 1975 bei einem Offizierstreffen in Hammelsberg auf mehrere Mitglieder der „NSDAP/AO“.

An der Bundeswehrhochschule Hamburg baute er einen „lockeren Kontakt“ zu Wolf-Dieter Eckart („Freundeskreis der NSDAP“) auf.

Auch zu anderen NS-Gruppen nahm er Kontakt auf. Offiziell betätigte er sich in der Hamburger „Aktion Vierte Partei“, die Anfang 1976 gegründet wurde. Kühnen wurde dort 2. stellvertretender Vorsitzender und Bundestagskandidat. (Übrigens war Anfang der faschistische Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der inzwischen viele Freunde Kühnens verteidigte, dort ebenfalls 2. Vorsitzender). Nach dem stillen Verschwinden der AVP in der Versenkung, wandte sich Kühnen völlig der „NSDAP“ zu. Nach eigenen Angaben erhielt er von der „SA-Leitung BRD“ Anfang 77 den Auftrag, in Hamburg eine „schlagkräftige Organisation“ aufzubauen.

Gemeinsam mit Lutz Wegener und Friedhelm Pützmann (beide zu der Zeit noch JN-Funktionäre) gründete Kühnen den „SA-Sturm 8. Mai“. Kühnen beauftragte Lutz Wegener mit dem Aufbau und der Ausbildung einer „militärischen Untergrundorganisation“; das Training sollte in Dörpstedt (bei Rohwer) stattfinden. Als legale Tarnung seiner Bande gründete Kühnen im Sommer 77 den „Freizeitverein Hansa“ — woraus Antifaschisten später den Namen „Hansa“-Bande prägen.

Seinen ersten Auftritt hatte der „SA-Sturm“ am 15.5.77 während der Rudel-Veranstaltung des Faschisten Frey in Hamburg: ein Trupp der Nazis (darunter Kühnen, Rohwer und Wegener) griff draußen stehende Antifaschisten an.

Im August/September 77 flog Kühnen wegen seiner Aktivitäten aus der Bundeswehr.

Am 26.11.77 verkündete Kühnen die Kandidatur einer von ihm gegründeten „Aktionfront Nationaler Sozialisten“ zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen. Die Behörden schienen diese dreiste Provokation dulden zu wollen, aber im letzten Augenblick zog Kühnen die Kandidatur zurück.

Inzwischen hatte Kühnen Kontakte zu anderen NS-Gruppen aufgebaut: Enge Zusammenarbeit gab es mit Erwin Schönborn und dessen Gruppen „Henri Beiers „Kampfgruppe Großdeutschland“ (Frankfurt), Werner Brauns „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“, offenbar auch mit der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Außerdem leistete die „Hansa“-Bande Entwicklungshilfe beim Aufbau von NS-Gruppen in Hannover, Schleswig-Holstein und Bremen.

Der letzte „Höhepunkt“ von Kühnens Aktivitäten fand am 22.7.78 in Lentförden statt: zu einer „Hitler-Gedenkfeier“ holte er 100 der militantesten Nazis aus der ganzen BRD zusammen und organisierte eine Saalschlacht mit der Polizei.

Seit dem 3.8.78 sitzt Kühnen in U-Haft wegen „Verdachts auf Rädelführerschaft in einer terroristischen Vereinigung“.

Obwohl gegen ihn schon im Sommer 78 17 Verfahren liefen, stand er bis heute erst dreimal vor Gericht:

— Am 11.7.78 in Nürnberg wegen einer „Ehrenwache“ für die hingerichteten Naziverbrecher. Urteil: 10 Monate auf Bewährung und 80 Stunden Dienst in einem Körperbehindertenheim.

— Am 12.12.78 ebenfalls in Nürnberg, weil er im März 78 mit einem Hakenkreuz-Koppel rumgelaufen war. Urteil: 6 Monate ohne Bewährung.

— Anfang Februar 79 schließlich in Hamburg wegen diverser Schmierereien und weil bei ihm einige Male NS-Blätter massenweise gefunden worden waren. Dies Verfahren wurde nach drei Tagen an das Gericht in Celle abgegeben.

Lothar Schulte

Als Nazi war Lothar Schulte schon im September 76 bekannt: In einem Flugblatt berichteten antifaschistische Soldaten über „Hitlergeburtstagsfeiern“ in der Wentorfer Kaserne (bei Hamburg). Stabsunteroffizier Schulte veranstaltete sie gemeinsam mit Stabsunteroffizier Pohl, Feldwebel Koloß und Schuster.

Konsequenzen gegen die Nazis wurden nicht gezogen.

Schulte wurde nach Mißhandlungen an Untergebenen vom Dienst suspendiert. Beteiligt war auch sein Freund, Fähnrich Döhning. Beide schlossen sich Rohwers Gruppe an.

Klaus-Dieter Puls

Im Juni 75 inserierte Puls in NPD-Zeitungen für einen Schallplatten-Vertrieb. Im März — Juni 76 besuchte er den in Abschiebehaft einsitzenden „NSDAP/AO“-Chef Gary Rex Lauck in Mainz.

Im Januar 77 versuchte Puls ge-

meinsam mit Rohwer, durch einen Meineid die Gesinnungsfreunde von der „NS-Kampfgruppe Mainz“ vor der Verurteilung zu retten. Dafür wurde Puls zusammen mit Rohwer in der Zwischenzeit verurteilt.

Manfred Börm

Börm (28) war Stellvertreter Rohwers in der „Wiking-Jugend“ Schleswig-Holstein. Schon 1976 wurde bei ihm u.a. eine Maschinenpistole gefunden. Börm kam mit einer Geldstrafe davon!

Auf zwei Lagern der „Wiking-Jugend“ im Sommer 76 in der Eifel war Manfred Börm an Überfällen auf fortschrittliche Journalisten beteiligt. In einem Fall gemeinsam mit Roland Tabbert, Chef einer „Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung“. Am 9.2.79 wurden Börm und Tabbert wegen des zweiten Überfalls zu vier bzw. sieben Monaten auf Bewährung verurteilt.

Uwe Rohwer

Seit 1972 ist Rohwers (40) „Wiking-Hof“ in Dörpstedt (Schleswig-Holstein) die zentrale Ausbildungs- und Schulungsstätte für neonazistische Kader und Schläger in Norddeutschland.

Rohwer, gleichzeitig Chef der „Wiking-Jugend“ Gau Schleswig-Holstein, NPD-Kreisvorsitzender in Schleswig und Jugendreferent im rechtsradikalen „Stahlhelm“, veranstaltete regelmäßig in den Ferien und an Wochenenden Fahrten und Lager der „Wiking-Jugend“. Zumindest bis Mai 76 rief die Hamburger NPD regelmäßig dazu auf, sich an diesen Unternehmungen zu beteiligen.

Rohwer erhielt Ende 76 den „Preis für politisch Verfolgte“ des Faschisten Frey („Nationalzeitung“): Rohwers Hof war abgebrannt, der Brand sollte Antifaschisten in die Schuhe geschoben werden.

Als Aktivist ist Rohwer u.a. aufgefallen:

— Am 17.6.76 in Bonn bei einem „Deutschlandtreffen“ von NPD und Frey. Damals wurde er zusammen mit Gunnar Pahl, heute „Reichsleiter“ der „NSDAP/AO“, wegen Prügeleien festgenommen.

— Am 15.5.77 in Hamburg-Osdorf, als er zusammen mit Kühnen, Wegener u.a. auf Antifaschisten einprügelte.

— Am 26.2.78 in Hamburg-Lurup (Nazi-Treffen mit Christophersen, WSG-Hoffmann u.a.).

Ein Prozeß gegen Rohwer im Frühjahr 77 wegen Singens von Nazi-Liedern endete mit einem Freispruch.

Anfang 79 wurde Rohwer wegen des Meineids verurteilt, den er gemeinsam mit Puls Anfang 76 geschworen hatte.

Lutz Wegener

Lutz Wegener

Wegener (22) war 1976 Funktionär im JN-Kreisverband Hamburg-Nord. Wegener hat von allen Angeklagten das längste Strafregister. Neben diversen anderen Delikten (Fahren ohne Führerschein, Diebstahl etc.) handelt es sich u.a. um folgende Vorfälle:

— 17.9.75: Beteiligung an einem Überfall auf das Hamburger Kultur- und Kommunikationszentrum „Fabrik“.

— 17.6.76: Als NPD-Ordner fährt Wegener zum „Deutschlandtreffen“ nach Bonn. Schon auf der Fahrt dort-

hin wird Wegener zusammen mit drei weiteren Nazis (Stier, Buchmann und Franz Barbiarczyk Wrobel — identisch mit Lothar Wrobel?) festgenommen; im Auto wird eine Pistole und ein Kabelende gefunden.

— 1976: Schändung des KZ-Denkmal in Bergen-Belsen zusammen mit Bundt und anderen JN-Mitgliedern; Tragen von NS-Emblemen; Erkennungsdienstliche Behandlung wegen Raubs. Verurteilt wurde Wegener zu einem Jahr Jugendstrafe wegen Sachbeschädigung. In die Strafe eingeschlossen war die Verurteilung Wegeners wegen Raub in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu 10 Monaten im Herbst 76 — unseres Wissens handelt es sich dabei um einen Überfall auf eine Juso-Veranstaltung in Buchholz aus dem Jahr 1975.

Im Herbst 77 „verschwindet“ Wegener von der Bildfläche. Er taucht bei Rohwer in Dörpstedt unter und

wird Anfang März als erster der jetzt Angeklagten festgenommen. Wegener hat bei der Voruntersuchung ausführlich gestanden und wird offensichtlich als Kronzeuge aufgebaut.

Es steht zu erwarten, daß der Prozeß gegen diese sechs Nazi-Banden nach Willen des Staatsanwaltes auf der Ebene verlaufen soll, daß hier eine isolierte Gruppe vor Gericht steht. Tatsächlich handelt es sich bei diesen sechs eindeutig um neonazistische Kader, die jahrelang in den „legalen“ Nazi-Organisationen wie NPD, JN, „Wiking-Jugend“ etc. ihr Unwesen getrieben und entsprechende Verbindungen geknüpft haben.

Sorgen wir mit dafür, daß dieser Hintergrund des Prozesses aufgedeckt und verbreitet wird!

Antifa-Kommission Hamburg



»Neofaschisten: Die Rechten im Aufwind« heißt ein neues Buch, das im „Sozialpolitischen Verlag/SPV“ und „Das Arsenal — Verlag für Kultur und Politik“, Westberlin, erschienen ist. Für 13 Mark bietet es auf 300 Seiten einen Überblick vor allem über die neofaschistische Szene in der BRD.

Sehen einen Überblick vor allem über die neofaschistische Szene in der BRD. Von verschiedenen Autoren (darunter Ingeborg Drewitz, Klaus Thüsing, Dirk Gerhard, Martin v. Amerongen usw.) werden die Nazi-Nostalgie-Welle, Verbindungen zwischen Neonazis und CDU/CSU und die verschiedenen Gruppierungen des Rechtsextremismus behandelt. Den Schwerpunkt bilden Darstellungen von Nazi-Umtrieben unter Jugendlichen (»Wiking-Jugend«, JN, »NSDAP«, Neonazis an Schulen), in der Öko-Bewegung, im Sekten-Unwesen und in der Rock/Punk-Szene.

Einige Beispiele für antifaschistische Initiativen werden beschrieben:

eine Film- und Literaturliste im Anhang gibt Tips zur weiteren Beschäftigung mit dem Thema. Vom Schwerpunkt her (Jugend- und Alternativbereich), wegen seiner aktuellen Informationen und auch aufgrund seiner verständlichen Zubereitung in Aufsätzen, die nicht zu langatmig sind, ist das Buch für Schüler, Jugendgruppen, Antifa-Initiativen usw. als Informationsmaterial gut geeignet.

Herausgeber des Buches sind die GEW-Westberlin, der Bund politisch und religiös Verfolgter und der Journalist Jan Peters; unterstützt wird die Herausgabe von der AG Sozialpolitische Arbeitskreise, der Humanistischen Union Westberlin, den Jungen Europäischen Föderalisten, der Hamburger Initiative »Rock gegen Rechts« und dem BDP/BDJ.

Antifa-Kommission Hamburg

Anzeige: P L A K A T



Größe: Din A 2
Einzelpreis: 1,- DM
Bei größeren Mengen, z.B. zum Kleben bei Veranstaltungen, -60 DM pro Stück. Lieferung bei großen Mengen nach Vorauszahlung auf das Konto:

Stadtparkasse Lüneburg
2120 Lüneburg
Nr. 259895
Stichwort Antifa-Plakat
Bei Einzelbestellungen Preis in Briefmarken beilegen (+ Porto).
Bestellungen richten an:
Tilman Küntzel
Jürgenstorf 7
2127 Lüdersburg

1 Jahr Nazi-„Terroristenfahndung“ — eine Zwischenbilanz

Vor etwas mehr als einem Jahr übernahm Bundesanwalt Rebmann die Ermittlungen gegen die Bande um Kühnen und Rohwer (s. Artikel in diesem AK) wegen des „Verdachts auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§ 129 a). Seitdem sind zahlreiche weitere 129a-Verfahren gegen die Nazi-Szene eingeleitet worden. Da aber gleichzeitig von der Bundesanwaltschaft eine gezielte Desinformationspolitik betrieben wird, hat wohl selbst ein aufmerksamer Antifaschist keinen Überblick mehr. Wir wollen deshalb einen Überblick über die uns bekannten 129a-Verfahren gegen Nazis geben, der aber wahrscheinlich auch nicht ganz vollständig ist.

Es laufen z.Z. gegen mindestens 26 Nazis Ermittlungen oder Anklagen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“. Davon sitzen allerdings höchstens 17 in U-Haft — die anderen befinden sich auf freiem Fuß.

Neben dem am 28.5. in Celle beginnenden Verfahren gegen Kühnen, Rohwer und weitere 4 Angeklagte handelt es sich um folgende Banden und Personen:

„NSDAP“ Westberlin

Durch Zufall wurde am 25.5.78 bekannt, daß die Bundesanwaltschaft in Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen Rohwer/Wegener/Kühnen („Hansa“-Bande) auch zwei Westberliner Nazis verdächtigt:

Am 12.5.78 wurden Michael Pohl und Helge Röhke verhaftet. Vorgeworfen wird ihnen die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ und die Beteiligung am Überfall auf ein Reinbeker Munitionslager der Bundeswehr (11.12.77), zusammen mit Lutz Wegener und Lothar Schulte. („FR“ 26.5.78; „Tagesspiegel“/TSP. 18.8.78)

Beide saßen bis Dezember 78 in U-Haft und wurden dann klammheimlich freigelassen. Warum ihr Verfahren abgetrennt ist vom Hauptverfahren in Celle, ist uns unbekannt.

Nazi-Bande Kiel

Gegen eine Gruppe von 6 Kieler und einem Hamburger Nazi-Banden ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen diverser Straftaten in wechselnden Kombinationen:

- Am 26.5.78 wurden Frank Stubbemann (führendes Mitglied der „Hansa“-Bande), Peter Teuffert („Hansa“-Mitglied) und der Bundeswehrbergefreite Robert Marchi verhaftet. Ihnen wird die Planung mehrerer Verbrechen vorgeworfen:
- Sprengstoffschlag auf das Kieler KBW-Büro; der Sprengstoff dazu sollte bei einem Überfall auf ein Bundeswehrdepot besorgt werden.
- Raubüberfall auf den Geldboten auf ein Bundeswehrdepot besorgt werden.
- Raubüberfall auf den Geldboten eines Selbstbedienungsladens.
- Raubüberfall auf eine Opernkassiererin - der Plan scheiterte daran, daß die Opernkasse zufällig geschlossen war.

In der Wohnung von Marchi fand sich ein ganzes Waffenarsenal — Marchi war damals Munitionswart bei der Bundeswehr! („ED“, 28.7.78; „WAZ“ 13.6.78). Während Teuffert bei den Vernehmungen bereitwillig ausspakte und sehr bald wieder freigelassen wurde, verschwanden Stubbemann und Marchi im Juli erst einmal für 2 Monate in Isolationshaft. Danach allerdings wurden auch sie klammheimlich wieder freigelassen.

Anfang März erhob die Bundesanwaltschaft Anklage vor dem schleswig-holsteinischen Oberlandesgericht, d.h., der Prozeß ist demnächst zu erwarten.

Peter Teufferts Kumpane hatte es gar nicht gefallen, daß er bei den Bullen „gesungen“ hatte: Am 10.3.79 luden sie ihn zum „Parteigericht“ in das Haus des ehemaligen langjährigen Kieler JN-Vorsitzenden Jobit Stolz. Beteiligte an diesem „Gericht“ waren Frank Stubbemann, Christian Worch (Hamburger „Hansa“-Führer und inzwischen auch Vorsitzender der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“), Gunnar Pahl („Reichsleiter der NSDAP/AO“ mit langjähriger Banditenkarriere, mehrfach vorbestraft), Thomas Lange (Wikingjugend, Bund Volkstreu Jugend) und Stolz. Nachdem Teuffert 2.000 DM bezahlt hätte (als „Buße“), sollte er im Wald aufgehängt werden. Dieses Vorhaben wurde Stolz und Lange zu heiß: Sie gingen nun ihrerseits zu den Bullen. Dabei berichteten sie gleich noch über andere Vorhaben:

— Nicht nur Teuffert, sondern auch Lutz Wegener sollte für seine Aussagen umgebracht werden,

gleich nach seiner Entlassung.

— Als „Rache für ‚Holocaust‘“ sollten Anschläge auf NDR-Gebäude in Kiel und Hamburg erfolgen; erwogen wurde, in die Lübecker Synagoge Giftgas einzuleiten (wahlweise: ein Brandanschlag). Außerdem habe die Bande eine „schwarze Liste“ angelegt mit Namen von Staatsschutzbeamten und Richtern in NS-Verfahren: „für spätere Zeiten“.

Stubbemann, Worch und Pahl wurden auf diese Aussagen hin verhaftet; die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen „terroristischer Vereinigung“ und „Planung einer Straftat“ (Fememorde). Stolz und Lange wurden wieder freigelassen. („Stern“, 23.3.79).

Der „Bild“ reichte das noch nicht: Für 2.500 DM kaufte sie von Lange und Stolz Erzählungen, nach denen angeblich die Ermordung von Brandt und Rebmann „geplant“ worden war — anscheinend auf der Bierstischebene, wie sich dann herausstellte. Stolz und Lange wurden daraufhin zwar festgenommen, in dieser Sache scheint die Bundesanwaltschaft aber nicht weiter ermitteln zu wollen. („Husumer Nachr.“ 23.3.79; „Tsp.“, 23.3.79).

„Kolonie 88“ Hanau

Ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen „terroristischer Vereinigung“ läuft gegen einige Mitglieder der NS-Gruppe Hanau, darunter sind: Jürgen Pospieszynski und Eberhard Kocherscheid, Wirt der als Nazitreff bekannten Kneipe „Zum Löwen“. Vorgeworfen wird ihnen die Planung von Mordanschlägen gegen E.Kogon und R.Kempner.

In Zusammenhang mit Ermittlungen wegen des Nazi-Hetzblattes „Das Schwarze Korps“ stieß die Polizei auf die beiden. In der gemeinsamen Wohnung fand sich neben einer Druckmaschine, 700 Schuß Übungsmunition und einer Handgranate auch eine „Schwarze Liste“ mit Namen von 500 demokratischen Persönlichkeiten. Darunter auch die Namen von Eugen Kogon und Dr. Robert Kempner. Rebmann vermutet deshalb in den beiden Hanauer-Nazis die Urheber der anonymen Morddrohungen gegen die beiden bekannten Antifaschisten.

Pospieszynski und Kocherscheid wurden am 19.12.78 kurzfristig festgenommen, befinden sich jetzt aber wieder auf freiem Fuß. („FR“, 9.2.79, „Baseler AZ“, 15.2.79).

„NSDAP“ Braunschweig

3 Mitglieder dieser seit mindestens zwei Jahren aktiven Bande sitzen in U-Haft wegen Verdacht auf „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ und Planung eines Attentats auf Stoltenberg:

Paul Otte, langjähriges Mitglied der „Reichsleitung der NSDAP/AO“.

Paul Otte, langjähriges Mitglied der „Reichsleitung der NSDAP/AO“. Schon früher wurde der wegen Bankraub Vorbestrafte zweimal kurz festgenommen: Am 4.5.76, als bei ihm NS-Material und Anleitungen zum Bombenbasteln gefunden wurden, und am 10.1.77, wobei die Polizei einen Karabiner mit Munition und zwei umgebaute Feuerwerkskörper mitnahm. Ende November 78 fand sich in seiner Toilette eine Rohrbombe, seitdem sitzt er in U-Haft. („Stern“, 23.3.79). Schon am 18.2.79 meldete die „Bild am Sonntag“, daß die Bombe für Stoltenberg bestimmt gewesen sei. Aber erst am 10.3.79 wurden zwei weitere Nazis verhaftet:

— Klaus-Dieter Hewicker und

— Kurt Wolfgramm.

„Werwolf Deutsches Reich“ Tönning

Das jüngste Verfahren wegen „terroristischer Vereinigung“ richtet sich gegen 6 Nazis aus dem Raum Tönning/Flensburg, die am 28.3.79 verhaftet wurden. Hierüber schweigt sich die Bundesanwaltschaft bisher total aus. Nur eifrigen Journalisten der „Hamburger Morgenpost“ ist es zu verdanken, daß überhaupt konkrete Einzelheiten und Hinweise an die Öffentlichkeit kamen. („Mopo“, 31.3.79).

Nach den uns bekannten Informationen handelt es sich bei den Verhafteten um:

— Ernst-August Möller (46), NPD-Kreisvorsitzender, aus Olversum (bei Tönning). Er ist bekannt als Führer einer örtlichen „NSDAP“-Bande.

— Jürgen Töppke (20), Tönning, schon von diversen Nazi-Auftritten bekannt.

— Eisermann, Besitzer eines „Spar“-Ladens in Wanderup (bei Flens-

burg). In dem Laden liegen seit langem die „Bauernschaft“ und andere Pamphlete aus. Über ihn gingen die Waffenkäufe der Bande (er ist übrigens im Jägerverein).

— Martin Geißler (17), Rendsburg, Schon am 24.4.78 stand Geißler vor Gericht, weil er einen jüdischen Mitschüler zusammengeschlagen hatte mit den Worten: „Wir Nazis werden euch Scheißjuden schon zeigen, wo es längs geht“. Urteil für den damals 16jährigen: 40 Stunden gemeinnützige Arbeit und 2 Freizeitarreste. („Flensburger Tageblatt“, 25.4.78).

— Böhm, Besitzer des Reiterhof Thule in Garding (bei Tönning). Hier wurden gestohlene NATO-Dokumente und Waffen gefunden.

Töppke und Geißler sitzen jetzt in Rendsburg, Möller in Lübeck in U-Haft.

Der 6. Verhaftete ist uns unbekannt.

Diese Bande hat den Beweis für ihre Gefährlichkeit schon erbracht: Ende 78 stahlen sie bei Husum aus dem Auto eines hohen britischen Offiziers einen Safe mit Geheimdokumenten über das NATO-Manöver „Bold-Guard“. In einem mit „Werwolf Deutsches Reich“ unterzeichneten Brief an das britische Hauptquartier forderten sie die Freilassung von Rudolf Heß - anderenfalls drohten sie die Papiere an die

Sowjetunion weiterzugeben. Da aber weder Heß freigelassen wurde, noch die Sowjetunion und eine angeschriebene Zeitung reagierten, versteckten sie die Sachen erst einmal auf dem Reiterhof Thule; der Safe landete in der Eider. Bekannt wurde der Erpressungsversuch erst im Februar 79 („Welt“, 20.2.79). Damals hieß es: „Das Bundeskriminalamt fahndet in neonazistischen Kreisen“. Trotzdem bedurfte es aber erst eines „Überläufers“, der sich den Bullen anvertraute. Er erzählte auch, daß noch weitere Anschläge geplant waren, u.a. Banküberfälle und ein Brandanschlag gegen die Hamburger Freimaurerloge. Bei Hausdurchsuchungen wurden mehrere Kleinkalibergewehre, eine belgische Pistole mit 2 Magazinen und drei intakte Zündsätze gefunden.

„Wehrsportgruppe“ Ostwestfalen — Lippe

Aufgrund eines Hinweises im Zusammenhang mit einem Einbruch auf das Nicolai-Krankenhaus in Höxter stieß die Polizei am 29.1.79 auf eine in mehrere Untergruppen gegliederte „NS-Kampfgruppe“. Es fanden Hausdurchsuchungen bei 26 Personen in 9 verschiedenen Orten statt, 12 — 18 Nazis wurden vorübergehend festgenommen.

Verhaftet aber wurde allein der

„Führer“ Rolf Gebser; er ist auch der Einzige, dessen Name veröffentlicht wurde.

Die Bande hat eine Reihe von Straftaten auf dem Konto:

- Einbruch in das Krankenhaus am 20.8.78, wobei sie Handfunkgeräte und eine Funkanlage erbeuteten.
- Einbruch in ein Schützenhaus und Diebstahl von 2 Kleinkalibergewehren.
- Drohungen gegen die katholische Kirchengemeinde Stahle.
- Anschlag mit Nebelkerzen auf eine Holzminidiner Gaststätte im Juli 77. Das BKA prüft außerdem, ob sie als Täter der Anschläge auf Fernsehsendemasten kurz vor der „Holocaust“-Ausstrahlung in Frage kommen.

Gut ausgerüstet war die Bande jedenfalls. Neben den geklauten Sachen fanden sich noch 4 - 5 MPis, 8 Handfeuerwaffen, 1 Granate, Minenwerfer, 1 MG-Gurt, 1 Schnellfeuerwaffe, 5 Karabiner und Munition.

Laut „Spiegel“ 26.3.79, ermittelt trotzdem nicht die Bundesanwaltschaft gegen die Nazi-Banden, sondern die Staatsanwaltschaft Bielefeld - ein Indiz dafür, daß hier gar nicht erst gegen eine „terroristische Vereinigung“ ermittelt werden soll.

Antifa-Kommission Hamburg

Nazi-Mörder Strippel immer noch frei!

20. April 1944 in Hamburg: Kurz vor der Befreiung Hamburgs durch die Alliierten verübten SS-Leute in der Außenstelle des KZ Neuengamme am Bullenhuser Damm noch ein grausiges Verbrechen: 12 Kinder, Opfer von Menschenversuchen, sowie ihre Pfleger und Ärzte, werden ermordet und an den Heizungsrohren aufgehängt.

Nach Aussagen von Mittätern war der Verantwortliche für diesen Mord der SS-Obersturmführer Arnold Strippel, zur Zeit einer der Angeklagten im Majdanek-Prozeß.

Doch im Hamburger Curiohaus-Prozeß 1946, in dem u.a. dieser Mord verhandelt wurde, fehlte Strippel — er war untergetaucht und meldete sich erst zwei Jahre später wieder. Anstandslos erhielt er seine Papiere und hätte völlig unbehelligt in der BRD leben können, wenn er nicht wenige Tage später von einem ehemaligen Insassen des KZ Buchenwald erkannt worden wäre. Wegen 21fachen Mordes im KZ Buchenwald wurde Strippel zu 21mal lebenslanglich zuzüglich 10 Jahren wegen schwerer Körperverletzung in einer unbestimmten Anzahl von Fällen verurteilt.

1969 jedoch war Strippel schon

wieder ein freier Mann. In zwei Wiederaufnahmeverfahren wurde das Urteil Stück um Stück reduziert: Die 10 Jahre wurden zu 5, die 21mal „Lebenslanglich“ wurden später mit diesen 5 Jahren zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren zusammengezogen, die Strippel schon längst abgesessen hatte.

Und so verließ Arnold Strippel das Gefängnis nicht nur als freier Mann, sondern auch als reicher: Für 14 angeblich zuviel abgesessene Jahre erhielt er 121.500 DM „Haftentschädigung“.

Auch der Mord am Bullenhuser Damm schien für Strippel erledigt: Ein 1964 auf Initiative eines Buchenwald-Häftlings eingeleitetes Ermittlungsverfahren war eingestellt worden: „Eine Verurteilung des Beschuldigten läßt sich jedoch nicht auf die Aussagen der erwähnten vier Personen (die Mittäter am Bullenhuser Damm — Anm. AK) stützen. Das liegt einmal daran, daß diese vier Personen sämtlich tot sind...“.

Strippel hatte seine SS-„Karriere“ schon 1934 begonnen, als Wachmann im KZ Sachsenhausen, und von da an liest sich seine „Karriere“ wie ein Bericht über die Verbrechen des Faschismus: Buchenwald, Natzweiler, Majdanek, Neuengamme...

mus: Buchenwald, Natzweiler, Majdanek, Neuengamme...

Seit November 1975 ist Strippel einer der Angeklagten im Düsseldorf Majdanek-Prozeß: Am 14./15.7.1942 soll er an der Ermordung von 89 Häftlingen beteiligt gewesen sein. Seine Chancen stehen auch da nicht schlecht: Vier seiner Mitangeklagten sind gerade freigesprochen worden, weil die Belastungszeugen mittlerweile verstorben sind.

Aber nun scheint es so, daß Strippel sich vielleicht doch noch für die Morde am Bullenhuser Damm verantworten muß: 100.000 DM war einem Gericht die „Ehre“ des SS-Mörders wert, als der „Stern“ die Geschichte mit neuen Dokumenten enthüllte und Strippel auf Unterlassung klagte. Im Berufungsverfahren allerdings verlor Strippel; der „Stern“ darf weiter behaupten, Strippel sei für den Mord verantwortlich.

Günstige Voraussetzungen für das erneute Ermittlungsverfahren, das auf eine Anzeige der überlebenden Verwandten der ermordeten 12 Kinder hin wieder eingeleitet wurde!

STRIPPEL IN DEN KNAST!

Antifa-Kommission Hamburg

Anzeige

Anzeige

Nazi-Terror im Rhein/Main-Gebiet

• DOKUMENTATION •



Über den Nazi-Terror im Rhein-Main-Gebiet hat die Antifa-Kommission unserer Frankfurter KB-Gruppe eine Dokumentation erstellt. Dokumentiert wird in diesem Zusammenhang auch das Bemühen von Behörden, Justiz und Politikern der bürgerlichen Parteien, die Nazi-Aktivitäten zu „übersehen“, was geradezu als Einladung zur Entfaltung wei-

terer Nazi-Aktivitäten gesehen werden muß. In Frankfurt glauben wir mittlerweile nicht mehr an „Zufälle“.

Die Broschüre ist für 2,- DM erhältlich bei:

S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6000 Frankfurt/M 90

Fahndungsaufruf



Eine Belohnung von 15 000 DM hat die Staatsanwaltschaft Baden-Baden für Hinweise ausgesetzt, die zur Ergreifung des seit 1962 flüchtigen KZ-Arztes Dr. Aribert Heim führen. Heim, der besonders grausamer Verbrechen im KZ-Mauthausen als SS-Arzt beschuldigt wird, bezog bis vor kurzem hohe Einnahmen aus einem Westberliner Mietshaus (s. AK 148). „Die Mietergemeinschaft des Hauses hat jetzt eine Liste mit 950 Unterschriften an den Justizminister von Baden-Württemberg mit der Forderung geschickt, Heim anzuklagen und sein Haus zu beschlagnahmen“ (TSP 30.3.79).

Amtshilfe - Legalisierung einer illegalen Praxis

„Immerhin wäre bei einem systematischen Informationsgewinnungsverband Polizei — Verfassungsschutz ein Element des vom GG abgelehnten Gestapo-Systems, nämlich die umfassende, alle Bereiche erfassende und zugleich die Möglichkeiten einheitlich zentraler Auswertung nutzende Informationsgewinnung erhalten“ (G. v. Loewenich, Leiter der Abt. Innere Sicherheit im Bundesministerium für Inneres, nach „FR“, 17.4.79).

„Die Grundregel, nach der dieser riesige Geheimkomplex arbeiten darf, kann einem schon Angst machen: Intern freier Datenaustausch — im Rahmen der Aufgaben“; nach außen hin totale Nachrichtensperre“ (Prof. Steinmüller, n. „Die Neue“, 11.4.79).

Das treuherzige Warnen Loewenichs, der es besser weiß, kann nur als Zynismus bezeichnet werden. Denn dieses Verbundsystem existiert bereits seit Jahren. Die „Unklare Richtlinien“ vom 8.10.54 verpflichten die Polizei zur Zusammenarbeit mit dem BfV. 1971 waren die Beamten des Verfassungsschutzes bei der Erschießung Georg von Rauchs exekutiv tätig. All dies war bekannt und wurde in den letzten zwei Jahren durch neue Skandale bestätigt. Der Fall Traube, die zahllosen Wanzenauffänge des MAD in zivilen Bereichen, die Zusammenarbeit des VS mit dem BGS durch schwarze Listen über bekannte linke und demokratische Persönlichkeiten und vor kurzem die Enthüllung des „stern“ über die Postsachschneffeleien des BND in Westdeutschland waren Anlaß für Innenminister Baum, nun endlich den Sicherheitsapparat zu „durchforsten“.

... und wieder ein Skandal im Namen der Amtshilfe

An 23 Grenzübergängen der BRD wurden dem BGS Kameraausrüstungen durch den BND zur Verfügung gestellt, um Pässe von Reisenden zu

fotografieren. Daß hierbei nicht nur Auslandsespionage, die eigentliche Aufgabe des BND, betrieben wurde, machte die geheime Anordnung: Sonderanordnung Grenzkontrolle (So-Gk) deutlich. Im Abschnitt 2.1.3. heißt es, daß alle Reisenden erfaßt werden, „die wegen ihrer politischen Aktivitäten oder ihres Reisezwecks bedeutsam erscheinen“ („stern“, 17/79).

Während Baum bei früheren Enthüllungen über die illegalen Praktiken der Dienste noch beschwörend feststellte: „So wie bisher darf es nicht weitergehen“ („Spiegel“, 12.2.79) wird die Zusammenarbeit des BGS und des BND heute nicht mehr in Frage gestellt. Der Geheimdienstkoordinator Schüller vom Bundeskanzleramt behauptete: „Niemand wird in seinen Rechten verletzt. Namen oder personelle Daten interessieren den BND in diesem Zusammenhang überhaupt nicht“ („Welt“, 17.4.79). Und folgerichtig stehen daher auch nicht diese Praktiken der Verzahnung von Exekutivorganen im Mittelpunkt der Kritik Schüllers, sondern er beklagt sich: „Es ist nicht gut für die Arbeit unserer Dienste, wenn sie einem zu sehr von Extremen geprägten Wechselbad öffentlicher Diskussionen ausgesetzt sind“ („Welt“, 17.4.79). Innenminister Baum erklärte: „Wenn diese Überwachung für unsere Sicherheit unverzichtbar ist, dann müssen die Apparate an alle Grenzstationen — oder die Argumente für die Kontrollen sind gar nicht so stichhaltig“ („stern“, 17/79).

Daten werden weiter gesammelt — und der Datenschutzbeauftragte wird elegant abserviert

Verbessert werden soll in Zukunft die unsystematische und wahllose Datensammlung durch den BGS. Daher beschloß am 29.3. eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Richtlinien für die

Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen“ („FR“, 17.4.79). Diese ungesetzlichen Datensammlungen sollen dazu beitragen, den „Beamten des BGS klare rechtliche Maßstäbe und die absolute Gewißheit rechtsstaatlicher Aufgabenerfüllung zu vermitteln“ („Welt“, 17.4.79). Das heißt nichts anderes, als daß diese illegalen Praktiken im nachhinein legalisiert werden und die BGS-Beamten aus der Grauzone der Verfassungswidrigkeit unversehens wieder auf rechtsstaatlichem Boden stehen. Legalisierung und Effektivierung sind dabei perfekt aufeinander abgestimmt. In den Richtlinien heißt es unter anderem: „daß Übermittlungsbegehren anderer Polizeidienststellen begründet werden müssen. Die übermittelnde Polizeidienststelle ihr „its hat die Zuständigkeit der anfragenden Stelle für die Aufgaben zu prüfen, für die abgefragte Daten benötigt werden“ („FR“, 17.4.79). Das bedeutet im Klartext, daß sich Exekutive und Geheimdienste gegenseitig die Notwendigkeit der Datenüberprüfung nur bestätigen sollen.

Über diese Praktiken des BND, d.h. die wahllose und unkontrollierbare Speicherung und Verwertung der Daten von Tausenden von Bürgern, zeigte sich auch der Bundesdatenschutzbeauftragte, Hans-Peter Bull, empört. Damit setzte sich Bull in Widerspruch zu seinem Dienstherrn Baum, der lapidar erklärte: „es werde weiter fotografiert“ („Welt“, 14.4.79). Diese Kontroverse führte zu einer Diskussion um die Rolle des Datenschutzbeauftragten im Bundesinnenministerium. Denn solche Kontroversen können offener geführt werden, „wenn der Datenschützer nicht gerade dort — wenn auch nur organisatorisch — angebunden ist“ („Welt“, 18.4.79). Und es wurde laut nachgedacht: „Im Innenministerium erinnert man sich jetzt an ursprüngliche Überlegungen, den Datenschutzbeauftragten völlig unabhängig vom



BGS beim Ablichten von Pässen. Foto aus: „Die Neue“

Innenministerium, etwa beim Deutschen Bundestag, anzusiedeln“ („Welt“, 17.4.79). Eine solche Regelung wird auch von Bull begrüßt. Allerdings ist eine Zuordnung zum Bundestag nur scheinbar die demokratischere Alternative. Denn gesetzliche Regelungen über die Datenbehandlung durch die Geheimdienste existieren nicht, und der einzige Ansprechpartner für den Datenschutzbeauftragten ist dann der Chef des Bundeskanzleramtes und Geheimdienstkoordinator Schüller, der die Informationen nach Belieben filtern kann.

Richtiger ist es wohl anzunehmen, daß dem Kritiker Bull eine scheinbar

demokratische Alternative angeboten wurde, um ihn aus dem Innenministerium herauszubekommen, denn „als Regierungsorgan hat der Datenschutzbeauftragte heute beinahe uneingeschränkte Akteneinsicht. Als Organ des Parlaments nicht ohne weiteres“ („Welt“, 18.4.79). Eine solche Panne, nämlich daß Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen der Geheimdienste entstehen können, soll wohl in Zukunft vermieden werden. So weit geht die Amtshilfe zwischen Datenschutzbeauftragtem und Innenministerium nun doch nicht.

Antifa-Kommission Hamburg

Kurzmeldungen

Prügelpolizist in Köln zu 2.000 DM Strafe verurteilt

In Köln ging nach drei Verhandlungstagen der Prozeß gegen den Polizisten Reiner Bohlmeier zu Ende. Er war beschuldigt worden, nach einer Demonstration gegen den Besuch des damaligen brasilianischen Staatspräsidenten Geisel zwei von sieben Festgenommenen geschlagen und getreten zu haben.

Im Anschluß an die Demonstration hatten noch zahlreiche Demonstrationssteine die Ankunft Geisels im Kölner „Gürtzenich“ beobachtet. Dabei floßen auch einige Farb- und Fäkalienbeutel auf die Kolonne und die Eskorte des Staatsgastes.

Die Polizei hatte sieben Antifaschisten willkürlich festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht, wo sie von Polizeibeamten mißhandelt wurden: Der Polizist Bohlmeier schlug und trat einen Mann und eine Frau; andere Beamte beschmierten die Festgenommenen mit dem Inhalt der Fäkalienbeutel.

Anschließend erhielten die Festgenommenen noch Strafanzeigen wegen Widerstands, Körperverletzung und Landfriedensbruch.

In dem Prozeß standen nun die Aussagen von drei der Festgenommenen, die den Beamten bei einer Gegenüberstellung unabhängig voneinander erkannt hatten, gegen die Unschuldbehauptungen des Polizisten und die Aussagen seiner Kollegen, die natürlich alle nichts gesehen haben wollten. Aus eben diesem Grund konnten sie ihn aber auch nicht entlasten, so daß der Verteidiger die Glaubwürdigkeit der Zeugen zu erschüttern versuchte. Auf seinen Antrag hin wurde der Leiter der Politischen Polizei, Baldrich, geladen. Dieser behauptete, zwei der Zeugen seien Mitglieder oder Befürworter „der Gewaltfreien Aktion“ (eine kirchliche Einrichtung). Die Quelle seines dienstlichen Wissens wollte er nicht nennen, vermutlich um seinen Spitzel nicht zu gefährden.

Das Gericht hob schließlich in seiner Urteilsbegründung hervor, daß es wohl wisse, welche politische Meinung die Zeugen hätten, jedoch sei das allein kein Grund, an ihrer Glaubwürdigkeit zu zweifeln.

Aus formalen Gründen überschritt das Gericht in seinem Urteil den Strafantrag des Staatsanwaltes und verurteilte den Bullen wegen Körperverletzung im Amt zu einer Geldstrafe von insgesamt 2.000,- DM.

Antifa-Kommission NRW

Kurzmeldungen

Mal was anderes: Bullen als Zuhälter

Wie sich Bullen Quellen für einen Nebenverdienst aufzuteilen, ist doch recht bemerkenswert. Einige Beispiele von Zuhälterei spiegeln nur einen kleinen Ausschnitt der gesamten Bandbreite von Bullenkriminalität wider.

In Hildesheim wurde ein 28-jähriger Kriminaloberkommissar vom Dienst suspendiert, weil er für seine Frau Treffs vermittelt und dabei beträchtliche Summen kassierte. Außerdem trieb er einen regen Handel mit Pornoschriften und pornografischen Darstellungen seiner Frau. Es gipfelte darin, daß seine Kollegen eine ganze Kunden- und Versandkartei beschlagnahmen mußten („Abendpost“, 16.3.79).

In einem weiteren Fall kassierte ein MEK-Bulle in Bremen monatlich 500,- DM von einer Prostituierten. Durch leere Versprechungen („Wir wollen zusammenleben und uns ein Haus kaufen“) zog er ihr das Geld aus der Tasche. Als der Bulle zu seiner Familie zurückkehrte, ging die Frau zur Polizei. Der Bulle wurde jedoch mit der bemerkenswerten Begründung freigesprochen, daß bei einem Monatsverdienst von 12.000,- DM die Lebensführung der Prostituierten nicht erheblich beeinträchtigt worden sei.

Selbst bei Schlachten um Zuhälterreviere mischten Bullen kräftig mit, wie es in Westberlin der Fall war. Gegen vier Schlägerbullen wurden

Kurzmeldungen

zwar Disziplinarverfahren eingeleitet, von einer Verurteilung ist jedoch nichts bekannt („FR“, 22.10.76).

Ein gern geschehener Gast schien auch ein leitender Bulle bei einem Göttinger Zuhälter zu sein. Der Bulle soll einen Kredit über mehrere tausend DM kassiert haben („MoPo“, 25.4.75).

Auch in Hamburg scheinen Bullen einen engeren Kontakt zu den Damen der Straße zu haben: Ein Kraftfahrer soll wegen seines GdP-Aufklebers an der Windschutzscheibe fast jedesmal bei den Damen 40 % „Liebesrabatt“ bekommen haben („Bild“, 19.12.78).

Gute Erfahrungen mit „Visitenkarten“ von Bullen??

Kritik an dem Westberliner FDP-Vorschlag, daß Bullen Namensschilder an ihren Uniformen tragen sollen, äußerte der GdP-Vorsitzende Schirmmacher. Es dürfe nicht angeden, daß einerseits Demonstranten sich verummten, Polizisten aber durch Namensschilder kenntlich seien und dann „später ungerechtfertigten Anschuldigungen(!) oder Verfolgungen(!) ausgesetzt würden“. Als ob es nicht gerade Demonstranten sind, die immer wieder kriminalisiert werden! In dem Zusammenhang entblödete Schirmmacher sich nicht zu meinen, daß mit den „Visitenkarten“ der Bullen doch bisher „sehr gute Erfahrungen“ gemacht worden seien ...

Antifa-Kommission Hamburg

Wo zwei zusammenstehen ist eine verbotene Versammlung

Heutzutage scheint es kaum mehr möglich zu sein, sich zu mehreren oder auch alleine an einem Ort längere Zeit aufzuhalten — einfach so, ohne daß sich jemand was besonderes dabei denkt.

Nein, man/frau erscheint als auffällig, gerät in Verdacht, muß sich sogar wie in diesem Fall eine vorgehaltene Maschinenpistole gefallen lassen. Passiert ist das ganze während eines Ferienjobs, einer Verkehrszählung der Frankfurter Verkehrsbetriebe. Einige Zähler/innen standen also an einem Tag an der Jahrhunderthalle, in der Nähe der Farbwerke Höchst, auf einem freien Feld — und das war zu auffällig.

Morgens kam der Werkschutz und wollte wissen, „was wir hier zu suchen hätten; wieso wir keine Ausweise vom FVV hätten“.

Gegen Mittag bekamen wir nochmal Besuch — diesmal von den Bullen: Sie fuhren direkt an unser Auto, sind sofort ausgestiegen — einer mit direkt auf uns gerichteter MP, der andere mit Pistole. Sie verlangten die Autopapiere und den Personalausweis der Fahrerin. Und genau einen Tag später ist dasselbe nochmal passiert: wir standen sechs Stunden auf einem Parkplatz vor einem Laden in der Innenstadt von Spredlingen. Diesmal saßen wir zu fünft im Auto. Zwei Bullen verlangten mit der Begründung — Fahrzeugkontrolle — von allen die Ausweise.

Dabei wurde einer, der sich nicht ausweisen konnte, ca. eine Stunde auf der Wache festgehalten.

Diese totale Kontrolle und Überwachung ist gültiges Polizeirecht.

Sperrvermerke? - Wozu denn, wenn's auch einfacher geht?!

Im Lande kaum beachtet wurde im November 1978 das Bundespersonal-ausweis (BPA) — Gesetz novelliert (erneuert), wonach die Meldebehörden in Personalweise Sperrvermerke eintragen können, die dem Besitzer/der Besitzerin die Ausreise aus der BRD verwehren sollen. Die Länderinnenbehörden haben inzwischen Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz erlassen. Danach reichen die Gründe für einen solchen Sperrvermerk (= pfenniggroßes Dienstsiegel auf der zweiten Seite und ein Stempel: „§ 2 Abs. 2 PAuswG“ auf Seite 8 des Ausweises) vom „Verdacht der Gefährdung der inneren Sicherheit der BRD“ bis hin zu Steuerschulden und ausstehenden Unterhaltszahlungen an Frauen und Kinder.

Kritische Juristen, wie die Datenschutzbeauftragten der Länder Bayern und Hessen, Prof. K. Stollreither und Prof. S. Simitis wie die Rechtsprofessoren Denninger und Erichsen, haben mit großer Vehemenz darauf aufmerksam gemacht, daß eine solche Eintragung in den BPA die Grundrechte der Bürger einschränkt. So kann jemand beispielsweise bei der Eröffnung eines Kontos oder bei der Anmietung einer Wohnung oder eines Hotelzimmers in arge Schwierigkeiten kommen, weil bei Vorlage des Ausweises dieser Sperrvermerk wie ein „Kainszeichen“ Mißtrauen erweckt und den Verdacht aufkommen läßt: „Terrorist!“

Bundesinnenminister Baum und die Länderinnenminister aus Nordrheinwestfalen und Hessen, Hirsch und Gries (alle FDP), machten sich diese Kritik zu eigen (nachdem sie vorher die Eintragung von Sperrvermerken verfügt hatten): Sie schlugen vor, künftig wie bisher „nur“ solchen Bürgern die Ausreise zu verweigern, nach denen polizeilich gefährdet wird, nicht jedoch Steuersäumigen u.ä. Gries und Hirsch verfügten sogar einen generellen Stopp der Sperrvermerkeintragungen, allerdings zeitlich begrenzt bis zur nächsten Innenministerkonferenz, auf der diese Frage geklärt werden soll („FR“, 28.3.79).

Baum argumentiert damit, daß der „Sicherheitspolitische Nutzen“ (Fahndung) des Sperrvermerks derzeit nicht den „rechtsstaatlichen Kosten“ ent-

spricht (Einschränkung von Grundrechten: freie Persönlichkeitsentfaltung und Schutz der Menschenwürde) und will mit der Einschränkung dieser Praxis vermeiden, daß ähnlich wie bei den Berufsverboten massiver Unmut in der Bevölkerung entsteht („FR“, 26.3.79).

Die Kritik der Rechtsprofessoren richtet sich im Kern nicht gegen eine Überprüfung schlechthin, sondern lediglich gegen die Praxis des Sperrvermerks, weil er für jedermann/frau sichtbar quasi als „Kainszeichen“ im Ausweis steht.

So kritisiert Prof. Simitis die Tatsache, daß mit dem Sperrvermerk Stellen von Daten Kenntnis erhalten, die sie überhaupt nichts angehen. Gleichzeitig besteht er jedoch dem Staat das Verfolgungsinteresse zu („FR“, 24.3.79).

Prof. Denninger machte neben seiner Kritik den Vorschlag: „Einfacher wäre es, man würde an Grenzübergangsstellen so verfahren, wie man es auf Flugplätzen ohnehin mit den Reisepässen macht: fotoelektronisch abfragen, ob gegen den Ausweisbesitzer etwas vorliegt“ („FR“, 24.3.79). Ein solches Kontrollverfahren würde voraussetzen, daß die nicht-polizeilichen Fahndungsdaten in den Polizeicomputer eingegeben werden, welcher ja bei Grenzübergängen befragt wird. Hier trifft sich Denningers Vorschlag mit dem Hinweis Baums, daß 1981 der jetzige Personalausweis ohnehin durch eine Identitätskarte ersetzt werden soll, die dann eine fotoelektronische Überprüfung an der Grenze ermöglicht, ohne daß beispielsweise ein Wohnungsvermieter über einen offenen Sperrvermerk mißtrauisch werden kann.

Eine solche Entwicklung wäre ein Beispiel dafür, wie die SPD/FDP-Regierung eine Einschränkung der Bürgerrechte teilweise zurücknimmt, sich damit an die Spitze des Protestes setzen kann (Bundestagswahlen sind nicht mehr fern), gleichzeitig jedoch ein effektiveres und saubereres Kontrollsystem entwickelt, welches nach den Wahlen verwirklicht werden kann.

Antifa-Kommission Hamburg

Prozeß gegen die Rechtsanwältin Köncke und Rogge

Da die Rechtsanwältin Petra Rogge und Rainer Köncke mit Rechtsanwalt Groenewold in einem Anwaltsbüro zusammenarbeiten, stehen sie seit dem 26.3.79 vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, „für die von der RA Groenewold errichtete Info-Zentrale Räume, Papier und Fotodruckmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und dadurch eine kriminelle Vereinigung unterstützt zu haben.“ (FAZ, 24.3.79). In der Anklageschrift heißt es weiter, sie hätten „Schreiben der inhaftierten führenden Mitglieder der kriminellen Vereinigung Baader-Meinhof, in denen die inhaftierten versuchten, den kriminellen Zweck der Vereinigung mittels Agitation, Disziplinierung und Befehlen sowie mit umfangreichen Schulungsprogrammen weiterzuverfolgen, als Verteidigerpost entgegenzunehmen, vervielfältigt und die Vervielfältigungen als Verteidigerpost an die in anderen Haftanstalten einsitzenden Mitglieder der kriminellen Vereinigung weitergeleitet“. Bekanntlich ist dies nicht der erste Versuch, die Verteidigertätigkeit dieses Büros durch Anklage der Justiz lahmzulegen. Mitte letzten Jahres war Rechtsanwalt Groenewold wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung in einem besonders schweren Fall“ zu 2 Jahren Gefängnis auf Bewährung und 75.000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Von entscheidender Bedeutung – gerade auch für den jetzigen Prozeß – ist die Feststellung des OLG Hamburg in dem Urteil gegen Groenewold, daß das angeklagte sog. InfoSystem grundsätzlich legale Verteidigertätigkeit gewesen ist. Damit war klargestellt, daß der organisierte Austausch von Informationen und Diskussionspapieren zwischen den inhaftierten RAF-Mandanten und ihren Anwälten zu den rechtmäßigen Aufgaben eines Verteidigers gehört. Lediglich einzelne Briefe hatte das OLG davon ausgenommen, da sie dem „staats- und verfassungsfeindlichen Selbstverständnis“ der Mandanten gedient hätten. Zu Recht wiesen die angeklagten Anwälte deshalb darauf hin, daß die Vorwürfe gegen sie – die zudem auf der Annahme einer Kontaktschuld beruhen – in eklatantem Widerspruch zu diesem Urteil gegen Groenewold stehen.

Zu Beginn des 1. Verhandlungstages stellten die Verteidiger 2 Anträge (Petra Rogge wird von den Hamburger Rechtsanwältinnen Günemann und Renate Eckholdt vertreten; Köncke von den auswärtigen Anwälten Kruse und Maigünther.). RA

Kruse beantragte die im Büro beschlagnahmten Fotokopien der Verteidigerpost aus den Strafakten zu entfernen. Er begründete dies sowohl mit dem Urteil des OLG, als auch damit, daß diese Post grundsätzlich dem Verteidigergeheimnis unterliege. RAin Eckholdt stellte den Antrag, 12 (noch übriggebliebene) Telefongespräche zu löschen. Damals war – auf richterlichen Beschluß – das Telefon abgehört und alle Telefongespräche, trotz gegenteiliger Versicherung, daß der normale Anwaltsbetrieb ausgeschlossen sei, aufgezeichnet worden; insgesamt ca. 20.000 Gespräche. Die Anwältin stellte dar, daß für die 12 noch nicht gelöschten Gespräche deshalb Beweisverbot bestehe, da sie zu einer Zeit aufgenommen wurden, als Mandatsverhältnisse noch bestanden.

Der 1. Antrag wurde abgelehnt, die Entscheidung über den 2. zunächst zurückgestellt.

Die Begründung des Gerichtes machte klar, daß es gewillt ist, einen harten Kurs zu steuern: Das Gericht fühle sich nicht an die Entscheidung des OLG Hamburg gebunden; da die Verteidigerpost einmal zu recht beschlagnahmt worden ist, könne sie auch weiter verwandt werden. Diese Begründung ist deshalb so wichtig, weil im Fall des RA Croissant das OLG Stuttgart das Info-System insgesamt kriminalisiert hatte.

Unmittelbare Folge dieser Entscheidung war, daß die folgenden Verhandlungstage im wesentlichen damit gefüllt waren, die beschlagnahmten Schriftstücke zu verlesen: Darunter diverse Vorschläge der Mandanten für den Aufbau eines Archivs, Aktennotizen, Briefwechsel zwischen Groenewold und Croissant bis hin zu Flugblättern und politischen Statements politischer Gruppierungen. Darin war dann auch u.a. davon die Rede, daß dieser Staat „gestürzt“ werden muß, daß der „bewaffnete Kampf hier und heute geführt werden muß“ usw. .

Man sollte nicht verkennen, daß allein das Verlesen dieser Papiere – aus dem gesamten damaligen Zusammenhang herausgenommen – geeignet ist, bei den Schöffen bzw. den Richtern einen negativen Eindruck zu erwecken bzw. zu bestätigen nach dem alten Motto: Irgendwas muß schon dran sein an der Verbindung der Anwälte mit den „Terroristen“. Darüber sollte auch nicht der bisweilen flockige Plauschton des Vorsitzenden Richters Schenk hinwegtäuschen.

Zudem befindet sich Groenewold, der als einziger Zeuge für die Angeklagten aussagt, in einer mißlichen Situation: Er hätte zwar die Möglichkeit und das Recht gehabt, die Aussage zu verweigern, hätte dann aber in Kauf nehmen müssen, daß dies zu Lasten der Angeklagten geht in dem Sinne, daß ihnen eine Mitverantwortung an dem Info-System angelastet wird.

Die Anklage, wut' der Staatsschutzbehörden gegen dieses Büro hat sich aber in der Vergangenheit keineswegs „nur“ auf die gerichtliche Verfolgung der Anwälte beschränkt. Nicht nur eine dort arbeitende Referendarin erhielt eine Anklage wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“, sondern ebenfalls die dort arbeitende Anwaltsgehilfin. Zwar wurden die Verfahren in beiden Fällen eingestellt, aber auch diese Verfahren sollten sicherlich dazu beitragen, „Berührungspunkte“ entweder zu schaffen oder zu verstärken. Der Prozeß gegen die beiden Anwälte läuft gegenwärtig unter weitgehender Mißachtung durch die Öffentlichkeit. Das sollte nicht so bleiben!

Nächste Verhandlungstage:
2. und 3.5., 9 Uhr, Saal 237
Strafjustizgebäude

IKAH/Hamburg

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Arndt Müller und Armin Newerla

Am 3.4. begann in Stuttgart-Stammheim der Prozeß gegen die Rechtsanwältin Arndt Müller und Armin Newerla. Der Prozeß findet in demselben „Mehrzweckgebäude“ statt, in dem – laut Anklageschrift – RA Müller angeblich aus seiner Handakte Pistolen geholt und an Andreas Baader und Jan-Carl Raspe übergeben haben soll, und wird praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt: Prozeßbesucher werden nur einzeln eingelassen, der Paß wird eingezogen und abgesehen (für die „Verbrecher“-Kartei von Rebmann & Co.), Frau wird von zwei Beamtinnen in eine Kabine geführt und nach Waffen (?) abgetastet (dabei wurden wir aufgefordert, die Hände an die Wand zu legen, und zwar an eine Stelle, wo eine Folie angebracht ist für Fingerabdrücke), und mit einer Metallsonde durchsucht. Eine Frau hätten sie fast drücke), und mit einer Metallsonde durchsucht. Eine Frau hätten sie fast gleich dort behalten und ihren Paß eingezogen, weil angeblich an einem DDR-Transit-Stempel aus dem Jahre 1975 irgendwas nicht stimmte.

Jetzt auch noch Gesichtskontrolle!

Im Zuschauerraum selber haben wir dann den Status von Zootieren: In einem Halbkreis um den Zuschauerraum ist eine Sitzreihe ausschließlich mit Bullen, die nicht den Prozeß, sondern die Zuschauer beobachten. Vorne sitzt rechts und links von den Angeklagten je ein Bulle, zur Überwachung der Gespräche mit den Verteidigern. Schließlich sitzt genau in der Mitte des Saals (zwischen Gericht und Zuschauern) ein Bulle auf einem Drehstuhl, der den ganzen Prozeß über die Mimik von Angeklagten, Verteidigern und Zuschauern kontrolliert!

Den Ausschluss der Öffentlichkeit hat die Bundesanwaltschaft in diesem Prozeß auch nötig, geht es ihr doch darum, mit der Aburteilung der zwei Rechtsanwältinnen

- den „Beweis“ zu präsentieren, daß Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe sich selbst umgebracht hätten;
- die Einführung der Kontaktsperre und Trennscheibe im Nachhinein zu legitimieren;
- das Verbot der politischen Verteidigung durchzusetzen;
- und alle Anwälte zu kriminalisieren, die noch bereit sind, Gefangene aus der RAF zu verteidigen.

In der Anklageschrift wird den Anwälten vorgeworfen, „von Sept. 76 bis zu ihrer Festnahme eine Vereinigung unterstützt (zu) haben, deren Ziel und Zweck es ist, Mord und Totschlag zu begehen“. Die RAF hätte vom Knast aus weitergearbeitet, und die Anwälte hätten die Verbindung aufrechterhalten mit neuen RAF-Mitgliedern draußen. Vorgeworfen wird ihnen „auffallend häufiger Besuch bei ihren Mandanten“ (!), was zusammen



mit Versand von Verteidigerpost als Begründung herhalten soll für die Behauptung, das Büro von RA Croissant sei „eine Infozentrale zur Unterstützung der RAF“ gewesen. Sie hätten RAF-Texte geschmuggelt und seien so beteiligt gewesen am Buch „Texte der RAF“, welches wiederum geeignet sei, die Bereitschaft anderer zu fördern, gegen diesen Staat zu kämpfen. Im Croissant-Büro hätten „Kuriere der RAF“ gearbeitet (bezeichnenderweise wollen ausgerechnet die „Kronzeugen“ Speitel und Hans-Joachim Dellwo höchstpersönlich diese „Kuriere“ gewesen sein), und die Anwälte sollen ihr Büro den „Unterstützern der RAF“ zur Verfügung gestellt und mit ihnen diskutiert (!) haben. Armin Newerla habe in Zellophantüten verpackten Sprengstoff in der Unterhose in den Knast geschmuggelt, Arndt Müller habe präparierte Handakten in den Knast geschmuggelt, Arndt Müller habe präparierte Handakten mit Pistolen und Kameras in den Stammheimer Gerichtssaal eingeschleust und dort den Angeklagten übergeben. Die Anklage lautet auf Vergehen nach § 129a und § 88a, außerdem fordert die Bundesanwaltschaft Berufsverbot (siehe dazu AK 151, S. 37).

Das gesamte Verfahren läßt sich eigentlich nicht mehr als Prozeß bezeichnen, sondern ist eine reine Farce: Der Vorsitzende Richter Foth und der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart haben bereits in das Urteil gegen Speitel und Dellwo hineingeschrieben, daß es erwiesen (!) sei, daß Müller und Newerla dies alles getan hätten. Erwiesen deshalb, weil Speitel und Dellwo entsprechende „Aussagen“ gemacht haben, und den beiden hat das Gericht – aufgrund ihrer politischen Erklärungen, wie und warum sie sich von der RAF „gelöst“ hätten – ausdrücklich Glaubwürdigkeit bescheinigt.

Da fürchtet sogar die „Süddeutsche“ um die Glaubwürdigkeit der Justiz: „... begnüge man sich im Verfahren gegen Speitel und Dellwo mit den Einlassungen der Angeklagten, die nicht nur sich, sondern vor allem auch Müller und Newerla belasteten. Man verzichtete darauf, die beiden derart beschuldigten Anwälte als Zeugen zu laden. ... Andere Zeugen kamen zu Wort, aber nur die, welche die Aussagen von Speitel und Dellwo bestätigten. Außerdem ordnete Eberhard Foth ... schon vor Beginn der Hauptverhandlung an, daß nur die Einlassungen der Angeklagten, nicht aber andere Aussagen protokolliert werden sollen. Wen kann es wundern, wenn die Anwälte von Müller und Newerla behaupten, dieses Wortprotokoll habe nicht in erster Linie der Wahrheitsfindung im anstehenden Prozeß dienen sollen, es sei vielmehr vorrangig zum Zweck der Verwertung im anschließenden Verfahren gegen Müller und Newerla erstellt worden“ („SZ“, 6.4.).

Die Befangenheitsanträge der Verteidigung wurden abgelehnt, ebenso wie die Anträge auf Entfernung der Polizei aus dem Gerichtssaal, und der Antrag der Verteidigung, die Sicherungsverwahrung zu entfallen und stattdessen RA Härdle und Feuerborn (zusammen mit RAin Schiele und RA Werschak) als 2. Wahlverteidiger einzusetzen (Es ist inzwischen üblich bei derartigen Verfahren, daß das Gericht von Anfang an eigene Pflichtverteidiger benennt, weil es davon ausgeht, daß die Wahlverteidiger irgendwann im Laufe der Verhandlung ausgeschlossen werden!). Auch die Anträge, das Durchsuchen von Verteidigern und Zuschauern zu unterlassen und ein Antrag auf Verlegung der Verhandlung in einen „normalen“ Gerichtssaal in Stuttgart wurden abgelehnt.

In einer mehrstündigen Erklärung lehnt.

In einer mehrstündigen Erklärung forderten die Anwälte die Einstellung des Verfahrens. Sie stellten dar, wie seit Jahren die Bundesanwaltschaft und die Meinungsgleichschalter in den ganzen überregionalen Medien eine Kampagne führen zur Kriminalisierung der Anwälte, die noch bereit sind, Leute aus der RAF zu verteidigen und sich für ihre Mandanten einzusetzen. Seit 1972 wird versucht, die Anwälte als „Komplizen“ hinzustellen oder sie zu zwingen, sich nicht mehr für ihre Mandanten einzusetzen (z.B. ein Sprecher des BKA in einer Boenisch-Kolumne in der „Bild-Zeitung“: Die Anwälte würden Zeugen präparieren, um Angeklagte zu entlasten; „sie verwahren Blanko-Vollmachten aller Bandenmitglieder, um diesen jederzeit juristischen Beistand leisten zu können“). In der „Welt“ vom 7.9.77 forderte Golo Mann: Sämtliche Vertrauensanwälte der RAF seien unter dem dringenden Verdacht der Komplizenschaft auszuschließen. Es solle nur noch Pflichtanwälte geben, und jeder Gefangene solle in einem anderen Gefängnis isoliert werden.

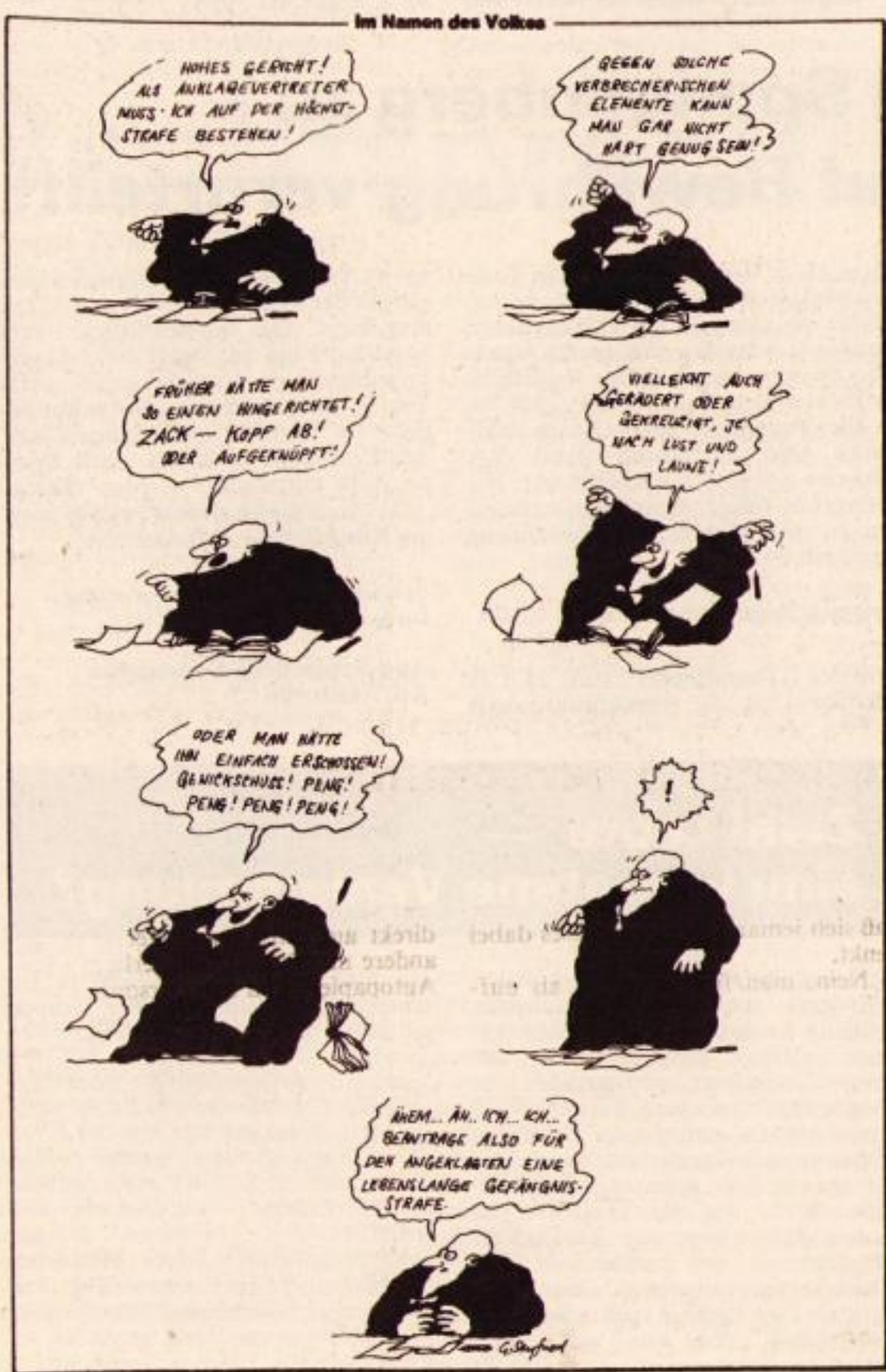
Erklärter Zweck der Kampagne gegen die Anwälte ist die Entsolidarisierung; schon Buback hatte gesagt, die Übernahme von RAF-Mandanten sei „nicht standesgemäß“.

In der „Welt“ vom 19.9.77 erklärte Schmidt sogar, die Anwälte der RAF seien in vielen Fällen „schlimmer als die Häftlinge selbst“!

Das ist der politische Hintergrund, auf dem der Prozeß seinen Sinn hat: Nach der Abrechnung mit der RAF ist die modelldesutsche Justiz jetzt übergegangen zur Abrechnung mit der politischen Verteidigung.

Für die sofortige Einstellung des Verfahrens!

Eine Genossin
aus Baden-Württemberg



Prozeß gegen die dpa-Besetzer

Seit dem 2.4. wird vorm Staatschutzsenat des Oberlandesgerichts die Besetzung des dpa-Büros im örtlichen dpa-Büro vom 6. November letzten Jahres verhandelt.

Die Besetzer wollten mit der Aktion öffentlich auf die lebensbedrohende Haftsituation von Werner Hoppe und Karl-Heinz Dellwo hinweisen. Bevor sie jedoch eine vorbereitete Erklärung über die dpa-Fernschreiber geben konnten, wurden 11 der Besetzer von über 200 alarmierten Polizisten festgenommen.

Die Justiz nutzt das gegenwärtig laufende Verfahren, um den Stempel der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ nun auch für unbewaffnete Aktionen einzuführen. Entscheidend für die Ausstellung des Haftbefehls und den Inhalt der Anklage gegen die dpa-Besetzer sind in erster Linie nicht Tatbestände wie Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung oder die Zerstörung von Fernmeldeanlagen, sondern „das Eindringen in das dpa-Büro und die Ausschaltung des dort befindlichen Personals ist eine Unterstützungshandlung zugunsten der terroristischen Vereinigung RAF (§ 129 a StGB), weil dadurch die Grundlage für eine weitere Propagierung der Ziele der RAF geschaffen wurde.“ (Zitat aus dem Haftbefehl).

Entsprechend der Anklage sind auch die gesamten Prozeßvorkundungen wie zu den größten „Terroristen“ prozessen getroffen worden.

Anfänglich hielt man während der Verhandlungstage eine Hundertschaft Polizei bereit, um dem Prozeß den notwendigen „Flair“ zu verpassen. Mit Absperrgittern und MP-bewaffneten Doppelposten war das gesamte Gerichtsgebäude abgeriegelt. Zwei Wasserwerfer standen ebenfalls bereit. Die Prozeßbesucher wurden einzeln eingelassen, ihre Personalien erfaßt, jeder einzelne körperlich durchsucht.

Derartige „sitzungspolizeiliche“ Maßnahmen sind natürlich geeignet, einen Großteil interessierter Menschen von vornherein vom Prozeßbesuch auszuschließen, da man, erst einmal unter durchsuchten Kategorien im BKA-Computer gespeichert, nicht sicher sein kann, ob nicht derartige „Erkenntnisse“ höchst unangenehme Folgen haben, beispielsweise bei Bewerbungen im öffentlichen Dienst. Alle diesbezüglichen Anträge der Verteidiger auf Herstellung einer unbeschränkten Öffentlichkeit wurden jedoch zurückgewiesen oder der Senat erklärte sich für unzuständig, da die Art der Kontrolle Sache der Polizei sei.

Überhaupt gewinnt man bei der Polizei sei.

Überhaupt gewinnt man bei diesem Prozeß den Eindruck, daß die wahren „Herren des Verfahrens“ nicht am Richtertisch, sondern in verschiedenen exekutiven Dienststellen sitzen. So ließ beispielsweise auch der kommissarische Leiter der Frauenhaftanstalt Frankfurt-Preungesheim verschiedene Anwälte nicht zu ihren Mandantinnen zwecks Prozeßvorbereitung, obwohl das Gericht diese Besuche genehmigt hatte. Was der Vorsitzende Richter anordnete, interessierte ihn überhaupt nicht; so der Knastdirektor. Maßgeblich für den Verteidigerbesuch sei lediglich die Anstaltsordnung mit ihren Besuchszeiten.

Von Anfang an ist die anwaltliche Tätigkeit im Verfahren behindert worden. Einige der Anwälte erhielten ihre Ernennung zum Vertrauensanwalt erst wenige Tage vor Prozeßöffnung, obwohl die Gefangenen ihre Briefe Wochen zuvor abgesandt hatten.

Anträge auf Prozeßunterbrechung; damit sich die Anwälte erst einmal mit ihren Mandanten besprechen und einarbeiten können, wurden vom Gericht zurückgewiesen.

Außerdem wurde jedem Angeklagten ein „Anwalt“ zugeteilt, der gar nicht das Vertrauen seines „Mandanten“ besitzt. Unter diesen Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft befindet sich u.a. der Frankfurter Anwalt Dieter Kion, ein Verteidiger von Angeklagten aus dem NS-Verfahren um das Vernichtungslager Majdanek. Genau der richtige Typ zur Sicherung eines „rechtsstaatlichen“ Verfahrens gegen Linke.

Ebenfalls interessant ist die Zusammensetzung auf der Richterbank. Zum Vorsitzenden des Staatsschutzsenates wurde der bisherige Vorsitzende bei der Pressekommission des Landgerichtes (Zivilgericht) ernannt. Eine in der hessischen Justiz bisher einmalige Ernennungspraxis. In Stammheim wurde einmal ein gewisser Prinzing auf ähnliche Weise zum Senatsvorsitzenden ...

Teilweise sind auch unzuständige Richter am Verfahren beteiligt. So unterschrieb der (ebenfalls zur Verfahrenssicherung anwesende) „Ersatzrichter“ Bombe (!) den Eröffnungsbescheid, ohne Mitglied des Senats zu sein.

Das Gericht garantiert dafür, daß das Verfahren im Staatsschutzsinn bestens funktioniert:

„Nach dem zweiten Verhandlungstag sollen die Frauen - zurück im Knast in Preungesheim - sich für die körperliche Durchsuchung entscheiden. Sie weigern sich, werden daraufhin gemeinsam eingesperrt. Gegen 21.00 Uhr stürmt ein Polizeirockkommando in „Amtshilfe“ den Raum und die Gefangenen werden einzeln in ihre Zellen geschleppt. Als sie sich weigern, vor den Zellen ihre Kleidung abzulegen, werden die einzelnen zusammen geschlagen. Folge: Prellungen, Blutergüsse, Schürfwunden; auch am Kopf. Rosi Prieß wurde dermaßen gewürgt, daß ihr das Zungenbein brach! Eine Verletzung, wie sie normalerweise bei Erdrosseln und Erhängen eintritt.“

Das Gericht zeigte keine Bereitschaft, den Vorfall zu untersuchen; denn das Gericht sei keine Ermittlungsbehörde, die Aufklärung der Vorgänge sei vielmehr Sache der Staatsanwaltschaft. Die kommentierte in Person von Oberstaatsanwalt Eckert so: „Wenn Beamte ständig als Schweine und Bullen bezeichnet werden, kann man verstehen, daß die Polizisten den Angeklagten nicht wohlwollend entgegengetreten.“

Als die Zuschauer protestierten, wohlwollend entgegengetreten.“

Als die Zuschauer protestierten, ließ Richter Hahn den Saal von der Polizei mit Schlagstockeinsatz räumen.

Unter der Überschrift „Zirkus vor Gericht“ stellt der abgehalfterte Fernseh-Quiz-Master und derzeitige FAZ-Lokalredakteur Erich Helmsdorfer in einem Kommentar Überlegungen an, „Verteidigern, wenn sie vom Staat bezahlt werden, künftig das Tageshonorar zu kürzen, falls von ihnen ein Prozeß über Gebühr verzögert wird.“

Gleichzeitig empfiehlt er gegenwärtig den Pflicht (Staatschutz)verteidigern die Gebühren zu erhöhen, „weil sie wohl oder übel mitstrapaziert werden“. Die FAZ-Einpeitscher empfehlen dem Gericht eine kurze knallharte Aburteilung der Angeklagten, denn „die propagandistisch wirkende Bühne der Gerichte darf für Zirkusvorstellungen nicht übersehen werden.“

KB/Gruppe Frankfurt

Buback-Nachruf: Freisprüche wieder aufgehoben

Nachdem es schon fast so schien, als ob die Justiz die Verfolgung des Nachdrucks des nun schon über 2 Jahre alten Göttinger Buback-Nachrufs aufgegeben hätte (Freisprüche vor allem in Westberlin, Bremen und Oldenburg) belehrte uns das Oberlandesgericht Köln eines Besseren: Es hob die vom Bonner Landgericht ausgesprochenen Freisprüche gegen einen Teil der 35 Bonner Nachdrucker in einer Revisionsverhandlung auf und verwies die Sache zurück an andere Kammern des Bonner Landgerichtes. Nachdem nun alle Ebenen der Justizhierarchie vom Amtsgericht bis zum Ober-Landesgericht (OLG) mit sich total widersprechenden Urteilen von Freispruch bis 6 Monate Knast durchlaufen sind, gehts jetzt in die 4. Runde im Bonner Nachdrucker-Verfahren.

Bemerkenswert die Argumentation der Oberen Landrichter aus Köln, mit der sie das Landgerichtsurteil aufhoben: Das Vorwort, in dem wir den Zweck der Veröffentlichung, nämlich Unterstützung des angegriffenen Asta und Dokumentation des Nachrufs, dargestellt hatten, sei nicht genügend untersucht worden. Nicht allein auf den Wortlaut eines Textes - so das OLG - komme es an, sondern für die Beurteilung, ob eine Straftat vorliegt, müsse auch zwischen den Zeilen gelesen werden. „Der Staat wird durch die Wiedergabe beschimpfender Äußerungen, die der Wiedergebende sich zu eigen macht, und sei es nur zwischen den Zeilen, ebenso verunglimpft wie durch die wiedergebende Äußerung selbst. Das Grundrecht der freien Meinungsäußerung findet hier seine Grenze“ (Zitat aus dem Urteil).

Wer will aber nun, fragt man sich da, entscheiden, was zwischen den Zeilen steht? „Unser“ Gesetzbuch gibt da den Richtern einen wahren Meister seines Faches zur Unterstützung: den sog. Durchschnittsleser. Was dieser in seiner aufmerksamen und einsichtsvollen Art denkt und schlussfolgert, das hat eherne Gültigkeit. „Die Frage, ob der Wiedergebende sich die Äußerung zu eigen gemacht hat, ob er also selbst den objektiven Tatbestand des § 90a StGB erfüllt hat, ist nur danach zu beurteilen, wie die Äußerungen auf den Durchschnittsleser wirken und von ihm verstanden werden.“ Nur schade, daß dieser Herr Durchschnittsleser gar keine konkrete Figur ist, sondern nur dem Hirn des sog. „Gesetzgebers“ (schon wieder solch eine ominöse Gestalt) als abstrakter Profi-Begutachter entspringen ist. Kurzum: Was der „Durchschnittsleser“ denkt oder besser: zu denken hat, das bestimmt das Gericht.

In unserem Fall ordnet nun das OLG an, daß, wenn schon eine Verunglimpfung des Staates im Wort-

laut nicht nachzuweisen ist, gefälligst der „Durchschnittsleser“ auch zwischen die Zeilen zu gucken hat. Suchet und ihr werdet finden!

Einmal auf dieser Ebene freier Interpretation angelangt, sollte es nach Ansicht des OLG auch nicht mehr schwer fallen, den Angeklagten den nötigen Vorsatz nachzuweisen, denn so das Urteil: „Es würde also ausreichen, daß die Angeklagten mit der Möglichkeit rechneten, der Buback-Nachruf werde als Beschimpfung der Bundesrepublik und ihr Flugblatt als Übernahme der Beschimpfung verstanden, und diese Möglichkeit billigend in Kauf nahmen.“

Diese ganze Urteilsbegründung liest sich wie ein Wink mit dem Zaunpfahl an die untergeordnete Ebene Landgericht, nun doch die 35 Bonner zu verurteilen.

Die Gefahr ist damit momentan groß, daß nach den Freisprüchen in den „Prominentenprozessen“ in Berlin, Bremen, Oldenburg die Justiz sich nun in Bonn revanchiert und damit ihrer nunmehr über 2 Jahre dauernden Kampagne doch noch einen krönenden Abschluß gibt. Ein rechtskräftiges Urteil auf der Basis der zitierten OLG-Auffassung würde gerichtskundig die Meinungsfreiheit ein weiteres Stück einengen.

B. und U., „Gruppe 35“, Bonn

Prozesse wegen Anti-Schah-Demonstrationen

Am 9. und 16. Dezember vergangenen Jahres verbot die Hamburger Polizei Demonstrationen zur Solidarität mit dem Kampf des iranischen Volkes, zu denen u.a. die BUNTE LISTE aufgerufen hatte. Die Protestversammlungen und Straßendiskussionen, die daraufhin in der Innenstadt stattfanden, löste die Polizei (und am 9.12. auch der Bundesgrenzschutz) mit erbarmungslosen Knüttel-Einsätzen und Greiftrupps auf: Am 9.12. wurden 92 Schah-Gegner festgenommen, am 16.12. waren es 126. Diese Festnahmen beginnen jetzt eine Welle juristischer Verfolgung nach sich zu ziehen. Uns sind bislang folgende Fälle bekannt:

- + Ein Bußgeld-Bescheid über 100 DM wegen Flugblatt-Verteilens (16.12.);
- + Ein Bußgeld-Bescheid über 150 DM wegen Tragens eines Trans-

- parents (16.12.);
- + Ein Strafbefehl wegen Beschimpfen eines Polizisten (Höhe unbekannt);
- + Ein Strafbefehl mit 35 Tagessätzen zu je 30 DM (=1.050 DM), weil einem Polizisten ein Bein gestellt und Widerstand gegen die Festnahme geleistet worden sein soll (16.12.);
- + Ein Strafbefehl mit 50 Tagessätzen zu je 40 DM (=2.000 DM), weil einem Polizisten gegen das Knie getreten worden sein soll (9.12.);
- + Ein Ermittlungsverfahren wegen versuchter Gefangenenerleichterung (16.12.);
- + Eine Anklage wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt (9.12.), über die bereits am 14.5. der Prozeß stattfinden soll.

Gegen die Bußgeldbescheide und

Strafbefehle ist von den Betroffenen Einspruch eingelegt worden, so daß es hier auch bald zu Gerichtsverhandlungen kommen wird. Es ist im übrigen davon auszugehen, daß die genannten Fälle erst den Anfang einer zu erwartenden Prozeßlawine darstellen. Wir möchten alle, die von juristischen Verfolgungen betroffen sind oder die von anderen Fällen Kenntnis haben, auffordern, sich mit ihren Informationen an das BUNTE LISTE-Büro (Tel.: 43 21 71) oder an das Rechtsanwaltsbüro Maeffert/Schärmer (Tel.: 39 16 15/4) zu wenden. Zu den Prozessen und für die Öffentlichkeitsarbeit darum wird eine Unterstützungsgruppe gebildet, für die ebenfalls noch Mitarbeiter(innen) gesucht werden.

(aus: BUNTE LISTE ZEITUNG, Nr.5, April/Mai 79)

Rechtsanwalt Spangenberg zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt!

Gegen Rechtsanwalt Spangenberg wurde vor ca. einem Jahr ein Berufsverbot für alle Strafverfahren ausgesprochen. Dieses Urteil wurde dann zunächst auf das Verbot der Verteidigung in Staatsschutzprozessen eingeschränkt. Jetzt, im dritten Anlauf, wurde Rechtsanwalt Spangenberg zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Gleichzeitig wurde das Berufsverbot vollständig aufgehoben.

RA Spangenberg hatte anlässlich eines Hungerstreiks der Gefangenen aus der »Bewegung 2. Juni« als Anwalt von Fritz Teufel im April 77 eine Erklärung an die Presse versandt, die von den Gefangenen verfaßt war und so endete: »Den Widerstand bewaffnen; den antiimperialistischen Kampf führen: gegen Faschismus und bürgerliche Gewalt - bewaffneter Kampf - wir werden siegen.«

Das, so das Gericht, sei Werbung für eine terroristische Vereinigung. »Strafversäumnis« sei gewesen, daß durch die Veröffentlichung in der »Berliner Morgenpost« ein Großteil der Westberliner Bevölkerung erfahren habe, daß die terroristische Vereinigung weiter ihre Ziele verfolge (»TAZ«, 18.4.79).

Aber an Springers »Morgenpost« »verständigt« sich so leicht natürlich kein Gerichtshof der Klassenjustiz, an den Veröffentlichungen dieser Zeitung sind offensichtlich die fortschrittlichen Anwälte schuld. Wie andere Urteile gegen Verteidiger, so dient auch dieses zur Einschüchterung und Kriminalisierung fortschrittlicher, engagierter Verteidigung.

So wurde Rechtsanwalt Panka im Prozeß gegen den »2. Juni« unterbro-

chen, als er Beweisanträge zum Tode von Holger Meins stellte, nach dessen Tod ja das Attentat auf v.Drenkmann stattfand: »Denken Sie an Rechtsanwalt Spangenberg«, so der Vorsitzende Richter Gaus laut »TAZ«, 18.4.79.

Die Parallelen zum Groenewold-Urteil sind auffallend: Auch RA Groenewold wurde zunächst mit Berufsverbot belegt, dann aber stattdessen zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt (AK 147).

Kriminalisierung und kein Ende

Wie der »Tagesspiegel« vom 23.3.79 berichtet, hat die Staatsanwaltschaft

ein Verfahren gegen die Vorstandsmitglieder der »Berliner Strafverteidiger« eingeleitet. Der fortschrittliche Verband hatte am 16. April die Zwangsverteidiger im Prozeß gegen Fritz Teufel, Ralf Reinders u.a. aufgefordert, ihr Mandat niederzulegen und den Prozeß zu verlassen, auch wenn sie nicht entpflichtet werden sollten. »Der Staatsanwaltschaft reichte dies, um Ermittlungen aufzunehmen«.

Schluß mit der Kriminalisierung fortschrittlicher Verteidiger!

Anti-Repressions-Kommission KB/Westberlin

Zwei Leute — eine verbotene Versammlung?

Geht ein Pärchen - animiert durch den jetzt doch durchgekommenen Frühling - durch die Bundeshauptstadt, sollte es tunlichst vermeiden, dabei Flugblätter zu verteilen; es könnte eine verbotene Versammlung sein. So kann man's einer Urteilsbegründung des Bonner Amtsgerichtes entnehmen. Der presserechtliche Verantwortliche für ein Flugblatt der Bonner Schwulengruppe, das im letzten Jahr vor der griechischen Botschaft verteilt worden ist, stand vor Gericht. Der Richter mußte ihn zwar freisprechen, aber nur, weil er als Leiter der Versammlung (gemeint ist

das Flugblattverteilen) nicht in Erscheinung getreten ist. Die Gruppe schreibt dazu: »Die zahlreichen Zuschauer verließen den gefüllten Saal mit Erleichterung. Doch der schmale Grat für die politische Betätigung unliebsamer Gruppen ist durch den Freispruch nicht breiter geworden ... Man denke nur daran, daß eine presserechtliche Verantwortlichkeit schon in den »Verdacht« bringen kann, eine unangemeldete Demonstration/Kundgebung/Versammlung zu leiten, auch wenn nur 2 oder 3 Leute Flugblätter in der Hand haben.«

KB/Bonn



Schwerbewaffnete Polizei „sichert“ das Gerichtsgebäude

Hochsicherheitstrakte: Lebendig begraben

Gerade noch wurde Werner Hoppe, durch jahrelange Isolationshaft an den Rand des Todes gebracht, durch Haftentlassung gerettet, schon investieren Landesregierungen Millionenbeträge für sogenannte Hochsicherheitsbereiche in den Gefängnissen, die eben diese isolierenden Haftbedingungen zu perfektionieren drohen:

— Für eine Million DM wurden bereits in Stammheim „besonders sichere Zellen eingerichtet“ (SZ, 31.1.). — Westberlins Justizsenator Meyer, der sich gern als liberal charakterisiert, läßt in der U-Haftanstalt Moabit seit September '78 für 6,3 Millionen DM 27 „besonders gesicherte Haftplätze“ bauen, die demnächst zur Verfügung stehen. Bis 1981 soll ein neuer „Knastrast“ (Tagespiegel, 4.2.79) für 60 politische Gefangene in der neuen Frauenhaftanstalt Plötzensee für weitere 12 Mill. DM errichtet werden.

— In Celle werden seit Dezember '78 Karl-Heinz Dellwo, Harry Stürmer und Heinz Herlitz in einem sog. Hochsicherheitstrakt gefangengehalten.

Was diese neuen Hochsicherheitsbereiche für die Gefangenen bedeuten werden, zeigen ansatzweise schon die ersten Erfahrungen in Celle: Selbst Mitgliedern des Rechtsausschusses des niedersächsischen Landtages kam der dortige Hochsicherheitstrakt nach einer Besichtigung „gespenstisch“ vor: „Die totale Abschottung, die Kommandozone mit schußsicherem Glas, die Monitore, die Tag und Nacht Einblick in die Zellen geben, lassen einen (gemeint: einen Landtagsabgeordneten, AK) an das Orwellsche Buch „1984“ denken“ (NDR, Rundschau am Abend, 27.3.).

Der Hochsicherheitstrakt ist nicht nur als solcher vom übrigen Gefängnis isoliert, sondern jede einzelne Zelle im Trakt ist noch einmal von den anderen vollständig abgeschottet. Die Zellen selbst sind lange, hohe „Schluche“, gelb gestrichen, mit Betonwänden und -fußboden, Neonbeleuchtung von 7.00 früh bis 23.00 abends. Die zwei Fenster — mit Ausblick auf Wände — bestehen zu 50% aus Rahmen, zu 50% aus Panzerglas, dahinter noch ein Eisengitter. Sie sind geräuschundurchlässig und können von den Gefangenen nicht geöffnet werden. Ein leiser Lufthauch kommt durch eine seitlich angebrachte Klimaanlage, die aber ebenfalls kein Geräusch von draußen reinläßt. Die zwei Zellentüren schließen luftdicht ab und lassen nur ganz undefinierbare Geräusche in die Zelle. „Das einzig lokalisierbare Geräusch ist ein helles lautes Klappern, wenn der Esswagen angefahren wird ... Daß jemand kommt oder so, ist nicht zu hören“ (Brief von Karl-Heinz Dellwo aus dem HS-Trakt). Selbst der „Freistundenhof“ für den Einzelhofgang ist der Zelle weitgehend angeglichen: ein

5 mal 25 Meter großer Käfig mit Steinboden, Betonmauern und Drahtnetz als Decke, auf den Mauerkronen noch zusätzlich nach innen hängender Nato-Draht. „Die Vielfältigkeit unserer Wahrnehmungsmöglichkeiten liegt also in den unterschiedlichen Entfernungen, mit denen wir auf eine Betonmauer sehen können“ (Brief von K.H.Dellwo). „Komme mir da wie in einer Fallgrube vor mit dem Netz kurz über dem Kopf ... und dem Stacheldraht und Kameras und den zwei Bullen. Zu hören ist dort auch nicht mehr, außer daß ab und zu 'ne Ecke hinter der Mauer ein Zug von irgendwo nach nirgendwo vorbei fährt“ (Brief von Heinz Herlitz).

Die Gefangenen im Hochsicherheitstrakt sind also nicht nur voneinander und allen anderen Gefangenen isoliert, sie werden — abgesehen von einem Anstaltsradio, je 3 zensierten Wochen- und Tageszeitungen und 20 Büchern — von jeglicher sinnlichen Erfahrung abgeschnitten. Es fehlt nicht mehr viel bis zur vollständigen Angleichung an die Bedingungen der berüchtigten „Camera-silens“-Versuche, bei denen das Verhalten von Menschen in Räumen ohne irgendwelche sinnlichen Reize getestet wurde und die Versuchspersonen schon nach kurzer Zeit mit Wahnvorstellungen und panikartig reagierten.

Von ersten Auswirkungen des Hochsicherheitstraktes auf sich berichtet Heinz Herlitz nach einigen Wochen im Trakt: „Als Dauerzustand hab ich so'n leichten Druck- und Kopfschmerz und nenen trockenen Hals und Mund und ekligen Geschmack, egal wieviel ich trinke — je mehr ich mich bewege und arbeite ... Manchmal ist es auch so, daß sich zickig entgegengesetzte Wellenschübe genau in meinem Kopf treffen, was dann ne kleine Explosion auslöst, und nen Chaos verursacht. Es ist mir dann ganz heiß in der Birne und bin innerlich voll auf Speed bei gleichzeitigem Druck auf der Brust, als ob da nen kleiner Elefant drauf sitzen würde. Und unter den Rippen ein Greifer zupackt, der sich besonders am Herzen festkrallt. Kann dann nicht mehr richtig sitzen bleiben und nichts Produktives tun. Gehe dann in der Zelle hin und her und möchte laut schreien und/oder alles zerschlagen. Geht aber nicht, da in dem völlig abgeschlossenen Raum alles so hohl klingt und zurückgeworfen wird, was schmerzhaft auf die Ohren haut und zum Zerschlagen gibt es nichts ...“

Gesundheitsschädliche und persönlichkeitszerstörende Auswirkungen durch den Entzug sinnlicher Wahrnehmung (sensorische Deprivation) und sozialer Isolation sind in der Wissenschaft seit langem bekannt und anerkannt, viele der politischen Gefangenen wurden aufgrund langer Isolationshaft von den Gerichten an-

erkannten Medizinern und Psychiatern als verhandlungsunfähig bezeichnet, Astrid Prohl und Werner Hoppe z.B. mußten wegen Lebensgefahr ganz aus dem Gefängnis entlassen werden.

Wenn trotzdem die Regierungen und Justizbehörden unbeirrt daran gehen, die Isolierung zu perfektionieren — ist es dann nicht ein Beweis und Eingeständnis, daß sie ganz bewußt die Zerstörung der Persönlichkeit, der Gesundheit, wenn nicht gar des Lebens der Gefangenen fördern oder vielmehr darauf direkt abzielen?

Mit „notwendigen Sicherungsmaßnahmen“ läßt sich der Bau der Hochsicherheitstrakte nicht mehr begründen. So waren Harry Stürmer und Heinz Herlitz seit über einem Jahr in gelockerter Einzelhaft mit Kontakt zu anderen Gefangenen, Karl-Heinz Dellwo sogar einen Monat lang im einfachen Vollzug gewesen, bevor sie nach Celle verschleppt wurden (lt. Presseerklärung der RA Plähn, Koch, Eisele vom 19.3.). Und was für Sicherheit soll z.B. das Panzerglas bieten, wo die Fenster eh schon vergittert sind, oder warum sollte erst ein Hof, der flächenmäßig ca. einem Viertel eines normalen Gefängnishofes entspricht, „sicher“ sein? Als einziger „Sinn“ hinter diesen Schikanen ist das Streben nach möglichst umfassender Isolierung der Gefangenen erkennbar.

Dieses Ziel verfolgen die Regierung und Justizbehörden mit solchem Eifer, daß sie großzügig über ihre eigenen Gesetze hinweggehen: Das Strafvollzugsgesetz kennt Einzelhaft nur als Ausnahmemaßnahme, was in einem Urteil des OLG Celle vom 8.11.78 (einen Monat vor Belegung des HS-Traktes in Celle!) bestätigt wurde: „Einzelhaft wird vom Gesetz als Ausnahme gesehen ... Das bedeutet, daß die Strafanstalt zunächst alle sonstigen Mittel einzusetzen hat, außerdem ist zu prüfen, ob nicht weniger einschneidende Maßnahmen ausreichen ...“ (lt. NDR, Rundschau am Abend, 27.3.79). Mit dem Hochsicherheitstrakt ist aber „offensichtlich ein Gebäude eingerichtet worden, das schon als Gebäude den Zweck hat, bestimmte Gefangene einer bestimmten Personengruppe, insbesondere politischer Vergehen wegen bestrafte Gefangene, ständig diesen Haftbedingungen zu unterwerfen“ (RA Plähn im NDR s.o.).

Gegenüber den dreien wurde nicht einmal ein konkreter Legitimationsversuch für ihre Isolierung im HS-Trakt unternommen.

Gegen diese Eskalation in der Isolierung politischer Gefangener stehen Karl-Heinz Dellwo, Heinz Herlitz und Harry Stürmer seit dem 16.3.79 im Hungerstreik und fordern die Schließung des Isolationstraktes in der JVA Celle und die Aufhebung der Isolation.

Ihre Verteidiger haben sich ihren Forderungen angeschlossen (lt. Presseerklärung vom 16.3.). Die Vereinigung niedersächsischer Strafverteidiger hat einen Arbeitskreis zu dem HS-Trakt in Celle gebildet mit dem Ziel, „dafür Sorge zu tragen, daß diese Haftbedingungen, die wir für unerträglich halten, wieder abgebaut werden“, und der niedersächsischen Landesregierung „gesetzwidriges Verhalten“ vorgeworfen (Arbeitskreissprecher Blank im NDR s.o.). Erfreulicherweise hat auch der NDR — entgegen Totschweigetendenzen von seiten der Presse und Behörden — zweimal am 27.3. ausführlich und kritisch über den HS-Trakt berichtet. Das

Aufbrechen des Schweigens um diese skandalösen, im Stillen vollzogenen Menschenrechtsverletzungen ist auch bitter nötig. Wir sollten bedenken, daß selbst ein so Unverdächtiger wie Prof. Rasch vom Institut für forensische Psychiatrie der FU Berlin und vom Gericht bestellter Gutachter in zahlreichen RAF-Prozessen, die Hochsicherheitstrakte als „Mausoleen für die negativen Helden der Nation“ (lt. Tagesspiegel, 4.2.79) kritisierte — als Mausoleen bezeichnet man gewöhnlich bestimmte Gräbergebäude...

Antirepressions-Kommission
KB Westberlin

Peter Paul Zahl im „Normalvollzug“

Die Initiativgruppe Peter-Paul Zahl teilt mit, daß sich P.P.Z. seit dem 30.3.79 im Normalvollzug, im Schultrakt der JVA Werl, befindet. Fast alle „Maßnahmen der Haftlingsüberwachung“ seien aufgehoben, der gesetzlich vorgeschriebene, längst fällige Vollzugsplan erstellt und schließlich, nach monatelangen Verzögerungen, verwirklicht worden. Die jetzige Entscheidung geht auf einen Antrag P.P.Z.s vom November 1976 zurück. (Zur Vorgeschichte s. Brief von P.P.Z. im AK 151). In einem Brief vom 1.4.79 schildert P.P.Z. die „enormen“ Privilegien, die die im Schultrakt einsitzenden Gefangenen haben, z.B.: „meine Zellentür ist an mehreren Stunden des Tages offen ... die Anstalt stellt eine Schreibtischlampe, die auch nach 22 Uhr brennen darf ... im Flügel befindet sich eine Teeküche“, wo jeder Gefangene was braten, kochen kann etc., „Schüler und Studenten erhalten Ausbildungs-förderungsbeihilfen“, „Gruppenteilnahme ist unbeschränkt“, etwa: Italienisch, Englisch, progressive Musik etc., „Die bisherigen Dauerfäzungen bei mir — 1 x in der Woche durch den Polizeinspektor mit Gehilfen, 4 x in der Woche durch den Stationsbeamten, 1 x im Monat durch LKA-Beamte — mit ihren Nebenwirkungen (völliges Entkleiden im Beisein zweier Beamter in einer Leertüte, neue Wäsche, neue Kleidung) entfallen; die Einzelvorführungen entfallen ebenso wie das zweite Gitter vorm Fenster, wie das Vorhängeschloß vor der Tür, wie die Vorhängekette an der Tür bei 'Nachteinschluß' u.s.w.“. P.P.Z. schreibt weiter, daß seine Klage gegen die „Maßnahmen der Haftlingsüberwachung“ weiter läuft. Es kann „nicht länger geduldet werden, daß Beamte der

Politischen Polizei immer noch die Besuche überwachen“. Außerdem ist es notwendig, „die verfassungswidrige Weitergabe der Namen und Adressen meiner Kontaktpersonen zu unterbinden“. Es folgen eine Reihe von Beispielen, so der Fall seines niederländischen Übersetzers, der „nach einem Besuch von MEK-Terroristen überfallen wurde“, der Fall einer Hamburger Literaturwissenschaftlerin, die ein Seminar über seine Texte geleitet hatte und die „in Frankreich Opfer von Nachstellungen der französischen politischen Polizei wurde“. „Alle Menschen, die mir schreiben, und sei es, weil sie nur meine Gedichte gelesen haben, (landen) in der 'beobachtenden Fahndung' nach 'Terroristen' (BeFa 7), im BKA-Computersystem“. „Angesichts des nun vorliegenden Fortschritts“, schreibt P.P.Z. zum Schluß „kann als sicher gelten, daß die Herren des Morgengrauens etwas Neues im Schilde führen. Ihre Methoden sind mittlerweile bekannt. Werden sie — erneut einen Spitzel und Agent Provocateur auf mich ansetzen? — erneut eine 'Pressemappe' mit verlogenen Meldungen mit Hilfe ihrer journalistischen Mitarbeiter in die staatstragende Presse lancieren? — erneut den Justizbehörden — über 6 1/4 Jahre nach meiner Verhaftung und mehr als 2 1/4 Jahre über den Zeitpunkt hinaus in der Haft, zu dem ich in erster Instanz verurteilt wurde — 'klarmachen', wie 'gefährlich' ich sei (vgl. Brief des BKA an das Büro Brandt, zitiert in Engelmanns Brief an die JM Donnepp)?“

Bald werden wir mehr darüber wissen“.

IKAH, Hamburg

Rechtsprechung zum Strafvollzug

— von Werner Schlegel —

In verschiedenen Alternativ-Zeitungen, u.a. „ID“ und „Blatt“/München (und auch in AK 151, S. 36), wurde ein Beitrag von P.P.Zahl veröffentlicht („Wichtiger OLG-Beschluß für politische und soziale Gefangene“), der in einem Punkt korrigiert, in einem anderen ergänzt werden sollte. 1.) In seinem Bericht schreibt PPZ, ein Vollstreckungsplan „könnte also, eingeklagt, das ständige 'Verschieben' des Knackis verhindern helfen oder das beliebige Verteilen von 'Terroristen' auf abgelegene Anstalten nach dem ominösen „Länderschlüssel““. Hier irrt er ebenso wie bei der Annahme, ein aufgestellter Vollzugsplan, der Zeitpunkt für Lockerung oder gar Urlaub enthält, würde „(konkret bedeuten), daß die Herren des Morgengrauens, konkret: Innenministerium und LKA, die verfassungswidrig bei unsereins in den Vollzug reinregieren, sich auf Dauer aus dem Staub machen müssen.“

Sowohl das StVollzG (§ 8 Ziff. 2 StVollzG) liefert die Handhabe, legalisiert, für die ständigen Verschiebungen, unter Berufung auf die Gummibegründung „wenn dies aus Gründen der Vollzugsorganisation oder aus anderen wichtigen Gründen erforderlich ist“, wie auch gerade im Fall der politischen Gefangenen diese Möglichkeit durch einen OLG-Beschluß zusätzlich abgesichert wurde (OLG Stuttgart 4 VAs 50/77, v. 19.7.1977 sowie 14 StVK 15/77, LG Wiesbaden v. 26.8.1977. Anmerkung zu letzterem: Die Strafvollstreckungskammern dürfen bei ihren Entscheidungen nur dann von denen anderer abweichen, wenn sie eine andere Rechtsauffas-

sung vertreten. Allerdings bedeutet dies dann zugunsten des Gefangenen die automatische Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde vor dem zuständigen OLG, bestätigt durch Vollz (Ws) 20/77 OLG Hamburg v. 4.1.1978).

Wichtig ist dabei allerdings in der Tat: Während einerseits die jederzeitige Verschiebung möglich ist, kann sie trotz der o.a. Beschlüsse und Entscheide im jeweiligen Einzelfall mit einem Antrag auf gerichtliche Entscheidung angefochten werden. Dies ist nicht sinnlos, da die genannten Entscheidungen lediglich die grundsätzliche Zulässigkeit der Verlegung, unter Abweichung vom Vollstreckungsplan bestätigen. Bei der gerichtlichen Entscheidung hat die Vollzugsbürokratie substantiiert darzulegen, weshalb sie die Verlegung des Gefangenen für erforderlich hielt. Substantiiert meint, die konkreten Gründe müssen für das Gericht abwägbare sein, gegenüber den Gründen, die der Gefangene gegen seine Verschiebung vorbringt. Auf jeden Fall wird — so entnervend der lange Rechtsweg auch für den Einzelnen sein mag — spätestens bei der zweiten Verlegung in ein anderes Bundesland die Begründung für die Vollzugsbürokratie problematisch werden. Erst recht — und dies ist unbedingt zu empfehlen — wenn der Gefangene taktisch klug vorgeht und die Möglichkeiten des „Rechtswegs“ nach § 109 ff StVollzG voll ausnützt. Heißt: Er hat zwei Möglichkeiten. Er beschreitet den Rechtsweg gegen die Verlegung und stellt parallel dazu den Antrag auf Verlegung in einen Knast seiner Wahl, in einem Bundesland seiner Wahl. Das kann ein anderer, ein anderes sein, als

der, das, aus dem die Verlegung erfolgte oder gleicher Knast und gleiches Land. In der juristischen Sprache rangiert dies unter dem Titel **V o r n a h m e a n t r a g**. Was für den Gefangenen nichts anderes bedeutet als: Nicht immer nur reagieren, auf Maßnahmen, sondern agieren, indem selbst Maßnahmen beantragt und bei Ablehnung versucht wird, deren Durchsetzung gerichtlich zu erreichen. Das mindeste, was dabei herauskommt: Der Vollzugsbürokratie wird die umfangreiche Arbeit, die sie bei jedem Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu leisten hat (Abgabe umfangreicher Stellungnahmen etc.) bald bis obenhin stehen; es werden immer mehr gerichtliche Entscheidungen ergehen, die nach und nach real zu einer Vereinheitlichung der Vollzugspraxis von Flensburg bis Freiburg führen dürften.

Fazit: Der Vollstreckungsplan ändert nichts am Verlegungsterror, aber jede einzelne Verlegung kann vors Gericht gezogen werden.

Auch der Vollzugsplan wirft die Herren des Morgengrauens — leider! — nicht aus den Gefängnissen. Ich selbst darf mich seit 1976 eines Vollzugsplans erfreuen. Die Maßnahmen der Haftlingsüberwachung existieren trotzdem. Sie sind — unabhängig vom Vollzugsplan, der die „Resozialisierung“ des Gefangenen „beinhaltet“ — gedeckt durch die im Endeffekt immer vorgehende Generalklausel von Sicherheit und Ordnung. Dabei kommt auch hier die berühmte-berühmte Amtshilfe zum tragen. Nicht etwa, daß die Herren des Morgengrauens von sich aus böswillig tätig wür-

den, nicht doch, sie wurden im Wege der Amtshilfe via Anstaltsleitungen und Justizminister darum ersucht, „da die normalausgebildeten Vollzugsbeamten nicht in der Lage sind, die besonderen Sicherheitsaufgaben bei den politisch motivierten Gewalttätigen ohne diese Unterstützung zu bewältigen.“ So die offizielle Sprachregelung, auch wenn manche Anstalten — so bei mir — die Morgengrauschrecken lieber heute als morgen zum Teufel jagen würden... Gegen diese Amtshilfeleistung ist pauschal gerichtliche nicht anzugehen. Es gibt nur eine Möglichkeit: Jede einzelne Maßnahme der Haftlingsüberwachung per Antrag auf Aufhebung zu knacken versuchen. Wird er abgelehnt — gegebenenfalls nach Verwaltungsvorverfahren — folgt Antrag auf gerichtliche Entscheidung.

Merksatz: Bei allen Anträgen auf gerichtliche Entscheidung versuchen, die Begründung durch Zitierung anderer Kammerbeschlüsse in ähnlichen oder Parallelfällen zu stützen und weniger durch Argumentationen, die auf dem eigenen (Un)rechtsempfinden basieren, so schwer das manchmal auch fallen mag, auf letzteres weitgehend zu verzichten. Zitierung, mit Aktenzeichen, anderer Strafvollstreckungskammerbeschlüsse — noch besser OLG, soweit vorhanden — ist wichtig, wie schon erwähnt, um von vorneherein die materielle Grundlage für eine evtl. nötige werdende Rechtsbeschwerde zu schaffen.

2.) Damit die ganzen Anregungen auch in der Praxis verwendbar sind der Tip: Durch Freund(innen), Genoss(innen), Angehörige, Knastgruppen sich zusenden lassen oder

selbst bestellen: *Rechtsprechung zum Strafvollzug und zur Straffälligenhilfe* '77 (Sonderheft der Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, Jahrgang 26) und '78!

Bezug: Geschäftsstelle des Bundeszusammenschlusses für Straffälligenhilfe, Friedrich-Ebert-Straße 11a, 5300 Bonn 2. Pro Exemplar DM 3,— plus Porto. Eine Ausgabe, die a b s o l u t lohnt.

Beide Nummern enthalten auf je 70 Seiten die wichtigsten StVK- und OLG-Entscheide in Sachen Strafvollzugsgesetz. Am Schluß jedes Heftes ein Sachregister, nach Stichworten alphabetisch geordnet, (Beispiel: „Abschiebungshaft, Akteneinsicht, Anstaltsarzt, usw.) und ein Gesetzesregister, auf welchen Paragraphen des StVollzG etc. sich die Entscheidungen beziehen. Diese enthalten zuerst in Fettdruck die Begründungssätze, danach die Begründung selbst, zuletzt folgt Aktenzeichen.

Beide Hefte sind auch wichtig für alle Außenstehenden, die in irgendeiner Weise mit dem Knast konfrontiert sind, sei's weil Freunde, Genoss(innen) eingefahren sind, sei's, weil sie überhaupt in einer Knastgruppe arbeiten. Wichtig, da auch Außenstehende den gerichtlichen Rechtsweg beschreiten können, wenn sie von einer gegen den Gefangenen gerichteten Maßnahme des Vollzugs tangiert werden, was regelmäßig bei Besuchs- und Korrespondenzverboten der Fall ist.

Fazit: Nicht reagieren — agieren!

Rheinbach, 1.4.1979 für das Exil-ZK der RGP (Revolutionäre Grönländische Pinguine) Werner Schlegel



Abschlußkundgebung der Demonstration gegen Berufsverbote am 31. März in Bonn.

30.000 gegen Berufsverbote

Am 31. März, dem Tag der Gorbien-Demonstration in Hannover fand auch die bislang größte Demonstration gegen die Berufsverbote in der BRD in Bonn statt, zu der die Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ aufgerufen hatte. Laut „FR“ nahmen an dieser Demonstration 27.000, laut „UZ“ und „TAZ“ sogar 35.000 Menschen teil, was angesichts der 100.000 Menschen, die in Hannover demonstriert haben, von denen ein Teil zu einem anderen Zeitpunkt sicherlich auch an der Bonner Demo teilgenommen hätte, doch als guter Mobilisierungserfolg zu bewerten ist (wenn man einmal davon absieht, daß es der DKP wieder einmal nicht gelungen ist, ihre eigenen immerhin 40.000 Mitglieder für diese Demonstration auf die Beine zu kriegen).

Unterstützt wurde diese Demonstration neben der DKP vor allem von den Jungdemokraten und dem VDS. Der Juso-Bundesvorstand hatte zwar auch zu dieser Demonstration aufgerufen, dürfte aber sonst zur

Mobilisierung nicht viel beigetragen haben, zumal zum gleichen Zeitpunkt auch der Juso-Bundeskongress in Aschaffenburg stattfand, auf dem eine schrittweise Lösung von der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ beschlossen wurde (s. Artikel in diesem AK). So hielt auch kein prominenter Juso-Vertreter einen Redebeitrag auf der Abschlußkundgebung in Bonn.

Den interessantesten Beitrag auf dieser Kundgebung hielt ohne Zweifel der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing, der bekanntlich zu den sog. „Rebellen“ in der SPD-Fraktion gehört und schon in der Vergangenheit des öfteren deutlich gegen die Berufsverbote Stellung genommen hatte. Thüsing sagte: „Der Kampf gegen die Berufsverbote und die Einschränkung freiheitlich-demokratischer Grundrechte hat Erfolge aufzuweisen! Der wichtigste war der Beschluß des Bundestags vom 12. Dezember vorigen Jahres in Köln ... Mit diesem Beschluß, so

scheint es, läßt es sich seitdem gut leben und argumentieren: An der Praxis in den meisten sozial-liberal regierten Ländern und insbesondere auch bei Bahn und Post hat sich aber so gut wie nichts geändert ... In den CDU- oder CSU-regierten Ländern sind weitere Verschärfungen eingetreten. Jetzt aufhören im Kampf gegen die Berufsverbote; der Reaktion das Feld überlassen.“

Trotz mancher Halbherzigkeit doch wohl eine erstaunliche kritische und wohl auch ehrliche Stellungnahme eines SPD-Abgeordneten. Thüsing sagte weiterhin: „Das faschistische Axiom ‚der Feind steht links‘, von den bundesdeutschen Rechten wiederbelebt, wirkt bis heute, während eine ehrliche und umfassende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nie stattgefunden hat. Während die NS-Schreibtischtäter bald wieder hinter Schreibtischen anstatt hinter Gittern saßen, droht den Söhnen und Töchtern von Kommunisten, die von den Nazis hinge-

schlachtet wurden, wieder gesellschaftliche Achtung und Vernichtung ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Existenz.“

Außer Thüsing sprachen auf der Kundgebung noch Gerard Gaume, Sekretär der CGT und Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs, die selbst allerdings keinen offiziellen Vertreter entsandt hatte sowie Wim Albers, Mitglied des holländischen Parlaments und Kandidat der PvdA für das Europaparlament, der erklärte, daß die Aktionen (auch der PvdA) fortgesetzt werden müßten, bis es keine Berufsverbote mehr gäbe.

Auf dieser Linie lagen auch die Beiträge des Stellvertretenden Judo-Vorsitzenden Georg Hundt und von Ingrid Kurz von der Initiative, die aber sonst nichts neues enthielten.

Zu bemerken bleibt noch, daß die Kundgebungsteilnehmer mit großem Beifall ein Grußtelegramm an die Gorbien-Demonstration in Hannover verabschiedeten. Berufsverbote-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

KB/Gruppe Hamburg

Berufsverbot per „Volksabstimmung“?

„Normaler“weise haben Berufsverbotsverfahren zwei Klippen zu überwinden: die der politischen und behördlichen Instanzen und die gerichtlichen. Nordrhein-Westfalen hat schon eine gewisse traurige Berühmtheit dafür erlangt, selbst dann Einstellungen zu verweigern, wenn die Betroffenen vor Gericht erfolgreich waren.

Der Hauptschullehrer Richard Benze, der vor dem Landesarbeitsgericht Düsseldorf seine dreijährige Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen auf vorläufige Beschäftigung im Angestelltenverhältnis gewonnen hatte, mußte nun erfahren, daß er damit lange noch nicht als Lehrer geduldet wird. Der Rat der 3000-Seelengemeinde Much im Bergischen Land, deren Hauptschule Benze vom Regierungspräsidium Köln zugewiesen worden war, mochte trotz Gerichtsurteil und obersterbehördlicher Anweisung noch lange keinen „kommunistischen“ Lehrer dulden. „Der Rat hält grundsätzlich die Beschäftigung kommunistischer Lehrer

an den Schulen der Gemeinde Much für unerwünscht“. Der Rat besteht aus einer satten absoluten CDU-Mehrheit und einer SPD-Minderheit. Beschlossen wurde diese Stellungnahme allerdings nur mit einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung. Drei Wochen nach diesem Beschluß sorgte die SPD für „Ausgewogenheit“; sie beantragte eine Ergänzung, nach der der endgültige Beschluß jetzt um die Formulierung erweitert worden ist: „Ergänzend hierzu wird festgestellt, daß der Rat der Gemeinde in gleicher Weise die Beschäftigung rechtsradikaler Lehrer nicht wünscht“.

Sozialdemokratisches Glanzstück! Der vorläufige letzte Akt dieser Hexenjagd war ein Vorstoß der Schulpflegschaft der betroffenen Hauptschule, den Lehrer sozusagen mit Hilfe von Volkes Stimme endgültig zu erledigen. Sie führte eine Befragung der Eltern aller schulpflichtigen Kinder der Hauptschule Much sowie der Eltern von Viertklässlern der Grundschulen Much

und Marienfelde durch. Die Begründung für diese Befragung fand sich im „Mitteilungsblatt“ der Gemeinde vom 12.1.79:

„Nach allen bisherigen Diskussionen und Verlautbarungen gehen wir davon aus, daß an der Hauptschule Much ein mutmaßliches Mitglied der DKP als Lehrer beschäftigt ist.“

Mit der Befragung sei beabsichtigt, Klarheit darüber herzustellen, ob die Eltern der schulpflichtigen Kinder damit einverstanden seien, daß an der Hauptschule Much Personen angestellt seien, die einer rechts- oder linksradikalen Organisation angehörten.

Obwohl das Kreisschulamt dieses Vorhaben als ungesetzlich verbot, wurde die Befragung in anderer Form doch durchgeführt. Danach seien 71,6 % der Eltern gegen solche Lehrer, 1,8 % dafür, 9,9 % sei es gleichgültig, 16,7 % hätten sich nicht geäußert. Auch dieses Ergebnis fand sich logischerweise im „Mitteilungsblatt“.

Das mag sich alles sehr bayerisch anhören, ist aber z.B. an dem Versuch der Hamburger CDU gemessen, die ja auch über ihre „Mitteilungsblätter“ in Form der Springer Zeitungen verfügte, das Problem der Berufsverbote in Hamburg per „Volksabstimmung“ zu regeln, gar nicht mal so außergewöhnlich.

Und sie können sich dabei bedauerlicherweise auch noch in der Sicherheit wiegen, daß ihre demagogische Anti-Kommunistenhetze soweit verfangen hat, daß sie eine satten Mehrheit bekommen. Oder soll damit diesmal rechtzeitig die Kollektivschuld vorbereitet werden?

Eine Initiative für Lehrer Benze in Much“ sammelt inzwischen ebenfalls Unterschriften unter der Schlagzeile „Schluß mit der Hetzkampagne gegen Richard Benze“. Zu ihren Erstunterzeichnern gehören die Juso-Arbeitsgemeinschaft auf Kreisebene, der Ortsverband der GEW und einige Privatleute. Bisher sind ca. 300 Unterschriften zusammen gekommen. Berufsverbote-Kommission

Juso-Bürgerrechtsbewegung: So nicht!

Auf ihrem Bundeskongress von 1978 hatten die Jusos im Zuge ihrer Kampagne „Rettet die Demokratie“ noch folgendes ausgeführt: „Die Jungsozialisten sollten auch weiterhin wie bisher im Rahmen ihrer politischen Ziele konkrete Solidarität und Zusammenarbeit mit vom Berufsverbot Betroffenen praktizieren... Sie betonen dabei, daß diese Ziele nur in Zusammenarbeit mit anderen fortschrittlichen und gewerkschaftlichen Gruppen und Initiativen zu bewerkstelligen sind“ (Aktionsprogramm 1978).

Könnte man von diesen Aussagen noch behaupten, daß die Jusos damit für andere fortschrittliche Kräfte bezüglich des Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte bundnisfähig waren, so waren auf dem diesjährigen Bundeskongress plötzlich ganz andere Töne zu hören. In einem Papier des Juso-Bundesvorstandes zur „Funktion und Perspektiven der Bürgerrechtsbewegung“ heißt es jetzt nämlich: „Grundlage der Mitarbeit in der Bürgerrechtsbewegung ist das glaubwürdige Bekenntnis zur Unveräußerlichkeit demokratischer Freiheitsrechte in jedem Land und in jeder Phase der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung. Daß die DKP und ihre Jugendorganisationen sich mit ihrer Politik auf dem Boden des Grundge-

setzes bewegen, bezweifeln die Jungsozialisten nicht. Ihre unverständliche Haltung zu den Prinzipien internationaler Solidarität mit verfolgten Sozialisten [Bahro] läßt ihre Mitarbeit indessen nicht zu.“ (Juso-Bezirksinformationsdienst Nr. 10/79)

Erstaunlich ist die rasante Entwicklung, mit der die Jusos diese Wende durchziehen. Vor gar nicht so langer Zeit haben sie selbst durch ihr Verhalten der DKP innerhalb der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ Rückendeckung gegeben, indem keine öffentliche Auseinandersetzung darum geführt wurde, wie die Solidarität mit Biermann, Havemann, Bahro usw. von der Initiative abgeblockt wurde. Natürlich ist es vollkommen richtig, die DKP an dieser Stelle zu nageln. Und ebenso richtig ist es, für eine Bürgerrechtsbewegung klar zu machen, daß es nicht zweierlei Maß bei den Menschenrechten geben kann. Der DKP müßte in diesem Zusammenhang klar gemacht werden, daß ihre Mitarbeit nicht durch das Schweigen zu Menschenrechtsverletzungen im „realen Sozialismus“ erkaufte wird. Eine ganz andere Sache ist jedoch, daraus einen Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber der DKP auszusprechen. Erfreulicherweise ist das Echo auf die hier beabsichtigte Form einer Juso-Bürgerrechtsbewe-

gung bei den in Frage kommenden Bündnispartnern bisher äußerst zurückhaltend. Von dem angestrebten „breiten Bündnis“ kann also keine Rede sein.

So kritisiert z.B. der Judo-Vorsitzende Gerhard Strässer in der „Neuen“ vom 4.4.79, daß in dem Juso-Aufruf für die „Bürgerrechtsbewegung“ „das Schicksal Bahros aufgerechnet [wird] mit dem Schicksal von Millionen Menschen, die unter verbrecherischen Herrschaften [Chile, Südafrika] zu leiden haben.“ Außerdem komme der Begriff „Berufsverbot“ im ganzen Aufruf nicht ein einziges Mal vor.

Zusammenfassend stellt Strässer fest: „Die ‚Bürgerrechtsbewegung‘ ist nicht geeignet, dem Abbau von Demokratie entscheidend entgegen zu wirken, da hier Rückzugspositionen enthalten sind, die den gemeinsamen Kampf schwächen, die möglicherweise zwar geeignet sind, gegenüber einer bestimmten Partei oder Gruppe sich als Ansprechpartner zu behaupten, die Solidarität mit den Betroffenen aber außer Acht lassen.“

Aber auch in den Untergliederungen der Jusos selbst stößt das vom Bundesvorstand verordnete Konzept der „Bürgerrechtsbewegung“ auf Widerspruch: So kritisiert z.B. der Juso-Landesvorstand Hamburg, daß „von

deutlicher Kritik an der Politik der Bundesregierung und der Länderregierungen... an keiner Stelle des Aufrufs die Rede sein“ kann.

Die Hamburger Jusos wollen deshalb dem Aufruf nicht folgen. (BI — 10/79)

Der Juso-Hochschularbeitskreis teilte dem Juso-Bundesvorstand nur lapidar den folgenden Beschluß mit: „Der AK-HoPo sieht keine Möglichkeit im Hochschulbereich, den Bürgerrechtsaufruf zu verarbeiten und zu tragen.“ (BI—10/79)

Desgleichen wurde es auf der Hamburger Landesjugendring-Vollversammlung vom 5.4.79 mehrheitlich abgelehnt, sich überhaupt weiter mit dem von den Jusos eingebrachten Thema „Bürgerrechtsbewegung“ zu befassen.

Mehrfach wurde auf dem letzten Juso-Kongress die mangelnde Verankerung der Jusos bei der Jugend beklagt. Das wird sich bei einer „Bündnispolitik“ nach dem hier dargestellten Strickmuster, die einer Spaltung der demokratischen Bewegung Vorschub leistet, wohl nicht so schnell ändern. — Und das ist auch gut so!

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kurzmeldungen

Göttingen: Barbara W. arbeitet bereits seit 3 Jahren als Stationschwester in der Medizinischen Klinik der Universität Göttingen. Bislang war sie allerdings Angestellte des DRK. Vor einem halben Jahr bewarb sie sich offiziell um „ihre“ Stelle als Stationschwester, d.h. um die Übernahme in den öffentlichen Dienst. Da das Land Niedersachsen bis heute nicht mit der politischen Überprüfung fertig geworden ist, ist Barbara W. seit dem 1.4. arbeitslos und die Station ohne Stationschwester.

Zur Klippe wurde ihr ihre Mitgliedschaft in der DKP.

Auf einer außerordentlichen Personalversammlung hat sich das Personal der Med. Klinik einschließlich Chef, Pflegedienstleitung und Personalrat einmütig hinter Barbara W. gestellt und ihre unverzügliche Einstellung verlangt. Die ÖTV, in der Barbara aktives Mitglied ist, unterstützt sie ebenfalls und gewährt Rechtsschutz.

Das Verwaltungsgericht Bayreuth bestätigte in einer schriftlichen Entscheidung das Ausbildungs- und Berufsverbot gegen Sigrid L., der Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen wird. Begründung: Die Ziele der DKP seien im wesentlichen verfassungsfeindlich.

Laut Urteil des Arbeitsgerichts Siegen muß die Sozialarbeiterin Brigitte V. (Vorwurf DKP-Mitgliedschaft) eingestellt werden. Sie habe sich eindeutig zur Verfassung bekannt. Die Stadt Siegen will dagegen Berufung einlegen.

Das Berufsverbot für die Lehrerin Sigrid A. hob das LAG Stuttgart auf. Die Landesregierung hatte ihr frühere Kandidaturen für den MSB und Mitgliedschaft in der DFG/VK vorgeworfen.

Wegen „Erkenntnissen“ des niedersächsischen Innenministeriums hat der Rektor der Oldenburger Universität es abgelehnt, den Diplommathematiker Horst-Eckart G. als wissenschaftlichen Mitarbeiter im befristeten Angestelltenverhältnis (!) einzustellen. Bereits im Dezember 1978 wurde G. nicht angenommen, weil er u.a. Geschäftsführer der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba war.

Vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht erreichte der Lehrer Herbert H. eine einstweilige Verfügung auf rückwirkende Einstellung in den Schuldienst mit Gehaltsnachzahlung. Er sollte nicht übernommen werden, weil er einen Wahlauftrag der DKP unterzeichnet und für den MSB kandidiert haben soll.

Die evangelische Kirchengemeinde Mannheim hat der Sozialarbeiterin Renate W. ohne Angabe von Gründen gekündigt. Zugleich wurde sie vom Dienst suspendiert. Die Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates und die ÖTV-Kreisverwaltung, die sich mit Renate S. solidarisierten, sehen den Kündigungsgrund in der vermuteten DKP-Mitgliedschaft. Sie haben die Kirchengemeinde aufgefordert, diesen „unchristlichen und unwürdigen Beschluß“ aufzuheben.

Das Arbeitsgericht Münster verurteilte das Land NRW, den wegen DKP-Mitgliedschaft mit Berufsverbot belegten Bottroper Lehrer Reinhard J. als Gymnasiallehrer im Angestelltenverhältnis mit wöchentlich 24 Std. einzustellen.

Das Landesarbeitsgericht Stuttgart bestätigte ein Ausbildungs- und Berufsverbot gegen die Lehramtsanwärter Christian L., Heidemarie K., Wolfgang E. Damit hob es das Urteil des Arbeitsgerichts Reutlingen vom 5.12.1978 auf, in dem das Berufsverbot zurückgewiesen worden war.

England

Bullen ermorden Antifaschisten

Nach äußerst brutalen Übergriffen der Polizei gegen Demonstranten der Anti Nazi League starb am Montagabend der 32-jährige Blair Peach in einem Londoner Krankenhaus.

ANL hatte zu einer Demonstration gegen ein Treffen der faschistischen National Front in dem früheren Rathaus des Londoner Bezirks Southall aufgerufen, an der mehrere tausend ANL-Mitglieder teilnahmen. Schon am Nachmittag, an dem die farbige Bevölkerung Southalls gegen das

Treffen der Faschisten streikte, kam es zu Menschenversammlungen vor dem Rathaus. Etwa 4.000 Bullen, 100 von ihnen beritten, waren eingesetzt, um auch diesmal wieder „nur ihren Job zu tun“ und den Faschisten freies Geleit zu gewähren. Sie verteidigten mit Schutzschildern und Gummiknüppeln unter massiver Gewaltanwendung den Sitzungsort, nahmen 340 Verhaftungen vor, verletzten zahlreiche Demonstranten und schlugen letztlich Blair tot.

Er war aktives Mitglied der Social

ist Workers Party, Gründungsmitglied der Anti Nazi League von South Hackney (einem Ostlondoner Stadtteil), Präsident der Ostlondoner Lehrervereinigung, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Nach Augenzeugenberichten waren es Bullen der Special Patrol Group (vergleichbar mit dem MEK), die bei ihrer Jagd auf Antifaschisten Blair lebensgefährlich verletzten.

Sie fuhren mit ihren blauen Ford-Transits mitten in die Demonstrationen hinein, sprangen aus den Autos

und schlugen dann auf alles ein, was ihnen in den Weg kam.

Blair hatte keine Chance!

Dies war nicht die erste Auseinandersetzung zwischen Bullen und Antifaschisten im derzeit laufenden Wahlkampf.

Bereits am 21.4. kam es zu schweren Auseinandersetzungen in Leicester, als etwa 500 Faschisten einen Demonstrationzug durch die Stadt veranstalteten. Etwa 5.000 Antifaschisten wollten dies verhindern, konnten gegen ein Aufgebot von weit

mehr als 5.000 Bullen allerdings nichts ausrichten und mußten auch dort viele Verletzte und über 30 Verhaftungen beklagen.

Unterdessen hat die National Front weitere Provokationen im Wahlkampf angekündigt, weitere antifaschistische Aktionen werden ebenfalls folgen.

Den Faschisten keinen Fußbreit!

England-Kommission



Wahldiskussion innerhalb der Linken

Am 3. Mai wird das englische Unterhaus neu gewählt, nachdem die Labour-Regierung nach 5 Jahren Amtszeit Ende März gestürzt worden ist. Allgemein wird ein Wahlsieg der Tories vorausgesagt und die Labour-Führung hat sich mit ihrem Wahlprogramm nicht im mindesten darum bemüht, auf Kritik und Protest gegen ihre Regierungspolitik einzugehen: Forderungen des linken Labour-Flügels wie Abschaffung des Oberhauses, Verzicht auf Atomwaffen, staatliche Investitionspolitik oder Austritt aus der EG sind nicht im Wahlprogramm enthalten; stattdessen wird auf der bisherigen Lohnpolitik und dem „Konkordat“ mit den Gewerkschaften beharrt.

Das extrem undemokratische Mehrheitswahlrecht in England hat das Aufkommen einer ernstzunehmenden Alternative zu den bürgerlichen Parteien oder gar das Entstehen linker Oppositioneller in die Parlamente bisher völlig verhindert. (Nach diesem Wahlsystem muß ein Kandidat, der ins Parlament will, die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen. Theoretisch kann es also passieren, daß eine Partei 49% der Stimmen erhält, aber keinen Abgeordneten stellt.)

Ausnahmen hiervon bilden natürlich die walisischen und schottischen Nationalisten und die nordirischen Parteien, da diese sich mit einem nationalistischen Programm unter bestimmten Bedingungen von der Natur der Sache her auf die Mehrheit der Bevölkerung bestimmter Landstriche stützen können.

Der Linken in England ist es – seit der Entartung der Labour-Party zu einer Partei des Imperialismus – nur ein einziges Mal gelungen, einen Abgeordneten ins Parlament zu bringen: im schottischen Wahlkreis Fife ist in den 40er Jahren ein Kandidat der „Communist Party“ mehrheitlich gewählt worden. 1974 lag hier in Fife der Anteil der inzwischen revisionistischen CP noch bei 3,5%; im Landesdurchschnitt liegt der Anteil der CP in den Wahlkreisen, in denen sie kandidiert, bei ca. 1%.

Von den revolutionären Organisationen der 67/68er Bewegung kandidieren mehrere seit mindestens 5

Jahren relativ regelmäßig zu Parlaments- und Kommunalwahlen. So die CPB/ML (Bruder der hiesigen KPD/ML), die WRP („Workers Revolutionary Party“ – 4. Internationale), die SWP („Socialist Workers Party“ – ehemals „International Socialists“) und IMG („International Marxist Group“ – Bruder der hiesigen GIM). Die erzielten Stimmenanteile bewegen sich dabei so zwischen 0,5 und 1,2%, in einzelnen Wahlkreisen auch z.T. geringfügig höher.

„Socialist Unity“ (Sozialistische Einheit)

Im Sommer 77 wurde hauptsächlich von IMG und Big Flame ein Wahlbündnis mit dem Namen „Socialist Unity“ gebildet (s. AK 112), das eine „radikale sozialistische Alternative“ zu den bürgerlichen Parteien darstellen sollte. Es sollte ausdrücklich offen gehalten werden für andere Organisationen und die außerparlamentarischen Kämpfe der Arbeiter, Mieter, Frauen, Antifaschisten unterstützen und koordinieren helfen.

Bei der ersten Kandidatur bei den Nachwahlen in Birmingham Ladywood im August 77 erhielt die „Socialist Unity“ 3,4%, während die SWP, die sich aus prinzipiellen Gründen geweigert hatte, mit SU zusammen zu kandidieren, mit dem üblichen 1% abschoß. Rechnet man allerdings diese Zahlen zusammen, so sind 4,4% sehr beachtlich angesichts der Tatsache, daß es sich bei beiden Listen um sozialistische, sich selbst revolutionär nennende Gruppierungen handelt und außerdem für jeden Wähler von vornherein klar war, daß seine Stimme verloren ist (gegen das englische Wahlsystem ist unsere 5% Klausel als psychologische Schwelle tatsächlich ein Nichts!).

„Socialist Unity“ wird bei der kommenden Wahl in 10 Wahlkreisen kandidieren. Dabei ist man von der Überlegung ausgegangen, daß man eine Wiederwahl von Labour propagieren will und nur in solchen Wahlkreisen gegen Labour kandidieren will, in denen der Labour-Sitz absolut sicher scheint.

„Socialist Challenge“, die Wochenzeitung der IMG, schreibt

(recht widersprüchlich): „Labour zu boykottieren nützt der Partei des Big Business – den Tories. Wenn die Arbeiter die Labour Party wählen, dann wählen sie eine Partei ihrer Klasse (!!) – wie auch immer ihre Politik aussieht.“ Andererseits schreibt „Socialist Challenge“: „Die besten Bedingungen, um die reaktionäre Politik der Labour Party ein für alle Mal zu besiegen, bestehen dann, wenn Labour an der Regierung ist. (...) Die beste Bedingung, diese (sozialistische) Alternative auszudehnen, besteht in der Rückkehr von Labour an die Regierung. Nicht weil sie den Sozialismus bringt, sondern weil unter einer Labour Regierung die wirklichen Sozialisten besser zu sehen und zu hören sind.“ (SC, 5.4.79).

„Socialist Workers Party“ (SWP)

Die Position von SWP zur Wahl ist am besten gekennzeichnet mit folgendem Zitat: „Beide – Labour und Tory – bedrohen uns. Die einen mit Schlägen in die Zähne, die anderen mit einem Messer in den Rücken. Es ist Zeit, unsere Verteidigung zu organisieren.“ („Socialist Worker“ vom 21.4.79). SWP ruft trotzdem auf dazu, Labour zu wählen und begründet dies damit, daß eine Tory-Regierung die Arbeiterklasse noch offener und brutaler angreifen wird.

Interessant ist die Änderung der Position der SWP zur Frage der Eigenkandidatur, bzw. zur Kandidatur einer linken Alternative. Auf ihrer Jahreskonferenz 1977 wurde von ihr die Beteiligung an Wahlen ausdrücklich mit der „Verbreitung von Propaganda und Gewinnung neuer Mitglieder“ begründet. Dementsprechend wurden Wahlbündnisse mit anderen Organisationen grundsätzlich abgelehnt. Wahlergebnisse von um die 1% wurden nur unter dem Gesichtspunkt analysiert, wieviel neue Mitglieder rekrutiert werden konnten und ob der „Parteiaufbau“ vorangetrieben worden ist (s. AK 112). Eine kritische Auseinandersetzung z.B. damit, daß Socialist Unity auf Anhieb mehr als das dreifache an Stimmen erzielte (bei der Nachwahl in Birmingham-Ladywood), erfolgte vor diesem Hintergrund nicht.

Zu dieser Wahl allerdings hat SWP erklärt, sich nicht zur Wahl zu stellen. Duncan Hallas, ein führender SWP-Genosse, nahm hierzu in einem Interview in „Socialist Challenge“ Stellung. Die wesentlichen Aussagen: die Linke sei zu isoliert, das hätten die Wahlergebnisse gezeigt, sowohl ihre eigenen, als auch die von „Socialist Unity“. Die SWP würde sich auf andere Schwerpunkte konzentrieren. Eines der Hauptprobleme der Linken sei die zu geringe Verankerung in der Arbeiterklasse. Deshalb würde alle Kraft der SWP auf die Arbeit in den Gewerkschaften, den Kampf gegen das Konkordat und auf den Kampf gegen Faschismus und Rassismus konzentriert. Duncan Hallas erklärte, er würde es insofern für einen Fehler halten, daß „Socialist Unity“ kandidiert, allerdings würden die SWP-Genossen sicher die „Socialist Unity“ wählen (nach „Socialist Challenge“, vom 12.4.79).

Zwei unabhängige Linke

Neben den 10 Wahlkreisen, in denen „Socialist Unity“ kandidiert, werden in 2 Wahlkreisen unabhängige Linke gegen Labour kandidieren: in Cardiff South-East kandidiert die Veteranin der britischen Anti-Atomtod-Bewegung Pat Arrowsmith, die sich auch durch ihr Eintreten für die nordirische Befreiungsbewegung einen Namen gemacht hat. Spitzenkandidat der Labour-Party in ihrem Wahlkreis ist der gestürzte Premier Callaghan, was einen interessanten Wahlkampf verspricht. Der zweite unabhängige Linke ist Brendan Gallagher, ein Ire, dessen Sohn einer der „H-Block“-Gefangenen in Nordirland ist, die seit Monaten gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Internierungslagern kämpfen. Gallagher kandidiert in Barnsley, dem Wahlkreis des bisherigen Nordirland-Ministers Roy Mason.

„Socialist Unity“ hat zur Wahl dieser beiden aufgerufen und führt auch gemeinsam Veranstaltungen mit ihnen durch.

„Workers Revolutionary Party“ (WRP)

Die streng konspirative radikal-trotz-

kistische und extrem sektiererische „Workers Revolutionary Party“ (WRP) kandidiert unter den Parolen „Schluß mit dem Kapitalismus! Jetzt eine sozialistische Politik!“ in knapp 30 Wahlkreisen. Wir haben in der Tageszeitung der WRP „News Line“, von der wir allerdings jeweils nur eine Auswahl bekommen, keinen Aufruf zur Wahl von Labour finden können. Dies verwundert deshalb, weil gerade die WRP in den vergangenen Jahren immer wieder mit der Parole „Für eine Labour-Regierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms“ auf-

fiel. In der Ausgabe der „News Line“ vom 14.4.79 nehmen verschiedene Kandidaten der WRP Stellung zur Position der Partei: „Die WRP stellt sich nicht nur zur Wahl, um Stimmen zu bekommen. Wir tun dies, weil die nächste Regierung – egal ob es die Tories oder eine Koalition sein werden – alle Kräfte der Reaktion gegen die Arbeiterklasse mobilisieren wird (...). Die WRP kandidiert, um die Arbeiterklasse zu mobilisieren, den Kapitalismus hinwegzufegen und die revolutionäre Partei aufzubauen.“ Und: „Die WRP ist die einzige Partei in Britain, die nicht nur über die Ergreifung der Macht durch die Arbeiter redet, sondern tatsächlich vorbereitet ist, die Macht zu übernehmen und den Arbeitern zu zeigen, wie dieses gemacht werden kann – zunächst durch einen Generalstreik zum Sturz der nächsten Regierung.“

Die revisionistische „Communist Party“ (CP)

Die CP wird in 40 Wahlkreisen kandidieren, das sind 10 weniger als bei der letzten Parlamentswahl 1974. In den anderen Wahlkreisen ruft sie dazu auf, Labour zu wählen. „Sie verlangt jedoch von einer neuen Labour-Regierung eine stärker (noch stärker ?? – Ann. AK) auf die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Rentner ausgerichtete Politik“ schreibt die „UZ“ vom 12.4.79.

England Kommission

Italien

Prozesse gegen die revolutionäre Linke in Italien

Interview mit Oreste Strano, einer der Angeklagten im Turiner „Terroristen-Prozess“ und Genosse der „Autonomia“.

daß Contro-Informazione der legale propagandistische Arm der BR war und daß die Genossen des „Collettivo politico Lodigiano“ für die Logistik der BR gesorgt haben.

AK: In dieser Woche wurde der Prozeß gegen 22 Genossen aus der revolutionären Linken eröffnet. Worum geht es in diesem Prozeß?

O: Dieser Prozeß bezieht sich auf die Herausgabe der revolutionären Zeitschrift „Contro-Informazione“ (Gegenöffentlichkeit) im Jahre 1974, also aus der Entstehungszeit der „Autonomia“. Die „Contro-Informazione“ war und ist ein Organ der verschiedensten linken Strömungen, in der alle Positionen der „anti-institutionellen“ Linken dargestellt werden können. Es waren Artikel über unsere konkrete gewerkschaftliche und bezirkliche Basisarbeit darunter, wie auch Stellungnahmen zur Strategie des bewaffneten Kampfes. Dokumente der „brigate rosse“ (BR= Rote Brigaden) wurden auch abgedruckt. Nun versucht die Staatsanwaltschaft, uns als Mitglieder der BR zu „überführen“, um dadurch die anti-institutionelle Linke insgesamt zu kriminalisieren.

AK: Kannst Du mal an Deinem Beispiel erläutern, wie die Verfolgungsmaßnahmen des Staates aussehen?

O: Im Oktober 1974 ist eine „Base“ (konspirative Wohnung) der BR aufgefliegen. Es wurde dort ein Notizbuch gefunden, das auch Namen und Adressen von Redakteuren und Mitarbeitern der „Contro-Informazione“ enthielt, also unter anderem auch von mir. Am 9. November 74 wurde daraufhin meine Wohnung durchsucht. Die Polizei fand einzelne Flugblätter der BR, Namenslisten von Faschisten, ein Luftgewehr und eine Pistole, Kaliber 6,35. (In Italien war damals nur der Besitz von Pistolen bis 6 mm erlaubt). Obwohl mir bis auf den Strafbestand des „unerlaubten Waffenbesitzes“ nichts nachgewiesen werden konnte, wurde ich vom 9. November 74 bis 10. Juni 75 inhaftiert. Anfangs waren auch meine damalige Frau und meine Tochter Barbara im Knast. An sich hätten sie mich nur 6 Monate, also nur bis zum 9. Mai, ohne Prozeß inhaftieren können, aber der Staat hält sich nicht an seine Gesetze. Nach meiner Haftentlassung wurde ich mit meiner Familie in das „confino“ (Verbannung) in ein kleines Dorf bei Siena geschickt, wo ich mich jeden Tag bei der Polizei melden sollte.

(Das italienische Verbannungsgesetz stammt aus der Zeit des Faschismus und wird heute wieder gegen die Linke angewandt, obwohl selbst die Genfer Menschenrechtskommission dieses Gesetz für illegal erklärt hat – Anm. AK). Weil mir der Bürgermeister des Dorfes jedoch weder eine Wohnung noch eine Arbeit besorgen konnte, bin ich mit meiner Familie ins Ausland geflohen. Während ich mich in der „Latitanza“ (im Untergrund) befand, wurden mir alle möglichen Anschläge der BR unterstellt, z.B. der geglückte Anschlag auf den Generalstaatsanwalt Coco. Am 28. Juni 77 wurde ich in Italien gefaßt und bis zum 17. November 77 eingeknastet. Laut Gerichtsbeschuß hätte ich schon am 28. September wieder freigelassen werden müssen. Daß ich erst 7 Wochen später, am 17. November, rauskam, lag angeblich daran, daß die Bürokratie so lange brauchte, um herauszufinden, in welchem Gefängnis ich untergebracht war. Seit Ende 77 muß ich mich einmal die Woche in Milano bei der Polizei melden.

AK: Zurück zum Prozeß. Wer ist angeklagt? Wie sieht Eure Prozeßstrategie aus?

O: Von den 22 Angeklagten sind schon 6 zu langen Haftstrafen, zum Teil lebenslänglich, verurteilt worden: 3 als angebliche Mitglieder der BR, 2 als angebliche Mitglieder der „Gruppe 22. Oktober“ und einer als Mitglied der NAP („Nuclei armati proletari“ = Bewaffnete proletarische Zellen). Die Anklage will beweisen,

Eine gemeinsame Prozeßstrategie gibt es nicht, weil es politische Differenzen zwischen den Genossen gibt. 4 Genossen, die schon verurteilt sind, werden offen die Theorie und Praxis der jetzt arbeitenden Guerilla propagieren. Ich selbst werde den Prozeß dazu benutzen, den reaktionären Charakter des bürgerlichen Staates anzuklagen. Daraus werde ich ableiten, daß jeder Kommunist die Pflicht hat, diesen Staat zu zerschlagen. Auch das, was die Anwälte meines Vertrauens in diesem Prozeß zu sagen haben, wird sich in diesem Rahmen bewegen.

AK: Vor 2 Wochen sind 23 weitere Genossen verhaftet worden, 12 in Rom und 11 in Padua. U.a. auch der international bekannte Staatsrechtsprofessor Toni Negri. Auch ihm wird vorgeworfen, er sei ein „Kopf“ der BR. Was meinst Du dazu?

O: Toni Negri war schon in die Ermittlungen zu unserem Prozeß mit einbezogen. Damals haben sie jedoch die Anklage gegen ihn wieder fallen gelassen.

Die aktuelle Verhaftung von Negri zeigt noch deutlicher als unser Prozeß, daß es weniger um die BR geht als um die Kriminalisierung der gesamten revolutionären Linken. Daß Negri Führer der BR sei, ist eine politische Konstruktion von DC und PCI, die sich auf lächerliche „Indizien“ stützt. Weiterhin ist allgemein bekannt, daß sich Negri in präziser Form von den BR politisch distanziert hat. Die Staatsanwaltschaft ist sich der Haltlosigkeit ihrer Vorwürfe wohl auch bewußt. Deshalb, und das ist neu in der italienischen Justiz, klagt sie Negri auch der „Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes“ (insurrezione armata contro lo Stato) und wegen „Angriff auf die Verfassung“ (attacco alla costituzione) an. Diese Vorwürfe werden einfach aus den theoretischen Schriften von Negri abgeleitet. Damit soll die sich in den letzten Jahren entwickelnde „Autonomia diffusa“ insgesamt getroffen werden. Die Bourgeoisie meint, sie brauche nur die „ideologischen Köpfe“ der Revolution zu machen und schon sei das Problem der „Autonomia diffusa“ gelöst. Natürlich ist das eine Illusion.

AK: Welche Rolle spielt die PCI bei dieser Treibjagd gegen die Linke?

O: Die PCI spielt maßgeblich die Politik der institutionellen Macht. Toni Negri zum Beispiel ist auf Initiative von zwei Staatsanwälten verhaftet worden, die der PCI nahe stehen.

Ein anderes Beispiel für die „Anti-Terror“-Politik der PCI ist ihre Fragebogen-Aktion in Turin. Dort hat die PCI 14000 Bögen verteilt, mit Fragen wie: „Was sind ihrer Meinung nach die Ursachen des Terrorismus?“, „Was müßte ihrer Meinung nach dagegen getan werden?“, „Haben Sie den Verdacht, daß in ihrer sozialen Umgebung Terroristen wohnen, wo und wer?“. Diese Affäre zeigt aber nicht nur den Charakter der PCI, sondern auch die politische Reife der Basis. Von 14000 Fragebögen wurden nur 5000 zurückgegeben. Von diesen wiederum waren jedoch ganze 16 (sechzehn) für die PCI brauchbar. Die anderen Antwortbögen denunzierten Andreotti, Rumor und St. Lorenzo (Chef der PCI in Turin) als bekannte Terroristenführer.

AK: Wie verhält sich die Radikale Partei?

O: Die „partito radicale“ ist eine pazifistische Gruppe der bürgerlichen Linken, lehnt also die Gewalt des Staates wie der Linken ab. Trotzdem hat die soviel Augenmaß, daß sie sich in ihren öffentlichen Kampagnen in erster Linie gegen die Gewalt des Staates wendet. Sie hat z.B. das Referendum gegen das „Legge Reale“ (Anti-Terror-Gesetz) initiiert.

Spanien



Hunderttausende demonstrieren im Baskenland

Am 8.4. demonstrierten in Bilbao ca. 100.000 Menschen gegen die Repression. Alle politischen Parteien (außer der Regierungspartei) hatten zu dieser Demonstration aufgerufen. Bei der Demonstration ging es um die Forderung nach Abschaffung des vor kurzem von der Regierung beschlossenen „Gesetz für die Sicherheit der Bürger“, das eine Verschärfung der Antiterrorgesetzgebung ist und schon viele baskische Patrioten und Antifaschisten erneut hinter Schloß und Riegel gebracht hat. Es ging auch um Anklage gegen die französischen Behörden, die in den letzten Monaten skrupellos bekannte und gesuchte

ETA-Genossen einen nach dem anderen den spanischen Staatsorganen ausliefern und über die Grenze abschieben. Es ging natürlich auch um die Forderung nach Abzug der spanischen Polizei und des spanischen Militärs aus Euskadi.

Den stärksten Block bei dieser Demonstration bildeten mit Abstand die Anhänger von „Herri Batasuna“, d.h. die Anhänger des militärischen ETA-Flügels („El Pais“, 10.4.79), weshalb sich dann auch bald die PCE und PSOE aus der Demo zurückzogen. Die zehntausendfach gerufenen Parolen „ETA, das Volk ist mit dir“, oder „ETA, mas metralleta“ =

„ETA, mehr Maschinenpistolen“ oder „ETA – Lemoniz – mehr Dynamit“ klangen wohl nicht gut in ihren Ohren. Übrigens gab es auch bei dieser Demonstration viele Anti-AKW-Parolen.

Am 15. April fand im ganzen Baskenland der traditionelle Nationalfeiertag „Aberri Eguna“ statt, an dem sich etwa 200.000 Menschen beteiligten. Auch hier waren die vorherrschenden Parolen ähnlich wie oben, obgleich offensichtlich hier der nationalkonservative PNV die meisten Demonstranten aufbieten konnte.

Spanien-Kommission

Reaktionen auf Harrisburg

Auch in Spanien hat der Unfall von Harrisburg zu einer breiten öffentlichen Debatte, zu Meinungsumschwüngen bei einigen politischen Parteien und zu verstärkter Kampftätigkeit der AKW-Gegner geführt.

Die AKW-Frage ist in Spanien deshalb besonders brisant, weil von den 14 AKWs, die bis 1986 in Betrieb genommen werden sollen, 11 von der US-Firma Westinghouse gebaut werden, deren Kühlsysteme dem der AKWs von Harrisburg sehr ähnlich sind. (In Japan wurden die Westinghouse-AKW's alle stillgelegt, soweit sie nicht sowieso defekt waren). Zwei der derzeit laufenden AKWs sowie die drei, die in Kürze fertiggestellt werden sollen (zu denen auch das AKW von Lemoniz im Baskenland gehört), sind alle von Westinghouse und damit Harrisburg-verdächtig.

Eine Gruppe von Technikern und Beamten der staatlichen spanischen Atombehörde (!) trat mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der sie eine generelle Sicherheitsüberprüfung aller laufenden AKWs forderte und feststellte, daß „die Wahrscheinlichkeit von Unfällen in unserem Land größer ist als in den USA“ („El Pais“, 21.4.79). Die Wissenschaftler sprechen von einem klaren Mangel an technischer und menschlicher Qualifikation bei allen spanischen AKWs im Vergleich zu den USA (zum besseren Verständnis: fast kein spanisches AKW ist durch ein irgendwie kontrollierbares Genehmigungsverfahren gegangen, die Bauten wurden in aller Regel vor jeder öffentlichen Genehmigung illegal begonnen).

Von den politischen Parteien sind bisher lediglich Stellungnahmen der sozialdemokratischen PSOE und der katalanischen PCE (PSUC) bekannt, die beide ein Moratorium (Denkpause) in Sachen AKW-Bau fordern sowie eine öffentliche Debatte über die Sicherheit von AKWs. Unter dem Druck der baskischen AKW-Gegner hat sich die baskische Sektion der PSOE sogar für den Baustopp des fast

fertigen und seit Jahr und Tag vom baskischen Volk bekämpften AKW's von Lemoniz ausgesprochen.

Der Verband ökologischer Gruppen („Freunde der Erde“, Kollektiv ökologischer Journalisten, Anti-Atom-Komitee von Katalonien, Anti-Atom-Komitee von Madrid, Gruppe der Mittelmeer-Ökologen) forderte in einer öffentlichen Erklärung den Stopp des Atomprogramms und eine Denkpause von fünf Jahren.

Am weitestgehenden sind jedoch die Kämpfe (wieder einmal) im Baskenland. Hier wurde eine Großmobilisierung zum sofortigen Baustopp des AKW's von Lemoniz von der revolutionären Linken organisiert. In der Woche vom 21. - 27. April findet in ganz Euskadi eine „Anti-Atom-Woche“ unter der Parole „Euskadi oder Lemoniz“ statt, während der Rathausbesetzungen, öffentliche Diskussionen und Demonstrationen durchgeführt werden. Eine Demonstration gab es in Pamplona, an der ca. 4.000 AKW-Gegner teilnahmen.

Den Abschluß bildete eine Massendemonstration am 27.4. in Bilbao. Alle bei den jüngsten Kommunalwahlen in die Rathäuser eingezogenen Parteien (einschließlich der Regierungspartei, der PSOE, und dem PNV) haben sich verpflichtet, in den Rathäusern die Frage des Baustopps von Lemoniz auf die Tagesordnung zu setzen.

Ende Juli haben die Anti-AKW-Komitees von Euskadi zusammen mit der revolutionären Linken den „Marsch von Lemoniz“ geplant, der durch alle Orte des Baskenlandes führen soll und vor dem AKW am 12. August enden soll.

Eine interessante Einzelheit ist, daß das neue Bürgermeisteramt (nach den jüngsten Kommunalwahlen) des Ortes Lemoniz von AKW-Gegnern gestellt wird. Die bisherige provisorische Baugenehmigung wurde lediglich von dem Kommunalrat von Lemoniz (und Mungia) erteilt und könnte von diesen auch wieder zurückgezogen werden!

Spanien-Kommission

Kommunalwahlen in Spanien

Am 1.4.79 fanden in Spanien die ersten Kommunalwahlen nach den Spielregeln der bürgerlichen Demokratie statt, seitdem 1939 der Franco-Faschismus gesiegt hatte. Bei diesen Wahlen erhielten die reformistischen Parteien sowie die Linke einen höheren Stimmenanteil als bei den Parlamentswahlen, die einen Monat zuvor stattfanden. Die Regierungspartei UCD verlor etwa 3% der Stimmen und obwohl sie in 30 der 50 Provinzhauptstädte siegte, wird sie nur in etwa 15 Städten den Bürgermeister stellen, da sich die Sozialdemokraten der PSOE und die Eurorevisionisten der PCE auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnten. Bei diesen Kommunalwahlen konnte die PSOE ihren Stimmenanteil von ca. 29% gegenüber den Parlamentswahlen halten, die PCE verbesserte sich um ca. 3%. Spaniens größten Städte

(Madrid, Barcelona, Valencia etc.) werden von den Oppositionsparteien (vorwiegend PSOE-Bürgermeistern) regiert werden.

Im Baskenland haben der konservative nationalistische PNV sowie die radikalnationalistische Strömung „Herri Batasuna“ und (in geringerem Maße) „Euskadiko Ezkerra“ an Stimmen gewonnen. Sie sind zusammen zu einer beherrschenden Mehrheit geworden. Es gibt zahlreiche Orte im Baskenland, in denen die „gesamtspanischen“ Parteien (PSOE, PCE, UCD) keinen einzigen Abgeordneten im Stadtparlament haben und mehrere Städte, in denen die mit dem militärischen ETA-Flügel sympathisierende Koalition „Herri Batasuna“ die absolute Mehrheit hat. In den drei baskischen Provinzhauptstädten wird der PNV die Bürgermeister stellen. Spanien-Kommission

Portugal

Freiheit für die inhaftierten Antifaschisten!

„Dutzende von Antifaschisten sind immer noch eingesperrt – Wir fordern ihre Freilassung!“, heißt es in der Überschrift eines „Manifests“, das die Unterschrift von 300 Portugiesen trägt und das von den Organisationen Base-FUT, MES, OUT, PRP und PSR unterstützt wird. Wir schließen uns dem Aufruf zur Solidarität mit den inhaftierten portugiesischen Revolutionären an und veröffentlichen hier den Text des „Manifests“.

AK-Redaktion

Mit jedem Tag spürt man deutlicher, wie die reaktionäre und faschistische Rechte an Boden gewinnt. Wir stehen schon vor einer Lawine von arbeiterfeindlichen Maßnahmen, die die Arbeiter auf ihren Schultern lasten fühlen. Doch darf darüber nicht vergessen werden, daß die Gefangenschaft von Antifaschisten das eindeutige Zeichen der großen Wende ist, die gegenwärtig in diesem Lande Herrschenden eingeleitet haben. Auch gegen Ende der ersten Republik kündigte die Einkerkung der unerschrockenen Republikaner und ihre Klassifizierung als gewöhnliche Kriminelle die verhängnisvollen Gestalten von Gomes da Costa, Carmona und Salazar an. Heute sitzen Dutzende antifaschistische Kämpfer in portugiesischen Gefängnissen. Das ist ein deutlicher Hinweis, in welche Richtung die derzeitige Rechtsregierung marschiert und derartige Maßnahmen sind keine isolierten Erscheinungen. Seit dem reaktionären Putsch vom 25. November 1975 mußten die Arbeiter ununterbrochen miterleben, wie die Errungenschaften des 25. April in Frage gestellt wurden. Seither gibt es Rechtsregierungen mit rechten Maßnahmen.

In den letzten Monaten, seit dem Sommer, hat sich diese Entwicklung jedoch in erschreckender Weise beschleunigt.

Das Vordringen der Rechten

Die straflose Rückkehr von Americo Tomas, dem Höchstverantwortlichen des Faschismus, ebenso wie die ehrenvolle Rückkehr von nach dem 25. April in Brasilien untergeschlüpfen Faschisten. Die Prozeß-Farce um die Bombenleger-Organisation und die Freilassung ihrer Hauptverantwortlichen; Die Farce der PIDE-Prozesse und die Freilassung von PIDE-Leuten, ohne Untersuchung der von ihnen begangenen Verbrechen gegen das portugiesische Volk; Die Rehabilitierung von rechten Militärs, von denen einige bekanntermaßen faschistische Ansichten vertreten und unter denen die Verantwortlichen für den Putschversuch und die Bombardierungen vom 11. März hervorgehoben sind; Die Verherrlichung und Ehrung von Militärs, die nachweislich in Korruptionsaffären verwickelt sind, ebenso wie die Rehabilitierung der den zur Zeit Herrschenden verbundenen Militärs und deren Komplizen, die für den reaktionären Putsch vom 25. November Waffen verteilt hatten; Die Duldung von Nazi-Banden und deren Aktionen, sowie das Schaffen eines für reaktionäre Demonstrationen günstigen Klimas, wie jener vom 1. Dezember 1978 in Lissabon; Die fortschreitende Aushungerung von unter staatlicher Kontrolle befindlichen und selbstverwalteten Betrieben, im Gegensatz zur Behandlung der an die Kapitalisten zurückgegebenen Betriebe; Die Vertreibung der Bewohner besetzter Häuser; Die Übergabe von Grund und Boden im Alentejo an Großgrundbesitzer, die ihn verkommen lassen; Die Offensive der Regierung zur noch stärkeren Kontrolle und Knebelung der Massenmedien.

Alles dies ist mehr als ausreichend, um den gegenwärtigen Stand des Vormarsches der Rechten in unserem Lande zu kennzeichnen und erste Voraussetzungen für die Zukunft zu geben.

Die Repression

Der Tod von Luis Caracol und Jose Jorge, die von der Polizei auf offener Straße exekutiert wurden; Die Prügel und Mißhandlungen, die auf den Polizeiwachen und in den Gefängnissen alltäglich werden, und Gewaltanwendung zum Zwecke der Einschüchterung und als Verhörmethode; Die brutale Repression im Alentejo durch die GNR, die kriegsmäßig ausgerüstete Einheiten einsetzt, als wäre sie eine Besatzungsarmee, und die auf die Arbeiter eindrischt, die schließlich nur ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Arbeit verteidigen. Das halten die Herrschenden für die einzige Möglichkeit, den Ansprüchen der Großgrundbesitzer und der CAP Genüge zu tun; Die PIDE-artigen Methoden, die von Neuem in den Betrieben herrschen, mit der Anwerbung von ehemaligen Angehörigen der Sonderkommandos und der Polizei als Einsatzgruppe der Unternehmer, sowie die Entlassung von Arbeitern, insbesondere von solchen, die sich am meisten im Kampf für ihre Klasseninteressen hervorgetan haben; Die erbarmungslose Unterdrückung der

Soldaten in den Kasernen; Die Repression der Generalstäbe gegen die Militärs des 25. April, insbesondere Otelos, der kurz vor seiner Verurteilung steht – gerade weil er und die anderen den 25. April gemacht haben; Die skandalösen Repressionsmaßnahmen wegen eines Plakates der OUT, das den Präsidenten der Republik kritisierte und die in der Verurteilung der Genossen, die das Plakat geklebt hatten zu 16 Monaten (mit Bewährung), gipfelte; Der Überfall auf die Zeitungen „Pagina Um“ und „Voz do Povo“ durch die Kriminalpolizei unter dem Vorwand der Suche nach jenem Plakat und die Beschlagnahme der letztgenannten Zeitung.

All dies gibt uns ein hinreichend scharfes Bild der brutalen Repression, die heute Arbeiter und Antifaschisten in Portugal erleiden.

Der Fall PRP

In diesem allgemeinen Rahmen muß die Einkerkung von Genossen der PRP, darunter ihrer nationalen Führung, gesehen werden. Die polizeiliche und militärische Operation, mit der im Juni 1978 das gesamte Land zur Erfassung, Ergreifung von Genossen der PRP überzogen wurde, wobei Privatwohnungen und Parteibüros erfaßt wurden, war ein brutaler Angriff der Rechten. Die hemmungslose Art und Weise, in der die Operation durchgeführt wurde, steht in keiner Weise den schlimmsten derartigen Aktionen der PIDE nach; im einzelnen kennzeichnete sie sich:

Durch den Gebrauch von Beleidigungen, wie „Rattenest“ und „Bande“ seitens der Polizei;

Durch die einheitliche Form, in der die Rechtspresse (und einige ihrer taktischen Verbündeten in diesem Fall) die Aktion unterstützte und die Gefangenen oder verfolgten Genossen verleumdete;

Durch die Anwendung von Prügeleinheiten durch die Kriminalpolizei bei den Verhören;

Durch den Einsatz von agents provocateurs zur Absicherung der Prozesse;

Durch die lange Isolation der Gefangenen von Außenkontakten, wie es sie seit den Zeiten des Faschismus nicht mehr gegeben hatte;

Durch das Verbot von Kontakten zwischen Gefangenen und Rechtsanwälten allein;

Durch das Verbot von Kontakten zwischen Gefangenen und Rechtsanwälten allein;

Durch die Form, in der sämtliche Anschuldigungen formuliert sind, indem man den Gefangenen Vorwürfe, daß sie Mitglieder und Führungskader von PRP sind und ihre jeweilige Funktion angibt, sowie eine Beschreibung der angeblichen Funktionsweise dieser Partei erstellt – Anklageschriften, die uns arg an diejenigen erinnern, die für die Verurteilungen vor den faschistischen Sondergerichten bestimmt waren. Diese gesamte Situation der Verletzung der Menschenrechte und der Verfassung ist bereits so offensichtlich, wie es sich aus den beiden folgenden, äußerst wichtigen Vorkommnissen ersehen läßt:

Zum einen der Rücktritt des Chefs der Kriminalpolizei von Porto, die dieser in einer bemerkenswerten Begründung erläuterte und die in der Presse kommentiert wurde. Man weiß, daß durch die Untersuchungskommission, die von der Generalstaatsanwaltschaft eingesetzt wurde, die Anwendung von Prügeleinheiten bei den Verhören praktisch erwiesen ist. Und man weiß ebenso, daß die Ergebnisse der Untersuchung unterdrückt werden, in Gegensatz zu den Vorstellungen von Dr. Guimaraes Dias.

Ein weiteres bezeichnendes Faktum ist der Beschluß des Landgerichtes Porto – an das sich die Anwälte der Gefangenen gewandt hatten –, wonach die Maßnahme, den Gefangenen die Zusammenkunft ohne Zeugen mit ihren Anwälten zu verweigern, verfassungswidrig ist. Gleichzeitig rief dieses Gericht zur Verteidigung der Verfassung und der Rechte der betroffenen Gefangenen auf, da es meinte, daß deren rechtmäßige Verteidigung nicht garantiert sei.

Daraufhin verlangten die Anwälte die sofortige Absetzung der Prozesse und Freilassung der gefangenen Antifaschisten. – Damit jedoch die Freilassung erfolgt, ist es notwendig, daß sich eine große nationale und internationale Solidaritätsbewegung entwickelt, daß alle antifaschistischen Frauen und Männer, alle Arbeiter, die Freilassung der Gefangenen fordern. Von nun an, wie vor dem 25. April, ist keine fortschrittliche Organisation, kein aktiver Antifaschist, kein bewußter Arbeiter mehr davor sicher, mit solchen oder ähnlichen Anklagen durch die sich als neue Politische Polizei gebärdende Kriminalpolizei verfolgt zu werden, wegen Aktionen, von denen diese meint, daß sie die Stabilität der gegenwärtigen bürgerlich-faschistischen Macht, die uns regiert, ins Wanken bringen könnten.

Deshalb wird die Befreiung der gefangenen Antifaschisten neuerlichen Verhaftungen einen Riegel vorschieben und eine wichtige Voraussetzung zur Verteidigung von fortschrittlichen Organisationen, aktiven Antifaschisten und Arbeitern sein.

Unterstützen wir die Befreiung der gefangenen Antifaschisten, denn es geht um die Freiheit und die Befreiung der Werktätigen!

Fordern wir die Freilassung aller gefangenen Antifaschisten!

Lissabon, April 1979

(Übersetzung: Portugal-Kommission)

Türkei

Trotz Kriegsrecht: 1. Mai-Demonstration in Istanbul!

Türkei: Die Konföderation revolutionärer Gewerkschaften, Disk, will trotz Kriegsrecht am 1. Mai in Istanbul auf dem 1. Mai-Platz (Taksim) demonstrieren. In einem Schreiben an den Gouverneur von Istanbul betonte der Generalvorsitzende der Disk, Isiklar, daß der 1. Mai ein internationaler Solidaritätstag der Arbeiter ist und die Disk entschlossen ist, auf dem Taksim-Platz zu demonstrieren. Dies ist man auch den Opfern des 1. Mai 1977 schuldig. Am 1. Mai 1977 verübten die Faschisten und der türkische Geheimdienst einen Anschlag auf dem Taksim-Platz, auf dem sich 500 000 Menschen versammelt hatten. Über 40 Tote und hunderte von Verletzten waren Opfer dieses Terrorangriffs.

Die Disk beschuldigte die sozialdemokratische Regierung Ecevit, daß sie nicht „die faschistische Gefahr“ stehe, solange sich die Regierung nicht gegen den Faschismus auf die Seite der Werktätigen stellt. Auch wenn 100 000 von uns ins Gefängnis kommen, wird der 1. Mai auf dem Platz, den wir den 1. Mai-Platz nennen, stattfinden.

Selbst unter Pinochet wird die chilenische Arbeiterklasse der 1. Mai feiern. Die türkische Arbeiterklasse wird genauso mutig sein.

Damit steuert die Gewerkschaft eine mutige Kraftprobe mit den Kriegsrechtskommandanten und der sozialdemokratischen Regierung Ecevit an. Die sozialdemokratische Regierung Ecevit muß jetzt Farbe bekennen, gegen wen das Kriegsrecht, das im Dezember vorigen Jahres ausgerufen wurde, gewandt ist. Das Kriegsrecht wurde nach dem

blutigen Massaker von Kahramanmaraş, in deren Verlauf die Faschisten über 500 Menschen ermordeten, verhängt.

Die sozialdemokratische Regierung hatte das Kriegsrecht mit der Herstellung der inneren Ordnung im Kampf gegen rechts und links begründet.

Kriegsrecht wird verlängert

Das Kriegsrecht, das alle zwei Monate verlängert werden muß, läuft am 27.4.79 aus. Doch alle Äußerungen der letzten Tage weisen darauf hin, daß es verlängert und noch auf weitere Provinzen ausgedehnt wird. Gleich nach Bekanntgabe der Disk, den 1. Mai stattfinden zu lassen, betonte der Kriegskommandant von Istanbul, daß die Demonstration am 1. Mai, sollte das Kriegsrecht verlängert werden, verboten werden wird. Damit nehmen die sozialdemokratische Regierung und das Militär die Verantwortung auf sich, die Arbeiterklasse in der Türkei, die in den letzten Jahren die größten Mai-Demonstrationen mit bis zu einer Million Menschen in der westlichen Welt veranstaltet hat in offener Weise zu provozieren und weitere Opfer und Blutvergießen bewußt in Kauf zu nehmen.

Der Druck auf die sozialdemokratische Regierung, das Kriegsrecht nicht nur zu verlängern, sondern auszuweiten und zu verschärfen, verstärkt sich. So hielten sechs Minister, die der Unabhängigen-Fraktion angehören und der Regierung Ecevit an die Macht verhalfen, letzte Woche eine Pressekonferenz ab, in der sie ihren Austritt aus der Regierung bekanntgaben, wenn nicht gegen

ideologische und separatistische Strömungen schärfer vorgegangen wird. Als separatistische Strömungen sind die Autonomiebestrebungen der 8 Millionen Kurden in der Türkei gemeint.

Auch die Faschisten fordern seit Aussetzung des Kriegsrechts die Ausdehnung auf sechs weitere Provinzen. Der ehemalige Ministerpräsident der rechtsgerichteten Nationalen Front Regierung, Demirel, kritisierte die sozialdemokratische Regierung dahingehend, daß „die Armee es an der erforderlichen Rigorosität gegenüber der extremistischen Linken haben fehlen lassen“ (FAZ, 24.2.79). Obwohl laut dem Justizminister schon über 25.000 Anarchisten festgenommen worden seien (ebenda). Ministerpräsident Ecevit verkündete vor der Entscheidung über die Verlängerung des Kriegsrechts, daß der Nationale Sicherheitsrat, in dem auch die Militärs sitzen, die Verlängerung des Kriegsrechts um 2 Monate, sowie die Ausdehnung auf sechs weitere südöstliche Provinzen fordert, da hier der Anteil der kurdischen Bevölkerung besonders groß ist und diese zu separatistischen und subversiven Absichten neige (Tagesspiegel, 25.4.79). So ist schon vorgeprogrammiert, wie sich das Parlament am 26. April entscheiden wird. Klar ist damit aber auch, daß die Imperialisten, das türkische Militär und die sozialdemokratische Regierung am 1. Mai ein weiteres Blutvergießen provozieren und für ihre Pläne einkalkulieren. (Informationen aus Cumhuriyet vom 9.4. - 17.4.79)

Türkei-Kommission



„38 Tote (200 Verletzte) – so endete die 1. Mai-Demo 1977 in Istanbul durch einen Anschlag der Faschisten“

Kriegsrecht verlängert und ausgedehnt!

Am 25. April hat das türkische Parlament auf Antrag der Regierung Ecevit mehrheitlich der Verlängerung des Kriegsrechtes um zwei Monate zugestimmt. Gleichzeitig wurden sechs weitere Provinzen neu unter Kriegsrecht gestellt, so daß jetzt in insgesamt 19 von rund 60 Provinzen der Türkei Kriegsrecht herrscht.

Damit hat die sozialdemokratische Ecevit-Regierung den Verschärfungen zugestimmt, die von den Rechten, speziell der rechtsradikalen Nationalistischen Bewegungspartei (MHP), seit Beginn des Kriegsrechtes gefordert worden sind. Bei den sechs neu unter das Kriegsrecht fallenden Provinzen handelt es sich ausschließlich von Kurden bewohnt werden, und in denen die türkische Linke noch einige starke Stützpunkte (Tunceli, Diyarbakir) hatte. Die Verhängung des Kriegsrechtes über kurdische Provinzen stellt zudem eine extreme Gefährdung der kurdischen Bevölkerung dar, die nun noch ungeschützter den Verfolgungen durch die türkische Armee ausgeliefert ist.

Es liegt die Vermutung nahe, daß die Verhängung des Kriegsrechtes über diese Provinzen eine Reaktion auf die Auseinandersetzungen ist, in denen sich die Kurden derzeit im Iran befinden und einer Ausdehnung auf die Türkei damit vorbeugend verhindert werden soll.

Aus Protest gegen den Antrag der Regierung und die erfolgte Ausweitung und Verlängerung des Kriegsrechtes sind drei Abgeordnete der Regierungspartei (CHP) aus der Fraktion ausgetreten; diese Abgeordneten sind Kurden („Milliyet“, 26.2.79).

Militärs verbieten 1. Mai – Demonstrationen

Die Auseinandersetzungen um die Demonstrationen zum 1. Mai in Istanbul haben sich weiter dramatisch zugespitzt.

Nach den vorliegenden Meldungen wurden folgende Befehle vom Ministerpräsidenten Ecevit erlassen, um die von der Gewerkschaftskonföderation DISK geplante Demonstration in Istanbul zu verhindern (Istanbul steht zur Zeit unter Kriegsrecht):

– Ausgangssperre vom 1. Mai 0 Uhr bis 2. Mai 4 Uhr;

– Schießbefehl an die Armee, um dieses Verbot durchzusetzen. Am 28.4. wurden alle Vorstandsmitglieder von DISK verhaftet, alle Büroräume in Istanbul durchsucht und sämtliche Flugblätter, Plakate und Zeitungen, die zur Demonstration in Istanbul aufgerufen haben, beschlagnahmt. Bei dieser Aktion wurden 100 Gewerkschaftsmitglieder verhaftet.

Zu dieser Zuspitzung ist es u.a. deswegen gekommen, weil sich der DISK-Vorsitzende Bastürk bis zuletzt geweigert hatte, die Demonstration abzusagen und angekündigt hatte, daß trotz Verbot der DISK-Vorstand seinen Beschluß nicht revidieren wird und am 1. Mai vollständig auf dem Kundgebungsplatz vertreten sein werde. Drei DISK-Gewerkschaften haben unterdessen dem Druck der Militärs nachgegeben und zur Demonstration in der 450 km entfernten Stadt Izmir aufgerufen. (Informationen nach „Milliyet“ v. 29.4. und WDR v. 29.4., 18 Uhr 30)

Türkei-Kommission



nahost

Iran Die Konterrevolution marschiert

Mit dem Sturz des Schah-Regimes wurde der Einfluß der US-Imperialisten im Iran nicht gebrochen. Knapp drei Monate nach dem bewaffneten Aufstand, der überraschend schnell zum Zusammenbruch des alten Regimes führte, marschiert die Konterrevolution.

- Armee, Polizei und der Geheimdienst sind nicht endgültig zerschlagen worden, ihre Reorganisation schreitet voran.
- Neben den alten Einrichtungen ist ein konterrevolutionärer „islamischer Geheimdienst“ eingerichtet worden, bewaffnete konterrevolutionäre Gruppen werden noch neben den teilweise von SAVAK-Leuten unterwanderten reaktionären islamischen Komitees aufgebaut.
- Die Repressionen gegen die linken und revolutionären Gruppen wachsen ständig, ebenso bewaffnete Überfälle.
- Gleichzeitig werden die für die Verbrechen des faschistischen Schah-Regimes Verantwortlichen systematisch gedeckt, die Hinrichtungen einiger Verantwortlicher im Eilverfahren dienen dieser Taktik.

Die Machtorgane des Schah-Regimes sind nicht zerschlagen

Die Machtorgane des Schah-Regimes sind nicht zerschlagen

Außerordentlich schnell erfolgte während der Aufstandstage im Februar die „Neutralitätserklärung“ der iranischen Armee gegenüber der von Khomeiny eingesetzten Regierung Barzagan. Dieses „Umschwenken“ der Armeeführung sollte die iranischen Truppen vor weiterer Zersetzung in einem möglicherweise langdauernden Kampf bewahren und ihre schnelle Reorganisation ermöglichen. Ähnliches gilt für die Polizei und den Geheimdienst SAVAK. Die SAVAK-Mitglieder tauchten zunächst einmal unter und konnten sich in die überall aus dem Boden schießenden „islamischen Komitees“ einschleichen. Nur wenige wurden verhaftet. Die meisten von ihnen wurden außerdem nach einem „ergebnislosen“ Verhör – meist sagten die SAVAK-Mitglieder, sie wußten nichts und hätten keine Verbindungen zu anderen SAVAK-Leuten – schnell wieder auf freien Fuß gesetzt („UZ“, 2.4.79). Andererseits zeigten die SAVAK-Mitglieder recht offen und frech ihre gute „Organisation“ in einer Demonstration von zehntausend Mitgliedern, mit der sie ihre Wiedereinstellung verlangten. Belastendes Material – nach der Machtübernahme in Hülle und Fülle beschlagnahmt – wurde zum großen Teil vernichtet oder von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Yazdi unter Verschluss gehalten (siehe unten). Eine vergleichsweise außerordentlich geringe Zahl (knapp 200) der größten Verbrecher des faschistischen Schah-Regimes wurden in geheimen Eilverfahren verurteilt und umgehend hingerichtet. Auf diese Weise wurde bewußt darauf verzichtet, das Ausmaß der Verbrechen aufzudecken, sowie alle Verantwortlichen zu benennen. Eine umfassende Säuberung des gesamten Staatsapparates sollte so von vorne herein verhindert werden.

In der Armee blieben praktisch alle höheren Offiziere in ihren Funktionen. Vor dem Referendum wurden noch einmal 106 – eine wirklich lächerliche Zahl bei einer ehemaligen 400.000 Mann-Armee – Generale und Oberste in den „Ruhestand“ versetzt. Der von der Regierung Barzagan eingesetzte Oberbefehlshaber der Armee, Gharani, mußte zwar seinen Posten wegen seiner inzwischen auch der Öffentlichkeit bekannt gewordenen guten Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst sowie seiner Verantwortung für den brutalen Militäreinsatz in der kurdischen Stadt Sanandaj verlassen, doch damit ist die Armee keineswegs gesäubert. Ebenfalls wegen des blutigen Vorgehens gegen die Kurden wurde der Verteidigungsminister Madani abgesetzt. An seine Stelle trat General Riahi, der schon durch Äußerungen deutlich gemacht hat, daß er am Kurs seines Vorgängers nichts ändern will. „Ich glaube, die Entlassung jast auer (11) Offiziere aus der Armee war ein Fehler.“ „Bei den traurigen Ereignissen der Vergangenheit haben sich nur wenige Mitglieder der Armee schuldig ge-

macht, während jetzt alle Mitglieder der Armee für ihre Schuld verantwortlich gemacht werden.“ („Monitor-Dienst“, 4.4.79).

Vorgehen gegen links

Schon unmittelbar nach dem bewaffneten Aufstand waren die Linken in ihrer Propagandarbeit massiv behindert worden. Der Berater Ayatollah Khomeinys, Ghotbzadeh, verhängte als Direktor der Rundfunk- und Fernsehkanäle umgehend eine Zensur gegen links und richtete die Sender auf einen extrem reaktionären religiösen Kurs aus. Nur die Tageszeitungen können relativ frei berichten, werden aber auch durch die Revolutionskomitees zunehmend unter Druck gesetzt.

Inzwischen werden besonders auf die Büros der Volksfedayin und Volksmodjahedin ständig bewaffnete Überfälle „religiöser“ Milizen durchgeführt. Höhepunkt war der

wenn die gegenwärtigen Angriffe auf uns weitergehen, sind wir bereit und in der Lage, zurückzuschlagen. In Zukunft werden wir nicht die Verantwortung für eventuelle Zwischenfälle übernehmen – wir sind zur Selbstverteidigung gezwungen.“

Anfang April wurde berichtet, daß die bewaffneten Organisationen sich wieder in der Untergrund begeben (offen aufgetreten waren sowieso nur sehr wenige), und zwar wegen der steigenden Repression der rechten Milizen. Diejenigen, die die Arbeit in den Büros aufrechterhielten, richteten sich auf die Angriffe bewaffneter Banden ein.

In Teheraner Zeitungen machten die Volksfedayin darauf aufmerksam, daß rechte Milizen auf die Hauptquartiere in den Provinzen Angriffe ausübten und daß die „Revolutionären Gärten“ dabei zusehen. Auf einer Demonstration von 10.000 reaktionären Moslems in Qom wurden



Demonstration zur Unterstützung des fortschrittlichen Ayatollah Taleghani

Angriff von 2.000 reaktionären Moslems auf das Hauptquartier der Volksfedayin in Abadan. Bei dem Angriff wurden 30 Mitglieder der Volksfedayin verletzt und etwa 40 von den „Revolutionären Gärten“, die dem reaktionären Treiben der Moslems ruhig zugesehen hatten, gefangen genommen. Für die gefangenen Volksfedayin forderten die „Moslems“ die Todesstrafe, weil sie die Ölarbeiter zum Streik angestiftet hätten und Studenten und Arbeiter aufwiegeln würden („FR“, 23.4.79). Der „Guardian“ (23.4.) berichtete außerdem, daß die reaktionären Moslems 25 bis 30 Mitglieder der Volksfedayin als Geiseln genommen haben, die aus Protest in den Hungerstreik getreten seien.

Bei diesem Angriff handelt es sich keineswegs um einen Einzelfall. So gaben die Volksmodjahedin schon in einer Erklärung Anfang März (übersetzt aus „Iranchar“, Nr. 20, 9.3.79) bekannt, daß nicht näher identifizierte bewaffnete Gruppen in einigen iranischen Städten ihre Büros und Stützpunkte gestürmt hätten. „Durch unser bisheriges friedliches Verhalten haben wir uns von unsinnigen Auseinandersetzungen ferngehalten. Es ist uns jedoch klar geworden, daß unser revolutionäres Ausharren negative Folgen hatte – sogar in Teheran ist einer unserer Stützpunkte gestürmt worden! Wir haben erfahren, daß eine größere Aktion gegen uns geplant ist.“

Mit unserem Aufruf wollen wir alle Patrioten, alle fortschrittlichen Kräfte aufrufen, uns zu unterstützen. Wir haben jahrelang gegen den Schah und die Unterdrückung gekämpft –

dies zum Anlaß, um aus Protest gegen die Willkür der Revolutionskomitees Teheran zu verlassen. Er ließ durch einen seiner Söhne erklären, daß es sich bei dieser Aktion nicht um eine persönliche Angelegenheit handele. „Vielmehr sei sie im Zusammenhang mit den beraubten Massen der Nation zu sehen und beziehe sich auf die Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit des geliebten Landes, auf die Furcht, daß das Land erneut in den Abgrund der Diktatur und des Despotismus gestürzt werden kann.“ („MD“, 18.4.79). Die Sätze werden deutlicher, wenn man sich daran erinnert, daß Taleghani vor einigen Wochen auf die Unterwanderung der Revolutionskomitees durch SAVAK-Angehörige hingewiesen hat.

Im ganzen Land gab es spontan Sympathiekundgebungen für Taleghani, auf denen seine Rückkehr nach Teheran gefordert wurde.

Auch in Kurdistan brachen auf Grund der Provokationen reaktionärer Gruppen erneut Kämpfe aus, nachdem die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und den von Khomeiny eingesetzten Revolutionskomitees und der Armee durch die Zugeständnisse der Regierung bei den Autonomieforderungen beigelegt waren. Bewaffnete Gruppen überfielen in Naghadeh eine Versammlung der Demokratischen Partei Kurdistans. Es gab 5 Tote und etwa 50 Verletzte („LM“, 22./23.4.79). In der Provinz Gilan überfielen bewaffnete Gruppen eine Versammlung der Demokratischen Partei Kurdistans. Es gab 5 Tote und etwa 50 Verletzte („LM“, 22./23.4.79).

Zur effektvolleren Bekämpfung der linken Organisationen wurde – neben den „Revolutionären Gärten“, die von dem ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und jetzigen Außenminister Yazdi kontrolliert werden – von einem weiteren „Vertrauten“ Khomeinys, Banisadr, die Organisation „Modjahedin Englabi-Eslami“ aufgebaut, eine bewaffnete Organisation, die vor allem den revolutionären Volksmodjahedin das Wasser abgraben soll. Gleich nach der „Gründung“ wurden von dieser Organisation auf dem Universitätsgelände von Teheran Plakate gegen die Volksmodjahedin geklebt, auf denen diese im alten Schah-Jargon als „Islamische Marxisten“ diffamiert werden sollten („TG“, 9.4.79).

Selbstverständlich wurden die Ziele dieser „neuen“ Modjahedin-Organisation breit im Teheraner Rundfunk gesendet. Anwesend auf der Gründungsversammlung waren nach dieser Quelle vor allem die Mitglieder der „Revolutionären Gärten“ (ein Beleg für die zukünftige „Zusammenarbeit“) und ... der Vertreter der PLO. Besonders deutlich wird die konterrevolutionäre Ausrichtung dieser Organisation an den Aussagen zur Armee. „... das die satanische Armee regierende System (sollte) zugunsten der Anwendung islamischer Vorschriften geändert werden. Und es sollte eine größere Reinigung als zuvor auf der Grundlage islamischer Prinzipien und Richtlinien durchgeführt werden ... in diesem Zusammenhang (d.h. um die „Unabhängigkeit“ und Integrität des Iran zu schützen) halten wir es für äußerst destruktiv und opportunistisch, blumenreiche aber unpraktische und gefährliche Slogans vorzubringen, die die Abrüstung der Armee oder die Schaffung einer Volksarmee verlangen und die nur vorgelegt werden, um die Macht der islamischen Revolution zu schwächen.“ In diesem Zusammenhang wird dann auf die „Probleme“ in Kurdistan und Turkmenistan hingewiesen!! „Wie es im Manifest der Organisation dargelegt ist, werden wir nur gegen jene internen und externen Kräfte in einen bewaffneten Kampf eintreten, die Waffen gegen die islamische Revolution der Massen einsetzen k o n n e n“ („MD“, 11.4.79). Deutlicher kann kaum gesagt werden, daß hier eine schlagkräftige Truppe gegen die Volksmodjahedin und die Volksfedayin geschaffen werden soll.

Yazdi, Banisadr und Ghotbzadeh

Die drei Namen Yazdi, Banisadr und Ghotbzadeh tauchen bei allen dunklen Machenschaften in letzter Zeit auf. Alle drei waren in Paris (die französische Regierung gewährte Khomeiny mit Absprache des Schahs Asyl („NZZ“, 22./23.4.79) die engsten Berater Khomeinys und hatten die letzten Jahre entweder in Frankreich oder in den USA verbracht, Yazdi ist bekanntlich seit Jah-

ren Bürger der USA. Seit wann sie Khomeiny „beraten“, ist unbekannt, bekannt ist, daß alle drei etwa 1970 aus der CISNU ausgeschlossen wurden, und zwar wegen des Vorwurfs, eine reaktionäre Politik in der CISNU durchsetzen zu wollen.

Alle drei erhielten in der Regierung Barzagan keine Ministerposten. Wahrscheinlich auf Druck der Nationalen Front. Khomeiny setzte zumindest für Yazdi und Ghotbzadeh einflußreiche Posten durch. Ghotbzadeh wurde Direktor der Rundfunk- und Fernsehkanäle, Yazdi stellvertretender Ministerpräsident und verantwortlich für revolutionäre Angelegenheiten.

Über Ghotbzadeh und Yazdi sind inzwischen weitere Fakten bekannt. Jahrelang in der CISNU führende Genossen (inzwischen in den Iran zurückgekehrt: Semnar, Sadrsade, Bajaj, Nirumand, Teherani, Fuladi, Schakeri) veröffentlichten unter ihrem Namen in der Teheraner Tageszeitung „Ajandegan“ (Mitte März) einen Artikel, in dem sie auf Angriffe Ghotbzadehs gegen die in den Iran zurückgekehrten Mitglieder der CISNU eingingen. Ghotbzadeh hatte erklärt, die Mitglieder der CISNU seien nur deshalb in den Iran zurückgekehrt, um einen guten Job nach der Revolution zu erhalten. Man solle deshalb die Kritik dieser Leute nicht so wichtig nehmen. Er selbst sei aus der CISNU ausgetreten, weil sie von China (ausgerechnet!) finanziell unterstützt worden sei und aus Anhängern Chinas (ausgerechnet!) finanziell unterstützt worden sei und aus Anhängern Chinas bestehe.

In einem langen Artikel stellten die ehemaligen CISNU-Mitglieder die jahrelange Arbeit der CISNU im Ausland gegen das faschistische Schah-Regime dar und erläuterten die Gründe für den Ausschuß Ghotbzadehs aus der CISNU:

- Versuch, eine rechte politische Linie in der CISNU durchzusetzen
 - Versuch, die CISNU einer vom CIA gegründeten internationalen Studentenorganisation anzuschließen.
- Anschließend erläuterten die Genossen, daß sie zur Unterstützung des Kampfes des iranischen Volkes zurückgekehrt seien und welches ihrer Meinung nach die jetzigen Aufgaben der Revolution im Iran seien.

Im Zusammenhang mit der Ablösung Yazdis von seinem Posten als stellvertretender Ministerpräsident und Verantwortlicher für Revolutionsangelegenheiten und seiner Einsetzung als Außenminister – was allgemein als eine Beschneidung seiner Machtbefugnisse angesehen wird – enthielt die Tageszeitung „Peygham Emrouz“ unter dem Titel „Wir klagen an“ die Machenschaften Yazdis.

- Er unterhalte undurchsichtige Beziehungen zu den Amerikanern.
- Er übe Druck auf die Presse aus.
- Mit seinen „Revolutionären Gärten“ betreibe er eine „Politik des Terrors“, Yazdi sei ein Faschist, und seine Organisationen seien mit dem Ku-Klux-Klan oder den Braunhemden Mussolinis zu vergleichen.
- Yazdi habe in seiner Funktion als Revolutionsverantwortlicher alle Archive des Geheimdienstes SAVAK an sich gezogen.
- In einem ehemaligen Hauptquartier der SAVAK in Saltanabad (am Rande Teherans) habe er die Zentrale eines neuen Geheimdienstes des islamischen Regimes eingerichtet.
- Er habe die Jagd auf angebliche „Konterrevolutionäre“ eingeleitet und sei verantwortlich für die Entführung der beiden Söhne Taleghanis, um in Wirklichkeit gegen den liberalen Klerus und die weltliche Linke vorzugehen.

Sandjahi, der frühere Außenminister, habe nur wegen der Intrigen Yazdis sein Amt niedergelegt. Der größte Konflikt sei das Vorenthalten der Akten des ehemaligen Botschafters in Washington und Vertrauten des Schah, Zahedi, gewesen. Darin würden die Verbindungen zwischen ehemaligen iranischen Parlamentsabgeordneten und Amerikanern aufgeführt sein. Auf Anfrage Sandjabis hätte der neue Vertreter Irans in Washington, Rouhani (Schwiegersohn Yazdis), erklärt, die Akten seien zum Teil zerstört und in jedem Fall sei es verfrüht, einen Skandal zu veranstalten. Rouhani habe aber anschließend die Akten an Yazdi weitergeleitet („LM“, 16.4.1979).

Diese Fakten zeigen, daß die Imperialisten noch längst nicht aus dem Iran vertrieben sind. Die Linke ist derzeit noch zu schwach, um die Konterrevolution wirksam zurückzudrängen. Die demokratische und revolutionäre Linke im Iran wird unsere Solidarität in nächster Zeit brauchen.

Nahost-Kommission



lateinamerika

Nicaragua:

In einer Stellungnahme der Europavertretung der FSLN wird auf verschiedene aktuelle Fragen eingegangen, die wir hier in Teilen wiedergeben: Die Frage der Einheit der drei Tendenzen der FSLN, die aktuellen Schwerpunkte der augenblicklichen Arbeit der FSLN und die nach wie vor existierende Gefahr eines rechten Putsches.

Konsequenzen aus dem September-Aufstand und aktuelle Aufgaben der FSLN

Die Führung der FSLN sagte bereits wenige Tage nach dem Septemberaufstand, daß man eine militärische Schlacht verloren hätte, dafür aber einen großen politischen Sieg errungen hätte. Diese Worte müssen etwas verdeutlicht werden: Auf internationaler Ebene wurde die Welt während der Auseinandersetzungen auf Nicaragua aufmerksam. Die Diktatur geriet in die politische und wirtschaftliche Isolation. Auf nationaler Ebene erreichte die Diktatur mit ihrem unglaublichen Rachezug das Gegenteil ihrer vorgenommenen Ziele. Das Volk verstärkte seinen Haß auf die Diktatur und seine Bindungen zur FSLN. Hunderte von Männern und Frauen schlossen sich der FSLN an. Die Befreiungsbewegung ging gestärkt aus der Konfrontation hervor.

Es sind vor allem drei Punkte, denen die FSLN nach dem Septemberaufstand besondere Aufmerksamkeit schenkt, sie alle sollen die objektiven aufstauenden Aufmerksamkeit schenken, sie alle sollen die objektiven Bedingungen schaffen, die man für die nächste, endgültige Offensive braucht:

a) Intensivierung der politischen Massenarbeit. Hierzu soll der MPU (Movimiento Pueblo Unido) einen entscheidenden Beitrag leisten. Kein Land hat in so wenig Zeit eine solche Intensivierung der politischen Massenarbeit erlebt. In den Stadtvierteln konsolidieren sich zivile Verteidigungskomitees, Volksbrigaden entstanden im ganzen Land, bzw. verstärkten ihre Arbeit: Frauenbewegungen, Journalistenvereinigungen, Rechtsanwälte-, Künstler-, Schüler-, Studenten-, Hausfrauen-, und Jugendorganisationen. Die Gewerkschaftszentralen erhöhten ihre Mitgliedszahlen und gründeten neue Betriebsgewerkschaften.

Das Volk sollte aber nicht nur politisch auf die nächste Offensive vorbereitet werden, parallel dazu wurden hunderte von militärischen Kursen abgehalten, wo die Bevölkerung Gelegenheit bekommt, das Basteln von Bomben zu lernen, Barrikaden und Luftschutzbunker zu bauen sowie das Handhaben von leichten und schweren Waffen. In den Städten und auf dem Land entstanden Volksmilizen, die eine weitere militärische Organisation unter FSLN-Führung darstellt.

b) Bildung eines revolutionären Heeres: Der September-Aufstand hatte auch deutlich gemacht, daß die Guerillataktik nicht ausreichte, um militärisch die Spezialeinheiten der Nationalgarde zu besiegen. Die traditionelle Nationalgarde stellte während des

Aufgaben der FSLN heute



Kundgebung der revolutionären sandinistischen Jugend (JRS)

Kundgebung der revolutionären sandinistischen Jugend (JRS)

Aufstandes keine unüberwindbaren Probleme, sie wurde ja in den Städten León, Estelí, Chinandega und Masaya vollkommen aufgerieben. Die Wende wurde eindeutig durch die EEBI (modern und gutausgerüstete Spezialeinheiten der Nationalgarde) bestimmt sowie durch die gleichzeitige und willkürliche Verwendung von schweren Waffen (Artillerie, Panzer, Flugzeuge etc.). Diese Tatsachen brachten die FSLN zu der Entscheidung, neben der Bildung eines Heeres die Qualität der Bewaffnung zu erhöhen und mit schweren Waffen zu verbessern.

c) Ideologische und politische Offensive im Hinblick auf die Nationalgarde: Die bewiesene Einigkeit der Nationalgarde während der Septemberereignisse besorgte die revolutionäre Bewegung, die sich vornahm, durch intensive politische Arbeit mit der Nationalgarde ihr Bewußtsein zu beeinflussen. Diese Aktivitäten erfolgten anhand von persönlichen Gesprächen, politischen Manifesten und breiteren Kampagnen der Volksorganisation. Es zeigt sich, daß diese Politik bereits Erfolge gebracht hat, da offensichtliche Zeichen von Unruhe und Unzufriedenheit innerhalb der Nationalgarde festgestellt worden sind.

Die Einheit der 3 Tendenzen der FSLN – mehrfach angestrebt und erklärt – jetzt auf neuer Grundlage? Ein Kommuniqué der FSLN vom März dieses Jahres verkündete die vollständige Einheit der drei bis dahin existierenden Tendenzen. Es handelt

sich dabei nicht um eine taktische, sondern um eine strategische, d.h. organische Einheit. Mit anderen Worten, die politischen Differenzen konnten weitgehend überwunden werden, so daß ein gemeinsames politisches und militärisches Programm verabredet werden konnte. Die Führung wurde ebenfalls vereinheitlicht. Im Grunde genommen beschloß man im März formell eine Einheit, die in der Praxis der vergangenen Monate bereits vollzogen war. Interessant dabei ist, daß die Basis der drei Tendenzen zu einer Beschleunigung der Einheit gedrängt hatte. Die entscheidenden Voraussetzungen dafür waren aber erst nach dem Septemberaufstand gegeben, als die „Gruppe der 12“ die FAO verließ und zusammen mit der MPU die Nationale Patriotische Front gründete. Dadurch wurden die Differenzen in Bezug auf die Bündnisfrage weitestgehend überwunden. Auch die Bildung eines revolutionären Heeres wurde von den drei Tendenzen einstimmig bejaht, was vor dem September umstritten war. Mit der Einheit der FSLN ist eine wichtige Voraussetzung für die nächste Offensive erfüllt, die im September noch nicht erfüllt war.

Das Vorgehen der USA und die Gefahr eines Militärputsches, um den „Somoismus ohne Somoza“ durchzusetzen

In Mittelamerika ist unbestritten, daß die politische Unstabilität Nikaraguas unmittelbare Auswirkungen auf die anderen Länder hatte, so in Guatemala

und El Salvador. Diese Situation macht den mittelamerikanischen Markt noch funktionsunfähiger als früher. Die Anwesenheit der Somozas in Nicaragua bringt die gesamte Geopolitik des Isthmus in Bewegung, so daß sich die USA zum schnellen Handeln gezwungen sehen. Die FSLN verkündete am 10. März, daß die USA mit Teilen der Nationalgarde und mit Unterstützung der Finanzbourgeoisie des Landes einen Militärputsch planen, der die Absicht verfolgt, das unangenehme Image der Somoza-Diktatur zu entfernen, in der Hoffnung, ihre Interessen unangetastet zu lassen. Der Militärputsch soll in zwei Phasen erfolgen. Am Anfang soll er mit einer grausamen Repression verbunden werden mit dem Ziel, die FSLN zu vernichten. Dabei sollen die Nachbarländer Honduras und Costa Rica helfen, indem ihre Regierungen ebenfalls Unterdrückungsmaßnahmen gegen die darin lebenden Nicaraguaner unternehmen. Eine zweite Phase sieht einen weiteren Militärputsch vor, dessen Regierung dann mit Zivilisten bekleidet sein wird. Damit erhofft sich die USA eine politische Lösung des Problems Nicaragua und gleichzeitig eine Ablenkung der internationalen Öffentlichkeit.

Daß es auch anders werden kann, wird sehr stark von der Reaktion der Solidaritätsbewegungen und der Anteilnahme der internationalen Öffentlichkeit abhängen.

Lateinamerikakommission

Katastrophale Lage in den Flüchtlingslagern!

Rund 5.000 Nikaraguenser sind vor dem Terror der Nationalgarde in das benachbarte Costa Rica, rund 8.000 bis 10.000 nach Honduras geflüchtet, und es werden noch mehr. Teilweise sind ganze Dörfer, die bombardiert wurden, in die Nachbarländer ausgewandert, wo ein Teil von ihnen von der Bevölkerung trotz der eigenen schweren Bedingungen aufgenommen wurde. Der andere Teil, rund 4.000 Menschen allein in Honduras, lebt unter schier unvorstellbaren Verhältnissen in sog. Flüchtlingslagern.

Drei Ärzte der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin untersuchten im Oktober 1978 im Auftrag der österreichischen Regierung die Lage der Flüchtlinge:

„Die Zeltstädte sind infolge der großen Hitze tagsüber und der starken Regenfälle am Nachmittag und über Nacht nahezu unbewohnbar. Erwachsene und Kinder sind gezwungen, auf dem nassen Boden zu schlafen. Es gibt weder Betten, noch Matratzen oder Decken. Die Nahrung ist schlecht, die Mahlzeiten kommen unregelmäßig, es gibt keinerlei Vorräte... Der überwiegende Teil der Kleinkinder hat seit Anfang September keine Milch erhalten. Infolge der üblen Wohnungssituation und der katastrophalen Ernährungslage wächst das Risiko für die Gesundheit der Flüchtlinge. In den Lagern herrscht endemisches Fieber, nahezu alle Kinder leiden an Unterernährung, an eitriger Bindehautentzündung der Augen, eitriger Mittelohrentzündung, viele von ihnen sind von nässenden Exemen geplagt. Erwachsene und Kinder leiden an Infektionen nach Insektenstichen.“

Die Lage der Flüchtlinge wird dadurch zusätzlich verschärft, daß die honduranische Militärjunta sich schlicht weigert, ein Flüchtlingsproblem überhaupt nur zu sehen. Für sie ist eine medizinische Versorgung der Lager nicht notwendig, die Flüchtlinge seien alle gesund, die Ernährung sei sichergestellt usw. Das Rote Kreuz hat sich dieser Argumentation angeschlossen und greift ebenfalls nicht ein. Daß die Militärs bewußt versuchen, die Flüchtlinge auszuhungern, geht auch daraus hervor, daß sie den Flüchtlingen einen Umtausch ihrer nikaraguanischen Währung verboten haben, eine Arbeitserlaubnis wird für die Flüchtlinge ebenfalls nicht genehmigt.

Nach einer Veröffentlichung des westdeutschen Solidaritätskomitees mit Nicaragua, Göttingen

Lateinamerika in Hamburg

Vom 11. bis 19. Mai veranstalten amnesty international und Lateinamerika-Solidaritätsgruppen eine Lateinamerikawoche in Hamburg. Folgendes Programm ist vorgesehen.

11.5.:

19.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelderstr. 16, Einführung in die Lateinamerikawoche und Solidarität mit Argentinien, Veranstalter: amnesty.

14.5.:

19.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Film über Kolumbien, Veranstalter: AELA (Lateinamerikanischer Studentenverband).

15.5.:

19.30 Uhr kleines Audimax, Film über Chile, Veranstalter: CSK (Chile Solidaritätskomitee)

16.5.:

19.30 Uhr, Martin Luther King-Haus, Grindelallee, Frauen in Lateinamerika, Veranstalter: amnesty.

17.5.:

19.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Bolivien, Information und Diskussion, Veranstalter: Boliviengruppe Hamburg

18.5.:

19.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Nicaragua und Peru, Veranstalter: Nicaragua-Solidaritätskomitee und Perugruppe Hamburg. Zu dieser Veranstaltung werden ehemalige Guerillakämpfer aus Peru und – wenn alles klappt – eine Delegation der FSLN aus Nicaragua erwartet.

19.5.:

19.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Pena (Lateinamerikanisches Fest), veranstaltet von allen beteiligten Gruppen. Es spielen: Los Pana und andere.



Kämpferinnen der FSLN

„Sonne und Revolution“

Bericht über die Internationale Brigade gegen Somoza, Teil 2

Dies ist die Fortsetzung des Berichts eines Sponti-Genossen aus Münster, der im September 1978 kurzentschlossen nach Panama geflogen war, um sich der Internationalen Brigade gegen das Somoza-Regime in Nicaragua anzuschließen (der erste Teil war in AK 151 abgedruckt).

Klaus und ich wurden besonders viel gefragt, als die Presseleute merkten, daß wir wohl die einzigen Europäer sind. Sie stellen beispielsweise die ausgesprochen dumme Frage, ob wir für unseren Einsatz Geld bekämen. Weil wir das verneinen und auch sagen, daß wir die Flugkosten selbst bezahlt hätten, werden wir später in Zeitungen lesen, wir hätten „Geldsorgen“. Ob wir denn keine Angst hätten oder irgendwelche anderen Probleme. Als wir hierauf antworteten, daß das größte Problem – wenn überhaupt – die Sprache sei, und als wir auf einige andere Fragen keine Antwort geben können oder wollen, machen die Presseleute daraus: „Die beiden verstehen kein Spanisch und verstehen gar nicht so recht was überhaupt vorgeht“. Aber auch richtige Zitate finde ich später in den Zeitungen wieder: „Ich glaube, dies ist die einzig mögliche Art, mit Somoza fertig zu werden. Wir wollen helfen, Nicaragua zu befreien.“ Und: „Ich hoffe, dort leben zu können, wenn dieser Kampf vorbei ist. Es muß schön sein, in einem Land zu leben, das man zu befreien mithalf.“

Auch mit der Frage nach der Notwendigkeit von Gewalt werde ich wieder konfrontiert. Vor allem muß ich erklären, wieso ich in der BRD Kriegsdienstverweigerer bin und trotzdem hier nun „zur Waffe greife“. Inzwischen finde ich diese Frage schon ziemlich komisch. Somoza muß weg, er behandelt ein ganzes Land wie seinen Privatbesitz, er hat zur Stabilisierung seiner Demokratie in den letzten Jahren 60.000 Menschen ermorden lassen. Wie denn sonst als mit Gewalt ist dieses Ziel und damit die Voraussetzung für eine freie Gesellschaft zu erreichen. In der Kirche Don Bosco wird währenddessen eine Messe gehalten, und wer will, bekommt das Abendmahl. Etwa 50 Brigadisten wollen, ich nicht. Anschließend steigen wir in Busse und kurze Zeit später ist dafür gesorgt, daß wir „untergetaucht“ sind.

Wir sind zu diesem Zeitpunkt etwa 200, meist Panamesen, daneben einige Kolumbianer, Venezolaner und andere Lateinamerikaner.

Hier in Panama wird mir vielleicht auch zum erstenmal klar, was es für mich persönlich bedeutet, Mann zu sein. Als Frau hätte ich mehr Schwierigkeiten gehabt, zur Brigade zu gehen und zu kämpfen: Bedenken, ob die Männer mich überhaupt haben wollen, Schiß bei einer eventuellen Gefangennahme, eine Sonderbehandlung zu bekommen usw. Trotzdem: Zu unserer Gruppe gehörten auch drei Frauen.

Die Atmosphäre in unserem ersten Lager strotzte vor Ungeduld. Wir wollten lieber heute als morgen loschlagen, durften aber nicht. Medizinische Untersuchungen, Besprechungen, erste Instruktionen. Für einen Guerillero gibt es nur eine Religion: Du darfst im Wald nicht rauchen. Solange wir noch in keinem Wald waren, rauchten wir wie die Bekloppten. Aufstehen morgens um fünf Uhr, also noch vor Sonnenaufgang. Langsam setzte dieser eigenartige Prozeß einer Neuidentifikation ein. Wir beginnen, uns nicht mehr als Student oder Krankenschwester oder Arbeitsloser zu fühlen, nicht mehr als Panamese oder Nicaraguenser oder Deutscher, nicht mehr als Kommunist oder Anarchist oder Tercerist; wir beginnen, Guerilleros zu werden.

Die Untergruppe, der ich zugeteilt bin, ist „La Uno“. Damit ich mir das besser merken kann, bekomme ich vom Commandanten der „Uno“ ein Pappkärtchen mit einer großen „1“. Anfang sind wir 30 Leute, alles Männer, Quimi ist dabei, außerdem sein Bruder. Dann auch noch ein Typ, den ich wohl mein Leben nicht mehr vergessen werde: Er ist Panamese, Mischling, hat einen pechschwarzen Kopf und silbergraue Engelenlocken. Er ist etwa 50, und er ist der erste Erwachsene, von dem ich glaube, daß er glücklich ist. Er behauptet das Gegenteil. Eigentlich sei er Seemann, seit Jahrzehnten schon. Und er sei eigentlich auch sehr gern auf See, da sei alles nicht so nervend. An Land gebe es zu viele Generäle und Politiker, und wenn er mal an Land gehe, bekomme er sofort Ärger mit diesen Leuten. Jetzt schon wieder, deshalb sei er in der Brigade. Unsere nächste gemeinsame Aktion planen wir für Hamburg.

Immer wieder, für viele viel zu oft, geht der Ruf „filar“ durchs Lager. Das bedeutet, daß jemand es für sinnvoll hält, wenn wir uns in Reihen aufstellen. Meist folgt eine Diskussion über Disziplin und Revolution, über „revolutionäre Dis-

ziplin“. Mal kann man sich einigen, mal geht der eine oder andere pinkeln. Es gibt hier auch gute Diskussionen. Der Commandante der „Uno“ trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift „WM – Argentina '78“. Wir stellen bald fest, daß wir die richtige politische Linie immer noch nicht gefunden haben und einigen uns darauf, sie auch nicht mehr zu suchen. Stattdessen singen wir oft. Manchmal revolutionäre Lieder, manchmal „nur“ schöne. Quimi und die andern sprechen kein Wort deutsch aber der Versuch, gemeinsam das Scherben-Lied von der roten Front und schwarzen Front zu singen, während wir unter der entscheidenden Fahne der FSLN unterwegs sind und im Schatten verwilderter Bananenstauden riesige Morpho-Falter vorbeifliegen, die ich vor kurzem noch gnadenlos für meine Schmetterlingssammlung gefangen hätte, vermittelt ein tolles Gefühl. Ich habe das Gefühl, ehrlich zu sein. Ehrlich mir selbst gegenüber, Somoza gegenüber und allen anderen Generalvertretern von Daimler-Benz gegenüber. Früher einmal habe ich bei Daimler-Benz eine Lehre gemacht, aber die letzte Schlacht gewinnen WIR!

Wir hören in dieser Zeit viele detaillierte Schilderungen, aus denen hervorgeht, was uns in Nicaragua erwartet. Berichte über neue Massaker von Somozas Nationalgarde, über die Mordlust der Vietnam-Kriegsveteranen, die als Söldner im Land sind, oder über die Auswirkungen des von der Nationalgarde eingesetzten Napalm. Diese Nachrichten führen zu unterschiedlichen Reaktionen. Bei den meisten steigert sich die Gewißheit, das Richtige zu tun, und die letzten Reste von Gefühlen wie Angst verschwinden. Anderen werden erst jetzt die möglichen Folgen ihres Entschlusses richtig klar, und sie steigen aus, solange dies noch einigermaßen gefahrlos möglich ist. Andere müssen fortgeschickt werden, einige wenige desertieren.

Ich selbst bekomme eines schönen Morgens zu hören, daß ich von „höchster Stelle“ in Nicaragua als Sicherheitsrisiko eingestuft worden sei. Stunden später stehe ich unter einer Hotelzimmerdusche und lache mich halb krank. Sicherheitsrisiko! Ich kann anfangen, was ich will, es endet immer gleich. Ich sehe mich schon wieder, wie ich in einigen Tagen in San Jose im Straßencafé

sitze oder hier irgendwo an der Karibikküste Schmetterlinge fange. Die Entscheidung selbst kam für mich ziemlich überraschend. Ich hatte einen Fehler gemacht, das wußte ich. Einen großen Fehler. Zum Glück hatte er keine nachteiligen Folgen für die Gruppe, und ich hatte viel daraus gelernt. Trotzdem wunderte es mich, als von „höchster Stelle“ diese Entscheidung kam. Immerhin gab es einen schönen Abschied und wir verabredeten uns für Managua. Na denn!

Inzwischen habe ich gehört, daß sich von den 300 Freiwilligen, die sich in Panama gemeldet haben, 65 im Kampf befinden. Hugo Spadafora sagt, daß die Auswahl deswegen so streng gewesen ist, weil wir die erste Internationale Brigade seit 40 Jahren waren und deshalb mehr noch als später zusammengestellte Gruppen absolut zuverlässig sein mußten, militärisch und politisch. Eine Handvoll Europäer hat wohl später noch versucht, sich der Brigade anzuschließen. Es waren auch Deutsche dabei.

Die Bildung weiterer Internationaler Brigaden wird von einem Teil der FSLN heute abgelehnt. Der Kampf in Nicaragua werde dadurch nur noch weiter internationalisiert, und möglicherweise nehme Carter dies zum Anlaß, Marinetruppen zu schicken. Trotz dieses Risikos teile ich persönlich eine Einschätzung mit dieser Konsequenz nicht, und ich freue mich selbstverständlich, daß es auch heute noch Nicht-Nicaraguenser gibt, die mit der Waffe in der Hand für die Befreiung des Landes kämpfen. Gaspar Garcia Laviana, spanischer Priester, war einer von ihnen. Er fiel am 11. Dezember.

Verwundert hat mich im September vielmehr, daß es ganze zwei (!) Europäer waren, die damals dem Aufruf zur Internationalen Brigade gefolgt sind. Haben die anderen alle denn wirklich noch so viel zu verlieren hier? Den Standard Früits und den Somozas ist es doch egal, wie das Land heißt, das sie ausplündern. Und mir ist es auch ziemlich egal, wie das Land heißt, dessen Freiheit ich erkämpfe.

Als ich in die BRD zurückkam, glaubte ich, meinen Augen nicht trauen zu können. Freunde von mir hatten die Berichte gesammelt, die inzwischen in der regionalen Presse erschienen waren. „Münsteraner Eltern ratlos: Wie kamen unsere Kinder zur Guerilla?“ Drei-Groschen-Stories.

Meistens dumme, aber ganz liebe Schilderungen meines bisherigen Lebens, unter dem Motto: Wie konnte aus so einem lieben Jungen ein so blutrünstiger Gorilla werden? Schlimm, aber typisch, war der Versuch zumindest einer Lokalzeitung, einen vermeintlichen Terroristen zu enttarnen: „Kommilitonen vermögen sich zu erinnern, daß Peter Merten sich intensiv in einer linksextremistischen Organisation betätigte; der Schwerpunkt seiner Aktivitäten lag bei der Infiltration spanischer, portugiesischer und lateinamerikanischer Studenten“. Außerdem sei ich seit einem Jahr nicht mehr an der Uni und sei „mit unbekanntem Ziel verzogen...“

Schlimm ist aber auch, daß Zeitschriften wie z.B. der Spiegel heute noch die Sandinisten als Terroristen bezeichnen. Dieses Magazin reagierte auf einen entsprechenden Protest mit einem Vordruck, man freue sich sehr, daß die Resonanz auf seine Artikel so groß sei.

In den letzten Wochen, hier in der BRD, verfiel ich in einen alten Fehler. Ich begann mit genau der Art von Solidaritätsarbeit für Nicaragua, von der ich schon vor Panama wußte, daß sie ineffektiv ist.

Die Sandinisten erhalten nur wenig materielle Unterstützung aus dem Ausland. Dabei ist die Finanzierung des Kampfes eines der wichtigsten Probleme. Waffen müssen auf dem Schwarzmarkt gekauft werden. Ich komme heute nicht mehr ganz klar damit, wenn ich sehe, wie ein Genosse im Gefühl echter Betroffenheit einen Zehnmarkschein für die FSLN spendet. Wir wissen doch alle ungefähr, wieviele Zehnmarkscheine notwendig sind, um auch nur einen einzigen Guerillero zu bewaffnen. So ein Befreiungskrieg kostet nämlich auch wahnsinnig viel Geld. Daß jeder einzelne Zehnmarkschein viel bedeutet und mehr ist als nur Geld, vergesse ich dabei natürlich nicht.

Mit dem Geld, das alleine ich selber auf den Kopf haute, heute, wo ich diesen Artikel schreibe, könnten wir viel Gutes anstellen. Ich habe davon Benzin gekauft – nein, bloß fürs Auto. Ich habe mich nämlich wahnsinnig verliebt und bin mit ihr nach Malaga gefahren. Straßencafé; der Kampf geht morgen weiter. Oder? Was sagte schon Ernesto Cardenal kubanisches Mädchen: „Die Revolution ist vor allem eine Frage der Liebe!“

Peru: Arbeiter von Todesstrafe bedroht

Ende Dezember wurde die Textilfabrik Cromotex von den Arbeitern des Betriebes besetzt, um die drohende Schließung zu verhindern und dagegen zu protestieren, daß seit Oktober nur noch 50% der Löhne ausgezahlt wurden, die Sozialleistungen gestrichen werden sollten usw. Nachdem alle Verhandlungen der Gewerkschaften gescheitert waren, entschloß sich die Belegschaft zur Besetzung.

Die Betriebsleitung strengte ein Verfahren gegen die Gewerkschaftsführer wegen Hausfriedensbruch, Zerstörung des Maschinenparks usw. an, das sich aber als ein Bumerang erwies. Der Richter besichtigte den Betrieb, stellte fest, daß keinerlei Zerstörungen stattgefunden hatten und verpflichtete die Geschäftsleitung zur Wiederaufnahme der Produktion

und von Verhandlungen mit Gewerkschaften und Arbeitsministerium. Die Betriebsleitung ließ sich darauf nicht ein, sondern besorgte über ihren Rechtsanwalt Bedoya einen anderen Richter, der die sofortige Räumung des Betriebes verfügte und Haftbefehl gegen alle Besetzer ausstellte. Rechtsanwalt Bedoya verfügte als Führungsfunktionär der PPC (Christliche Volkspartei) über enge Beziehungen zu den Militär- und Justizbehörden und war ganz nebenbei Mitte Februar auf Einladung der CDU in der BRD, um sich materielle und ideologische Unterstützung im Hinblick auf die Parlamentswahlen 1980 zu sichern.

Auf der Grundlage des zweiten Gerichtsbeschlusses fand am 4. Februar einer der brutalsten Polizei-

einsätze der letzten Jahre in Peru statt. 15 Panzer mit 500 bis 1.000 Polizisten eines Sonderkommandos eröffneten sofort das Feuer auf die Besetzer, die, nur mit Stöcken bewaffnet, sich zu verteidigen versuchten. Zwei Arbeiter wurden sofort von den Schüssen getötet, zwei weitere starben später an ihren Verletzungen. 60 Arbeiter wurden verhaftet, ungefähr 15 von ihnen gelten als verschwunden. Die Verhafteten wurden sofort einem Militärgericht unterstellt, damit kann ihnen die Todesstrafe drohen.

Inzwischen wurde völlig willkürlich einer der Verhafteten als der Mörder des Polizisten identifiziert, der bei dem Polizeieinsatz von einer Leiter gestürzt und gestorben war. Der Tod der vier Arbeiter ist bis-

lang natürlich nicht Gegenstand irgendeiner Untersuchung. Die Verteidigung wird massiv behindert, Familienangehörigen werden Besuche bei den Gefangenen verweigert, das Schicksal der Verschwundenen wird nicht aufgeklärt. Das Vorgehen der Militärs im Fall Cromotex zeigt, zu welchem Zweck die Militärgesetze im Herbst '78 verschärft wurden: Zur Verteidigung der „Institutionen“ und um den „wirtschaftlichen Wiederaufbau zufriedenzustellen ... zu garantieren“ (aus einer Rede von Präsident Bermudez, Anfang November '78). Der Druck, der durch das Diktat des Internationalen Währungsfonds ausgeübt wird, die weitere Verelendung der Massen, Rationalisierung und Massenarbeitslosigkeit werden mit Panzern und Militärges-

richten durchgesetzt. Dies wirft zugleich ein Licht auf die parallel laufende Vorbereitung von Wahlen und die Abgabe der Regierung an Zivilisten. Leute wie Rechtsanwalt Bedoya sollen die Regierung übernehmen, um in enger Zusammenarbeit mit den Militärs den heutigen Kurs weiterzuführen.

Solidaritätsadressen für die Cromotex-Arbeiter können geschickt werden an:

Dr. Alfonso Barrantes Ligan
Giron Lampa 1137/103
Lima 1 – Peru

Chilenischer Folterer in Hamburg Offener Brief

Seit dem 25.3.1979 befindet sich der 28jährige Guillermo Ahumada Castro in Hamburg. Er war und ist möglicherweise heute noch Angehöriger des Geheimdienstes der chilenischen Diktatur (DINA/CNI). Bekanntermaßen war er einer der größten Folterer. Seit 1968 war Ahumada bei der Marine, er hat eine umfassende und spezialisierte Militärausbildung, seit 1971 gehörte er bereits zur sogenannten Abteilung 50, dem Geheimdienst der Kriegsmarine. Die besten Männer dieser Sektion bildeten nach dem Militärputsch vom 11. September 1973 den „Sire“, der in der Hafenstadt Concepción als Abteilung der DINA arbeitete. Nachweislich ist sie im In- und Ausland tätig gewesen.

Ahumada nahm an der Verfolgung der Matrosen teil, die Widerstand gegen den ersten Putschversuch der Militärs im August 1973 leisteten. Ahumada folterte die Matrosen, die später zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden und nur aufgrund des ausländischen Drucks freigelassen, bzw. außer Landes gewiesen wurden.

1974 nahm Ahumada an der „Operation Malloco“ teil, einer militärischen Aktion gegen den Widerstand. Diese Aktion wurde von ausgesuchten Mitgliedern der Geheimpolizei durchgeführt und von DINA-Chef Contreras persönlich geleitet.

Ahumada behauptet, Ende 1976 aus der Marine ausgetreten zu sein. Nach Aufenthalt in Argentinien und Brasilien, Länder, in denen es Folterschulen gibt (!), befindet er sich jetzt aus privaten (?) Gründen in der BRD. Gleichgültig aber, ob Ahumada seine Aktivitäten für den Geheim-

dienst tatsächlich eingestellt hat oder nicht, darf ein Mann mit seiner Vergangenheit nicht in der BRD bleiben.

Daher fordern wir den Hamburger Senat und die Bundesregierung auf, Ahumada Castro umgehend außer Landes zu weisen.

Dieser Offene Brief wird bislang von der Bunten Liste, AELA, MIR/Chile und Perugruppe Hamburg getragen. Er wurde an den Hamburger Senat, den Innenminister der Bundesregierung und die Presse geleitet.

Alle Organisationen und Gruppen sind aufgefordert, sich dem Offenen Brief anzuschließen. Gleichzeitig wird dieser Brief als Unterschriftensammlung eingesetzt.

Chilenische Faschisten raus aus Hamburg und der BRD!



In AK 151 berichteten wir über die bewaffneten Propaganda-Aktionen des MIR in Chile. Hier ein Transparent des MIR an einer Hauswand: „Die Frau kämpft gegen die Diktatur.“



afrika

Wahlen in Rhodesien: 108 % für Smith, Muzorewa & Co!

Vom 17. - 21.4. fanden in Rhodesien die lang vorbereiteten Scheinwahlen zu einer gemischtrassigen Regierung statt. Die „Wahlen“ fanden unter Kriegsrecht statt; sie waren begleitet von einer bisher nicht dagewesenen Generalmobilmachung aller militärischen Reservisten des Rassistenregimes zur Terrorisierung der schwarzen Bevölkerung und einer erneuten Steigerung der Angriffe der rhodesischen Armee auf die Nachbarländer Botswana, Sambia und Mosambik. Angeblich haben ca. 64% aller Wahlberechtigten (2,8 Mio. Schwarze und ca. 90.000 Weiße) an den Scheinwahlen teilgenommen, was von der Interimsregierung (Smith, Muzorewa & Konsorten) als überwältigender Erfolg und Meilenstein auf dem Weg zur internationalen Anerkennung gebührt wird. Erste Stellungnahmen von „Wahlbeobachtern“ lassen Schlimmes vermuten.

Der Ausgang der „Wahl“

Der von Muzorewa geführte UANC wurden 51 (von 100) Sitzen im Parlament zugeteilt, Sithole „ZANU“ erhielt 12, die UNFP Ndwenis 9 Plätze. Dementsprechend werden folgende Minister in der neuen Regierung vertreten sein: 10 UANC, 2 „ZANU“, 1 UNFP – 5 Ministerposten erhält qua Verfassung die faschistische weiße Nationalistische Partei von Ian Smith, mit der Muzorewa eine Koalition eingehen wird. Sithole, augenscheinlich

hen wird, Sithole, augenscheinlich etwas unzufrieden mit der Aufteilung der Sitze, kündigte an, daß seine Partei das „Wahl“-ergebnis vorerst nicht anerkennen werde: „Ich habe Berichte von schwarzen und weißen Bauern, schwarzen Lehrern und öffentlichen Bediensteten, daß das Innenministerium das Wahlvolk im Wahllokal angewiesen hat, für eine bestimmte Partei zu stimmen“ („SZ“, 25.4.). Noch wenige Stunden vorher – v o r Bekanntwerden des Wahlergebnisses – hatte er erklärt, wer den Willen von zwei Millionen Wählern nicht anerkenne, handele aus schierer Arroganz.

Was stand zur Wahl?

Es ging um die Verteilung von 72 Sitzen im neuen „Unterhaus“ von Rhodesien. Die von der „Übergangsregierung“ ausgearbeitete Verfassung sieht eine Besetzung des 100 Personen starken „Parlaments“ mit 28 weißen Mitgliedern – bei einem Bevölkerungsanteil von 3% – auf 10 Jahre mindestens vor. Polizei, Justiz, Armee, Luftwaffe und die gesamte Verwaltung sind verfassungsgemäß in den kommenden 5 Jahren ausschließlich den weißen Rassisten vorbehalten. Die Wahl der 28 weißen „Parlaments“-Mitglieder hatte bereits vor Wochen stattgefunden: sämtliche weißen Plätze werden von Ian Smith's faschistischer Regierungspartei gestellt. Alle vier zur „Wahl“ stehenden schwarzen Marionettenparteien waren unter diesen Bedingungen angetreten, bzw. haben aktiv an der Ausarbeitung dieser Verfassung mitgewirkt. Der Ausverkauf hatte also bereits stattgefunden, bevor die erste Stimme abgegeben war.

Generalmobilmachung der Rassisten

Die „Wahlen“ fanden unter dem bereits seit Monaten andauernden Ausnahmezustand statt, der über 90% des Landes verhängt ist. Weite Teile des Landes stehen bis zu 22 Stunden täglich unter Ausgangsverbot. Große Städte können ab den Nachmittagsstunden nur noch mit schwerbewaffneten Konvois verlassen werden. Über Teile der Hauptstadt Salisbury wurde vor wenigen Wochen ein nächtliches Ausgangsverbot verfügt. Die Schätzungen über die ständigen Todesopfer liegen bei 1000 bis 3000 Toten in jedem Monat. Seit 1975 sind etwa 150.000 Schwarze in Nachbarländer geflohen.

Zur angeblichen „Absicherung“ einer friedlichen Wahldurchführung hatte das rhodesische Siedlerregime alle Männer zwischen 18 und 59 Jahren unter Waffen gesetzt. Zusätzlich

zu diesen ca. 100.000 Mann starken Verbänden wurden südafrikanische Einheiten zum „Schutz der Einrichtungen“ eingesetzt, die die RSA für die Dauer der „Wahl“ an Rhodesien ausgeliehen hatte. Hierbei handelt es sich vor allem um die waffenstarken, von Truppen umlagerten „Wahllokale“ („SZ“, 15.4.). Darüberhinaus existieren Privatarmeen einiger schwarzer Führer (Muzorewa und Sithole) – ca. 7000 Mann –, die die schwarze Bevölkerung bereits vor Monaten zur Stimmabgabe terrorisieren. Die „Wahl“ selbst lief in den ländlichen Gebieten unter voller Kontrolle der Rassistentruppen ab. Bereits seit Wochen hatten herumreisende Armee-Einheiten die Bevölkerung über ihre Wahlpflicht „aufgeklärt“. Ort und Zeitpunkt der Stimmabgabe wurden „aus Sicherheitsgründen“ erst im letzten Moment bekanntgegeben. Die Wähler wurden von den Rassistentruppen zu den „Wahllokalen“ transportiert. Außer diesen hatten weder die Tausenden Schwarze in den Slums an den Stadträndern noch die Insassen der sog. „geschützten Dörfer“ (Konzentrationslager) irgendwelche Möglichkeiten, sich der Aufforderung der Rassisten zum Wahlgang zu entziehen. Gleiches gilt für die offiziell gezählten 908.000 Lohnempfänger und ihre Familien, die um ihren Arbeitsplatz fürchten mußten, wenn sie nicht zur Wahl gingen. „Eine be-

griffe auf Ziele in den benachbarten Frontstaaten verstärkt:

Am 10.4. bombardierte die rhodesische Luftwaffe zwei Lager in Außenbezirken von Lusaka (Hauptstadt Sambias), angeblich sei das Ziel ein Hauptquartier der ZAPU gewesen. Lt. Kaunda, Präsident Sambias, wurde ein Guerilla-Offizier getötet und sechs weitere Personen verwundet („IHT“, 11.4.).

Am 11.4. wurde ein angebliches Außenlager der ZAPU in Mulungushi, 100 Meilen nördlich von Lusaka, von rhodesischen Kampfflugzeugen mit Raketen beschossen. Bei diesem Angriff auf ein Flüchtlingslager wurden 136 Menschen getötet („IHT“, 13.4.).

Am 12.4. wurden von motorisierten Einheiten der rhodesischen Armee mitten in Lusaka (!) mehrere Anschläge verübt: Das Privatquartier des ZAPU-Chefs Nkomo wurde von allen vier Seiten mit Maschinengewehren beschossen und ausgeräuchert („SZ“, 15.4.).

Gleichzeitig wurden am anderen Ende der Stadt das Büro der Patriottischen Front angegriffen und außerdem das mitten im Stadtzentrum gelegene Büro der SWAPO und des ANC beschossen. Am selben Abend wurden noch mehrere Privathäuser zimbabweischer Freiheitskämpfer überfallen („IHT“, 14.4., „FAZ“, 17.4.).

Vor den Überfällen wurde das Lusaka

sambik) und der südlichen Grenze zu Rhodesien bombardiert. Diese Angriffe galten einem Lager der ZANU in der Gaza-Provinz („IHT“, 21.4.).

Am 22.4. wurde ein erneuter Angriff gegen nicht näher bezeichnete Ziele in Mosambik geflogen („NZZ“, 24.4., „FR“, 23.4.).

Internationale Anerkennung

Wesentlicher Anlaß für diese von Smith in Szene gesetzten Scheinwahlen war der Versuch, das isolierte Rassistenregime einer internationalen offiziellen Anerkennung näher zu bringen und im Gegenzug die Befreiungsbewegungen zu diskreditieren. Tatsächlich weisen erste Stellungnahmen daraufhin, daß die Kräfte der Befürworter einer Anerkennung des Marionettenregimes den manipulierten und durch Terror erzeugten „Wahl“-ausgang für ein Wiederaufleben ihrer Kampagne benutzen werden. Das gilt insbesondere für die USA und Großbritannien:

USA: Schon Wochen vor der Wahl begann das Tauschen in den verschiedenen US-Gremien um die Frage der Entscheidung von offiziellen „Wahl“-beobachtern (s. die letzten AK's). Einen wesentlichen Erfolg konnten die Apartheidunterstützer bei Abstimmungen im US-Senat verbuchen, der sich am 28.3. mit 67

der von 1954-59 als Alan Lemmox-Boyd bezeichnenderweise als Kolonialsekretär für Großbritannien tätig war („IHT“, 9.4.). Die „Tories“ unter Margaret Thatcher hatten bereits vor den Wahlen eine Anerkennung des neuen Regimes in Aussicht gestellt („NZZ“, 19.4.).

BRD: Als erster „Wahl“-beobachter überhaupt (!) traf der Rassistenfreund und politikpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Todenhöfer, in Rhodesien ein. Todenhöfer erklärte, „vom Ausland müsse anerkannt werden, daß alle demokratischen Parteien Rhodesiens große Anstrengungen unternahmen, eine erste demokratische Regierung zu bilden“ („SZ“, 14.4.).

Einige weitere westdeutsche Politiker wurden noch erwartet („FAZ“, 18.4.). Ähnlich wie die Regierungen von USA und Großbritannien ließ auch die SPD/FDP-Regierung über einen außenpolitischen Sprecher verlauten, daß das neue Regime in Salisbury „keine Chance auf Anerkennung“ hätte („SZ“, 19.4.).

Laut offiziellen Angaben der rhodesischen Regierung waren bis zum ersten Wahltag 41 Beobachter aus dem Ausland in Salisbury eingetroffen; eine Zahl, die sich in den kommenden Tagen noch weiter erhöht hat. Neben den bisher genannten, wurden drei Abgeordnete des australischen Parlaments sowie Beobachter aus Kanada, Dänemark und Südafrika erwähnt („NZZ“, 19.4.).

Bereits vor den Wahlen hatten

ka erwähnt („NZZ“, 19.4.). Bereits vor den Wahlen hatten sich auch schwarzafrikanische Staaten, die nicht namentlich erwähnt wurden, zur Entscheidung inoffizieller Beobachter bereit erklärt („NZZ“, 7.4.) – trotz klaren Beschlusses der OAU, die Wahlen zu boykottieren (Radio Dar Es Salaam, 1.3., lt. monitordienst).

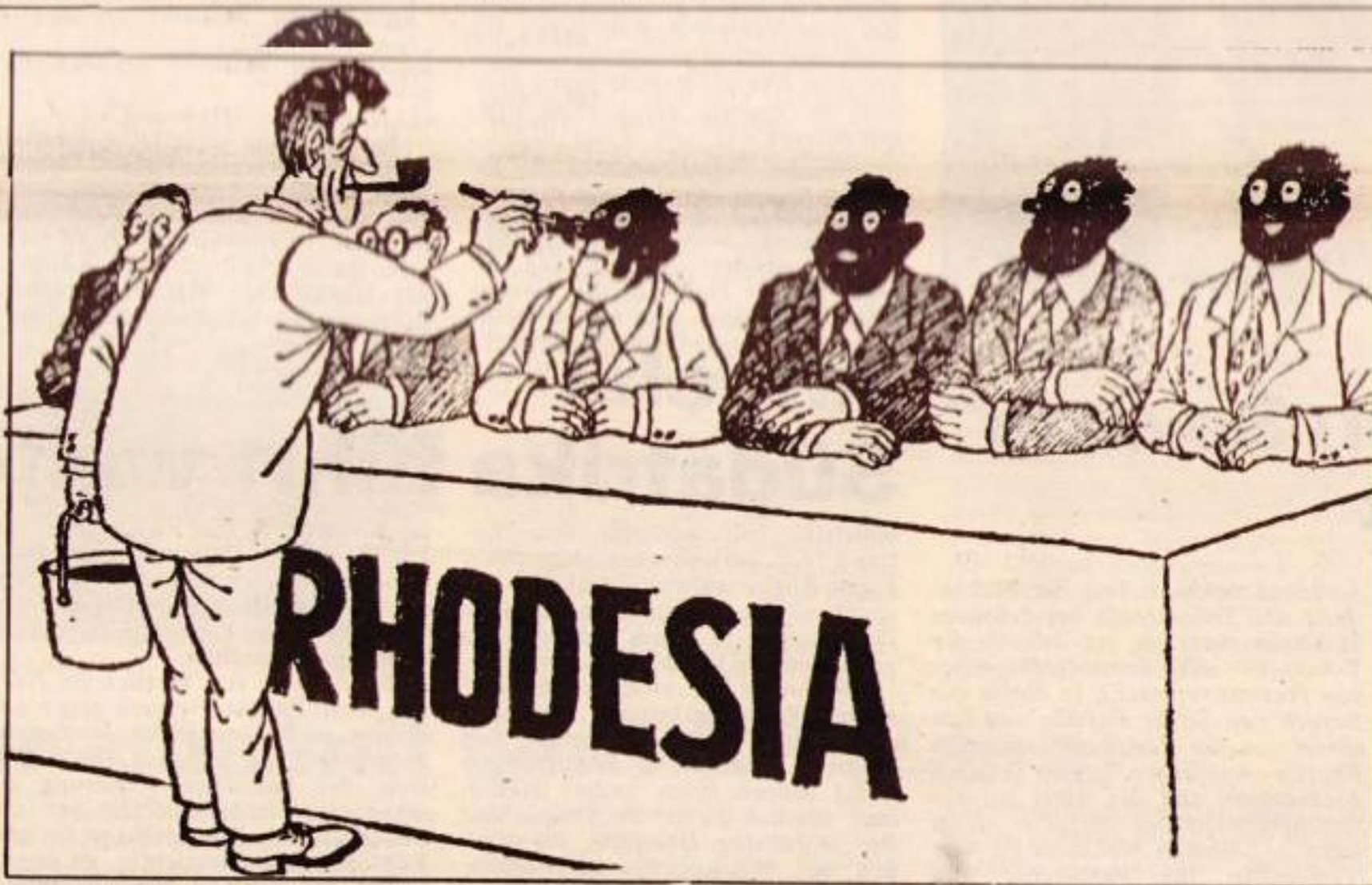
Die Beobachter wurden von der Armee zusammen mit den rund 200 Journalisten in organisierten Touren zu den vorbereiteten Wahllokalen gefahren – wo selbstredend fröhliche, tanzende Gruppen von schwarzen „Wählern“ aufgebaut waren.

US-Senatoren fordern Aufhebung der „Wirtschaftssanktionen“

In ersten Erklärungen betonte die kommende Premier-Marionette, Muzorewa, daß „die Welt durch die hohe Wahlbeteiligung vom wahren Willen der Bevölkerung überzeugt“ sein müsse und forderte die Aufhebung des offiziellen „Handelsembargos“ und die Anerkennung des „neuen“ Regimes („NZZ“, 25.4.). Als Reaktion auf die „Wahlen“ brachten die amerikanischen Senatoren Schweiker und DeConcini den Entwurf einer Entschließung im Senat ein, die „Wirtschaftssanktionen“ gegen Rhodesien innerhalb von zehn Tagen nach der Einsetzung einer von Schwarzen geführten Regierung in Salisbury aufzuheben. Es ist davon auszugehen, daß dieser Resolutionsentwurf nur der Startschuß für das kommende Trommelfeu der Rassistenfreunde in den nächsten Wochen darstellt. Untermauern werden diese Kampagne die „Beobachter“: „Ich glaube nicht, daß es irgend einen Zweifel geben kann, daß eine große Zahl der Afrikaner an diesem Prozeß (der Wahl) teilhaben wollte“, so z.B. Allard Löwenstein, Mitglied der 9 Mann starken Delegation des US-„Freedom-House“ („IHT“, 23.4.). Alfred Dregger, erst kürzlich von einem Afrika-Besuch (u.a. auch in Rhodesien) zurückgekehrt, forderte, „der Westen sollte das Ergebnis der jetzigen Wahl nicht ignorieren“ („Welt“, 25.4.).

Die „Gefechte“ um die Entscheidung von Wahlbeobachtern sowie die ersten Reaktionen nach der „Wahl“ deuten an, daß Smith seinem Ziel erheblich näher gekommen ist. Insbesondere eine Anerkennung von „Zimbabwe-Rhodesien“ (wie der „neue“ Staat jetzt heißen soll) durch eine eventuelle Tory-Regierung in Großbritannien kann den Stein ins Rollen bringen.

Afrika-Kommission



grenzte Zahl“ bekannter Oppositioneller hatte das Smith-Regime schon Tage vor der Wahl in Vorbeugehaft genommen (IHT 13.4.). Allein in Bulawayo wurden etwa 100 angebliche Anhänger der Patriottischen Front verhaftet. In der Bergwerkstadt Shabani wurden 15 schwarze Lehrer festgenommen, die sich „geweigert“ haben, ihrer Wahlhelferpflicht nachzukommen („SZ“, 19.4.). Ein Demonstrationsversuch gegen die „interne Wahl“ von mehreren Hundert Studenten durch die Innenstadt von Salisbury wurde von der Polizei mit gepanzerten Fahrzeugen, ausgestattet mit Tränengaskanonen, verhindert (FAZ, 18.4.).

In diesem „Klima der freien und fairen Wahlen“ kann es denn auch keinen Mehrern wundern, daß eine „Wahlbeteiligung“ von angeblich 63,9% „alle Erwartungen“ der Rassisten übertraf. In zwei Stimmbezirken kam es sogar zu einer Wahlbeteiligung von über 100%, nämlich einmal 108% und ein anderes Mal 100,8% („FR“, 18.4., „NZZ“, 23.4.). Da wird das entsprechende Armeekommando wohl für ganz besonders freudige und faire Wahlen gesorgt haben!

Begleitmusik: Angriffe auf die Frontstaaten

Gleichzeitig mit der Verschärfung des Kriegs gegen die schwarze Bevölkerung im eigenen Land hat das Siedlerregime seine militärischen An-

griffe auf Ziele in den benachbarten Frontstaaten verstärkt. Am 10.4. bombardierte die rhodesische Luftwaffe zwei Lager in Außenbezirken von Lusaka (Hauptstadt Sambias), angeblich sei das Ziel ein Hauptquartier der ZAPU gewesen. Lt. Kaunda, Präsident Sambias, wurde ein Guerilla-Offizier getötet und sechs weitere Personen verwundet („IHT“, 11.4.).

Am 11.4. wurde ein angebliches Außenlager der ZAPU in Mulungushi, 100 Meilen nördlich von Lusaka, von rhodesischen Kampfflugzeugen mit Raketen beschossen. Bei diesem Angriff auf ein Flüchtlingslager wurden 136 Menschen getötet („IHT“, 13.4.).

Am 12.4. wurden von motorisierten Einheiten der rhodesischen Armee mitten in Lusaka (!) mehrere Anschläge verübt: Das Privatquartier des ZAPU-Chefs Nkomo wurde von allen vier Seiten mit Maschinengewehren beschossen und ausgeräuchert („SZ“, 15.4.).

Gleichzeitig wurden am anderen Ende der Stadt das Büro der Patriottischen Front angegriffen und außerdem das mitten im Stadtzentrum gelegene Büro der SWAPO und des ANC beschossen. Am selben Abend wurden noch mehrere Privathäuser zimbabweischer Freiheitskämpfer überfallen („IHT“, 14.4., „FAZ“, 17.4.).

Vor den Überfällen wurde das Lusaka

gegen 22 Stimmen für eine Wahlbeobachtung einsetzte. Eine später erfolgte Abstimmung im US-Kongreß lehnte die Entscheidung mit knapper Mehrheit (190:180) ab. Trotz dieser Abstimmungsniederlage waren natürlich eine ganze Reihe „inoffizieller“ US-Beobachter bei der Smith-Show anwesend (lt. rhodesischen Angaben 18 Personen, „NZZ“ 19.4.). Darunter Beobachter der „America Conservative Union“, deren Präsident Robert Baumann, republikanisches Mitglied des Repräsentantenhauses, schon vor der „Wahl“ erklärte: „Die USA als Verfechter der Menschenrechte und der Freiheit in der Welt sollten sich darüber freuen, daß Rhodesien Wahlen organisiert, um die schwarze Bevölkerungsmehrheit an die Macht zu bringen“ („SZ“, 5.4.). Was soll da überhaupt noch beobachtet werden?

Großbritannien: Die (bis jetzt) regierende Labour Party hatte es abgelehnt, die Wahlen anzuerkennen (SZ, 20.4.). Zynischerweise wurde gleichzeitig allen Parlamentsmitgliedern, die trotzdem nach Rhodesien reisen wollten, „alle Erleichterungen angeboten“ (TAZ, 18.4.). Die britischen Konservativen, denen bei den vorgezogenen Wahlen am 3.5. ein Wahlsieg ins Haus steht und in diesem Fall die neue Regierung bilden werden, entsandten eine 6 Mann starke, offizielle Parteidelegation nach Rhodesien – unter dem Vorsitz von Lord Boyd,

Libyens Engagement in Uganda

Libyen zählt seit dem Bruch Ugandas mit Israel 1972 zu den engsten militärischen Verbündeten des Amin-Regime und hat im Laufe der Jahre durch erhebliche Finanzspritzen dazu beigetragen immer wieder Uganda vor dem totalen wirtschaftlichen Bankrott zu bewahren.

Neben Libyen erhielt Amin bis kurz vor seinem Sturz finanzielle und propagandistische Schützenhilfe auch von den Staaten der Arabischen Liga und den Mitgliedern der Islamischen Konferenz.

Noch Mitte März hatte die Islamische Entwicklungshilfebank dem Amin-Regime einen Kredit in Höhe von 4,5 Mio. DM zugesagt (Radio Kampala, 14.3. lt. Monitor-Dienst vom 16.3.).

Trotz zahlreicher Dementis von Seiten der Gadhafi-Regierung hat Libyen bereits an der Besetzung tanzanischen Territoriums durch die Söldnertruppen Amins im Oktober 1978 aktiv mitgewirkt. Vor der Weltöffentlichkeit bemühte die libysche Regierung sich in dieser Phase als „Vermittler“, „neutraler Schlichter“ etc. zu profilieren, um gemeinsam mit dem Adhoc-Vermittlungskomitee der OAU Tanzania zu Kompromissen zu zwingen.

Als diese Versuche am Widerstand Tanzanias scheiterten und Nyerere Ende Februar einem zweiten An-

griff Amins durch den Einmarsch in Uganda zuvorkam, schaltete sich Libyen durch Waffenhilfe und Entsendung größerer Truppenkontingente noch massiver als zuvor in das Kriegsgeschehen ein.

Über eine Luftbrücke wurde die bereits im Zerfall begriffene Armee des ugandischen Diktators mit Treibstoff, Munition und schweren Waffen ausgerüstet.

Aus einer Stellungnahme des Exekutiv-Komitees der „Ugandan National Liberation Front“ (UNLF) vom 30.3. geht hervor, daß drei libysche Flugzeuge auf dem Flughafen von Nairobi (Kenia) zwischenangelandeten waren, um dort zu tanken. Außerdem lag zu diesem Zeitpunkt ein libysches Schiff mit schweren Waffen im Hafen von Mombasa, die dort auf 50 ugandische Lastwagen umgeladen wurden (Tanzania, Daily News, 31.3.).

Weiterhin geht aus einem Kriegskommunique der tanzanischen Regierung hervor, daß libysche Tupolev-22-Bomber tanzanisches Gebiet beschossen haben (TDN, 31.3.).

Es ist in erster Linie diesem militärischen Engagement Libyens zuzuschreiben, daß Amin sich relativ lange über Wasser halten konnte. Das wird u.a. an der Tatsache deutlich, daß die ugandische Hauptstadt Kampala kurz vor der Einnahme durch

die ugandischen Befreiungskräfte und tanzanischen Truppen fast ausschließlich von libyschen Truppen verteidigt wurde. So wurden bei der Eroberung des Flughafens Entebbe 400 Libyer getötet, 12 Kriegsflugzeuge und eine C-130 Transportmaschine zerstört (TDN, 4.4.).

Dazu erklärte der Präsident der UNLF und jetzige Staatsoberhaupt Ugandas, Yussuf Lule:

„...Gadhafis Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ugandas ist nicht neu. Es ist bekannt, daß Libyens aufdringliche Einmischung in unser Land bereits seit 1972 besteht, als der Diktator und Mörder Amin seine enge Zusammenarbeit mit Israel für libysche Petro-Dollars aufkündigte.“

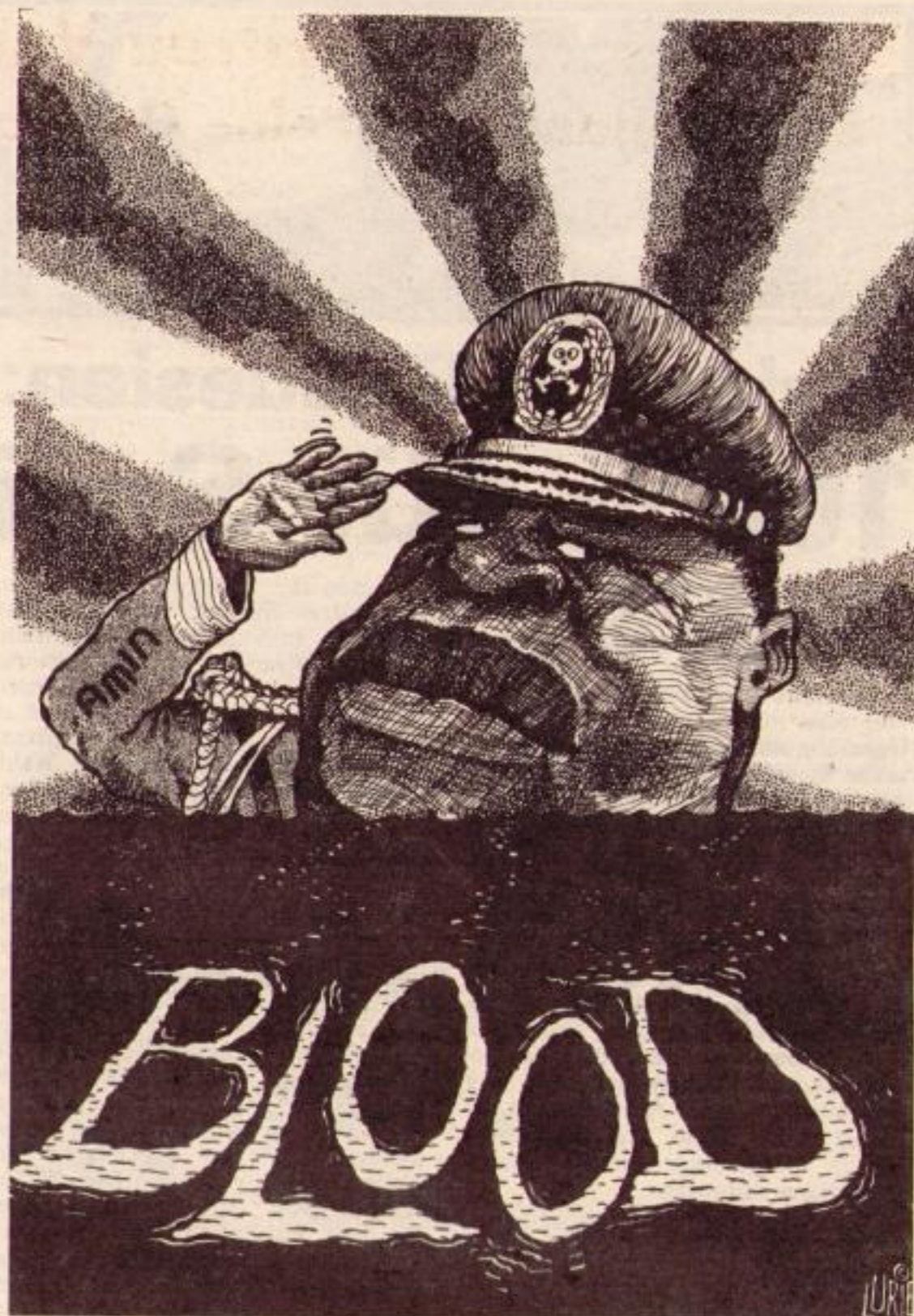
Diese schändliche Allianz zwischen Gadhafi und Amin stärkte Diktatur und Repression und hielt den Unterdrückungsapparat funktionsfähig mit dem Ergebnis der Ermordung tausender Menschen und der Zerstörung von Eigentum, ganz zu schweigen von der totalen Ruinierung der Wirtschaft.

...Gadhafi sollte erkennen, daß 12 Mio. Ugander den Krieg gewinnen werden und daß dies die letzte Möglichkeit ist, sich anständig aus Uganda zurückzuziehen...“ (TDN, 29.3.).

Die Wahrheit auf den Kopf gestellt

Um seine Unterstützung für eine weltweit verhaßte Diktatur wenigstens ansatzweise zu rechtfertigen, malte das Gadhafi-Regime in seiner Propaganda Tanzania als blutrünstigen Aggressor mit dem fanatischen Moslem-Hasser Nyerere an der Spitze. Kostprobe: „Aus Tanzania wird berichtet, daß die dortige Lage Gefahr läuft, sich weiter zuzuspitzen, wegen des vom Nyerere-Regime gegen Moslems in Uganda begonnenen offenen Krieges...“

...Berichte bestätigen, daß die Bevölkerung von Sansibar, die zum Zusammenschluß gezwungen wurde, jetzt nach ihrer Unabhängigkeit strebt, nachdem sie von den unmenschlichen Praktiken des tanzanischen Präsidenten und seinen Massa-



kern an Moslems in Uganda erfahren hat...“

Berichten aus Dar es Saalam zufolge werden ausgedehnte Verhaftungsaktionen gegen Moslems in Tanzania unternommen, die Einwände gegen die von Nyereres Streitkräften durchgeführten entsetzlichen Massaker an ugandischen Moslems erhoben haben...“ (JANA, 3.4., lt. MD vom 4.4.).

Bereits Ende März hatte Gadhafi mithilfe eines erpresserischen Ultimatums versucht, Tanzania zum Rückzug seiner Truppen aus Uganda zu zwingen. In einer Botschaft an Nyerere forderte Libyen den Rückzug der tanzanischen Streitkräfte innerhalb von 24 Stunden. „Begründet“

wurde diese Drohung u.a. folgendermaßen:

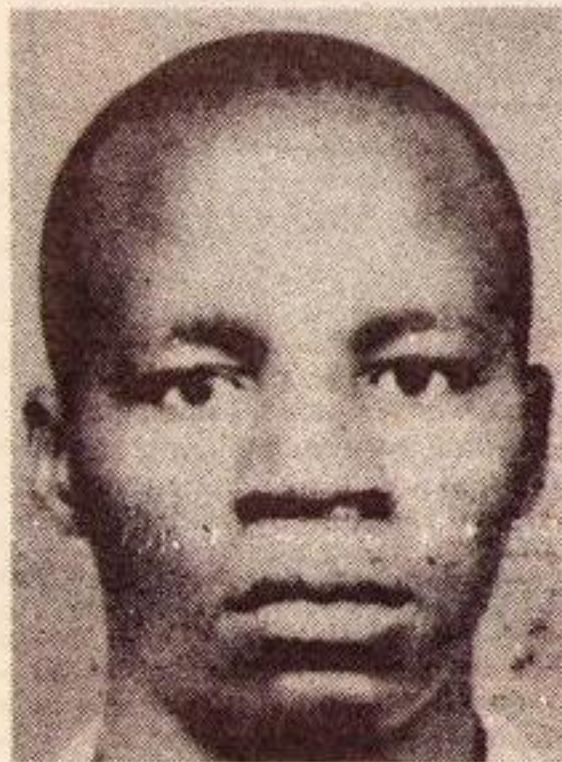
„Aber jetzt, nach langer Zeit, glauben wir, daß Tanzania der Aggressor ist und daß der gegenwärtige Krieg von Tanzaniern innerhalb Ugandas geführt wird. Und kein Ugander ist darin verwickelt.“ (TDN, 28.3.)

Die ugandischen Amin-Gegner, die neue Regierung, die jubelnden Massen, die das Ende Amins feiern – wenn das alles Tanzanier wären – dann wäre Gadhafi wohl auch ein arabischer Revolutionär. Aber beides zu glauben ist Quatsch.

Afrika-Kommission



„Symbol von Soweto“ hingerichtet



Am 6.4. ließ die südafrikanische Regierung den schwarzen Freiheitskämpfer und Mitglied des „African National Council“ (ANC), Solomon Mahlangu (22 Jahre alt), trotz gerichtlich bestätigter Unschuld im Sinne der Anklage und trotz internationaler Proteste durch Erhängen hängen.

Solomon Mahlangu gehörte zu den Vorkämpfern der Demonstrationen in Soweto und war zugleich einer der ersten, die sich nach der blutigen Niederschlagung der Kämpfe 1976 dem ANC anschlossen. Nach einer Ausbildung in Lagern des ANC in Angola und Mosambik kehrte er wieder nach Südafrika zurück. Im Zusammenhang mit einer Schießerei wurde er, zusammen mit Mondy Motloung, im Juni 1977 von den Rassisten verhaftet. „Im Gefängnis hat man sie schwer gefoltert und brutal geschlagen. Am 2. März 1978 wurde Solomon Mahlangu zum Tode verurteilt. Nach Monatelanger Folter wurde sein Freund aufgrund von Gehirnschäden für vernehmungsunfähig erklärt. Niemandem ist sein

Schicksal bekannt. Seit der Verkündung des Todesurteils hat Solomon Mahlangu mehr als ein Jahr in der Todeszelle des Zentralgefängnisses von Pretoria verbracht; er durfte nur Besuch von seiner Familie und von einem von der Regierung benannten Priester empfangen; außer einigen Erzählungen und der Bibel aus der Gefängnisbibliothek durfte er nichts lesen... Solomon Mahlangu ist kein Verbrecher. Die Verbrecher sind seine Henker, die sich eines Tages wegen der von ihnen begangenen Verbrechen verantworten müssen. Solomon Mahlangu ist ein Held und ein Freiheitskämpfer.“ (Pressemitteilung des ANC, 3.4.79).

Nach Ablehnung aller Gnadengesuche wurde er am 6.4. im Gefängnis von Pretoria hingerichtet. Selbst die geplanten Trauerfeiern wurden von den Rassisten durch kurzfristige Umverlegung auf einen anderen und ein anderes Mal durch Tränengas und Schlagstockeinsätze gegen die Trauernden verhindert (FR, 9.4. und 17.4.).

Erstaunlich hohe Publizität hat dieser erneute Mord an einem schwarzen Freiheitskämpfer vor allem wegen zahlreicher Gnadensappelle aus imperialistischen Kreisen erlangt: die Regierungen der USA, BRD, Frankreichs, Großbritanniens, Belgiens, Dänemarks, Indiens u.a. appellierten an Vorster und Botha, die Hinrichtung nicht durchzuführen („FAZ“, 7.4.79).

Nun ja, auch die RSA-Regierung weiß, daß es sich hier um nicht mehr als bloße Worte handelt. RSA-Außenminister Botha hat die „selektive Empörung“ insbesondere Großbritanniens, der Niederlande und der BRD als „schockierend und abstoßend“ und darüber hinaus als „vollkommen unvereinbar mit ihren eigenen Aktionen gegen Terroristen“ zurückgewiesen (SZ, 10.4.). In der Tat,

Afrika-Kommission

Angola: Südafrika führt weiter Krieg

Südafrika hält weiterhin den „Zustand der permanenten Aggression gegen Angola aufrecht“, erklärte der angolische Verteidigungsminister Iko Carreira in einem Interview im angolischen Rundfunk.

„Während des zweiten angolischen Befreiungskrieges vertrieben wir zwar die Südafrikaner von unserem Territorium, Südafrika benutzt jedoch heute andere Methoden, nämlich die der Stoßtrupps und der plötzlichen Überfälle. Sie erfolgen auf angolisches Territorium, um unsere besten Materialien zu zerstören, die Bevölkerung einzuschüchtern und die Konsolidierung der inneren Sicherheit zu stören.“

Nach den Aussagen des Ministers benutzt Südafrika außerdem immer noch in Südafrika die UNITA, wie

in Nordangola die FNLA und die FLEC, deren Organisationen zwar zerschlagen seien, die jedoch immer noch über Banden verfügen, die durchaus in der Lage sind, Sabotageanschläge zu verüben.

So habe es erst kürzlich im Norden einen Sabotageversuch gegen ein Öllager in Soyo gegeben. In diesem Zusammenhang ist auch die Erklärung der zairischen Regierung zu sehen, sie werde vorläufig auf die Benutzung der Benguelabahn für den Kupfertransport verzichten, da Angola die Sicherheit an dieser Bahnlinie noch nicht gewährleisten könne. (In Verträgen hatte Angola im vergangenen Jahr diese Bahnlinie als direkte Verbindung zum Seeweg für Sambia und Zaire zur Verfügung gestellt.)

Iko Carreira führte in diesem Zusammenhang aus, daß die Aktionen der Banden im Norden und im Süden immer gleichzeitig stattfinden, was auf eine Koordinierung durch ihre südafrikanischen Auftraggeber und Financiers hinweist.

Allerdings sei Angola heute im Aufbau seiner Verteidigungskräfte so weit fortgeschritten, daß man inzwischen offensiv gegen die inneren wie die äußeren Angriffe vorgehen könne, auch wenn moderne Waffensysteme nach wie vor fehlten, so daß beispielsweise die zahlreichen Luftraumverletzungen durch die südafrikanische Luftwaffe immer noch hingenommen werden müßten. (Zitate und Informationen nach „Jornal de Angola“, Luanda, v. 13.4.79). Portugal-Kommission

Guinea-Bissau: Erpressungsversuch des Weltwährungsfonds zurückgewiesen

Guinea-Bissau wird einen „Maßnahmenkatalog“, dessen Erfüllung der Internationale Weltwährungsfond zur Voraussetzung für die Erteilung eines Kredits macht, nicht akzeptieren.

Wie aus Regierungskreisen verlautet, enthält der Maßnahmenkatalog einige „vernünftige Empfehlungen“, die man befolgen wolle, aber andere, die „negative Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Investitionspolitik des Landes“ haben würden.

Zu diesen Bedingungen zählen die einschneidende Verringerung des Staatshaushalts und der Investitionspläne.

Die Regierung von Guinea-Bissau, die den Kredit in Höhe von 140 Millionen Dollar beantragt hatte, um ihre Zahlungsbilanz auszugleichen, schlug dem Weltwährungs-

fonds stattdessen vor, dann lieber einen höheren Zinssatz zu verlangen und auf Einmischungen in die Wirtschaftspolitik des Landes zu verzichten!

Bekanntlich ist Guinea-Bissau eines der ärmsten Länder Afrikas und bezieht gegenwärtig beträchtliche Unterstützung von Angola, mit dem es die alte Waffenbrüderschaft gegen den portugiesischen Kolonialismus verbindet.

Ebenso ist bekannt, daß der Internationale Weltwährungsfond ein Kreditinstrument des Imperialismus ist, das die Erteilung von Krediten in aller Regel von sehr weitreichenden Einmischungen abhängig macht – besonders deutlich wurde dies am Beispiel Portugals, wo die Auflagen des IWF eine erschreckende Verelendung der werktätigen Massen zur

Folge haben, weil die damalige Regierung Soares, die die Kreditbedingungen entgegennahm, auf jede Erpressung einging. Am Beispiel Portugal läßt sich auch aufzeigen, daß die Kreditbedingungen das einzige Ziel haben, ein günstiges Investitionsklima für die multinationalen Konzerne zu schaffen, und jede eigenständige Entwicklung in dem betroffenen Land zu ersticken.

Nun muß der IWF lernen, daß das, was man mit einer sozialdemokratischen Regierung in Europa machen kann, mit einer antiimperialistischen Regierung eines afrikanischen Landes, das gestern noch Kolonie war, eben nicht geht. Bravo! (Zitate nach „Diário Popular“, Lissabon, v. 20.4.79).

Portugal-Kommission

Eritrea-Veranstaltung

„Eure Solidarität ist eine Quelle der Ermutigung für unser Volk“

In sehr guter Stimmung verlief am 5.4. eine Eritrea-Solidaritätsveranstaltung mit über 1.000 Teilnehmern im Hamburger Audimax. Zur Unterstützung der Veranstaltung hatte sich zuvor ein Bündnis von bisher selten erlebter Breite innerhalb des „linken Spektrums“ zusammengefunden: Vom KB über KABD, KBW, KPD, GIM, African Study Group bis zur „Gesellschaft für bedrohte Völker“ - um nur einige der beteiligten Organisation zu nennen.

Genossen der EPLF sangen eritreische Lieder und wir sahen den Film „Sawrana“ (Unser Sieg), der in hervorragenden Bildern vom harten Alltagsleben der Menschen in Eritrea berichtet, vom täglichen Kampf um die Organisation der Menschen und Beseitigung der alten Unterdrückung, von der Befreiung der Frauen und von den Kämpfen zur Verjagung der äthiopischen Truppen aus Nacfa, Afabet und Keren.

Schwerpunkt des Abends war jedoch das Referat des extra zu dieser Veranstaltung angereisten Genossen Amdemichael Kahsai, Mitglied des ZK der EPLF.

Langwieriger Volkskrieg

Genosse Amdemichael bezeichnete die gegenwärtige Situation als „die bitterste und heftigste Konfrontation des 18 Jahre dauernden bewaffneten Kampfes des eritreischen Volkes für nationale Selbstbestimmung“. Die „direkte und umfangreiche sowjetische Intervention“ habe zu einer großen militärischen Überlegenheit auf der Seite der äthiopischen Junta geführt. Die EPLF habe daraufhin ihre Taktik wechseln und die Städte verlassen müssen. Es sei jedoch eine Propagandalüge der Junta, daß die EPLF militärisch geschlagen sei. Die Offensive habe

zwar den Aufbau in den befreiten Gebieten unterbrochen und ungeheure Opfer vom eritreischen Volk gefordert, die Kräfte der EPLF könnten sich jedoch überall im Land bewegen und dem Feind schwere Niederlagen beibringen, wofür Genosse Amdemichael Beispiele nannte. Er sagte: „Wir sind fest überzeugt, daß wir auf längere Sicht im langwierigen Volkskrieg den Sieg erringen werden, egal welche Kräfte die äthiopische Junta unterstützen.“ Hierbei müsse man alle Faktoren berücksichtigen: Erstens die unaufhaltsam zunehmende Verschärfung der Widersprüche in Äthiopien durch die großen Lasten, die der Krieg den armen Massen Äthiopiens auferlegt, zweitens auf eritreischer Seite die erfolgreiche Entwicklung der Einheit der Volksbefreiungskräfte, drittens international die zunehmende Unterstützung des Kampfes des eritreischen Volkes.

Genosse Amdemichael widerlegte in seiner Rede die verschiedenen Verleumdungen, die von revisionistischer Seite über die eritreische Revolution verbreitet werden, um die sowjetische Intervention zu rechtfertigen. „Wir haben immer wieder erklärt, daß die einzige Lösung des Eritrea-Problems die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung ist. Wie das eritreische Volk dieses Recht nutzen wird, das muß allein dem eritreischen Volk überlassen sein und kann durch keine äußere Macht entschieden werden.“ Der wahre Charakter des äthiopischen Regimes zeige sich nicht in sozialistischen Parolen, sondern in seiner gesellschaftlichen Praxis: Der Terror gegen die Massen in Äthiopien und der Abwurf von Phosphorbomben auf die eritreischen Städte bewiesen klar, daß dieses Regime faschistisch und nicht demokratisch oder gar sozialistisch sei. Demgegenüber werde durch die vielfältigen Dienste, die die EPLF dem Volk leistet, bewiesen, daß sie eine fortschrittliche und demokratische Bewegung ist.



Genosse Amdemichael auf dem Podium (Dritter von links)

China unterstützt die Junta

Am Ende der Veranstaltung beantwortete der Genosse Amdemichael Fragen aus dem Publikum. Er führte u.a. aus, daß die VR China früher den Kampf des eritreischen Volkes politisch und materiell unterstützt habe. Seit 1970 jedoch, als sich die VR China bemühte, in die UN aufgenommen zu werden, habe China seine nationalen Interessen vor die Unterstützung des Kampfes des eritreischen Volkes gestellt und seine Hilfe gestoppt. Das äthiopische Regime hatte damals großen Einfluß unter den afrikanischen Ländern. Offiziell gebe sich China heute neutral und nehme nicht offen Stellung gegen die eritreische Revolution. China unterstütze aber die äthiopische Junta politisch, ähnlich wie die Sowjetunion, wenn auch in der Bedeutung keineswegs vergleichbar. China sei eines der ersten Länder gewesen, das Waffen geliefert habe, als die äthiopische Junta die sogenannte Volksmiliz ausrüsten wollte.

Befreiung der Frau nach langer Kampf

Befreiung der Frau nach langer Kampf

Auf eine entsprechende Frage antwortete Genosse Amdemichael, die Frauen hätten früher in Eritrea nicht die geringste Rolle im politischen Leben spielen können. Die EPLF habe in ihrem Programm das Recht der Frauen auf eigene demokratische Massenorganisationen garantiert. Nach dem Aufschwung des bewaffneten Kampfes 1973 habe

sich deshalb die Beteiligung der Frauen an der Revolution gewaltig entwickelt. Zeitweise sei die EPLF in Eritrea als „Front der Frauen“ angesehen worden. Das gestiegene Selbstbewußtsein der Frauen zeige sich an der Tatsache, daß heute 25 - 30 % der Mitglieder der Front Frauen sind, die in allen Kampfgebieten - auch am militärischen Kampf - teilnehmen. „Trotz dieser unbestreitbar großen Erfolge habe ich das Gefühl, daß der Kampf zur Erringung der vollen Emanzipation der Frau verstärkt fortgesetzt werden muß, denn nicht nur in der Gesellschaft insgesamt, sondern auch in der Front herrscht noch der männliche Chauvinismus, der Frauen als dem Mann unterlegen ansieht und sie nicht voll am Kampf beteiligen will. Wir haben noch einen langen Kampf zu führen.“

Solidarität verstärken!

Auf der Veranstaltung wurden ca. 6.000 DM für die Unterstützung des Schulprojektes in Eritrea gesammelt. Aus der laufenden Spendensammlung des KB wurden 10.000 DM übergeben.

Genosse Amdemichael sagte in seinem Schlußwort: „Dieser Akt der Solidarität ist ein Beitrag zur Befreiung des eritreischen Volkes und insbesondere der eritreischen Jugend. Ich bin sicher, daß diese Solidaritätsveranstaltung viele politische Organisationen hier in Deutschland bewegen wird, ihre Unterstützung für die eritreische Sache zu verstärken, und daß sich in Deutschland, wie in anderen Teilen Europas schon geschehen, verschiedene revolutionäre Organisationen vereinen und Unterstützungskomitees für den eritreischen Kampf gründen werden.“



Fragen aus dem Publikum werden beantwortet

Gespräche mit der PRP (Zaire)

Anfang April hatten wir die Möglichkeit zu ausführlichen Gesprächen mit einer Delegation der zairischen Befreiungsbewegung PRP (Partei der Volksrevolution). Die beiden Genossen der PRP waren im Auftrag des Zentralkomitees und des PRP-Präsidenten Laurent Kabila in die BRD gekommen.

Die PRP wurde 1967 im Osten Zaires gegründet und führt seit 1969 einen bewaffneten Kampf gegen das Mobutu-Regime. Sie hat ein kleineres Gebiet im Osten Zaires direkt angrenzend an das OTRAG-Territorium befreit und seit Jahren gegen alle Angriffe der zairischen Streitkräfte verteidigt. Wie wir bereits in einer ersten Analyse in AK 102 geschrieben haben, handelt es sich bei der PRP um eine Befreiungsbewegung, die dem linken, revolutionären Flügel des zairischen Widerstands zuzurechnen ist.

Insgesamt ist jedoch über den Kampf der PRP nur wenig bekannt geworden, was nicht zuletzt auf die große internationale Isolierung des zairischen Befreiungskampfes und der Totschweigestrategie des Mobutu-Regimes und der imperialistischen Massenmedien zu schulden ist. Wir sehen unsere Gespräche mit der PRP als Auftakt zu verstärkten Bemühungen, die anti-imperialistische Solidaritätsbewegung in der BRD für eine Unterstützung des zairischen Widerstands zu gewinnen.

Die Genossen der PRP sagten uns auf die Frage, wie sie sich den relativ niedrigen Bekanntheitsgrad der PRP in der internationalen anti-imperialistischen Bewegung erklären: „Das hängt damit zusammen, daß wir

im Verlauf unserer Entwicklung gewisse Prioritäten setzen mußten.“

Dazu gehörte vor allem die Reorganisation der versprengten Kräfte des Aufstandes von 1964 und der Versuch zuallererst das Volk im Lande selbst aufzuklären, zu mobilisieren und in seiner Gesamtheit gegen die faschistische Mobutu-Diktatur zu bewaffnen.

Wir wußten, daß das ein sehr langer und ernsthafter Kampf sein würde, bevor wir mit anderen Aktivitäten beginnen konnten, z.B. mit der Außenpolitik. Hier hat der Feind mit allen Mitteln versucht, die internationale öffentliche Meinung zu täuschen und zu behaupten, daß die PRP gar nicht existiere. Das ging soweit, daß selbst alle benachbarten Länder in der Nähe unserer befreiten Gebiete nicht mehr über uns sprachen, obwohl es fast täglich militärische Gefechte gab.

Heute nach elf Jahren stehen wir in direktem Kontakt mit der Außenwelt und können das Schweigen über die PRP durchbrechen. Wir beginnen jetzt eine diplomatische Offensive in der Außenpolitik und nehmen Kontakt mit Freunden und Genossen überall auf der Welt auf.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs machten die Genossen deutlich, daß sich die Präsenz der PRP in Zaire keinesfalls auf die bereits befreiten Gebiete im Osten beschränkt. Die PRP hat ihre Basen im Osten des Kongo, ihre befreiten Gebiete umfassen etwa 30 Dörfer.

Die Leute glauben, daß die PRP nur in einem einzigen Gebiet im Osten operiert. Sie hat jedoch mit

der Überzeugungsarbeit auch in den Städten begonnen. Sie arbeitet mit den Arbeitern in den Fabriken, hochpolitisierte Leute werden in die Universitäten infiltriert, in die Schulen, in die Verwaltung, in den Staatsapparat Mobutus selbst. Auch in der Armee Mobutus muß die PRP verankert sein.

Es hat 10 Jahre gedauert, um dies alles aufzubauen, jetzt müssen diese ganzen Aktivitäten, müssen die Parteilisten überall im Lande koordiniert werden.

Wie wir im AK berichtet hatten, war es nach dem 1. Volksaufstand in Shaba im Mai 1977 zur Bildung eines gemeinsamen politischen Oberkommandos von FLNC und PRP gekommen, dem sogenannten Revolutionsrat. Eine konkrete Zusammenarbeit gibt es zwischen den beiden Bewegungen jedoch kaum:

Es wäre übertrieben, heute von einer Zusammenarbeit mit der FLNC zu sprechen. Davon könnte man erst sprechen, wenn es möglich wäre, zu wirklichen Resultaten zu kommen. Die PRP ist eine Partei mit großer Erfahrung, die im Lande verankert ist. Das trifft für unsere Brüder von der FLNC nicht zu, die sich im Ausland befinden, in Angola. Wir meinen, daß man sich vor jeglicher Aktivität im Befreiungskampf zuerst einmal organisieren muß. Man muß im Inneren des Landes Basen schaffen, muß bei den Volksmassen im Lande verankert sein. Man darf nicht einfach versuchen durch Staatsstreiche oder unvorbereitete Angriffe die Macht zu übernehmen. Wir unterscheiden uns von der FLNC in strategischer und taktischer Hinsicht.

Sie haben beispielsweise übereilt die beiden Einfälle Shaba I und Shaba II gemacht und sind dabei fehlgeschlagen. Wir selbst waren darauf nicht vorbereitet...

Die Genossen der PRP schilderten eine rasche Zuspitzung der Widersprüche in Zaire, insbesondere auch eine Verelendung der alten Stützen des Mobutu-Regimes. Sie gehen davon aus, daß die Entwicklung aktuell einem Volksaufstand entgegengeht, der den Kämpfen im Iran vergleichbar ist:

Nach 14 Jahren Mobutu-Regimes liegt das Land heute wirtschaftlich völlig am Boden; das Land hat keine Devisen mehr, das Geld ist völlig entwertet, die Gehälter selbst der Funktionäre werden unregelmäßig bezahlt bzw. sind viel zu niedrig. Die Menschen beginnen an Hunger zu sterben. Z.B. kostet ein Sack Reis heute 150 Zaire. Das bedeutet, daß ein Funktionär, der 30 Zaire im Monat verdient, fünf bis sechs Monate arbeiten muß, um einen Sack Reis kaufen zu können. Das Straßengewesen ist völlig desorganisiert, das Kommunikationswesen funktioniert nicht, es gibt kaum Krankenhäuser, keine Medikamente. Die Menschen sterben entlang der Straßen. Wenn Mobutu heute Hilfen von außen erhält, besonders aus Westdeutschland, dann fließt das auf persönliche Konten im Ausland oder er kauft Villen in der Schweiz und baut ein Mausoleum für seine verstorbene Frau für zwei Millionen Dollar. Das alles während das Volk verhungert.

Diese Faktoren lassen die Volksrevolution gegen das faschistische Mobutu-Regime heranreifen.

Neue Enthüllungen Rhodies

Seit unserem letzten ausführlichen Bericht im AK 151 hat der Bestechungsspezialist und ehemalige Staatssekretär im südafrikanischen Informationsministerium, Eschel Rhodie, der Öffentlichkeit wieder ein Stück mehr „Muldergate“ a la RSA enthüllt:

Südafrika: Die in Johannesburg ansässige „Christliche Liga“ erhielt 800.000 DM jährlich aus Rhodies Geheimfond samt einem komfortablen Haus („Guardian“, 4.4.79).

Zimbabwe: Die französische Zeitung „Jeune Afrique“ dokumentierte unlängst, was Antimperialisten schon lange vermuteten: Den schwarzen Marionetten Muzorewa und Sithole bezahlten die Rassisten Transporte und Propagandamaterial! Selbstredend alles im Interesse der schwarzen Mehrheit!!!

Liberia: Mindestens 5 Mitglieder der herrschenden „True Whig Party“ wurden von Rhodie und Co. geschmiert.

Kenia: Gefolgsleute des Kenyatta-Clans wurden bestochen, um ein Verbot der Benutzung kenianischer Flugplätze zu verhindern. Außerdem wurde der kenianische Unternehmerverband und eine Zeitschrift in Nairobi mit größeren Summen geschmiert. Mitgemischt hat hier auch der CIA („Neue“, 11.4.79).

Namibia: Die pro-rassistische DTA wurde mit 2,4 Mio. DM von der RSA unterstützt. Mit dieser Summe wurde u.a. die Stationierung eines Schiffes mit Propagandasender und Anti-SWAPO-Comics finanziert („Guardian“, 30.3.79).

USA: 40.000 DM flossen in die Wahlkampfkasse Carters 1976 (ebenda, 28.3.79).

Großbritannien: Der Welt zweitgrößte Agentur für Nachrichtenfilme, UPITN in London, wurde über einen Strohmann, den US-Pressezaren McGoff 1975 zu 50% aufgekauft („International Herald Tribune“, 9.4.).

Afrika-Kommission

Afrika-Kommission



IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14-tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: 12.000

Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.



asien

Imperialistisches „roll-back“ in Afghanistan

Die zu Jahresbeginn entbrannten Auseinandersetzungen zwischen moslemischen Aufständischen und der afghanischen Militärmacht haben sich inzwischen zum offenen Bürgerkrieg entwickelt.

Ende März berichteten westliche Beobachter von Kämpfen „in mehr als der Hälfte der afghanischen Provinzen“ („Süddeutsche Zeitung“ — „SZ“, 23.3.), heute wird bereits im näheren Umkreis der Hauptstadt Kabul gekämpft („SZ“, 23.4.). Ihren bisherigen Höhepunkt erreichten die Kämpfe mit der Besetzung der zentralen Provinzhauptstadt Herat. Nur durch massiven Militäreinsatz einschließlich Bombenangriffen gelang es der afghanischen Regierung, die Stadt zurückzuerobern („Guardian“, 31.3.). Derzeit bereitet sich die afghanische Regierung auf eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen vor. Die zentralen Städte werden von starken Militäreinheiten kontrolliert („SZ“, 23.4.). Gleichzeitig wird das Land de facto unter Kriegsrecht gestellt, die Zivilregierung ausgeschaltet und eine Art „Notstands-Junta“ errichtet.

In der bürgerlichen Presse werden die Auseinandersetzungen in Afghanistan gerne als Übergreifen der „islamischen Revolution“ dargestellt. Ein eventueller Sturz der afghanischen Regierung wird bereits dem Sturz des Schah-Regimes im Iran gleichgestellt („Los Angeles Times“, lt. „SWB“, 9.4.). Das afghanische Regime wird als besonders brutal dargestellt, das sich den gerechten Zorn des Volkes zuzieht. Angeblich wurden in Pakistan „Tausende Regimekritiker getötet“ und „ganze Dörfer niedergebrannt“ („Stern“, 17/79). Hier wird von interessierter Seite unverhohlen die Werbetrommel für einen faschistischen Umsturz betrieben — unzweifelhaft mit dem Ziel, Afghanistan wieder voll ins imperialistische Lager zu integrieren.

Reaktionärer Umsturzversuch

Reaktionärer Umsturzversuch

Das Mitte letzten Jahres über einen Militärputsch an die Macht gekommene Militärregime Afghanistans hatte sich die Abschaffung der feudalistischen Strukturen zum Ziel gesetzt. „Daß dieses Programm (das Reformprogramm, Red.) auf den vereinten Widerstand der traditionellen Eliten von Großgrundbesitzern, Stammesführern, Mullahs und Royalisten stoßen würde, war zu erwarten“ („SZ“, 23.4.). Der Beginn der Landreform im Dezember letzten Jahres gab offenbar den Anlaß zum Losschlagen der reaktionären religiösen Gruppen. In mehreren Provinzen konnte die Landreform nicht durchgeführt werden, in anderen nur durch Einsatz von Militär („Neue Zürcher Zeitung“ — „NZZ“, 7.2.). In diesen Auseinandersetzungen ging es auch dem islamischen Klerus an den Kragen. In offiziellen afghanischen Erklärungen wird seit einiger Zeit scharf gegen bestimmte islamische Organisationen vorgegangen (so gegen die Moslemische Bruderschaft, „SWB“, 1.2.). Nach Meldungen der bürgerlichen Presse wurden verschiedene islamische Mullahs und andere „Würdenträger“ verhaftet („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 9.3.). Insgesamt fand in Afghanistan der Versuch statt, den islamischen Klerus auf das zu reduzieren, was er vorgibt zu sein — eine religiöse Glaubensgemeinschaft. In Ansätzen wurde der Islam als dominierender Faktor im öffentlichen politischen Leben ausgeschaltet. Hintergrund stellt die engste Verflechtung des islamischen Klerus mit den alten Feudalherren dar; oft sind die Mullahs selbst Großgrundbesitzer. Der Angriff auf diese Kräfte ist der Hintergrund für die demagogische Kampagne der Konterrevolution, eine „islamische Republik“ errichten zu wollen.

Im Dezember 1978 griffen die „Jamiat Islami“ und die „Hezbi Islami“, beides faschistische Geheimorganisationen der Großgrundbesitzer, Mullahs und ihrer Anhänger, massiv ein. Deshalb mußte die Regierung teilweise Militär zur Durchführung der Landreform einsetzen.

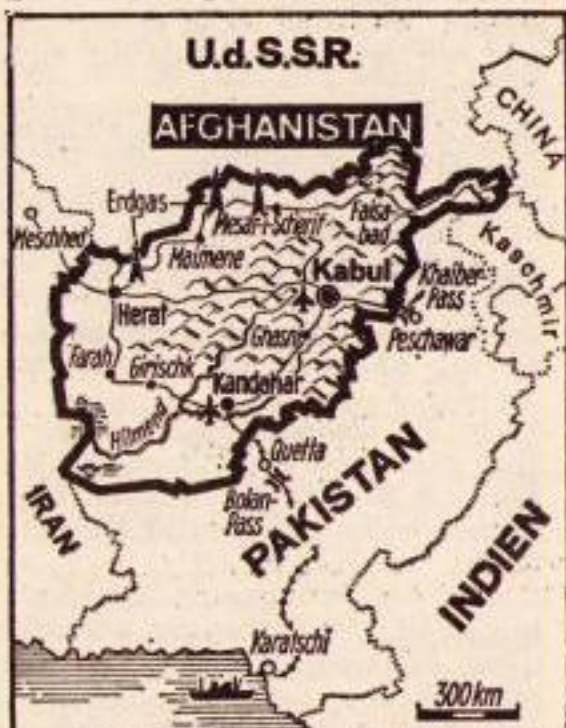
Eine wesentliche Rolle nahmen in der weiteren Entwicklung die in den Lagern des benachbarten Pakistans rekrutierbaren Flüchtlinge ein. Nach Berichten westlicher Journalisten wurden regelrechte militärische Ausbildungslager unter pakistanischer Regie errichtet, und so von dort aus die Kräfte von „Jamiat Islami“ und „Hezbi Islami“ verstärkt.

Im Februar bildeten verschiedene Gruppen in Pakistan die „Afghanische Befreiungsfront“. Ihr erklärtes Ziel ist es, einen „Heiligen Krieg“ gegen „die Bande gottloser Kommunisten“ („NZZ“, 7.2.) zu führen, um eine „Islamische Republik“ zu gründen. Diese „Islamische Republik“ ist bisher nicht näher definiert worden. Die Unterstützung Pakistans sowie die Verflechtung der afghanischen „Jamiat Islami“ mit pakistanischen reaktionären Parteien läßt aber den Schluß zu, daß eine „Islamische Republik“ nach pakistanischem Vorbild angestrebt wird.

Die Legitimation dieser „Befreiungsfront“ bezieht sie aus der angeblichen Verfolgung der islamischen Religion und die Ablehnung der derzeitigen Regierung und ihrer Maßnahmen als „kommunistisch“. Ihre faschistische Brutalität machten diese „Befreier“ deutlich, als sie die Provinzhauptstadt Herat besetzt hielten. „Nach Augenzeugenberichten wurden sowjetische Bürger in der Stadt auf offener Straße brutal zerstückelt. Der Mob machte mit Listen über die Adressen sowjetischer Familien Jagd auf die Russen“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“, 17.4.). Insgesamt wurden nach afghanischen Angaben 300 sowjetische Berater ermordet („SZ“, 23.4.).

Insgesamt wurden nach afghanischen Angaben 300 sowjetische Berater ermordet („SZ“, 23.4.).

Nach Berichten der bürgerlichen Presse sowie afghanischer Exilgruppen beteiligten sich angeblich auch „Linke“ an Aktionen gegen das afghanische Regime. Nach den (zweif-



los mit Vorsicht zu genießenden) Meldungen des chinesischen „Afghanischen Studentenvereins“, Hamburg, beteiligt sich zumindest der nicht näher genannte ML-Teil der afghanischen Linken an der „Afghanischen Befreiungsfront“, in der nach chinesischer Lesart „die fortschrittlichen Geistlichen, die Demokraten und die Kommunisten kämpfen“ (Flugblatt des „Afghanischen Studentenvereins“, Hamburg). Einheitsfront im „Heiligen Krieg gegen die Kommunisten“?

Reaktion der afghanischen Regierung

Die afghanische Regierung hat lange Zeit die massiven Aktionen der Kon-

terrevolution weitgehend totgeschwiegen und sich in optimistischen Erklärungen ergangen. Inzwischen werden die Kämpfe offen zugegeben und Maßnahmen ergriffen. Die afghanische Regierung geht dabei den Weg des Ausbaus der Militärmacht und verzichtet auf eine Überzeugungs- und Mobilisierungskampagne.

Die afghanische Regierung erklärt, daß es sich bei den gegenwärtigen Kämpfen um „Obstruktionsversuche“ der „internationalen Reaktion, Imperialismus und der extremen Linken“ handle („Radio Kabul“, 23.3. lt. „SWB“, 27.3.). In einem Interview nennt der afghanische Ministerpräsident Amin ein Zusammenspiel zwischen „imperialistischen und internationalen reaktionären Kräften“ und den „Reaktionären und Ausbeutern in Afghanistan“ als Ursache für die augenblickliche krisenhafte Entwicklung („Radio Kabul“, 5.4. lt. „SWB“ vom 9.4.). Konkrete Einmischungsversuche werden gegen Pakistan und den Iran erhoben (dazu später mehr).

Um „den subversiven Aktivitäten der imperialistischen Länder ... und der schwarzen Reaktion zu begegnen“, wurde praktisch die gesamte Staatsmacht dem Militär übertragen. Am 29.3. wurde ein „Höchstes Verteidigungsrat“ gebildet. Dieser Verteidigungsrat erhält über ein spezielles Dekret die vollständige Verfügungsgewalt über die Armee, ihm obliegen die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ sowie weitgehende Verwaltungsaufgaben („Radio Kabul“, 29.3. lt. „SWB“, 31.3.). Der Verteidigungsrat unterliegt keiner Kontrolle und setzt sich über Berufung durch den Präsidenten zusammen („SWB“, 31.3.). Für den gesamten Bereich der Innenpolitik kommt dies faktisch der Ausschaltung der Zivilregierung und der Errichtung einer Notstandsdictatur gleich. Dadurch, daß dem Verteidigungsrat überdies das Recht zur Ergreifung jeder notwendigen Maßnahme zusteht („SWB“, 31.3.), wird das Land faktisch unter Kriegsrecht gestellt. Offensichtlich geht es zu Zeit um den Versuch, mit der Reaktion im Lande nur auf der Ebene der militärischen Macht fertig zu werden. Wobei mit der Errichtung einer Militärdiktatur die fortschrittlichen Elemente der bisherigen Politik der afghanischen Militärs sehr schnell auf der Strecke bleiben dürften.

Die Rolle der ausländischen Mächte

Einmischungsversuche gibt es vor allem von Pakistan, angeblich auch dem Iran und Versuche laufen in die Richtung, die exponierten „Islamischen Republiken“ (Saudi Arabien) zum Eingreifen zu bewegen.

Das pakistanische Militärregime unterstützt nach eigenen Aussagen die „aufständischen Rebellen“ in Afghanistan. Dies erklärte Pakistans Junta-Chef Ziaul Haq in einem Interview mit der saudi-arabischen Zeitung „Ukaz“ („SWB“, 14.3.). Während die pakistanische fortschrittliche Opposition scharfer Repression unterliegt, es eine Pressezensur usw. gibt, erhalten die reaktionären afghanischen Organisationen vollständige Bewegungsfreiheit. Hauptquartier, Propagandazentrale usw. der „Afghanischen Befreiungsfront“ befinden sich in Pakistan („Guardian“, 24.3.). Wie erwähnt, berichten amerikanische Journalisten von militärischen Ausbildungslagern auf pakistanischem Gebiet. Die afghanische Regierung hat Pakistan „Beteiligung an Konspiration gegen unser Volksregime“ vorgeworfen („SWB“, 14.3.). Entgegen den Dementis der pakistanischen Regierung erklärte die afghanische Regierung, daß im Widerspruch zu „ihren Reden von Freundschaft und guten Beziehungen die pakistanische



Ein im „Heiligen Krieg“ gegen die „Bande gottloser Kommunisten“ abgeschossener Regierungshubschrauber.

Regierung die Aktivitäten dieser Elemente nicht nur nicht beendet, sondern sie intensiviert und ausdehnt“ („Radio Kabul“, 23.3. lt. „SWB“, 27.3.). Das beweisen z. B. die Versuche Pakistans, eine Art „Islam-Doktrin“ mit Libyen und Saudi-Arabien zu entwickeln. Mit deutlicher Richtung auf Afghanistan forderte Ziaul Haq in Saudi-Arabien „eine gemeinsame politische Strategie der islamischen Staaten“ gegen „jede kommunistische Einmischung in ihren Ländern“ („SWB“, 14.3.).

Es ist sicherlich kein Zufall, daß sich im gleichen Sinne die Führer der „Afghanischen Befreiungsfront“ an „alle islamischen Staaten“ wenden mit dem Ziel, „den Kampf ... gegen die Regierung in Kabul zu unterstützen“ („FR“, 17.4.).

Pakistan übernimmt in Bezug auf Afghanistan zweifellos den imperialistischen Auftrag, die Reintegration

Pakistan übernimmt in Bezug auf Afghanistan zweifellos den imperialistischen Auftrag, die Reintegration Afghanistans ins imperialistische Lager zu erzwingen. Es ist in diesem Sinn auch kein Zufall, daß Ende März Frankreich der pakistanischen Junta 32 moderne Mirage-Kampfflugzeuge lieferte — Pakistan braucht lediglich 20 % des Kaufpreises zu bezahlen, der Rest läuft als langfristiger Kredit („SZ“, 28.3.). Nicht unerheblich ist in diesem Zusammenhang die Lieferung einer Uran-Anreicherungsanlage durch Frankreich an Pakistan, die ohne weiteres zur Atomwaffenproduktion eingesetzt werden kann („FR“, 9.4.). Interessant am Rande, daß die Achse offensichtlich zwischen Pakistan und den EG-Imperialisten läuft (die EG-Imperialisten sind überdies die stärksten Finanz- und Wirtschaftshelfer des Landes). Die USA haben Anfang April wegen des Atomgeschäfts mit Frankreich ihre Wirtschaftshilfe eingestellt.

Das Engagement der Sowjetunion

Afghanistan hat sehr enge Beziehungen zur Sowjetunion (Freundschaftsvertrag). Die afghanische Politik lehnt sich insbesondere in der Außenpolitik stark an die SU an.

Die SU stellt nach offiziellen afghanischen Angaben zur Zeit 1.100 Berater (gegenüber 800 Beratern aus westlichen Staaten), die Finanzhilfe dagegen „liegt unter den Summen, die der Westen dem Land im gleichen Zeitraum gegeben hat“ („FAZ“, 6.4.).

Propagandistisch hat die SU — im Gegensatz zu ihrem Vorgehen beim chinesischen Überfall auf Vietnam — sehr frühzeitig reagiert und „eindringlich vor fremder Einmischung in die

inneren Angelegenheiten Afghanistans gewarnt. Zugleich verurteilte sie scharf bewaffnete Provokationen und Verschwörungen, die von den Territorien Pakistans, Irans und Chinas aus geführt werden“ („FAZ“, 20.3.). Diese Linie hat sich bis jetzt gehalten, wobei sich insbesondere die Angriffe gegen die VR China steigerten („Tass“, 23.3. lt. „SWB“, 27.3.).

Gleichfalls unterstützt die SU das afghanische Regime materiell durch Waffenhilfe: Hubschrauber und Kampfflugzeuge wurden nach Berichten der Presse nach Afghanistan geschafft („Guardian“, 31.3. und „SZ“, 23.4.). Für ein eigenes militärisches Eingreifen der SU gibt es allerdings — entgegen den steten Behauptungen vor allem der Vaterländer — keine Anhaltspunkte. Der afghanische Ministerpräsident Amin erklärte auf einer Pressekonferenz: „Wir haben keine ausländischen Piloten“ — gegenüber dem Vorwurf, die Hubschrauber würden von sowjetischen Piloten geflogen („SWB“, 9.4.). Gleichfalls erklärt er, daß Afghanistan personelle Unterstützung anfordern würde, wenn dies notwendig wäre, „zum Beispiel im Falle einer ausländischen Aggression“ („SWB“, 9.4.).

Es handelt sich bei den von der SU gelieferten Flugzeugen zudem um recht veraltete Systeme, mit denen sich die afghanische Armee seit Jahren auskennt (MIG 17 u. ä.).

Insgesamt stellt sich die Situation eher so dar, daß die SU ihre Berater zurückzieht und nicht — wie von prochinesischer Seite behauptet — in die Kämpfe wirft. Aufgrund der grausamen Programme in Herat wurden Berater und ihre Familien in die SU zurückgefliegen und provisorische Unterkünfte auf dem Botschaftsgelände errichtet, um Schutz vor weiteren Übergriffen zu haben („FAZ“, 17.4.).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der Imperialismus in Afghanistan gegenwärtig (mit Hilfe des reaktionären pakistanischen Regimes und nicht minder reaktionärer Kräfte in Afghanistan selbst) versucht, seinen Einfluß wieder voll zur Geltung zu bringen. In einer erst am Anfang stehenden blutigen Konfrontationsstrategie versuchen Imperialismus und einheimische Reaktion die im benachbarten Iran erlittene Schlappe wenigstens zum Teil wettzumachen und damit auch Voraussetzungen zur Wiedererlangung der vollständigen Verfügungsgewalt über die Region zu schaffen.

Asien-Australien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

China lehnt entmilitarisierte Zone ab

Obwohl die chinesische Aggressionstruppen weiterhin Teile vietnamesischen Territoriums besetzt halten, hat sich die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam (SRV) bereit erklärt, Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts aufzunehmen, die am 18.4. in Hanoi begonnen haben.

Während Vietnam mit genauen Ortsangaben nachgewiesen hatte, daß chinesische Truppen nach wie vor in Vietnam stehen (siehe AK 151, S. 55) beschuldigte jetzt plötzlich die chinesische Seite Vietnam mehrerer Überfälle auf die Provinz Yunnan.

Sicherlich nicht zufällig ist das zeitliche Zusammentreffen der Gespräche in Hanoi mit Drohungen der japanischen Regierung gegen Vietnam, die Hilfe einzustellen, „für den Fall einer Nutzung vietnamesischer Stützpunkte durch die sowjetische Marine oder Luftwaffe“. „Berichte, daß sowjetische Kriegsschiffe in vietnamesische Häfen eingelaufen und mindestens zwei (!) sowjetische Aufklärungsflugzeuge in Da Nang gelandet seien, hatten Japan zu der Warnung veranlaßt“ („FR“, 20.4.79).

Besonders pervers ist, daß in der

eigene Territorium zurück, und zwar auf einen Abstand von 3 bis 5 km von der tatsächlichen Kontrolllinie entfernt, die vor dem 17.2.1979 gültig war.

b) Beendigung jeglicher Handlungen zur Kriegsprovokation und gegnerischer Aktivitäten zur Verletzung der Souveränität, der territorialen Integrität sowie Handlungen zur Gefährdung der Sicherheit der anderen Seite.

c) Gebiete entlang der oben erwähnten Kontrolllinie, in denen keine Truppen beider Seiten mehr anwesend sind, werden entmilitarisiert. Beide Seiten vereinbaren den Status entmilitarisierte Gebiete.

d) Beide Seiten tauschen sofort Listen der während des Krieges von beiden Seiten gefangenen Menschen aus, um einen baldigen Austausch der Gefangenen zu ermöglichen.

e) Ein gemischtes Komitee aus Vertretern beider Seiten wird gegründet, um die Verwirklichung der oben erwähnten Maßnahmen zu kontrollieren und zu überwachen.

2. Wiederherstellung normaler Bezie-

27.4.). Damit wollen die chinesischen Machthaber in diesen Verhandlungen offenbar eine nachträgliche Verurteilung der angeblichen vietnamesischen Invasion in Kambodscha durchsetzen. Demgegenüber geht es Vietnam darum, weitere (militärische) Aggressionen Chinas zu verhindern. Daß diese Befürchtungen durchaus ernstesten Hintergrund haben, hat China selbst noch einmal klargestellt, indem gefordert wurde: „Beide Seiten sollten bis zur endgültigen Regelung (?) den Status quo an der Grenze beachten“ („FR“, 27.4.). Das heißt doch, wenn Vietnam die teilweise Besetzung seiner Grenzgebiete durch chinesische Truppen nicht akzeptiert, folgt die nächste „Strafexpedition“! Wie diese „endgültige Regelung“ an der Grenze aussehen soll, dazu haben die chinesischen Führer keine Vorschläge gebracht. Das würde auch nicht in ihre Strategie passen, Vietnam durch hohe Truppenkonzentrationen und Ausbau der Verteidigungslinien an der Grenze möglichst bis zum vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu treiben.

Asien-Australien-Kommission



Chinesische Eindringlinge werden gefangengenommen.

gleichen Meldung berichtet wird, „die hungen zwischen beiden Ländern auf

gleichen Meldung berichtet wird, „die Einrichtung amerikanischer Horchposten in China zur Überwachung der Sowjetunion sei denkbar, wenn die chinesische Seite von den USA in die elektronische Ausrüstung eingeweiht würde“!

Vietnams Drei-Punkte-Vorschlag

Der Verhandlungsführer Vietnams, der stellvertretende Außenminister Phan Hien, nahm in seiner Eröffnungsrede zu den Zerstörungen der chinesischen Truppen Stellung:

„Nach immer noch unvollständigen Zahlen haben die chinesischen Aggressoren vier Provinzhospitäler, 21 Distrikthospitäler, 135 Krankenhäuser und Entbindungskliniken, 24 Mittelschulen, 32 Berufs- und Abendschulen, 225 Grundschulen, 81 Betriebe und Bergwerke, viele Tempel, Pagoden, Kulturzentren und historische Plätze zerstört. Sie haben selbst das Pac Bo Museum zerstört, wo sich heilige Andenken an die revolutionären Aktivitäten von Präsident Ho Chi Minh befanden, der sein ganzes Leben der Befreiung des vietnamesischen und anderer Völker gewidmet hatte und der mit all seinen Kräften für die Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk gearbeitet hatte“ (Vietnamesische Nachrichtenagentur „VNA“, 18.4.79, nach „SWB“, 19.4.79).

Phan Hien forderte dann, daß „diejenigen, die Massaker und Zerstörung verursacht haben, die Verantwortung übernehmen, um die daraus resultierenden Kriegswunden zu heilen“ (ebenda).

Um weitere Zwischenfälle und Provokationen zu verhindern, machte die Delegation der SRV den folgenden Vorschlag, auf den die chinesische Seite ohne weiteres eingehen könnte, wäre ihr wirklich an einer friedlichen Regelung gelegen:

„1. Dringende Maßnahmen zur Sicherung des Friedens an den Grenzgebieten beider Länder sowie zur baldigen Familienzusammenführung der während des Krieges gefangengenommenen Menschen.

a) Die Truppen dürfen nicht am unmittelbaren Grenzverlauf konzentriert werden. Die Streitkräfte beider Seiten und aller Waffengattungen ziehen sich am gesamten Grenzverlauf auf das

hungen zwischen beiden Ländern auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität; der Nicht-Aggression; ohne Anwendung oder Bedrohung durch bewaffnete Handlungen; Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Seite. Die Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten in den Beziehungen beider Seiten sollen durch Verhandlungen gelöst werden. Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen im Geist der gegenseitigen Achtung und zum Nutzen beider Seiten. Auf dieser Grundlage werden die Beziehungen über Eisenbahn, den Flugverkehr, die Post usw. sowie die Lösung der Kriegsfolgen geregelt.

3. Die Grenzprobleme zwischen beiden Ländern werden auf der Grundlage der Respektierung des von der Geschichte hinterlassenen bestehenden Grenzverlaufs der von der französischen Regierung und der Tsching-Dynastie durch Abkommen von 1887 und 1895 festgelegt und markiert wurde, geregelt, wie zwischen der vietnamesischen und der chinesischen Seite vereinbart; Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität“ (Inoffizielle Übersetzung der Botschaft der SRV in der BRD, mit kleinen Korrekturen nach dem englischen Text).

Chinas Verhandlungsführer, der stellvertretende Außenminister Han Nianlong, ging in seiner Eröffnungsrede mit keinem Wort auf diesen Vorschlag ein und machte auf neue Vietnam für die Verzögerung der Verhandlungen verantwortlich. Konkrete Vorschläge zur Regelung des Konflikts machte er nicht.

Daraufhin waren die Verhandlungen unterbrochen worden, um der chinesischen Seite Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Diese Stellungnahme ist inzwischen erfolgt: China lehnt die vietnamesische Hauptforderung nach Schaffung einer entmilitarisierten Zone rundherum ab! Stattdessen wird zynisch eine Vereinbarung beider Seiten über den „Abzug der schon im Ausland stationierten Truppenverbände“ gefordert. „Beide Seiten sollten davon Abstand nehmen, militärische Streitkräfte in andere Länder zu entsenden“ („FR“,

Kurzmeldung Wahlen in Thailand

Die thailändischen Faschisten besuchten am 22. April der internationalen Öffentlichkeit die Uraufführung ihrer Art von „Demokratisierung“. Das thailändische Volk durfte „unter massivem Schutz von Polizei und Militär“ („FAZ“, 24.4.) zum Wahlakt schreiten und ein recht- und bedeutungsloses Parlament wählen. Die großbürgerliche Presse war des Lobes voll. Da wollen die Faschisten „Thailand in die Demokratie zurückführen“; da werde „versucht ... die Demokratie in ein praktisches System zu gießen“ („FAZ“, 19.4.). Die wenigen oppositionellen Kräfte, die überhaupt kandidieren konnten, bekamen den faschistischen Repressionsapparat voll zu spüren. Zahlreiche Kandidaten wurden von Mordkommandos erschossen. „Feueregefechte sind so häufig, daß ein neuseeländischer Tourist sagte, er könne vor lauter Geschosse nicht schlafen“ („Newsweek“, 23.4.). Die Junta-Freunde genossen Polizei- und Militärschutz („Newsweek“, 23.4.). Trotzdem brachte das Wahlergebnis eine eindrucksvolle Schlappe für die Faschisten. „Weniger als 30 % der Wähler machten von ihrem Stimmrecht Gebrauch“ („FAZ“, 24.4.).

Asien-Australien-Kommission

Kuba läßt Ost-Timor fallen

Bei seiner Ankunft in Indonesien erklärte der Sonderbotschafter des kubanischen Präsidenten Fidel Castro, Industrieminister Perez, daß „der Gegenstand Ost-Timor nicht mehr auf die Tagesordnung der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Havanna, Kuba, genommen wird“ (indonesische Nachrichtenagentur „Antara“, 11.4.79, nach „SWB“, 13.4.79).

Die Tatsache, daß die kubanische Regierung Ost-Timor nicht als Diskussionsgegenstand der Konferenz aufnehmen wird, bedeutet praktisch die Anerkennung der Annexion Ost-Timors durch Indonesien.

Pol Pot-Leute retten sich nach Thailand

Vier Jahre nach der Befreiung vom US-Imperialismus und dreieinhalb Monate nach dem Sturz des Pol-Pot-Regimes hat das Volk Kampuchea noch immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bei der Befreiung standen im ganzen Land nur vier (!) ausgebildete Ärzte zur Verfügung. Ein Überblick über die Situation im ganzen Land ist noch immer schwierig, da praktisch kaum Verkehrswege und Kommunikationsmittel existieren. Außerdem befindet sich ein großer Teil der Bevölkerung auf dem Rückmarsch in die Heimatstädte, aus denen sie in der Vergangenheit vertrieben worden war. Die Hauptstadt Phnom Penh, die vor der Befreiung über zwei Millionen Einwohner zählte und 1975 völlig entvölkert worden war, hat heute wieder 65.000 Einwohner, die langsam damit beginnen, „ihr Leben zu stabilisieren und an der Wiederherstellung der Produktion teilzunehmen. Dutzende Fabriken haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen und neun Hospitäler und Krankenhäuser und 62 Klassenräume haben ihre Türen geöffnet“ (Kampucheanische Nachrichtenagentur „SPK“, 10.4.79, lt. „SWB“, 18.4.79).

Ein wesentlicher Faktor, der den Wiederaufbau des zerstörten Landes erschwert, sind die von der VR China und Thailand unterstützten Truppen des gestürzten Pol-Pot-Regimes.

Den Fehler, diesen Faktor zu unterschätzen, hatte wohl die Befreiungsfront FUNKSN begangen, als ihr Generalsekretär Ros Samay einen Monat nach der Befreiung erklärte: „Ich möchte es hier ganz genau unterstreichen, daß es keinerlei Kräfte in Kampuchea gibt, die gegen die revolutionäre Macht kämpfen. (...) Es gibt keinerlei Gegner. Ich kann sagen, daß dies die reine Verleumdung ist von Seiten der Peking-Machthaber, die irgendwie versuchen wollen, Pol Pot zu unterstützen“ („Frankfurter Rundschau“, 7.2.79).

Gerade in den letzten Tagen gab es aber an der thailändischen Grenze schwere Auseinandersetzungen der kampucheanischen Armee mit den Pol-Pot-Truppen.

Pol-Pot-Truppen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Rolle Thailands. Die thailändische Regierung unter General Kriangsak behauptet, daß sie in der Kampuchea-Frage eine neutrale Politik betreibe und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes einmische. Die Tatsachen sehen allerdings anders aus. Bisher hat Thailand die neue Regierung nicht anerkannt und unterstützt damit auf der diplomatischen Ebene die Pol-Pot-Clique. Noch wichtiger aber ist ihre direkte und indirekte militärische Unterstützung. Kampuchea Ex-Staatschef Sihanouk hatte ja schon mehrfach (sehr zum Mißfallen Kriangsaks) ausgeplaudert, daß der Nachschub der Pol-Pot-Truppen von China aus über Thailand fließe.

Aber auch direkte Übergriffe der thailändischen Faschistenarmee haben in der letzten Zeit wieder zugenommen. So heißt es in einer Stellungnahme des Außenministeriums der VR Kampuchea: „Am 7., 9. und 10. April 1979, als die revolutionären Streitkräfte Kampuchea Operationen zur

Vernichtung der Überreste der Pol-Pot-Ieng-Sary-Truppen durchführten, die sich entlang der Westgrenze auf kampucheanischem Territorium versteckten, wurden sie von der anderen Seite der Grenze her von thailändischer Artillerie beschossen“ und zwar bis zu „drei bis vier Kilometer auf kampucheanischem Territorium. Gleichzeitig überflogen thailändische Flugzeuge das Operationsgebiet, wobei sie den Luftraum der Volksrepublik Kampuchea verletzten“ („SPK“, 15.4.79 nach „SWB“, 17.4.79).

Auch thailändische Quellen belegen diese Tatsachen, wie folgendes Zitat beweist: „Thailändische Militärkräfte haben im Grenzgebiet von Aranyaprathet bis Khlong Hat, das über 50 km weiter südlich liegt, für alle Unbefugten den Zutritt verboten. Straßensperren, von bewaffneten Truppen besetzt, und Jeeps mit aufgefahnten Maschinengewehren wurden gestern an der Einfahrt der Straße Aranyaprathet - Khlong Hat errichtet. Alle Presseleute durften nicht an die Grenze und den Dorfbewohnern wurde erzählt, nicht zu riskieren, dicht an die Grenze zu gehen, weil sie wegen der Landminen Lebensgefahr bestünde“ („Bangkok Post“, 16.4.79, nach „SWB“, 17.4.79).

Nach Angaben offizieller thailändischer Kreise kamen am 11. April mehrere kampucheanische Zivilisten und Soldaten nach Thailand, darunter „88 schwerbewaffnete Rote Khmer-Soldaten, die in thailändisches Gewahrsam genommen wurden, nach heftigen Kämpfen an der Grenze. Den Roten Khmer-Soldaten wurden ihre Waffen zurückgegeben und sie wurden an eine andere Stelle der Grenze gebracht, wo sie nach Kambodscha zurückkehrten“ („Bangkok Post“, 12.4.79, nach „SWB“, 17.4.79).

So also sieht die „neutrale“ Haltung Thailands und die „Nichteinmischung“ aus.

Dagegen wurden 158 Soldaten der Streitkräfte der VR Kampuchea, die im Verlauf der Kämpfe ebenfalls auf thailändisches Gebiet gerieten, „entwaffnet, festgehalten, verhört und nach Kambodscha zurückgeschickt“ („Bangkok Post“, 7.4.79, nach „SWB“, 9.4.79).

Trotz der massiven Unterstützung der Pol-Pot-Truppen durch Thailand und die VR China scheint es in den letzten Tagen den Kräften der Befreiungsfront gelungen zu sein, diese entscheidend zu schlagen. Nach der jüngsten Großoffensive, die kampucheanische Regierungsgruppen am 15. April eingeleitet hatten, wurden nach Angaben des kampucheanischen Rundfunks die Pol-Pot-Häufen in der Südwestprovinz Koh Kong innerhalb weniger Tage „völlig geschlagen“. Im Ergebnis der Kämpfe sollen fast 50.000 Menschen aus Kampuchea ins benachbarte Thailand geflohen sein, darunter „viele Soldaten des gestürzten Pol-Pot-Regimes“ („FR“, 24.4.79). Dort wollen die thailändischen Faschisten sie ein bißchen aufpäppeln und an anderer Stelle wieder über die Grenze lassen ...

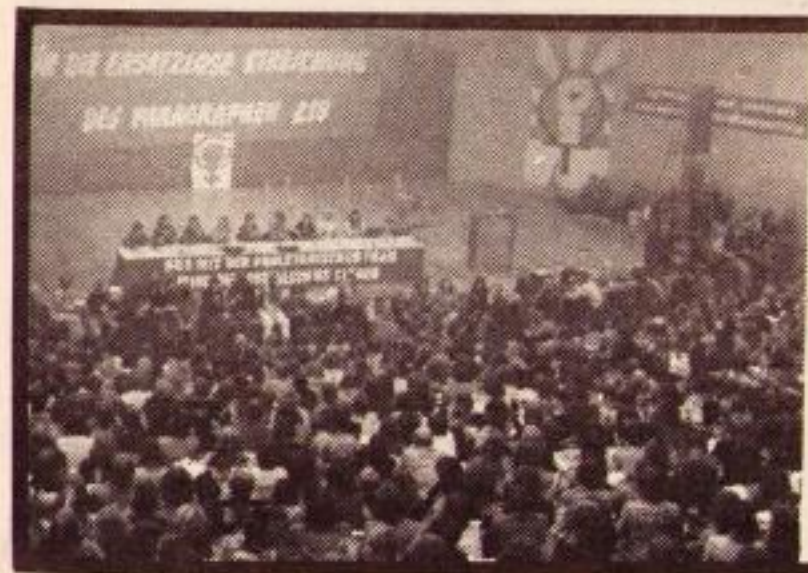
Asien-Australien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Saturday Night Fever in Peking

Prinz Sihanouk, der einzige lebende Nachfahre der Götter von Angkor Wat und ehemaliger Regierungschef Kambodschas, hat einen neuen Job gefunden als Hofnarr und Disco-Star der Peking-Führung. Die Presse-Agentur „AFP“ schildert uns einen Tag im Leben des Prinzen.

„Der chinesische Außenminister Huang Hua tanzte Tango und Prinz Norodom Sihanouk sang vor den 300 Mitgliedern des Peking Diplomatischen Korps am 14. April Lieder eigener Komposition, auf einem Ball, der von dem ehemaligen Staatsoberhaupt Kambodschas gegeben wurde. Trotz des Verbots für Chinesen, westliche Tänze zu tanzen, war Huang Hua mit seiner Frau He Liliang dort. Musik wurde von den Mitgliedern des Peking Sinfonieorchesters gemacht, das durch die Hinzufügung von Trommeln,

Maracas und einer elektrischen Orgel in eine Jazzband verwandelt worden war. Die Musikanten, die in westliche Anzüge und Krawatten gekleidet waren, spielten sieben Stunden lang Tanzmusik. Prinz Sihanouk sang Lieder im Summstil auf Khmer, französisch und englisch, die meisten davon eigene Kompositionen, im Tempo zwischen langsamem Foxtrott, Tango, Bolero und Cha-Cha-Cha. Seine hohe Stimme schwebte über dem Gemurmel der Unterhaltung im Raum. Weder der chinesische Außenminister noch seine Frau konnten der Wiedergabe von „Saturday Night Fever“ durch den Prinzen widerstehen. Sie tanzten bald Tango zusammen, wobei sie das Parkett mit Prinz Sihanouk und Prinzessin Monique ebenso wie mit westlichen Botschaftern und ihren Ehefrauen teilten“ („AFP“, 15.4.79 nach „SWB“, 18.4.79).



Nachrichten aus Schule und Hochschule



VDS auf dem Weg ins Abseits

Vom 3. bis 8. April fand in Münster die 4. ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt (Anm. 1). Die eigentliche Versammlung wurde jedoch erst am Samstag nachmittag (7.3.) eröffnet und dauerte von da an bis Sonntag morgen 6.30 Uhr. In dieser knappen Zeit wurden weitgehend ohne politische Diskussionen u.a. der alte Vorstand entlastet, die Rechenschaftsberichte vorgetragen, ein Arbeitsprogramm für das nächste Jahr verabschiedet und schließlich Neuwahlen durchgeführt. Die Weichen für einen solchen Verlauf der MV wurden in den vorangegangenen viereinhalb Tagen gestellt, als es um die Ausgabe der Stimmen an die einzelnen Mitglieds-ASten ging (Anm. 2). Dabei kam es zum Eklat, als die Vorstandsmehrheit – Jusos, MSB, SHB, LHV (Anm. 3) die Vertretung der Tübinger Studentenschaft, die den Basisgruppen (BG) angehört, nicht anerkannte. Die BG-Fraktion machte daraufhin ihre Ankündigung wahr, und zog aus.

Bereits im Vorfeld der MV war es an der Frage der Stimmberechtigung für Vertretungsorgane von baden-württembergischen Studentenschaften zu Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen in den VDS gekommen (siehe auch AK 148). Der MSB Spartakus hatte in einem internen Papier eine Rechnung über die voraussichtliche Stimmverteilung bei der 4. o. MV aufgestellt, aus der hervorging, daß einigen von den BG's getragenen Vertretungen aus BaWü das Stimmrecht vorenthalten werden sollte.

Die Jusos hatten – wenn auch verhalten – mit einer Erklärung gegen diese Machtpolitik der MSB/SHB-Fraktion gegenüber den Basisgruppen protestiert. So durfte man gespannt sein, wie sich die Jusos nun konkret auf der Mitgliederversammlung verhalten würden.

Der Uni Tübingen wurde bei der Auseinandersetzung auf der vds-MV von allen Seiten eine besondere Bedeutung beigemessen: von der GO-Fraktion insofern, als sie eine Hochburg der Basisgruppen aus der MV drängen wollten, womit zugleich ein Präzedenzfall geschaffen wäre. Für die Basisgruppen stand bei Berücksichtigung bestimmter Formalia immer die politische Frage im Vordergrund, welche Position der Vorstand in der Praxis zu dem Problem BaWü und zur BG-Fraktion auf der MV einnimmt, nachdem nahezu alle Anträge zur finanziellen Unterstützung (von BG-verdächtigen Initiativen) abgeblockt worden waren. So wurde z.B. ein im Januar 79 gefasster Beschluß, angeklagten Heidelberger Studenten DM 400.- zur Verfügung zu stellen, bis heute einfach ignoriert.

Und dies, obwohl gerade die baden-württembergischen Studenten vor einer wahren Welle von Prozessen stehen. So laufen z.B. in Tübingen etwa 100 Verfahren gegen fortschrittliche Studenten, die teilweise von Vertretern rechter und neofaschistischer Studentengruppen, der Hochschulbürokratie und der politischen Polizei eingeleitet werden. Harte Urteile bis zu 10 Monaten ohne Bewährung wurden schon ausgesprochen. Diese Kriminalisierungswelle hat ihre Entsprechung in der politischen Repression im Hochschulalltag. Verbot von VV's und Urabstimmungen, Raumverbote, Strafanordnungen etc. wurden immer rigider durchgesetzt.

Trotz der breiten Palette von Unterdrückungsmaßnahmen kam es weiterhin zu Widerstandsaktionen und es gelang auch nach der Auflösung der Verfaßten Studentenschaft und ihrer Organe, die Fachschaftsarbeit weiterzuführen und satzungsgemäß auf Bereichs-Vollversammlungen Delegierte in die FSR-VV (die als Ersatz für das Studentenparlament fungiert) zu wählen.

Aufgrund dieser Situation, die allen Fraktionen bekannt war und in Erklärungen der Tübinger Vertreter dem Vorstand nochmals deutlich gemacht wurde, wiegt der Ausschluß doppelt schwer. „Damit hat sich die Politik der Vorstandsfraktionen von MSB, SHB, Jusos und LHV des vergangenen Jahres im VDS-Vorstand und VDS-Zentralrat bestätigt, politische Anträge der Basisgruppen zur intensiven materiellen und politischen Unterstützung für die Studentenschaften Bayerns und Baden-Württembergs lediglich halbherzig anzunehmen, um sie in der Praxis geschlossen zu sabotieren.“ (Anm. 4)

Poker mit den VDS

Mit dem Vorstands-Beschluß hat sich unter dem Deckmantel formaler Begründungen das klare politische In-

teresse der „gewerkschaftlich-orientierten“ Kräfte durchgesetzt, die von der BG-Fraktion verfolgte Politik der linken Opposition in den vds zu bekämpfen und die BGen weiter aus der Politik des Dachverbandes der westdeutschen Studentenschaften auszuschließen.

Solange Jusos und LHV eine Art Puffer- bzw. Vermittler-Position einnahmen oder gar im Bündnis mit den Basisgruppen der Machtpolitik der GO-Fraktion einen Riegel vorschoben, war es möglich, punktuell auch Bündnisse aller Fraktionen auf der Grundlage gemeinsamer Betroffenheit herzustellen. Das lag seit jeher im Interesse der Basisgruppen und wurde in zahlreichen Erklärungen immer wieder verdeutlicht.

Die Zustimmung der Jusos zu der Putsch-Politik wurde in ihrer Fraktion mit 22:10 beschlossen, wobei sich ein Bündnis zwischen der reformistischen „Niederrhein-Fraktion“ und dem „Stamokap“-Block gegenüber dem linken „Göttinger Kreis“ durchsetzte. Der LHV war bereits im vergangenen Jahr ein nahezu prinzipielles Bündnis mit MSB/SHB eingegangen und hat sich meist gegen Anträge von Jusos und BGen gestellt.

Die mit dem Rausschmiß der Tübinger FSR-VV auf einem weiteren Höhepunkt angelangte Entwicklung der Konfrontationslinie der GO-Kräfte ist bedenklich; umso mehr, als allen Beteiligten klar ist, daß es für den vds keine Alternative zur derzeitigen 5er Koalition gibt, daß ein Ausscheiden der BG-Fraktion den Anspruch der vds als Dachverband der Lächerlichkeit preisgeben würde und den Verband über kurz oder lang finanziell ruinieren und politisch sprengen würde. Ohne BGen im vds sähen sich die Jusos einer GO-Mehrheit von MSB, SHB und den Stamokap-Jusos in den eigenen Reihen gegenüber. Ein Zustand, der die Juso-Fraktion sehr bald zum Platzen bringen würde; mal abgesehen davon, daß die SPD kein Interesse an der Mitarbeit ihrer Jugendorganisation in einem DKP-lastigen Richtungsverband hat und demzufolge vorher intervenieren würde. Eine weitere Zerrüttung der VDS könnte ebenso dem 'Argument' Vorschub leisten, die VDS seien einer finanziellen Unterstützung nicht mehr würdig, könnte somit eine Reihe von Gerichtsurteilen nach sich ziehen, wie jenes gegen den AStA der Uni Münster, dem die Beitragszahlungen an

die VDS untersagt bzw. zugestrichen worden sind. Das Ergebnis: der finanzielle Ruin der VDS.

Es ist nicht davon auszugehen, daß es MSB/SHB derzeit direkt auf den Austritt der BG-Fraktion aus den vds anlegen, da sie sich mit der zwangsläufig folgenden Auflösung der vds eines ihrer wichtigsten Instrumente selbst aus der Hand schlagen würden. Zudem bedeutet die Auflösung der vds für die DKP-Studenten den Verlust eines Bündnisorgans und damit einen herben Rückschlag ihrer Bemühungen für ein „Bündnis der Linkskräfte“ in den vds, bei dem die Basisgruppen zwar stören, ohne die es in den vds aber nicht geht. Angesichts der den VDS drohenden Gefahren ist der hohe Poker von MSB/SHB nur damit zu erklären, daß sie darauf vertrauen, daß die BG keine Alternative zu den VDS sehen.

Politisches Programm? – Wenig!

Das von der MV angenommene Aktionsprogramm ist eine aktualisierte Fassung des Aktionsprogramms des vergangenen Wintersemesters, was die außerordentliche Flexibilität anzeigt (Anm. 5). Dieses Papier enthält trotz Abwesenheit der BG, oder gerade wegen deren Auszug, zwei wesentlich von ihnen formulierte Positionen:

1. Erstmals wurde einer finanziellen Unterstützung der unabhängigen Studentenvertretungen in Baden-Württemberg und Bayern zugestimmt.
2. Es wurde ein Projektbereich Repression eingerichtet.

Nicht diskutiert wurde über die

pression eingerichtet. Nicht diskutiert wurde über die Beteiligung am Kampf gegen das Atomprogramm, trotz Antrag des Göttinger AStAs. Stattdessen wurde sogar noch der bestehende Projektbereich Ökologie aufgelöst. Das sagt wohl alles über das Verhältnis dieser Kräfte zur Anti-AKW-Bewegung.

Anmerkungen:

- (1) Ordentliche Mitgliederversammlungen der VDS finden einmal im Jahr statt. Vertreten sind die einzelnen Studentenschaften durch ihre Asten.
- (2) Vor der MV überprüft der Vorstand die Stimmberechtigung der anwesenden Delegierten.
- (3) Der Vorstand setzt sich aus je einem Vertreter der Jusos, des MSB, des SHB, des LHV und der BG's zusammen.
- (4) „Erklärung der BG-Fraktion“ vom 6.4.79
- (5) Der Zentralrat wird von der MV gewählt. 30 Asten sind vertreten.

Sandkasten oder nationaler Studentenverband?

Geschlagene drei Tage wurde taktiert, verhandelt, gepokert, die Stimmen zu ergattern, um sich als starker Faktor innerhalb der VDS präsentieren zu können und entsprechenden Anteil an der Gestaltung des Aktionsprogramms zu gewinnen.

Wenige Stunden nur wurde sich Zeit genommen zur Abhandlung dieses dreißigseitigen Papiers. Antrag 123. Dafür? Dagegen? Einstimmig angenommen oder abgelehnt, je nachdem. „Mit einem gestärkten Dachverband ins Sommersemester. Mitgliederversammlung der VDS verabschiedete Arbeitsprogramm“, schreibt der SHB. Ein Programm, das kaum ein Student je zu Gesicht bekommen wird, das kaum politische Auswirkungen haben wird auf die politische Bewegung an den Hochschulen. Es sei denn ein „gewerkschaftlich-orientierter“ AStA zieht es irgendwann hervor zur Legitimation und Untermauerung seiner Aktionsvorschläge.

Während MSB/SHB und Stamokap-Jusos Stimmen hin- und herschieben, anschließend die Verabschiedung eines Aktionsprogramms rhythmisch beklatschen, sinken die VDS nahezu zur Bedeutungslosigkeit herab. Hat für diese der studentische Dachverband kaum mehr die Funktion als die eigene 'Stärke' zu demonstrieren, taktieren und schwungvolle Reden im Sandkasten zu erproben, so erweisen sich die VDS bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen mehr und mehr unfähig oder nicht bereit, die aktuellen Aufgaben der Studentenbewegung zu organisieren.

In einer Situation, in der die Studentenschaften Baden-Württembergs sich unter schwierigsten Bedingungen für den Aufbau unabhängiger Vertretungsorgane einsetzen, werden die Tübinger Studenten durch die Nichtanerkennung in die Isolation getrieben, bekommen die Studenten dort keinen Pfennig Geld zu sehen, eben weil sie die 'falsche' politische

Richtung gewählt haben. In eine Situation, in der die Angriffe gegen den Dachverband von rechts ein gemeinsames Vorgehen der demokratischen Strömungen geradezu herausfordern, werden die Basisgruppen zum Verlassen der MV gezwungen, wird mit der weiteren Existenz der VDS leichtfertig gepokert. Gelobt wird diese Politik groteskerweise noch vom Hamburger AStA als „Einigung aller relevanten Strömungen der Studentenbewegung“ (immerhin stellen die Basisgruppen eine der stärksten Fraktionen). Fortgesetzt wurde hier auf der Bühne des VDS-Theaters nur das Gegeneinander, welches alltäglich an jeder Hochschule vorzufinden ist. Ob Bayern, Baden-Württemberg oder Westberlin, jede Strömung kämpft auf eigene Faust; der Kampf um den Erhalt der Verfaßten Studentenschaft, um die demokratischen Rechte der Studenten muß hinter der Durchsetzung eigener spezieller Vorstellungen von Vertretungsorganen zurückstehen. Eine Situation, in der der Schrecken über die Katastrophe in Harrisburg noch in den Knochen sitzt, in der die Entscheidung über das WAAnsinnprojekt in Gorbien gerade bevorsteht, führt nicht etwa zu lebhaften Diskussionen um eine wirkungsvolle Unterstützung der Anti-AKW-Bewegung durch die Studentenschaft – nein, das ist für die MV kein Thema. Der Projektbereich Ökologie wird stillschweigend abgeschafft, ein Anti-AKW-Antrag des Göttinger AStA gar nicht erst behandelt. Um so schlimmer, als gerade durch eine Zusammenarbeit mit den neu entstandenen demokratischen Bewegungen außerhalb der Hochschulen die Chance gegeben wäre, die relative Isolierung der Studentenbewegung ein bißchen aufzuheben. Diesen Bewegungen wurde auf der VDS-Mitgliederversammlung keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt, statt-

jessen so getan, als interessiere sich die Studentenschaft ausschließlich für ihre 'ureigensten' Probleme wie Regelstudienzeit und Studienformierung. Was Wunder, sind doch MSB, SHB und Jungsozialisten ebenso wenig in der Anti-AKW-Bewegung, in Bunten und Alternativen Listen engagiert, wie sie Interesse an einer Gefährdung ihrer Mutterparteien haben.

Nun betrifft in gewisser Weise auch die Basisgruppen diese Kritik einer studentenbornierten Haltung, ebenso wie die Kritik an einer mangelnden Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Es sollte die berechnete Protesthaltung der Basisgruppen gegen die Machtpolitik der beherrschenden VDS-Fraktionen nicht dazu führen, in ihnen den 'Hauptfeind' zu sehen oder dazu, den Austritt aus dem Dachverband zu vollziehen. Aufgabe wäre es, weiterhin realistische Angebote zur Zusammenarbeit zu entwickeln und durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit an den einzelnen Hochschulen ein Bündnis innerhalb der Studentenbewegung mit Jungsozialisten und MSB/SHB zu erkämpfen.

Doch die 'gewerkschaftlich-orientierten' Fraktionen sollten sich über eines im Klaren sein: eine – komme, was wolle – gesicherte Machtposition und ein Dachverband, der die anstehenden politischen Aufgaben wahrnimmt, die in der Studentenbewegung vorhandenen Strömungen repräsentiert und somit wieder eine Bedeutung für die Kämpfe der Studenten gewinnt – das ist nie und nimmer möglich.

Bisher haben sich die 'Gewerkschaftlich-orientierten' für die Macht entschieden. Sollten sie sich doch noch einmal für den politischen Kampf entscheiden....?

SSB/Hamburg und KHB/Göttingen

Novellierung a la SPD

Kaum hat sich Kloses „Liberalisierung“ der Berufsverbote in Luft aufgelöst, ist offenbar hinter den Kulissen des Hamburger Senates wieder einmal hektische Betriebsamkeit ausgebrochen, diesmal in Sachen Studienreform.

In einem internen Schreiben vom 5.2. macht Senator Sinn Vorschläge zu einer Novellierung des Hamburger LHG: Er möchte „die bestmögliche Ausnutzung von Hochschuleinrichtungen gegebenenfalls erzwingen und dabei das liberale Bestreben deutlich machen“ (!). Er denkt dabei an „Präsenzzwang bei Engpasssituationen“, „Teilzeitstudium“ und an die „Aufnahme einer Zumutbarkeitsklausel“. Begründung: „Da nach dem Arbeitsgesetz die maximale Arbeitszeit 48 Std./Woche beträgt, sollte die Semesterwochen-Stundenzahl so festgelegt werden, daß der durchschnittliche Student bei 48 Std. Vorbereitungszeit, Präsenzzeit und Nachbereitungszeit den Studienstoff bewältigen kann. Wer das nicht kann, sollte seine Eignung für das eingeschlagene Studium überdenken (oder mehr und härter arbeiten)!“ Um das Maß vollzumachen, kündigt Sinn im gleichen Schreiben noch neue Regelungen für die Studentenschaftswahlen an und erklärt das berüchtigte nordrhein-westfälische Studentenschaftsgesetz zum Vorbild, wonach die Wahrnehmung des Politischen Mandates kriminalisiert wird.

Wer wegen der Schärfe der geplanten Maßnahmen und der Plumpheit der Begründung an der Authentizität des Schreibens zweifeln sollte, muß feststellen, daß die Sinn-Behörde seit Ende März mit mehreren Initiativen an die Fachbereiche herangetreten ist, die bereits Elemente der weitreichenden Planungen enthalten: – am 29.3. schickte sie der Fachhochschule den Entwurf einer Prü-

fungsordnung für „Anlagenbetriebstechnik“ zu, die ausdrücklich als „Formulierungsvorschlag für die anderen POs im Fachhochschulbereich“ gekennzeichnet wird. Sie legt Meldefristen für die Vor- und Abschlussprüfung fest, die weitestgehend der Regelstudienzeit entspricht, sieht Zwangsexmatrikulation vor, deren Wirkung auch für andere Hochschulen und nach Wechsel des Studienganges fortbestehen soll. Bei Fachwechsel sollen Studienzeiten im alten Fach voll angerechnet werden, die PO soll bereits bei Prüfungen im Sommersemester gelten!

In einem Brief vom 4.4. kündigt Sinn die Vorlage von zwei POs für die Lehrerausbildung an („um die gegenwärtigen Konflikte einer befriedigenden Lösung zuzuführen“), wobei in getrennten POs für „niederes“ und „höheres“ Lehramt jeweils 8 Semester Regelstudienzeit festgelegt werden soll. Als Trostpflaster soll dabei offenbar dienen, daß keine 6-semestrigten Studiengänge, wie ursprünglich in der Diskussion, geplant sind.

Vieles deutet darauf hin, daß auch in anderen Bundesländern eifrig die passenden Studienordnungen zum HRG gebastelt werden. Rahmenprüfungsordnungen mit 8-semestriger Regelstudienzeit liegen der Kultusministerkonferenz jetzt ua. auch für Bio, Mathe, Chemie vor. SPD und CDU haben neue Vorschläge für die AO (Medizinausbildung) vorgelegt, die erhebliche Verschärfungen im Zulassungsverfahren, Praktika und Prüfungen beinhalten!

Es ist abzusehen, daß es sich bei den geschilderten Initiativen um Vorboten von umfassenden und tiefgreifenden Maßnahmen zur Reglementierung und Disziplinierung durch eine Studienreform von oben handelt.

SSB/Hamburg

Kurzmeldungen

Beitragsboykott beendet

Niedersächsische Studenten der Hochschulen in Göttingen, Oldenburg, Hildesheim, Hannover, Clausthal und Osnabrück beendeten ihren Boykott gegen die Beitragserhöhungen für das Studentenwerk bis zu 20 DM. Gleichzeitig mit den Beitragserhöhungen wurden einschneidende Einschränkungen der Leistungen des Studentenwerks bekannt. Diese Maßnahmen fallen in den Rahmen des 'Sparprogramms' der niedersächsischen Landesregierung, die die Kosten mehr und mehr auf die Studenten abwälzen will. Neben den Studentenschaften hatten gegen die Beitragserhöhung auch die Studentenwerke selbst.

Kurzmeldungen

die SPD und der DGB protestiert. Gebrochen wurde der Boykott durch die Drohung der Regierung mit Zwangsexmatrikulationen, Nichtanerkennung des Semesters usw.

Auffallend war die Beteiligung der Studenten an dem Boykott. Durchweg beteiligten sich mehr Studenten kleinerer Hochschulen, während an den großen Universitäten (Hannover, Braunschweig, Göttingen) der Boykott gar keine oder nur geringe Basis fand.

Der Braunschweiger AstA hat vorgeschlagen, im nächsten Semester einen koordinierten, landesweiten Boykott zu organisieren. (Nach einem Bericht des KHB/Göttingen).

Verleumdungsklage vom RCDS

Anklage wegen übler Nachrede hat der RCDS gegen den 'Chefredakteur' der 'göttinger nachrichten' (Zeitung des AstA) gestellt, weil in dieser Zeitung stand: 'Ein Herz und eine Seele: RCDS und SAVAK' (Geheimdienst des Schah). Dieser Hinweis nimmt Bezug auf einen Vorfall in Hannover. Dort hatte ein iranischer Student auf der Juso-Liste zum Studentenparlament kandidiert. Der RCDS denunzierte ihn öffentlich als CISNU-Mitglied, was zum damaligen Zeitpunkt eine erhebliche Gefährdung für diesen Studenten bedeutete.

Kurzmeldungen

Bekanntlich sind mehrere angebliche Mitglieder der CISNU im Iran inhaftiert worden, ob sie überlebt haben, ist noch ungewiß. Gleichzeitig hetzte der RCDS gegen die CISNU als 'Schlägertruppe' und 'terroristische Vereinigung'. Während der Hetze gegen die CISNU nach der blutigen Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt forderte der gleiche RCDS die Ausweisung aller CISNU-Mitglieder an das damalige faschistische Schah-Regime. Was ist dann an der oben zitierten Aussage wohl eine üble Nachrede? Aber wahrscheinlich will der RCDS jetzt nur schnell die Kurve kratzen, da sich im Iran einiges geändert hat - zu seinen Ungunsten.

Kurzmeldungen

erfreulicherweise! (Nach einem Bericht des KHB/Göttingen).

Treffen linker Jura-Gruppen

Vom 18. bis 20. Mai findet in Hannover das 5. nationale Treffen linker Jura-Gruppen statt. Themenschwerpunkte werden sein: Berufsperspektive, Polizeirecht, Studienreform, Knastarbeit. Wer näheres dazu erfahren oder sich anmelden (bis zum 5.5.) möchte, wende sich an folgende Adresse: 'Paraphenkotzer' Hanomagstr. 8 3000 Hannover 91

Lehrer in der BRD: Ausgebildet zur Arbeitslosigkeit

Welche Aussichten haben eigentlich Lehrerstudien oder arbeitslose Lehrer, eine Stelle im Schuldienst zu bekommen?

Folgt man den Aussagen der bürgerlichen Politiker, so scheint es mit der Lehrerarbeitslosigkeit nicht so schlimm zu sein. Der schleswig-holsteinische Kultusminister Braun hat z.B. 'entschieden bestritten, daß es in der Bundesrepublik eine Lehrerschwemme gibt' ('Welt', 4.12.78); die Hamburger Schulbehörde gibt den Betroffenen die Schuld: 'Den jungen Leuten fehlt der Pfeffer. Es kostet viel Überredung, sie in das junge Leuten fehlt der Pfeffer. Es kostet viel Überredung, sie in das Umland zu schieben' ('Welt', 10.2.79). Auch in Rheinland-Pfalz kam das Kultusministerium zu dem Schluß, daß viele Lehrer 'offenbar wählerisch bei der Wahrnehmung durchaus vorhandener Chancen' seien ('Welt', 16.11.78).

Die Zahlen sprechen da eine ganz andere Sprache: Nach Angaben der GEW gibt es gegenwärtig in der BRD und Westberlin 8.903 Arbeitslose mit 1. Staatsexamen; 7.910 voll ausgebildete Lehrer, die arbeitslos sind und 34.865 mit Kurzzeitverträgen oder befristet beschäftigte Lehrer. Das macht zusammen 52.678 Lehrer, die arbeitslos, in Kurzarbeit oder nur stundenweise beschäftigt sind. Wie sieht das nun für die Betroffenen aus?

Referendariat: Ständig längere Wartezeiten

Hat der Lehrerstudient glücklich sein Examen abgelegt, so wartet auf ihn schon die erste Hürde: der Vorbereitungsdienst. Wie kraß das Mißverhältnis zwischen angebotenen Ausbildungsstellen und Bewerbern dort ist, mag das Beispiel Niedersachsen belegen. Beim Vorbereitungsdienst für Grund- und Hauptschullehrer stehen dort zum 1.5.79 3.400 Bewerbern nur 1.000 Ausbildungsplätze gegenüber, beim Höheren Lehramt sind es gar bei 2.000 Bewerbern nur 500 Plätze. 3.900 Kollegen werden also zum 1.5. abgelehnt und können ihre Ausbildung nicht weiterführen. Nicht besser sieht die Situation in Schleswig-Holstein aus, wo zum Schuljahresbeginn 1.145 Lehramtsbewerber abgewiesen wurden.

Die hohen Ablehnungsquoten bedeuten, daß viele Kollegen drei Jahre auf die Fortsetzung ihrer Ausbildung warten müssen. In Bremen und Westberlin sind Kollegen schon fünfmal abgewiesen worden. Besonders betroffen sind Bewerber, die Sozialkunde, Geschichte oder Russisch studiert haben. Hier werden besonders wenig Ausbildungsplätze angeboten.

Hinzu kommt, daß viele Bundesländer nur einen Einstellungstermin im Jahr haben, was für die Betroffenen zusätzliche Wartezeiten bringt. So müssen z.B. in Nordrhein-Westfalen die Zeugnisse zum 1.5. vorliegen, die Einstellung erfolgt dann zum 1.9. Wer erst nach dem 1.5. sein Examen abgeschlossen hat, kann sich dann erst zum 1.9.1980 bewerben.

Bewerbungen in anderen Bundesländern scheitern häufig daran, daß die Abschlüsse dort aufgrund geringfügiger anderer Studiengänge nicht anerkannt werden.

Lediglich in Bayern und Nordrhein-Westfalen gibt es keine Zulassungsbeschränkungen fürs Referendariat. In Bayern dauert der Vorbereitungsdienst jedoch 2 1/2 Jahre und ist durch hohe Unterrichtsverpflichtung gekennzeichnet.

Nach dem 2. Staatsexamen: Einstellungsstopp

Gibt es bei den Bewerbungen fürs Referendariat zumindest Wartelisten,

so herrscht nach dem 2. Staatsexamen die totale Willkür. Verbindliche Einstellungskriterien existieren nicht. Der Staat ist lediglich verpflichtet, diejenigen einzustellen, die er für am geeignetsten hält.

Die Chancen, noch eine Planstelle zu erhalten, sinken rapide ab. So werden in Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland überhaupt keine Lehrer auf volle Stellen mehr eingestellt; im Hamburger Volks- und Realschulbereich wurden z.B. bei 630 arbeitslosen Lehrern nur 47 Ein-

für den Schuldienst bewerben werden. Häufig versuchen Arbeitslose auch, in minderqualifizierten Berufen unterzukommen; jedenfalls registrierte die GEW eine 'auffallende Abnahme möglicher 'Altbewerber''.

Es mit Bewerbungen in anderen Bundesländern versuchen, verspricht auch nicht viel Erfolg. Zwar werden die Abschlüsse in allen Bundesländern anerkannt, jedoch haben verschiedene Bundesländer (Hamburg, NRW, Bayern, Baden-Württemberg) Abkommen getroffen, Bewerber aus

	Nicht eingestellte Bewerber mit		Mit Kurzarbeits- und befristeten Verträgen beschäftigte Lehrer
	1. Examen	2. Examen	
Baden-Württemberg	130	300	11.000
Bayern	-	1.000	2.000
Berlin	789	80	600
Bremen	601	60	500
Hamburg	600	700	170
Hessen	1.500	1.700	3.625
Niedersachsen	3.700	1.670	1.650
Nordrhein-Westfalen	-	-	11.820
Rheinland-Pfalz	263	1.000	800
Saarland	175	800	500
Schleswig-Holstein	1.145	600	2.200
BRD insgesamt	8.903	7.910	34.865

Lehrerarbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Frühjahr 1979

stellungen vorgenommen. In welche Richtung die Entwicklung geht, soll wiederum am niedersächsischen Beispiel aufgezeigt werden: Im dortigen Grund-, Haupt- und Realschulbereich standen zum 1.2.79 530 besetzbaren Stellen 1.800 Bewerber gegenüber. 1.270 Kollegen blieben also auf der Strecke. Da sie sich zum nächsten Einstellungstermin (1.8.79) natürlich wieder bewerben, werden dann 560 neuen Stellen diese 1.270 arbeitslosen sowie 1.000 neu ausgebildete Lehrer gegenüberstehen. Zurück werden dann 1.710 Arbeitslose bleiben. Und so verschärft sich die Situation von Jahr zu Jahr, bis dann 1982 allein in diesem Bereich 7.110 Arbeitslose erreicht sind.

Bei derart schlechten Aussichten gehen dann Bewerber mit 'unpopulären' Fächern (z.B. Sozialkunde) sowie mit 'schlechten' Examensnoten ('drei' oder 'vier') auch auf Dauer leer aus. So werden in Bayern Bewerber ab einer Leistungsgrenze von 3,5 noch nicht einmal mehr auf Wartelisten geführt.

Verstärkt bieten die Arbeitsämter Umschulungsmaßnahmen für arbeitslose Lehrer an. Ob sie dann in dem neuen Beruf eine Anstellung finden werden, ist allerdings noch fraglich. Wesentlich ist, daß die Kollegen bei Beginn der Umschulung unterschreiben müssen, daß sie sich nicht mehr

anderen Bundesländern nur im Tauschverfahren einzustellen.

35.000 kurzarbeitende Lehrer

Ständig beliebter bei den Kultusministerien zur Verschleierung der Lehrerarbeitslosigkeit und zum Stopfen der größten Lücken beim Unterrichtsausfall wird die Vergabe von Teilzeitverträgen, befristeten Verträgen, Lehraufträgen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Welche Ausmaße das schon angenommen hat, soll an einigen Beispielen belegt werden.

Nordrhein-Westfalen rühmt sich als einziges Bundesland der BRD damit, daß dort alle Lehrer eingestellt würden. Was sind dies jedoch für 'Einstellungen'? Im Grund- und Hauptschulbereich werden sämtliche 6.200 Bewerber nur mit befristeten 2/3-Verträgen übernommen; Verträge, die weder Kündigungs- noch Mutterschutz kennen und eine außerordentlich niedrige Bezahlung festlegen. Als Übergangsregelung bis zum Einstellungstermin (1.8.) arbeiten gegenwärtig 4.500 Kollegen mit 14-Stunden-Verträgen, was selbst der rechte Verband 'Bildung und Erziehung' als 'skandalös' bezeichnete.

Ähnlich katastrophal sind die Verträge, die den Kollegen im Saarland angeboten wurden. Seit September 1978 müssen dort 100 Kollegen mit

1. Staatsexamen mit einem 13-Stunden-Vertrag auskommen, weitere 100 Lehrer erhielten einen halben BAT-(Bundes-Angestellten-Tarif) Vertrag. In Schleswig-Holstein müssen sich über 600 Kollegen mit 1. Examen mit einem befristeten Teilzeitvertrag zufriedengeben, statt daß sie ihre Ausbildung beenden können; in Baden-Württemberg sind insgesamt ca. 11.000 Lehrer mit Kurzarbeitsverträgen beschäftigt.

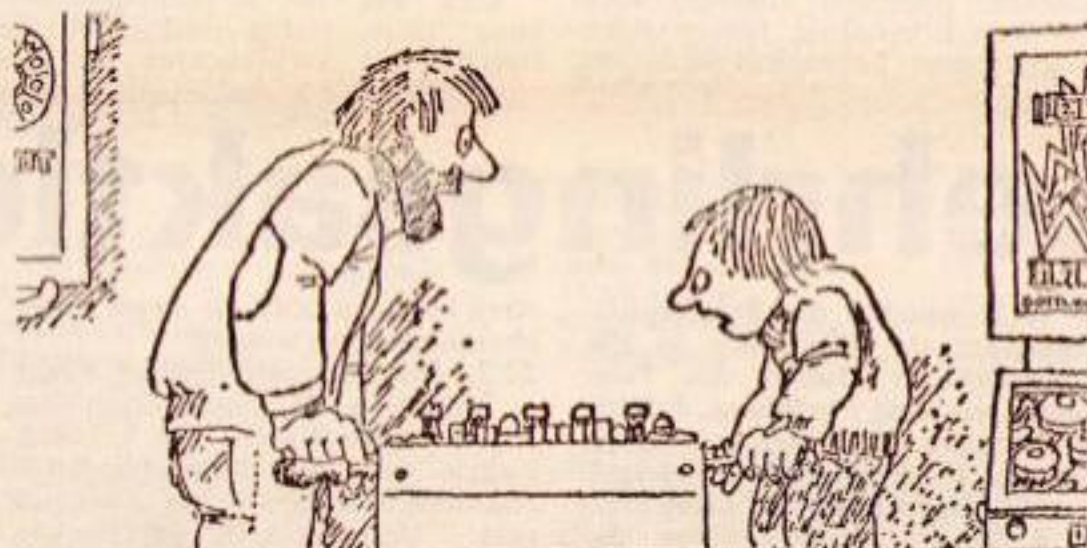
Bei den Kultusministerien beliebt sind auch Lehraufträge, von denen es gegenwärtig z.B. in Hamburg 65 gibt. Ein Lehrbeauftragter erhält bei einer gegenwärtig z.B. in Hamburg 65 gibt. Ein Lehrbeauftragter erhält bei einer Unterrichtsverpflichtung von 11 Stunden ca. 1.000 DM. Bei allen Teilzeitverträgen kommt natürlich hinzu, daß Konferenzen, Elternabende etc. in vollem Umfang wahrgenommen werden müssen.

In einigen Bundesländern gibt es zudem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Lehrer (in Hamburg ca. 100; in Hessen 225). Arbeitslose Kollegen werden hierzu quasi dienstverpflichtet, da sie bei Ablehnung ihren Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung verlieren würden. Die Mittel für

stellungszahlen wird dies aber meist eine Illusion bleiben. Es ist vielmehr zu fürchten, daß die befristeten Arbeitsverhältnisse von der Behörde dazu genutzt werden, die Lehrer noch einmal auf ihre 'Eignung' zu überprüfen.

Zu dieser schon fast hoffnungslosen Situation im normalen Einstellungsbetrieb kommt ein enormer politischer Druck auf die Bewerber und die Teilzeitangestellten hinzu. In aller Offenheit äußert dies der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau: 'Bei einer derart geringen Einstellungsquote können die staatlichen Stellen gründlich sieben und am Ende nur jene berücksichtigen, von deren Verfassungstreue man ohnehin überzeugt sei' ('FR', 7.3.). Mit anderen Worten: Hinter den Ablehnungsquoten verbergen sich eine Reihe von verdeckten Berufsverböten!

Diese Verhältnisse führen zu katastrophalen Entwicklungen an den Schulen, die letztlich vor allem auf dem Rücken der Schüler ausgetragen werden. Nicht nur, daß ein geordneter Unterrichtsbetrieb nicht mehr



»Was machst'n?« - »Bin arbeitsloser Lehrer - und du?«
»Ach, bei uns fallen dauernd Stunden aus...«

Wieviel Schüler betreut ein Lehrer?

BRD (76/77)*	Schüler je Lehrer	EG	Schüler je Lehrer
Baden-Württ.	28,4	Belgien	19
Bayern	29,5	Dänemark	21
Berlin	23,5	Frankreich	18
Bremen	25,2	GB + N.-Irland	23
Hamburg	32,2	Irland	29
Hessen	29,4	Italien	19
Niedersachs.	30,1	Luxemburg	10
NRW	32,3	Niederlande	23
Rheinld.-Pfalz	24,8		
Saarland	28,2		
Schl.-Holstein	34,5	BRD	30
Bundesdurchschn.	29,8	EG Durchschnitt	21

Quelle: Kultusministerkonferenz, Dok. 54
*1 Lehrer war die KMK auch am 15.7.78 noch nicht in der Lage, die Zahlen f.d. Schuljahr 77/78 (Schichtag 1.10.1977) zu veröffentlichen.

Quelle: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, hrsg. vom Statistischen Landesamt 78/1

diese Verträge kommen zu 90% aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung, also von Geldern, die die Beschäftigten eingezahlt haben, um sich vor den Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen. Von der Bundesanstalt für Arbeit wurden im Jahr 1978 für ABM-Verträge, die es auch für andere Arbeitslose gibt, ca. 1 Mrd. DM aufgewendet. (Es gibt über 50.000 ABM-Beschäftigte in der BRD).

Zur Annahme der Kurzarbeitsverträge zwingt viele Kollegen häufig die soziale Lage. Im allgemeinen haben arbeitslose Lehrer nur Anspruch auf die familienabhängige Arbeitslosenhilfe, die häufig äußerst gering ausfällt. Hinzu kommt, daß das Arbeitsamt bei der Vermittlung in andere Tätigkeitsbereiche (z.B. Büroarbeiten) schnell bei der Hand ist. So ziehen es viele Kollegen vor, lieber mit unzureichenden Verträgen im pädagogischen Bereich zu arbeiten, zumal einige hoffen, so eher eine Planstelle zu bekommen. Angesichts der Ein-

möglich ist, die Klassenfrequenz bei 30 und mehr eingefroren werden (einsame Spitzenklasse in Europa, siehe Tabelle) und somit die Betreuung und Förderung der Schüler immer miserabler werden muß, sondern auch das Engagement der Lehrer m u ß unter diesen Bedingungen nachlassen. Welcher Lehrer wird sich schon in einer Schule engagieren, in der er unterbezahlt wird, jederzeit rausfliegen kann, nie mehr als ein halbes Jahr angestellt ist und oben drein noch weiß, daß seine Aktivitäten einer strengen politischen Gesinnungsprüfung unterliegen. Unter diesen Umständen bleibt der Lehrerberuf ein Job, bei dem ein Vertrauensverhältnis zu den Schülern nicht hergestellt werden kann. Die Leidtragenden sind die Schüler, vor allen die der 'unteren' Gesellschaftsschichten, denen der Bildungsweg schon in den Anfängen abgeschnitten wird.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Student 79: „Betrogen und verzagt“?

Diejenigen, die heute die Universitäten und Hochschulen besuchen, können Erstsemester sein, die durch die Mühle der Oberstufenreform gegangen sind, oder solche, die noch die Ausläufer der Studentenbewegung mitgemacht haben. Sie sind Arbeiter- oder Angestelltenkinder und Sprößlinge von Industriellen oder Ärzten. Schon die hier aufgezeigte vielfältigen Bestimmungsmomente für die individuelle Lebens- und Studiensituation der heute Studierenden verdeutlicht die Unmöglichkeit, den Studenten des Jahres 1979 zu charakterisieren. Und so kann es in diesem Artikel nur darum gehen, einige wenige Symptome studentischen Lebens darzustellen, ohne den Anspruch, den „ideellen Gesamtstudenten“ zu konstruieren.

Die Chancengleichheit aller ...

Nach wie vor sind die Kinder von Arbeitern an den Hochschulen unterrepräsentiert. Die Arbeiter bilden ungefähr die Hälfte der Bevölkerung der BRD, und an den Hochschulen studierten im Sommersemester 1976 lediglich 13%, die den Beruf ihres Vaters mit „Arbeiter“ angaben. Innerhalb dieser Studentengruppe ist das Gefälle zwischen Facharbeiterkinderanteil und dem Anteil von Kindern ungelerner Arbeiter nochmals sehr groß: von sechs Studenten dieser Gruppe ist nur einer das Kind eines ungelerten Arbeiters. Auf der anderen Seite haben mehr als ein Drittel aller Studenten und Studentinnen einen Elternteil mit Abitur oder Hochschulbildung, während im Vergleich zur Gesamtbevölkerung diese Eltern nur ganze 3% ausmachen. Ausbildung und Position der Eltern sind also nach wie vor die bestimmenden Faktoren für die Möglichkeit, zu studieren oder auch nur das Abitur zu machen.

... und die wirtschaftliche Situation

Nach wie vor ist die Tatsache, daß Studenten finanziell abhängig sind, keine neue Erkenntnis. Jedoch zeichnen gestiegene Lebenshaltungskosten

und die zunehmenden Schwierigkeiten, einen Job zu finden ein anderes Bild, als vielfach vom Studenten unter den Begriffen wie „Ungebundenheit“ und „lockeres Leben“ in den öffentlichen Medien präsentiert wird. Allgemein „decken die Mittel der Eltern und Zuwendungen der öffentlichen Hand zwei Drittel bis drei Viertel des studentischen Etats, zwischen 15% bis 25% stammen aus Werkarbeit; d.h. der Student ist entscheidend von der Gestaltung des Stipendiums der öffentlichen Hand von dem Einkommen, manchmal auch vom Wohlwollen der Eltern abhängig.“

Wie dies konkret in einem Einzelfall aussehen kann, schrieb ein Student im Sommersemester 1976: „Ich komme nur unter folgenden Voraussetzungen mit meinem Geld aus: 1. ich besitze kein eigenes Auto 2. ich fahre nicht in Urlaub 3. ich gebe sehr wenig für meine Kleidung aus (notfalls selbst nähen) 4. Ich bekomme relativ viel Sachzuwendungen, insbesondere Lebensmittel von meinen Eltern 5. Ich kann leider nicht alle Bücher kaufen, die ich für mein Studium gerne hätte. (Bem.: Der Einzelpreis der speziellen Sachbücher ist sehr hoch, Preise von 60 bis 90 DM sind keine Seltenheit, im Schnitt kommt ein Buch auf ca. 35 bis 40 DM.) 6. Ich habe keinerlei Sparrücklagen. Ich würde gerne während des Semesters z. B. eine Übungsgruppe leiten; leider bekam ich in diesem Semester keine Stelle und im letzten hatte ich keine Zeit, da ich viele Veranstaltungen besuchte. Überhaupt ist das ganze in erster Linie ein Zeitproblem. In den Ferien bereite ich mich auf Klausuren vor, die Anfang des nächsten Semesters stattfinden. Ich möchte nach Möglichkeiten kein Darlehen aufnehmen, ich befürchte allerdings, daß das doch der Fall sein wird, wenn ich mit meiner Diplomarbeit nicht innerhalb der Höchstförderungszeit fertig werde. Jedenfalls beunruhigt mich das schon heute ...“

Dies war die Situationsbeschreibung eines Bafög-Abhängigen. Im Durchschnitt verbrauchten die Stu-

dentinnen und Studenten im Sommersemester 1976 ca. 640 DM pro Monat, wobei noch bedacht werden muß, daß ein nicht kleiner Teil erheblich besser lebt (Kinder des Großbürgertums). Die Abweichung von diesem Richtwert betrug weniger als 5%. Um diesen Betrag aufzubringen, reichte es in den seltensten Fällen, wenn Eltern die Studenten unterstützten oder Bafög in Anspruch genommen wurde. Und gerade die Finanzierung eines Studiums weist die Grenzen der Chancengleichheit auf. Fast drei Viertel aller Bafög-Abhängigen kamen aus einem Elternhaus ohne akademische Tradition, meist Arbeiter- oder mittlere Angestelltenfamilien. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten wurden jedoch nicht durch entsprechende Förderungssätze abgedeckt. Im Gegenteil, „seit 1973 hat die Finanzierung des Studiums durch die öffentliche Hand abgenommen. Die Vollfinanzierung lag 1976 sogar unter den vergleichbaren Werten, die das „Honorer Modell“ (Studienförderung vor dem Bafög) in den Jahren 1963 und 1967 aufweisen konnte.“

Durch die Änderungen der Elternfreibeträge oder deren Nichtanpassung an die gestiegenen Kosten fielen die Förderungsquoten bei Kindern von ungelerten Arbeitern um 12%, bei denen von Facharbeitern um 10% und bei mittleren Angestellten um 9%. Und so war es auch nur logisch, daß „jeder zweite Student, dessen Vater nicht gelernter Arbeiter war, seinen Haushalt durch vermehrte Werkarbeit ausgleichen mußte.“

Um es noch einmal klar zu sagen: Die Notwendigkeit, neben dem Studium zu jobben, erwuchs in der überwiegenden Zahl aus der simplen Absicherung der materiellen Existenz, ohne Luxus wie großartige Ferien, ausschweifendes Bohemienleben usw. Mit dem Lebensstandard von Gleichaltrigen, die im Beruf stehen, kann sich nur eine verschwindende Minderheit unter den Studenten messen. Und diese Entwicklung setzt sich in der Gegenwart fort. Waren es noch 1973 45%, die einen Nebenverdienst brauchten, so stieg dieser Anteil 1976 auf rund 60%. Durch die Sparpolitik in den öffentlichen Bereichen,

wie der Post, Stellen für studentische Hilfsstellen an den Hochschulen, und auch durch die gestiegene Arbeitslosigkeit unter Lehrern wird es immer unmöglicher, diesen notwendigen Nebenverdienst zu erhalten. Und so tritt neben die „Sorge, nach dem Studium einen Arbeitsplatz zu finden, (...) die Unsicherheit, seine Ausbildung überhaupt finanziell absichern zu können. Die Antwort, das Bafög bilde ein „soziales Netz“, trifft nur bedingt zu.“

Die individuellen Probleme sehen dann so aus:

„... Wirtschaftliche Lage ist bei mir (da Arbeiterkind) sehr schlecht. Gegen Werkarbeit in den Ferien habe ich nichts. Um aber existieren zu können, bin ich gezwungen, auch während des Semesters zu arbeiten. Dies bedeutet oft eine sehr starke Belastung, von studentischer Freizeit kann wahrhaftig keine Rede sein. Ansprüche (Reise, Vergnügen) muß man sich abgewöhnen.“ Oder:

„Als Studentin, die darauf angewiesen ist, laufend neben dem Studium Geld verdienen zu müssen, fühle ich mich zu stark isoliert. Man findet zu den Kommilitonen kaum Kontakt, da die Zeit dazu fehlt. Gruppenarbeit ist daher nahezu ausgeschlossen. Wohl deshalb mußte die Frage (Waren Sie im letzten Jahr in psychotherapeutischer oder verhaltenstherapeutischer Behandlung) mit „Ja“ beantwortet werden.“

Verschärfend wirkt sich auch die Tatsache aus, daß im Rahmen der Studienreform und Straffung von Prüfungsrichtlinien immer mehr Praktika, Hausarbeiten und auch Klausuren in den Semesterferien geleistet werden müssen, so daß sich gerade für Arbeiter- und Angestelltenkinder ein Teufelskreis ergibt: wenn in den Ferien gearbeitet wird, bedeutet dies in der Regel eine Verlängerung des Studiums, dies wiederum ein Überschreiten der Höchstförderungszeit, Aufnahme von Darlehen oder sonstige Verschuldung. Dies dürfte auch einer der Gründe für die gestiegene Inanspruchnahme therapeutischer Behandlung sein. Allgemein stieg diese Quote von 4,2% (1973) auf 6% (1976). Die entsprechenden Anteile für Arbeiter- oder

Angestelltenkinder verdoppelten sich in diesem Zeitraum auf 5 bis 7%, und lagen damit im Vergleich zu den Quoten von finanziell besser gestellten Studenten und Studentinnen um das 5-, teilweise um das 10-fache höher.

Auswirkungen auf das Studium

In einem Artikel in der „Zeit“ (13.4.) beschrieb ein Hochschullehrer von der Universität/Gesamthochschule Essen seine subjektiven Eindrücke von der heutigen Studentengeneration. Für sich faßte er seine Erfahrungen unter dem Titel „angepaßt, betrogen, verzagt“ zusammen. „Angepaßt“ deshalb, weil sich „seine“ Studenten einem abstrakten, von den Inhalten des Stoffes abgelösten, Leistungsdenken kritiklos unterordnen. Die „Passivität zwingt (ihn) zum Vorturnen“, „in den Sprechstunden aber stehen sie Schlange, um exakt zu erfahren, wie sie das Maximum (nicht das Optimum) für den Schein erhalten können“. Und ein Student bietet ihm sogar 20 DM an: in Lehrerfortbildungsveranstaltungen „schlägt (ihm) eine Resignation entgegen, die an der Grenze zum intellektuellen Suizid liegt“.

Blicken wir zurück auf die materielle und die daraus folgende psychische Situation eines großen Teils der heute Studierenden; ist es da nicht logisch, daß diese Hochschulsituation mit bewußter oder auch unbewußter Leistungsverweigerung beantwortet wird? Und wer wird sich als Opfer einer Disziplinierungsstrategie, zusammengesetzt aus Numerus Clausus, Radikalerlass und drohender Arbeitslosigkeit noch einsetzen für die Aufrechterhaltung dieser Institution „Hochschule“. Es spricht eigentlich nur für einen großen Teil der jetzigen Studentenschaft, wenn sie die heutige Situation zumindest mit passivem Widerstand beantwortet.

Bildungskommission/SSB-Hamburg

(Zahlenangaben und Zitate sind der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks vom Sommersemester 76 entnommen. Erschienen Juli 77, i.A. des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft)

Lehrlingsaktionen für Übernahme

Am 19.2. schickte das Bundespostministerium ein Telegramm an alle Fernmeldeämter. Inhalt des Telegramms war eine Verfügung, daß bis zum 30. April ein erneuter Einstellungsstopp im Fernmeldebereich gelten solle. Direkt betroffen waren hier von 4.000 Fernmeldelehrlinge, die 1979 ihre Lehre beenden. Dieser brutale Willkürakt des Bundespostministeriums rief unter den Fernmeldelehrlingen, aber auch unter den älteren Kollegen, eine breite Welle des Protestes hervor. In zahlreichen Städten der BRD fanden Kundgebungen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen usw. statt. Der Kampf der Postler endete dann mit einem Teilerfolg: Zumindest ein Teil der Ausländer soll im erlernten Beruf übernommen werden.

Chronik der Kämpfe

19.2. An dem Tag, an dem das Fernschreiben des Ministeriums eintrifft, sitzen die Lehrlinge in Hessen gerade bei der Prüfung. Zum Prüfungs-

streß kam nun noch die Angst, nicht übernommen zu werden.

22.2. Im Fernmeldebereich Frankfurt sollen 109 Fernmeldelehrlinge auf die Straße fliegen. Die Lehrlinge ziehen vor die Oberpostdirektion. Nachdem Sprechchöre wie „Gscheidle raus – Lehrlinge rein“ gerufen wurden, erschien der OPD-Präsident Albersröder und verhöhnte die Lehrlinge, indem er meinte, daß kein Lehrling bei der Einstellung eine Garantie erhalten habe.

23.2. In München, wo 60 Auszubildende nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden sollen, legten 300 Kolleg/innen im Fernmeldeamt 2 ab zehn Uhr aus Protest die Arbeit nieder. Besondere Empörung gibt es hier, weil die Oberpostdirektion ihnen bei Ausbildungsbeginn eine Übernahme zugesichert hatte.

Auf einer Kundgebung vor dem Fernmeldeamt forderte Hanns Mitterer, der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft in München, Bundespostminister Gscheidle auf, „die Politik der Bundesregierung nach Vermehrung der Arbeitsplätze zu

unterstützen“. Möchte Herr Mitterer uns doch mal erläutern, wo denn nun genau die grundsätzlichen Differenzen zwischen Minister und Regierung liegen! Beide Institutionen planen doch die Rationalisierung! Daß diese Differenzen höchstens taktischer Natur sein können, zeigt folgender Vorstoß. Das Ministerium schlägt vor, 2.000 neue Stellen zu schaffen. Der Postverwaltungsrat lehnt einfach ab. So einfach ist das!

In Bamberg verteilen über 90 Lehrlinge ein Flugblatt vor dem Fernmeldeamt. Unter Spruchbändern („Wir sind Menschen und keine Maschinen“) protestieren sie dagegen, daß ein großer Teil der 38 Auszubildenden nicht übernommen werden soll.

Auf einer Gewerkschaftskundgebung in Frankfurt protestieren 1.000 Kolleg/innen des Fernmeldeamtes 3, sowie Delegationen aus Fernmeldeämtern in Fulda, Darmstadt, Heusenstamm, Eschborn und Gießen gegen die Nichtübernahme in den erlernten Beruf.

27.2. In Düsseldorf demonstrieren nach einer Versammlung 200 Lehr-

Die momentane Personallage bei der Post sieht katastrophal aus:

- Allein im letzten Jahr konnten die Kollegen/innen wegen Personalmanövers 1,66 Millionen Urlaubstage nicht nehmen;
- teilweise praktiziert die Post einen stillschweigenden Urlaubsstopp, um den Personalunterbestand aufzufangen;
- nach Feststellungen der Postgewerkschaft sind allein im Jahr 78 13.285.455 Überstunden von den Kollegen/innen erbracht worden, die jetzt in den nicht abgewickelten Urlaubsansprüchen wieder auftreten.

Dies alles macht deutlich, daß der Personalbestand bei der Post bei weitem nicht ausreicht. Die Deutsche Postgewerkschaft hält allein für dieses Jahr Neueinstellungen von 11.000 Kolleg/innen für notwendig.

In den letzten Jahren ist der Personalbestand bei der Post um 20-30.000 Arbeitsplätze gesenkt worden. In diesem Jahr will das Bundespostministerium den Personalbestand von derzeit 460.000

auf 450.000 senken. Das Ministerium errechnete jedoch auf der anderen Seite immer noch einen Personalbedarf von 453.900 Kolleg/innen. Demnach will die Bundespost über den Stand der durch Rationalisierungen erzielten Arbeitsplatzvernichtung hinausgehen, um die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kollegen/innen bis an deren physische Grenzen zu erhöhen.

Das Geschäft der Profitmaximierung brachte dem Staat im letzten Jahr eine Sonderabgabe der Bundespost in Höhe von 1,1 Milliarden DM ein, die von der Post aus erzielten Bilanzüberschüssen bezahlt wurde.

Daß das alles jedoch erst der Anfang einer gigantischen Rationalisierungswelle bei der Post zu sein scheint, macht der Plan deutlich, mit einem neuen elektronischen Wählerwahlverfahren (EWS) 50% des Personals einsparen zu wollen. Wegen technischer Schwierigkeiten wurde dieses System jedoch auf Eis gelegt. Eine Frage der Zeit – bis die Sache ausgefeilt ist...



linge zum Gebäude der Oberpostdirektion. Auf den Transparenten steht: „Gscheidle heißt er – uns beschneidet er!“ Auf den Hinweisen, daß die Übernahme der 329 Lehrlinge zugesichert worden war, antwortete die Oberpostdirektion höhnisch: „Wir haben nur nicht gesagt, in welchem Bereich!“ Damit sind wohl „großzügige“ Angebote gemeint, die besagen, daß Fernmeldelehrlinge unter Umständen als Pförtner, Gärtner oder im Post- und Paketdienst weiterbeschäftigt werden.

Auch in Augsburg und Kassel kommt es in diesen Tagen zu Protestaktionen. In Augsburg legten die Kollegen sogar die Arbeit nieder. 1.3. 2.000 Fernmeldelehrlinge, unter ihnen auch zahlreiche Ausbilder, demonstrieren vor der Bonner Beethovenhalle, wo zur selben Zeit eine Tagung der Postgewerkschaft zum Thema „Elektronik und Arbeit“ stattfand. Auf den Transparenten kam die Empörung der Kollegen deutlich zum Ausdruck: „Drei Jahre Lehrzeit und dann raus – das BPM denkt sich das aus“, „Gscheidle und Co. Arbeits-

platzvernichter Nr. 1“, „Gscheidle setzt auf Gewinn – wo ist unsere Arbeit hin?“ Die Kollegen hatten sich für die Demonstration einen Tag Urlaub genommen. Sie kamen aus den Bereichen der Oberpostdirektionen Münster, Düsseldorf, Minden, Dortmund, Frankfurt, Koblenz und Trier. Auf der Kundgebung meint dann der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Breit, daß er kein „Verständnis“ für die Entscheidung des Postministers habe. Der Einstellungsstopp sei weder notwendig noch begründet. Für Ernst Breit scheinen also auch „notwendige und begründete“ Nichtübernahmen von Lehrlingen möglich zu sein! Als dann Poststaatssekretär Elias reden wollte, wurde er sofort mit Buhrufen und minutenlangen Pfiffen empfangen. Als er mit „liebe Kolleginnen und Kollegen“ beginnen wollte, wurde er sofort wieder mit Pfiffen unterbrochen. Elias meinte dann, daß das Ministerium in wenigen Wochen klarer sehen werde. Er könne nur Wenig-

Fortsetzung von Seite 56

gen Hoffnungen machen, daß sie eingestellt würden, und zwar nur den Prüflingen, die vorzeitig, weil sie „besonders leistungsfähig“ seien, in diesem Jahr die Prüfung ablegen würden.

3.3. Postkollegen/innen in Würzburg machen eine Demonstration, um gegen die Nichtübernahme von 28 Lehrlingen zu protestieren.

8.3. Der Postverwaltungsrat, der noch vor wenigen Tagen einen Vorschlag des Bundespostministeriums betreffs 2.000 Einstellungen ablehnte, schlägt plötzlich vor, den Einstellungsstopp aufzuheben und alle Auszubildenden einzustellen. Spiel mit vertauschten Rollen? Die Postgewerkschaftsführung wertet dies als ersten Erfolg zahlreicher Aktionen. Das Ministerium äußert sich erwartungsgemäß einschränkend: Nur ein Teil der Fernmeldehandwerker könne im erlernten Beruf arbeiten.

13.3. Die Proteste gehen unvermindert weiter. Über 300 Lehrlinge

meister zu einer Stellungnahme auf. Die Bielefelder Lehrlinge, die jetzt frühzeitig auslernen, können nur im Fernmeldeamt Recklinghausen im erlernten Beruf weiterarbeiten. Alle anderen sollen als „Ersatzbedarf“ im Paketdienst etc. Verträge bekommen.

20.3. In einem Gespräch zwischen Bundespostminister und Bundesfinanzminister wird „Einvernehmen“ darüber erzielt, daß die Zahl der in diesem Jahr bei der Post Beschäftigten um „mindestens 2.000 Personen“ erhöht werden kann. Nach Aussagen Gscheidles sollen hiervon besonders die früher (im April) auslernenden Fernmelder betroffen sein.

Am selben Tag demonstrieren mehrere hundert Postkollegen/innen, im Rahmen bundesweiter Aktionen, in Düsseldorf. Im Bereich der Oberpostdirektion Düsseldorf sind 1.195 Arbeitsplätze im Fernmeldedienst, darunter 260 Frauenarbeitsplätze unbesetzt. Trotzdem sollen auch hier 200 Fernmeldelehrlinge nur in den Post- und Paketdienst übernommen werden.

Verfassungsschutz wirbt um Postkollegen

Der VS wirbt „zufällig“ zeitgleich zu den Schwierigkeiten bei der Übernahme der Fernmeldelehrlinge um „jüngere Postbeamte“. Im „Bezirksblatt“ der Oberpostdirektion Hannover/Braunschweig wird mitgeteilt; erwünscht sei die Bewerbung von jüngeren Beamten, „die sich sowohl für eine Verwendung im Innen- als auch im Außendienst eignen“. Der Verfassungsschutz biete ihnen „eine nach Laufbahnen abgestufte Sicherheitszulage“. Bewerbungen von interessierten Postbeamten sollen der Oberpostdirektion übersandt werden.

Wie schon die Militaristen beim Bund so scheinen auch die Schnüffler beim VS ihr Geschäft mit Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung von Jugendlichen machen zu wollen.



der Fernmeldeämter Regensburg, Landshut und Weiden ziehen durch die Innenstadt von Regensburg. Im Regensburger Fernmeldeamt sind 319 Arbeitsplätze nicht besetzt, es sollen von 37 Auslernern jedoch nur 10 übernommen werden.

16.3. In Bielefeld gibt es einen spontanen Streik von 150 Fernmeldelehrlingen. Sie demonstrieren zum Rathaus und fordern den Oberbürger-

In Fulda demonstrieren 500 Postkolleginnen und -Kollegen.

22.3. Endlich! Das Bundespostministerium nimmt die gesamte am 19.2. erlassene Verfügung zurück!

Der Haken an der Sache: Bis zum letzten Jahr war es noch so gewesen, daß in einer sogenannten Nebenabrede die Zusage an die Auslerner gegeben wurde, daß sie spätestens nach fünf Jahren im erlernten Beruf einge-

setzt werden. Dieses Jahr sieht der „Kompromiß“ nun so aus: Für den jetzt auslernenden Jahrgang gibt es die Nebenabrede, wenn ab sofort für weitere Jahrgänge keine mehr gefordert wird!

(Quellen: „Frankfurter Rundschau“, „UZ“, „ran“, „KVZ“, „Roter Rebelle“, „jpd“, „FAZ“, „Süddeutsche Zeitung“)

Lehrlingsgruppe KB Hamburg

„Selbsthilfe-Gruppe“: Wer will mitmachen?

Ein Genosse aus Hamburg hat uns einen Aufruf zur Bildung einer „Selbsthilfe-Gruppe“ gegen Probleme mit Alkohol und Drogen zum Abdruck gegeben. Interessierte können sich unter dem Stichwort „Selbsthilfe“ an unser Büro wenden (2000 Hamburg 50, Lerchenstr.75.).

Und nun der Brief des Genossen: Liebe Genossinnen und Genossen! Anhand der „Drogendebatte“ im AK konnte ich feststellen, daß es eine ganze Anzahl Genossinnen und Genossen gibt, die von dieser Sache (vor allem wohl Alkohol) betroffen sind und den Wunsch haben, dies aktiv anzupacken.

Ich selbst habe seit langem Schwierigkeiten mit dem Saufen und habe schon einige Versuche unternommen, dies individuell zu verändern. Nachdem die Leserbriefe im AK veröffentlicht worden sind, habe ich längere Zeit gehofft, daß nun schon irgendetwas passieren wird. Ich glaube, daß es einigen Genossinnen und Genossen ebenfalls so ging. Die „Drogendebatte“ hat meines Erachtens den Erfolg gehabt, daß man/frau das Problem „öffentlich“ diskutieren kann und nicht mehr so oft wie früher nur ein mitleidiges Lächeln erntet. Um jedoch nicht nur hierbei stehen zu bleiben, sondern mit Hilfe anderer Betroffener die Sache aktiv anzupacken, möchte ich eine „Selbsthilfe-Gruppe“ gründen.

Meine Vorstellungen darüber sind noch nicht ganz ausgereift, und ich bin der Meinung, daß dies auch in

so einer Gruppe diskutiert werden muß. Zur Zeit habe ich folgende Überlegungen:

- In erster Linie gegenseitige Hilfe und Unterstützung der Betroffenen, mit dem Saufen o.ä. aufzuhören. (Dies braucht sich nicht auf KB'ler zu beschränken.)
- Inhaltliche Diskussion über die Drogenfrage, z.B.: Ist Saufen eine „Krankheit“?
- Wie treten wir anderen Genossinnen und Genossen gegenüber auf? (Ich habe z.B. immer noch manchmal Muffe, die Frage anzuspre-

chen.) Was erwarten wir von nicht-betroffenen Genossen?

- Und dann hätte ich noch die Vorstellung, die allgemeinen Auswirkungen zu diskutieren (z.B. „Rühler“, s. AK-Artikel, „Alkohol und Jugend“ usw.)

Mein Hauptanliegen liegt jedoch darin, erst einmal ein Treffen der Betroffenen zustande zu kriegen. Die Genossinnen und Genossen, die ebenfalls den Wunsch haben, können sich an mich wenden (s.o.). Ich hoffe, daß ich nicht alleine stehe!

Marxistische Alkoholtheorie?

Etwas erstaunt las ich im AK 150 den „Beitrag“ eines Hamburger Genossen zur Drogendiskussion. Mit einem Zitat aus Engels „Anti-Dühring“ meinte er wohl, den „marxistischen“ Standpunkt zu diesem Thema kurz und bündig jenen zu vermitteln, die immer noch nicht kapiert haben: Ein „Nein“ zu Alkohol ist „pure Kinderei“.

Lieber Genosse, es fällt mir schwer, Dich zu verstehen. Greifst Du solche Zitate raus, weil sie Dir gerade in den Kram passen – ein bißchen Genossenschaftsbildung?

Es läßt sich wohl kaum bestreiten, daß sich die Verhältnisse in den letzten hundert Jahren geändert haben. Im 19. Jahrhundert gab es nicht an jeder Ecke eine Kneipe, Haschisch und Heroin oder eine

riesige Pharma-Industrie. Es gab kein Drogenproblem, wie wir es heute kennen. Das Opium, mit dem man damals das Volk klein hielt, war wohl eher die Religion. Und wer konnte sich denn Alkohol z.B. leisten? Doch sicher nicht die Masse der Bevölkerung, oder?

Und selbst wenn damals das Drogenproblem existiert hätte, und Engels das gleiche gesagt hätte, dann wäre es eben falsch!!

Ich weiß wirklich nicht, was diese Zitatensklauberei aus historischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen soll. Sind etwa Marx' und Engels' Äußerungen über Schwüle für uns heute noch relevant? Wenn dem so wäre, gäbe es heute keine AG Schwüle im KB!

Eine Sympathisantin aus Mainz

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler
Nachrichten“ und Buchladen „Montanus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Möln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Möln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postkarte 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bächerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buckstr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum

Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn

Dienstag 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen

Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2

Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln

Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6000 Frankfurt 90

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josef-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg

AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
080845B

Karlsruhe

Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim

Zentrum Saliestr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart

Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim

„Der Andere Buchladen“
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut

A. Fierlbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg

P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Würzburg

Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinung, Alte Mensa

Westberlin

J. Reents-Vertriebsbüro
Eisenbahnstr. 4
1 Westberlin 36

Das Ende des "Pekinger Frühlings"

Administrative Maßnahmen haben im März die Phase scheinbarer „Liberalisierung“ in China beendet, die im Oktober letzten Jahres begonnen hatte. Den Anfang machte die Stadtverwaltung Schanghai, die am 6. März einen 6-Punkte-Erlass „zur Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Stabilität“ verfügte und sofort durchzusetzen begann. Zugleich begann in ganz China eine Medien- und Versammlungskampagne mit ähnlichen Inhalten. Aber erst nach dem offiziellen Abschluß der chinesischen Aggression gegen Vietnam (16. März) folgten administrative Anordnungen vom Schanghai Typ in anderen Teilen Chinas. Den Anfang machte die Provinz Kwantung (Südchina, Hauptstadt Kanton) am 22. März; Pekings Stadtverwaltung beispielsweise erließ ihren 6-Punkte-Beschluß erst am 29. März; in der Stadt Tientsin (Nordchina) war es erst am 6. April soweit.

Auffallend ist, daß die Bekanntgabe der Anordnungen „zur Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Stabilität“ sich über einen relativ langen Zeitraum verteilte; daß ohne erkennbares System in einzelnen Fällen die Provinz-Verwaltungen (bzw. die ihnen gleichgestellten Verwaltungen von Peking, Schanghai und Tientsin) die entsprechenden Anordnungen erließen, während in anderen Fällen (z.B. Harbin, Hangtschau) Stadtverwaltungen federführend waren. Alle örtlichen Verfügungen orientieren sich eng am Schanghai 6-

Verkauf von Bezugsscheinen (für rationierte Waren – Anm. AK) ist verboten. (Anm. 1)

Der Pekinger 6-Punkte-Beschluß (29.3.) unterscheidet sich hiervon, abgesehen von Details, nur im Punkt 6. Der lautet nämlich in der Pekinger Version wesentlich strammer und politisch eindeutiger: „Alle Parolen, Plakate, Wandzeitungen, Bücher, Zeitungen, Bilder, Fotografien und andere Darstellungen, die sich gegen den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, die Führung der KP Chinas und gegen den Marxismus-Leninismus-Maoistengedanken richten, ebenso wie die Enthüllung von Staatsgeheimnissen und die Verletzung der Verfassung und der Gesetze sind verboten“. (Anm. 2)

Zum Verständnis des Einschnitts, der mit diesen Anordnungen und ihrer Durchführung gesetzt wurde, soll zunächst kurz die Entwicklung des „Pekinger Frühlings“ dargestellt werden.

Die chinesische „Menschenrechtsbewegung“

Die Entstehung des „Pekinger Frühlings“ hatte offensichtlich die Protektion Deng Hsiao-pings und der ihm nahestehenden Teile der Partei- und Staatspitze. Deng benutzte den „Pekinger Frühling“ innenpolitisch als Druckmittel zur Durchsetzung personeller Veränderungen im Partei- und Staatsapparat – vor allem auf dem Plenum des ZK im Dezember. Außenpolitisch spielte Deng mit dem

heuten auch Demonstrationen zugeformierten. Zur gleichen Zeit tagte mehrere Wochen lang das ZK der KP Chinas.

Einen gelungenen außenpolitischen Coup leistete sich Deng Mitte Dezember: Er empfing mehrere ausländische Journalisten (aus den USA und Frankreich) und beantwortete diesen Fragen, die ihnen teilweise vorher von Sprechern an der „Mauer der Demokratie“ mit auf den Weg gegeben worden waren, z.B. über die Beurteilung Maos. Anschließend teilten die Journalisten der Menschenmenge an der „Mauer der Demokratie“ die Antworten Dengs mit. Im imperialistischen Ausland machte diese Episode wunschgemäß einen großen Eindruck. Heute freilich schimpft die Parteispitze auf Leute, die „den nationalen Stolz verraten“ und mit Ausländern über innenpolitische Probleme Chinas sprechen!

Mitte Dezember hörte man auch erstmals von einer chinesischen „Menschenrechtsgruppe“. Unter dem Namen „Gesellschaft des Lichts“ war sie in der Provinz Kweichow (Südchina) gebildet worden. In Peking trat seit Anfang Januar 1979 eine „Vereinigung für Menschenrechte“ in Erscheinung. Mitte Januar wurde, in Anwesenheit ausländischer „Gäste“, eine Pekinger Gruppe der „Gesellschaft des Lichts“ gegründet. Verschiedene Untergrund-Zeitungen mit Namen wie „Pekinger Frühling“, „Gesellschaft des Lichts“, „Gesammelte Nachrichten der Massen“ wurden offen verbreitet. Ähnlich entwickelte sich die Situation in anderen Teilen Chinas.

Die „Menschenrechtsgruppen“ unterstützten zwar die Politik Deng Hsiao-pings, als für sie vorteilhafteste realistische Möglichkeit. Trotzdem gehören sie nicht zur eigentlichen Anhängerschaft Dengs: Im Gegensatz zu dieser machen sie aus ihrer Feindseligkeit gegen den Sozialismus und ihrer Verehrung für den imperialistischen Westen kaum ein Geheimnis.

Die Beschlüsse und Maßnahmen vom März haben dieser Strömung ihre Wirkungsmöglichkeiten weitgehend genommen. So gilt die Verbreitung nicht-offizieller Zeitungen jetzt generell als Verbrechen. Die Vorschrift, Wandzeitungen nur noch an dafür vorgesehenen Plätzen (in der Regel nur eine Stelle in jeder Stadt!) anzubringen, ermöglicht die bequemste Kontrolle dieser oppositionellen Szene durch die Polizei. Festnahmen beim Anbringen von Wandzeitungen sind an der Tagesordnung; viele Sprecher der „Menschenrechtsgruppen“ sollen inzwischen in Haft sein. Der Kontakt zu ausländischen Journalisten (z.B. um sie über Verhaftungen zu informieren) ist gefährlich geworden: Es droht Inhaftierung wegen „nationalem Verrat“.

Verschärfung der Klassenkämpfe

Parallel zum „Pekinger Frühling“ entwickelten sich Streiks, Proteste aller Art und Demonstrationen verschiedenster Sektoren der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. Eine besondere Rolle spielten dabei die jugendlichen Arbeitslosen der Großstädte. Verschärft wurde das Problem der Arbeitslosigkeit dadurch, daß Hunderttausende von Jugendlichen, die in den letzten zehn Jahren „aufs Land geschickt“ worden waren, jetzt in ihre Heimatstädte zurückkehrten, um dort Arbeitsplätze und Wohnraum zu fordern.

Mitte Oktober 1978 wurde erstmals von einer Demonstration mehrerer Tausend jugendlicher vorm Schanghai Rathaus berichtet. Anfang Dezember 1978 begannen Kampfkaktionen von einigen Zehntausend „aufs Land geschickten Jugendlichen“ und anderen Landarbeitern in der Provinz Yunnan (Südchina).

Anfang Januar wurde von Streiks und Demonstrationen in einer Schanghai Seidenweberei berichtet. Ebenfalls Anfang Januar wurde von einem Hungerstreik arbeitsloser Jugendlichen in Sian (Provinz Shansi) berichtet. In Peking demonstrierten im Januar mehrmals einige Hundert Bauern, zusammen mit Mitgliedern von „Menschenrechtsgruppen“. Es handelte sich um Bauern, die nach Peking gekommen waren, um dort Forderungen und Beschwerden bei den Behörden anzubringen. Insgesamt befanden sich nach Schätzungen in diesem Winter mehrere Zehn-

tausend Menschen von außerhalb in Peking, um Beschwerden und Forderungen vorzutragen.

Die Proteste eskalierten im Februar. Am spektakulärsten war die zwölfstündige Besetzung und Blockierung einer wichtigen Schienenkreuzung in Schanghai am 5./6. Februar (siehe AK 148, S. 3 und AK 149, S. 64). In Schanghai und fast allen Großstädten Chinas gab es vielfältigste Aktionen: Demonstrationen, Kundgebungen, „Belagerung“ oder „Besetzung“ von Behörden (insbesondere Arbeitsämter und Rathäuser), Einsperren von Funktionären in ihren Diensträumen, Lahmlegung des Verkehrs, Anbringen von Wandzeitungen und gemalten Parolen an öffentlichen Gebäuden. Neuere Berichte über die „Umerziehung“ von Arbeitern, die in letzter Zeit „negative Tendenzen“ gezeigt und die „Arbeitsdisziplin“ vernachlässigt hätten, lassen darauf schließen, daß sich auch in den Fabriken einiges abgespielt hat.

Daß zuerst in Schanghai gegen die Proteste administrativ vorgegangen wurde und erst drei Wochen später in Peking ähnliche Maßnahmen erfolgten, scheint zu bestätigen, daß mehr die sozialen Proteste als die bürgerlich geprägte „Menschenrechtsbewegung“ das Hauptziel der neuen Repressionswelle sind.

„Glücksspiele und Aberglauben“

Zugleich mit der Einschränkung oppositioneller Äußerungen und Proteste wurden zahlreiche administrative Maßnahmen verfügt, die unter das Stichwort „Glücksspiele und Aberglauben“ fallen. Die Stadtverwaltung von Changsha (Hunan) beispielsweise verbot „Tanzen, Geschichtenerzählen und akrobatische Vorführungen auf den Straßen“ sowie „Gesichts- und Handlesen, Wahrsagerei...“.

Das offizielle Stichwort „Glücksspiele und Aberglauben“ bezeichnet soziale Phänomene, die unmittelbar

nen für rationierte Waren; Öffentliche Glücksspiele auf freier Straße, die teilweise große Menschenmengen anziehen und gewerblich genutzt werden; Schwarzhandel mit „pornographischen“ Bildern und Büchern; Prostitution; Illegales Fällen von Bäumen; Plünderung von Güterzügen, insbesondere das Klauen von Kohle; Straßenvorstellungen nicht offiziell genehmigter kleiner Theater-Gruppen, Akrobaten, Zauberer, traditioneller Märchenerzähler usw.; Gewerbsmäßiges „Weissagen“, „Handlesen“ usw.; Verkauf von Quacksalber-, Medizinern auf Bauernmärkten; „Hexerei“. So wurden zwei Frauen in Haft genommen, die kranke Kinder mit „Hexen“-Praktiken behandelt und dabei zu Tode gequält hatten.

Die genannten „ungesunden Praktiken“ sind Gegenstand polizeilicher Verbote, die auch durch Razzien und Kontrollen durchgesetzt werden. Daneben wird moralische Kritik auch an weiteren „ungesunden Praktiken“ geübt: An „extravaganter Kleidung und Frisuren“, an „Völlerei“ in Restaurants (Das ist wohl weniger ein Problem der Arbeiterklasse als vielmehr der „neuen Bourgeoisie“), am Rauchen in Kinos, an Blumenpflücken in Parks, an mangelnder Höflichkeit gegenüber alten Leuten und Müttern mit Kindern usw.. Leserbriefschreiber mokierten sich, weil in den Abendstunden Jugendliche in großer Zahl unter freiem Himmel getanzt hatten: Damit hätten sie ihre Kräfte vergeudet und so die Produktion geschädigt! Andere Klagen in den Medien betreffen das Wiederaufleben aller Arten von Aberglauben auf dem Lande, die Wiederherstellung alter Tempelchen, das Aufblühen „reaktionärer Sekten“, Opfer „für die Götter“, Bau von „Ahnengrbern“ usw.

NEIN, TUT MIR LEID - LOHNERHÖHUNG UND DEMOKRATISCHE RECHTE SIND GESTRICHEN, ABER "HARTE ARBEIT UND EINFACHES LEBEN" HABEN WIR REICHLICH DA...



Punkte-Beschluß, sind aber anscheinend umso schärfer und weitgehend, je später sie verfügt wurden.

Der Schanghai 6-Punkte-Beschluß hat folgenden Inhalt:

1. Bei der Durchführung von Kundgebungen und Demonstrationen müssen die Bürger den Anordnungen der Polizei folgen. Es ist verboten, Fahrzeuge anzuhalten und den Verkehr zu blockieren.
2. Das Anhalten von Zügen sowie das Fahren ohne Fahrkarte ist nicht gestattet.
3. Es ist verboten, gewaltsam in Gebäude der Partei, der Regierung und der Armee sowie von Betrieben und Geschäftseinheiten einzudringen. Es ist nicht gestattet, Büros zu besetzen, öffentliches Eigentum zu zerstören, Kader und Polizisten zu schlagen und die Ausübung öffentlicher Aufgaben zu stören.
4. Es ist nicht gestattet, Gerüchte zu verbreiten, die die Leute verwirren. Es ist nicht gestattet, die Massen zur Unruhestiftung aufzuwiegeln. Jede Art von Verleumdung und falschen Anklagen ist verboten.
5. Wandzeitungen und Plakate dürfen nicht mehr an öffentlichen Plätzen und Gebäuden angebracht werden, außer an den dafür vorgesehenen Stellen.
6. Der Druck, die Herstellung und der Verkauf von pornographischen Bildern, Bildern, Fotografien und Zeichnungen ist nicht gestattet. Glücksspiele sind nicht gestattet. Der

„Pekinger Frühling“, um ein günstiges Klima für seine Reise in die USA zu schaffen.

Der „Pekinger Frühling“ entstand aus den Demonstrationen und Protesten gegen den Pekinger Bürgermeister Wu Teh, die Mitte Oktober 1978 zu dessen Absetzung führten. Wu Teh war schon lange die Zielscheibe Nr. 1 der Deng-Anhänger, da er den Polizeieinsatz im April 1976 gegen die pro-Deng-Demonstrationen auf dem Tien-An-Men-Platz angeordnet hatte. Außerdem scheint Wu Teh das letzte Mitglied des Politbüros gewesen zu sein, der noch im Dezember 1976 öffentlich gegen Deng polemisierte.

Der Absetzung Wu Tehs (der aber seinen Platz im Politbüro behielt) folgte Mitte November 1978 ein offizieller Beschluß des Pekinger Parteikomitees, der die Demonstrationen vom April 1976 zur „revolutionären Aktion“ erklärte. Das gab der Entfaltung des „Pekinger Frühlings“ erheblichen Rückenwind. Auf Wandzeitungen wurde die Verurteilung Maos gefordert, wurde die Rehabilitierung rechter Politiker gefordert (die kurz darauf auf dem Plenum des ZK tatsächlich erfolgte); manche Wandzeitungen forderten sogar schon die Rehabilitierung Liu Shao-tschis; andere riefen Carter zum Schutz der Menschenrechte in China auf. Vor den Wandzeitungen an der Pekinger „Mauer der Demokratie“ versammelten sich immer wieder Tausende von Menschen, die bei einigen Gelegen-



Demonstration vor dem Rathaus in Schanghai gegen Jugendarbeitslosigkeit

mit den Folgen des Rechtsputsches von 1976 zusammenhängen: Zum einen das Wiederaufblühen von Aberglauben, Zauberkünsten etc.; zum anderen verschiedenste halblegale oder illegale Tätigkeiten, die vor allem im jugendlichen Subproletariat und unter den armen Bauern ihre Basis haben. Die wichtigsten Punkte, die immer wieder in den chinesischen Medien auftauchen, wenn von „ungesunden Praktiken“ die Rede ist, sind:

- Schwarzfahren in den öffentlichen Verkehrsmitteln;
- Schwarzhandel mit Eintrittskarten, insbesondere vor Kinos,
- Schwarzhandel mit Bezugsschei-

Die derzeitige Kampagne versucht, neben der Unterdrückung sozialer Kämpfe, auch eine Reihe von Erscheinungen einzudämmen, die sich im Zuge der seit 1976 galoppierenden Rechtswende breitgemacht haben und die im Widerspruch zum Kurs auf ein „modernisiertes“, hochindustrialisiertes China stehen. Im Falle des Vorgehens gegen Schwarzhandel, Glücksspiele, Prostitution usw. zeigt sich am klarsten, daß gegen Auswirkungen des neuen Kurses vorgegangen wird, ohne am Kurs selbst Abstriche zu machen. Die Polizei-Maßnahmen auf diesem Feld ergänzen im Grunde die politische Fortsetzung auf Seite 59

Fortsetzung von Seite 58

Repression gegen das jugendliche Subproletariat. Als Perspektive wird den arbeitslosen Jugendlichen ein kaum sehr freiwilliger Arbeitsdienst (beispielsweise in der Stadtreinigung) geboten, wo sie tageweise beschäftigt werden und niedrigste „Löhne“ bekommen.

Zickzack-Kurs statt „Stabilität und Einheit“

Das berühmte Stichwort „Stabilität und Einheit“ — das oberste Motto der chinesischen Führung — hat in der Propaganda des Regimes einen hohen Stellenwert:

— Der Bevölkerung, die durch immer neue, immer undurchschaubarere und abstraktere Kampagnen (wie die „gegen Konfuzius“ 1973/74) ermüdet und genervt ist, wird garantiert, daß jetzt mit den Kampagnen und wechselnden politischen Anweisungen Schluß sei.

— Dem Riesenapparat der Staats- und Parteifunktionäre wird garantiert, daß er nicht mehr damit zu rechnen brauche, vielleicht in einem Jahr für seine Unterstützung des heutigen politischen Kurses bestraft zu werden, weil dann womöglich schon wieder eine neue Linie gilt. Diese Angst scheint im Funktionsapparat sehr tief zu sitzen.

— Gegen eine Vernachlässigung des Getreideanbaus zugunsten weit gewinnbringenderer „Nebenprodukte“.

— Gegen die Auflösung kollektiver Schweine-Zuchten. Teilweise waren die Schweine der Kommunen verkauft, geschlachtet oder auf die Familien verteilt worden.

— Gegen das „wilde“ Abrodieren von Waldgebieten zur Gewinnung von Holz und neuen Anbauflächen.

— Gegen Spekulantentum auf den privaten Bauernmärkten.

Ein Rückschlag für Deng?

Viele der seit März angelaufenen Maßnahmen scheinen sich direkt gegen Deng zu richten, der den „Pekinger Frühling“ protegiert hatte und der schon Anfang der 60er Jahre als Befürworter einer weitestgehend liberalistischen Landwirtschaftspolitik („Es spielt keine Rolle, ob die Katze schwarz oder weiß ist...“) aufgetreten war. Spekulationen über einen Rückschlag für Deng werden oft auch mit dem von Deng zu verantwortenden Vietnam-Abenteurer in Zusammenhang gebracht.

Einiges spricht aber gegen diese Spekulationen:

+ Deng hat eine starke soziale Basis in Teilen des Funktionsapparats. Diese Basis verfolgt sehr aufmerksam

Politik gelten:

+ Die „Rote Fahne“ der „KPD“ vom 22.3. bestätigt ausdrücklich die Kaltstellung der Politbüromitglieder Tschen Yung-gui und Tschen Hsi-lien. Tschen Yung-gui wurde bekannt als Vorsitzender der Kommune von Datschai, die jahrelang als das Vorbild in China galt — inzwischen haben die chinesischen Medien das „Lernen von Datschai“ verbannt. Datschai hatte nämlich außerordentliche Fortschritte in der Produktion erzielt, jedoch ketzerischerweise mit einem sehr egalitären („gleichmacherischen“) Lohnsystem, von dem man heute selbstverständlich nichts mehr wissen will. Der gleichfalls kaltgestellte Tschen Hsi-lien war Kommandeur der Militärregion von Peking. Als solcher wurde er von den Deng-Anhängern für die Unterdrückung der Demonstrationen vom April 1976 mitverantwortlich gemacht. Weitgehend ausgeschaltet scheint auch das Politbüro-Mitglied Wang Tung-hsing, Chef einer Spezial-Truppe, die mit der Bewachung von Spitzenpolitikern (u.a. Mao Tse-tungs) beauftragt war.

Es fehlt allerdings immer noch eine förmliche Bestätigung dieser personellen Veränderungen durch das Politbüro oder das ZK. Das Plenum des ZK im Dezember 1978 hat, wider manches Erwarten, diese Kaltstellungen nicht offiziell vorgenommen.



Wandzeitungen in China

„Stabilität und Einheit“ bzw. das Versprechen darauf sind ein wichtiger Faktor für die relativ breite Zustimmung oder zumindest widerstandslose Duldung, die das Regime bisher in der Bevölkerung und im Funktionsapparat gefunden hatte. Die nunmehr eingelaute „Gesetz-und-Ordnung“-Kampagne stellt aber dieses Versprechen in Frage.

Beispielsweise polemisierten die chinesischen Medien noch im Januar gegen jene Funktionäre, die zu schnell mit administrativen Maßnahmen gegen oppositionelle Wandzeitungen und andere Kritiken zur Hand seien. Viele Funktionäre hätten Angst vor der „Reaktion“ der „ultralinken“ Funktionäre polemisiert, die sich scheuen würden, das Gesetz gegen Feinde des Sozialismus anzuwenden, die Wandzeitungen dulden, in denen Parteiführer angegriffen werden usw. Dieser Kursschwenk um 180 Grad wird mit Sicherheit dazu führen, daß der Funktionsapparat bei der Unterdrückung von Protesten nun erst recht „lieber des Guten zuviel“ tun wird als sich Tadel von der Parteizentrale einzuhandeln.

Deutlich ist der Schwenk auch in der Landwirtschaftspolitik: Gerade erst hatten im Januar die Medien verkündet, daß die gesamte Landwirtschaftspolitik der KP Chinas seit 1957 (!) im Wesentlichen „ultralinks“ gewesen sei und den Bauern sehr geschadet habe. Gerade erst hatten viele Funktionäre Selbstkritiken formuliert, weil sie auch nach dem Rechtsputsch von 1976 noch monatelang weiter eine „ultralinks“ Landwirtschaftspolitik betrieben hätten. Polemisiert wurde gegen Funktionäre, die sich in die weitgehende Selbstständigkeit der Produktionseinheiten auf dem Lande einmischen, beispielsweise in Fragen des Anbau-Plans. Polemisiert wurde gegen die traditionelle „Über“-betonung der Getreide-Ernte als Hauptkennziffer für die Entwicklung der Landwirtschaft.

Seit März jedoch richtet sich die Kampagne gegen Auflösungserscheinungen der Kollektiv- und Planwirtschaft auf dem Lande:

— Gegen die „Aufteilung“ der Produktionseinheiten in den Kommunen bis hin zur Bildung von Familien-Gruppen als kleinste Produktionseinheit.

die Widerspruchsentwicklung innerhalb der Parteispitze, weil sie in jeder Verschiebung zuungunsten von Deng eine Beeinträchtigung ihrer Interessen sieht. Die Vorgänge um die Absetzung des Pekinger Bürgermeisters Wu Teh im Oktober und während des ZK-Plenums im Dezember 1978 zeigen, daß diese Basis auch öffentlichen Druck zugunsten von Deng ausübt.

Vor diesem Hintergrund ist zu registrieren, daß die politische Wende vom März keine breiteren Proteste hervorgerufen zu haben scheint, abgesehen von einigen Verzweiflungsaktionen der „Menschenrechtsgruppen“. Dengs Anhängerschaft hätte sich in der Parteispitze zuungunsten Dengs gesehen hätte.

+ Deng und der mit ihm verbundene traditionelle revisionistische Flügel (die „Gestürzten“ der Kulturrevolution) hat seine Stellung seit Dezember 1978 personell deutlich ausbauen können: Die Aufnahme von vier neuen Mitgliedern ins Politbüro auf dem Dezember-Plenum des ZK; kurz darauf die Ernennung des Deng-Anhängers Hu Yao-bang zum „Parteisekretär“ (ein Posten, der seit Jahren nicht mehr besetzt worden war); im Februar der Austausch einiger Minister, wobei wieder Veteranen aus der Zeit vor der Kulturrevolution zum Zuge kamen; ebenfalls im Februar die Ernennung des in der Kulturrevolution gestürzten Pekinger Bürgermeisters Peng Dschen zum Vorsitzenden einer neu eingerichteten Kommission für die Ausarbeitung eines Gesetzbuchs. Diese Ernennung war besonders bedeutungsvoll, weil Peng einer der allerengsten Parteigänger Liu Schao-tschis war und selbst das Dezember-Plenum des ZK 1978 noch keine ausdrückliche „Rehabilitierung“ Dengs vorgenommen hatte. Als Stärkung Dengs ist auch die Ernennung Yang Shang-kuns zum neuen Bürgermeister von Kanton Anfang April zu werten. Yang Shang-kun war erst auf dem Dezember-Plenum „rehabilitiert“ worden. Er war ebenfalls ein enger Mitarbeiter von Liu Schao-tschis und während der Kulturrevolution abgesetzt worden.

Auf der anderen Seite scheint es Deng auch gelungen zu sein, mehrere Mitglieder des Politbüros weitgehend kaltzustellen, die als Gegner seiner

Die Leiche im Keller

Im Januar schien der offene Angriff der chinesischen Führung auf Mao nur noch eine Frage der Zeit zu sein:

— Abgesehen von der noch ausstehenden Rehabilitierung Liu Schao-tschis (über die aber auch schon freimütig gesprochen wurde) waren sämtliche „Opfer“ der Kulturrevolution bereits rehabilitiert. Die positive Einschätzung der Kulturrevolution durch den 9. und 10. Parteitag (1969 und 1973) war völlig in ihr Gegenteil verkehrt worden. Sämtliche wesentliche Ereignisse der Kulturrevolution waren für „konterrevolutionär“ erklärt worden. Vor allem die Kommunen-Bewegung und der „Große Sprung“ war für „ultralinks“ erklärt worden. Unterstrichen wurde das durch die förmliche Rehabilitierung Peng De-huais auf dem Dezember-Plenum des ZK. Peng De-huai war 1959 vom Amt des Verteidigungsministers abgelöst worden (sein Nachfolger wurde Lin Biao!), weil er gegen die vor allem von Mao initiierte Politik des „Großen Sprungs“ opponiert hatte. Schon war das Mao-Mausoleum geschlossen worden (angeblich wegen Renovierung) und auf Wandzeitungen wurde gefordert, Mao aus dem Mausoleum herauszuholen oder aber auch für Tschu En-lai ein Mausoleum zu errichten.

Mit der März-Wende für „Gesetz und Ordnung“ jedoch kam Mao wieder zu Ehren. Hatte Deng noch im Dezember durch Vermittlung ausländischer Journalisten freimütig über die Bewertung Maos geäußert, so ist jetzt Kritik an Mao generell verboten. Das „Banner der Mao-Tse-tung-Ideen“ müsse „hochgehalten“ werden, heißt es jetzt wieder.

Das kann nur so interpretiert werden, daß die Parteiführung nach der etwas außer Kontrolle geratenen Entwicklung von Massenprotesten doch noch nicht auf Mao als geheiligte Integrationsfigur verzichten will und kann. In der Praxis allerdings bleibt es dabei, daß Maos Politik und seine theoretischen Äußerungen zumindest für die Zeit nach 1957 weitestgehend auf dem Müll gelandet sind.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Schicksal der im Oktober 1976 beschlossenen Herausgabe weiterer Bände von Maos „Werken“.

Die bis dahin erschienenen Bände 1 bis 4 umfaßten lediglich die Zeit bis zur Gründung der VR China (1949). Eine Fortsetzung war trotz mehrerer Anläufe immer wieder als offensichtlich problematisch zurückgestellt worden.

Wider Erwarten rasch erschien nach dem Beschluß vom Oktober 1976 bereits im April 1977 (also nach nur 6 Monaten) der 5. Band der „Ausgewählten Werke“. Seither sind allerdings zwei weitere Jahre vergangen, ohne daß der 6. Band in Sicht wäre! Das scheint in erster Linie politische Gründe zu haben: Der 5. Band umfaßt die Zeit von 1949 bis zum November 1957 — also exakt jene Zeit,

Die Quellenangaben (Anm. . .) sind (hoffentlich kurzfristig) „verschlampt“ worden. Wir werden sie im nächsten AK nachschreiben.

China: Weitere Verhaftungen und Prozesse

Seit dem Dezember-Plenum des ZK der KP Chinas 1978 hat eine Welle von Prozessen gegen Anhänger der Linken, insbesondere Aktivisten der Kulturrevolution, eingesetzt. Wir haben im AK laufend darüber berichtet, wobei wir uns nur an dem uns zugänglichen offiziellen Material orientierten. Tatsächlich ist die Zahl der Verhafteten und Abgeurteilten natürlich weitaus größer. Unsere Liste erstreckt sich vom 15.12.78 bis 20.2.79 insgesamt 60 verhaftete bzw. verurteilte Personen. Während des Vietnam-Abenteuers scheint ein gewisser Stillstand eingetreten zu sein. Im März wurde die Verfolgungswelle jedoch wieder aufgenommen. Hier die neuen uns bekannten Fälle:

+ Im Kreis Lianjiang (Prov. Kwantung) wurden zwei Kader, Weng Deng-san und Niu Bu-hai, wegen „Rädelsführerschaft“ während der Kulturrevolution verhaftet. (Radio Kanton/Kwantung, 6.3., nach SWB, 17.3.)

+ In der Präfektur Shantou (Prov. Kwantung) wurde Sun Jing-ye, „aktiver Anhänger Lin Biaos und der Viererbande“, wegen in der Kulturrevolution begangener „Verbrechen“ verhaftet und auf „Massenkritikversammlungen“ vorgeführt. Sun war Parteisekretär der Präfektur gewesen (Radio Kanton, 15.3., nach SWB, 24.3.).

+ In Hangtschou (Prov. Tscheikiang) wurden Jin Guan-hsin, Huang Rong-yao und Chen Deming verhaftet. Sie sollen „Zwischenfälle angestiftet“ haben, und zwar, wie aus der Meldung hervorgeht, erst kürzlich (Radio Hangtschou/Tscheikiang, 26.3., nach SWB, 29.3.).

+ In Changsha (Provinz Hunan) fand am 3. April eine „Massenkritikversammlung“ mit Hu Yung und Dschang Bo-sen statt. Hu Yung war bis 1976 stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees und der Gewerkschaft von Hunan. Dschang war ebenfalls

für die Maos Politik auch heute noch anerkannt ist. Hinter diesem Einschnitt von 1957 beginnen „ultralinks“ Landwirtschaftspolitik, Kommunebewegung, „Großer Sprung“, „ultralinks“ Kulturpolitik, Fraktionskämpfe in der Parteispitze, Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus, schließlich gar die Kulturrevolution.

Solange die Pekinger Machthaber „das Banner der Mao-Tse-tung-Ideen hochhalten“, werden sie sich wahrscheinlich hüten, ihre Berufung auf Mao mit dessen Äußerungen nach 1957 zu konfrontieren.

stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees. Sie seien, so hieß es jetzt „Komplizen“ von Yeh Wei-tung (bis 1976 ebenfalls Stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees) und Tang Chung-fu (Mitglied des Ständigen Ausschusses des Revolutionskomitees und des Parteikomitees, Vorsitzender der Gewerkschaft von Hunan) gewesen. Das läßt darauf schließen, daß auch gegen diese beiden „ermittelt“ wird.

Auf der Versammlung am 3. April wurde die Verhaftung Hu Yungs bekanntgegeben. Dschang Bo-sen hingegen scheint mit den Ermittlungsbehörden „kooperiert“ zu haben: Vorerst wurde er zur Arbeit „an der Basis“ geschickt, muß aber weiterhin „seine Probleme gestehen“. Später soll dann endgültig über ihn entschieden werden (Radio Changsha/Hunan, 3.4., nach SWB, 6.4.).

+ In der Provinz Honan wurde Li-Jie-tong, ehemals Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees des Kreises Yiyang, verhaftet. Er habe in den Auseinandersetzungen 1975/76 „ständig die Kader und Massen als „Leute auf dem kapitalistischen Weg“ verleumdete“ (Radio Schengschou, Honan, 2.4. nach SWB, 6.4.).

+ In Changsha (Prov. Hunan) fand am 5. April eine „Massenkritikversammlung“ gegen Dschang Hu, Hsü Hsin-bao und Dschu Guo-dschiang statt. Alle drei müssen Funktionäre zumindest auf der Kreisebene gewesen sein, da über ihre Fälle vom Provinz-Revolutionskomitee entschieden wurde. Hsü kam mit Parteiausschluß und Verlust aller Funktionen davon. Dschang wurde zusätzlich zur Arbeit „an der Basis“ geschickt, das endgültige Urteil wird erst später gesprochen. Dschu wurde verhaftet. Alle drei wurden bezeichnet als „Elemente der Viererbande“ (Radio Changsha/Hunan, 5.4., nach SWB, 13.4.).

Auch das noch! Wiederbelebung der Religion in China

Wer glaubte, mit Coca-Cola und Pierre Cardin sei Dengs neue Kultur schon am Ende, hat sich geirrt. Auch das „religiöse Leben“ erfreut sich eines neuen Aufschwungs:

— Im September 78 wurde mit der Restaurierung einer anglikanischen Kirche in Schanghai begonnen, die für Gottesdienste wiedergeöffnet werden soll. Auch eine katholische Kirche in Kanton wird derzeit wieder hergerichtet.

— Am 9. Januar 79 hat eine Tagung von 800 „patriotischen Persönlichkeiten“ in Schanghai stattgefunden, darunter Katholiken, Protestanten, Buddhisten, Moslems und Vertreter des Stadtrats. Bei dem Treffen sei die Politik der „Viererbande“ kritisiert worden, die die Religionspolitik der Kommunistischen Partei Chinas untergraben und Gläubige verfolgt habe.

— Die Stadtverwaltung von Schanghai wird ihr Büro für Religionsfragen wieder öffnen und „religiösen patriotischen Organisationen“ die Ausübung ihrer Arbeit gestatten (nach FAZ

vom 24.1.79).

— Inzwischen deutete auch der Jesuiten-„General“ Pedro Arrupe an, daß chinesische Behörden mit der französischen Botschaft in Peking in Verbindung getreten seien, um die Jesuiten („Gesellschaft Jesu“) aufzufordern, die Leitung einer Universität (mit französischsprachiger medizinischer Fakultät) in Schanghai wieder zu übernehmen. Arrupe erklärte dazu: Die Jesuiten seien bereit, wieder in China zu arbeiten, „wie sie es seit vierhundert Jahren getan hätten“ (FAZ, 22.3.79).

— Zuguterletzt muß man jetzt auch noch erfahren, daß an der Pekinger Universität wieder Buddhismus, Islam, Christentum, Taoismus und Lamaismus studiert werden können. Die Agentur „Neues China“ begründet diese neuen Studiengänge damit, daß Religionen als „soziale Phänomene“ einen gewissen Einfluß in der Welt hätten.

Ein Genosse des KB Hannover

60 Jahre bayerische Räterepublik

„Die Räterepublik entsteht nicht aus dem Kuhhandel der Führer. Sie entsteht, wie ihr Name sagt, aus den Räten.“ (Eugen Levine)

„Was als Abenteuer begonnen, wurde zum ersten grosszügigen Versuch, auf deutschem Gebiet die Diktatur des Proletariats mit all ihren Konsequenzen durchzuführen.“ (Paul Fröhlich).

Vor 60 Jahren, im April 1919, gipfelten die Klassenauseinandersetzungen im Nachkriegsdeutschland in Bayern - und hier insbesondere in München - in den Versuch, eine Räterepublik aufzubauen. Aber was der Arbeiterklasse in Rußland und Ungarn gelungen war und im bayerischen Proletariat Begeisterung geweckt hatte, daß mußte bereits nach drei Wochen in Bayern scheitern.

Nach Kurt Eisners Ermordung

„Die Unruhe und politische Aktivität in München war unlegbar durch die Ermordung Kurt Eisners ausgelöst worden“ (1). Eisner, unabhängiger Sozialdemokrat und Ministerpräsident, war am 21. Februar 1919 ermordet worden. Aus Vertretern der Mehrheitssozialdemokraten (MSP), der Unabhängigen Sozialdemokraten (USP), der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und mit dem Kommunisten Max Levien konstituierte sich noch am gleichen Tag der „Zentralrat der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte“ als neue bayerische Regierung. Der bayerische Landtag war nach Eisners Ermordung „in panischer Angst davongelaufen“ (2) nachdem der Mehrheitssozialdemokrat Auer fast einem spontanen Racheakt eines revolutionären Arbeiters zum Opfer gefallen war.

Max Levien (KPD) trat Mitte März aus dem Zentralrat aus, nachdem die Mehrheitssozialdemokratie hier durchgesetzt hatte, den Landtag wieder zusammentreten zu lassen, der daraufhin die Regierung Hoffmann wählte.

Der Zentralrat (ohne KPD) und die Regierung Hoffmann „regierten“ nun nebeneinander, trotzdem waren beide weitgehend machtlos: Die Regierung Hoffmann war sozusagen ratlos (3) gegenüber der erregten Stimmung in den Arbeitermassen und ihren Sympathien mit dem Rätegedanken; der Zentralrat wagte nicht, die Machtfrage durch entschiedene Polarisierung zu entscheiden.

Der Kuhhandel der Führer

Der Kuhhandel der Führer

„Diese Untätigkeit, Unfähigkeit und Ratlosigkeit war der eigentliche Auftrieb der Diskussion über die Errichtung der Räterepublik“ (4). Die Verworrenheit der allgemeinen Verhältnisse in Bayern, der immer lauter werdende Ruf in breiten Teilen des Münchner Proletariats nach der Räterepublik und die eigene Machtlosigkeit der Regierungsozialdemokraten veranlaßten die Regierungsozialdemokraten dazu, sich mit niederträchtigen Absichten an die Spitze der Diskussion um die Räterepublik zu setzen und sich die vor allem von Unabhängigen Sozialdemokraten und den Münchner Anarchisten (Mühsam, Landauer) geführte Diskussion um eine „Einheitsfront“ zunutze zu machen; alsdann begann die Tragödie der bayerischen Räterepublik als Intrige:

Am 4. April 1919 handelten im bayerischen Kriegsministerium etwa 40 Mehrheitssozialdemokraten - an ihrer Spitze der Militärminister Schneppenhorst, Innenminister Segnitz und die Minister Simon und Unterleitner -, Unabhängige Sozialdemokraten unter der Leitung Ernst Toller sowie die Anarchisten Erich Mühsam und Gustav Landauer die Ausrufung der Räterepublik in Bayern aus.

In grenzenloser Unbedenklichkeit und politische Naivität und trotz warnender Worte der Münchener KPD gingen die Mühsams und Landauer den Regierungsozialdemokraten auf den Leim: „In der kritischen Nacht vom 4. zum 5. April fanden Landauer und ich, daß es garnicht darauf ankomme, ob die Ausrufung der Räterepublik in Ausführung eines von den Betrieben ausgehenden Beschlusses geschehe, und beteiligten uns, wenn auch nicht ohne Bedenken, so doch in Gefühl, einer unumgekehrbaren Notwendigkeiten zu gehorchen, an der Bildung einer provisorischen Regierung.“ (5) Geradezu „berauscht“ von einer „welt-historischen Aufgabe“ (6) merkten auch Toller und sein Gefolge nichts von einer Intrige - obwohl bereits feststand, „daß der Verrat sich bereits jetzt in den Umkreis der neuen Regierung eingenistet hatte. In den Morgenstunden wurde die ausgelegte

Präsenzliste vermisst. Sie fand sich nicht wieder...“ (7). Selbst die Anwesenheit des als Reaktionärs bekannten Militärministers Schneppenhorst schien keine Zweifel zu wecken...

Die „Schein-Räterepublik

In der Nacht vom 6. auf den 7. April 1919 erließ dieser Zentralrat den Aufruf: „Der Landtag ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium ist zurückgetreten. Die Diktatur des Proletariats ist zur Tatsache (!) geworden. Bayern ist Räterepublik.“

„Die Bourgeoisie war gefüllt - durch ein Plakat. Die Arbeiterklasse war in den Sattel gehoben, ohne das sie das geringste dazu getan hatte, durch ein Techtelmechtel politischer Abenteuer. Diktatur des Proletariats nannten sie das. Und die Beteiligung des Proletariats bestand nur in einem: Man gab ihm ein Fest“ (8). Levine schilderte den Fortgang dieser „Räterepublik“ wie folgt:

„Der dritte Tag der Räte-Republik. Alles war wie sonst. In den Betrieben schufteten und frönten die Arbeiter nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die früheren königlichen Wirtelsbacher Beamten. Auf den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Weltordnung mit dem Schutzmanns-säbel. Alles wie sonst. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Scheren der Kriegsgewinnler und der Dividenden-jäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichts-räte Klassenjustiz. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verleumdungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst... Oh, sie sind revolutionär, die Herren. Sie haben ein bißchen herumgeblättert in den Telegrammen aus den ersten Tagen der russischen und ungarischen Sowjetrepubliken. (...) Kein einziger Proletarier hat noch eine Waffe erhalten. Keinem einzigen Bürger ist noch die Waffe genommen. (...) Schon zieht Oberst Epp seine Freiwillige zusammen. Die Studenten und andere Bourgeoisie-Söhnchen strömen ihm aus allen Enden zu. In Nürnberg ist der Kriegszustand erklärt. In Weimar erklärten die Herren, daß sie nur die alte Regierung anerkennen. Schon wetzt Noske sein Schlächterschwert...“

„Aber jetzt werden sie doch weiterhin Regierung anerkennen. Schon wetzt Noske sein Schlächterschwert (...) Aber jetzt werden sie doch wenigstens das Proletariat aufrufen? Jetzt werden sie die Arbeiter aus den Betrieben herausheulen, sie bewaffnen, den Generalstreik erklären, um das bewaffnete Proletariat in Bereitschaft zu halten. Nichts dergleichen. Es werden Projekte geschmiedet, Dekrete entworfen über die Bildung einer Roten Armee. Sie merken gar keinen Unterschied und glauben, Rote Armee und Bewaffnung des Proletariats wäre ein und dasselbe...“

Aber auch dieses Dekret von der Roten Armee liegt erst im Entwurf vor. Sie haben es nicht allzu eilig, die Räterepublik zu schützen...“ (9). Währenddessen rüstete die vereinigte Konterrevolution aus Mehrheitssozialdemokraten, der nach Bamberg „umgezogenen“ Regierung Hoffmann, der faschistischen Thule-Gesellschaft und der Reichswehr fieberhaft und holte bereits zum 11. April zur Niederschlagung der Rätebestrebungen aus. Daß dieser Rechtsputsch scheiterte, ist nicht zuletzt der Münchener KPD zu verdanken, die im Gegensatz zur Regierung Mühsam-Toller tatkräftig Maßnahmen zur Verteidigung vorbereitete (s.u.), und der Eigeninitiative tausender von Arbeiter Münchens.

Die Scheinräteregierung der Mühsams und Tollers mußte versagen, weil ihre Macht „auf dem Papier“ stand. „Die Regierung war nur insoweit Herr ihrer Maßregeln, als diese auf keinen Widerstand stießen. Die Probe aufs Exempel, inwieweit sie selber Macht hatte, wagte sie nicht, und damit ließ sie der konterrevolutionären Wühlerei freien Spielraum. Der zweite Grund war die völlige Planlosigkeit der Unternehmungen, die ihre Ursache in der politischen Situation und der bunt zusammengewürfelten, von keinem Prinzip und keiner klaren Einsicht in die politischen Notwendigkeiten geleiteten Gesellschaft von „Volksbeauftragten“ hatten...“ (10).

Die KPD

Die Münchner Gruppe der KPD war relativ schwach, sowohl hinsichtlich

ihrer Mitgliederstärke, als auch in ideologisch-politischer Hinsicht. Anfangs war ihre Politik geprägt von unrealistischer Schwärmerei und Überschätzung der revolutionären Entwicklung: Bereits im Februar 1919 - insbesondere nach der Ermordung Eisners - war in der Münchner „Roten Fahne“ davon die Rede, als aktuelle Aufgabe, „die politische Macht, die Diktatur des Proletariats, nach innen und nach außen zu verteidigen“ (11).

Im Auftrag der KPD-Zentrale reiste Eugen Levine Anfang März 1919 nach München, um die Münchener KPD-Gruppe zu reorganisieren, zu schulen, die „Rote Fahne“ zu organisieren und sich an der Parteilarbeit zu beteiligen:

„Ich habe den Eindruck, als lege man in München zu viel Wert auf die große Politik, als beschäftige man sich zu sehr mit der Frage einer großen Zukunft und vernachlässige darüber das gegenwärtig notwendige, das dazu bestimmt ist, die Zukunft einmal zu tragen. Gewiß, wir stehen auf dem Boden des Räte-systems, aber wir haben die Voraussetzungen erst noch zu schaffen, die dies System gewährleisten. Diese Voraussetzungen bestehen noch nicht, und wenn Genosse Levine im bayrischen Räte-kongress die Forderung nach dem Räte-system erhebt und grundsätzlich vertritt, so ist er doch wohl mit mir der Meinung, daß die Proklamation einer bayrischen Räterepublik unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen im Reich ein Wahnsinn ist und wahnsinnige Folgen haben müßte. Die im Augenblick bestehende wirtschaftliche Lage ist auch die Grundlage unserer revolutionären Politik. Auf der wirtschaftlichen Basis haben wir unsere Streitkräfte zu sammeln, um unsere politischen Schläge zu führen. Wir haben die revolutionäre Organisation der Arbeiter zu betreiben. Wir haben Arbeiterräte zu bilden aus den Betriebsräten der beschäftigten Arbeiterschaft und der Fülle der Arbeitslosen“ (12).

Entsprechend lehnte die Münchener KPD Angebote, am geschilderten Kuhhandel teilzunehmen, strikt ab:

„Die Kommunisten erklärten dann, daß sie grundsätzlich ein Zusammenarbeiten mit Führern der Mehrheitssozialisten in einer Regierung ablehnen. Sie lehnten aber auch eine Räterepublik ab, die in einem Konventikel am grünen Tisch künstlich-fabriziert werde. Eine Räterepublik müsse aus der Aktion der Massen selber herausgeboren werden. Die Verhältnisse seien in Deutschland noch nicht reif dafür, am wenigsten aber in Bayern. An einem Putsche könnten sie sich nicht beteiligen“ (13). Entsprechend konsequent schloß die KPD Wilhelm Reichardt aus der Partei aus, weil Reichardt als „Minister für militärische Angelegenheiten“ in die Toller-Mühsam-Regierung eingestiegen war.

Gleichzeitig führte die KPD in großen Massenversammlungen, die täglich stattfanden, in Versammlungen in den Münchener Betrieben und Kasernen scharfe Kritik an den „Schwächen und Halbwahrheiten dieses Unternehmens“ (14) und führte die Gefahr der Konterrevolution vor Augen.

In öffentlichen und Betriebsversammlungen wurden jedoch Entschlüsse angenommen, die die Nichtbeteiligung der KPD an der Räteregierung tadelten, und Entschlüsse, die verlangten, daß Max Levien die Regierungsverantwortung übernehme (15).

Vor diesem Hintergrund - und wegen der konterrevolutionären Gefahr - sagte die KPD der Regierung Toller ihre Unterstützung zu, beteiligte sich mit Vertretern im Zentralrat, lehnte die Übernahme der Regierungsverantwortung aber ab:

„Indem wir der Regierung unseren Rat leihen und alles tun, um sie vorwärts zu treiben, zu entschiedenem, zielklarem Handeln, erfüllen wir unsere revolutionäre Pflicht in dieser äußerst großen Gefahr für das Proletariat. Indem wir die Verantwortung ablehnen, ziehen wir einen scharfen Strich zwischen uns und der jetzigen Räteregierung, zwischen einem Putsch und der wirklichen revolutionären Aktion“ (16).

Als die „weißen“ Truppen gegen das Proletariat losschlügen, rief die KPD ihre Mitglieder in allen Stadtbezirken Münchens zu Versammlungen in den Bezirkslokalen zusammen. „Jetzt zeigte sich ein uns alle über-raschender revolutionärer Elan. Es kamen nicht nur unsere Parteimit-

glieder, sondern Tausende (!) von Arbeitern, die sich zum Kampf zur Verfügung stellten.“ (17).

Der gegenrevolutionäre Putschversuch der Reaktion konnte in bewaffneten Straßenkämpfen niedergeschlagen werden. Die Scheinräteregierung existierte in Wirklichkeit schon nicht mehr. Auch ihr letzter Erlass, den bewaffneten Aufstand erst auf den 14. April, morgens 9 Uhr, zu befähigen, blieb Papier. Das Proletariat war selber aktionsfähig geworden.

Die neue Räterepublik

Die neue Situation veranlaßte die KPD dazu, jetzt in die Regierung einzutreten: Noch an diesem 14. April faßten die Betriebs- und Kasernenräte Münchens den Beschluß, die Mühsam-Toller-Regierung „als nicht mehr bestehend“ anzusehen und alle Gewalt einem 15gliedrigen Aktionsausschuß mit Beteiligung der KPD zu übertragen. Der Aktionsausschuß wählte einen Vollzugsrat mit Levine an der Spitze. Bereits davor hatte die gesamte Belegschaft der Maffei-Werke zugunsten einer Betriebsversammlung mit den KPD-Funktionären Levien und Budich die Arbeit niedergelegt. Noch am selben Tag wurde auf Vorschlag der KPD ein zehntägiger Generalstreik beschlossen, um sich tatkräftig auf die Verteidigung dieser Räterepublik zu konzentrieren.

Zwar befürchtete die KPD trotz allem wegen der Übermacht der Konterrevolution im Deutschen Reich, der politischen Unreife des Proletariats, der wirtschaftlichen Rückständigkeit Bayerns, der weitgehenden anti-kommunistischen Landarbeiterschaft und des weitverbreiteten kleinbürgerlichen Radikalismus (wie ihn Zeitgenossen wie Mühsam und Landauer dokumentierten) sowie Illusionen in die auf Seiten der Reaktion stehenden Regierungs-Sozialdemokraten, daß die bevorstehende Machtprobe verloren werden müßte, aber gerade auch deshalb entschlossen sich die Kommunisten zur Übernahme der Macht: „Ich fürchte, wir sind verloren, so oder so. Es gilt nur, in Ehren unterzugehen. Das bedeutet für uns, aus der jetzigen Situation eine machtvoll Kundgebung des Willens des Proletariats zu gestalten. Wir wollen aus der Scheinräterepublik eine richtige Räterepublik gestalten. Wir wollen den Massen Anschauungsunterricht

geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird, und was sie von ihr zu erwarten haben. Den blutigen Preis müssen wir doch zahlen“ (18). „Aber die Dialektik des geschichtlichen Prozesses zwang die Arbeitermassen zur Aktion und damit die kommunistische Partei zur Übernahme der Macht. Sie kam diesem historischen Zwange nach in der Erkenntnis, daß es - einmal an die Macht gekommen - ihre Aufgabe sein mußte, die kommunistischen Ziele so weit als irgend möglich zu fördern, damit nach ihrem Sturze in den tatsächlichen Verhältnissen und in den Köpfen der Arbeiterklasse ein möglichst großer unveräußerlicher revolutionärer Gewinn blieb“ (19). (Aus Platzgründen soll an dieser Stelle darauf verzichtet werden, den Gang und die Schwierigkeiten der Vorbereitung von Maßnahmen zur Verteidigung der Räterepublik zu schildern: Generalstreik, Bewaffnung des Proletariats, Schaffung einer Roten Armee, Entwaffnung der Bourgeoisie, Sicherung der Volksernährung, Nationalisierung der Banken...)

Das Ende dieser Räterepublik wurde spätestens am 26. April eingeleitet, als die „große Offensive des Triumvirats Toller, Maenner, Klingelhöfer“ (20) gegen die Kommunisten begann. Bereits davor hatte Toller den Aktionsausschuß hintergangen und als Kommandeur an der Dachauer Front Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann begonnen. Nun stiegen sie ein in die demoralisierende und Verwirrung stiftende Hetze gegen die Kommunisten; vor der entscheidenden Betriebsräteversammlung am 27. April verkündete Toller seinen Rücktritt: „Die jetzige Regierung betrachte ich als Unheil für das werktätige Volk Bayerns. Die führenden Männer bedeuten für mich eine Gefahr für den Rätegedanken. Unfähig, auch nur das Geringste aufzubauen, zerstören sie in sinnloser Weise...“ (21). Toller sprach von „landfremden Elementen“ (wie auch die Regierungsozialdemokraten!), von der „Zerstörungswut der neuen Machthaber“. Um es nicht mit den anwesenden kommunistischen Betriebsräten zu

verderben, erklärte er, er richte seine Angriffe nicht gegen die KPD, sondern gegen „einige Männer, die zufällig in der KPD seien“. (22) Persönliche Verdächtigungen rundeten diese Hetze ab.

Toller warb nicht für eine „Diktatur des Hasses“, sondern für eine „Diktatur der Liebe“ ... (23) Am Ende dieser Märchen stand immer ihre Forderung: Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann.

Die Entscheidung fiel am 27. April; auf Antrag Maenners wurde die Neuwahl des Aktionsausschusses „zur Schaffung einer bodenständigen Regierung“ beschlossen: „Zunächst wurde ein Dreimänner-Kollegium aus Toller, Maenner und Klingelhöfer als Provisorische Regierung eingesetzt. Am folgenden Tage wurde es durch einen Aktionsausschuß ersetzt, in dem auf ihr ausdrückliches Verlangen die drei tatsächlichen Gewalthaber nicht mit hineingewählt wurden, sondern nur lauter einfache Arbeiter, die unmöglich die Tragweite ihrer Verantwortung überschauen konnten“ (24).

Die Regierung Hoffmann wies jenes Verhandlungsangebot natürlich schroff zurück und bereitete ihrerseits konzentriert die endgültige Niederschlagung der jungen Räterepublik vor: Inzwischen war eine gewaltige Armee von mehr als 120.000 Mann gegen München mobil gemacht worden. Aus ganz Deutschland waren weiße Gardisten zusammen geholt worden. Noske hatte seine Kerntrouppen geschickt (25). Die Aufgabe der Stellungen der revolutionären Truppen bei Dachau, die Toller in der naiven Illusion, die Regierung Hoffmann zu Verhandlungen bewegen zu können, verfügt hatte, war vor diesem Hintergrund nichts anderes, als eine Wahnsinnstat: „Die Wahnsinnigen sahen nicht, daß sie gerade damit das einzige Machtmittel aus der Hand warfen und nun erst den Generalen der weißen Garde den Mut zum Angriff gaben. Die Wahnsinnstat hatte in die stärkste Stelle der Front eine Lücke gerissen, und damit brach die ganze Front zusammen“ (26).

Bis zum letzten Tag hatten sich die KPD und die Rote Armee als bewaffnete Arbeitermacht gegen die verhängnisvolle Entscheidung der Betriebsräte gestemmt. Den Betriebsräten legte das Oberkommando der Roten Armee folgende Erklärung vor: „Die Rote Armee wurde gegründet nicht als Instrument der Politik sondern als Organ der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik gegen die Konterrevolution der weißen Gardisten. Entsprechend dieser Aufgabe erklärt das Oberkommando, daß sich das revolutionäre Proletariat, koste es was es wolle, gegen die weiße Garde verteidigen wird und sich von keiner Seite, auch nicht von den Betriebsräten, zu einem Verrat an der sozialen Revolution wird zwingen lassen“ (27). Am 30. April wurde die Diktatur der Roten Armee proklamiert.

Aber die grausame Niedermetzelung der Bayerischen Räterepublik war nicht mehr zu verhindern gewesen: Am 1. Mai 1919 begann der weiße Schrecken, dirigiert von keinem anderen als auch jenem Schneppenhorst, der sich noch vor drei Wochen als einer der eifrigsten Verfechter des Rätegedankens ausgegeben hatte.

Ein Genosse aus Kiel

Quellenangaben:

- (1) Karl Retzlau, Spartakus (Erinnerungen eines Parteiarbeiters), Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1972;
- (2) ebenda;
- (3) ebenda;
- (4) ebenda;
- (5) Erich Mühsam, Von Eisner bis Levine, MaD-Verlag, Hamburg 1976;
- (6) Rosa Levine, in: Die Münchener Räterepublik, Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 1966;
- (7) Karl Retzlau, s.o.;
- (8) Paul Fröhlich, Die Bayrische Räterepublik, Verlag Neue Kritik, Frkf. 1971;
- (9) Rosa Levine zitiert Eugen Levine, in: s.o.;
- (10) Paul Fröhlich, s.o.;
- (11) Rosa Levine, in: s.o.;
- (12) Rosa Levine, in: s.o.;
- (13) Paul Fröhlich, s.o.;
- (14) Paul Fröhlich, s.o.;
- (15) Paul Fröhlich, s.o.;
- (16) Paul Fröhlich, s.o.;
- (17) Karl Retzlau, s.o.;
- (18) Rosa Levine zitiert Eugen Levine, in: s.o.;
- (19) Paul Fröhlich, s.o.;
- (20) Paul Fröhlich, s.o.;
- (21) nach Rosa Livene, in: s.o.;
- (22) nach Rosa Livene, in: s.o.;
- (23) Paul Fröhlich, s.o.;
- (24) Paul Fröhlich, s.o.;
- (25) Paul Fröhlich, s.o.;
- (26) Paul Fröhlich, s.o.;
- (27) Paul Fröhlich, s.o.;

Leserbrief zur chinesischen Kriegspolitik

Wir haben hier in Marburg den Artikel „Chinas Kriegspolitik“ in AK 150 diskutiert. Insgesamt finden wir den Artikel sehr gut, da er die chinesische Außenpolitik umfassend und richtig charakterisiert und – wenigstens ansatzweise – auch Verbindungslinien zwischen der Innenpolitik („Modernisierungen“) und der aggressiven Außenpolitik Chinas zieht. An zwei Punkten wollen wir aber nachhaken:

1. Wir meinen, es besteht ein gewisser Widerspruch in dem Artikel. Anfangs schreibt ihr, ein wesentliches Kriterium für die Haltung Chinas gegenüber anderen Ländern sei deren Verhältnis zur UdSSR: „Solange Laos und Kambodscha nicht wieder dem chinesischen Einfluß geöffnet werden und solange Vietnam freundschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, bleibt Vietnam in den Augen der chinesischen Machthaber ein Störfaktor“. Noch schärfer ist dies u.E. in der LG-Erklärung zur chinesischen Aggression ausgedrückt: „Dahinter steht, daß die chinesische Führung alle antiimperialistischen Staaten und Befreiungsbewegungen in erster Linie an derer Haltung zur Sowjetunion mißt und Verbündete der Sowjetunion prinzipiell als Feinde ansieht“.

Im weiteren schreibt ihr – nach einer Analyse der chinesischen Innenpolitik und in Verbindung mit Chinas Angriff auf den vietnamesischen „Mythos“: „Daß es dabei nicht nur um den Iran geht, sondern um Revolution schlechthin, wo immer sie auftritt, zeigt eine weitere Äußerung Deng Hsiao-pings...“ oder etwas später: „Betrachtet man die Dinge konkret, statt sich vom chinesischen Schnickschnack ablenken zu lassen, so geht es bei dieser Roll back-Strategie heute in erster Linie gar nicht gegen den Eisbären, sondern gegen antiimperialistische Staaten und Bewegungen der Dritten Welt“.

Wir meinen, daß die beiden letzten Zitate die chinesische Außenpolitik treffender charakterisieren.

Gerade das Beispiel „Iran“ zeigt u.E., daß es der chinesischen Führung um den Kampf gegen „Revolution schlechthin“ geht und nicht um die tatsächliche Haltung von Befreiungsbewegungen und antiimperialistischen Staaten zur UdSSR.

Die Aufforderung Dengs an die USA, im Iran (militärisch?) zu intervenieren, zu einem Zeitpunkt, wo Khomeini – der ja nun schwerlich als „Agent Moskaus“ bezeichnet werden kann – praktisch die uneingeschränkte Autorität unter den Massen besaß, das Umfalten revolutionärer Aktionen und Massendemonstrationen in von der Tudeh-Partei gesteuerte Aktivitäten und der schweinsche Artikel der „KPD“ zu den Frauendemonstrationen im Iran lassen sich nicht aus dem „Kampf gegen den Hegemonismus“, sondern nur aus der prinzipiellen Feindschaft gegenüber revolutionären Entwicklungen erklären (vgl. auch Portugal und Zaire), wobei der „Kampf gegen den Hegemonismus“ zunehmend als Vorwand für ein Vorgehen gegen revolutionäre Bewegungen genommen wird.

Wir haben dann diskutiert, ob die Einschätzung, es gehe China um den Kampf gegen „Revolution schlechthin“, eine Tatsache oder eine Tendenz beschreibe. (Als Argument dafür, daß es sich nur um eine Tendenz handele, kam der Hinweis auf die wohl noch anhaltende Unterstützung von Befreiungsbewegungen in Südostasien, namentlich Thailand und Malaysia).

Wir sind der Ansicht, daß es sich hierbei sowohl um eine Tatsache als auch um eine Tendenz handelt. D.h. daß China in den meisten Gebieten der Welt schon jetzt gegen Befreiungsbewegungen und antiimperialistische Staaten auftritt, in den anderen Ländern dies oder zumindest eine „Abkühlung“ des Verhältnisses relativ kurz bevorsteht. Ihr bringt als mögliches Beispiel Namibia, wir vermuten, daß dies auch gegenüber Mosambik (Erklärung gegen die chinesische Aggression), der ZANU (Teilnahme in Addis Abeba: Verurteilung Chinas, Anerkennung der UdSSR als wichtigsten Verbündeten der Befreiungsbewegungen) und den südostasiatischen Guerilla (eifriges Werben um ASEAN-Staaten) bald der Fall sein könnte.

2. Bei der Diskussion um die Interessen Chinas an einem umfassenden „Roll back“ (um imperialistische Unterstützung bei der „Modernisierung“ zu bekommen) sind wir auf den Satz

gestoßen: China „müßte im Gegenteil befürchten, das nächste Angriffsziel des dann (gemeint: nach einer vernichtenden militärischen Niederlage der UdSSR) weltweit dominierenden Imperialismus zu werden“.

Warum wäre China dann das nächste Angriffsziel des Imperialismus bzw. welchen Charakter haben diese Modernisierungen? (Wir sind der Ansicht, daß diese im AK relativ wertfrei dargestellt werden).

Unserer Einschätzung nach spielt die VR China heute eine Rolle, die, vereinfacht ausgedrückt, zwischen der des Iran (bis vor kurzem) und der der BRD bzw. EG liegt. D.h. China ist (bzw. ist auf dem besten Weg, das zu werden) kein subimperialistisches Zentrum (Iran) mit einer Marionettenregierung, das für den Imperialismus eine regional begrenzte Gendarmerie übernimmt, es ist aber auch keine eigenständige imperialistische Macht (BRD, EG), die weitgehend (noch) als Juniorpartner im Windschatten der USA imperialistische Politik betreibt und sich aus diesem Windschatten mehr und mehr löst, sondern es liegt irgendwo dazwischen:

Einerseits verfolgen die Imperialisten das Ziel, China durch militärische und industrielle Auf- (Aus-)rüstung aufgrund (momentan?) gemeinsamer Interessen zu einer Art subimperialistischem Zentrum – allerdings in größeren Dimensionen – zu machen und durch diese Lieferungen in ihre Abhängigkeit zu bringen, andererseits hat China eben keine Marionettenregierung und es besteht für die Imperialisten die Gefahr, daß China eigene (imperialistische) Interessen anmeldet – ihr führt chinesische Interessen in Indochina an – und in der Zukunft in Konkurrenz zu den USA tritt. In der Existenz dieser beiden Entwicklungs-„chancen“ sehen wir die Möglichkeit, daß die VR China nach einer Niederlage der UdSSR zum Angriffsziel der Imperialisten werden könnte.

Mit diesen beiden Entwicklungsmöglichkeiten bekommen auch die „Modernisierungen“ den Charakter, China tatsächlich zu einer imperialistischen Großmacht werden zu lassen, und sich nicht auf verbale Angriffe gegen revolutionäre Bestrebungen beschränken (was Deng im Falle Irans bedauert hat), bzw. militärische Schlappen wie im Fall Vietnams hinnehmen zu müssen.

Dieser Aspekt, so meinen wir, muß auch bei der innenpolitischen Entwicklung Chinas, insbesondere bei der Rückgabe der Gelder (und Fabriken?) an die „alte“ Bourgeoisie, berücksichtigt werden: „Die Frage ist (briken?) an die „alte Bourgeoisie, berücksichtigt werden: „Die Frage ist darüber hinaus, wie lange es dauern wird, bis die alte Bourgeoisie nicht nur die Zinsen der ihr geschenkten Milliarden verbubeln will, sondern die Vermögen selbst zu Kapital umzuwandeln versucht“ (AK 148). Dies wurde in AK 148 nur für die chinesische Wirtschaft im eigenen Lande als Tendenz gesehen; wir halten es darüber hinaus für möglich, daß die alte und neue Bourgeoisie dieses Kapital in nicht allzu ferner Zukunft auch im Ausland gewinnbringend anlegen will, d.h. China nicht nur zu irgendeiner „Großmacht“, sondern zu einer umfassend imperialistischen Großmacht entwickeln will und hierbei langfristig – vielleicht ist das aber nur Spekulation – einen imperialistischen Block (vergleichbar der EG) mit Japan und den ASEAN-Staaten anstrebt. Die Beziehungen zu diesen Staaten hat China ja in letzter Zeit sehr intensiviert.

2 Marburger Genossen

Berichtigung

Im Artikel zur chinesischen Militärstrategie (AK 150) wurde am Anfang US-„Präsidentenberater“ Brzezinski zitiert. Dieses Zitat stammte aus der Zeitschrift „Soldat im Volk“, dem Monatsorgan des „Verband deutscher Soldaten“ (VdS). Dies ist jedoch nicht, wie in AK 150 irrtümlich angegeben, der Reservistenverband der Bundeswehr, sondern ein Dachverband ehemaliger „Wehrmachts“-Angehöriger. Wir danken dem Genossen von der Antimil-Kommission für seinen entsprechenden Hinweis.

Aus der „ML“-szene

Die größte belgische ML-Gruppe AMADA hat endlich ein lang angestrebtes Ziel verwirklichen können: am 29.3. dürfen vier Mitglieder der AMADA nach Peking fliegen. Diese Gunst war bisher nur ihren Konkurrenten von der PCMLB zuteil geworden. Aber die AMADA hat sich immer – zuletzt in der Rechtfertigung der chinesischen Aggression gegen Vietnam – als 150 %iger Verbündeter der gegenwärtigen Machthaber in Peking erwiesen. Dafür winkt jetzt die Belohnung.

In Spanien haben die vaterländischen Organisationen ORT und PTE beschlossen, „einen Prozeß des Zusammenschlusses beider Parteien einzuleiten“. Anfang Mai soll mit der Vereinigung beider Organisationen der krönende Abschluß gesetzt werden. Die beiden Organisationen bekennen sich zur „Theorie der drei Welten“, befürworten den Eintritt Spaniens in die EG, lehnen aber den Eintritt in die NATO seltsamerweise ab.

Vor allem ORT zeichnet sich durch einen rabiaten und skrupellosen „Antisozialimperialismus“ aus – so diffamiert sie z.B. die baskische ETA als Agentur des sowjetischen Geheimdienstes KGB. Andererseits ist die ORT in ihrer Praxis flexibel genug, um Bündnisse sogar mit der PCE („KP“ Spaniens) einzugehen. Die ORT ist innerhalb der chinesischen „ML“-Internationalen mit Abstand die Organisation, die im eigenen Land den größten Einfluß hat. Das hängt gewiß auch damit zusammen, daß die ORT aus einer linken Tradition kommt und erst sehr spät zum vaterländischen Lager gestoßen ist.

In Frankreich „verfügt die Arbeiterklasse... wieder über ihren revolutionären Kampfstab“ (Originalton „Roter Morgen“, 20.4.79) – auch wenn es wahrscheinlich kaum ein Arbeiter bisher bemerkt hat. Aber der Kampfstab (oder richtiger Zauberstab? oder Bettelstab?) hat sich jedenfalls ins Leben gerufen. Es begab sich am 18. März. Genau gesehen handelt es sich nur um eine Umbenennung der völlig unbedeutenden Gruppe ORPCF. Der neue Name lautet „Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs“, den genauen französischen Namen nennt der „Rote Morgen“ nicht. Überfällig war die „Partei Gründung“, denn es gab bisher in Frankreich zwar zwei „ML“-Parteien chinesischer Observanz, aber noch keine von der albanischen Linie. Das wurde nun nachgeholt. Die „KPD/ML“ grüßt die Gründer aufs Allerhöchste: „Mit dieser Gründung habt

Ihr der französischen Arbeiterklasse ihre Vorhutpartei wiedergegeben“ (RM, s.o.) Die haben Vorstellungen vom Verhältnis Partei-Arbeiterklasse, da bleibt kein Auge trocken!

Die „KPD/ML“ bzw. ihre Jugendorganisation „Rote Garde“ kommt dem Publikum jetzt mit der gelben Gefahr. In plumpester SDAJ-Manier wird im „Roten Rebell“ (April) gegen alles geholt, was die KPD/ML jahrelang in den höchsten Tönen bekräuselt hatte. „Großer Sprung“? (Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre) Pfu! Teufel, meint der „Rote Rebell“: „Wahnwitzige Experimente“, „unrealistische Kampagnen“, „ein großer Sprung ins Chaos“. Und die revolution? Igittigitt! „Sie wurde „Große Proletarische Kulturrevolution“ genannt, war aber eine Rebellion

gegen den Staat, die kommunistische Partei, gegen die Arbeiter. Eine ... chaotische Kleinbürgerrevolte“. „Mehr darüber“ wird für die nächste Ausgabe des „Roten Rebell“ angekündigt. Das kann ja spannend und heiter werden. Vielleicht erfahren die Leser dann, warum es s c h l e c h t gewesen sein soll, gegen den Staat und die KP zu rebellieren – so wie diese vor der Kulturrevolution aussahen?!

Es gibt dieses Phänomen ja oft bei religiösen Fanatikern. Saulus beispielsweise verfolgte die junge Christengemeinde in Palästina wie toll, bis er plötzlich bei Damaskus einen Sonnenstich abbekam. Danach wurde er der grimmigste Christ. Bei der KPD/ML läuft das ganze ähnlich – bloß in umgekehrter Reihenfolge.



Lieber 200.000 Tote, als Nahrungsmittel vom „Sozialimperialismus“!

Bochum. Etwa 150 Besuchern fanden sich zu einer „Podiumsdiskussion“ ein, die der Bochumer Uni-ASTA am 20.4. zum Thema „Krieg in Südostasien“ veranstaltete. Zustandegekommen war diese Veranstaltung auf Initiative der von vaterländischen Positionen dominierten Südostasiengruppe der Bochumer ESG und der „KPD“-eigenen „Liga gegen den Imperialismus“. Obwohl fürs Podium „prominente Vertreter der einschlägigen Positionen“ angekündigt waren, präsentierten sich dem Publikum lediglich der einschlägig bekannte „KPD“-Funktionär Jürgen Horlemann und ein Pfarrer Kotte, der auf ähnlicher Wellenlänge operierte. Ein DKP-naher Vertreter war der Einladung nicht gefolgt; Vertreter anderer Positionen – z.B. des KB – waren gar nicht erst eingeladen worden. Um so schillernder dafür das Spektrum der Besucher: Es reichte von hartgesottenen Propagandisten der „Vaterlandsverteidigung“ („MLD“) bis hin zu MSB/DKP – insgesamt waren Mitglieder von ca. 15 politischen Organisationen und Gruppen der „Bochumer Szene“ im Saal.

Zum Thema selbst brachten die beiden Referenten kaum Neues: – Pfarrer Kotte hatte seinen Beitrag wesentlich auf die Reinwaschung des absehbaren Pol-Pot-Regimes ausgelegt, wobei er alle widerspre-

chenden Berichte als Greueltätern der „bürgerlichen Presse“ bezeichnete. Selbstverständlich sprach er auch von einer Aggression Vietnams gegen Kampuchea.

– Horlemann warb um Unterstützung für die aggressive Außenpolitik der neuen chinesischen Machthaber, einschließlich des Überfalls auf Vietnam. Hervorhebenswert an seinem Beitrag war, daß er, anders als die offizielle chinesische Sprachregelung, die Invasion gegen Vietnam nicht wesentlich aus „Grenzprovokationen“ heraus rechtfertigte, sondern den Bogen weiter spannte: Es gehe bei dem Eingreifen der Chinesen in Südostasien um die Etablierung einer „Nachkriegsordnung“ nach dem Abzug der US-Truppen aus Indochina, die den US-Imperialismus im asiatischen Raum in den Status einer „mittleren imperialistischen Macht“ zurückversetzt habe. Chinas Eingreifen in Südostasien ziele dabei – im Gegensatz zu Vietnam – darauf ab, in dieser Zone die „Blockfreiheit“ durchzusetzen. Eine sehr interessante Auffassung von „Blockfreiheit“, wenn man bedenkt, daß die VR China nahezu überall und weltweit für die westlichen Imperialisten einschließlich der USA Partei ergreift und gegen antiimperialistische Länder und Befreiungsbewegungen, die von der UdSSR unterstützt werden oder auch nur – wie Albanien – den chinesischen Kurs einer „antihe-

gemonistischen Einheitsfront gegen den Sozialimperialismus“ ablehnen. Folgerichtig nannte Horlemann als Hauptansprechpartner einer derartigen Politik von „Blockfreiheit“ in Südostasien die Staaten des US-dominierten ASEAN-Paktes.

Bei der anschließenden Diskussion dominierten die Vertreter der vaterländischen Strömungen. Politische Verrottung und menschenverachtender Zynismus dieser Leute trat jetzt vollends zu Tage: Als Pfarrer Kotte die „Umsiedlungspolitik“ des Pol-Pot-Regimes, der s e i n e n eigenen Angaben nach schätzungsweise 200.000 Menschen zum Opfer fielen, als unumgebar und notwendig verteidigte, da o h n e diese Maßnahme noch viel mehr Menschen umgekommen wären, kam aus dem Publikum die Frage, ob es vielleicht nicht möglich und weniger opferreich gewesen wäre, Nahrungsmittel zu den Menschen zu schaffen, anstatt die Bevölkerung in dieser Weise in die Provinzen zu treiben. Aus einem Vaterlandsverteidiger, der sich nicht mehr halten konnte, brach es nun hervor: „Eine russische Luftbrücke wäre Dir wohl lieber gewesen!“. Und Kotte setzte nach, daß die Sowjetunion dem Pol-Pot-Regime damals tatsächlich angeboten haben, Nahrungsmittel nach Pnom Penh einzufließen, was aber von den kampucheanischen Machthabern „verständlich“ abgelehnt worden sei, da es nicht bei den Nahrungsmitteln geblieben wäre, wenn man „die Russen“ einmal ins Land gelassen hätte. Moral: Auch das Leben einiger hunderttausend Menschen fällt nicht ins Gewicht, wenn es dem „Sozialimperialismus“ nur kräftig schadet!

Antifa-Kommission NRW

Die „KPD“ und der General Iran:

Große Aufregung, vor allem bei CDU/CSU und Springerpresse, riefen kürzlich die Äußerungen des Bundeswehrgenerals Bastian hervor. Bastian hatte es nämlich gewagt, ein klein wenig an der bundesdeutschen Staatsdoktrin von der „aggressiven und überlegenen Rüstung“ des Ostens zu kratzen: „Immerhin waren wir es ja, die Sowjetrußland unprovokiert mit Krieg überzogen haben ... Was Wunder, daß die Sowjetunion daraus die Lehre gezogen hat, bei einem erneuten Überfall den Krieg keinesfalls wiederum auf eigenem Boden zuzulassen, sondern sofort ins Land des Angreifers zu tragen und dort zu entscheiden ... Wir wissen natürlich, daß eine solche Lage nicht eintreten kann, weil die NATO ... ein Verteidigungsbündnis ist und weil ein Angriff ihrer Streitkräfte nach Osten undenkbar ist. Aber wissen es auch die anderen, und müssen sie es so einfach glauben, nur weil wir es sagen? ... Es kommt mir ein wenig naiv vor zu meinen, unsere jetzige Friedfertigkeit müsse ohne weiteres alle überzeugen, die noch vor einer Generation unter unserer Gewalt gelitten haben. Und ein wenig anmaßend zu glauben, wir hätten zu befinden, welcher Teil der sowjetischen Rüstung durch ein von uns gnädigst zugebilligtes Sicherheitsbedürfnis gerechtfertigt erscheint und welcher nicht ...“ (Zit. nach „Spiegel“, 26.3.79).

Da forderten nicht nur CDU/CSU und Springer-Presse die sofortige Entlassung Bastians. Sondern da war selbstverständlich auch die „KPD“ zur Stelle, die seit Dengs kürzlichen

ral Bastian zu diesem Thema geäußert hat. Sondern es paßt der „KPD“ nicht, was dieser General gesagt hat. Nach Meinung der „KPD“ sollte es offenbar für Bundeswehr-Offiziere verboten sein, sich anders als strikt im Sinne der Staatsdoktrin von der „Gefahr aus dem Osten“ zu äußern.

Inhaltlich hat die „KPD“ nach wie vor nichts Beweiskräftiges zu diesem Thema beizutragen. Einen ursprünglich von ihr selbst vorgeschlagenen Artikelaustausch mit dem KB ließ die „KPD“ platzen, als wir das Thema „Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt“ mit auf die Liste setzten.

Inzwischen ist in der „Roten Fahne“ (19.4.) ein Artikel mit der vielversprechenden Überschrift „Das militärische Kräfteverhältnis in Mitteleuropa“ erschienen, der wohl als Reaktion auf unseren zweiteiligen Artikel in AK 148/149 zu verstehen ist. Der Artikel der „Roten Fahne“ enthält zwar die schon bekannte Standardformel: „Die Warschauer Pakt-Streitkräfte sind den gegenüberstehenden NATO-Truppen quantitativ weit überlegen“, nennt aber tatsächlich nicht eine einzige Zahl. Das ist selbst für die bekannten Verhältnisse der „Roten Fahne“ reichlich dreist. Den qualitativen Aspekt bewertet der Verfasser der „Roten Fahne“ mit den lässigen (und völlig nichtssagenden) Sätzen: „Die Militärtechnik des WP ist der westlichen dem technischen Niveau nach unterlegen, jedoch durchaus gut und gefechtsstüchtig“.

Die „KPD“ bleibt auf Schleier-Kurs

In ihrer „Roten Fahne“ vom 15.3. polemisierte die „KPD“ heftig gegen die Frauen-Demonstrationen im Iran: „Die Initiatorinnen der Frauendemonstrationen treiben ein gefährliches und abenteuerliches Spiel ...“, denn sie würden die „Stabilität“ der neuen Regierung gefährden und damit den Interessen des „Sozialimperialismus“ nützen.

Zu Unrecht vermuteten wir (siehe AK 151, S. 58), daß die „KPD“ hieran eine nachträgliche Korrektur vornehmen würde. Im Gegenteil, die „Rote Fahne“ hat nunmehr diese Haltung noch einmal ausdrücklich bestätigt und zu begründen versucht. Recht aufschlußreich ist auch, wie die Sache abgelaufen ist:

1. Am 15.3. brachte die „Rote Fahne“ den betreffenden Leitartikel.
2. Die Ausgaben der „Roten Fahne“ vom 22.3., 29.3., 5.4. und 12.4. enthielten keine einzige Zeile zu der Entwicklung im Iran. Ein Monat lang also Schweigen!
3. In der „Roten Fahne“ vom 5.4. fand sich erstmals (und auch bisher letztmals) eine Kritik an dem Schleier-Artikel, allerdings etwas versteckt in einem langen Leserbrief zur „Nichtbeachtung der Frauenfrage“ durch die „KPD“. Die Verfasserin des Leserbriefs schrieb: „Zu dem Iran-Artikel über die Frauendemonstration wird es wohl schon etwas gehäufte Kritik geben, spricht er ja nicht nur das Frauenproblem an, sondern propagiert meiner Einschätzung nach eine offene rechte Linie am Punkt Einheit und Kampf in der Einheitsfront“.

In der Antwort der Redaktion wurde angekündigt, „in einer der nächsten Nummern“ ausführlicher auf das Thema Iran einzugehen.

In der „Roten Fahne“ vom 19.4. endlich war es dann soweit. Die „KPD“ übte tatsächlich Selbstkritik

– aus einer noch rechteren Position heraus! „Auch die Berichterstattung der ROTEN FAHNE war angesichts der begeisterten Kämpfe im Iran streckenweise nicht ganz frei von dem Fehler, die Kompliziertheit der Veränderungen im Iran zu unterschätzen und nicht eindringlich und konkret genug vor der Gefahr zu warnen (bzw. diese zu analysieren), die dem Iran von der sowjetischen Expansion nach Süden droht“.

Die Sowjetunion benutze die Klassenkämpfe im Iran, die Kämpfe der Frauen und die Kämpfe nationaler Minderheiten des Iran, um die Regierung zu „destabilisieren“. Die „KPD“ könne keine Kräfte unterstützen, „die den Kampf der Volksmassen vom gefährlichsten Feind (der Sowjetunion! – Anm. AK) ablenken, die die Widersprüche im Volk (zwischen islamischen und nichtislamischen Kräften; zwischen Männern und Frauen usw.) zur Hauptsache machen“.

Noch etwas deutlicher war der auf der gleichen Seite abgedruckte Redebeitrag eines Vertreters der CIS (kleine iranische Studenten-Gruppe mit extrem „antihegemonistischen“ Positionen) auf einer „KPD“-Veranstaltung: „Ein weiteres Betätigungsfeld dieser Handlanger der Sowjetunion ist der offene Kampf gegen die Revolution und die Regierung. Unter Ausnutzung der Mängel und Fehler der Regierung schüren sie die im Volk existierenden Nebenwidersprüche zum antinationalen, feindseligen und volksfeindlichen Widerspruch und tragen sie offen durch Demonstrationen und Protestmärsche aus, wie es im Falle der Frauendemonstration und der Nationalitätenfrage geschah“. Die iranischen „Pseudolinken“ würden immer mehr in Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten.

Nach der Logik der „KPD“ und ihrer iranischen Freunde ist der Hauptfeind des Iran der „Sozialimperialismus“. Gegen diesen muß sich „das ganze Volk“ zusammenschließen. Die Klassenwidersprüche und nationalen Widersprüche im Iran sind demgegenüber Nebenwidersprüche „im Volke“. Einzelne Forderungen z.B. der Arbeiter oder der Kurden werden zwar als berechtigt anerkannt, jedoch sollen auch diese Forderungen nicht „offen“ vertreten werden dürfen, da sonst die Sowjetunion Gelegenheit erhält, „die Widersprüche anzuhäufen“.

Diese Auffassungen der „KPD“ sind stinkreaktionär und stehen in deutlichem Widerspruch zu allen historischen Erfahrungen, der russischen ebenso wie der chinesischen Revolution. Es ist eine Linie der Anpassung an die Bourgeoisie (und damit letztlich auch an die Interessen des Imperialismus) und des prinzipiellen Mißtrauens gegenüber den Kämpfen der Werktätigen und der unterdrückten Nationen. Diese Linie ist bis zur letzten Konsequenz schon einmal in Portugal vorgeführt worden, wo die „KPD“ und ihre portugiesischen Freunde solange vor dem „Hauptfeind Sozialimperialismus“ gewarnt und jede Massenbewegung diffamiert haben, bis nahezu alle Erfolge des 25. April liquidiert waren. Die portugiesische Bruderpartei der „KPD“, die PCP/ML, kann heute den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, daß sie die einzige Partei ist, die vorbehaltlos die volksfeindliche Regierung Mota Pinto unterstützt.

Die „KPD“ hat mit Sicherheit noch nicht den tiefsten Punkt ihrer Verkommenheit erreicht. Die kaum vermeidbare Zuspitzung der Widersprüche im Iran wird den Beweis dafür liefern.



Eskapaden noch ein bißchen „radikaler“ geworden ist. Ohne Bastian überhaupt zu zitieren und ohne inhaltlich zur Sache zu argumentieren, schrieb die „Rote Fahne“, daß derartige Äußerungen einem General eigentlich durch das Soldatengesetz verboten seien. Bastian müsse daher bestraft, zumindest aber offiziell „gerügt“ werden. Aber in der Bundeswehr gebe es ja sowieso nur für „Beschwichtigungspolitiker“ und „Entspannungsfanatiker“ Meinungsfreiheit. Nach dem „Fall Bastian“ sei es in der Bundeswehr „noch schwerer“ geworden, überhaupt die „Gefährlichkeit der Sowjetunion“ zur Sprache zu bringen.

Soweit der Originalton „Rote Fahne“, der hier schon voll ins Groteske ging.

Es ist seit Bestehen der Bundeswehr üblich, daß sich Generäle zur „Gefährlichkeit der Sowjetunion“ äußern – bisher allerdings fast ausschließlich im Sinne der Staatsdoktrin, also die „Gefährlichkeit“ bejahend und zu verstärkter eigener Aufrüstung auffordernd. Solange sich Generäle in diesem Sinn äußern, ist es selbstverständlich der CDU/CSU und der Springer-Presse nie in den Sinn gekommen, ihre Entlassung zu fordern. Auch die „KPD“ hat sich über solche Äußerungen von NATO-Militärs stets sehr erfreut gezeigt und sie alle in ihrer „Roten Fahne“ zusammengetragen in der Rubrik „Wachsam gegenüber der gefährlicheren Supermacht“.

Der eigentliche Skandal liegt also für die „KPD“ in Wirklichkeit nicht darin, daß sich nun auch ein Gene-

Die „KPD“ hat schon gewußt, warum sie mit allen Tricks und schließlich sogar mit offensichtlichen „Gesichtsverlust“ sich davor gedrückt hat, dieses Thema zum Gegenstand eines Artikelaustausches zwischen „Roter Fahne“ und AK werden zu lassen! Der „KPD“ geht es nicht um beweisbare Tatsachen und realistische Untersuchungen, sondern um die ständige Bekräftigung der Staatsdoktrin von der „Gefahr aus dem Osten“, als Grundlage imperialistischer Militärpolitik der BRD. In den Worten der „KPD“ ausgedrückt: „Die Auflösung der NATO oder der Austritt der Bundesrepublik aus ihr zu fordern, ohne die Frage der Verteidigung Westeuropas gegen den sowjetischen Hegemonismus aufzuwerfen ... bedeutet subjektiv bestenfalls Realitätsferne, objektiv Unterstützung der sowjetischen Hegemonialpolitik. Die eigentliche Frage ist nicht: NATO ja oder nein, mit oder ohne Amerika, sondern: Soll sich Europa gegen den sowjetischen Hegemonismus verteidigen? ... Militärisch bedeutet dies: Orientierung auf eine starke eigenständige und gemeinsame europäische Verteidigungsstrategie ... Im Rahmen der NATO alle Ansätze für eine wirksame europäische Verteidigung und gegen Appeasement („Beschwichtigungspolitik“ – Anm. AK) und Entwaffnungspolitik zu unterstützen, sowie die Interessen der USA an einem nichtsozialistischen Westeuropa für die Interessen Europas zu nutzen“.

„Rote Fahne“, 12.4.79)

Lenin nannte das: Sozialismus in Worten, Imperialismus in Taten.

Nazi-Provokateure im „ML“-Kostüm

Als bisher schärfste Provokateursgruppe in der kunterbunten „ML“-Szene profiliert sich die „MLK“ („Marxisten-Leninisten Kiel“). Hitler und Goebbels, so meint die „MLK“, seien zwar keine Marxisten-Leninisten gewesen, aber immerhin ernsthafte Revolutionäre, die „eine ganze Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen durchgeführt hätten“ und „ernsthaft um den Aufbau eines revolutionären Sozialismus bemüht“ gewesen seien. Gegen die reaktionären Elemente in der NSDAP seien sie aber nicht angekommen....

Daß die „MLK“ für die rechtsradikale „Volkssozialistische Deutsche

Partei von W. Kosbab wirbt, ist dementsprechend kaum verwunderlich. Trotzdem wäre es wohl ein Fehler, die Mannschaft der „MLK“ nur in der klassischen Neonaziscene zu vermuten. Es scheinen auch einige Leute dabei zu sein, die schon eine „ML“-Vergangenheit hinter sich haben, und sich in der linken Szene ein bißchen auskennen. Wie anders ist es z.B. zu erklären, daß die „MLK“ Namen angeblicher LG-Mitglieder des KB veröffentlicht, die in einem Flugblatt des KBW 1977 genannt wurden? Überhaupt ist es das erklärte Anliegen der „MLK“ Namen und Adressen angeblicher KB-Mitglieder herauszu-

bekommen und zu veröffentlichen, wobei es ihnen aber mehr auf den Bluff als auf tatsächliche Ergebnisse anzukommen scheint. Immerhin veröffentlichten sie in ihrer „Volkszeitung“ sieben Adressen angeblicher KB'ler, meist aus Schleswig-Holstein, mit der Aufforderung, „telefonisch mit diesem Sozialfaschistenpack abzurechnen“.

Zum Schluß noch ein schönes Zitat von der „MLK“: „Ein weiteres Kennzeichen des KB ist, daß er zum Großteil aus Schwulen und Lesben besteht“.

Lotta Continua: Der Kampf geht weiter!

Wie in AK 151, S. 63, angekündigt, fand am 31. März/1. April in Rom eine nationale Versammlung des „Spektrums“ der alten kommunistischen Organisation Lotta Continua statt. Es war das erste nationale Treffen von LC-Anhängern seit dem traurigen „Kongreß von Rimini“, auf dem praktisch die Selbstauflösung von LC bekanntgegeben worden war.

Gegen diese Selbstauflösung, gegen die alte Leitung von LC (die wesentlich für die Auflösung von LC in die „Bewegung“ verantwortlich ist) sowie gegen die total verselbständigte Redaktion der Tageszeitung „Lotta Con-

tinua“ haben die Reste der alten LC-Basis zu rebellieren begonnen. Sie fordern einen festen Raum in der Tageszeitung (etwa zwei Seiten täglich von insgesamt zwölf) für Diskussionsbeiträge der „Basis“ sowie die Einberufung eines neuen nationalen Kongresses (das wäre der dritte, Rimini war der zweite).

In Rom scheint es, den Zeitungsberichten von „Lotta Continua“ und „il manifesto“ nach, zunächst tatsächlich heiß hergegangen zu sein. Auch Schlägereien brachen dann und wann unter den hunderten von Teilnehmern aus. Umstritten war u.a. die

Frage, ob die Redakteure der Tageszeitung und die alten LC-Chefs überhaupt Rederecht haben sollten: „Die reden doch sonst immer“. Einzelne reformistisch angeschimmelte alte LC-Großen wurden ausgebuht.

Konkret wurde anscheinend nichts beschlossen. Die vorher gerüchtweise im Raum schwebende „Besetzung“ der LC-Redaktion durch „die Basis“ fand nicht statt. Beschlossen wurde mit deutlicher Mehrheit, aber bei vielen Enthaltungen, sich am 12./13. Mai wiederzutreffen.

Wir schämen uns nicht!

Der „Arbeiterkampf“ sollte „sich schämen, so etwas zu veröffentlichen“, empört sich Erich Fried im „Langen Marsch“ Nr. 42. Mit „so etwas“ ist der mehrteilige Artikel von Karl Heinz Roth gemeint, der in AK 148, 149 und 151 abgedruckt wurde.

Ein beträchtlicher Teil der Nr. 42 des „Langen Marsch“ ist der Artikelserie von Karl Heinz Roth gewidmet. Die wichtigsten ständigen Autoren des „Langen Marsch“ haben sich zum Thema geäußert. Wir werden darauf zurückkommen.

Im voraus aber muß schon ein Wort zur Aufforderung Erich Frieds gesagt werden, wir sollten uns wegen des Artikels von K.H. Roth schämen. Nein, wir denken gar nicht daran! Wir halten es auch zukünftig nicht für eine Schande, Diskussionsbeiträge zu veröffentlichen. Und Erich Fried bitten wir, über die Konsequenzen

seiner Aufforderung noch einmal nachzudenken: Ein indirektes Schreibverbot für Karl Heinz Roth? Soll zur staatlichen Zensur und zur politischen Selbstzensur („Schere im Kopf“) jetzt auch noch eine dritte, totalste Form der Zensur kommen? Zensur aus „Scham“? Nein, danke, uns reichen die bisherigen Einschränkungen linker Diskussion schon völlig aus!

Es würde uns, nebenbei, interessieren, ob Erich Fried die Überschrift seines Artikels im „Langen Marsch“ selbst zu verantworten hat. Sie lautet „Gehirnverschmutzung und Irrsinn“. Gemeint sind Karl H. Roth und der „Arbeiterkampf“. Wir fürchten sehr, daß Erich Fried tatsächlich für diese Überschrift verantwortlich ist, jedenfalls kommen diese Worte auch in seinem Artikel vor. Hier wäre es an Erich Fried, sich zu schämen

wegen einer Sprache, die nicht seine ist, sondern die seiner schlimmsten Feinde.

Fast alle Autoren im „Langen Marsch“ beschneigen Karl Heinz Roth übrigens in der einen oder anderen leicht variierenden Form „Irrsinn“ oder „Wahnsinn“. Peter Brandt nennt es „Wahnvorstellungen“. Heinz Brandt (dessen Artikel ein einziges, sich immer schriller steigendes Gekeife ist) nennt es „menschenfeindliche Wahnideen“. Bernd Rabehl deutet „psychische Haftschiaden“ an. Überschrift seines Artikels „Ein Mann läuft Amok“.

Erich Fried schrieb in seinem Artikel „Es gibt auch einen Irrsinn des Geschimpfes“. Kaum anzunehmen allerdings, daß er diesen Satz auch selbst kritisch gemeint haben könnte. Oder vielleicht nachträglich doch?

Warum die DKP ein unkritisches Verhältnis zur Sowjetunion hat

In der „UZ“ vom 2.3.79. befaßte sich Willi Gerns (Mitglied des Präsidiums der DKP und „Chefideologe“ seiner Partei) mit der Frage nach der Zulässigkeit von Kritik am „realen Sozialismus“. Sie sei nicht zulässig, befand Gerns, denn jede Partei wisse selbst, was für ihr Land am besten ist. (siehe auch AK 150, S.59)

In der „UZ“ vom 11.4. kam Gerns auf das Thema zurück. Als Anlaß diente ihm ein (fingierter?) Leserbrief, in dem gefragt worden sei, ob denn die DKP überhaupt k e i n e Kritik am „realen Sozialismus“ üben dürfe. Ganz so kategorisch wollte Gerns aber seinen Artikel vom 2.3. nicht verstanden wissen.

Erstens, so Gerns, habe es ja beispielsweise die „Kritik am Personenkult“ (Stalins) nach dem XX. Parteitag der KPdSU und die Kritik an der Entwicklung der CSSR 1968 vor der Intervention des Warschauer Pakts gegeben. Soll heißen: Wenn die KPdSU Kritik an Vergangenem oder an der Entwicklung in einem anderen Land übt, ist es nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, eines „Kommunisten“, sich dieser Kritik anzuschließen. - Damit sagt Gerns eigentlich nichts Neues.

Zweitens macht Gerns eine Reihe von Voraussetzungen und Vorschriften für das Üben von Kritik: - „kameradschaftlich“ muß sie sein; - „besserwisserisch“ oder „böserig“ darf sie auf gar keinen Fall sein;

- sie darf nicht bei der Nennung „negativer Erscheinungen“ stehenbleiben, sondern muß auch immer gleich „den gegebenen Bedingungen entsprechende, reale Lösungsmöglichkeiten“ mit angeben können.

- sie muß die Veröffentlichungen der betreffenden Parteien selbst zur Grundlage nehmen. Wenn die SED beispielsweise behauptet, Bahro sei wegen Spionage verurteilt worden, darf ein DKP'ler das nicht anzweifeln.

Da bleibt nicht viel Spielraum für Kritik. Aber Gerns macht noch eine weitere wesentliche Einschränkung: Die „kommunistischen“ Parteien seien „wie Brüder und Schwestern in einer guten Familie“. Wenn man da Meinungsverschiedenheit hat, schreit man sie doch auch nicht gleich zum Fenster raus, meint Gerns, sondern: „Man wird sich in die eigenen vier Wände zurückziehen und dort in aller Ruhe die Sache besprechen“. So müsse es auch mit der Kritik am „realen Sozialismus“ gehalten werden.

Mit Lenin und mit den damaligen offenen Diskussionen in der kommunistischen Internationale hat dieser Rückzug „in die eigenen vier Wände“ freilich nichts zu tun. Aber Gerns scheint überhaupt ein lustiger Vogel zu sein, wenn es um Fragen der Ideologie geht. So hat er auch das chinesische Rätsel entschleiert: „Die abenteuerliche Politik Pekings hat ihre politisch-ideologische Quelle im Großmachtschauvinismus... Diese Idee wurzelt im jahrtausendealten Sinozentrismus, d.h. in einem Denkschema, das China zum Mittelpunkt der Welt macht. Aus diesem Zusammenhang erklären sich auch die Ansprüche auf Territorien anderer Länder, die größer als China selbst sind“. Der Mann hat nicht nur Phantasie, sondern ist auch ein wahrhaft materialistischer Denker!...

Bestraft für den Besitz linker Zeitungen

Mit der Bitte um Abdruck erhielten wir den folgenden Brief eines jugoslawischen Genossen. Der Brief bedarf keiner Kommentierung.

„Ich bin Student und Angestellter in Belgrad, der Hauptstadt der SFR Jugoslawien, interessiert am Studium linker und radikal linker politischer Bewegungen, Vereinigungen, Gruppen, Parteien ... und an ihrer Literatur und Presse aus der ganzen Welt. Ich habe die Genehmigung der Behörden, diese Literatur für mein Studium zu besitzen, soweit ich diese alleine und ausschließlich für meinen nicht-politischen Studienzweck benutze.“

Am 29.9.1978 wurde ich mit sechs Tagen Gefängnis und 150 Dinar Geldstrafe bestraft. Der Grund:

An der italienisch-jugoslawischen Grenze hatte ich bei meiner Rückkehr aus Triest nach Koper in Jugoslawien zwei Kopien der „WORLD REVOLUTION“, einem Organ der PROGRESSIVE LABOUR PARTY aus den USA (...) und eine Kopie der WORLD MARXIST REVIEW, „Monatszeitschrift für Probleme des Friedens und des Sozialismus“ aus Kanada (...) bei mir. Ich zeigte sie von mir aus dem Zollbeamten. Ich wurde vor den Bezirksrichter in Sezana (Jugoslawien) geführt, da die örtliche Polizei in Kozina mich beschuldigte. Diese Anschuldigung hatte folgenden Titel:

„Opr.st.P - 1912/78. § 66.1. Gesetz über die Einfuhr und Verbreitung von ausländischen Artikeln der Massenkommunikation.“ Auf der Basis dieses Gesetzes wurde ich bestraft, und der Distriktrichter für Gesetzesübertretungen verfügte, daß der Besitz dieser drei Ausgaben der beiden linken Zeitungen, verfaßt in englischer Sprache, zu der Kategorie „Ausländische Artikel der Massenkommunikation“ gehöre und somit gegen das Gesetz verstoße.

Daraufhin brachte ich sofort meinen Einspruch gegen dieses Urteil vor. Dennoch mußte ich sofort in das Gefängnis „KOPER“ und die Geldstrafe bezahlen. Mir wurde mitgeteilt, daß das Vorbringen eines Einspruches keine aufschiebende Wirkung habe. Aufgrund dieses Umstandes wurde mir mein Pass von der Koziner Polizei weggenommen und eine Bestätigung ausgestellt (St.-22-151/78).

Und, wer weiß warum, sie nahmen mir meine Sachen weg: Zwei Journalistenausweise (Ich bin Journalist und habe das „Jugoslawische Institut für Journalismus“ absolviert) und eine Ausgabe eines jugoslawischen religiösen, katholischen Buches („Catholic Guide-Book through Westeuropa“, verfaßt in serbo-kroatisch) und ganz normale und legale in-

Jugoslawien gedruckte und publizierte Bücher (...). Die Polizei in Kozina nahm mir die Sachen weg, die in keinerlei Verbindung zu dem mir vorgeworfenen Vergehen stehen - ohne eine Quittung. Das ist total illegal! Mir wurde erzählt, daß ich nach ein paar Tagen alles beim Büro der Bundespolizei in Belgrad zurückerhalten würde. Aber bis heute habe ich nichts davon erhalten.

Ich sandte meinen Protest an den Justizsenat der Republik in Ljubljana, aber der Senat verwarf ihn als grundlos (st.S./7 - 3148/78 - kn.). Daher wandte ich mich an das Höchste Gericht der SR Slowenien in Ljubljana. Das Höchste Gericht verfügte in seiner Entscheidung, Psv.97178-7 vom 14.XII.78, daß die Sachen mir so schnell wie möglich zurückzugeben seien. Aber ich habe immer noch nichts zurück-erhalten!

Ebenso ist mein Gesuch, mir meinen Pass zurückzugeben (Gesuch Nr. 27/2906/78), noch nicht sicher entschieden, obwohl ich danach dem 6.11.1978 ersuchte. Nach dem Gesetz muß ein solches Gesuch nach spätestens einem Monat beantwortet werden.“

Markovic Vladimir
Vukasovicva 21
11090 Rakovica, Belgrad
SFR Jugoslawia

Bearbeitet von der RGW Kommission

Leserbrief zu „Hauptsache die Linie stimmt?“

Ich möchte die Vorschläge des Genossen für eine interessantere Gestaltung des AKs um einen erweitern, der schon einmal irgendwo aufgetaucht, aber nicht verwirklicht worden ist. Und zwar sollte über j e d e m Artikel in Fettsatz mit wenigen Sätzen das Wichtigste gesagt werden - wie es auch in der bürgerlichen Presse üblich ist. Bei Kurzmeldungen darf auf keinen Fall eine Überschrift fehlen. Das macht den AK übersichtlicher und erleichtert die Auswahl dessen, was einem lesenswert erscheint. Das ist zwar nicht unbedingt sehr alternativ, aber ich möchte eigentlich nicht erst nach der Hälfte des Artikels merken müssen, ob er für mich überhaupt interessant ist oder nicht.

Ein Westberliner Genosse

Bestellungen bei

Verlag J. Reents, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/43 53 06 oder 43 53 20
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers;
pauschal sind bei Einzelbestellungen 0,40 DM mit zu überweisen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg - BLZ 200 800 00 - Kto. 451 83 78
Postcheckamt Hamburg - BLZ 200 100 20 - Kto. 2405 95-203 oder
Bei Abnahme größerer Mengen durch Bürgerinitiativen, Buchläden etc. Rabatt nach Absprache.

Kampf dem Faschismus

Antifaschistische Russell-Reihe

- Buch 1: Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977
ISBN 3-88305-001-6
181 Seiten, DM 10,-

- Buch 3: „NSDAP“-Propagandisten unter der Lupe, Dokumentation von NS-Provokationen der Schönborn-Roeder-Christophersen-Bande und ihre Deckung seitens staatlicher Organe
ISBN 3-88305-003-1
204 Seiten, DM 13,50

- Buch 4: „Jeder kann der nächste sein“ - Dokumentation der polizeilichen Todesschüsse seit 1971 und ihrer Legitimation
ISBN 3-88305-004-0
316 Seiten, DM 19,-

- Buch 5: Nach Schleyer, „Sonderkommandos“ in der BRD, Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo
ISBN 3-88305-005-9
236 Seiten, DM 14,-

- Droht ein neuer Faschismus?
279 Seiten, DM 7,-

- Deutschland und seine Juden
23 Seiten DM 2,50,-

- Hamburg: Stadt mit Herz für Faschisten, 10 Jahre „NSDAP“-Umrtriebe in Hamburg
sten, 10 Jahre „NSDAP“-Umrtriebe in Hamburg
64 Seiten, April 1978, DM 3,50

- Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden? Dokumentation einer Podiumsdiskussion
56 Seiten, Juli 1977, DM 4,-

- „Die Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht
Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!
66 Seiten DM 4,-

Kampf den Atomkraftwerken

- Wer WAA sät, wird Widerstand ernten
36 Seiten DM 2,-

- Albrecht wir kommen
24 Seiten DM 1,50,-
Weiterhin Prospekt

- „Kalkar am 24.9.“
64 Seiten, A 4, Sept.77, DM 3,50

- Brokdorf - Ein Exempel
Zur Strategie und Taktik des Polizeieinsatzes
87 Seiten, A 4, Febr.77, DM 3,50

- Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?
46 Seiten, 2.Aufl., A 4, Nov.76, DM 2,-

- Zum Erfolg verdammt - La Hague
78 Seiten, A 4, 1977, DM 4,20
Hrsg.: Arbeitskreis gegen radioaktive Verseuchung e.V.

- WiederaufbereitungsgeTÜVtel I
- Was der TÜV verschweigt ...
Broschüre verschiedener Umweltschutzverbände, 37 Seiten, DM 3,-

Frauen

- Weg mit dem § 218! Abtreibung ja oder nein - das muß Sache der Frauen sein!
40 Seiten, A 5, Jan.76, DM 1,50

Sozialismus

- Eins teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten, Paperback, A 5, 3.Auflage, November 1975, DM 7,-
- Die chinesische Kulturrevolution in Dokumenten
134 Seiten, A 4, Febr.74, DM 8,-
- Zur Außenpolitik der VR China
58 Seiten, A 4, 3. Aufl., Aug.76, DM 3,-

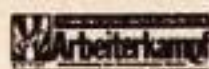
Westdeutsche Linke

- KB Unser Weg: 1. Kongreß für 1979 beschlossen
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1979
Teil 1
39 Seiten DM 3,-
- KB Unser Weg: Rechenschaftsbericht des Leitenden Gremiums und andere Dokumente für den 1. KB Kongreß,
uflu ärierte DOKumente nur den 1. KB Kongreß,
Berichte und Dokumente des Vorkongresses im Dezember 1978
Teil 2
32 Seiten DM 3,-

- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 1
Revisionismuskritik
48 Seiten, A4, DM 4,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 2
Zur Kritik des „Realen Sozialismus“
93 Seiten, A4, DM 5,50,-
- Schulungshefte des KB, Unser Weg Nr. 3
Zur Kritik des „Eurokommunismus“
35 Seiten, A4, DM 3,-

Aus Betrieb und Gewerkschaft

- Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen
ISBN 3-8805-011-3
645 Seiten, DM 22,-
- Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen
244 Seiten, A 5, Paperback, 2.Auflage, Juni 76, DM 7,-
- GEW: Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie
108 Seiten, Febr. 77, A 5, DM 3,50
- Liebsräte-Veranstaltung 1975 in Hamburg, Reden der Teilnehmer
38 Seiten, Jan. 76, A 5, DM 2,50
- Ernst Thälmann
Über Gewerkschaften
120 Seiten, Paperback, DM 3,50



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den.....

Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen



AG Schwule im KB
SCHWULE RECHTE JETZT!
Broschüre 52 Seiten, DM 3,-

Bestellung: J. Reents-Verlag, Lerchenstr. 75
2 Hamburg 50

Inhalt: Artikel zu Repression und Widerstand/Diktatur der Normalität/Coming out/Bündnispolitik/Tuntenstreit/Schwule im „Realen Sozialismus“/(Sub-)Kultur

Die Broschüre enthält Artikel des ARBEITERKAMPF zur staatlichen und gesellschaftlichen Repression gegen Schwule und dokumentiert den Widerstand aus der Schwulenbewegung. Gleichzeitig wird ein Überblick über die Entwicklung der Schwulenarbeit im KB gegeben.

ALBRECHT, WIR KOMMEN!



2. Diese Broschüre dokumentiert den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben bis zum 25. März 1979.
21 Seiten, DM 1,50,-

„Die Befreiung der Homosexuellen kann nur das Werk der Homosexuellen sein!“ (Aus: „An die Homosexuellen Deutschlands“, Aufruf des Aktionsausschusses“ vom 15.2.1971)

Teststrecke ? - Nein Danke !

Im fränkischen Main-Tauber-Kreis kämpfen Bauern gegen die Pläne von Daimler-Benz, hier eine riesige Teststrecke zu bauen. In einem Areal von fast 5 km Länge und 1,5 km Breite sollen Straße für Dauertests, Hochgeschwindigkeitsfahrten (bis 300 km/Std.), LKW-Teststrecken, eine Fahrdynamik-Kreisplatte mit 500 m Durchmesser und andere Testanlagen entstehen. Die beiden 13-Spuren breiten Hauptgeraden von jeweils fast 4 km Länge sollen waagrecht in das sonst hügelige Gelände gebaut werden. Tag und Nacht sollen hier in den 80er Jahren PKWs und LKWs gefahren werden und mit Lärm und Abgasen die nur wenige hundert Meter entfernten Siedlungen belasten. 614 ha Land werden eingezäunt und vom Werkschutz bewacht. Die Herren aus Untertürkheim – aktiv unterstützt und mit 24 Mio. DM gefördert von dem Land Baden-Württemberg – glauben, daß sie für ihren „technischen Fortschritt“ und natürlich für die „Sicherung von Arbeitsplätzen“ getrost eine noch weitgehend unzerstörten Landschaft in der Provinz opfern können.

Doch neben der Umweltzerstörung bedroht dieses Projekt auch die Landwirtschaft der Region. Die Teststrecke liegt auf den besten Ackerböden mit hohen Bodenwertzahlen. Drei Aussiedlerhöfe, die erst vor sechs Jahren hier gegründet wurden, müssen weichen. Rund 50 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gehen verloren.

Bis Ende 1978 hatte das „gemeinnützige Siedlungsunternehmen des Landes Baden-Württemberg“ im Auftrag der Daimler-Benz-AG 346 Hektar mit Vorverträgen an sich gebracht, dazu noch ein 200 Hektar großes Gut, das der Fürst Emerich zu Leiningen bereits an Benz verkauft hat.

Gekauft wird nicht nur Land auf dem Gebiet der geplanten Testanlage, sondern in der ganzen Region, um ausreichen Tauschland zu haben; zu Preisen von 4 bis 4,50 DM pro Quadratmeter. Früher betrug der Bodenpreis 1,50 DM/Quadratmeter. Damit beherrscht Daimler-Benz den ganzen Bodenmarkt und es ist für die Bauern

heute praktisch unmöglich, Land zu pachten – und die meisten Bauern sind auf Pachtland angewiesen.

Da das Verkehrsnetz zudem zerschnitten wird, muß eine neue Straße gebaut werden, für die weitere 100 ha Land gebraucht werden. Abgesehen davon müssen die Bauern künftig weite Umwege fahren, um zu ihren Äckern zu kommen.

Um die Bauern zu ködern, sollen außer dem hohen Bodenpreis Arbeitsplätze angeboten werden. Wer mindestens drei Hektar verkauft, soll einen der 150 neuen Arbeitsplätze erhalten können – ohne Probezeit, aber jederzeit kündbar. Angeboten werden Jobs als Streckenarbeiter, Wagenwäscher – und natürlich als Werkschützer!

Eine Alternative für die Landwirte und ihre Familien? Einige Bauern haben Land verkauft – doch seit einem Jahr regt sich Widerstand...

„Wir haben das Recht, unsere Zukunft nicht zu verkaufen“

Viele der 150 unmittelbar Betroffenen sind nicht mehr bereit, Land zu verkaufen. Sie wollen ihre Existenz als Landwirte nicht gefährden und begannen sich zu wehren. Sie wollen nicht eine Teststrecke, die als „Abfallindustrie“ in die Provinz

verlagert wird und dort genau wie Mülldeponien, Truppenübungsplätze oder Atomkraftwerke als Abfallprodukte des „Fortschritts“ das Hinterland belasten, – ohne daß sich in den strukturschwachen Gebieten etwas zugunsten der Bevölkerung ändert.

Sie bildeten eine Interessengemeinschaft gegen die Teststrecke und fordern in ihrem Grundsatzprogramm vom September 1978:

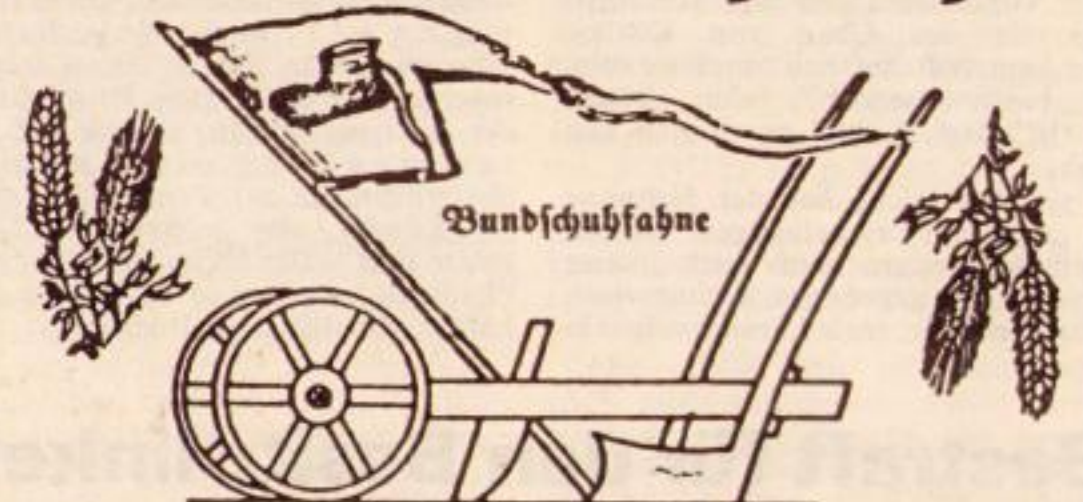
„Unsere Region droht eine Katastrophe wenn die bisherige Entwicklung so weitergeht: Die Region wird zum Altenheim, weil die Jugendlichen aus Mangel an Ausbildungskräften die Region verlassen; die Verringerung der Bevölkerung bei sowieso schon geringer Siedlungsdichte (97 Einwohner pro Quadratmeter – Bundesdurchschnitt: 250 Einwohner/Quadratmeter) führt zu einem allmählichen Zusammenbruch der ganzen Infrastruktur (vor allem der sozialen Versorgung, da reduziertes Steueraufkommen unsere Re-

Großraumflugzeugen. In der Region gibt es zahlreiche Kasernen. Direkt neben dem Gelände befindet sich ein NATO-Tanklager, das mit der Testanlage mit einer Pipeline verbunden ist! Daß auch noch Militärs an der Planung beteiligt sind, verhärtet den Verdacht, daß hier ein NATO-Flughafen für Krisenzeiten geplant ist.

Noch rund 20 % der von Daimler-Benz benötigten Landflächen sind noch in Besitz der Bauern, die ihr Land auch gegen Enteignung durch alle Instanzen verteidigen wollen. Unterstützt werden sie dabei von dem Bürgerrechtler-Anwalt de Witt aus Freiburg, der Prozesse gegen die Atomkraftwerke in Wyl und Kalkar führt (nach „Odenwald Zeitung“, 9.3.79).

Die Bauern wollen ihren Widerstand aber nicht nur auf die Verteidigung ihrer Rechtspositionen beschränken. Um den Zusammenhalt zu stärken und um die Unterstützung

Bundschuh



6973 Schwabhausen (Franken)

Genossenschaft

„... noch stärker durch das Land ab- ...“

hängig macht). Die Entleerung unserer Region, die Nötigung, daß gerade die Kräfte den ländlichen Raum verlassen, die wichtige Entwicklungspotentiale darstellen (Facharbeiter, Jugendliche), die Ohnmacht bisheriger Maßnahmen gegen diesen Trend vorzugehen, schafft eine permanente Benachteiligung unserer Region, die so ihren Provinzzustand (...) nie verlassen wird.

Unsere Region hat es satt, das Krankenhaus der Großstädter, ein Altersheim ohne Jugend, das Armenhaus der Kommunen, der Mülleimer der Großstädte und der Hinterhof der Industrie zu sein. Wir wollen die Möglichkeit haben, unseren Fortschritt, den Fortschritt des ländlichen Raumes, selbst zu wählen, ohne verplant zu werden, ohne für fremde Konzerninteressen eingesetzt zu werden, ohne nur billiges Landmaterial zu sein, ohne als Bauer einfach liquidiert zu werden. Den Landfrieden haben die Technokraten und die Geldsacke gebrochen. Von nun an kann es nur noch einen Waffenstillstand geben.“

Der Kampf der Bauern geht nicht nur gegen Daimler-Benz. Die Interessengemeinschaft vermutet auch militärpolitische Zwecke hinter dem 150-Millionen-Projekt: Die Hauptgarden erlauben Starts und Landung von

auch durch die nicht unmittelbar Betroffenen zu organisieren, haben sie am 11. Januar 1979 eine land- und forstwirtschaftliche Genossenschaft gegründet.

Die Genossenschaft hat das Ziel, Grundstücke für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung zu erwerben, die landwirtschaftliche Struktur zu erhalten und die Umweltzerstörung zu verhindern. Sie setzt sich ein für die landgerechte Dörderung des Fremdenverkehrs, des Handwerks und der Kleinindustrie. Sie propagiert die Anwendung menschengerechter Anbaumethoden: Ein Ziel ist, das ehemalige Gut des Fürsten Emerich in ein ausbildungs- und arbeitsintensives Mustergut für biologisch-dynamischen Landbau umzuwandeln.

die Grüne Liste Erlangen will einen ihrer Mitglieder beitreten lassen, um die Genossenschaft zu unterstützen. (Adresse für Interessierte: BUNDSCHUH-Genossenschaft, 6973 Schwabhausen).

Die Bauern von Schwabhausen stehen in ihrem Widerstand gegen die Teststrecke in keiner schlechten Tradition: Auf ihrem Grund und Boden kämpften einst Thomas Münzer und die Bauern unter der Bundschuhfahne gegen die Herrschaft der Ritter.

J., KB/Gruppe Hamburg

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50 0
jährlich – DM 55,- 0

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95–203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

Gebühr
zahlt
Empfänger

Postkarte

Arbeiterkampf

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

KB Unser Weg
KOMMUNISTISCHER BUND 27

**Diskussionsbeiträge
zum 1. KB-Kongreß**

Kritik an Resolutionen
und Rechenschaftsberichten

(Teil 1)

Zu dem für Pfingsten '79 geplanten 1. KB-Kongreß liegen nunmehr erste Stellungnahmen vor. Hauptsächlich diskutiert werden bisher die Papiere zu unserer antifaschistischen und internationalistischen Arbeit.

Diese Ausgabe des UW hat 40 Seiten und kostet 3 DM

zu bestellen im:
J. Reents-Verlag
2 HH 50, Lerchenstr. 75